

Berlin, den 26.8.2020

**Mitteilung  
der Bundesregierung  
der Bundesrepublik Deutschland  
an die Europäische Kommission**

Betreff: HT.2807 – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:  
Berichterstattung nach dem DAWI-Beschluss von 2012 und dem DAWI-  
Rahmen von 2012

Bezug: Schreiben der Europäischen Kommission vom 29.1.2020 und 8.5.2020

Auf Grundlage der ihr von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen erstattet die Bundesregierung für die Jahre 2018 und 2019 Bericht gem. Artikel 9 des DAWI-Beschlusses von 2012 und nach Randnummer 62 des DAWI-Rahmens von 2012.

Dabei wird hinsichtlich der von den Ländern und Kommunen gewährten Beihilfen auf die Anlagen verwiesen. Für den Bereich des sozialen Wohnungsbaus finden sich insoweit zudem zusammenfassende Angaben in dieser Mitteilung (s.u. 2. 2) d)).

Die nachfolgenden Informationen in dieser Mitteilung betreffen (mit Ausnahme des Bereichs des sozialen Wohnungsbaus) den Bund.

## **1. Übersicht über die Ausgaben**

Nach den vorliegenden Informationen wurden auf Grundlage des DAWI-Beschlusses (auf Bundesebene) im Jahr 2018 Beihilfen i.H.v. insg. rd. 155,8 Mio. Euro und im Jahr 2019 i.H.v. insg. rd. 192,7 Mio. Euro gewährt. Ergänzend wird verwiesen auf die Anlage Bund – Gesamtbeträge.

Für den DAWI-Rahmen wird zudem auf die Anlagen betreffend die Naturschutzgroßprojekte verwiesen.

## **2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012**

### **1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)**

Siehe hierzu Ziff. 2) a) („Innovationsfonds zur Förderung von neuen Versorgungsformen“). Im Übrigen wurden nach den vorliegenden Informationen in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

### **2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)**

#### **a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege**

### **Innovationsfonds zur Förderung von neuen Versorgungsformen**

(Bundesministerium für Gesundheit)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Am 23. Juli 2015 ist das Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz) in seinen wesentlichen Teilen in Kraft getreten. Das Gesetz zielt darauf ab, auch in Zukunft eine gut erreichbare medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten auf hohem Niveau sicherzustellen. Um dieses Ziel umzusetzen, wurde unter anderem der Innovationsfonds geschaffen. Im Rahmen des Innovationsfonds sollen Projekte gefördert werden, die neue Wege in der Versorgung beschreiten und so zu einer qualitativen Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland beitragen.

Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz erhielt der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) den Auftrag, neue Versorgungsformen, die über die bisherige Regelversorgung hinausgehen, und Versorgungsforschungsprojekte, die auf einen Erkenntnisgewinn zur Verbesserung der bestehenden Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgerichtet sind, zu fördern (§ 92a Abs. 1 und Abs. 2 SGB V).

Zur Durchführung der Förderung ist beim G-BA ein Innovationsausschuss eingerichtet (§ 92b Abs. 1 Satz 1 SGB V). Der Innovationsausschuss legt in Förderbekanntmachungen die Schwerpunkte und Kriterien für die Förderung von Projekten zu neuen Versorgungsformen (§ 92a Abs. 1 SGB V) sowie zur

Versorgungsforschung (§ 92a Abs. 2 SGB V) fest. Des Weiteren entscheidet der Innovationsausschuss über die eingegangenen Anträge auf Förderung (§ 92b Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB V).

Im Zeitraum 2016 bis 2019 stehen jährlich Fördermittel von 300 Mio. Euro zur Verfügung, davon 225 Mio. Euro für die Förderung von neuen Versorgungsformen. Die Fördermittel werden durch den Gesundheitsfonds (Liquiditätsreserve) und die am Risikostrukturausgleich teilnehmenden Krankenkassen jeweils zur Hälfte getragen (§ 92a Abs. 4 Satz 1 SGB V). Das Bundesversicherungsamt erhebt und verwaltet die Fördermittel und zahlt sie auf der Grundlage der Entscheidungen des Innovationsausschusses aus (§ 92a Abs. 4 Satz 2 SGB V).

Die Durchführung der Förderung (und mit Blick auf Betrauungsakte) begann in 2016, mit der Veröffentlichung von Förderbekanntmachungen, Entscheidungen des Innovationsausschusses und Bescheidung von Projekten. Die vom Innovationsausschuss geförderten Projekte im Bereich neue Versorgungsformen leisten einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Es handelt sich um Projekte, die gemäß § 92a Abs. 1 Satz 2 SGB V eine Verbesserung der sektorenübergreifenden Versorgung zum Ziel haben. Die Förderung erfolgt unter der Voraussetzung, dass eine wissenschaftliche Begleitung und Auswertung im Hinblick auf eine dauerhafte Übernahme in die Versorgung erfolgt (§ 92a Abs. 1 Satz 3 SGB V).

Es ist davon auszugehen, dass die gesetzlichen Krankenkassen und Leistungserbringer sowie ggf. weitere Beteiligte, die an einem vom Innovationsausschuss geförderten Projekt im Bereich neue Versorgungsformen beteiligt sind, ohne eine Förderung nicht oder nicht in gleichem Maße entsprechende Ressourcen für eine Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung bereitstellen. Damit erfüllen die Projekte die Voraussetzungen, unter denen staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI von der Anmeldepflicht befreit sind.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung der Projekte erfolgt im Förderbescheid (Muster siehe Anlage 1). Im Fall einer Weiterleitung von Teilen der Förderung gelten die entsprechend markierten verbindlichen Nebenbestimmungen ebenso für alle Konsortialpartner (Letzt-Förderempfänger). Zudem ist zwischen dem Konsortialführer (Erst-Förderempfänger)

und jedem Konsortialpartner ein privatrechtlicher Weiterleitungsvertrag zu schließen, aus dem sich die Verbindlichkeit des Förderbescheids auch für den Konsortialpartner ergibt (siehe Anlage 2). Insofern werden alle Förderempfänger mit dem Förderbescheid mit der Erbringung der DAWI betraut.

#### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer (= Projektlaufzeit) beträgt in der Regel drei Jahre. Abweichungen ergeben sich aus dem jeweiligen Projektantrag. Die maximale Betrauungsdauer beträgt vier Jahre (§ 92a Abs. 3 Satz 6 SGB V).

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht zutreffend

#### ***Beihilfeinstrumente***

Der Innovationsfonds gewährt im Rahmen der Projektförderung einen in der Regel nicht rückzahlbaren Zuschuss auf Ausgabenbasis.

Je nach Art des Projekts kann entsprechend der Allgemeinen Nebenbestimmungen zum Innovationsfonds (ANBest-IF, siehe Anlage 3) zwischen einer Anteil-, Fest- bzw. Fehlbedarfsfinanzierung sowie einer Vollfinanzierung unterschieden werden.

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Bei Antragstellung muss der Förderempfänger alle ausschließlich durch das geplante Projekt verursachten Ausgaben in einem Finanzierungsplan zusammenfassen. Der Förderempfänger muss die Notwendigkeit aller beantragten Personal- und Sachressourcen und deren Höhe als angemessen nachweisen. Gewinne sind generell von der Förderfähigkeit ausgeschlossen (s. ANBest-IF). Ebenso muss der Finanzierungsplan zu berücksichtigende Einnahmen und Mittel Dritter enthalten, mit denen das betraute Unternehmen während der Dauer der zu erbringenden DAWI rechnet. Falls während der Dauer der DAWI-Erbringung über den Finanzierungsplan hinausgehende Einnahmen und Mittel Dritter erzielt werden, mindern diese die zu gewährende Fördersumme.

Bestandteil der förderrechtlichen Antragsprüfung ist die Prüfung aller Ausgaben in den Positionen des Finanzierungsplans hinsichtlich der Zweckbindung, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Ebenso muss die Notwendigkeit und Angemessenheit zur Durchführung der Projektarbeiten festgestellt werden. Des Weiteren ist die Einhaltung der verbindlichen Nebenbestimmungen im Förderbescheid sowie den ebenfalls

verbindlichen ANBest-IF als Anlage zum Bescheid im weiteren Projektverlauf zu prüfen.

Der Ausgleichsmechanismus erfolgt dadurch, dass der Förderempfänger eine Förderung bis zur maximalen Höhe der als förderfähig anerkannten Einzelpositionen erhält. Während der Laufzeit und nach Laufzeitende sind vom Förderempfänger Zwischen- bzw. Gesamtverwendungsnachweise vorzulegen, die Auskunft über die tatsächlich entstandenen Ausgaben in den jeweiligen Positionen geben.

☒ Kostenallokationsmethode

☐ Net-avoided-cost-Methode

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Ein zentrales Element der förderrechtlichen Bearbeitung vor der Betrauung des Unternehmens ist die Prüfung jeder einzelnen Ausgabenposition auf ihre Notwendigkeit für den Projekterfolg und ihre Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit. Ist eines dieser Kriterien nicht erfüllt, so wird die Position gekürzt oder gestrichen. Nach einer Bewilligung dürfen die bewilligten Mittel vom betrauten Unternehmen nur entsprechend der ANBest-IF bedarfsgerecht und in definierten zeitlichen Abständen abgerufen werden. Das Unternehmen muss für die Ausgleichszahlungen ein separates Projektkonto einrichten und verwalten. Des Weiteren müssen alle tatsächlich entstandenen Ausgaben durch Belege und Zeitaufschreibungen gegenüber dem Förderer nachgewiesen werden. Die Richtigkeit, Angemessenheit und zweckentsprechende Verwendung der Ausgleichszahlungen wird in den vorzulegenden Zwischen- und Verwendungsnachweisprüfungen eingehend geprüft. Dadurch ist eine Kontrolle gegen Überkompensation sichergestellt. Sollte bei der Prüfung eine Überkompensation festgestellt werden, ergibt sich durch Anwendung der ANBest-IF eine Verrechnung der korrigierten Beträge bzw. eine Rückforderung.

Somit werden die Ausgleichsleistungen kontinuierlich überwacht und eine etwaige Überkompensation schon bei der Antragsprüfung vermieden bzw. während oder nach Ende der Projektlaufzeit zurückgefordert. Zudem wurden Regelungen für die zur Erfüllung des Förderzwecks beschafften Investitionen getroffen (s. ANBest-IF). So sind u. a. nach Ablauf des Förderzeitraums die beschafften Investitionen durch den Förderempfänger zu veräußern und der Förderer am Erlös zu beteiligen oder der Restwert der beschafften Investitionen abzugelten.

### **Transparenzanforderungen**

Bislang erfolgte keine Förderung von mehr als 15 Mio. Euro für ein Projekt an einen Förderempfänger. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass zukünftig ein einzelnes Unternehmen eine Ausgleichleistung für eine DAWI erhält, die diesen Schwellenwert überschreiten wird. Sollte dennoch der Fall eintreten, wird die Geschäftsstelle des Innovationsausschusses über eine Webseite hierüber informieren.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)	
2018	2019
73,11 Mio. Euro	101,09 Mio. Euro
Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)	
2018	2019
73,11 Mio. Euro	101,09 Mio. Euro

### *Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument:*

Die Förderungen wurden als Zuschuss im Rahmen einer Vollfinanzierung gewährt.

### *Zusätzliche quantitative Informationen:*

2018:

In 2018 wurden in dem Förderprogramm zu neuen Versorgungsformen des Innovationsausschusses in insgesamt 80 Projekten verschiedene DAWI erbracht. Per Förderbescheid sind hierzu 80 Unternehmen als Erst-Förderempfänger und weitere 461 Unternehmen als Letzt-Förderempfänger betraut worden (Summe: 541 Erst- und Letzt-Förderempfänger). Nicht alle dieser Unternehmen haben in 2018 Mittel abgerufen. Hier waren es 76 Erst- und 384 Letzt-Förderempfänger in insgesamt 76 Projekten.

Es kann kein durchschnittlicher Beihilfebetrug angegeben werden. Die Fördersumme pro Projekt sowie pro Erst- bzw. Letzt-Förderempfänger umfasst hierzu eine zu große Bandbreite (von 3.087,00 Euro bis zu 8.817.317,16 Euro).

Ebenso kann keine durchschnittliche Größe der Unternehmen angegeben werden. Das Klientel der Förderempfänger reicht von einem wenige Personen umfassenden

eingetragenen Verein über Forschungsinstitute, Krankenhäuser bis zu Krankenkassen und deren Trägerorganisationen.

2019:

In 2019 wurden in dem Förderprogramm zu neuen Versorgungsformen des Innovationsausschusses in insgesamt 114 Projekten verschiedene DAWI erbracht. Per Förderbescheid sind hierzu 114 Unternehmen als Erst-Förderempfänger und weitere 686 Unternehmen als Letzt-Förderempfänger betraut worden (Summe: 800 Erst- und Letzt-Förderempfänger). Nicht alle dieser Unternehmen haben in 2019 Mittel abgerufen. Hier waren es 100 Erst- und 535 Letzt-Förderempfänger in insgesamt 100 Projekten.

Es kann kein durchschnittlicher Beihilfebetrug angegeben werden. Die Fördersumme pro Projekt sowie pro Erst- bzw. Letzt-Förderempfänger umfasst hierzu eine zu große Bandbreite (von 1.500,00 Euro bis zu 9.463.106,46 Euro).

Ebenso kann keine durchschnittliche Größe der Unternehmen angegeben werden. Das Klientel der Förderempfänger reicht von einem wenige Personen umfassenden eingetragenen Verein über Forschungsinstitute, Krankenhäuser bis zu Krankenkassen und deren Trägerorganisationen.

#### b) Kinderbetreuung

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

#### c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

**Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen** (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die UNO-Generalversammlung verabschiedete 2006 das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen („UN-Behindertenrechts-konvention“, BRK). Diese sind 2008 in Kraft getreten. Zur Umsetzung der BRK veröffentlichte die Bundesregierung am 15.06.2011 einen Nationalen Aktionsplan und novellierte ihn am 28.06.2016 mit Veröffentlichung des Nationalen Aktionsplans 2.0.

Leitgedanke und zentrales Handlungsprinzip ist das Konzept der Inklusion. Künftig sollen sich Menschen mit Behinderung nicht mehr an die Gesellschaft anpassen müssen. Der Alltag soll vielmehr so organisiert werden, dass Menschen mit Behinderung selbstverständlich und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) fungiert dabei als staatliche Anlaufstelle (Focal Point) nach Artikel 33 der BRK. In diesem Zusammenhang hat das BMAS zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einen Nationalen Aktionsplan entwickelt, der die Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Politik für Menschen mit Behinderungen zusammenfasst.

Mit der Projektförderung des BMAS sollen bestehende Instrumente zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben ergänzt werden. Im „Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen“ sollen die lokalen/regionalen Bedingungen für schwerbehinderte Menschen in ihrem Zugang zum Arbeitsmarkt, insbesondere durch die Begründung neuer und die Stabilisierung bestehender Beschäftigungsverhältnisse, die Heranführung an Beschäftigung und den Ausbau der betrieblichen Ausbildung verbessert werden. Die gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse sowie entwickelten Handlungskonzepte werden transferfähig aufbereitet und anderen Einrichtungen und Interessierten zur Verfügung gestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Erfahrungen und Ergebnisse aus den Projekten einen wichtigen Beitrag zur stärkeren Teilhabe von Menschen mit (schweren) Behinderungen leisten werden. Die nachhaltige Nutzung der Ergebnisse ist somit gegeben. Zugleich fördert das BMAS verschiedene Modell- und Forschungsprojekte auf dem Gebiet der medizinischen und beruflichen Rehabilitation zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Die Projekte werden aus Mitteln des vom BMAS verwalteten Ausgleichsfonds nach § 161 SGB IX finanziert.

Die vom BMAS in diesem Programm geförderten Projekte erbringen durchgängig Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI). Sie erfüllen die Voraussetzungen, unter denen staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI von der Anmeldepflicht befreit sind.



### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte durch Zuwendungsbescheide. Im Fall von Weiterleitung von Teilen der Zuwendung gelten die entsprechend markierten verbindlichen Nebenbestimmungen ebenso für alle Letzt-Zuwendungsempfänger (ZE). Zudem ist zwischen dem Erst-ZE und jedem Letzt-ZE ein privatrechtlicher Zuwendungsvertrag zu schließen, aus dem sich die Verbindlichkeit des Zuwendungsbescheids auch für den Letzt-ZE ergibt. Insofern werden alle ZE mit dem Zuwendungsbescheid mit der Erbringung der DAWI betraut.

### ***Betrauungsdauer***

Die durchschnittliche Betrauungsdauer (= Projektlaufzeit) beträgt in der Regel drei Jahre. Abweichungen ergaben sich aus dem jeweiligen Projektantrag.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht zutreffend

### ***Beihilfeinstrumente***

Das BMAS gewährte im Rahmen der Projektförderung im Programm eine nicht rückzahlbare Zuwendung auf Ausgabenbasis. Es wurden ausschließlich Zuwendungen auf Basis einer Vollfinanzierung bewilligt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Bei Antragstellung musste der ZE alle ausschließlich durch das geplante Projekt verursachten Einzelpositionen in einem Finanzierungsplan zusammenfassen. Der Antragsteller musste die Notwendigkeit aller beantragten Personal- und Sachressourcen und deren Höhe als marktüblich nachweisen. Zudem gilt das Besserstellungsverbot, auch hinsichtlich der veranschlagten Personalnebenausgaben bzw. -kosten. Ebenso musste der Finanzierungsplan zu berücksichtigende Einnahmen und Drittmittel enthalten, mit denen der betraute Unternehmer während der Dauer der zu erbringenden DAWI rechnet. Falls während der Dauer der DAWI-Erbringung über den Finanzierungsplan hinausgehende Einnahmen und Drittmittel erzielt werden, mindern diese die zu gewährende Ausgleichs-leistung. Gewinne sind generell von der Zuwendungsfähigkeit ausgeschlossen.

Bestandteil der zuwendungsrechtlichen Antragsprüfung ist die Prüfung aller Positionen des Finanzierungsplans hinsichtlich ihrer Zuwendungsfähigkeit nach §§ 23, 44

Bundes-haushaltsordnung (BHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV). Ebenso muss die Notwendigkeit und Angemessenheit zur Durchführung der Projektarbeiten festgestellt werden. Der Ausgleichsmechanismus erfolgt dadurch, dass der ZE im Rahmen der Vollfinanzierung eine Zuwendung bis zur maximalen Höhe der als zuwendungsfähig anerkannten Einzelpositionen erhält. Während der Laufzeit und nach Laufzeitende sind vom ZE Zwischen- bzw. Gesamtverwendungsnachweise vorzulegen, die Auskunft über die tatsächlich entstandenen Positionen geben.

Es wurde eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Ein zentrales Element der zuwendungsrechtlichen Bearbeitung vor der Betrauung des Unternehmens war die Prüfung jeder einzelnen Kosten- bzw. Ausgabenposition auf ihre Notwendigkeit für den Projekterfolg und ihre Angemessenheit. War eines dieser Kriterien nicht erfüllt, wurde die Position gekürzt oder gestrichen. Nach einer Bewilligung dürfen die bewilligten Mittel nur entsprechend der ANBest-P bzw. ANBest-Gk vom betrauten Unternehmen bedarfsgerecht und in definierten zeitlichen Abständen abgerufen werden. Das Unternehmen muss für die Ausgleichszahlungen ein separates Projektkonto einrichten und verwalten. Des Weiteren müssen alle entstandenen Ausgaben bzw. Kosten durch Belege und Zeitaufschreibungen gegenüber dem Zuwendungsgeber nachgewiesen werden. Die Richtigkeit, Angemessenheit und zweckentsprechende Verwendung der Ausgleichszahlungen wird in den vorzulegenden Zwischen- und Verwendungsnachweisprüfungen eingehend geprüft. Dadurch ist eine Kontrolle gegen Überkompensation sichergestellt. Sollte eine Überkompensation bei der Prüfung festgestellt werden, ergibt sich automatisch durch Anwendung der BHO und dazugehörigen VV eine Verrechnung des Kassenbestandes bzw. verzinste Rückforderung.

Somit werden die Ausgleichsleistungen kontinuierlich überwacht und eine etwaige Überkompensation schon in der Antragsprüfung vermieden bzw. während oder nach Ende der Projektlaufzeit zurückgefordert.

### ***Transparenzanforderungen***

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro für ein Vorhaben an einen ZE. Da keine weiteren Bewilligungen in dem Programm erfolgen, wird diese Grenze nicht überschritten werden.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)	
2018	2019
11.886.820,15 €	4.576.909,67 €
Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)	
2018	2019
11.886.820,15 €	4.576.909,67 €

*Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument:*

Alle Zuwendungen wurden als Zuschuss im Rahmen als Vollfinanzierung gewährt.

*Zusätzliche quantitative Informationen:*

2018:

Im „Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen“ wurden insgesamt in 59 Vorhaben DAWI erbracht. Per Zuwendungsbescheid sind hierzu 59 Unternehmen als Erst-EZ und weitere 89 Unternehmen als Letzt-ZE betraut, so dass in dem Programm insgesamt 148 Erst- und Letzt-ZE Ausgleichsleistungen für eine DAWI erhielten. Nicht alle dieser im Programm betrauten Unternehmen riefen im Berichtszeitraum Mittel ab: In 2018 waren es 57 Erst- und 98 Letzt-ZE in insgesamt 57 Vorhaben.

Darüber hinaus haben vier weitere Zuwendungsempfänger zuvor ausgelaufener Projekte eine Auszahlung von Mitteln im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung erhalten.

Somit erhielten in 2018 61 Erst- und 98 Letzt-ZE in insgesamt 61 Vorhaben Ausgleichsleistungen für eine DAWI.

Es kann kein durchschnittlicher Beihilfebetrug angegeben werden. Die Zuwendungssumme pro Projekt sowie pro Erst- bzw. Letzt-ZE umfasst hierzu eine zu große Bandbreite.

Es kann keine durchschnittliche Größe der Unternehmen angegeben werden. Die Klientel der ZE reicht von einem wenige Mitarbeitende umfassenden Anbieter von Beratungsleistungen bis zur Bundesagentur für Arbeit.

2019:

Im „Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen“ wurden insgesamt in 59 Vorhaben DAWI erbracht. Per Zuwendungsbescheid sind hierzu 59 Unternehmen als Erst-EZ und weitere 89 Unternehmen als Letzt-ZE betraut, so dass in dem Programm insgesamt 148 Erst- und Letzt-ZE Ausgleichsleistungen für eine DAWI erhielten. Nicht alle dieser im Programm betrauten Unternehmen riefen im Berichtszeitraum Mittel ab: In 2019 waren es 37 Erst- und 64 Letzt-ZE in insgesamt 37 Vorhaben.

Es kann kein durchschnittlicher Beihilfebetrug angegeben werden. Die Zuwendungssumme pro Projekt sowie pro Erst- bzw. Letzt-ZE umfasst hierzu eine zu große Bandbreite.

Es kann keine durchschnittliche Größe der Unternehmen angegeben werden. Die Klientel der ZE reicht von einem wenige Mitarbeitende umfassenden Anbieter von Beratungsleistungen bis zur Bundesagentur für Arbeit.

#### d) Sozialer Wohnungsbau

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Der soziale Wohnungsbau bzw. die soziale Wohnraumförderung ist eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Es erfolgen Betrauungen mit Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind (Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende,

Schwangere, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie sonstige unterstützungsbedürftige Personen). Die Zielgruppen sind weit überwiegend über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss. Die Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ist vor allem auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungsver-sorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Ge-brauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohn-qualitäten, z. B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen. Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung kann auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung, vereinbart werden. Der Erbringer der Dienstleistung (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.

Die Gesetzgebungszuständigkeit für die soziale Wohnraumförderung liegt in Deutschland infolge der Föderalismusreform 2006 bei den Ländern. Die gesetzlichen Regelungen finden sich in den Landesfördergesetzen. Soweit die Länder keine eigenen Landesfördergesetze haben, gilt das Wohnraumförderungsgesetz des Bundes fort.

In den nachfolgenden Antworten wird dargestellt, dass die Förderung von Unternehmen, die im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung betraut werden, von den Regelungen des Freistellungsbeschlusses 2012/21/EU erfasst wird. Damit ist die Förderung grundsätzlich von der Notifizierungspflicht freigestellt, soweit es sich bei ihr um eine Beihilfe handelt.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen auf einer gesetzlichen Grundlage. Unternehmen, die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung erhalten, werden mit einer klar definierten gemeinwohlorientierten Verpflichtung betraut. Die Förderstellen bewilligen

im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs aufgrund des erforderlichen Antrags des Förderempfängers durch eine exekutive Entscheidung, in der Regel einen Verwaltungsakt. Die Betrauung enthält gemäß Artikel 4 Buchst. f) des Freistellungsbeschlusses 2012/21/EU auch einen Verweis auf den Beschluss.

Die Förderentscheidung konkretisiert insbesondere den Förderzweck, die Höhe und Einsatzart der Zuwendungen, im Falle der Darlehensgewährung die Rückzahlungsmodalitäten, sowie Art und Dauer der vom Fördergeber zu erbringenden Gegenleistungen und einzuhaltenden Vorgaben.

Auf den sozialen Wohnungsbau werden die hier dargestellten spezifischen Sonderregelungen bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse angewandt, die sich von denen anderer Sektoren, etwa im Krankenhauswesen, unterscheiden.

#### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer in der Regel 10 bis 40 Jahre.

Im Freistellungsbeschluss 2012/21/EU (Erwägungsgrund 12) wird der soziale Wohnungsbau explizit als Beispiel dafür genannt, wann eine Anwendung des Beschlusses aufgrund der hohen Investitionssumme nicht auf höchstens 10 Jahre beschränkt werden muss.

Die Förderung ist in den Ländern grundsätzlich unterschiedlich organisiert.

Da die Darlehen für den Mietwohnungsbau 10 Jahre grundsätzlich nicht unterschreiten, ist der Anteil der Betrauungen mit einer Dauer von mehr als 10 Jahren sehr hoch. Eine genaue Bezifferung ist nicht möglich, da die Förderung zum Teil auch durch Städte oder Gemeinden erfolgt.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt. Das Fördersystem ist marktwirtschaftlich orientiert. Die Förderung im Rahmen der sogenannten Wohnraumförderung steht grundsätzlich jeder natürlichen und juristischen Person zu, die ein in dem Förderprogramm beschriebenes Bauvorhaben durchführt und die geforderten Belegungs- und Mietpreisbindungen einhält – und zwar unabhängig von ihrem sonstigen Geschäftsfeld. Dabei werden in- und ausländische Unternehmen/Investoren gleichbehandelt. Vorteil ist hierbei u. a. –

unbeschadet der Ausrichtung der Förderung am jeweiligen Bedarf – die Möglichkeit einer Streuung der Sozialwohnungen, wodurch eine räumliche Konzentration sozial benachteiligter Personengruppen verhindert wird. Üblicherweise liegt die Miete dieser Mietwohnungen unterhalb der Marktmiete.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die soziale Wohnraumförderung ist objektbezogen angelegt. Die Förderung wird durch zinsgünstige bzw. zinsverbilligte Darlehen, Tilgungszuschüsse, sonstige Zuschüsse, die Übernahme von Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, durch die Bereitstellung verbilligten Baulands oder durch eine Kombination dieser Fördermittel gewährt. Die häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse oder eine Kombination aus beiden.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die soziale Wohnraumförderung ist in Deutschland nicht unternehmensbezogen, sondern objektbezogen angelegt. Als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung werden in der Regel Belegungsbindungen und Mietpreisbindungen begründet. Belegungsbindungen haben zum Inhalt, dass die Vermietung ausschließlich an Haushalte erfolgen darf, die die jeweiligen Einkommensgrenzen einhalten. Mietbindungen bedeuten, dass bestimmte Mietobergrenzen einzuhalten sind. Die Mietobergrenze sichert die Bezahlbarkeit der Wohnkosten für die Zielgruppen ab. Sie liegt in der Regel unterhalb des Marktniveaus.

In der Regel wird eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex-ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme werden Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so festgelegt, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleichen. Ausgeglichen werden die mit der Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktmietenniveau, der mit den Belegungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mieterbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die eventuell mit einer besonderen Bauausführung (z.B. barrierefreier Wohnraum) verbundenen erhöhten Baukosten. Bei der Festsetzung der Förderhöhe werden die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse berücksichtigt

(gestützt auf verfügbare Daten und wissenschaftliche Untersuchungen über Bodenpreise, Baukosten und Marktmieten).

Im Ergebnis werden mit dieser Methode für jedes einzelne Förderprojekt die Nettokosten der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung ausgeglichen und eine Überkompensation durch die Förderung ausgeschlossen, da die Förderung marktorientiert ist und die Investition im sozialen Wohnungsbau so gestellt wird, dass sie die gleiche Rentabilität wie eine Investition im freifinanzierten Wohnungsbau ohne Gemeinwohlverpflichtung erzielt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

In den Förderprogrammen werden allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen. Zu den typischen Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern gesetzlich oder im Förderbescheid auch die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmietern wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können (u. a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen). Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel. Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

### ***Transparenzanforderungen***

In der Regel liegen die Förderungen deutlich unter 15 Mio. Euro. Sofern in Ausnahmefällen Förderungen von mehr als 15 Mio. Euro an Unternehmen, die außerhalb des Anwendungsbereichs der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem



Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, gewährt werden, werden die Transparenzanforderungen erfüllt (z.B. durch Führung einer Transparenzdatenbank).

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden von den Ländern und Kommunen Beihilfen i.H.v. insg. rd. 1.953,81 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 1.855,11 Mio. Euro (2019) gewährt.

#### e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

**Förderungen aus dem Ausgleichsfonds (AGF), aus dem Bundeshaushalt zum Nationalen Aktionsplans 2.0 (NAP 2.0) und bei Projekten der medizinischen Rehabilitation** (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die UNO-Generalversammlung verabschiedete 2006 das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen („UN-Behindertenrechtskonvention“, UN-BRK). Dieses ist 2008 in Kraft getreten. Nach Artikel 29 UN-BRK verpflichten sich die Vertragsstaaten, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) fungiert als staatliche Anlaufstelle (Focal Point) nach Artikel 33 der BRK. In diesem Zusammenhang hat das BMAS zur Umsetzung der UN-BRK einen Nationalen Aktionsplan (NAP) entwickelt, der die Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Politik für Menschen mit Behinderungen zusammenfasst. Die erste Version des NAP wurde am 15.06.2011 und die zweite mit dem Titel **Nationaler Aktionsplans 2.0 (NAP 2.0)** am 28.06.2016 veröffentlicht.

Leitgedanke und zentrales Handlungsprinzip der beiden NAP ist das Konzept der Inklusion. Künftig soll der Alltag von Menschen mit Behinderungen so organisiert werden, dass diese selbstverständlich und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ziel des NAP 2.0 ist es, durch rechtliche Änderungen, aber auch durch Förderprogramme, Forschungsprojekte und Veranstaltungen der UN-BRK Geltung zu verschaffen, ein breiteres Bewusstsein für das Konzept der Inklusion zu schaffen und die Umsetzung Schritt für Schritt voranzutreiben. Aus dem

Bundeshaushalt werden **innovative Modellvorhaben zur Umsetzung der UN-BRK** gefördert, die neue Ansätze erproben. Hierzu gehören auch **Projekte auf dem Gebiet der medizinischen und beruflichen Rehabilitation**. Dabei werden einzelne, zeitlich und inhaltlich abgrenzbare Vorhaben gefördert (Projektförderung).

Der Bundesgesetzgeber hat mit § 19 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) die Grundlage für die Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheit auf Bundesebene geschaffen. Das BMAS hat dazu am 26. Oktober 2016 eine **Richtlinie für die Förderung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten** erlassen.

Leitgedanke und zentrales Ziel ist es, Verbänden von Menschen mit Behinderungen, insbesondere Selbstvertretungsorganisationen, eine aktive und umfassende Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten und die Partizipation von Menschen mit Behinderungen an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen bzw. dies zu erleichtern.

Mit der Partizipationsförderung des BMAS sollen die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Organisationen von Menschen mit Behinderungen zur Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten auf Bundesebene insbesondere durch Kompetenzaufbau, Nachwuchsförderung, Struktur- und Starthilfe sowie Ausgleich behinderungsbedingten Mehrbedarfes verbessert werden.

Das Programm wird aus Bundesmitteln des Nationalen Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention (NAP 2.0) finanziert, die zur Umsetzung der Richtlinie für die Förderung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten bereitgestellt werden.

Aus dem **Ausgleichsfonds (AGF)** fördert das BMAS auf Grundlage von § 161 SGB IX darüber hinaus Projekte, die die Voraussetzungen des § 41 Absatz 1 Nrn 4 bis 6 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV) erfüllen. Bei den geförderten Vorhaben handelt es sich um **Modellprojekte auf dem Gebiet der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben mit überregionaler Bedeutung**, deren Ergebnisse bundesweit übertragbar sind. Inhaltlich widmen sich die Modellvorhaben der Weiterentwicklung der Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben, insbesondere durch betriebliches Eingliederungsmanagement, und der Förderung der Ausbildung schwerbehinderter

Jugendlicher oder der Entwicklung technischer Arbeitshilfen oder es handelt sich um Aufklärungs-, Fortbildungs- und Forschungsmaßnahmen. Dabei werden einzelne, zeitlich und inhaltlich abgrenzbare Vorhaben gefördert (Projektförderung).

Die gesammelten Erfahrungen, Projektergebnisse sowie die entwickelten Handlungskonzepte werden transferfähig aufbereitet und anderen Einrichtungen und Interessierten zur Verfügung gestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Erfahrungen und Ergebnisse aus den Projekten einen wichtigen Beitrag zur stärkeren Teilhabe von Menschen mit (schweren) Behinderungen und zur gleichberechtigteren Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft durch Menschen mit Behinderungen leisten werden. Die nachhaltige Nutzung der Ergebnisse ist somit gegeben.

Die für die Berichtsjahre 2018 und 2019 vom BMAS geförderten Projekte erbringen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI). Sie erfüllen die Voraussetzungen, unter denen staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI von der Anmeldepflicht befreit sind.

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte durch Zuwendungsbescheide. Im Fall von Weiterleitung von Teilen der Zuwendung gelten die entsprechend markierten verbindlichen Nebenbestimmungen ebenso für alle Letzt-Zuwendungsempfänger (ZE).

Zudem ist teilweise zwischen dem Erst-ZE und jedem Letzt-ZE ein privatrechtlicher Zuwendungsvertrag zu schließen, aus dem sich die Verbindlichkeit des Zuwendungsbescheids auch für den Letzt-ZE ergibt. Insofern werden alle ZE mit dem Zuwendungsbescheid mit der Erbringung der DAWI betraut.

#### ***Betrauungsdauer***

Die durchschnittliche Betrauungsdauer (= Projektlaufzeit) beträgt 3,5 Jahre bei Förderungen aus dem AGF. Bei Förderungen aus dem Bundeshaushalt zum NAP 2.0 beträgt die Dauer durchschnittlich 2,9 Jahre und bei Projekten mit der Zielsetzung der medizinischen Rehabilitation durchschnittlich ein Jahr. Die Dauer ergibt sich aus dem jeweiligen Projektantrag.

Die Betrauungsdauer (=Projektlaufzeit) beim Partizipationsfonds beträgt bis zu 36 Monate.

Es gibt keine Projekte, die die Laufzeit von 10 Jahren überschreiten.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht relevant

### ***Beihilfeinstrumente***

Bei Förderungen aus dem AGF, aus dem Bundeshaushalt zum NAP 2.0 und bei Projekten der medizinischen Rehabilitation gewährte das BMAS im Rahmen der Projektförderung im Programm eine nicht rückzahlbare Zuwendung auf Ausgabenbasis als Vollfinanzierung, Anteilfinanzierung oder Fehlbedarfsfinanzierung.

Bei Förderungen aus dem Partizipationsfonds gewährte das BMAS bzw. der von ihm beliehene Projektträger DLR im Rahmen der Projektförderung im Programm eine nicht rückzahlbare Zuwendung auf Ausgabenbasis als Anteilsfinanzierung. Diese Finanzierungsart ist durch die entsprechende Förderrichtlinie vorgegeben (vgl. Nr. 6 der Förderrichtlinie).

### ***Ausgleichsmechanismus***

Bei Antragstellung musste das Unternehmen (Zuwendungsempfänger) alle ausschließlich durch das geplante Projekt verursachten Einzelpositionen in einem Finanzierungsplan zusammenfassen. Der Antragsteller musste die Notwendigkeit aller beantragten Personal- und Sachressourcen und deren Höhe als marktüblich nachweisen. Zudem gilt das Besserstellungsverbot, auch hinsichtlich der veranschlagten Personalnebenausgaben. Ebenso musste der Finanzierungsplan die zu berücksichtigenden Einnahmen und Drittmittel enthalten, mit denen das betraute Unternehmen (Zuwendungsempfänger) während der Dauer der zu erbringenden DAWI rechnet. Falls während der Dauer der DAWI-Erbringung über den Finanzierungsplan hinausgehende Einnahmen und Drittmittel erzielt werden, mindern diese die zu gewährende Ausgleichsleistung bzw. Zuwendung.

Bestandteil der zuwendungsrechtlichen Antragsprüfung ist die Prüfung aller Positionen des Finanzierungsplans hinsichtlich ihrer Zuwendungsfähigkeit nach §§ 23, 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV). Ebenso muss die Notwendigkeit und Angemessenheit zur Durchführung der Projektarbeiten festgestellt werden. Der Ausgleichsmechanismus erfolgt dadurch, dass das Unternehmen (Zuwendungsempfänger) eine Zuwendung bis zur maximalen Höhe der als zuwendungsfähig anerkannten Einzelpositionen erhält. Während der Laufzeit und nach Laufzeitende sind vom Zuwendungsempfänger Zwischen- bzw. Gesamtverwendungsnachweise vorzulegen, die Auskunft über die tatsächlich entstandenen Positionen bzw. Ausgaben geben.

☒ Kostenallokationsmethode

☐ Net-avoided-cost-Methode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Ein zentrales Element der zuwendungsrechtlichen Bearbeitung vor der Betrauung des Unternehmens (Zuwendungsempfängers) war die Prüfung jeder einzelnen Ausgabenposition auf ihre Notwendigkeit für den Projekterfolg und ihre Angemessenheit. War eines dieser Kriterien nicht erfüllt, wurde die Position gekürzt oder gestrichen. Nach einer Bewilligung dürfen die bewilligten Mittel nur entsprechend der ANBest-P vom betrauten Unternehmen (Zuwendungsempfänger) bedarfsgerecht und in definierten zeitlichen Abständen abgerufen werden. Das Unternehmen (Zuwendungsempfänger) muss für die Ausgleichszahlungen ein separates Projektkonto einrichten und verwalten. Des Weiteren müssen alle entstandenen Ausgaben gegenüber dem Zuwendungsgeber in einem Verwendungsnachweis rechtsverbindlich dokumentiert werden und ggf. durch entsprechende Belege und begründende Unterlagen nachgewiesen werden. Die Richtigkeit, Angemessenheit und zweckentsprechende Verwendung der Ausgleichszahlungen wird in den vorzulegenden Zwischen- und Verwendungsnachweisprüfungen eingehend geprüft. Dadurch ist eine Kontrolle gegen Überkompensation sichergestellt. Sollte eine Überkompensation bei der Prüfung festgestellt werden, ergibt sich automatisch durch Anwendung der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und dazugehörigen Verwaltungsvorschriften (VV) eine Verrechnung des Kassenbestandes bzw. verzinste Rückforderung.

Somit werden die Ausgleichsleistungen kontinuierlich überwacht und eine etwaige Überkompensation schon in der Antragsprüfung vermieden bzw. während oder nach Ende der Projektlaufzeit zurückgefordert.

### ***Transparenzanforderungen***

Es erfolgten keine Zuwendungen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Vorhaben an ein Unternehmen (Zuwendungsempfänger).

Das zur Verfügung gestellte Fördermittelvolumen für Projekte aus dem AGF für das Jahr 2018 betrug 9.963.655,97 € für 20 Vorhaben, für das Jahr 2019 12.324.304,54 € für 16 Vorhaben. Für die Projekte aus dem Bundeshaushalt zum NAP 2.0 wurden im Jahr 2018 für zwei Vorhaben 107.719,00 € und für das Jahr 2019 für ein Vorhaben

110.345,00 € zur Verfügung gestellt, für Projekte zur medizinischen Reha in den Jahren 2018 und 2019 jeweils für ein Vorhaben je 100.000 €.

Das gesamte Fördermittelvolumen für den Partizipationsfonds betrug im Jahr 2018 1 Mio. € und im Jahr 2019 1,1 Mio. €, so dass eine Förderung in dieser Größenordnung auch für die Zukunft ausgeschlossen werden kann.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)	
2018	2019
AGF, NAP 2.0 und medizinische Reha: 7.882.578,45	AGF, NAP 2.0 und medizinische Reha: 8.620.675,51
Partizipationsfonds: 394.509,28	Partizipationsfonds: 359.669,15

Zusätzliche quantitative Informationen:

AGF, NAP 2.0 und medizinische Reha: Im Berichtszeitraum wurden von 41 Vorhaben DAWI erbracht, die hierzu per Zuwendungsbescheid betraut wurden.

Alle Unternehmen (Zuwendungsempfänger) haben im Berichtszeitraum Mittel abgerufen. Im Jahr 2018 waren es 17 Zuwendungsempfänger und im Jahr 2019 waren es 16 Zuwendungsempfänger.

Im Rahmen der „Richtlinie für die Förderung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten“ wurden im Berichtszeitraum in zehn Vorhaben DAWI erbracht, die hierzu per Zuwendungsbescheid betraut wurden.

Alle Unternehmen (Zuwendungsempfänger) haben im Berichtszeitraum Mittel abgerufen. Im Jahr 2018 waren es 10 Zuwendungsempfänger und im Jahr 2019 waren es 6 Zuwendungsempfänger.

Bei den Unternehmen des Partizipationsfonds (Zuwendungsempfängern) handelt es sich um Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen, die die Voraussetzungen für eine Anerkennung gemäß § 15 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 bis 5 BGG erfüllen.

Es kann in allen Fällen kein durchschnittlicher Beihilfebetrug angegeben werden. Die Zuwendungssumme pro Projekt umfasst hierzu eine zu große Bandbreite und wird

im Einzelfall entsprechend der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und der bedarfsgerechten Bewilligung von Fördermitteln unter Berücksichtigung zusätzlicher Eigen- und Drittmittel gewährt.

3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

i) Postdienstleistungen

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

ii) Energie

**(1) Energie-Checks und Energieberatung für private Verbraucher**  
(Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Gegenstand der DAWI sind (1) Energieberatungen für Mieter (Basis-Checks), für Wohneigentümer (Gebäude-Checks, Heiz-Checks, Solar-Checks) und Detail-Checks für Spezialthemengebiete, z.B. Baulicher Wärmeschutz, Haustechnik etc. bzw. (2) stationäre Energieberatung, Energieberatung per Telefon, Onlineberatungen sowie Kurzberatungen auf Messen.

***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgten durch Zuwendungsbescheid.

***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer betrug ein oder zwei Jahre.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Beihilfeinstrumente***

Es wurden Zuschüsse (Fehlbedarfsfinanzierung und Projektförderung) gewährt.

***Ausgleichsmechanismus***

Es kam eine Kostenallokationsmethode zur Anwendung.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Eine Überkompensation wird durch Verwendungsnachweiskontrolle, Kurzberichte und Projektgespräche sichergestellt.

***Transparenzanforderungen***

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro.

***Höhe der gewährten Beihilfen***

(1) In 2018 wurden Beihilfen i.H.v. insg. 7.551.185,50 Euro und in 2019 i.H.v. insg. 10.284.181 Euro bzw. (2) in 2018 i.H.v. insg. 5.640.441 Euro und in 2019 i.H.v. insg. 6.857.222 Euro gewährt.

Unmittelbar begünstigt ist der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv e.V.), mittelbar sind durch Weiterleitung die Verbraucherzentralen sowie Honorarberater per Honorarberatervertrag begünstigt.

**(2) Zuwendung an das Deutsch-Französische Büro für die Energiewende (DFBEW) (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Das Deutsch-französische Büro für die Energiewende (DFBEW) ist ein in Deutschland (Amtsgericht Charlottenburg) eingetragener Verein, der von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs 2006 gegründet wurde, um die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im Bereich der Energiewende zu fördern. Es ist heute in



Berlin beim BMWi und in Paris beim Ministerium für den ökologischen und solidarischen Wandel (MTES) angesiedelt. Die öffentliche Finanzierung erfolgt gemäß der gemeinsamen Erklärung von Peter Altmaier und Delphine Batho aus dem Jahr 2013 durch beide Länder in gleicher Höhe. Daneben beteiligt sich das DFBEW mit Eigenmitteln aus Mitgliedsbeiträgen sowie Einnahmen aus Sponsoring und Veranstaltungsgebühren an der Realisierung des Projektes.

Gemäß der Satzung vom 11. Mai 2016 ist Zweck des DFBEW die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im Bereich der erneuerbaren Energien, Strommarktintegration, Strommarktdesign sowie Flexibilität und Effizienz. Zur Verwirklichung des Vereinszweck richtet das DFBEW seine Tätigkeit aus auf die Förderung des Austauschs zwischen deutschen und französischen Akteuren, die Organisation von Veranstaltungen, die Übersetzung und Bereitstellung von Dokumenten, die Vermittlung von Informationen und Kontakten sowie die Öffentlichkeitsarbeit in den oben genannten Bereichen. Im Rahmen der satzungsmäßigen Aufgaben verfolgt das DFBEW gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (§52 AO, Abs. 2 Ziff. 1, 13, 15), insbesondere zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, Völkerverständigung und Entwicklungszusammenarbeit. Bei diesen Dienstleistungen gibt es ein Marktversagen, das durch die Betrauung aufgefangen werden soll.

### ***Formen der Betrauung***

Zuwendungsbescheid vom 28.02.2017

### ***Betrauungsdauer***

Bisher weniger als 10 Jahre (erste Zuwendung vom 10.12.2010)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Nicht rückzahlbare Zuwendung/Zuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Zuwendung geht nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die über die Erbringung der oben definierten DAWI verursachten Nettokosten abzudecken. Die Nettokosten sind die Differenz zwischen sämtlichen in Erbringung der DAWI

angefallenen, nach allgemein anerkannten Rechnungslegungsstandards ermittelten Kosten einerseits und den mit der DAWI erzielten Einnahmen andererseits. Maßgeblich für die Abgrenzung zwischen den ausgleichsfähigen Nettokosten und den sonstigen Kosten ist die Trennungsrechnung gemäß dem Zuwendungsbescheid. Im vorliegenden Fall wurde bereits der Antrag des DFBEW auf eine Zuwendung vom 23.09.2016 als zur Bemessung nach dem Betrauungsakt ausgleichsfähigen und förderfähigen Kosten mit erwarteten Ausgaben und Einnahmen gewertet. Dies ist insbesondere unter Berücksichtigung des Umstandes geschehen, dass a) das DFBEW auf Grund der Rechtsform grundsätzlich nicht gewinnorientiert agiert, somit der Einsatz einer Umsatz- oder Kapitalrente entbehrlich ist und dass b) die Vorhabenbeschreibung sowie der am 23.09.2016 eingereichte Arbeitsplan deckungsgleich mit dem expliziten Tätigkeitsfeld gem. Satzung vom 11.05.2016 sind.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Zuwendung ist zweckgebunden. Sie darf nur zum für das im Antrag des Zuwendungsempfängers beschriebene Vorhaben einschließlich evtl. Änderungen und dem Finanzierungsplan verwendet werden. Die ANBest-P und weitere im Zuwendungsbescheid aufgeführte Nebenbestimmungen sind zu beachten.

#### ***Transparenzanforderungen***

Nicht zutreffend

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)

<b>2018</b>	<b>2019</b>	
252.242	252.242	252.242
Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)		
<b>2018</b>	<b>2019</b>	
252.242	252.242	
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)		
<b>2018</b>	<b>2019</b>	
252.242 (Zuwendung an das DFBEW)	252.242 (Zuwendung an das DFBEW)	
Zusätzliche quantitative Informationen (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrag, Größe der Unternehmen)		
<b>2016</b>	<b>2017</b>	
12 Mitarbeiter	13 Mitarbeiter	

iii) – vi) Müllabfuhr, Wasserversorgung, Kultur, Finanzdienstleistungen

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

g) Sonstige Wirtschaftszweige

Nach den vorliegenden Informationen wurden auf Bundesebene die folgenden Maßnahmen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses durchgeführt.

**(1) Verbraucherschutz** (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz)

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Maßnahmen im Bereich der Verbraucherinformation
- Durchführung vergleichender, anbieterunabhängiger Waren- und Dienstleistungstests sowie Veröffentlichung der Ergebnisse
- Vertretung und rechtliche Durchsetzung von Verbraucherinteressen
- Koordination der Verbraucherorganisationen in Deutschland
- Qualitätssicherung der Verbraucherarbeit

***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte für das BMJV überwiegend im Rahmen von Zuwendungsbescheiden des Bundesverwaltungsamtes (BVA) für die Projekt- bzw. institutionelle Förderung. Grundlage bildet ein Muster-Zuwendungsbescheid zur DAWI-Betrauung des BMJV. In einem Fall ist ein gesonderter Betrauungsakt erlassen worden. Dabei ist durchgehend auf den *Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind* (DAWI-Freistellungsbeschluss) Bezug genommen worden.

***Betrauungsdauer***

Überwiegend entspricht die Betrauungsdauer der Laufzeit der geförderten Maßnahmen, in der Regel ist dies ein Jahr. Es wurden jedoch im Bereich der Verbraucherinformation auch überjährige Projekte mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren betraut. In einem Fall erfolgte eine Betrauung für einen Zeitraum von neun Jahren.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Trifft nicht zu

### ***Beihilfeinstrumente***

Nichtrückzahlbare Zuschüsse zur Förderung von Institutionen bzw. Projekten

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Förderung erfolgt überwiegend im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung, d.h. es werden nur solche Kosten übernommen, die der Zuwendungsempfänger nicht durch eigene oder fremde Mittel zu decken vermag. In einem Fall wurden Bescheide im Wege der Festbetragsfinanzierung erteilt.

☒ Kostenallokationsmethode

☐ Net-avoided-cost-Methode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Grundsätzlich erfolgt eine Verwendungsnachweisprüfung im Rahmen der zuwendungsrechtlichen Bestimmungen. In einem Fall ist vorgesehen, eine gesonderte Überkompensationsprüfung auf Grundlage einer Überleitungsrechnung auf Ein- und Ausgaben-Basis durchzuführen.

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt, da keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. Euro jährlich gewährt wird.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Die gewährten Beihilfen beliefen sich auf 33.726.507 EUR im Jahr 2018 und 37.219.688 EUR im Jahr 2019.

Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument: Es wurden ausschließlich nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt.

Zusätzliche quantitative Informationen:

2018:

Es wurde eine institutionelle Förderung (Verbraucherzentrale Bundesverband – vzbv e.V.) gewährt (12.222.000 Euro jährliche Förderung; rund 208 Beschäftigte).

Weiterhin wurde die Stiftung Warentest (rund 350 Mitarbeiter) durch einen Zuschuss i. H. v. 3.300.000 Euro gefördert; zudem flossen ihr in 2018 Erträge aus dem vom Bund zur Verfügung gestellten Stiftungskapital i. H. v. 1.381.891 Euro zu.

Bei den im Wege einer Projektförderung finanzierten Maßnahme liegt die Förderhöhe zwischen 20.937 Euro (anteiliger jährlicher Förderbetrag Fachratgeber BAG Schuldnerberatung) bis zu rund 5.000.000 Euro (Marktwächter Finanzen beim vzbv e.V. und Verbraucherzentralen).

Beispielhaft für eine Förderung im durchschnittlichen Bereich ist der Verbraucherrat beim DIN Deutschen Institut für Normung (DIN VR, zur Wahrnehmung der Verbraucherinteressen bei der Normung) mit einer Förderhöhe von 844.464 Euro und ca. 8 Mitarbeitern in der Geschäftsstelle sowie 60 ehrenamtlich Tätigen.

2019:

Es wurde eine institutionelle Förderung (Verbraucherzentrale Bundesverband – vzbv e.V.) gewährt (13.471.000 Euro jährliche Förderung; rund 208 Beschäftigte).

Weiterhin wurde die Stiftung Warentest (rund 350 Mitarbeiter) durch einen Zuschuss i. H. v. 2.900.000 Euro gefördert; zudem flossen ihr in 2019 Erträge aus dem vom Bund zur Verfügung gestellten Stiftungskapital i. H. v. 1.606.813 Euro zu.

Bei den im Wege einer Projektförderung finanzierten Maßnahme liegt die Förderhöhe zwischen 4.900 Euro (anteiliger jährlicher Unterstützung eines Schülerzeitungswettbewerbs zu Verbraucherfragen der Deutschen Jugendpresse) bis zu rund 5.000.000 Euro (Marktwächter Finanzen beim vzbv e.V. und Verbraucherzentralen).

Beispielhaft für eine Förderung im durchschnittlichen Bereich ist der DIN-Verbraucherrat (Wahrnehmung der Verbraucherinteressen bei der Normung) mit einer Förderhöhe von 843.846 Euro und ca. 8 Mitarbeitern in der Geschäftsstelle sowie 60 ehrenamtlich Tätigen.

## **(2) Verbraucherinformation** (Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung)

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Maßnahmen zur Förderung der Verbraucherinformation im Bereich der Ernährung (gesundheitlicher Verbraucherschutz) und der Vermeidung von Lebensmittelabfällen.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt typischerweise mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid). Standardisierte Muster für diese Betrauungen existieren nicht, da die Projektziele und die fachlich-inhaltlichen Anforderungen je nach Projekt variieren.

### ***Betrauungsdauer***

Die durchschnittliche Betrauungsdauer je Betrauungsakt liegt unter 10 Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Beihilfeempfängern werden in der Regel keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

In der Regel werden Zuschüsse als Beihilfeinstrument verwendet.

### ***Ausgleichsmechanismus***

In der Regel wird eine Zuwendung bis zur Höhe der als zuwendungsfähig anerkannten Einzelpositionen gewährt.

Es wird vorrangig die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Zuwendungen können grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlich bewilligten Mittel ausgezahlt werden. Die Zuwendungsempfänger erstellen jährlich einen Sachbericht über die Projektdurchführung sowie einen zahlenmäßigen Verwendungsnachweis über alle erhaltenen Zuwendungen. Darin sind alle für die Projektdurchführung geleisteten

Zahlungen bzw. Ausgaben in dem jeweiligen Nachweiszeitraum einzeln aufzuführen und zu belegen. Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zugeordnet werden können, wird dies im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurückgefordert.

### Transparenzanforderungen

Entfällt

### Höhe der gewährten Beihilfen

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)	
von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)	
2018	2019
Zuwendungsbescheid an WWF (Dialogforum Außer-Haus-Verpflegung): 202.125,00 €  Projektförderung an vzbv (Lebensmittelklarheit): 0 € (entfällt für das Projekt Lebensmittelklarheit, da mit der Umsetzung der DAWI-Regelungen für das Projekt Lebensmittelklarheit erst im Februar 2019 begonnen wurde.)  Aktivitäten im Rahmen des NAP IN FORM: 3.196.954,89 €  Förderung der Verbraucherzentralen: 3.000.000,00 €  <b>INSGESAMT: 6.399.079,89 €</b>	Zuwendungsbescheid an WWF (Dialogforum Außer-Haus-Verpflegung): 195.685,56 €  Projektförderung an vzbv (Lebensmittelklarheit): Start Februar 2019 569.266,60 €  Aktivitäten im Rahmen des NAP IN FORM: 4.283.510,48 €  Förderung der Verbraucherzentralen: 2.998.363,00 €  <b>INSGESAMT: 8.046.825,64 €</b>
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)	
2018	2019
Nicht verfügbar	

### (3) Kennzeichnungssystem Reisen für Alle in Deutschland

(Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

#### *Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse*

Einführung der Kennzeichnungssystems Reisen für Alle in Deutschland – Entwicklung einer bundesweit einheitlichen und belastbaren Kennzeichnung und Zertifizierung für barrierefreie touristische Angebote, Entwicklung von Qualitätsstandards und einer Erfassung- und Auswertungsdatenbank, Durchführung von Schulungsmaßnahmen (bis 07/2018)

Absicherung der Einführung des Kennzeichnungssystems Reisen für Alle in Deutschland – Sicherstellung und Weiterentwicklung der Erfassungs- und

Auswertungsdatenbank, Prüfstelle und Zertifizierung von Betrieben, Weiterentwicklung und Optimierung des Systems, Durchführung und Weiterentwicklung von Schulungsmaßnahmen (ab 08/2018)

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 4 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Es erfolgte eine Zuwendung in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Zuwendung wird in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung für Nettokosten bewilligt, so dass kein zusätzlicher Ausgleich stattfindet.

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Wahl des Beihilfeinstrumentes (Zuwendung / AnBest-P)
- Prüfung der Antragsunterlagen
- Ausgleichsleistung wird nur für tatsächlich anfallende Kosten ohne angemessenen Gewinn unter Berücksichtigung aller Einnahmen festgelegt

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018:

0,3154 Mio € = 315.400,00 € (bis 31.07.2018)

0,089563 Mio € = 89.563,00 € (ab 01.08.2018)

Die Betrauung erfolgte im Zuwendungsbescheid. Die Projektlaufzeit endete am 31.07.2018. Es schloss sich ab 01.08.2018 ein Nachfolgeprojekt an. Daher wurden für 2018 zwei Teilbeträge benannt.



2019:

0,1975 Mio € = 197.500,00 €

Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument: Zuschuss (2018 und 2019)

Zusätzliche quantitative Informationen: eine Begünstigung (2018 und 2019)

#### **(4) Naturschutzgroßprojekte**

(Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)

##### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bei der Dienstleistung handelt es sich um das Bundesprogramm „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“. Es dient der Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung. Mit dem Programm wird ein Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Erhaltung des Naturerbes in Deutschland geleistet.

Im Rahmen der Projekte werden naturraumtypische Lebensräume erhalten oder wiederhergestellt und die in ihnen vorkommenden wildlebenden Arten geschützt, indem Flächen erworben und Maßnahmen durchgeführt werden, um die Situation gefährdeter Arten und Biotope zu verbessern und zu sichern.

Das Programm trägt zur Erfüllung supranationaler Naturschutzziele bei, wie z. B. zur Verwirklichung des EU-Ziels, einen weiteren Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen, und zum langfristigen Schutz von Natura-2000-Gebieten der Europäischen Union.

##### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt über die Bewilligung einer Zuwendung für ein konkret beantragtes Projekt. Die Bewilligung erfolgt in der Regel mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid). Standardisierte Muster für diese Betrauungen existieren nicht, da die Projektziele und insbesondere die fachlich-inhaltlichen Anforderungen je nach Projekt variieren.

##### ***Betrauungsdauer***

Die Dauer der Betrauungen beläuft sich im Durchschnitt auf 7,6 Jahre. Der Anteil der Betrauungen, deren Dauer 10 Jahre überschreitet, beträgt ca. 12,5%. Hierbei handelt

es sich um Projekte, deren Umsetzung nach anerkannten naturschutzfachlichen Grundsätzen einen längeren Zeitraum erfordert.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Ausschließliche oder besondere Rechte werden im Rahmen der Projektförderung nicht gewährt.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Es handelt sich um Zuwendungen in der Form von Projektförderungen. Dabei handelt es sich um nicht rückzahlbare Zuwendungen, die auf Ausgabenbasis bewilligt werden.

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Im Vorfeld der Projektförderung werden alle für die Durchführung erforderlichen Ausgaben kalkuliert und in einen Finanzierungsplan eingestellt. Auf der Basis dieses Finanzierungsplanes erfolgt die Bewilligung der Zuwendung. Die Zuwendung erfolgt nur für diejenigen Ausgaben, die ausschließlich zur Durchführung des Projektes notwendig sind. Nur für diese konkret bewilligten Ausgaben darf auch ein Mittelabruf d.h. eine Auszahlung der Zuwendung erfolgen.

Inhaltlich wenden wir die Net-avoided-cost-Methode an. Sie ist definiert als Differenz zwischen Nettokosten des „betrauten Unternehmens“ mit Gemeinwohlverpflichtung und Nettokosten ohne diese Verpflichtung. Die Gemeinwohlverpflichtung ist hier die Durchführung des Naturschutzgroßprojektes als solches. Durch die Verpflichtung zur Erbringung des Eigenanteils bleibt die Zuwendungssumme sogar hinter der beihilferechtlich möglichen Ausgleichszahlung zurück.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Zuwendungen können grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlich bewilligten Mittel ausgezahlt werden.

Die Zuwendungsempfänger erstellen jährlich einen Sachbericht über die Projektdurchführung sowie einen zahlenmäßigen Verwendungsnachweis über alle erhaltenen Zuwendungen. Darin sind alle für die Projektdurchführung geleisteten Zahlungen bzw. Ausgaben in dem jeweiligen Nachweiszeitraum einzeln aufzuführen und zu belegen. Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zugeordnet werden können, wird dies im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurück-gefordert.

### **Transparenzanforderungen**

Sämtliche Zuwendungen werden inklusive Darstellung des Vorhabens, Zuwendungsempfängers und Finanzvolumens des Projektes unter: <https://www.bfn.de/foerderung/naturschutzgrossprojekt/liste-laufender-vorhaben.html>

ausführlich dargestellt.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)	
2018	2019
4,675 Mio. EUR	6,135 Mio. EUR
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)	
2018	2019
Bund: 3,690 Mio. EUR	Bund: 4,878 Mio. EUR
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)	
2018	2019
Länder: 0,985 Mio. EUR	Länder: 1,257 Mio. EUR
Zusätzliche quantitative Informationen	
2018	2019
Anzahl der Begünstigten: 8	Anzahl der Begünstigten: 8

## **(5) Bundesprogramm Biologische Vielfalt**

(Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Im Bundesprogramm Biologische Vielfalt werden Dienstleistungen gefördert, die zum Erhalt und zur Entwicklung der Biologischen Vielfalt in Deutschland beitragen. Es ist ein Instrument zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS).

In diesem Bundesprogramm werden Maßnahmen durchgeführt, denen im Rahmen der NBS eine gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung zukommen oder die die NBS in besonders beispielhafter und maßstabsetzender Weise umsetzen. Dabei tragen die Maßnahmen dazu bei, den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland zu stoppen und mittel-bis langfristig in einen positiven Trend umzukehren.

Förderfähig sind solche Maßnahmen die dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung sowie der Entwicklung der biologischen Vielfalt dienen, über die rechtlich geforderten Standards hinausgehen und sich den vier Schwerpunkten „Arten in besonderer Verantwortung Deutschlands“, „Hotspots der biologischen Vielfalt“, „Sichern von Ökosystemleistungen“ und „Weitere Maßnahmen von besonderer repräsentativer Bedeutung für die Strategie“ zuordnen lassen.

Durch akzeptanzbildende Maßnahmen der Information und Kommunikation soll bei allen Projekten das gesellschaftliche Bewusstsein für die biologische Vielfalt gesteigert und gefestigt werden.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt per Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid). Darin werden die Pflichten der Empfänger, ggf. der räumliche Geltungsbereich, Umfang und Laufzeit sowie Höhe der Zuwendung je Projekt definiert und festgeschrieben. Darüber hinaus enthält der Zuwendungsbescheid Bestimmungen über den Ausgleichmechanismus, die Kontrolle der Verwendung der Zuwendung und einen Verweis auf den DAWI Beschluss.

Standardisierte Muster für diese Betrauung existieren nicht, da die Projektziele und fachlich-inhaltlichen Anforderungen von Projekt zu Projekt variieren können. Bestimmungen über den Ausgleichsmechanismus und die Kontrolle der Verwendung finden sich in standardisierten Nebenbestimmungen, die Bestandteil des Zuwendungsbescheides sind.

### ***Betrauungsdauer***

Die Dauer der Betrauung soll nach den Förderrichtlinien für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt regelmäßig nach sechs Jahren abgeschlossen sein. Die durchschnittliche Betrauungsdauer beträgt fünf Jahre.

Keine der Betrauungen übersteigt die Dauer von zehn Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Dienstleistungen werden über Zuwendungen als Projektförderung finanziell ausgeglichen. Dabei handelt es sich um nicht rückzahlbare Zuwendungen, die in der Regel auf Ausgabenbasis bewilligt und finanziert werden.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wird die Net-avoided-cost Methode zugrunde gelegt.

Alle für die Durchführung erforderlichen Ausgaben werden im Vorfeld der Projektförderung kalkuliert und in einen Finanzierungsplan eingestellt. Auf Basis dieses Finanzierungsplanes erfolgt die Bewilligung der für die Durchführung erforderlichen Ausgaben. Die Zuwendung erfolgt dabei nur für diejenigen Ausgaben, die ausschließlich zur Durchführung des Projektes notwendig sind. Nur für diese konkret als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben darf die Inanspruchnahme der Zuwendung erfolgen.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Zuwendungen können grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlich bewilligten Mittel ausgezahlt werden. Die Zuwendungsempfänger erstellen jährlich einen Sachbericht über die Projektdurchführung sowie einen zahlenmäßigen Verwendungsnachweis. Darin sind alle für die Projektdurchführung geleisteten Ausgaben in dem jeweiligen Nachweiszeitraum einzeln aufzuführen und zu belegen. Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zuzuordnen sind, wird dies im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurückgefordert.

### ***Transparenzanforderungen***

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018 wurden Beihilfen i.H.v. insg. 3,895 Mio. EUR und 2019 i.H.v. insg. 8,088 Mio. EUR gewährt.

## **(6) Nationales Naturerbe**

(Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bei der Dienstleistung handelt es sich um die Erhaltung von Flächen von besonderem naturschutzfachlichem Wert gemäß vertraglich definierter Naturschutzverpflichtungen durch unentgeltliche Übertragungen von bundeseigenen Flächen des Nationalen

Naturerbes an Naturschutzverbände und -stiftungen im Rahmen der Initiative der Bundesregierung zur Sicherung des Nationalen Naturerbes

### ***Formen der Betrauung***

Die ausdrückliche Betrauung mit Erbringung der DAWI erfolgt durch den Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung zwischen Flächenempfänger und dem Bund.

Die Übertragung erfolgt mit der Maßgabe, dass der Flächenempfänger die naturschutzfachliche Qualität der Flächen dauerhaft als Bestandteil des Nationalen Naturerbes der Bundesrepublik Deutschland sichert und erhält. Der Empfänger verpflichtet sich, die als Anlage zur vertraglichen Vereinbarung formulierten naturschutzfachlichen Grundsätze einzuhalten. Der Empfänger haftet gegenüber dem Bund für die dauerhafte Sicherstellung der Naturschutzzweckbindung der Flächen. Die Flächenübertragung erfolgt durch:

- Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung zwischen Flächenempfänger, abgebender Bundeseinrichtung, Bundesland und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit,
- notarielle Beurkundung der Flächenübertragung,
- Sicherung des Übertragungszweckes durch Eintragung im Grundbuch (bei Naturschutzverbänden und -stiftungen) in Form einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten BMU

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 14.12.2011 zur 2. Tranche beschlossen, dass alternativ zur Flächenübertragung auch eine dauerhafte Überlassung von BImA-Flächen an Länder und Verbände erfolgen kann (unter Maßgabe der Personalkostenübernahme und begrenzter Haftung) durch Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung. Diese Regelung findet auch bei der am 17. Juni 2015 beschlossenen 3. Tranche des Nationalen Naturerbes Anwendung.

### ***Betrauungsdauer***

Die Naturschutzzweckbindung der Flächen ist für alle Flächenempfänger unbefristet. Die Betrauung erfolgt zunächst für einen Zeitraum von 10 Jahren. Diese Befristung wird vertraglich vereinbart und grundbuchrechtlich abgesichert. Nach Ablauf der

zehnjährigen Frist kann der Flächenempfänger erneut mit der naturschutzfachlichen Betreuung derselben Flächen betraut werden.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Unentgeltliche	Übertragung	der	Eigentumsrechte	an	Flächen
Unentgeltliche	Überlassung		von		Flächen

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

Den Einnahmen durch die Erbringung der DAWI stehen Kosten gegenüber, die die Flächenempfänger auf den übertragenen bzw. überlassenen Flächen aufbringen müssen. Das sind also alle Kosten für die dauerhafte Sicherung der naturschutzfachlichen Qualität der Flächen als Bestandteil des Nationalen Naturerbes der Bundesrepublik Deutschland.

Beim Nationalen Naturerbe sind die Einnahmen aus den wirtschaftlichen (Naturschutz-) Tätigkeiten auf den Flächen die einzige Möglichkeit für die Naturschutzorganisationen, die mit den Naturschutzverpflichtungen verbundenen Kosten zu decken. Für die Tätigkeiten werden keine Subventionen gewährt; die Subvention besteht vielmehr darin, dass die Tätigkeiten auf den unentgeltlich übertragenen Flächen ausgeübt werden können.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Falls die Einnahmen aus der Nutzung der Flächen (=naturschutzfachliche Pflege und Entwicklung) die Kosten übersteigen, muss die Differenz vollständig für den Schutz und die Förderung des Nationalen Naturerbes verwendet oder aber an den Bund abgeführt werden.

Die Empfänger müssen jährlich einen Bericht vorlegen, wie die Einnahmen verwendet wurden.

Eine Weiterübertragung (Verkauf) bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, im Falle des Verkaufs einer Fläche der BImA auch der Zustimmung dieser Bundeseinrichtung. Der sich daraus ergebende

Erlös muss in die Pflege und Entwicklung der (im Eigentum des Verkäufers verbliebenen) Nationalen Naturerbe-Flächen oder den Erwerb von gleich- oder höherwertigen Flächen reinvestiert werden. Geschieht dies nicht, ist der Verkaufserlös an die abgebende Bundeseinrichtung abzuführen.

Die DBU Naturerbe GmbH ist als staatliche Naturschutzorganisation vertraglich dazu verpflichtet, Einnahmen, die sie in Zusammenhang mit der Erreichung der naturschutzfachlichen Zielstellung erzielt, ausschließlich zum Erhalt und zur Entwicklung des Nationalen Naturerbes einzusetzen. Die DBU Naturerbe GmbH erstellt einen jährlichen Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft, den sie der Bundesregierung vorlegt.

Die DBU Naturerbe GmbH darf die an sie übertragenen Flächen nicht an Dritte weiterübertragen.

#### ***Transparenzanforderungen***

Die Förderhöchstgrenze von 15 Mio. Euro wird von den jeweiligen Flächenempfängern nicht überschritten.

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

In ihrer Beihilfeentscheidung hat die Kommission festgestellt, dass sich der Wert der Flächen nur schwer beziffern lässt (Rn 44 Entscheidung NN 8/2009) und deshalb die durch die Nutzung der Flächen erzielbaren Einnahmen bei der Überprüfung der Überkompensation im Sinne des DAWI-Rahmens zugrunde gelegt werden (Rn 80 Entscheidung NN 8/2009).

#### ***Zusätzliche quantitative Informationen:***

Im Rahmen der 3. Tranche des Nationalen Naturerbes wurden 6 Naturschutzorganisationen mit der Erbringung einer DAWI betraut. Die notariellen Übertragungen finden seit 2016 statt und sind noch nicht abgeschlossen. In einem Fall fand eine Überlassung statt.



Liste der Begünstigten mit ha-Zahl übertragener Fläche, Einnahmen, Ausgaben und Verwendungszweck für Überschüsse, Genehmigungen von Weiterübertragungen für die Jahre 2018 und 2019.

Die Anlage dient zugleich der Berichterstattung gemäß Punkt 3.3.2.4 der Entscheidung NN 8/2009.

## **(7) Klimaschutz**

(Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Mit der Betrauung soll folgendes Ziel erreicht werden: Entwicklung und Bereitstellung eines interaktiven, digitalen Bildungsangebots für Kinder und Jugendliche, auf dessen Grundlage für unterschiedliche Natur- und Kulturlandschaften Deutschlands Anpassungsstrategien an die regionalen Folgen des Klimawandels erarbeitet und deren Umsetzungen und Auswirkungen im Kontext eines sich ändernden Klimas simuliert werden können. Hauptziel des Vorhabens ist es, die Beurteilungs- und Handlungskompetenz in Fragen des regionalen Klimawandels in einem interaktiven und interdisziplinären Ansatz zu fördern.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt per Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

Standardisierte Muster existieren nicht.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 3 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zur Projektförderung wurde eine nicht rückzahlbare Zuwendung auf Ausgabenbasis gewährt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wird die Net-avoided-cost Methode zugrunde gelegt.

Alle für die Durchführung erforderlichen Ausgaben werden im Vorfeld der Projektförderung kalkuliert und in einen Finanzierungsplan eingestellt. Auf Basis dieses Finanzierungsplans erfolgt die Bewilligung der für die Durchführung erforderlichen Ausgaben. Die Zuwendung erfolgt dabei nur für diejenigen Ausgaben, die ausschließlich zur Durchführung des Projektes notwendig sind. Nur für diese konkret als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben darf die Inanspruchnahme der Zuwendung erfolgen.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Zuwendung kann grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlichen bewilligten Mittel ausgezahlt werden und darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Es ist jährlich ein kurz gefasster Zwischenbericht über die Durchführung und den Stand des Vorhabens vorzulegen. Innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Projekts bzw. nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, ist ein Schlussbericht/Verwendungsnachweis vorzulegen. Dieser besteht aus einem Sachbericht sowie einem zahlenmäßigen Nachweis. Im Sachbericht ist die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen und auf die wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises einzugehen. In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Folge und voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen

Ausgaben enthalten. Darüber hinaus ist eine tabellarische Belegübersicht beizufügen, in der die Ausgaben nach Art und zeitlicher Reihenfolge getrennt aufgelistet sind. Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zuzuordnen sind, wird dies im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises

beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurückgefordert.

#### ***Transparenzanforderungen***

Nicht zutreffend.

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)	
2018	2019

	0,7 Mio. EUR
Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
	0,7 Mio. EUR
Zusätzliche quantitative Informationen	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
	Anzahl der Begünstigten: 1

## (8) DeFa GmbH

(Bundesministerium für Gesundheit)

Die Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe GmbH (DeFa), die zu 100% in staatlicher Hand (Saarland) liegt, unterstützt die Anwerbung von Pflegefachkräften aus Drittstaaten.

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Der Mangel an Pflegefachkräften in der Bundesrepublik macht die Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten erforderlich. Der (sich in Zukunft verschärfende) Bedarf wird indes nur unzureichend und zu langsam durch Anwerber und Personalgewinnungsagenturen gedeckt; teilweise dauern Verfahren bis zu zwei Jahre. Als problematisch hat sich insb. das komplexe Verwaltungsverfahren erwiesen, das u.a. durch unvollständig ausgefüllte Visaanträge und Unklarheiten über die Gleichwertigkeit der Berufsabschlüsse erheblich verzögert wird. Die für das Gesundheitssystem erforderliche Beschleunigung lässt sich nur durch die Bündelung vergleichbarer Fälle und die Vorprüfung der Anträge bewirken, was die Personalgewinnungsagenturen nicht leisten können und bislang nicht geleistet haben. Hierin liegt ein Marktversagen bezüglich einer im Allgemeininteresse liegenden Tätigkeit.

Die DeFa bündelt die mit der internationalen Fachkräftegewinnung verbundenen Antragsverfahren unter einem Dach, soweit diese unmittelbar durch Krankenhäuser, Pflegeheime, weitere Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie durch Personalgewinnungsagenturen durchgeführt werden. Sie stellt sicher, dass alle erforderlichen Anträge und Dokumente vorgeprüft und erst dann den Behörden

übermittelt werden – Ziel ist, dass Pflegekräfte nach drei bis vier Monaten nach Visa-Antrag einreisen können. Insbesondere

- wird die Prüfung der Gleichwertigkeit der Berufsabschlüsse durch die Anerkennungsbehörden in den Bundesländern durch die Bündelung vergleichbar qualifizierter Antragsteller in den Anerkennungsverfahren und die Ergänzung durch gutachterliche Musterdefizitfeststellungen für bestimmte Qualifikationsmuster beschleunigt. Die Anerkennungsstellen erhalten die Unterlagen für die Fallbearbeitung durch die DeFa vollständig und vorgeprüft; ergänzt werden diese durch eine Auflistung der auszugleichenden Defizite sowie durch einen Nachweis eines Platzes in einer Qualifizierungsmaßnahme (Anpassungsmaßnahme/Vorbereitung auf die Kenntnisprüfung) nach Einreise. Auf diese Weise werden die Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und der verschiedenen Anerkennungsoptionen (gebündelte Anpassungsqualifizierungen/gebündelte Maßnahmen zum Ablegen der Kenntnisprüfung) besser und effektiver genutzt,
- werden die Visaanträge der Fachkräfte so vorgeprüft, dass der Bearbeitungs- und Prüfaufwand der Visa-erteilenden Stellen minimiert wird.

Durch diese Tätigkeit hilft die DeFa in erster Linie bei der Bewältigung der komplexen und mehrschichtigen Verwaltungsverfahren, beschleunigt diese und entlastet so auch die beteiligten deutschen Behörden. Die DeFa wird dabei nicht selber als Personalgewinnungsagentur tätig, sondern fasst die Anträge diverser Agenturen nach sachlichen Kriterien zusammen und erfüllt damit eine anbieterübergreifende Leistung, die vom Markt nicht erbracht wird.

Ergänzt werden soll dieser Kernprozess der DeFa durch ein Verfahren zur Vergabe des Gütesiegels „DeFa-Partner mit geprüfter Qualität“. Maßgebend hierfür wird ein Kriterienkatalog sein, der besondere Anforderungen an die Qualität und Seriosität der Vermittlung stellt und mit dem Bundesministerium für Gesundheit abgestimmt werden soll.

Die Dienste der DeFa kann jede juristische oder natürliche Person in Anspruch nehmen, die Pflegefachkräfte anwerben möchte. Das gilt insbesondere auch für Personalgewinnungsagenturen, die ihrerseits Pflegekräfte aus dem Ausland vermitteln

und von der Bündelung ihrer Verfahren mit denen anderer Anbieter oder aufnehmender Institutionen durch eine wettbewerbsneutrale Organisation profitieren möchten. Für die Unterstützung bei den Verwaltungsverfahren wird pro Einzelfall bzw. angeworbener Fachkraft ein Entgelt in Höhe von 350 Euro für das Prozessmanagement bei den deutschen Behörden erhoben.

#### ***Formen der Betrauung***

Der Zuwendungsbescheid ZMW11-2519PIA400 des Bundesverwaltungsamtes vom 19. November 2019 (Anlage 1) ist zugleich Betrauungsakt im Sinne des Artikels 4 des DAWI-Freistellungsbeschlusses und verweist auf diesen. Insofern wird die DeFa GmbH als Förderempfängerin mit dem Förderbescheid mit der Erbringung der DAWI betraut.

#### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer (= Projektlaufzeit) beträgt vier Jahre (2019-2023).

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Der DeFa werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Es handelt sich bei der gewährten Zuwendung um eine Fehlbedarfsfinanzierung (Anlage 1).

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Bezüglich der Berechnung der Ausgleichsleistungen wird in Nummer II. des Betrauungsakts auf den verbindlichen Finanzierungsplan verwiesen (Anlage 2).

Für die Überwachung der Ausgleichsleistungen in Form der bewilligten Fördermittel wird die Zuwendungsempfängerin in Nummer V.14 des Betrauungsakts dazu verpflichtet, die Ausgaben und Einnahmen in Verbindung mit der DAWI von allen anderen Tätigkeiten getrennt auszuweisen. Dazu sind die Ausgleichsleistungen in Form der bewilligten Fördermittel auf einem separaten Projektkonto zu verwalten. Zudem sind mittels Personalaufschreibungen und Belegen alle tatsächlich für die Erbringung der DAWI entstandenen Ausgaben nachzuweisen. Damit wird sichergestellt, dass die zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich und ausschließlich

für die Erbringung der DAWI bzw. für die Erreichung der definierten Zielvorgaben verwendet werden.

#### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderungen von Überkompensationszahlungen werden in den Regelungen (Nummern I.A, V.12 und V.12 des Betrauungsakts) Rechnung getragen. Bei nicht zweckentsprechender Verwendung besteht ein Rückforderungsanspruch; nicht ausgegebene Mittel können nicht auf spätere Haushaltsjahre transferiert werden und verfallen. Ferner sind die laut Finanzierungsplan einzubringenden Eigen- und sonstige Mittel vorrangig einzusetzen. Über- bzw. außerplanmäßig erzielte Einnahmen, die mit dem geförderten Projekt in Zusammenhang stehen, sind als Deckungsmittel einzubringen und reduzieren die bewilligte Zuwendung grundsätzlich in ihrer Höhe. Aus der Zuwendung ggf. erwirtschaftete Zinsen sind in voller Höhe abzuführen.

Alle tatsächlich entstandenen Ausgaben müssen durch Belege und Zeitaufschreibungen gegenüber dem Förderer nachgewiesen werden. Die Richtigkeit, Angemessenheit und zweckentsprechende Verwendung der Ausgleichszahlungen wird in den vorzulegenden Zwischen- und Verwendungsnachweisprüfungen eingehend geprüft.

#### **Transparenzanforderungen**

Eine Förderung in dieser Höhe findet nicht statt.

#### **Höhe der gewährten Beihilfen**

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)	
2018	2019
0	0,308 (bzw. 308.686,00 Euro)
von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)	
2018	2019
0	0,308 (bzw. 308.686,00 Euro)
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument	
2018	2019
0	Die Förderungen wurden als Fehlbedarfsfinanzierung gewährt.

### **3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

Es wird auf die Anlagen betreffend die Naturschutzgroßprojekte (NGP) verwiesen.

### **4. Beschwerden Dritter**

Es liegt eine Beschwerde über eine mutmaßliche Beihilfe zugunsten der DeFa GmbH bei der Europäischen Kommission vor (SA.55992 (2020/FC) – Deutschland). Die Bundesregierung hat fristgemäß zum 24. April 2020 eine Stellungnahme an die Europäische Kommission übermittelt. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

### **5. Sonstige Fragen**

Keine Angaben

Der DAWI-Beschluss auf Bundesebene		Gesamtbetrag für den Bund	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	€ 26.846.079,07	€ 45.819.678,26
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	€ 46.266.993,64	€ 55.271.984,21
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	€ 11.886.820,15	€ 4.576.909,67
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau		
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen	€ 8.277.087,73	€ 8.980.344,66
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen		
	Energie	€ 13.443.868,50	€ 17.393.645,00
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur		
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige	49.100.550 €	€ 60.695.699,60



Hinweis: Hinsichtlich der  
Zahlen für das Programm  
Nationales Naturerbe  
(BMU) wird verwiesen auf  
die Anlage Bund (BMU) -  
DAWI-Beschluss NNE  
Anlage 1 NN8\_2009.

Der DAWI-Rahmen auf Bundesebene	Gesamtbetrag für den Bund	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige	€ 7.345.460,52	€ 6.205.438,79



**Gemeinsamer  
Bundesausschuss**  
Innovationsausschuss

Innovationsausschuss beim G-BA, Postfach 12 06 06, 10596 Berlin

Name, Anschrift und Ansprechperson  
des Förderempfängers

**Besuchsadresse:**  
Gutenbergstraße 13  
10587 Berlin

**Ansprechpartner/in beim DLR-PT:**  
WM

**Telefon:**  
+49 228 3821-xxx / 30 67055-xxx

**Telefax:**  
+49 228 3821-1257

**E-Mail:**  
n.n@dlr.de

**Datum:**  
TT. MM JJJJ

## Förderbescheid

Förderung aus Mitteln des Innovationsfonds zur Förderung von neuen  
Versorgungsformen (§ 92a Abs. 1 SGB V) für das Projekt:

„Akronym – Projekttitle“

Förderkennzeichen: 01NVF JJXXX

Ausführende Stelle: Name der ausführenden Stelle

Projektleitung: Titel Vorname Name

Ihr Antrag mit Eingang am TT. MM JJJJ in der Fassung vom TT. MM JJJJ  
mit Ergänzungen vom sämtliche Bescheid relevante Korrespondenz aufnehmen  
Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns vom TT. MM JJJJ

Sehr geehrte/r Herr/Frau Dr./Professor/in Name,

mit dem vorliegenden Förderbescheid wird aufgrund der Entscheidung des  
Innovationsausschusses vom 16. Oktober 2019 die folgende Projektförderung aus Mitteln des  
Innovationsfonds gewährt. Dieser Förderbescheid ist zugleich Betrauungsakt im Sinne des  
nachfolgend aufgeführten DAWI-Freistellungsbeschlusses.

### I. Betrauung

Nach Maßgabe des Beschlusses der Europäischen Kommission 2012/21/EU vom  
20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Abs. 2 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) auf staatliche Beihilfen in Form von  
Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von  
Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. EU L 7/3 vom  
11. Januar 2012, „DAWI - Freistellungsbeschluss“), setzt die Vereinbarkeit des Ausgleichs von  
Kosten, die einem Unternehmen durch die Erbringung von Dienstleistungen im allgemeinen  
wirtschaftlichem Interesse („DAWI“) entstehen, mit dem Binnenmarkt u. a. einen  
ordnungsgemäßen Betrauungsakt i. S. v. Art. 4 des DAWI-Freistellungsbeschlusses voraus.

Es wird festgestellt, dass es sich bei der Durchführung des Projekts der/des Name des  
Förderempfängers mit dem Titel „Akronym – Projekttitle“ um eine Dienstleistung von

#### Akronym

Förderkennzeichen: 01NVFJJXXX

Beschaid vom TT. MM JJJJ

TT. MM JJJJ

allgemeinem wirtschaftlichen Interesse handelt. Das Projekt leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung gemäß § 92a Abs. 1 SGB V. Mit dem vorliegenden Förderbescheid wird die/der/das Name des Förderempfängers betraut, diese Dienstleistung entsprechend ihrem/seinem Antrag mit Eingang am TT. MM JJJJ in der Fassung vom TT. MM JJJJ mit o. a. Ergänzungen im Förderzeitraum vom TT. MM JJJJ bis TT. MM JJJJ zu erbringen.

Die Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen in Form der bewilligten Fördermittel ergibt sich aus ANBest-IF (Anlage N). Das Ergebnis der Berechnung der Ausgleichsleistungen ist im Finanzierungsplan (Anlage F) / wird nach Prüfung des gemäß Punkt III. 2 angeforderten überarbeiteten Finanzierungsplans in einem Änderungsbescheid niedergelegt. Die Verwendung der bewilligten Fördermittel darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung verursachten Ausgaben abzudecken. In diesem Zusammenhang wird auf Nr. 3 ANBest-IF hingewiesen.

Die Überwachung und Vermeidung einer möglichen Überkompensationszahlung ist in Nr. 7 und Nr. 14 ANBest-IF geregelt. Die Rückforderung ergibt sich aus Nr. 19 ANBest-IF.

Diese Bestimmungen gelten im Fall der Weiterleitung von Teilen der Fördermittel auch für Konsortialpartner.

## II. Förderzweck, Umfang der Förderung und Zahlungsplan

Aufgrund Ihres Antrags mit Eingang am TT. MM JJJJ (in der Fassung vom TT. MM JJJJ) mit o. a. Ergänzungen wird Ihnen gemäß § 92a Abs. 1 SGB V sowie der Verfahrensordnung des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für die Zeit

vom TT. MM JJJJ bis TT. MM JJJJ (Förderzeitraum)

### **falls Vollfinanzierung zutreffend:**

im Rahmen einer **Vollfinanzierung** ein nicht rückzahlbarer Förderbetrag von

bis zu 0,00 €

(in Buchstaben: Worte mit Trennstrich Euro),

höchstens jedoch in Höhe der förderfähigen Ausgaben bewilligt.

### **falls Fehlbedarfsfinanzierung zutreffend:**

im Rahmen einer **Fehlbedarfsfinanzierung** ein nicht rückzahlbarer Förderbetrag von

bis zu 0,00 €

(in Buchstaben: Worte mit Trennstrich Euro)

bewilligt, soweit die förderfähigen Ausgaben nicht durch Eigenmittel oder Mittel Dritter gedeckt werden können.

### **falls Festbetragsfinanzierung zutreffend:**

im Rahmen einer **Festbetragsfinanzierung** ein nicht rückzahlbarer Förderbetrag von

bis zu 0,00 €

(in Buchstaben: Worte mit Trennstrich Euro)

als festen Betrag an den förderfähigen Ausgaben von 0,00 € bewilligt.

#### Akronym

Förderkennzeichen: 01NVFJJXXX

Beschied vom TT. MM JJJJ

TT. MM JJJJ

#### ***falls Anteilfinanzierung zutreffend:***

im Rahmen einer **Anteilfinanzierung** ein nicht rückzahlbarer Förderbetrag von **0,00 %** der förderfähigen Ausgaben / förderfähigen abgrenzbaren Teilausgaben, die nicht anderweitig durch Eigenmittel oder Mittel Dritter finanziert werden, von

bis zu **0,00 €**  
(in Buchstaben: **Worte mit Trennstrich Euro**)

bewilligt.

Die Fördermittel sind zweckgebunden und dürfen nur für die im Förderzeitraum verursachten Ausgaben für das o. a. Projekt abgerechnet werden.

Die Bewilligung setzt voraus, dass die Gesamtfinanzierung des Projekts gesichert bleibt.

Auf Antrag des Förderempfängers wurde mit Schreiben vom **TT. MM JJJJ** ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn ab **TT. MM JJJJ** genehmigt.

Der als Anlage F beigefügte Finanzierungsplan / Finanzierungsplan einschließlich des Teilfinanzierungsplans / Finanzierungsplan einschließlich der Teilfinanzierungspläne sowie die Liste der Investitionen (Anlage I) ist / sind als Bestandteil des Förderbescheids verbindlich.

Der Differenzbetrag von **0,00 €** zwischen der bewilligten Fördersumme und der ausgewiesenen Gesamtsumme im überarbeiteten Finanzierungsplan wurde in die Position Sachausgaben (Sonstige Sachausgaben) eingestellt. Der Punkt III. xy ist zu beachten.

Es ist zu beachten, dass im **Teil-/Finanzierungsplan** von **Name KF/KP** Mittel für **xxx** in Höhe von **0,00 €** aus der Position **xxx** in die Position **xxx** verschoben wurden.

### **III. Nebenbestimmungen**

**Bestandteil dieses Förderbescheids sind die beigefügten Allgemeinen Nebenbestimmungen des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für Förderungen aus dem Innovationsfonds (ANBest-IF, Anlage N) sowie die nachstehenden besonderen Nebenbestimmungen:**

#### **1. Betrautes Unternehmen\***

Als betrautes Unternehmen gemäß Punkt I dieses Förderbescheids muss der Förderempfänger die Ausgaben und Einnahmen in Verbindung mit der DAWI von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausweisen. Dazu sind die Ausgleichsleistungen in Form der bewilligten Fördermittel auf einem separaten Projektkonto zu verwalten. Zudem sind mittels Personalaufschreibungen und Belegen alle tatsächlich für die Erbringung der DAWI entstandenen Ausgaben nachzuweisen.

#### **2. Bedingung für die Wirksamkeit des Förderbescheids\***

##### ***falls aufschiebende Bedingung zutreffend:***

Die Förderung wird mit einer aufschiebenden Bedingung (§ 32 Abs. 2 Nr. 2 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, SGB X) bewilligt. Die aufschiebende Bedingung ist erfüllt, wenn die folgenden Unterlagen in Abstimmung mit dem DLR Projektträger vorgelegt werden und deren Prüfung zu einem positiven Ergebnis führt.

*(Bitte näher ausführen mit Bezeichnung der Unterlage bzw. Nachweispflicht - siehe nachfolgende Beispiele)*

\* Gilt gemäß Nr. 4 **Satz 3/Satz4** für alle Konsortialpartner.

#### Akronym

Förderkennzeichen: 01NVFJJXXX

Beschied vom TT. MM JJJJ

TT. MM JJJJ

- Vorlage eines überarbeiteten Finanzierungsplans sowohl für die Konsortialführung als auch für den/die Konsortialpartner inklusive Erläuterungen und Kalkulationsgrundlagen,
- Vorlage eines aktualisierten Kalkulationsblatts (Anlage 4 zur Projektbeschreibung)  
Bitte folgende Hinweise beachten:  
Die Verwendung der beantragten Mittel ist in dem Kalkulationsblatt eingehend darzustellen. Die Angaben müssen nachvollziehbar und ohne weitere Recherchen für Dritte verständlich sein. Zur Erläuterung bzw. Begründung der einzelnen Aufwendungen sind ggf. weitere Blätter beizufügen. Die Beträge für die Mittelverwendung müssen sich nachvollziehbar aus dem Finanzierungsplan herleiten lassen. Um den Rechenweg zu verdeutlichen, sind Formeln und ggf. ein zusätzliches Blatt als Nebenrechnung zu verwenden. Sofern in den Ausgaben für gesundheitliche Versorgungsleistungen Investitionen enthalten sind, sind diese transparent aufzuschlüsseln. *[Falls zutreffend: Es ist zudem für jede Leistung darzulegen, warum sie nicht durch die Regelversorgung abgedeckt ist.]* *[Falls eine Umrechnung in Preis/Leistung nicht erfolgt ist, aber aus fachlicher Sicht sinnvoll wäre: Es ist ebenfalls zu begründen, warum eine Umrechnung in Preis/Leistung nicht sinnvoll ist.]* Ausgaben für gesundheitliche Versorgungsleistungen sind nur förderfähig, falls die erbrachten Versorgungsleistungen auch Eingang in die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung finden.
- Vorlage einer Stellungnahme, auf welcher geltenden Rechtsgrundlage die neue Versorgungsform erbracht werden soll (*Bitte bei Bedarf näher ausführen, warum die bisherigen Angaben zur Rechtsgrundlage nicht ausreichend sind*),
- Vorlage eines ausführlicheren Evaluationskonzepts inkl. grafischer Darstellung des Studienverlaufs (z. B. CONSORT-Flussdiagramm) mit Unterschrift des zuständigen Methodikers. Insbesondere die Methodik, die Interventions- und Kontrollgruppe sowie die Fallzahlplanung sind detaillierter darzustellen. *Ggf. weitere projektspezifische Ergänzung aus Benachrichtigungsschreiben*
- *Ggf. weitere projektspezifische Auflistung aus Benachrichtigungsschreiben*
- Vorlage einer aktualisierten und detaillierteren Zeitplanung für die Fallzahlerreichung entsprechend dem beigefügten Vordruck (Anlage P),
- Vorlage von Bonitätsunterlagen für die Konsortialführung / den Konsortialpartner Name,
- Vorlage einer Einverständniserklärung von der Konsortialführung und dem/den Konsortialpartner/n Name über die Zusammenführung ihrer Anträge, da beide/alle zur gleichen Einrichtung gehören. Dabei sollen die vom Konsortialpartner/von den Konsortialpartnern beantragten Mittel in den Antrag der Konsortialführung integriert werden.
- Vorlage einer Projektübersicht entsprechend dem beigefügten Vordruck (Anlage Ü)
- *Ggf. weitere projektspezifische Auflistung aus Benachrichtigungsschreiben*

Die Unterlagen sind rechtsverbindlich unterschrieben **spätestens bis zum TT. MM JJJJ** an den DLR Projektträger zu senden. Dieser Förderbescheid wird erst dann wirksam, wenn die positive Prüfung der genannten Unterlagen durch den Förderer bestätigt wurde. Hierzu wird ein entsprechender Änderungsbescheid erstellt. Es ist zu beachten, dass die Wirksamkeit des Förderbescheids bis zu dem geplanten Laufzeitbeginn vom **TT. MM JJJJ** möglicherweise nicht hergestellt werden kann. Für eine Verschiebung des Laufzeitbeginns ist ein rechtsverbindlich unterschriebener Antrag vorzulegen.

#### ***falls auflösende Bedingung zutreffend:***

Die Förderung wird mit der auflösenden Bedingung (§ 32 Abs. 2 Nr. 2 SGB X) bewilligt, dass **spätestens bis zum TT. MM JJJJ ...** (Bitte näher ausführen mit Bezeichnung der Unterlage bzw. Nachweispflicht)

Die Unterlagen sind rechtsverbindlich unterschrieben an den DLR Projektträger zu senden. Dieser Förderbescheid wird unwirksam, sollten die Unterlagen nicht vollständig bis zum genannten Termin vorliegen.

#### Akronym

Förderkennzeichen: 01NVFJJXXX

Bescheid vom TT. MM JJJJ

TT. MM JJJJ

### 3. Meilensteinplan

Der Förderempfänger hat bis zum TT. MM JJJJ einen Meilensteinplan für das Projekt entsprechend dem beigefügten Vordruck (Anlage M) vorzulegen.

Im Meilensteinplan muss in der Regel mindestens ein relevanter Meilenstein in jedem Quartal der Projektlaufzeit vorhanden sein. Mit der Vorlage des Meilensteinplans ist zudem ein aktuelles Gantt-Chart zur Arbeits- und Zeitplanung vorzulegen. Der Meilensteinplan, das Gantt-Chart und der Zeitplan zur Fallzahlerreichung müssen widerspruchsfrei übereinstimmen. Die Darstellung der Quartale im Gantt-Chart muss sich auf die Jahre der Projektlaufzeit beziehen, damit der Projektfortschritt und die Meilensteinerreichung nachvollziehbar sind.

*Zutreffend falls Erstellung des Schlussberichts aufgeführt:*

In der bisherigen Arbeits-, Zeit- und Meilensteinplanung ist der Abschlussbericht als Aufgabe / als Meilenstein / als Aufgabe und Meilenstein aufgeführt. Der Schlussbericht im Zusammenhang mit dem Verwendungsnachweis ist dem DLR Projektträger erst nach Abschluss des Projekts vorzulegen. Daher ist der aufgeführte Bericht ggf. nicht Teil der Arbeits-, Zeit- und Meilensteinplanung. Dies ist bei der Anpassung der Dokumente zu berücksichtigen.

*Zutreffend falls keine Überarbeitung nötig:*

Für Aktualisierungen des derzeit gültigen Meilensteinplans ist der beigefügte Vordruck nach Anlage M zu verwenden.

### 4. Projektübersichtsblatt

*Zutreffend falls das Projektübersichtsblatt bereits vorgelegt wurde:*

Für Aktualisierungen des derzeit gültigen Projektübersichtsblatts ist der beigefügte Vordruck nach Anlage Ü zu verwenden.

*Zutreffend falls Förderbescheid ohne aufschiebende Bedingung und das Projektübersichtsblatt noch nicht vorgelegt wurde:*

Mit dem ersten Statusbericht ist eine Projektübersicht entsprechend dem beigefügten Vordruck (Anlage Ü) vorzulegen.

### 5. Weiterleitung von Fördermitteln

Der Förderempfänger wird ermächtigt, Teile der Fördermittel an den/die im Finanzierungsplan (Anlage F) genannten Konsortialpartner weiterzuleiten / an die im o. a. Antrag mit o. a. Ergänzungen genannten Konsortialpartner weiterzuleiten. *Zutreffend bei geplanter Zusammenführung von KP-Antrag mit KF-Antrag:* Bei den vorgesehenen Konsortialpartnern ist darüber hinaus Punkt III. 2 dieses Förderbescheids zu beachten.

Die Regelungen der Nr. 1 ANBest-IF sowie die Anlage W sind zu beachten. Die in diesem Förderbescheid mit \* markierten Nebenbestimmungen sind für alle betreffenden Konsortialpartner verbindlich.

### 6. Mittelsperre\*

Es werden insgesamt 0,00 € gesperrt, die auf die folgende/n Position/en des Finanzierungsplans entfallen:

Personalausgaben:

Die Fördermittel von 0,00 € für alle Stellen/ die Stellen X werden aufgrund 0,00 € fehlender Erläuterungen/ fehlender Kalkulationen/ fehlender Tätigkeitsbeschreibungen/ ... gesperrt. Für die Entsperrung der Mittel sind ein formloser, rechtsverbindlich unterschriebener Antrag sowie Erläuterungen/ Kalkulationen/ Tätigkeitsbeschreibungen/ ... für die genannten Stellen zur Prüfung vorzulegen.

#### Akronym

Förderkennzeichen: 01NVFJJXXX

Bescheid vom TT. MM JJJJ

TT. MM JJJJ

Sachausgaben (Gesundheitliche Versorgungsleistungen / Aufträge an Dritte / Reisen / Sonstige Sachausgaben / Infrastrukturpauschale): 0,00 €

Die Fördermittel von 0,00 € für ... werden aufgrund fehlender Erläuterungen/ fehlender Kalkulationen/ ... gesperrt. Für die Entsperrung der Mittel sind ein formloser, rechtsverbindlich unterschriebener Antrag sowie Erläuterungen/ Kalkulationen/ ... für die genannten Ausgaben zur Prüfung vorzulegen.

*Beispiel Infrastrukturpauschale:* Die Fördermittel für die Infrastrukturpauschale werden analog der o. a. Personalausgaben gesperrt. Für die Entsperrung der Mittel sind ein formloser, rechtsverbindlich unterschriebener Antrag sowie Erläuterungen für die o. a. Personalausgaben zur Prüfung vorzulegen.

Investitionen: 0,00 €

Die Fördermittel von 0,00 € für ... werden aufgrund fehlender Erläuterungen/ fehlender Kalkulationen/ ... gesperrt. Für die Entsperrung der Mittel sind ein formloser, rechtsverbindlich unterschriebener Antrag sowie Erläuterungen/ Kalkulationen/ ... für die genannten Ausgaben zur Prüfung vorzulegen.

Weiterleitung (Name des Konsortialpartners): 0,00 €

Die gesperrten Fördermittel betreffen die folgende/n Position/en des Teilfinanzierungsplans:

Darstellung der Mittelsperren für jede Einzelposition siehe oben, ggf. sinnvolle Zusammenfassung

Gesperrte Mittel des Innovationsfonds können nicht ausgezahlt werden. Von der Sperre betroffene Ansätze sind von der Austauschbarkeit zugunsten anderer Positionen des Finanzierungsplans ausgeschlossen. Eine Kürzung der Mittel oder ein Abbruch des Projekts bleibt vorbehalten. Nach positiver Prüfung wird über die Entsperrung der Mittel durch einen schriftlichen Änderungsbescheid entschieden.

Im Falle von Weiterleitungen ist der Antrag auf Entsperrung der Mittel von der Konsortialführung einzureichen.

## 7. E-Health Lösungen/Telemedizin\*

Nach § 291d SGB V sind bei der Nutzung von informationstechnischen Systemen die relevanten Festlegungen zu beachten und insbesondere die offenen Schnittstellen und die Interoperabilität zu gewährleisten. Bei der Verwendung von elektronischen Anwendungen sind die Regelungen zum Interoperabilitätsverzeichnis nach § 291e Abs. 10 SGB V zu berücksichtigen.

Es ist zu beachten, dass die Gesellschaft für Telematik die sicheren Verfahren zur Übermittlung medizinischer Dokumente über die Telematikinfrastruktur nach § 291b Absatz 1e SGB V verbindlich festgelegt hat (<https://fachportal.gematik.de/spezifikationen/sichere-uebermittlungsverfahren/>). Durch den Förderempfänger ist zu prüfen, ob das Projekt betroffen ist und ggf. Anpassungen vorzunehmen sind.

Bei der Nutzung weiterer über die Anwendungen der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) hinausgehender elektronischer Anwendungen des Gesundheitswesens sowie der Gesundheitsforschung müssen zudem die Anforderungen nach § 291a Abs. 7 Satz 3 SGB V sowie die Nutzungsvoraussetzungen der gematik nach § 291b Abs. 1b Satz 3 SGB V erfüllt werden (siehe [gematik-homepage https://fachportal.gematik.de/fileadmin/user\\_upload/fachportal/files/Spezifikationen/Weitere-Anwendungen/gemRL\\_NvTlwA\\_V1.3.0.pdf](https://fachportal.gematik.de/fileadmin/user_upload/fachportal/files/Spezifikationen/Weitere-Anwendungen/gemRL_NvTlwA_V1.3.0.pdf)). Das Bestätigungsverfahren bei der gematik gemäß § 291b Abs. 1b Satz 4 SGB V muss spätestens zum Projektstart abgeschlossen sein.



#### Akronym

Förderkennzeichen: 01NVFJJXXX

Beschaid vom TT. MM JJJJ

TT. MM JJJJ

Form  
Links,  
Norma  
Seiten  
Form  
Form  
Form

### 8. Datenschutz\*

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Verarbeitung personenbezogener Patientendaten, die sich insbesondere aus den Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), des SGB V und SGB X ergeben, sind zu beachten. In Zweifelsfällen sind die für den Datenschutz zuständigen Stellen einzuschalten.

### 9. Ethische Richtlinien\*

Bei der Durchführung von Untersuchungen am Menschen und/oder der Gewinnung bzw. Verwendung von menschlichem Probenmaterial im Rahmen dieses Projekts sind die Empfehlungen der Deklaration von Helsinki sowie die Richtlinien des CIOMS (Council for International Organization of Medical Sciences) und der WHO (World Health Organization): „Proposed International Guidelines For Biomedical Research Involving Human Subjects“ in den jeweils geltenden Fassungen einzuhalten.

### 10. Ethikvotum\*

Vor Beginn der Untersuchungen am Menschen und/oder der Gewinnung bzw. Verwendung von menschlichem Probenmaterial ist das uneingeschränkt positive Votum der zuständigen Ethikkommission vorzulegen. Falls diese ein Votum nicht für erforderlich hält, ist eine entsprechende Erklärung der Ethikkommission vorzulegen.

### 11. Widerrufsvorbehalt\*

Dieser Bescheid kann in einem der folgenden Fälle widerrufen und die Förderung ganz oder teilweise eingestellt werden (Widerrufsvorbehalt nach § 32 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 47 Abs. 1 Nr. 1 SGB X):

- im Fall, dass der Förderzweck nicht zu erreichen ist,
- in den Fällen einer Mittelsperre für Einzelansätze des Finanzierungsplans,
- in den Fällen einer nicht fristgerechten bzw. unvollständigen Vorlage von Nachweisen,
- aus zwingenden Gründen.

### 12. Nachweis der Verwendung\*

Für den Nachweis der Verwendung gelten die Regelungen der Nr. 14 ANBest-IF. Die entsprechenden Vordrucke werden dem Förderempfänger zu gegebener Zeit zur Verfügung gestellt. Für die Belegliste ist der Vordruck nach Anlage B zu verwenden.

### 13. falls noch keine aussagekräftigen und unterschriebenen LOI vorliegen bei Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartner(n) ohne eigene Förderung: Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern ohne eigene Förderung\*

*Einzahl:* Für den folgenden externen Kooperationspartner, der für die Durchführung des Projekts essenziell ist, ist bis zum TT. MM JJJJ eine aussagekräftige und von der für die Kooperation verantwortlichen Person unterschriebene Absichtserklärung vorzulegen:

- Name des externen Kooperationspartners

*Mehrzahl:* Für die folgenden externen Kooperationspartner, die für die Durchführung des Projekts essenziell sind, sind bis zum TT. MM JJJJ aussagekräftige und von der für die Kooperation verantwortlichen Person unterschriebene Absichtserklärungen vorzulegen:

- Name des externen Kooperationspartners,
- Name des externen Kooperationspartners.

### 14. Projektveranstaltungen

Der Förderer ist über wichtige Termine bzw. Veranstaltungen, Newsletter usw. zu informieren bzw. einzuladen. Auf Verlangen ist jederzeit Auskunft über Art, Umfang und Erfolg der durchgeführten Maßnahmen zu geben.

### 15. Auszahlung der Fördermittel

#### Akronym

Förderkennzeichen: 01NVFJJXXX

Bescheid vom TT. MM JJJJ

TT. MM JJJJ

Die Fördermittel werden auf Anforderung des Förderempfängers entsprechend der Nr. 7 ANBest-IF ausgezahlt. Projektbezogene förderfähige Ausgaben, die nach Förderbeginn entstanden sind, können später mit der Zahlungsanforderung zur Abrechnung eingereicht werden.

Eine Auszahlung von Fördermitteln kann erst erfolgen, wenn der Förderbescheid nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist oder bei ausdrücklichem Verzicht auf Einlegung des Rechtsbehelfs (Vordruck nach Anlage E) bestandskräftig geworden, und die Eingangsbestätigung (Vordruck nach Anlage E) eingegangen und die Bedingung für die Wirksamkeit des Förderbescheids gemäß Punkt III. 2 dieses Förderbescheids erfüllt worden sind.

*Zur Information bei Projekten ohne aufschiebende Bedingung und die eine Zahlungsanforderung stellen können:* Gemäß Nr. 7 Abs. 1 Satz 2 ANBest-IF kann die erste Zahlungsanforderung bis spätestens TT. MM JJJJ vorgelegt werden. Die Zahlungsanforderung ist jeweils am letzten Tag des Monats nach Quartalsbeginn für das laufende Quartal vorzulegen.

Für die Erstellung der Zahlungsanforderung ist der Vordruck nach Anlage Z zu verwenden und Anlage H zu berücksichtigen. Für den mit der Zahlungsanforderung vorzulegenden Statusbericht (siehe Nr. 7 ANBest-IF) ist der Vordruck nach Anlage S zu verwenden.

Zusätzlich ist mit jeder Zahlungsanforderung über den aktuellen Stand der Fallzahlerreichung für das Projekt anhand des beigefügten Vordrucks (Anlage P) zu berichten.

Konsortialpartner verwenden den Vordruck nach Anlage K für die Anforderung von Mitteln bei der Konsortialführung.

#### 16. Rückzahlungen

Rückzahlungen von Fördermitteln sowie ggf. Zinsen sind unter Angabe des Förderkennzeichens 01NVFJJXXX auf das nachstehende Bankkonto zu überweisen:

Kontoinhaber: Gemeinsamer Bundesausschuss  
Bank: Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG  
IBAN: DE69 3006 0601 0004 2118 20  
BIC: DAAEDEDXXX

#### 17. Beauftragung eines Projektträgers

Als Projektträger für den Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss ist gegenwärtig der DLR Projektträger beauftragt, die Projektförderung im Rahmen des Innovationsfonds abzuwickeln.

Alle die Durchführung und Abwicklung des Projekts betreffenden Vorgänge sind an den Projektträger zu senden:

DLR Projektträger  
– Bereich Gesundheit –  
Heinrich-Konen-Str. 1  
53227 Bonn

#### Fachliche Betreuung:

N.N. (WM)

Tel.: +49 228 3821-XXXX / 30 67055-XXX

E-Mail: name.WM@dlr.de

#### Administrative Betreuung:

N.N. (SB)

Tel.: +49 228 3821-XXXX / 30 67055-XXX

E-Mail: name.SB@dlr.de

Akronym

Förderkennzeichen: 01NVFJJXXX

Bescheid vom TT. MM JJJJ

TT. MM JJJJ

Eine **Durchschrift** des Bescheids wird an die Projektleitung sowie die administrative Ansprechperson per E-Mail übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Josef Hecken

Dieser Bescheid wurde elektronisch erstellt und ist auch ohne Originalunterschrift gültig.

<b>Anlagen:</b>	- Allgemeine Nebenbestimmungen des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für Förderungen aus dem Innovationsfonds (ANBest-IF), Stand August 2018	Anlage N
	- Eingangsbestätigung und Rechtsbehelfsverzicht	Anlage E
	- <a href="#">Finanzierungsplan einschließlich Teilfinanzierungsplan/ einschließlich Teilfinanzierungspläne</a>	Anlage F
	- <a href="#">Liste der Investitionen</a>	Anlage I
	- Vordruck Zahlungsanforderung ( <a href="#">vorab zur Information</a> )	Anlage Z
	- Hinweise zum Ausfüllen der Zahlungsanforderung ( <a href="#">vorab zur Information</a> )	Anlage H
	- Vordruck Statusbericht zur Zahlungsanforderung ( <a href="#">vorab zur Information</a> )	Anlage S
	- <a href="#">Vordruck Zeitplan zur Fallzählerreichung</a>	Anlage P
	- Vordruck Meilensteinplan	Anlage M
	- Vordruck Projektübersichtsblatt	Anlage Ü
	- Vordruck der Belegliste als Anlage zum Verwendungsnachweis	Anlage B
	- <a href="#">Vordruck Weiterleitungsvertrag</a>	Anlage W
	- <a href="#">Vordruck Zahlungsanforderung für Konsortialpartner (vorab zur Information)/ Vordrucke Zahlungsanforderungen für Konsortialpartner</a>	Anlage K
	- G-BA-Logo Innovationsausschuss (per E-Mail)	Anlage L
	- Hinweise zur Nutzung des G-BA-Logos Innovationsausschuss	Anlage LH

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Förderbescheid kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Försterweg 2-6, 14482 Potsdam, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden. Die Klage kann auch nach den Maßgaben der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr im Land Brandenburg vom 14.06.2006 (GVBl.II/06, [Nr. 33], S. 558), idF vom 19.12.2017 (GVBl.II/17, [Nr. 73]) unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur in elektronischer Form bei der elektronischen Poststelle des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg über die auf der Internetseite [www.erv.brandenburg.de](http://www.erv.brandenburg.de) bezeichneten Kommunikationswege eingereicht werden.

# Weiterleitungsvertrag

## zur Weiterleitung von Fördermitteln des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss

Stand: Oktober 2019

### Inhaltsverzeichnis

	<b>Präambel</b>
<b>§ 1</b>	<b>Vertragsgegenstand</b>
<b>§ 2</b>	<b>Förderzeitraum</b>
<b>§ 3</b>	<b>Betrauung</b>
<b>§ 4</b>	<b>Finanzierungsart und Höhe der Fördermittel</b>
<b>§ 5</b>	<b>Nachweis der Verwendung, Prüfungsrecht</b>
<b>§ 6</b>	<b>Nutzungsrechte</b>
<b>§ 7</b>	<b>Kündigung</b>
<b>§ 8</b>	<b>Rücktritt und Erstattung der Fördermittel, Verzinsung</b>
<b>§ 9</b>	<b>Rückzahlung</b>
<b>§ 10</b>	<b>Vertragsbestandteile</b>
<b>§ 11</b>	<b>Vertragsänderungen und -ergänzungen</b>
<b>§ 12</b>	<b>Gültigkeitsvorbehalt</b>
<b>§ 13</b>	<b>Gerichtsstand</b>
<b>§ 14</b>	<b>Inkrafttreten</b>

### Anlagen

- Anlage 1 – Kopie des Förderbescheids vom \_\_\_\_\_
- Anlage 2 – Allgemeine Nebenbestimmungen des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für Förderungen aus dem Innovationsfonds (ANBest-IF), Stand: August 2018
- Anlage 3 – Arbeitsplan entsprechend dem Projektantrag der Konsortialführung vom \_\_\_\_\_
- Anlage 4 – Teilfinanzierungsplan des Konsortialpartners
- *falls zutreffend:* Anlage 4a - Liste der Investitionen
- Anlage 5 – Vordruck Zahlungsanforderung für Konsortialpartner mit Hinweisen zum Ausfüllen der Zahlungsanforderung
- Anlage 6 – Muster der Belegliste als Anlage zum Verwendungsnachweis

## **Präambel**

Der Konsortialführung wurde mit Förderbescheid des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss (Förderer) vom \_\_\_\_\_, Förderkennzeichen \_\_\_\_\_, eine Förderung von \_\_\_\_\_ EURO bewilligt. Die Förderung erfolgt zweckgebunden und entsprechend dem Projektantrag der Konsortialführung vom \_\_\_\_\_ für das Projekt „\_\_\_\_\_“.

Mit dem Förderbescheid wurde die Ermächtigung erteilt, einen Teil der Fördermittel an die beteiligten Konsortialpartner weiterzuleiten.

Auf dieser Grundlage schließen

[RECHTSVERBINDLICHER NAME UND ADRESSE]

Konsortialführung (KF)

Und

[RECHTSVERBINDLICHER NAME UND ADRESSE]

Konsortialpartner (KP)

unter dem Kennzeichen \_\_\_\_\_ folgenden Weiterleitungsvertrag:

## **§ 1 Vertragsgegenstand**

- (1) Gegenstand dieses Vertrags ist die Weiterleitung von Fördermitteln des Förderers durch die KF an den KP auf der Grundlage des Förderbescheids vom \_\_\_\_\_ zur Durchführung des Projekts „\_\_\_\_\_“ mit dem Förderkennzeichen \_\_\_\_\_.
- (2) Die Vertragsparteien setzen das vorgenannte Projekt so um, dass die im Projektantrag ausgearbeiteten Zeit- und Arbeitspläne eingehalten werden.

## **§ 2 Förderzeitraum**

- (1) Der Weiterleitungsvertrag gilt für den Zeitraum vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ (Förderzeitraum).
- (2) Die Fördermittel dürfen nur für die im Förderzeitraum für das Projekt verursachten Ausgaben abgerechnet werden.

## **§ 3 Betrachtung**

- (1) Nach Maßgabe des Beschlusses der Europäischen Kommission 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. EU L 7/3 vom 11. Januar 2012, „DAWI - Freistellungsbeschluss“), setzt die Vereinbarkeit des Ausgleichs von Kosten, die einem Unternehmen durch die Erbringung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichem Interesse („DAWI“) entstehen, mit dem Binnenmarkt u. a. einen ordnungsgemäßen Betraltungsakt i. S. v. Art. 4 des DAWI-Freistellungsbeschlusses voraus.
- (2) Bei der Durchführung des Projekts der KF mit dem Titel „\_\_\_\_\_“ handelt es sich um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Das Projekt leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung gemäß § 92a Absatz 1 SGB V. Mit dem Förderbescheid vom \_\_\_\_\_ wurde die KF betraut, diese Dienstleistung entsprechend dem Antrag vom \_\_\_\_\_ in der Fassung vom \_\_\_\_\_ im Förderzeitraum vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ zu erbringen.
- (3) Die Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen in Form der bewilligten Fördermittel ergibt sich aus den ANBest-IF (Anlage 2). Das Ergebnis der Berechnung der Ausgleichsleistungen ist im Finanzierungsplan zum Förderbescheid niedergelegt. Die Verwendung der bewilligten Fördermittel darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung verursachten Ausgaben abzudecken. In diesem Zusammenhang wird auf Nr. 3 ANBest-IF hingewiesen.

Die Überwachung und Vermeidung einer möglichen Überkompensationszahlung ist in Nr. 7 und Nr. 14 ANBest-IF geregelt. Die Rückforderung ergibt sich aus Nr. 19 ANBest-IF.

- (4) Diese Bestimmungen gelten ebenso für den KP.

#### **§ 4** **Finanzierungsart und Höhe der Fördermittel**

- (1) Die Förderung des Konsortialpartners ist nicht rückzahlbar und wird gewährt als [\[VOLLFINANZIERUNG/ FEHLBEDARFSFINANZIERUNG/ FESTBETRAGSFINANZIERUNG/ ANTEILFINANZIERUNG siehe Teilfinanzierungsplan\]](#). Zu Lasten der Fördermittel können die förderfähigen Ausgaben bis zum Höchstbetrag abgerechnet werden.

- (2) **Der Höchstbetrag der Fördermittel beträgt**

\_\_\_\_\_ **Euro**

**(in Buchstaben:** \_\_\_\_\_ **Euro).**

- (3) Die Fördermittel sind zweckgebunden; sie dürfen nur für das in § 1 bezeichnete Projekt entsprechend dem Antrag der KF vom \_\_\_\_\_ einschließlich evtl. Ergänzungen und dem beigefügten Teilfinanzierungsplan verwendet werden.

Die Fördermittel dürfen zudem nur für die im Förderzeitraum gemäß § 2 Abs. 1 für das Projekt verursachten förderfähigen Ausgaben abgerechnet werden.

#### **§ 5** **Nachweis der Verwendung, Prüfungsrecht**

- (1) Der KP ist der KF zum Nachweis der Einnahmen und Ausgaben verpflichtet. Der KP legt die Nachweise entsprechend der Nr. 1.4 und 14ANBest-IF vor.
- (2) Die KF ist berechtigt, die Abwicklung des Projekts beim KP zu überwachen sowie die zweckentsprechende Verwendung der weitergeleiteten Fördermittel zu prüfen. Ebenso sind der Förderer, der bevollmächtigte Projektträger, die Aufsichtsbehörden des Förderers sowie vom Förderer beauftragte Rechnungsprüfer berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen des KP anzufordern sowie die Verwendung der Förderung durch örtliche Erhebung zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der KP hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Es gelten die Aufbewahrungsfristen gemäß der Nr. 14.3 ANBest-IF.

#### **§ 6** **Nutzungsrechte**

- (1) Der KP verfügt über die ausschließlichen Nutzungsrechte an seinen Ergebnissen des in § 1 Abs. 1 genannten Projekts. KF und KP schließen eine Vereinbarung, die die Nutzung der Projektergebnisse und deren Verwertung durch KP und KF zum Gegenstand hat, auch nach Beendigung dieses Vertrags. Darüber hinaus gelten die Regelungen der Nr. 16 ANBest-IF.

## **§ 7 Kündigung**

- (1) Die KF und der KP sind jederzeit aus wichtigem Grund zur Kündigung des Vertrags berechtigt.
- (2) Ein wichtiger Grund ist insbesondere gegeben, wenn die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nachträglich entfallen sind.
- (3) Die Kündigung des Weiterleitungsvertrags bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Förderers.
- (4) Im Falle der Kündigung sind über das erreichte Arbeitsergebnis unverzüglich ein Bericht zu erstellen sowie der Nachweis über die entstandenen Ausgaben zu erbringen. Die KF behält sich vor weitere Unterlagen anzufordern.

## **§ 8 Rücktritt und Erstattung der Fördermittel, Verzinsung**

- (1) Die KF ist zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt und kann die Erstattung der Fördermittel verlangen, wenn
  - der Abschluss des Vertrags durch unrichtige oder unvollständige, für den Vertrag wesentliche Angaben des KP zustande gekommen ist,
  - die Fördermittel nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet werden,
  - die Ausgaben sich nachträglich ermäßigt haben oder sich die Finanzierung gemäß Nr. 4 ANBest-IF geändert hat.
  - die Fördermittel nicht alsbald nach Auszahlung zur Erfüllung des Förderzwecks verwendet werden. Auf eine Verzinsung wird gemäß Nr. 7 ANBest-IF verzichtet.
  - der KP den sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen nicht, oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist nachkommt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt, oder Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt.
  - Der Förderbescheid auf Grund der Nichterfüllung einer aufschiebenden Bedingung bzw. des Eintretens einer auflösenden Bedingung unwirksam wird.
- (2) Der Rücktritt vom Weiterleitungsvertrag bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Förderers.
- (3) Die KF ist berechtigt den Erstattungsanspruch an den Förderer abzutreten. Die Verzinsung richtet sich nach Nr. 19 ANBest-IF.
- (4) Hat der KP die Umstände, die zum Entstehen des Rücktrittsrechts geführt haben, nicht zu vertreten, und werden die Fördermittel innerhalb der von der KF gesetzten Frist zurückgezahlt, so kann der KP geltend machen, dass die Zinsforderung unbillig war.



## **§ 9 Rückzahlung**

- (1) Die KF ist berechtigt, Fördermittel, die auf Anforderung ausbezahlt werden, kassenmäßig vorläufig zurückzufordern, wenn sie vom KP nicht zeitgerecht verwendet werden.
- (2) Zu erstattende Fördermittel sowie Überzahlungen, die sich nach Abschluss des Projekts ergeben, sind vom KP unverzüglich und unaufgefordert an die KF unter Angabe der Vertragsnummer auf das folgende Konto zu überweisen:

Kontoinhaber: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
IBAN: \_\_\_\_\_

- (3) Die zu zahlenden Zinsen in Höhe von jährlich 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz (§ 50 Abs. 2a S. 1 SGB X) sind auf das vorgenannte Konto der KF unter Angabe der Vertragsnummer zu überweisen.

## **§ 10 Vertragsbestandteile**

- (1) Bestandteile dieses Weiterleitungsvertrags sind in der geltenden Fassung:
  - der Förderbescheid vom \_\_\_\_\_ (Anlage 1)  
Die im Förderbescheid enthaltenen Bestimmungen mit Geltung für die KF werden ihrem Inhalt nach unmittelbarer Vertragsbestandteil mit Geltung für den KP, sofern sie ihrer Natur und ihrem Inhalt nach auch auf den KP zutreffen. Der KP verpflichtet sich, die daraus erwachsenden Rechte und Pflichten wahrzunehmen.
  - die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-IF) des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für Förderungen aus dem Innovationsfonds (Anlage 2)  
KF und KP verpflichten sich, die daraus erwachsenden Rechte und Pflichten wahrzunehmen.
  - der Arbeitsplan entsprechend dem Projektantrag der KF vom \_\_\_\_\_ (Anlage 3)
  - der Teilfinanzierungsplan (Anlage 4)
  - *falls zutreffend:* die Liste der Investitionen (Anlage 4a)

## **§ 11 Vertragsänderungen und -ergänzungen**

Alle Änderungen und Ergänzungen des Weiterleitungsvertrags sind nur rechtswirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Die Regelungen der Nr. 1.2 ANBest-IF sind zu beachten.

## **§ 12 Gültigkeitsvorbehalt**

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam sein, so bleibt die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen unberührt. Die Vertragspartner vereinbaren jedoch die unwirksame Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die dem mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten Zweck möglichst nahe kommt.

**§ 13**  
**Gerichtsstand**

Gerichtsstand ist \_\_\_\_\_

**§ 14**  
**Inkrafttreten**

Der Weiterleitungsvertrag tritt mit Wirkung vom \_\_\_\_\_ in Kraft.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

**(Konsortialführung)**

**(Konsortialpartner)**

## **Allgemeine Nebenbestimmungen (ANBest-IF)**

des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für  
Förderungen aus dem Innovationsfonds

Stand: August 2018

## Inhaltsverzeichnis

1	Konsortialprojekte.....	3
1.1	Abschluss von Weiterleitungsverträgen.....	3
1.2	Änderungen von Weiterleitungsverträgen.....	3
1.3	Anforderung der Mittel.....	3
1.4	Nachweis der Verwendung.....	4
1.5	Ergebnisse und Nutzung.....	4
2	Einbeziehung von Partnern ohne Förderung.....	4
3	Verwendung der Fördermittel.....	4
4	Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung.....	5
5	Flexibler Einsatz der bewilligten Fördermittel.....	5
6	Zustimmungspflichtige Änderungen des Finanzierungsplans.....	5
7	Auszahlung der Fördermittel.....	5
8	Personalausgaben.....	6
9	Vergabe von Aufträgen.....	6
10	Infrastrukturpauschale.....	6
11	Ausgaben für Dienstreisen.....	7
12	Zur Erfüllung des Förderzwecks beschaffte Investitionen.....	7
13	Mitteilungspflichten des Förderempfängers.....	7
14	Nachweis der Verwendung.....	8
14.1	Vorzulegende Nachweise.....	8
14.2	Rechnerische Nachweise.....	9
14.3	Belege und Belegaufbewahrung.....	9
15	Prüfung der Verwendung.....	9
16	Ergebnisse und Nutzung durch den Förderer.....	10
17	Einnahmen aus der Verwertung der Ergebnisse.....	10
18	Veröffentlichungen.....	10
19	Rücknahme oder Widerruf des Förderbescheids, Verzinsung.....	11

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen enthalten Regelungen im Sinne des § 32 des Zehnten Buchs Sozialgesetzbuch - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz - (SGB X) sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Förderbescheids, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

## **1 Konsortialprojekte**

### **1.1 Abschluss von Weiterleitungsverträgen**

Für die Weiterleitung von Fördermitteln ist mit jedem Konsortialpartner ein Weiterleitungsvertrag abzuschließen, sofern die Konsortialführung zur Weiterleitung von Fördermitteln im Förderbescheid ermächtigt wurde. Hierfür ist das Muster für den Weiterleitungsvertrag zu verwenden, das dem Förderbescheid beigelegt ist. Der Weiterleitungsvertrag regelt die Rechte und Pflichten der Konsortialpartner. Für Konsortialpartner gelten ebenso die ANBest-IF, soweit im Förderbescheid oder im Weiterleitungsvertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Die Konsortialführung übernimmt für das Projekt alle Rechte und Pflichten gegenüber dem Förderer. Dazu gehören insbesondere die Anforderung der benötigten Mittel sowie die Erfüllung der Berichtspflichten für das Konsortialprojekt.

### **1.2 Änderungen von Weiterleitungsverträgen**

Änderungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Förderers, insbesondere

- Kündigung des Weiterleitungsvertrags,
- Rücktritt vom Weiterleitungsvertrag,
- Änderung eines Konsortialpartners,
- Änderung bzgl. der Projektlaufzeit,
- Änderung in der Höhe der Weiterleitung an einen Konsortialpartner,
- Mittelsperren,
- Zustimmungspflichtige Änderungen des Finanzierungsplans(siehe Nr. 6),
- Änderungen der Liste der Investitionen (siehe Nr. 12),
- Änderung der Zweckbindung bei der Konsortialführung oder dem Konsortialpartner,
- Abweichungen von diesen Allgemeinen Nebenbestimmungen.

Die Änderungen sind durch die Konsortialführung beim Förderer schriftlich zu beantragen. Nach Zustimmung des Förderers ist der Weiterleitungsvertrag entsprechend zu ändern.

### **1.3 Anforderung der Mittel**

Die Fördermittel werden von der Konsortialführung beim Förderer entsprechend der Nr. 7 ANBest-IF angefordert. Die Konsortialpartner haben der Konsortialführung rechtzeitig die entsprechende Zahlungsanforderung vorzulegen. Die Konsortialführung ist verpflichtet, die

Fördermittel nach Auszahlung durch den Förderer entsprechend dem Weiterleitungsvertrag den Konsortialpartnern unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

#### **1.4 Nachweis der Verwendung**

Die Konsortialführung und die Konsortialpartner haben Zwischennachweise und einen Verwendungsnachweis entsprechend der Nr. 14 vorzulegen. Die Konsortialführung erstellt einen Gesamtnachweis für das Konsortium. Die Konsortialpartner erstellen einen Nachweis über ihr Teilprojekt. Alle Nachweise sind von der Konsortialführung gebündelt dem Förderer zu übersenden. Die Konsortialpartner haben dazu der Konsortialführung entsprechend dem Weiterleitungsvertrag die jeweiligen Nachweise und Berichte zu ihren Teilprojekten rechtzeitig zu übersenden. Die Regelungen der Nr. 7 gelten entsprechend für Konsortialpartner.

#### **1.5 Ergebnisse und Nutzung**

Die Regelungen der Nr. 16 bis 18 gelten entsprechend für Konsortialpartner.

### **2 Einbeziehung von Partnern ohne Förderung**

Es wird empfohlen, die Zusammenarbeit mit Partnern ohne Förderung durch eine Kooperationsvereinbarung festzulegen. Diese sollte Regelungen zu Art und Weise der Zusammenarbeit sowie zur Benutzung und Verwertung von Wissen und Ergebnissen unter den Kooperationspartnern enthalten. Über die Zusammenarbeit ist im Rahmen der Zwischenberichte und des Schlussberichts zu berichten.

### **3 Verwendung der Fördermittel**

Die Fördermittel sind zweckgebunden, wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Sie müssen für die Umsetzung des Projektes notwendig sein. Förderfähig sind nur projektbezogene Ausgaben, die innerhalb des bewilligten Förderzeitraums und allein durch das Projekt zusätzlich verursacht werden.

Alle mit dem Förderzweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Mittel und Leistungen Dritter) und ggf. ein Eigenanteil des Förderempfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Projekt zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen. Diese Deckungsmittel mindern die bewilligte Fördersumme gemäß Nr. 4.

Bei anderen Finanzierungsarten als der Vollfinanzierung können die Fördermittel wie folgt in Anspruch genommen werden:

- bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung jeweils anteilig mit etwaigen Zuschüssen anderer Förderer und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Förderempfängers,
- bei Fehlbedarfsfinanzierung, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Förderempfängers verbraucht sind.

## 4 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung

Ermäßigen sich nach Erteilung des Förderbescheids die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für den Förderzweck, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigen sich die Fördermittel

- bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuschüssen anderer Förderer und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Förderempfängers,
- bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag.

## 5 Flexibler Einsatz der bewilligten Fördermittel

Der Finanzierungsplan ist hinsichtlich der Gesamtfördersumme verbindlich. Die bewilligten Mittel stehen nur für den im Förderbescheid genannten Zweck zur Verfügung. In begründeten Fällen können – mit Einschränkung der unter Nr. 6 genannten Ausnahmen und entgegenstehender Bestimmungen im Förderbescheid – die bewilligten Beträge für Sachausgaben und Investitionen gegenseitig übertragen werden, soweit es dem Projektziel dient. Gleiches gilt innerhalb der Finanzierungspläne von Konsortialpartnern. Umschichtungen zwischen den genannten Ausgabeblöcken dürfen nicht dazu führen, dass eine ausdrückliche Ablehnung im Förderbescheid umgangen wird.

## 6 Zustimmungspflichtige Änderungen des Finanzierungsplans

Änderungen des Finanzierungsplans bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Förderers, insbesondere

- Änderungen der bewilligten Personalausgaben,
- Einsatz von Personal mit einer höheren Eingruppierung als bewilligt,
- Vergabe von Aufträgen, die zum Zeitpunkt der Bewilligung nicht beantragt waren,
- Änderungen bzgl. der Entsperrung von Fördermitteln,
- Erhöhung/ Reduzierung der Ausgaben für Weiterleitungen in Konsortialprojekten,
- Änderung der Projektlaufzeit,
- Änderungen der Höhe oder Anzahl bei Vergütungen für gesundheitliche Versorgungsleistungen,
- Änderungen der Höhe oder Anzahl bei fallbezogenen Aufwandsentschädigungen.

## 7 Auszahlung der Fördermittel

Die Fördermittel dürfen nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie voraussichtlich innerhalb des laufenden Quartals für fällige Zahlungen benötigt werden. Die Zahlungsanforderung ist jeweils für das laufende Quartal vorzulegen. Der Vorlagetermin wird im Förderbescheid festgelegt.

Für die Zahlungsanforderung ist der entsprechende Vordruck zu verwenden. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben

enthalten. Für jedes Quartal ist darüber hinaus ein Statusbericht zu dem im Förderbescheid genannten Vorlagetermin vorzulegen. Dies gilt auch dann, wenn im betreffenden Quartal auf eine Zahlungsanforderung verzichtet wird. Der entsprechende Vordruck ist zu verwenden.

Vom Förderempfänger zu viel angeforderte Fördermittel während des Förderzeitraums sind zurückzuzahlen, soweit sie nicht mit der nächsten Auszahlung verrechnet werden können. Auf eine Verzinsung gemäß § 50 Abs. 2a Satz 3 SGB X wird verzichtet, weil der Aufwand für die Berechnung, Erhebung, Prüfung und Vereinnahmung der Zinsen erheblich ist und in einem ungünstigen Verhältnis zu den möglichen Zinseinnahmen steht.

## **8 Personalausgaben**

Die Entgeltgruppen/Vergütungsgruppen, die den im beigefügten Gesamtfinanzierungsplan veranschlagten Personalausgaben zugrunde liegen, sind Obergrenzen. Dies entbindet jedoch nicht von der Verantwortung für die tarifgerechte Eingruppierung und Vergütung.

Während des Förderzeitraums sind für jede Stelle die tatsächlich entstandenen Ausgaben entsprechend dem gültigen Tarif sowie der Eingruppierung und der Erfahrungsstufe abzurechnen. Die Abrechnung einer höheren Entgeltgruppe/Vergütungsgruppe als bewilligt ist grundsätzlich nicht zulässig. Personalausgaben für nicht ausschließlich im Projekt eingesetztes Personal dürfen nur anteilmäßig abgerechnet werden. Die für das Projekt entstandenen Personalausgaben sind durch geeignete Belege (z. B. Personalaufschreibungen) nachzuweisen.

Tariflich vereinbarte Beihilfen, Urlaubsgelder und personalbezogene Sachausgaben (z. B. Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen) sind nur förderfähig, soweit sie innerhalb des Förderzeitraums ausgezahlt werden. Leistungen der Krankenkassen als Entgeltfortzahlung sind den als förderfähig anerkannten Personalausgaben anteilig wieder gutzuschreiben.

## **9 Vergabe von Aufträgen**

Förderempfänger, die Vergabevorschriften unterliegen, haben diese zu beachten.

Förderempfänger, die keinen Vergabevorschriften unterliegen, haben bei der Vergabe eines Auftrags

- ab 20.000 € (netto) ein Angebot und
- ab 50.000 € (netto) drei Angebote vorzulegen.

Sofern die Vorlage eines Angebots oder mehrerer Angebote nicht möglich ist, bedarf dies einer entsprechenden Begründung.

## **10 Infrastrukturpauschale**

Ausgaben für die projektbezogene Infrastrukturpauschale gemäß dem geltenden Finanzierungsplan sind in der Zahlungsanforderung und den rechnerischen Nachweisen als prozentualer Anteil bezogen auf die tatsächlichen Personalausgaben abzurechnen. Wird die Höhe der Infrastrukturpauschale im Projektverlauf geändert, gilt der neue Prozentsatz rückwirkend ab Projektbeginn.



Der Förderempfänger hat mit dem Verwendungsnachweis zu bestätigen, dass die erhaltene Infrastrukturpauschale tatsächlich in der abgerechneten Höhe zur Finanzierung der projektbezogenen Infrastrukturausgaben verwendet wurde.

## **11 Ausgaben für Dienstreisen**

In den Zahlungsanforderungen und rechnerischen Nachweisen sind die konkret geplanten tatsächlichen Ausgaben für Dienstreisen abzurechnen. Dies gilt auch für pauschal beantragte Reisemittel.

Bei der Abrechnung von Reisen sind die beim Förderempfänger geltenden Vorschriften zu beachten. Sollten beim Förderempfänger keine Regelungen bestehen, ist das Bundesreisekostengesetz anzuwenden.

## **12 Zur Erfüllung des Förderzwecks beschaffte Investitionen**

Investitionen, die zur Erfüllung des Förderzwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Förderzweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Förderempfänger darf über sie vor Ablauf des Förderzeitraums nicht anderweitig verfügen. Änderungen der Liste der Investitionen (Anlage zum Förderbescheid) bedürfen der vorherigen Zustimmung des Förderers.

Förderempfänger, die keinen Vergabevorschriften unterliegen, haben bei der Vergabe eines Beschaffungsauftrags

- ab 20.000 € (netto) ein Angebot und
- ab 50.000 € (netto) drei Angebote vorzulegen.

Sofern die Vorlage eines Angebots oder mehrerer Angebote nicht möglich ist, bedarf dies einer entsprechenden Begründung.

Falls Investitionen, die mit Hilfe der Förderung erworben oder hergestellt werden, während des Förderzeitraums für den Förderzweck nicht mehr verwendet oder benötigt werden, wird der Förderer nach Mitteilung gemäß Nr. 13 und nach Anhörung des Förderempfängers über die weitere Verwendung entscheiden.

Nach Ablauf des Förderzeitraums kann der Förderempfänger über die mit Hilfe der Förderung beschafften Investitionen, deren Wert 410 € im Einzelfall nicht übersteigt, frei verfügen.

Nach Ablauf des Förderzeitraums ist der Förderempfänger verpflichtet, die mit Hilfe der Förderung beschafften Investitionen, deren Wert 410 € im Einzelfall übersteigt, zu veräußern und den Förderer gemäß Nr. 4 am Erlös zu beteiligen oder deren Restwert abzugelten.

## **13 Mitteilungspflichten des Förderempfängers**

13.1 Der Förderempfänger ist verpflichtet, dem Förderer unverzüglich anzuzeigen, insbesondere wenn

- er nach Vorlage des Finanzierungsplans – auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises – weitere Zuschüsse für denselben Zweck von anderen Stellen erhält;
- der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Fördermittel maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen (bspw. wichtige vertragliche Grundlagen) – hierzu zählt auch, wenn Teile der im Projekt erbrachten Leistungen in die Regelversorgung aufgenommen werden;
- sich herausstellt, dass der Förderzweck nicht oder mit den bewilligten Fördermitteln nicht zu erreichen ist;
- die angeforderten oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb des laufenden Quartals für fällige Zahlungen verbraucht werden können;
- die mit Hilfe der Förderung beschafften Investitionen innerhalb des Förderzeitraums nicht mehr entsprechend dem Förderzweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden (siehe Nr. 12);
- ein Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet wird.

13.2 Der Förderempfänger ist verpflichtet, dem Förderer unverzüglich anzuzeigen und die vorherige Zustimmung des Förderers einzuholen, wenn

- er vom Arbeitsprogramm, insbesondere der Zeit- und Meilensteinplanung, abweicht;
- die Projektleitung wechselt;
- sich Änderungen bezüglich wesentlicher Kooperationspartner ergeben;
- sich zustimmungspflichtige Änderungen in einem Konsortialprojekt ergeben (siehe Nr. 1.2);
- sich zustimmungspflichtige Änderungen im Finanzierungsplan ergeben (siehe Nr. 6);
- sich Änderungen der Liste der Investitionen ergeben (siehe Nr. 12).

## 14 Nachweis der Verwendung

Der Förderempfänger ist verpflichtet, die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel nachzuweisen. Hierfür sind die entsprechenden Vordrucke und Muster zu verwenden.

### 14.1 Vorzulegende Nachweise

Bei mehrjährigen Projekten ist jährlich ein Zwischennachweis vorzulegen. Dieser besteht aus einem rechnerischen Zwischennachweis und einem fachlichen Zwischenbericht. Der Zwischennachweis ist spätestens bis zum 31.03. des darauffolgenden Jahres vorzulegen. Zwischenberichte als Teil eines Zwischennachweises dürfen mit dem nächstfälligen Bericht verbunden werden, wenn der Berichtszeitraum für ein Kalenderjahr drei Monate nicht überschreitet.

Nach Abschluss des Projekts ist innerhalb von sechs Monaten ein Verwendungsnachweis vorzulegen. Dieser besteht aus einem rechnerischen Verwendungsnachweis einschließlich einer Belegliste sowie einem fachlichen Schlussbericht. Er umfasst den gesamten Förderzeitraum. Darüber hinaus ist ein Ergebnisbericht sowie im Falle eines Projekts zu den

neuen Versorgungsformen ein Evaluationsbericht in deutscher Sprache in elektronischer Form vorzulegen, der vom Förderer veröffentlicht werden kann (vgl. auch Nr. 18).

Bei Konsortialprojekten sind zusätzlich die Regelungen gemäß Nr. 1.4 zu beachten.

## **14.2 Rechnerische Nachweise**

In den rechnerischen Nachweisen sind die Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Förderzweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuschüsse, Leistungen Dritter, eigene Mittel) und Ausgaben enthalten.

Dem rechnerischen Verwendungsnachweis ist eine tabellarische Belegübersicht beizufügen, in der die Ausgaben nach Art und in zeitlicher Reihenfolge getrennt aufgelistet sind (Belegliste). Aus der Belegliste müssen Tag, Empfänger/Einzahler sowie Grund und Einzelbetrag jeder Zahlung ersichtlich sein.

## **14.3 Belege und Belegaufbewahrung**

Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr bzw. bei der Übermittlung von Leistungsdaten nach §§ 294 ff. SGB V üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere den Zahlungsempfänger, Grund und Tag der Zahlung, den Zahlungsbeweis und bei Investitionen den Verwendungszweck. Außerdem müssen die Belege ein eindeutiges Zuordnungsmerkmal zu dem Projekt (z. B. Projektnummer) enthalten.

Der Förderempfänger hat die Originalbelege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen (vgl. Nr. 15 Satz 1) fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine andere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Zur Aufbewahrung können auch Bild- oder Datenträger verwendet werden. Das Aufnahme- und Wiedergabeverfahren muss den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung oder einer in der öffentlichen Verwaltung allgemein zugelassenen Regelung entsprechen.

## **15 Prüfung der Verwendung**

Der Förderer, der bevollmächtigte Projektträger, die Aufsichtsbehörden des Förderers sowie die vom Förderer beauftragten Rechnungsprüfer sind berechtigt, Bücher, Originalbelege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Fördermittel durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Förderempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Die Belegliste ist projektbegleitend zu führen und dem Förderer auf Nachfrage vorzulegen. In den Fällen der Nr. 14.1 Absatz 3 sind diese Rechte des Förderers auch dem Dritten gegenüber auszubedingen.

## **16 Ergebnisse und Nutzung durch den Förderer**

Ergebnisse im Sinne dieser Nebenbestimmungen sind alle Erkenntnisse und Verfahren, die bei der Durchführung des Projektes entstehen und in Aufzeichnungen festgehalten sind oder die für den Förderempfänger in anderer Form verfügbar sind.

Der Förderer beabsichtigt, die Ergebnisse des Projekts für die Allgemeinheit zu sichern, weiter zu verbreiten und zu veröffentlichen. Für diesen Zweck räumt der Förderempfänger dem Förderer unentgeltlich ein unwiderrufliches, ohne die Zustimmung des Urhebers übertragbares und unbeschränktes Nutzungsrecht ein.

## **17 Einnahmen aus der Verwertung der Ergebnisse**

Einnahmen des Förderempfängers nach Abschluss der Förderung durch den Abschluss von Verträgen, die die Verwertung des Ergebnisses oder Teile davon zum Gegenstand haben, z. B. durch Übertragung von Schutzrechten und/oder Know-how, die Vergabe von Lizenzen, von sonstigen Kenntnissen oder Unterlagen verbleiben beim Förderempfänger.

## **18 Veröffentlichungen**

Der Förderer ist berechtigt, über das Projekt folgende Angaben bekannt zu geben:

- das Thema des Projekts,
- den Förderempfänger und die ausführende Stelle,
- die für die Durchführung des Projekts verantwortliche Projektleitung bzw. Konsortialführung,
- die Projektlaufzeit,
- die Höhe der Förderung,
- etwaige Konsortialpartner und sonstige Kooperationspartner,
- eine Kurzbeschreibung des Projekts,
- das Ergebnis der Evaluation.

Der Förderempfänger ist verpflichtet, das Ergebnis – mindestens im sachlichen Gehalt des Schlussberichts – innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Projekts auf geeignete Weise der Fachöffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland zugänglich zu machen. Darüber hinaus veröffentlicht der Förderer den Ergebnisbericht sowie im Falle eines Projekts zu den neuen Versorgungsformen den Evaluationsbericht (siehe Punkt 14.1).

Der Förderempfänger ist bei der Veröffentlichung des Ergebnisses verpflichtet, auf dem Deckblatt oder an anderer deutlich sichtbarer Stelle, folgenden Hinweis aufzunehmen:

„Das dieser Veröffentlichung zugrundeliegende Projekt wurde mit Mitteln des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss unter dem Förderkennzeichen xxx gefördert.“

## **19 Rücknahme oder Widerruf des Förderbescheids, Verzinsung**

Der Förderbescheid kann nach §§ 45 und 47 SGB X zurückgenommen oder widerrufen und die Fördermittel gemäß § 50 SGB X zurückgefordert werden. Die Verzinsung der Rückforderung richtet sich nach § 50 Abs. 2a SGB X. Das gilt auch für die Rückzahlung von Fördermitteln nach Abschluss des Projekts.

# Allgemeine Geschäftsbedingungen der Deutschen Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe GmbH

## 1. Geltungsbereich, Textform

- 1.1 Die nachstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (nachfolgend „AGB“) gelten für Verträge zwischen der Deutschen Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe GmbH, Bismarckstraße 128, 66121 Saarbrücken (nachfolgend „DeFa“) und dem Vertragspartner. Entgegenstehende oder von diesen AGB abweichende Bedingungen gelten nicht, es sei denn, die DeFa hat ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt. Die nachstehenden Bedingungen gelten auch dann, wenn die DeFa in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen AGB abweichender Bedingungen des Vertragspartners die Leistungen vorbehaltlos ausführt. Sich widersprechende AGB führen nicht zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages, wenn einverständnis mit der Durchführung des Vertrages begonnen wurde.
- 1.2 Wird der Vertrag mit einem Verbraucher, also jeder natürlichen Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB), geschlossen, ist dieser dazu verpflichtet, seine Erklärungen gegenüber der DeFa – insbesondere solche nach diesen AGB – in Textform im Sinne des § 126b BGB abzugeben. Die Erklärung muss somit in einer zur dauerhaften Wiedergabe in Schriftzeichen geeigneten Weise abgegeben werden. Diesem Erfordernis wird beispielsweise bei Erklärungen mittels Computerfax oder E-Mail entsprochen.

## 2. Vertragsschluss

- 2.1 Angebote der DeFa sind freibleibend und unverbindlich, es sei denn, ein Angebot wird schriftlich als bindend bezeichnet. Soweit aus dem Angebot nicht etwas Anderes hervorgeht, hält sich die DeFa für vier Wochen an das verbindliche Angebot gebunden.
- 2.2 Ein Vertragsschluss kommt in der Regel durch Bestätigung des verbindlichen Angebots der DeFa durch den Vertragspartner zustande. Die Bestätigung muss in Textform (§ 126b BGB) erfolgen. Der Vertrag kann zudem durch einen beiderseits unterzeichneten Vertrag oder durch schriftliche Auftragsbestätigung seitens der DeFa geschlossen werden. Ferner kommt ein Vertrag dadurch zustande, dass die DeFa nach einer Bestellung des Kunden schweigt und mit der vertragsgemäßen Leistungserbringung beginnt. Das Angebot der DeFa kann nur bis zur Annahmeerklärung des Empfängers von dieser widerrufen werden. Im Übrigen kann die DeFa verlangen, dass mündliche Vertragserklärungen des Kunden in Textform bestätigt werden.

## 3. Leistungen von DeFa

- 3.1 Zu den Vertragsleistungen der DeFa gehören Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit der Anwerbung von Gesundheitsfachkräften im Ausland stehen.
- 3.2 Davon umfasst sind das beschleunigte Fachkräfteverfahren und die Integration. Die DeFa betreibt insbesondere die Verfahren auf Berufsanerkennung Einreise, Aufenthalts- und Beschäftigungserlaubnis. Im Rahmen dieser Tätigkeit vollzieht diese insbesondere das Dokumentenmanagement, nicht hingegen die Beratung im Rahmen der betrieblichen, sozialen und berufsrechtlichen Integration. Für entsprechende Leistungen der betrieblichen, sozialen und berufsrechtlichen Integration verweist die DeFa auf das Angebot des Deutschen Kompetenzzentrums für internationale Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen (DKF). Die DKF-Pilotstandards Willkommenskultur & Integration bieten sowohl Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen Unterstützung als auch international angeworbenen Pflegefachkräften Orientierung ([www.dkf-kda.de](http://www.dkf-kda.de)).
- 3.3 Der Kunde hat vor dem Vertragsabschluss zu überprüfen, ob die Spezifikationen der Vertragsleistungen seitens der DeFa seinen Wünschen und Bedürfnissen entsprechen. Er hat zudem dafür zu sorgen, dass ihm die wesentlichen Funktionsmerkmale und -bedingungen der Vertragsleistungen bekannt sind.
- 3.4 Maßgebend für Umfang, Art und Qualität der Vertragsleistungen ist das Angebot der DeFa mit seinen Anlagen oder der beiderseits unterzeichnete Vertrag. Sonstige Angaben oder Anforderungen werden nur Vertragsbestandteil, wenn die Vertragspartner dies schriftlich vereinbaren oder die DeFa diese schriftlich bestätigt hat. Nachträgliche Änderungen des Leistungsumfanges bedürfen der schriftlichen Vereinbarung oder der schriftlichen Bestätigung durch die DeFa.

## 4. Vergütung, Zahlung

- 4.1 Der Kunde zahlt DeFa die vereinbarte Vergütung. Ist eine Vergütung nicht ausdrücklich vereinbart, zahlt der Kunde der DeFa eine nach Aufwand bemessene Vergütung gemäß der zum Zeitpunkt der Auftragserteilung jeweils aktuellen Preisliste der DeFa.
- 4.2 Die DeFa stellt dem Kunden die aktuelle Preisliste auf Anforderung in Textform zur Verfügung. Soweit nicht anders vereinbart ist, werden Reisekosten und Spesen gesondert gemäß den steuerlichen Sätzen abgerechnet. Die ausgewiesenen Preise sind Nettopreise und verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit es sich um eine umsatzsteuerpflichtige Leistung handelt.
- 4.3 Rechnungen sind innerhalb von 14 Tagen ohne Abzug zu begleichen.
- 4.4 Die DeFa kann eine angemessene zusätzliche Vergütung für einen möglichen Mehraufwand verlangen. Dies ist dann möglich, wenn der Mehraufwand auf dem pflichtwidrigen Verhalten des Kunden beruht, der Kunde Mitwirkungsleistungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vereinbarungsgemäß erbringt, der Kunde Vertragsleistungen nicht bestimmungsgemäß oder entgegen den vertraglichen Vereinbarungen nutzt oder Leistungsanforderungen nachträglich ändert oder erweitert. Die Erstattungspflicht aus Satz 1 besteht nicht, wenn der Kunde den Mehraufwand nicht zu vertreten hat.
- 4.5 Der Kunde kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen. Als unbestritten sind auch Gegenforderungen zu verstehen, die ohne Beweisaufnahme entscheidungsreif sind.
- 4.6 Ein Zurückbehaltungsrecht oder die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen dem Kunden nur innerhalb dieses Vertragsverhältnisses zu.
- 4.7 Kommt der Kunde mit der Zahlung der Vergütung in Verzug und setzt die DeFa dem Kunden eine Frist von mindestens zwei Wochen zur Zahlung, ist die DeFa berechtigt, die weitere Leistungserbringung für die Dauer des Verzugs einzustellen, falls die gesetzte Frist erfolglos verstreicht.
  - 4.7.1 Die DeFa hat dem Kunden diese Maßnahme vorab schriftlich anzudrohen.
  - 4.7.2 Der Kunde bleibt auch während der Dauer der Leistungsverweigerung zur Zahlung der vereinbarten Vergütung verpflichtet.
  - 4.7.3 Die DeFa muss sich etwaige durch die Leistungsverweigerung ersparte und vom Kunden nachgewiesene Aufwendungen anrechnen lassen.

## 5. Rechte Dritter

- 5.1 Die DeFa gewährleistet, dass der vereinbarungsgemäßen Nutzung der Vertragsleistungen durch den Kunden keine Rechte Dritter entgegenstehen. Bei Rechten Dritter genügt die DeFa dadurch ihren vertraglichen Verpflichtungen, dass diese dem Kunden entsprechend seiner Wahl, entweder eine rechtlich einwandfreie Nutzungsmöglichkeit der Vertragsleistungen oder aber gleichwertige Leistungen verschafft.
- 5.2 Der Kunde unterrichtet die DeFa unverzüglich falls Dritte Rechte (z. B. Urheber- oder Patentrechte) hinsichtlich der Vertragsleistungen geltend machen. Der Kunde ermächtigt die DeFa, die Auseinandersetzung mit dem Dritten allein zu führen. Der Kunde unterstützt die DeFa bei der Auseinandersetzung. Dieser hat insbesondere die notwendigen Informationen sowie relevanten Unterlagen zur Verfügung

Saarbrücken, April 2020

zu stellen und etwaige Fragen der DeFa zu beantworten. Der Kunde ist nicht berechtigt, die von dem Dritten geltend gemachten Ansprüche ohne vorherige schriftliche Zustimmung der DeFa anzuerkennen.

## **6. Umgang mit überlassenen Dokumenten und Unterlagen**

Dem Kunden ist gestattet, die ihm von der DeFa überlassenen Dokumentationen und Unterlagen für interne Zwecke zu verwenden und diese im Rahmen des vertragsgemäßen Gebrauchs für diese Zwecke zu vervielfältigen.

## **7. Gewährleistung/Haftung**

- 7.1 Ansprüche wegen Schlechtleistung können der DeFa gegenüber nur geltend gemacht werden, sofern ein direktes Vertragsverhältnis besteht, oder eine anderweitige Regelung ausdrücklich getroffen wurde, der Kunde die Leistungsergebnisse unverzüglich prüft und eine eventuelle Schlechtleistung umgehend rügt.
- 7.2 Der DeFa steht im Falle der Schlechtleistung ein Wahlrecht hinsichtlich der Nacherfüllung zu. Die DeFa kann ihrer Pflicht entweder durch die Beseitigung des Mangels oder der Vornahme einer mangelfreien Leistung nachkommen.
- 7.3 Für Schäden aus der Verletzung einer Garantie oder aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit haftet die DeFa unbeschränkt. Dasselbe gilt für eine Haftung wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, sowie für die Haftung wegen des arglistigen Verschweigens von Schlechtleistungen. Für Schäden aufgrund leichter Fahrlässigkeit haftet die DeFa nur, sofern wesentliche Pflichten verletzt werden, die sich aus der Natur des Vertrags ergeben und für die Erreichung des Vertragszwecks von besonderer Bedeutung sind. Bei der Verletzung solcher Pflichten, bei Verzug und Unmöglichkeit ist die Haftung der DeFa auf solche Schäden begrenzt, mit deren Entstehung im Rahmen des Vertrages typischerweise gerechnet werden muss. Als vertragstypisch und vorhersehbar gilt ein Schaden von höchstens EUR 10.000.
- 7.4 Die Verjährungsfrist für die Ansprüche wegen Schlechtleistung des Kunden beträgt 18 Monate und beginnt mit der Leistungserbringung (Gefahrübergang). Sofern dies nicht aus Gründen der Kulanz erfolgt, beginnt die Verjährungsfrist durch Nacherfüllung nicht erneut. Sie gilt auch für Ansprüche aus unerlaubter Handlung, die auf einer Schlechtleistung beruhen.

## **8. Geheimhaltung und Datenschutz**

- 8.1 Es gilt die von der DeFa verwendete Datenschutzerklärung.
- 8.2 Die DeFa wird Daten zu Personen, die dieser im Rahmen der Leistungserfüllung zur Kenntnis gelangen, ausschließlich zum Zwecke der ordentlichen Abwicklung der Vertragsleistungen benutzen.
- 8.3 Des Weiteren verpflichten sich die DeFa und der Kunde, alle ihnen vor oder bei der Vertragsdurchführung von dem jeweils anderen zugehenden oder bekannt werdenden Gegenstände (z.B. Software, Unterlagen, Informationen), die rechtlich geschützt sind, Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse enthalten oder als vertraulich bezeichnet sind („vertrauliche Informationen“), auch über das Vertragsende hinaus vertraulich zu behandeln, es sei denn, sie sind ohne Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht öffentlich bekannt. Die DeFa und der Kunde verwahren und sichern vertrauliche Informationen so, dass ein Zugang durch Dritte ausgeschlossen ist.
- 8.4 Die DeFa darf den Kunden ab Vertragsabschluss als Referenzkunden nennen und den Namen sowie das Logo des Kunden auf der eigenen Webseite und in Kommunikationsmaterialien zu Referenzzwecken aufnehmen.

## **9. Soziale und ethische Standards der Fachkräftenwerbung**

- 9.1 Die DeFa sieht sich den international anerkannten Standards zur Fachkräftenwerbung (wie zum Beispiel dem International Recruitment Integrity System) verpflichtet und wird in ihrem Einflussbereich auf die Einhaltung dieser Standards achten. Dies bedeutet im Einzelnen:
- 9.1.1 Der Kunde ist dazu verpflichtet die ausländischen Fachkräfte gleich zu behandeln und diese nicht aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, sexuelle Identität, Geschlecht und Geschlechtsidentität, nationaler oder sozialer Herkunft, Nationalität, Kaste, Alter, politischer Zugehörigkeit, Religion, sexueller Orientierung, Gewerkschaftsmitgliedschaft, körperlicher Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Schwangerschaft, des ehelichen oder familiären Status oder jedes anderen Status zu diskriminieren
- 9.1.2. Es gelten die Vorschriften des deutschen Rechts, insbesondere des Arbeitsrechts, uneingeschränkt. Der Kunde ist verpflichtet diese Regelungen zu achten und dementsprechend zu handeln.
- 9.1.2.1 Der Kunde darf ausländische Fachkräfte nur anwerben und einstellen, wenn diese volljährig sind. Die Anstellung minderjähriger ausländischer Fachkräfte ist verboten.
- 9.1.2.2 Die Anstellung einer ausländischen Fachkraft ist untersagt, wenn dadurch streikende Arbeitnehmer ersetzt werden sollen.
- 9.1.3 Der Kunde hat die Einstellungsgebühren und alle weiteren Kosten, die mit dem Einstellungsprozess verbunden sind, selbst zu tragen. Die Weitergabe der Kosten an die ausländische Fachkraft, gleich welcher Art, ist zu unterlassen.
- 9.1.4 Dem Kunden ist es untersagt den Pass, andere Ausweispapiere, die Arbeitserlaubnis oder andere Dokumente der ausländischen Fachkraft ohne deren schriftliche Einverständniserklärung einzubehalten.
- 9.1.5 Der Kunde muss der ausländischen Fachkraft vor Arbeitsbeginn den Arbeitsvertrag schriftlich und in dessen Muttersprache zukommen lassen.  
Dieser darf keine unnötig komplizierten Formulierungen enthalten, muss gut verständlich sein und mindestens folgenden Inhalt aufweisen:
- Position des Arbeitnehmers,
  - Stellenbeschreibung,
  - Einsatzort,
  - Beginn und Dauer des Vertrags,
  - Einzelheiten zur Reise in und aus dem Bestimmungsland,
  - Angaben zur Unterkunft, Verpflegung, Gewerkschafts- oder sonstigen vom Arbeitnehmer zu zahlenden gesetzlichen Abgaben (falls zutreffend),
  - Name und Anschrift des Arbeitgebers,
  - Lohn und Auszahlungsdatum,
  - Arbeitsstunden und Ruhetage,
  - Überstundenentlohnung,
  - Urlaub und andere Abwesenheitsgründe,
  - alle gesetzlichen Abzüge vom Arbeitsentgelt,
  - Leistungen des Arbeitsverhältnisses und Kündigungsbedingungen gemäß dem geltenden Recht.
- 9.1.6 Der Kunde hat dafür Sorge zu tragen, dass der Arbeitsvertrag vor Arbeitsbeginn von der ausländischen Fachkraft ohne Ausübung von Zwang unterzeichnet wird.
- 9.1.7 Der Arbeitsvertrag zwischen dem Kunden und der ausländischen Fachkraft ist so zu formulieren, dass die Freizügigkeit der ausländischen Fachkraft nicht eingeschränkt wird. Die Geltung des deutschen Arbeitsrechts bleibt davon unberührt.

- 9.1.8 Der Kunde ist dazu verpflichtet die Beschäftigungsbedingungen so zu gestalten und dauerhaft beizubehalten, dass sie mit den Bedingungen, welche der ausländischen Fachkraft im Vorfeld angeboten wurden, übereinstimmen und zudem den geltenden Gesetzen und Gepflogenheiten entsprechen.
- 9.1.9 Für den Fall, dass personenbezogene und wichtige Daten mit dem Einverständnis der ausländischen Fachkraft erhoben werden, sind diese von dem Kunden zu schützen und vertraulich zu behandeln. Eine Weitergabe der Daten an Dritte ist ohne Angabe von Gründen und ohne Zustimmung der ausländischen Fachkraft untersagt.
- 9.1.10 Der Kunde hat sicherzustellen, dass die ausländischen Fachkräfte die Möglichkeit haben Rechtsbehelfe wahrzunehmen ohne Diskriminierung, Repressalien, Entlassungen oder anderen Folgen wie z. B. interne Beschwerdeverfahren des Arbeitgebers ausgesetzt zu sein. Die ausländischen Fachkräfte sind über sämtliche Rechtsschutzmöglichkeiten zu informieren und diesen ist ein uneingeschränkter Zugang zu den Rechtsbehelfen zu gewähren.
- 9.1.11 Der Kunde verpflichtet sich, im Falle des Ablebens einer Pflegekraft, die Rückführung der sterblichen Überreste in Deutschland zu organisieren.
- 9.2 Die DeFa sieht sich den anerkannten Standards bei Integrations- und Ausgleichsmaßnahmen verpflichtet und wird in ihrem Einflussbereich auf die Einhaltung dieser Standards achten. Dies bedeutet im Einzelnen:
- 9.2.1 Der Kunde verpflichtet sich zu der Umsetzung und Einhaltung der DKF-Pilotstandards Willkommenskultur & Integration, die stets in aktueller Fassung unter der Domain [www.dkf-kda.de/dkf-pilotstandards](http://www.dkf-kda.de/dkf-pilotstandards) abgerufen werden können oder zu der Umsetzung und Einhaltung eines gleichwertigen Integrationsstandards. Die DeFa weist darauf hin, dass der Kunde bei der Umsetzung entsprechender Standards vom DKF unterstützt wird..
- 9.2.2 Der Kunde verpflichtet sich zu der Umsetzung und Einhaltung einer Qualifizierungsmaßnahme zum Ziel des Aufenthaltszwecks nach § 16d AufenthG „Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ inkl. der Erteilung der Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung des jeweilig gewählten Referenzberufes nach KrPflG bzw. PflBG. Die DeFa weist darauf hin, dass das DKF im Rahmen der Ausgleichsmaßnahme - sowohl in Form einer Anpassungsmaßnahme als auch in Form einer Vorbereitung auf die Kenntnisprüfung inkl. Kenntnisprüfung - Gesundheitseinrichtungen bei der Umsetzung unterstützen kann.
- 9.3 Der Kunde verpflichtet sich, in seiner Einflussosphäre auf die Einhaltung dieser Standards hinzuwirken.
- 9.3 Die DeFa ist bei schwerwiegenden Verstößen eines Kunden gegen diese Standards berechtigt die Zusammenarbeit fristlos zu kündigen.
- 10 Schlussbestimmungen**
- 10.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- 10.2 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle aus der Geschäftsbeziehung herrührenden Ansprüche ist der jeweilige Sitz der DeFa. Dies insbesondere dann der Fall, wenn der Kunde Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches ist, keinen allgemeinen inländischen Gerichtsstand hat, seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort nach Vertragsschluss aus dem Inland verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist. Die DeFa ist zudem berechtigt, Klage bei jedem anderen zulässigen Gericht zu erheben.



<b>Az.: ZMV I 1 - 25 19 PIA 400</b>									
<b>Projekt:</b> "Aufbau der Grundstruktur einer Dachorganisation zur Koordination der Aktivitäten der privaten Anwerber von Gesundheitskräften"									
<b>ZE:</b> saarland.innovation&standort e.V.(saar.is)									
	*** SOLL *** SOLL *** SOLL ***								
	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Erläuterungen</b>		
<b>Projektmonate</b>	<b>4</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>8</b>	<b>12</b>				
<b>I. Einnahmen</b>									
I.1 Eigenmittel						0,00 €			
I.2 Spenden						0,00 €			
I.3 Teilnehmergebühren	0,00 €	149.722,35 €	119.684,35 €	123.226,72 €	125.031,97 €	517.665,38 €	Nutzungsentgelt für Inanspruchnahme Kernprozess		
I.4 Zuwendungen des Bundes (andere als I.8)						0,00 €			
I.5 Zuwendungen von Bundesländern						0,00 €			
I.6 Andere öffentliche Zuschüsse						0,00 €			
I.7 Sonstige Einnahmen						0,00 €			
<b>I.8 beantragte Bundesmittel (BMG/BVA)</b>	<b>308.685,89 €</b>	<b>1.038.815,28 €</b>	<b>1.077.159,12 €</b>	<b>1.109.040,44 €</b>	<b>1.125.287,72 €</b>	<b>4.658.988,45 €</b>	<b>In 2019 werden noch keine Entgelte fließen, dies soll in 2020 kompensiert werden.</b>		
<b>Summe Einnahmen (Gesamt)</b>	<b>308.685,89 €</b>	<b>1.188.537,63 €</b>	<b>1.196.843,47 €</b>	<b>1.232.267,16 €</b>	<b>1.250.319,69 €</b>	<b>5.176.653,83 €</b>			
<b>II. Ausgaben</b>									
<b>II.1 Personalausgaben</b>	<b>106.415,97 €</b>	<b>815.212,17 €</b>	<b>864.592,38 €</b>	<b>910.952,82 €</b>	<b>931.535,44 €</b>	<b>3.628.708,78 €</b>			
II.1.1 Personalstellen	104.015,97 €	692.762,17 €	725.617,38 €	771.977,82 €	792.560,44 €	3.086.933,78 €	S. ANLAGE PERSONALKOSTENAUFSCHLÜSSELUNG		
II.1.1.1 Egr 6 TVöD	16.660,24 €	68.608,65 €	73.804,42 €	75.805,71 €	77.981,33 €	312.860,35 €	Stellenzahl: 1,5, eine anfangs in E5 besetzt Beschäftigungszeitraum: Stelle a) von 01.10.2019 bis 31.12.2023 [Umfang / 50%/AB2] Stelle b) von 01.10.2019 bis 31.12.2023 [Umfang / 100%/AB1+3] Stelle c) von bis [Umfang / xx%/AB]		
II.1.1.2 Egr 9a TVöD	16.343,59 €	94.211,31 €	98.327,47 €	102.360,23 €	105.035,27 €	416.277,87 €	Stellenzahl: 2 Beschäftigungszeitraum: Stelle a) von 01.10.2019 bis 31.12.2023 [Umfang / 100%/AB1] Stelle b) von 01.11.2019 bis 31.12.2023 [Umfang / 75%/AB1] Stelle c) von bis [Umfang: / AB]		
II.1.1.3 Egr 9b TVöD	0,00 €	108.791,49 €	113.237,99 €	126.007,00 €	129.300,34 €	477.336,82 €	Stellenzahl: 3 Beschäftigungszeitraum: Stelle a) von 1.01.2020 bis 31.12.2023 [Umfang / 100%/AB2] Stelle b) von 01.01.2020 bis 31.12.2023 [Umfang / 100% AB2] Stelle c) von 1.11 bis 31.12.2020 [Umfang Minijob / AB 3]		

	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt	Erläuterungen			
II.1.1.4 Egr 10 TVöD	16.853,48 €	200.353,78 €	208.604,67 €	229.353,91 €	233.065,35 €	888.231,19 €	Stellenzahl: 4 (davon 1 nur für 2M) Beschäftigungszeitraum: Stelle a) von 01.11. bis 31.12.2023 [Umfang / AB 3] Stelle b) von 01.11.2020 bis 31.12.2023 [Umfang / AB 3] Stelle c) von 01.01.2020 bis 31.12.2023 [Umfang / AB 2] Stelle d) von 01.10.2019 bis 31.11.2019 (VZ / AB3)			
II.1.1.5 Egr 13 TVöD	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	Stellenzahl:			
II.1.1.6 Egr 14 TVöD	21.944,50 €	87.920,47 €	93.192,48 €	95.632,03 €	100.229,65 €	398.919,13 €	Stellenzahl: 1 Beschäftigungszeitraum: Stelle a) von 01.10.2019 bis 31.12.2023 [Umfang 100% / AB 1] Stelle b) von 01.01.2020 bis 31.12.2023 [Umfang 100% / AB 2] Stelle c) von ... bis ... [Umfang / AB X]			
II.1.1.7 AT (1 Stelle)	32.214,16 €	132.876,47 €	138.450,35 €	142.818,94 €	146.948,50 €	593.308,42 €	Stellenzahl: 1 Beschäftigungszeitraum: Stelle a) von 01.10.2019 bis 31.10.2023 [Umfang / AB X] Stelle b) von ... bis ... [Umfang / AB X] Stelle c) von ... bis ... [Umfang / AB X]			
II.1.1.8						0,00 €				
II.1.1.9						0,00 €				
II.1.2 Hilfskräfte	2.400,00 €	19.200,00 €	12.100,00 €	12.100,00 €	12.100,00 €	57.900,00 €	Minijobs (Raetz, Kugler, Paliot)			
II.1.3 sonstige Personalausgaben	0,00 €	103.250,00 €	126.875,00 €	126.875,00 €	126.875,00 €	483.875,00 €	Ortskräfte in Zielländern (bis zu 8); ortsübliche Vergütung, d.h. unterh. des dt. Tariflohns; nach und nach aufbauend im Rahmen der Ländererschließung (je 1-2 pro Land geplant); Zuordnung hälftig zu AB 1 und 2. Erschließung BRA je nach Projektverlauf bei Verfügbarkeit von Mitteln) s. ANLAGE			
<b>II.2 - Sachausgaben</b>	<b>202.269,92 €</b>	<b>373.325,46 €</b>	<b>332.251,09 €</b>	<b>321.314,34 €</b>	<b>318.784,25 €</b>	<b>1.547.945,05 €</b>				
II.2.1 - Raummiete	5.800,00 €	95.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	400.800,00 €				
II.2.1.1	5.800,00 €	70.000,00 €	70.000,00 €	70.000,00 €	70.000,00 €	285.800,00 €	9,5/m² Mietzins; 3,5/m² Nk, Flächebedarf 350-450 m²; Minderausgaben werden nach II.1.3 umgeschichtet			
II.2.1.2	0,00 €	25.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €	115.000,00 €	Miete Manila + Mexiko (Achtung: Berechnungsgrundlage 35€/m²); Grund: Büroraum in Schwellenländern ist EXTREM teuer; Preisermittlung auf Grundlage Markterkundung Manila; Minderausgaben werden nach II.1.3 umgeschichtet			
II.2.1.3	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	Standort Brasilien; Standorteinrichtung erfolgt, sobald Umschichtungen aus II.2.1.1 und 2 realisiert werden können			
II.2.2 - Geräte und Ausstattungsgegenstände	120.000,00 €	30.000,00 €	23.000,00 €	26.500,00 €	21.500,00 €	221.000,00 €				
II.2.2.1	25.000,00 €	10.000,00 €	3.000,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	41.000,00 €	Büroausstattung/Besprechungsraum			
II.2.2.2						0,00 €				
II.2.2.3	95.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	25.000,00 €	20.000,00 €	180.000,00 €	S.Anlage: IT-Einrichtung/Telefonanl. und Softwarelizenzen			
II.2.3 - Drucksachen und Büromaterial	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	s. Pauschale			
II.2.3.1						0,00 €				
II.2.3.2						0,00 €				
II.2.3.3						0,00 €				
II.2.4 - Reisekosten	27.000,00 €	80.000,00 €	80.000,00 €	60.000,00 €	60.000,00 €	307.000,00 €				

	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt	Erläuterungen			
II.2.4.1	27.000,00 €	80.000,00 €	80.000,00 €	60.000,00 €	60.000,00 €	307.000,00 €	Kalkulationsgrundlage 2020/2012: 3 Zielländer, je 6-8 Personen-Reisen a durchschnittl. 3500,-€ (Flug, Hotel, Inlandstransfer, Vorbereitungshonorar AHK etc. Achtung: Mexiko-Flüge sind teurer)+ ca. 6-8T€ Inlandsreisekosten zur Kontaktpflege zu Anerkennungsbehörden sowie Treffen mit Projektpartnern (BMG/KDA/GFG/andere Bundes- und Landesbehörden etc.); Flugreisen nach erfolgtem Prozessaufbau ab 2022 degressiv.			
II.2.4.2	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €				
II.2.4.3						0,00 €				
II.2.5 - Vergabe von Aufträgen	34.500,00 €	67.500,00 €	22.500,00 €	22.500,00 €	22.500,00 €	169.500,00 €				
II.2.5.1	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	12.500,00 €	Design/Texter/Übersetzung für ÖA, Werbemittel (Rollups etc)			
II.2.5.2	20.000,00 €	65.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	145.000,00 €	S. ANLAGE IT: Design/Website/IT-techn. Umsetzung Workflow und CRM/Softwareprogrammierung u. Installation/Wartung IT, Kreativteilungen/Design			
II.2.5.3	12.000,00 €					12.000,00 €	Techn. Einrichtung Mieträume (Elektriker).			
II.2.6 - Post- und Fernmeldegebühren	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	s. Pauschale			
II.2.6.1						0,00 €				
II.2.6.2						0,00 €				
II.2.6.3						0,00 €				
II.2.7 - Sonstige Sachausgaben	2.200,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	14.200,00 €				
II.2.7.1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	Arbeits- und Gesundheitsschutz - PAUSCHALE			
II.2.7.2	2.200,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	14.200,00 €	Veranstaltungen/Treffen/Bewirtung			
II.2.7.3	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	Beratungskosten - PAUSCHALE			
II.2.7.4	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	Weiterbildung, z.B. Sprachen/Verwaltungswissen			
II.2.7.5						0,00 €				
II.2.8 - Verwaltungskostenpauschale (12% von Position II.1)	12.769,92 €	97.825,46 €	103.751,09 €	109.314,34 €	111.784,25 €	435.445,05 €	Pauschal: Overhead/Post- und Fernm.-Geb./Arb-Schutz/Weiterbildung/Druckkosten+Büromaterial OHNE Kampagnen/Broschürendesign			
<b>Summe Ausgaben (Gesamt)</b>	<b>308.685,89 €</b>	<b>1.188.537,63 €</b>	<b>1.196.843,47 €</b>	<b>1.232.267,16 €</b>	<b>1.250.319,69 €</b>	<b>5.176.653,83 €</b>	<b>gerundet</b>			
<b>Differenz Einnahmen ↔ Ausgaben</b> (+ = Bestand / - = Mehrausgabe)	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>				
<b>kumuliert</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>					

**Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz aus dem Bundeshaushalt 2016, Kapitel: 0701, Titel: 684 03**

**hier: Projekt: Musterprojekt**

**Anlagen:**

- Finanzierungsplan, Stand: \_\_\_\_
- Abdruck der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P), Stand: 2014
- Vordruck Empfangsbekenntnis mit Rechtsbehelfsverzichtserklärung
- Vordruck „Mittelanforderung“
- Vordruck "Zahlenmäßiger Nachweis zum Verwendungsnachweis"
- Vordruck "Belegliste"
- Vordruck „Inventarliste“

**ZUWENDUNGSBESCHEID**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unter Beachtung des Beschlusses der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind“, 2012/21/EU; ABl. 2012 Nr. L 7, S. 3 - im Folgenden: „Freistellungsbeschluss“ - ergeht folgender Bescheid:

Auf Ihren Antrag vom \_\_\_\_ bewillige ich Ihnen aus Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) für die Haushaltsjahre **XXX** bis **XXX** als Projektförderung im Wege der Vollfinanzierung / Fehlbedarfsfinanzierung eine nicht rückzahlbare Zuwendung bis zu einem Höchstbetrag von

**xxxxx EUR**

**(in Worten: xxxxx Euro ).**

Die Gewährung der Bundeszuwendung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel. Aus der gewährten Zuwendung kann nicht auf eine künftige Förderung im bisherigen Umfang geschlossen werden.

Bestandteile dieser Bewilligung sind:

- die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) mit Änderungen vom 20.12.2013, gültig ab 01.01.2014 (GMBI. Nr.2/2014 S. 33 ff.)
- ggf. Weitere .....

- sowie die nachstehenden Nebenbestimmungen.

Der Bewilligungszeitraum wird festgelegt auf die Zeit vom **xxxxx** bis **xxxxx**.

Der vorzeitige Maßnahmebeginn wurde bereits mit        vom        zugelassen.

Mit der Betrauung dieser Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und der Gewährung der Zuwendung sollen die nachfolgend beschriebenen Projektziele erreicht werden:

- Projektziel A
- Projektziel B
- Projektziel C usw.

Die Zuwendung ist zweckgebunden und entsprechend Ihrem Antrag ausschließlich zur Finanzierung der Ausgaben bestimmt, die Ihnen während des Bewilligungszeitraums für das Projekt [...] entstehen. Sie wird wie folgt bereitgestellt:

Im Haushaltsjahr **XXX** stehen Ihnen für das v. g. Projekt bis zu **XXX €** zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr **XXX** stehen bis zu **XXX €** zur Verfügung. Schließlich stehen Ihnen für das Haushaltsjahr **XXX** bis zu **XXX €** zur Verfügung. Eine Mittelverschiebung von einem Haushaltsjahr in das andere ist nicht zulässig, nicht verbrauchte Mittel verfallen vielmehr.

*Grundlage hierfür ist der Finanzierungsplan, Stand [...], den ich für verbindlich erkläre. Einnahmen, die in Verbindung mit dem Projekt stehen, sind zur Senkung des Bundeszuschusses zu verwenden. Entsprechendes gilt für Minderausgaben. Dies dient auch der Umsetzung der Regelungen zur Höhe des Ausgleichs gem. Art. 5 des DAWI-Freistellungsbeschlusses.*

Abweichungen vom verbindlichen Finanzierungsplan bedürfen meiner vorherigen schriftlichen Zustimmung. Einzelansätze im Sinne von Nr. 1.2 ANBest-P sind die im Finanzierungsplan ausgewiesenen und nummerierten Teilsummen der Positionen Personalausgaben, Sachausgaben administrativ und Sachausgaben projektspezifisch.

Die Zuwendung wird unter der Voraussetzung bewilligt, dass die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Über die Zuwendung darf nur im **Bewilligungszeitraum** verfügt werden. Lediglich Ausgaben, deren Zahlungsdatum bzw. Zahlungsgrund in dem benannten Zeitraum liegt und die dem Zuwendungszweck dienen, dürfen aus der Zuwendung beglichen werden.

Ausgaben anderer Art oder außerhalb dieses Zeitraums dürfen nicht aus der Zuwendung geleistet werden.

Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind bei der Verwendung der bewilligten Mittel besonders zu beachten.

Nach § 36 Abs. 2 Nr. 5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) behalte ich mir die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung einer Auflage vor, um die zweckentsprechende Verwendung der Mittel zu gewährleisten.

Bestandteil dieses Bescheides sind die beigelegten Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P), Stand: 2014, sowie die nachstehenden Besonderen Nebenbestimmungen.

*Die Regelungen der ANBest-P werden mit Ausnahme der Nr. 2.2 für verbindlich erklärt. Das bedeutet, dass es bei Projektförderungen keine Bagatellgrenze gibt. Bei Abschluss des Projektes vorhandene Restmittel (sog. Bestand) hat der Zuwendungsempfänger unabhängig von deren Höhe in vollem Umfang zu erstatten und an die Bundeskasse zu überweisen. Dies dient auch der Vermeidung einer Überkompensation i.S. d. Art. 6 des DAWI-Freistellungsbeschlusses.*

#### **Besondere Nebenbestimmungen:**

- Das Projekt ist in enger fachlicher Abstimmung mit dem Fachreferat XXX des BMJV durchzuführen.
- Innerhalb von drei Monaten nach Besetzung von im Finanzierungsplan ausgewiesenen Stellen ist dem Bundesverwaltungsamt die Stellenbesetzung unter Beifügung einer Kopie des geschlossenen Arbeitsvertrages und einer Kopie der entsprechenden Tätigkeitbeschreibung zu übersenden.
- Für die Abwicklung des Projekts ist ein besonderes Projektkonto in Ihrer Buchführung einzurichten, auf dem alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Projekts bis zu seinem Abschluss einschließlich erwirtschafteter Zinsen nachzuweisen sind.
- Bei der Berechnung von Reisekosten sind die Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) in der jeweils gültigen Fassung entsprechend anzuwenden. Sondertarife sind zu nutzen. Meilengutschriften, Prämien oder Vergünstigungen dürfen nur zu dienstlichen Zwecken verwertet werden. Verrechnungen (z.B. Änderung der Flugklasse sogen. Upgrading) sind nicht zulässig. Eine Verwertung zu privaten Zwecken ist in jedem Falle unzulässig, auch wenn eine rechtzeitige dienstliche Verwertung nicht möglich ist und daher der Verfall der Meilengutschrift, Prämie oder Vergünstigung droht.
- Sie sind verpflichtet, dem BMJV das einfache, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte Nutzungsrecht an den durch das Zuwendungsverhältnis geförderten urheberrechtlich geschützten Arbeitsergebnissen einzuräumen.
- Vorrangig erhält die Bibliothek des BMJV alle Veröffentlichungen als elektronisches Dokument an folgende E-Mail-Adresse: [bibliothek-auskunft@bmjv.bund.de](mailto:bibliothek-auskunft@bmjv.bund.de). Sollte die

Veröffentlichung nur in gedruckter Form erscheinen, sind dem BMJV unmittelbar nach Erscheinen je **drei** Belegexemplare unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

- Bei Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Verlautbarungen aller Art (z. B. Publikationen, Arbeitsmaterialien, Berichten, Ankündigungen, Einladungen) ist öffentlichkeitswirksam auf die Förderung der jeweiligen Maßnahme durch das BMJV hinzuweisen (Auflage). Es ist mindestens das Logo des BMJV mit dem Zusatz „Gefördert durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages“ einzusetzen. Die Logo-Vorlage werde ich Ihnen parallel zu diesem Bescheid per E-Mail übermitteln. Dies gilt auch für Veröffentlichungen im Internet.
- Der Projektnehmer ist gehalten, in Absprache mit dem Fachreferat geeignete öffentlichkeitswirksame Aktivitäten gemeinsam mit dem BMJV durchzuführen. Der Projektnehmer hat dem Fachreferat des BMJV jährlich Zwischenberichte vorzulegen, in denen die erzielten Arbeitsergebnisse der einzelnen Projektmaßnahmen beschrieben werden.
- Eine mögliche Webpräsenz ist barrierefrei zu gestalten.

### **Vergaberechtliche Bestimmungen**

Für Projektförderung über 100.000,- Euro gilt:

Bei der Vergabe von Aufträgen ist Nr. 3.1 ANBest-P zu beachten. Danach sind VOL/A und VOB/A bei einer Zuwendung von mehr als 100.000,- Euro anzuwenden. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit ist immer zu beachten (Nr. 1.1 ANBest-P).

Für eine Freihändige Vergabe von Leistungen nach § 3 Nr. 5 i VOL/A (Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen) hat das BMJV den Höchstwert auf 15.000,- EUR (ohne Umsatzsteuer) festgesetzt. Hierbei ist wie folgt vorzugehen:

Bei einem Schätzwert von bis zu 500,- Euro (ohne Umsatzsteuer) kann unter Berücksichtigung des Haushaltsgrundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ohne Vergabeverfahren beschafft werden (Direktkauf).

Bei einem Schätzwert über 500,- Euro und unter 1.000,- Euro (ohne Umsatzsteuer) sind nachvollziehbare, formlose Preisermittlungen bei mindestens drei Anbietern (m/w) durchzuführen und zu dokumentieren, § 20 VOL/A.

Bei einem Schätzwert ab 1.000,- Euro und bis zu 15.000,- Euro (ohne Umsatzsteuer) sind mindestens drei schriftliche Angebote einzuholen. Das Ergebnis der Angebotsprüfung ist zu dokumentieren, § 20 VOL/A und mit den Angeboten zur Akte zu nehmen.

Auf die Dokumentationspflicht nach § 20 VOL/A weise ich hin.

Die mit Hilfe der Zuwendung erworbenen Gegenstände bleiben für die Gesamtdauer des Projekts an den Zuwendungszweck gebunden (Bindefrist). Über die weitere Verwendung oder Verwertung der Inventargegenstände werde ich nach Ablauf der Bindefrist gesondert entscheiden.

### **Weiterleitungen**

Ich ermächtige Sie, Mittel aus dieser Bewilligung an die in Ihrem Antrag aufgeführten angeschlossenen Organisationen in voller Höhe (oder bis zur Höhe von ..... EUR) weiterzuleiten. Es ist sicherzustellen, dass die Letztempfänger die zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Weiterleitung erfüllen. Insbesondere müssen diese eine ordnungsgemäße Geschäftsführung aufweisen und die Gesamtfinanzierung der durch Weiterleitung geförderten Maßnahmen sicherstellen. Die Weiterleitung hat jeweils durch privatrechtlichen Vertrag zu erfolgen. Für den Verwendungsnachweis in solchen Fällen gilt Nr. 6.6 der ANBest-P.

In diesen Vertrag muss folgender Inhalt mit aufgenommen werden, der insbesondere sicherstellt, dass der Letztempfänger den gleichen zuwendungsrechtlichen Vorgaben unterliegt wie der Erstempfänger:

- 1) Zuwendungsart, Höhe der Zuwendung an den Letztempfänger, Finanzierungsart und Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben;
- 2) Bewilligungszeitraum;
- 3) 1. Zuwendungszweck und die Maßnahmen, die im Einzelnen gefördert werden sollen, sowie die Dauer der Zweckbindung für aus der Zuwendung beschaffte Gegenstände;  
2. Eine detaillierte Beschreibung der Aufgaben, die der Letztempfänger im Rahmen des Projektes „Muster-Projekt“ im Einzelnen zu erfüllen hat und in welcher Höhe Zahlungen für den Arbeitsaufwand geleistet werden.
- 4) Festlegung, dass die beim Letztempfänger für das Projekt „Muster-Projekt“ tätigen Mitarbeiter über eine der Aufgabe entsprechende Qualifikation verfügen müssen.
- 5) Anerkennung der Rückzahlungsverpflichtung und der sonstigen Rückzahlungsregelungen durch den Letztempfänger; Hierin inbegriffen sind auch evtl. Verzinsungen von Rückzahlungsansprüchen.
- 6) Geeignete Vertragsbestimmungen, die einen hohen Qualitätsstandard sichern.
- 7) Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung ohne Nr. 2.2 (ANBest-P) und die besonderen Nebenbestimmungen sind verbindlich zu vereinbaren.

*(Anmerkung: Damit ist sicherzustellen, dass die Abwicklung der Maßnahme/n und die Prüfung der Verwendung der Zuwendung entsprechend Nr. 1 - 7 ANBest-P und entsprechend den Sonderregelungen zu den ANBest-P im Aus-*



gangsbescheid erfolgt. Die in Betracht kommenden Bestimmungen sind dem Inhalt nach unmittelbar in den Vertrag zu übernehmen; das entsprechend Nr. 7.1 ANBest-P für den Erstempfänger vorzusehende Prüfungsrecht ist auch für das BMJV (einschließlich für einen von ihm Beauftragten) und für das Bundesverwaltungsamt sowie den Bundesrechnungshof auszubedingen.)

8) Anerkennung der Gründe für einen Rücktritt vom Vertrag.

*(Anmerkung: Ein wichtiger Grund für einen Rücktritt ist insbesondere gegeben, wenn die Voraussetzungen für den Abschluss des Vertrages nachträglich entfallen sind, der Abschluss des Vertrages durch Angaben des Letztempfängers zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren oder der Letztempfänger seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.)*

9) gegebenenfalls Regelungen zum Overhead bzw. Gemeinkostenpauschalen

*(Anmerkung: Eine Verwaltungsausgabenpauschale zu Gunsten des Letztempfängers ist in geeigneten Fällen und sofern beantragt grundsätzlich in Höhe von bis zu 10 % der als zuwendungsfähig anerkannten Personalausgaben zulässig. Wenn der Letztempfänger mit Hilfe der Kosten-Leistungs-Rechnung den Bedarf nach einer höheren Pauschalierung nachweisen kann, kann eine Verwaltungsausgabenpauschale von bis zu 15 % der als zuwendungsfähig anerkannten Personalausgaben ausnahmsweise zugelassen werden. Dies gilt ausschließlich für die beantragte Zuwendung und den Bewilligungszeitraum.)*

Die Vertragstexte sind vor Vertragsschluss dem BVA zur Billigung vorzulegen und dem BMJV zur Kenntnis vorzulegen.

## **Auszahlung**

### **Es gilt das Anforderungsverfahren nach Nr. 1.4 S. 3 ff. ANBest-P.**

Der Zuwendungsbetrag wird ggf. in Teilbeträgen auf Anforderung innerhalb des Bewilligungszeitraumes ausgezahlt, und zwar nach Bestandskraft des Bescheides. Hierzu bitte ich, entsprechend dem Mittelbedarf Zahlungen anzufordern. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zuwendung nur insoweit und nicht eher angefordert werden darf, als sie innerhalb von sechs Wochen nach Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Bestandskraft erhält der Bescheid grundsätzlich erst nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist. Sie können diese Frist verkürzen, wenn Sie die Erklärung im Vordruck „Empfangsbekennnis-Rechtsbehelfsverzicht“ ausgefüllt und unterschrieben an mich zurücksenden und somit auf die Einlegung eines Rechtsbehelfs verzichten.

Ich bitte ferner um Beachtung, dass Ihre Mittelanforderung für das Haushaltsjahr 2016 spätestens bis zum

**XX.XX.XXX**

vorliegen muss, damit noch rechtzeitig vor Abschluss des Haushaltsjahres die Mittel angewiesen werden können. Später eingehende Anforderungen können grundsätzlich nicht mehr bearbeitet werden. Die nicht angeforderten Mittel verfallen in diesem Haushaltsjahr. Ich weise darauf hin, dass Sie die Auszahlung grundsätzlich bis zum letzten Bankarbeitstag des laufenden Haushaltsjahres terminieren können.

### **Nachweis der Verwendung**

Der einzureichende Verwendungsnachweis besteht gem. Nr. 6.2 ff. ANBest-P aus einem Sachbericht, einem zahlenmäßigen Nachweis und einer Belegliste. Den Verwendungsnachweis bitte ich bis zum

**XX.XX.XXXX**

einzureichen. Zur Ausgestaltung des Verwendungsnachweises wird auf die beigelegten Vordrucke verwiesen. Belege bitte ich mir nur auf besondere Anforderung zuzusenden. Dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist eine Ausfertigung des Sachberichtes unter Angabe des Geschäftszeichens unmittelbar zuzuleiten.

Um Zinsforderungen zu vermeiden, sind nicht verbrauchte Mittel unabhängig vom Vorlagetermin des Verwendungsnachweises unverzüglich zurückzuzahlen.

Die Überweisung bitte ich auf folgendes Konto zu veranlassen:

Empfänger	Bundeskasse Trier
Kreditinstitut	Deutsche Bundesbank – <b>Filiale Saarbrücken</b>
BIC	MARKDEF 1590
IBAN	DE81 5900 0000 0059 0010 20
Verwendungszweck	

Für weitere Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Für die Durchführung des Projektes sowie für die Projektgestaltung darf ich Ihnen auch im Namen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz meinen Dank aussprechen.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesverwaltungsamt, 50728 Köln, erhoben werden.

**Ressort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)**

**3. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-RAHMENS VON 2012**

**Abschnitt (z. B. iii) Müllabfuhr oder viii) Finanzdienstleistungen)**

ix) Sonstiger Wirtschaftszweig: Naturschutz und Landschaftspflege  
(Beschluss der Kommission: NN 8/2009 vom 02. Juli 2009) – Naturschutzgroßprojekte

**Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedsstaat<sup>11</sup>**

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.**

Bei der Dienstleistung handelt es sich um das Bundesprogramm „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“. Es dient der Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung. Mit dem Programm wird ein Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Erhaltung des Naturerbes in Deutschland geleistet.

Im Rahmen der Projekte werden naturraumtypische Lebensräume erhalten oder wiederhergestellt und die in ihnen vorkommenden wildlebenden Arten geschützt, indem Flächen erworben und Maßnahmen durchgeführt werden, um die Situation gefährdeter Arten und Biotope zu verbessern und zu sichern.

Das Programm trägt zur Erfüllung supranationaler Naturschutzziele bei, wie z. B. zur Verwirklichung des EU-Ziels, einen weiteren Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen, und zum langfristigen Schutz von Natura-2000-Gebieten der Europäischen Union.

Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung.** Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Die Betrauung erfolgt über die Bewilligung einer Zuwendung für ein konkret beantragtes Projekt. Die Bewilligung erfolgt in der Regel mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid). Standardisierte Muster für diese Betrauungen existieren nicht, da die Projektziele und insbesondere die fachlich-inhaltlichen Anforderungen je nach Projekt variieren.

**Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)** und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet.** Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erläutern Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Die Dauer der Betrauungen beläuft sich im Durchschnitt auf 11,5 Jahren. Der Anteil der Betrauungen, deren Dauer 10 Jahre überschreitet, beträgt ca. 50%. Hierbei handelt es sich um Projekte, deren Umsetzung nach anerkannten naturschutzfachlichen Grundsätzen einen längeren Zeitraum erfordert.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte werden im Rahmen der Projektförderung nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Es handelt sich um Zuwendungen in der Form von Projektförderungen. Dabei handelt es sich um nicht rückzahlbare Zuwendungen, die auf Ausgabenbasis bewilligt werden.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
Im Vorfeld der Projektförderung werden alle für die Durchführung erforderlichen Ausgaben kalkuliert und in einen Finanzierungsplan eingestellt.  Auf der Basis dieses Finanzierungsplanes erfolgt die Bewilligung der Zuwendung. Die Zuwendung erfolgt nur für diejenigen Ausgaben, die ausschließlich zur Durchführung des Projektes notwendig sind. Nur für diese konkret bewilligten Ausgaben darf auch ein Mittelabruf d.h. eine Auszahlung der Zuwendung erfolgen (Net-avoided-cost-Methode).
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>
Zuwendungen können grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlich bewilligten Mittel ausgezahlt werden.  Die Zuwendungsempfänger erstellen jährlich einen Sachbericht über die Projektdurchführung sowie einen zahlenmäßigen Verwendungsnachweis über alle erhaltenen Zuwendungen. Darin sind alle für die Projektdurchführung geleisteten Zahlungen bzw. Ausgaben in dem jeweiligen Nachweiszeitraum einzeln aufzuführen und zu belegen.  Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zugeordnet werden können, wird dies im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurückgefordert
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Randnummer 60 des DAWI-Rahmens von 2012) erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Sämtliche Zuwendungen werden inklusive Darstellung des Vorhabens, Zuwendungsempfängers und Finanzvolumens des Projektes unter:  
<https://www.bfn.de/foerderung/naturschutzgrossprojekt/liste-laufender-vorhaben.html>  
 ausführlich dargestellt.

### Höhe der gewährten Beihilfen

**Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>12</sup>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)**

2018	2019
9,234 Mio. EUR	7,776 Mio. EUR
A: Von zentralen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>13</sup></b>	
2018	2019
Bund: 7,345 Mio. EUR	Bund: 6,205 Mio. EUR
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>14</sup></b>	
2018	2019
Länder: 1,889 Mio. EUR	Länder: 1,571 Mio. EUR
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>15</sup></b>	
2018	2019
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls zutreffend)</b>	

2018	2019
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>16</sup>	
2018	2019
Anzahl der Begünstigten: 10	Anzahl der Begünstigten: 7

### Anlage

Diesem Bericht ist eine Tabelle beigelegt, in der die geförderten Projekte, die dafür geleisteten Ausgaben und die daraus resultierenden Einnahmen dargestellt sind. Die Einnahmen werden mit den Projektausgaben verrechnet. Diese Anlage dient zugleich der Berichterstattung gemäß Punkt 3.3.2.4 der Entscheidung NN 8/2009.  
 Eine Weiterübertragung von mit Fördermitteln erworbenen Flächen wurde nicht genehmigt.

Projekt/Maßnahme	2018				
	Zuwendung Bund	Zuwendung Land	Einnahmen	Ausgaben	Verwendung überschüssiger Einnahmen
Osterzgebirge (SN) Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	379.919,79	163.660,00	50.000,00	50.000,00	Die Einnahmen wurden für Biotoplenkende Maßnahmen eingesetzt.
Baar (BW) Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis	147.112,50	73.703,00			
Allgäuer Moorallianz (BY) - Phase II Zweckverband Naturschutzgroßprojekt Allgäuer Moorallianz bestehend aus Landkreise Ostallgäu und Oberallgäu	604.875,00	150.885,00	10.000,00	10.000,00	Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Untere Havelniederung (BB und SNA) Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.	1.891.778,00	446.086,00			
Vogelsberg (HE) Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	646.357,00	249.599,00			
Senne und Teutoburger Wald (NW) Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald Zusammensetzung: Stadt Bielefeld, Kreise Gütersloh, Hochsauerlandkreis, Höxter, Lippe und Paderborn	171.432,00	48.980,00	244.595,25	244.595,25	Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Bienwald (RP) Landkreis Germersheim in Zusammenarbeit mit Landkreis Südliche Weinstraße	735.716,25	275.832,86	13.886,73	13.886,73	Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Obere Ahr - Hocheifel (RP) Landkreis Ahrweiler	755.753,80	256.465,00			
Landschaft der Industriekultur Nord (SL) Zweckverband "Landschaft der Industriekultur Nord" bestehend aus den Städten Friedrichsthal und Neunkirchen, den Gemeinden Illingen, Merchweiler, Quierschied, Schiffweiler, dem Landkreis Neunkirchen und der Industriekultur Saar GmbH	927.073,01	200.929,00			
Mittlere Elbe (ST) WWF e.V.	955.725,00	110.930,00	10.000,00	10.000,00	Die Einnahmen werden auf die Zuwendung angerechnet
Hohe Schrecke (TH) Naturstiftung David	647.257,00	129.452,00			
Kellerwald Zweckverband Kellerwald-Edersee bestehend aus Gemeinden Edertal, Gilserberg, Haina, Jesberg, Vöhl, Bad	275.930,67	106.127,18	13.686,00	13.686,00	Die Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Nordvorpommersche Waldlandschaft (MV) Landkreis Nordvorpommern	742.072,60	148.414,00			
Siebengebirge (NW) Rhein-Sieg-Kreis	855.000,00	225.975,00			
Grünes Band Rodachtal -Lange Berge- Steinachtal (BY, TH) Zweckverband bestehend aus den Landkreisen Coburg, Hildburghausen, Kronach und Sonneberg	600.000,00	142.786,00			
Neue Hirtenwege im Pfälzerwald (RP) Bezirksverband Pfalz	76.585,67	10.772,90			
Natürlich Hamburg Freie und Hansestadt Hamburg	301.574,76	100.524,92			
Bänder des Lebens im Hunsrück (RP) Landkreise Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg, Nationalparklandkreis Birkenfeld,Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz	289.806,02	32.755,00			
Workshop "chance.natur" hausinterne Mittelbereitstellung	28.594,04				
Überarbeitung Leitfaden "chance.natur", Kontext umwelt. Die Wissenschaftsredaktion	2.832,20				
Summe	11.035.395,31	2.710.216,86	292.167,98	292.167,98	

10 7.345.460,52 1.889.347,04 342.167,98 342.167,98 DAWI-Rahmen

10 3.689.934,79 984.529,82 0,00 0,00 DAWI-Beschluss

Projekt/Maßnahme	2019				
	Zuwendung Bund	Zuwendung Land	Einnahmen	Ausgaben	Verwendung überschüssiger Einnahmen
Baar (BW) Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis	324.000,00	116.393,00			
Allgäuer Moorallianz (BY) - Phase II Zweckverband Naturschutzgroßprojekt Allgäuer Moorallianz bestehend aus Landkreise Ostallgäu und Oberallgäu	731.250,00	148.785,00	15.700,00	15.700,00	Die Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Untere Havelniederung (BB und SNA) Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.	2.625.811,00	630.195,00			
Vogelsberg (HE) Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	368.487,40	241.375,00			
Senne und Teutoburger Wald (NW) Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald	400.473,14	114.421,00	75.000,00	75.000,00	Die Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Bienwald (RP) Landkreis Germersheim in Zusammenarbeit mit Landkreis Südliche Weinstraße	639.837,03	231.366,10	8.000,00	8.000,00	Die Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Obere Ahr - Hocheifel (RP) Landkreis Ahrweiler	455.064,99	147.227,00			
Landschaft der Industriekultur Nord (SL) Zweckverband "Landschaft der Industriekultur	585.106,44	145.819,00			
Hohe Schrecke (TH) Naturstiftung David	767.896,19	153.579,00			
Nordvorpommersche Waldlandschaft (MV) Landkreis Nordvorpommern	739.297,19	147.859,00			
Siebengebirge (NW) Rhein-Sieg-Kreis	1.162.574,13	232.515,00			
Grünes Band Rodachtal - Lange Berg - Steinachtal (BY, TH)	574.500,00	128.060,00			
Neue Hirtenwege im Pfälzerwald (RP) Bezirksverband Pfalz	487.229,29	76.689,09			
Natürlich Hamburg Freie und Hansestadt Hamburg	844.105,98	281.368,66			
Bänder des Lebens im Hunsrück (RP) Landkreise Bernkastel-Wittlich und Trier- Saarburg, Nationalparklandkreis Birkenfeld, Stiftung Natur und Umwelt	286.082,57	33.135,00			
Workshop "chance.natur" (BB)	31.739,30				
Aktualisierung von ÖA-Materialien (NW)	59.363,25				
Nachdruck Flyer (NW)	806,23				
Summe	11.083.624,13	2.828.786,85	98.700,00	98.700,00	
7	6.205.438,79	1.571.392,10	98.700,00	98.700,00	DAWI-Rahmen
11	4.878.185,34	1.257.394,75	0,00	0,00	DAWI-Beschluss

## Erläuterungen

### zu) **Spalte Flächenempfänger**

Übertragungen an Flächenverwaltungen von Ländern sowie an Kommunen sind innerhalb der staatlichen Ebene erfolgt. Sie werden in der vorgelegten Berichterstattung nicht aufgeführt.

### zu) **Spalte Fläche in ha**

Die Bundesregierung hat die Maßnahme "Unentgeltliche Übertragung von Flächen des Nationalen Naturerbes" an die DBU, Länder, Naturschutzverbände und -stiftungen unter Beachtung der DAWI-Freistellungsregeln fortgesetzt. Mit Beschlüssen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 17.06.2015 sowie vom 28.06.2017 werden im Rahmen einer 3. Tranche an die DBU rd. 11.200 Hektar und an Länder, Naturschutzverbände und -stiftungen rd. 2.700 Hektar übertragen.

### zu) **Spalte Einnahmen/Ausgaben**

BMU hat auf Grundlage der Erfahrungen aus den ersten Jahren der Durchführung der Maßnahme Regeln für die jährliche Berichtspflicht durch die Flächenempfänger eingeführt: *"Innerhalb eines Berichtsjahres nicht verausgabte Einnahmen sind grundsätzlich an das Bundesumweltministerium abzuführen, können aber unter engen Voraussetzungen für überjährige Aufgaben im Rahmen der Erhaltung und Entwicklung des Nationalen Naturerbes verwendet werden. Voraussetzungen hierfür sind, dass 1) der geplante Verwendungszweck im Rahmen der Berichterstattung an BfN dezidiert dargelegt wird und hierfür konkrete Planungen/Maßnahmen/Verpflichtungen aus der mit BfN abgestimmten Naturerbe-Entwicklungsplanung bzw. dem abgestimmten Leitbild angeführt werden, dass 2) nicht verausgabte Einnahmen eines (Berichts-) Jahres grundsätzlich innerhalb eines darauffolgenden Zeitraumes von 3 Jahren eingesetzt werden. In diesem Zeitraum nicht verausgabte Einnahmen sind an das Bundesumweltministerium abzuführen. 3) Das Ansammeln von Überschüssen für einen längeren Zeitraum ist nur in Ausnahmefällen möglich, die gegenüber BfN zu begründen sind. 4) Die belassenen Einnahmen sind von den übrigen Haushaltsmitteln der Flächenempfänger zu trennen. Keinesfalls dürfen diese zur Zwischenfinanzierung anderweitiger Vorhaben dienen. Eventuelle Zinserträge sind ausschließlich für die konkreten Naturerbemaßnahmen/-verpflichtungen einzusetzen und in den jährlichen Berichterstattungen auszuweisen. Alternativ sind nicht verausgabte Einnahmen als Überschüsse in der Berichterstattung darzulegen und an das Bundesumweltministerium jährlich abzuführen."*

Auf die DBU Naturerbe GmbH treffen diese Regeln nicht zu. DBU Naturerbe GmbH legt BMU einen jährlichen Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses vor. Eine Abführung von Überschüssen an den Bund ist im Fall der DBU Naturerbe GmbH nicht vorgesehen. Die Finanzierung der Naturerbeflächen durch die DBU Naturerbe GmbH ist dauerhaft defizitär und wird jährlich durch die Bereitstellung von Mitteln durch die DBU ausgeglichen.



NR.	Flächenempfänger	Fläche in ha	Einnahmen in €	Ausgaben in €	Verwendungszweck von Mehreinnahmen	genehmigte Weiterüberübertragung von Flächen in ha	
						Abgang	Zugang
1	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Artenschutz eV (Agena)	11,7304	129,73	0,00	<i>Einnahme ist Rückzahlung einer Ausgabe in Folge unrechtmäßiger Forderungen (Jahr 2017)</i>		
2	DBU Naturerbe GmbH	60122,2100	8.890.669,97	17.293.574,12			
3	Berlin	5,4847	175,50	240,00			
4	Deutsche Wildtier Stiftung	3501,6660	97.372,54	258.872,44			
5	Förderverein Feldberg-Uckerländische Seenlandschaft eV	1255,2030	53.401,21	38.443,03	Flächenerwerb		
6	Förderverein Naturpark Niederlausitzer Landrücken eV	3,4892	0,00	0,00			
7	Gemeinde Eching, Stadt Garching	433,1563	39.588,57	69.182,13			
8	Heinz Sielmann Stiftung TH	54,4673	4.802,36	34.821,52		4,6498	7,0992
9	Heinz Sielmann Stiftung BB	4021,5720	253.022,47	780.781,38			
10	Horst Richard Kettner Stiftung	217,4602	10.672,82	17.415,69			
11	Kranichschutz Deutschland gGmbH	92,1573	40.909,64	15.307,97	Pflege- und Entwicklungsplan, Grabenräumung		
12	Kulturlandschaft Uckermark eV	319,5251	60.825,99	64.040,83			
13	Kulturstiftung Dessau-Wörlitz	3,9972	185,00	185,00			
14	Landesbetrieb Forst Brandenburg	1895,9127	46.195,00	52.270,00			
15	Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung eV	18,0002	44.166,15	45.277,64			
16	Landschaftsförderverein Oberes Rhinluch eV	17,3384	38,19	182,75			
17	Landschaftspflegeverband BR Thüringische Rhön eV	74,9071	6.355,96	1.344,00	Pflege- und Entwicklungsplan		
18	Landschaftspflegeverband Mecklenburger Agrarkultur eV	44,5336	173.779,35	173.402,50	Flächenerwerb Lühburger Graben		44,7895
19	Landschaftspflegeverband Rügen eV	303,1197	57.925,41	143.923,36		0,8760	0,9624
20	Landschaftspflegeverein Mittelbrandenburg eV	37,3297	2.579,27	2.399,14	Biotoppflegemaßnahmen, Verkehrssicherung		
21	Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur	858,6961	66.189,15	50.149,61	Maßnahmen Moorrenaturierung etc. (Überschuss aus 2017)	2,1000	2,6000
22	NABU Kreisverband Stendal	137,2979	862,30	2.548,44			
23	NABU Stiftung Mecklenburg-Vorpommern eV	673,3828	16.415,91	39.789,46		1,0400	3,3480
24	NABU-Stiftung Nationales Naturerbe	7876,7140	651.554,18	500.936,94	Rückbau militärischer Anlagen Iffezheim	0,1900	
25	Naturschutzverein Elsteraue Falkenberg/Elster eV	16,2597	1.694,22	2.014,15			
26	Naturstiftung David - Stiftung des BUND Thüringen	255,4776	120.538,75	103.641,06	Pflegemaßnahmen, Verkehrssicherung		
27	Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege	1130,3359	3.923,72	228.324,58			
28	Paul-Feind-Stiftung	279,0000	16.395,51	24.796,90			
29	Sachsenforst	1729,2203	77.852,00	342.711,00		7,8520	17,7224
30	Stiftung August Bier für Ökologie und Medizin	29,6606	5.568,57	5.780,52			
31	Stiftung Europäisches Naturerbe / Euronatur	60,3226	479,53	4.683,59			
32	Stiftung Hessisches Naturerbe des NABU-Landesverbandes Hessen	364,9028	48.749,46	75.970,87			
33	Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	16,0787	0,00	592,80			
34	Stiftung Naturschutz Thüringen	4040,5133	270.438,00	633.996,07			
35	Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein	874,2074	110.817,73	165.967,29			
36	Stiftung Pro Artenvielfalt	88,8352	2.279,08	2.496,44			
37	Stiftung Reepsholt f. Naturschutz u. umweltgerechte Ressourcennutzung	146,4049	19.092,89	71.923,47			
38	Stiftung Umwelt, Natur und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt	3690,8962	606.777,59	613.427,95			
39	Stiftung Umwelt und Naturschutz MV - Stiftung des Landes MV	1476,8000	293.958,40	189.819,75	Flächenerwerb, Pflegemaßnahmen u.a.	6,1252	33,1533
40	Stiftung Wälder für Morgen	1040,4937	120.114,36	246.251,00		2,4209	2,3971
41	ThüringenForst	490,7465	42.700,00	47.339,02			
42	Umweltstiftung WWF	2020,7719	159.490,21	196.744,92			
43	Vogelschutz-Komitee e.V.	506,2119	22.567,89	27.979,68			

NR.	Flächenempfänger	Fläche in ha	Einnahmen in €	Ausgaben in €	Verwendungszweck von Mehreinnahmen	genehmigte Weiterüberübertragung von Flächen in ha	
						Abgang	Zugang
1	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Artenschutz eV (Agena)	11,7304	0,00	0,00			
2	DBU Naturerbe GmbH	59.907,5416	5.204.250,45	15.522.696,52			
3	Berlin	5,4847	175,50	240,00			
4	Deutsche Wildtier Stiftung	3.496,7141	254.296,91	670.031,55			
5	Förderverein Feldberg-Uckermärkische Seenlandschaft eV	1.260,6392	56.144,18	39.651,88	Flächenerwerb		
6	Förderverein Naturpark Niederlausitzer Landrücken eV	3,4892	0,00	0,00			
7	Gemeinde Eching, Stadt Garching	433,1563	104.271,76	69.756,16	Verkehrssicherung		
8	Heinz Sielmann Stiftung TH	54,4673	4.070,48	35.175,16			
9	Heinz Sielmann Stiftung BB	4.021,5720	294.790,65	817.845,37			
10	Horst Richard Kettner Stiftung	217,4602	10.911,18	18.964,06			
11	Kranichschutz Deutschland gGmbH	92,1573	42.105,81	22.835,97	Evaluierung Wiedervernässungs-potenzial, Setzung Pegelmeßstelle		
12	Kulturlandschaft Uckermark eV	319,5400	51.405,58	46.965,02	Flächenkauf für Schildkrötenprojekt		
13	Kulturstiftung Dessau-Wörlitz	3,9972	185,00	185,00			
14	Landesbetrieb Forst Brandenburg	1.895,9127	13.297,00	40.355,00			
15	Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung eV	18,0002	27.560,10	34.112,81			
16	Landschaftsförderverein Oberes Rhinluch eV	17,3384	251,43	144,56	Anpflanzungen		
17	Landschaftspflegeverband BR Thüringische Rhön eV	74,9071	7.677,90	4.723,92	Leitbild des Pflege- und Entwicklungsplan Rhönzinshut	0,2085	
18	Landschaftspflegeverband Mecklenburger Agrarkultur eV	64,7914	32.951,76	12.610,05	Flächenerwerb Lühburger Graben		
19	Landschaftspflegeverband Rügen eV	303,1197	33.825,15	126.225,96		18,2532	18,8564
20	Landschaftspflegeverein Mittelbrandenburg eV	37,3297	4.233,62	786,42	Biotoppflegemaßnahmen, Verkehrssicherung		
21	Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur	858,6961	33.482,17	27.018,63	Arrondierung von NNE-Flächen		
22	NABU Kreisverband Stendal	140,3179	1.300,70	2.548,44		1,0058	3,324
23	Stiftung Naturerbe Mecklenburg-Vorpommern - NABU MV	707,4732	43.055,36	20.902,35	Flächenerwerb		
24	NABU-Stiftung Nationales Naturerbe	7.901,0876	617.491,04	438.331,41	Rückbau militärischer Anlagen Iffezheim	12,8723	18,9604
25	Naturschutzverein Elsteraue Falkenberg/Elster eV	16,2597	0,00	0,00			
26	Naturstiftung David - Stiftung des BUND Thüringen	255,4776	50.001,72	54.701,99			
27	Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege	1.130,3359	60.580,38	1.036.199,54			
28	Paul-Feind-Stiftung	279,0000	13.725,19	18.134,30			
29	Sachsenforst	1.729,2203	69.041,00	255.026,00		1,1051	3,6353
30	Stiftung August Bier für Ökologie und Medizin	29,6606	5.568,57	5.714,73			
31	Stiftung Europäisches Naturerbe / Euronatur	60,3226	105,00	2.538,50			
32	Stiftung Hessisches Naturerbe des NABU-Landesverbandes Hessen	364,9028	86.953,29	170.049,59			
33	Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	16,0787	0,00	611,90			
34	Stiftung Naturschutz Thüringen	4.237,1838	181.727,23	587.914,31			
35	Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein	874,2074	53.089,26	90.648,93			
36	Stiftung Pro Artenvielfalt	88,8352	2.279,08	3.195,38			
37	Stiftung Reepsholt f. Naturschutz u. umweltgerechte Ressourcennutzung	146,4049	21.853,06	23.295,08			
38	Stiftung Umwelt, Natur und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt	3.642,4091	395.692,97	168.001,54	u.a. Anpflanzungen, Verkehrssicherung, Grundlagenerhebung Beweidungskonzept, behördl. angeordnete forstsanitäre Maßnahmen		
39	Stiftung Umwelt und Naturschutz MV - Stiftung des Landes MV	1.476,4800	200.958,17	75.130,11	Flächenerwerb, Biotoppflegemaßnahmen, Besucherlenkung		
40	Stiftung Wälder für Morgen	1.040,4937	51.225,34	209.396,23			
41	ThüringenForst	490,7465	28.124,00	59.002,53			
42	Umweltstiftung WWF	2.020,7719	67.257,65	121.379,36			
43	Vogelschutz-Komitee e.V.	506,2119	23.338,26	23.486,20		0,4706	

### 1. Übersicht über die Ausgaben

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden in Baden-Württemberg auf Grundlage des DAWI-Beschlusses im Jahr 2018 Beihilfen i.H.v. insg. rd. 402,11 Mio. Euro und im Jahr 2019 i.H.v. insg. rd. 438 Mio. Euro gewährt. Hinzu kommen Bürgschaften, zu denen vereinzelt keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vorliegen (siehe im Einzelnen unten)

### 2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

#### 1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

##### *Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse*

Nach Maßgabe des § 3 des Landeskrankenhausgesetzes haben die Landkreise die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern sicherzustellen. Die Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist der Betrieb von Krankenhäusern, um der Bevölkerung der Land- und Stadtkreises eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten. Das medizinische Leistungsangebot richtet sich nach dem jeweils gültigen Krankenhausplan Baden-Württembergs. Als DAWI werden die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern gem. § 1 Abs. 1 S. 3 LKHG definiert. Sie umfassen insb. folgende Leistungen:

- Medizinische Versorgungsleistungen: Innere Medizin, Chirurgie, Nephrologie, Urologie, Orthopädie, Gynäkologie/Geburtshilfe, HNO, Neurologie, Psychotherapie, Augen, Pädiatrie, Strahlentherapie, MKG-Chirurgie, Dialyse, Schmerztherapie, Neurochirurgie, Anästhesie, Radiologie und Pathologie.
- Notfalldienste: Beteiligung am Rettungsdienst.
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen: vorstationäre Leistungen, nachstationäre Leistungen, ambulante Leistungen
- Betrieb der Kliniken gemäß den Bestimmungen des Landeskrankenhausgesetzes Baden-Württemberg und des Krankenhausfinanzierungsgesetzes unter Einbeziehung des Krankenhausplanes von Baden-Württemberg.
- Ambulante Versorgung in den jeweiligen Fachbereichen
- sozialpädiatrische Angebote
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen wie:
  - a) Ausbildung von Kranken- und Gesundheitspfleger/innen;
  - b) Betrieb einer Krankenhausapotheke;
  - c) Betrieb einer Blutbank für Patienten des betrauten Unternehmens;
  - d) Speiserversorgung für Patienten des betrauten Unternehmens.
  - e) Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige, Besucher und Patienten

--

### ***Formen der Betrauung***

Eine typische Form der Betrauung gibt es nicht. Betrauungen erfolgen z.B. mittels Verwaltungsakt, (Gesellschafter-)Vertrag, durch Gesetz, Satzung oder Beschluss des jeweiligen kommunalen Entscheidungsträgers

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Es wurden Investitionszuschüsse, die Übernahme von Bürgschaften und der Ausgleich von Jahresfehlbeträgen gewährt und Rekapitalisierungen finanziert. Zudem wurden Kassenkredite eingeräumt

### ***Ausgleichsmechanismus***

In der Regel Kostenallokationsmethode, aber auch die net-avoided-cost-Methode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses

### ***Transparenzanforderungen***

Soweit Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt werden, ist die Transparenz insbesondere über die Veröffentlichung der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Stadt-/bzw. Landkreise bzw. der Beschlüsse des jeweiligen kommunalen Entscheidungsträgers im Internet gewährleistet.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden von Ländern und Kommunen Beihilfen i.H.v. insg. rd. 197,86 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 221,5 Mio. Euro (2019) gewährt. Im Berichtszeitraum wurden zudem – insoweit liegen keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vor – Bürgschaften, Patronatserklärungen, Gewährträgerhaftung, Kassenkredite und Überlassungen von Immobilien/Geräten i.H.v. 322,17 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 421,98 Mio. Euro (2019) gewährt.

## 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

### a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bereitstellung und Betrieb von Einrichtungen zur Betreuung, Versorgung, Pflege und Unterbringung alter und pflegebedürftiger Menschen, vor allem Seniorenheime und Seniorenpflegeheime einschließlich Kurzzeitpflege und Tagespflege; Leistungen auf dem Gebiet der Altenhilfe und des Betriebes eines stationären Hospizes.

§ 1 Landespflegegesetz: wohnortnahe, leistungsfähige und wirtschaftliche pflegerische Versorgungsstruktur

Häusliche Krankenpflege nach SGB V

Unterhalt eines Palliativ- Care Teams.

Errichtung und Betrieb eines öffentlichen Begegnungszentrums

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen insbesondere mittels Verwaltungsakt, Vertrag und (kommunalen) Beschluss.

#### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

#### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse, Bürgschaften

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Es werden insbesondere jährliche Verlustausgleiche vorgenommen oder konkrete Ausgaben erstattet. Ganz überwiegend wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses, wobei ggf. eine Trennungsrechnung geführt wird.

#### ***Transparenzanforderungen***

Es wurden keine Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt.

***Höhe der gewährten Beihilfen***

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden vom Land und kommunalen Behörden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 10,17 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 1,53 Mio. Euro (2019) gewährt. Im Berichtszeitraum wurden zudem – insoweit liegen keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vor – Bürgschaften i.H.v. insg. rd. 8,8 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 8,7 Mio. Euro (2019) gewährt.

b) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Förderung zur Stabilisierung, Qualifizierung und Integration von (langzeit-) arbeitslosen Menschen; das geförderte Projekt bietet die Möglichkeit, sozialräumliches Arbeiten mit dem Ziel der Arbeitsmarktintegration einzuleiten

Qualifizierungsmaßnahmen und Projekte zur Heranführung an und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt einschließlich der Herstellung und / oder Stabilisierung der Beschäftigungsfähigkeit.

Unterstützung und Betreuung junger Menschen beim Übergang Schule – Beruf, insbesondere zur Vermeidung von Schulversagen und Schulabbruch einschließlich Schulsozialarbeit.

Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für Arbeitssuchend mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung.

***Formen der Betrauung***

Öffentlicher Auftrag

***Betrauungsdauer***

10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

## **Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

## **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Der Zuschuss unterliegt einer strengen Zweckbindung. Der Zuschussempfänger hat nach den Nebenbestimmungen des Weiterleitungsbescheids ferner einen Verwendungsnachweis über die entstandenen Kosten zu führen. Es ist jährlich ein Zwischennachweis zu erbringen. Für den Fall, dass sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für denwendungszweck ermäßigen oder sich die Deckungsmittel erhöhen oder neue Deckungsmittel hinzutreten, ermäßigt sich die Zuwendung entsprechend. Ferner ist unter bestimmten Voraussetzungen auch die Rücknahme bzw. der Widerruf der Zuwendung möglich und ist ein Erstattungsanspruch nach § 49a LVwVfG zu verzinsen.

## **Transparenzanforderungen**

Unter 15 Mio. Euro

## **Höhe der gewährten Beihilfen**

Nach den der Landesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 0,03 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 0,03 Mio. Euro (2019) gewährt

## **Sozialer Wohnungsbau**

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Die soziale Wohnraumförderung ist eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Es gehört zu den Aufgaben des Staates, die Voraussetzungen für eine verlässliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarem Wohnraum zu schaffen. In Baden-Württemberg ist diese Aufgabe im Landeswohnraumförderungsgesetz geregelt.

Die soziale Wohnraumförderung umfasst Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Haushalten, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können und daher auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Hierzu zählen Haushalte mit geringerem Einkommen. Diese sind die Zielgruppe bzw. Begünstigten der Förderung.

Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten.

Zudem kann die Dienstleistung auch der reinen Begründung von Sozialbindungen im Mietwohnungsbestand dienen. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale

Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier und altersgerechter Bauweisen.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt auf einer gesetzlichen Grundlage.

Unternehmen, die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung erhalten, werden mit einer klar definierten gemeinwohlorientierten Verpflichtung betraut. Die Bewilligungsstelle des Landes trifft die Förderentscheidung aufgrund des erforderlichen Antrags der Förderempfänger durch Verwaltungsakt.

Diese Betrauung enthält gemäß Artikel 4 f des DAWI Beschlusses auch einen Verweis auf den Beschluss selbst.

Die Förderentscheidung konkretisiert insbesondere den Förderzweck, die Höhe und Einsatzart der Zuwendungen, im Falle der Darlehensgewährung die Rückzahlungsmodalitäten sowie Art und Dauer der vom Förderempfänger einzuhaltenden/zu erbringenden Gegenleistungen. Auf den sozialen Wohnungsbau – die soziale Wohnraumförderung – werden die hier dargestellten spezifischen Sonderregeln bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse angewandt, die sich von denen anderer Sektoren, etwa im Krankenhauswesen, unterscheiden.

### ***Betrauungsdauer***

In der sozialen Mietwohnraumförderung beträgt die Betrauungsdauer wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer 10 bis 25 Jahre.

Im Freistellungsbeschluss (Erwägungsgrund 12) wird der soziale Wohnungsbau explizit als Beispiel genannt, wann eine Anwendung des Beschlusses aufgrund der hohen Investitionssumme nicht auf höchstens zehn Jahre beschränkt werden muss.

Gerade der Anteil der Betrauungen mit einer Dauer von deutlich mehr als 10 Jahren ist verhältnismäßig hoch.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Die soziale Wohnraumförderung ist nicht unternehmensbezogen, sondern objektbezogen angelegt. Die Förderung wird regelmäßig in Form zinsvergünstigter Darlehen sowie Zuschüssen gewährt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird in der Regel die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren.



☐ Kostenallokationsmethode

☒ Net-avoided-cost-Methode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

In den veröffentlichten Förderprogrammen und dem Landesgesetz sind die Vorgaben sowohl zu den (oben beschriebenen) Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen.

In regelmäßigen Zeitabschnitten (jeweils nach Ablauf von drei Jahren) wird die Ausgleichszahlung anhand der Angaben des Förderempfängers zur Vermeidung einer nachträglich eintretenden Überkompensation durch die Bewilligungsstelle überprüft. Überkompensatorische Anteile sind zurückzuzahlen.

Zu den (typischen) Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmieter\*innen wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können. Hierzu zählen u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen. Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel.

Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

### ***Transparenzanforderungen***

Förderungen liegen unter 15 Mio. Euro

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden vom Land Beihilfen i.H.v. 125,82 Mio. Euro (2018) und 151,1 Mio. Euro (2019) und von kommunaler Seite 2,05 Mio. Euro (2018) bzw. 4,13 Mio. Euro (2019) gewährt. Die gewährten Beihilfen des Landes werden über die Meldung des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) nachgereicht.

### **Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen**

#### ***Formen der Betreuung***

**Betrauungsdauer**

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

**Beihilfeinstrumente**

**Ausgleichsmechanismus**

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

**Transparenzanforderungen**

.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

...

**Formen der Betrauung**

...

**Betrauungsdauer**

...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

...

**Beihilfeinstrumente**

...

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

...

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

***Betrauungsdauer***

...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

***Beihilfeinstrumente***

...

***Ausgleichsmechanismus***

...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

...

***Transparenzanforderungen***

...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

...

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

- i) Postdienstleistungen

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

**Betrauungsdauer**

...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

...

**Beihilfeinstrumente**

...

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

...

ii) Energie

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Sicherstellung der Energieversorgung durch erneuerbare Energiequellen

Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung eines Optimums an Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbaren Energien im Bereich Bauen und Sanierung und der Reduzierung von Treibhausgasen

**Formen der Betrauung**

Soweit der Landesregierung von den Behörden Informationen zur Verfügung gestellt wurden, erfolgen die Betrauungen mittels Verwaltungsakt, (Gesellschafter-)Vertrag oder (kommunalen) Beschluss.

**Betrauungsdauer**

10 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

Keine

**Beihilfeinstrumente**

Zuschüsse und Bürgschaft

**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode und Net-avoided-cost-Methode

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

**Transparenzanforderungen**

Entfällt, da Artikel 7 des DAWI-Beschlusses nur gilt, wenn der Ausgleich für ein und dieselbe DAWI über 15 Mio. Euro hinausgeht, was bei sonstigen Ausgleichsleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) nicht in Betracht kommt.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden auf Landes- und/oder kommunaler Ebene Beihilfen i.H.v. insg. rd. 0,46 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 0,47 Mio. Euro (2019) gewährt

iii) Müllabfuhr

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Gewährleistung der Abfallwirtschaft;

Verwertung und Beseitigung von Abfällen gemäß § 20 Abs. 1 und 3 und § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz

**Formen der Betrauung**

Öffentlich-rechtlicher Vertrag (Kooperationsvertrag)...

**Betrauungsdauer**

10 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

keine

**Beihilfeinstrumente**

Garantien in Form von Bürgschaften

**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Wirtschaftsplan, Investitionsplan

Kalkulation der Gebühren/Kosten

Nachweis durch geprüften Jahresabschluss; bei Überkompensation erfolgt

Rückforderung

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 177.100 €; 2019: 222.628 €

Hier handelt es sich um den zinswerten Vorteil durch die Übernahme von Bürgschaften für Investitionen.

iv) Wasserversorgung

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

...

**Formen der Betrauung**

...

**Betrauungsdauer**

...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

...

**Beihilfeinstrumente**

...

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

**Transparenzanforderungen**

...

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

...

#### v) Kultur

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bereitstellung und Betrieb von kulturellen und der sportlichen Betätigung dienenden öffentlichen Einrichtungen. Planung, Unterstützung und Ausrichtung kultureller Veranstaltungen

Pflege historischer Gartenanlage

### ***Formen der Betrauung***

Kommunaler Beschluss

Verwaltungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode und die Net-avoided cost-Methode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Höhe des Ausgleichs bemisst sich auf Basis des vom Aufsichtsrat verabschiedeten Wirtschaftsplans und Nachweis im Rahmen der Aufstellung und der Prüfung des Jahresabschlusses

### ***Transparenzanforderungen***

Keine Beihilfen über 15 Mio.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 9,69 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 8,93 Mio. Euro (2017) gewährt.

vi) Finanzdienstleistungen

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

***Betrauungsdauer***

...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

***Beihilfeinstrumente***

...

***Ausgleichsmechanismus***

...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

...

***Transparenzanforderungen***

...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

...

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Wirtschaftsförderung (u.a. Standortmarketing; Marktforschung; Beratung und Betreuung von Unternehmen; Errichtung und Betrieb von Gewerbe-, Technologie-, Gründer- und Wissenschaftszentren; unterstützende Maßnahmen für die Innenstadtentwicklung, insbesondere des Einzelhandels; Tätigkeiten zugunsten von Existenzgründern; Durchführung von Ausstellungen, Tagungen und Messen sowie Errichtung und Betrieb der hierfür geeigneten Gebäude und Freiflächen;).



- Tourismusförderung (u.a. Marketing; Marktforschung; Betrieb von touristischen Einrichtungen; Durchführung touristischer Aktivitäten, von Veranstaltungen, Tagungen und Kongressen; Kulturangebote, Angebot und Vermittlung touristischer Dienstleistungen; Betrieb von Kureinrichtungen).
- Parkraumbewirtschaftung (u.a. Bereitstellung und Betrieb von nicht kostendeckenden Parkraumeinrichtungen, wie Parkplätzen, Parkhäusern und Tiefgargen).
- Errichtung und Betrieb von Verkehrsinfrastrukturen (Fahrradmietsystem, Park & Ride-Anlagen, Parkgaragen).
- Messen und Kongresse (Durchführung von Messen, Stadt- und Volksfesten, Veranstaltungsorganisation, Bereitstellung und Vermietung von Räumlichkeiten).
- Bereitstellung und Betrieb von Versammlungs- und Veranstaltungsräumen.
- Gewerbegebietsförderung (Planung, Erwerb, Erschließung, Unterhaltung und Vermarktung).
- Unterstützungsleistungen für Startup-Unternehmen im Bereich Biotechnologie.
- Errichtung einer Kooperationsplattform für Unternehmen, Hochschulen und andere Institutionen für Projekte, Forschung sowie Aus- und Weiterbildung im Bereich Logistik und Mobilität (Zurverfügungstellung von Immobilien, Mittel für Forschungsprojekte).
- Sportförderung (u.a. Förderung des Breiten- und Leistungssports, Bereitstellung von Sportstätten und Stadien, Sportvermarktung, Betrieb eines Sportinternats, Entwicklung von Projekten, die dazu beitragen, Strukturen für die Nutzung der „Neuen Medien“ zu schaffen und deren Anwendung zu etablieren).
- Schwimmbäder (z.B. Betrieb von Hallen-, Erlebnis- und Freibädern zu sozialverträglichen Tarifen; Bereitstellung von räumlichen Kapazitäten für Schul- und Vereinssportschwimmen).
- Betrieb von Volkshochschulen.
- Jugendherbergen (Investitionsförderung).
- Erziehung und Unterricht (Herstellung der Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen, die keinen Berufsabschluss besitzen und arbeitslos sind).

- Weiterbildung nach Beendigung einer ersten Bildungsphase in Schule, Berufsausbildung oder Hochschule.
- Stadtsanierung und Stadterneuerung
- Betrieb von Festhallen, Kultur- und Freizeitparks (z.B. für Konzerte, Karnevalsveranstaltungen, Ausstellungen, Shows, Tagungen, Märkte und Messen).
- Naturschutz- und Landschaftspflege.
- Klimaschutz (u.a. Bereitstellung von Informationen, Entwicklung von Bildungsangeboten, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit).
- Breitbandausbau.
- Verbraucherschutz
- Ernährungs- und Aufklärungsberatung
- Klärschlammverwertung

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt typischerweise mittels Verwaltungsakt, Vertrag, Satzung oder (kommunalen) Beschluss.

### ***Betrauungsdauer***

i.d.R. 10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Es werden insbesondere Zuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Kapitaleinlagen, Mitgliedsbeiträge, Patronatserklärungen sowie Überlassungen von Personal und Räumen verwendet.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Einen typischen Ausgleichsmechanismus gibt es nicht. Häufig wird ein (jährlicher) Verlustausgleich auf Grundlage einer Trennungsrechnung vorgenommen oder es werden konkrete Ausgaben erstattet. Ganz überwiegend wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt, da Artikel 7 des DAWI-Beschlusses nur gilt, wenn der Ausgleich für ein und dieselbe DAWI über 15 Mio. Euro hinausgeht, was bei sonstigen Ausgleichsleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) nicht in Betracht kommt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene Beihilfen i.H.v. insg. rd. 55,85 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 50,09 Mio. Euro (2017) gewährt.

## **3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

## **4. Beschwerden Dritter**

keine

## **5. Sonstige Fragen**

keine

Der DAWI-Beschluss in dem Land Baden-Württemberg		Gesamtbetrag für das Land Baden-Württemberg in Mio.	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	€ 197,86	€ 221,50
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	€ 10,17	€ 1,53
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	€ 0,03	€ 0,03
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau	€ 127,87	€ 155,23
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen		
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen		
	Energie	€ 0,46	€ 0,47
	Müllabfuhr	€ 0,18	€ 0,22
	Wasserversorgung		
	Kultur	€ 9,69	€ 8,93
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige	€ 55,85	€ 50,09

Der DAWI-Rahmen in dem Land Baden- Württemberg	Gesamtbetrag für das Land Baden-Württemberg	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige		

**Muster des Landkreistags Baden-Württemberg für**

**Öffentlicher Auftrag  
(Betrauungsakt)**

**des Landkreises .....**

auf der Grundlage

des

**BESCHLUSSES DER KOMMISSION**

vom 20. Dezember 2011

über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind

(bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2011) 9380)

(2012/21/EU, ABl. EU Nr. L 7/3 vom 11. Januar 2012)

- Freistellungsbeschluss -,

der

**MITTEILUNG DER KOMMISSION**

vom 11. Januar 2012

über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (2012/C 8/02, ABl. EU Nr. C 8/4 vom 11. Januar 2012),

der

**MITTEILUNG DER KOMMISSION**

vom 11. Januar 2012

Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011) (2012/C 8/03, ABl. EU Nr. C 8/15 vom 11. Januar 2012)

und der  
RICHTLINIE 2006/111/EG DER KOMMISSION  
vom 16. November 2006

über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und  
den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter  
Unternehmen  
(ABl. EU Nr. L 318/17 vom 17. November 2006)

**§ 1**

**Sicherstellungsauftrag**

(1) Nach § 1 Landespflegegesetz soll der Bevölkerung eine möglichst wohnortnahe leistungsfähige und wirtschaftliche pflegerische Versorgungsstruktur zu sozial tragbaren Pflegesätzen gewährleistet werden. Die Stadt- und Landkreise sind verpflichtet, die notwendige Grundversorgung sicherzustellen (Sicherstellungsauftrag). Hierbei handelt es sich um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

(2) Der Landespflegeplan Baden-Württemberg, der nach § 3 Abs. 2 Landespflegegesetz Grundsätze und Ziele für die notwendige, leistungsfähige und wirtschaftliche Grundversorgung der Bevölkerung umfasst und den Rahmen für die Kreispflegepläne bildet, weist für den Landkreis folgende Bandbreiten für den Bedarf an stationären Pflegeplätzen aus:

untere Bandbreite      obere Bandbreite

- Dauerpflege	...	...
- Kurzzeitpflege	...	...
- Tagespflege/Nachtpflege	...	...

(3) Nach den Festlegungen des Kreispflegeplans deckt ..... (Name der Einrichtung) den Bedarf an vollstationären Pflegeplätzen in Höhe von ....., [..... (Name der Einrichtung) den Bedarf an reinen Kurzzeitpflegeplätzen in Höhe von ..... und ..... (Name der Einrichtung) den Bedarf an Tages-/Nachtpflegeplätzen in Höhe von .....]

Die Aufnahme in den Kreispflegeplan hat der Kreistag mit Beschluss vom /mit den Beschlüssen vom ..... festgestellt.

(4) ..... (Name des Trägers) hat mit den Landesverbänden der Pflegekassen im Einvernehmen mit den zuständigen Trägern der Sozialhilfe für .....(Name der Einrichtung) mit Datum vom .... einen unbefristeten Versorgungsvertrag über .... vollstationäre Pflegeplätze abgeschlossen.

oder

..... (Name des Einrichtungsträgers) hat mit den Landesverbänden der Pflegekassen im Einvernehmen mit den zuständigen Trägern der Sozialhilfe folgende unbefristete Versorgungsverträge über eine stationäre Versorgung abgeschlossen:

- mit Datum vom .... über ....vollstationäre Pflegeplätze (einschließlich .... eingestreute Kurzzeitpflegeplätze) in der Einrichtung .....
- mit Datum vom .... über ....Kurzzeitpflegeplätze in der Einrichtung .....
- mit Datum vom .... über ....Plätze Tagespflege/Nachtpflege in der Einrichtung .....

Außerdem hat ..... (Name des Einrichtungsträgers) mit den gesetzlichen Pflegekassen mit Datum vom ..... einen Versorgungsvertrag über die Erbringung ambulanter Pflegeleistungen nach SGB XI abgeschlossen und ist zur Erbringung häuslicher Krankenpflege nach SGB V berechtigt.

## **§ 2**

### **Beauftragtes Unternehmen, Art der Dienstleistungen** (zu Art. 4 der Freistellungsentscheidung)

(1) Der Landkreis .....(Name) beauftragt ..... (Name des Trägers der Pflegeeinrichtung/en) als Träger von .....(Name der Einrichtung) [als Träger der folgenden Pflegeeinrichtungen: .....(Namen der Einrichtungen)] mit der Erbringung nachstehender Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse:

#### **1. Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung**

- Stationäre Pflegeleistungen

in der Dauerpflege sowie in der Kurzzeitpflege



bestehend aus den erforderlichen Pflegeleistungen, einschließlich Leistungen der sozialen Betreuung und der medizinischen Behandlungspflege sowie Unterkunft und Verpflegung

- teilstationäre Pflegeleistungen in Form der Tagespflege [Nachtpflege]

bestehend aus den erforderlichen Pflegeleistungen, einschließlich Leistungen der sozialen Betreuung und der medizinischen Behandlungspflege sowie Unterkunft und Verpflegung

- ambulante Pflegeleistungen nach SGB XI und häusliche Krankenpflege nach SGB V im Gebiet des Landkreises

2. Unmittelbar mit dieser Tätigkeit verbundene Nebenleistungen:

- Taschengeldverwaltung für die Bewohner der Einrichtung/en
- Erbringung von Zusatzleistungen in der stationären Pflege nach § 88 SGB XI, insbesondere im Bereich der Unterkunft und Verpflegung, soweit die Erbringung der Zusatzleistung nicht als steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb zu werten ist

(2) Daneben erbringt die Pflegeeinrichtung noch folgende Dienstleistungen, die nicht zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zählen:

- .....
- .....
- .....

*(Aufzählung der steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe)*

(3) Die Beauftragung nach § 2 Abs. 1 ist befristet auf den.....

### § 3

#### **Berechnung und Änderung der Ausgleichsleistungen**

(Zu Art. 5 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Soweit für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem und wirtschaftlichem Interesse nach § 2 Abs. 1 erforderlich, gewährt der Landkreis der Pflegeeinrichtung Ausgleichsleistungen, insbesondere durch den Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, die Gewährung von Investitionszuschüssen, sofern die Maßnahme nicht durch den Bund oder das Land Baden-Württemberg vollständig gefördert werden, durch die Einräumung von Kassenkrediten im Rahmen eines Cashpools sowie die Übernahme von Bürgschaften.\* Aus diesem Betrauungsakt folgt kein Rechtsanspruch des Pflegeheimes auf die Gewährung der Ausgleichsleistung.

\* Die nach dem Wort „insbesondere“ aufgelisteten Arten von Ausgleichsleistungen sind lediglich beispielhaft zu verstehen. In dem konkreten Betrauungsakt sollten nur solche Arten von Ausgleichsleistungen aufgeführt werden, die der Landkreis auf absehbare Zeit zu gewähren bereit ist. Dies ist auch im Hinblick auf Satz 2 des folgenden Absatzes zu berücksichtigen.

(2) Die Höhe des maximal vom Landkreis auszugleichenden Jahresfehlbetrages ergibt sich aus dem nach den gesetzlichen Regelungen und den dort vorgesehenen Parametern erstellten und beschlossenen Jahres-Wirtschaftsplan der Pflegeeinrichtung. Die Höhe der in dem jeweiligen Wirtschaftsjahr höchstens notwendigen Kreditaufnahme und die Höhe der maximal zu übernehmenden Bürgschaften sowie andere Ausgleichsleistungen ergeben sich ebenfalls aus dem Jahres-Wirtschaftsplan der Pflegeeinrichtung.

(3) Führt die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach § 2 Abs. 1 aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse zu einem höheren Fehlbetrag, kann auch dieser ausgeglichen werden.

(4) Die Ausgleichsleistung geht nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Nettokosten unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns abzudecken. Für die Ermittlung der Nettokosten, der zu berücksichtigenden Einnahmen und des angemessenen Gewinns gelten Art. 5 Abs. 2 bis 8 des Freistellungsbeschlusses.

(5) Soweit die Pflegeeinrichtung sonstige Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 2 ausübt, die keine Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse darstellen, die von diesem Betrauungsakt umfasst werden, muss die Pflegeeinrichtung in ihrer Buchführung die Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Erbringung der einzelnen Dienstleistungen von allgemei-

nem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 2 Abs. ergeben, getrennt von allen anderen sonstigen Tätigkeiten ausweisen.

Die Pflegeeinrichtung erstellt hierfür eine Trennungsrechnung aus der Erfolgsplanung für das Planjahr und der testierten Gewinn- und Verlustrechnung für das abgeschlossene Geschäftsjahr. In dieser Trennungsrechnung sind die den einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zuzurechnenden Aufwendungen und Erträge jeweils gesondert auszuweisen. Art. 5 Abs. 9 des Freistellungsbeschlusses ist zu berücksichtigen. Die Pflegeeinrichtung wird die Trennungsrechnung dem Landkreis zur vertraulichen Kenntnisnahme übermitteln.

#### **§ 4**

#### **Kontrolle hinsichtlich einer möglichen Überkompensation**

(Zu Art. 6 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses für die Gewährung von Ausgleichsleistungen während des gesamten Zeitraums der Betrauung des Pflegeheimes erfüllt werden und insbesondere durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 2 Abs. 1 entsteht, führt das Pflegeheim den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht durch den jährlichen Jahresabschluss. Im Hinblick auf einen Investitionszuschuss kontrolliert der Landkreis ergänzend die Schlussrechnung über die Maßnahmen. Im Hinblick auf die übernommenen Bürgschaften stellt der Landkreis zusätzlich jährlich eine Übersicht über die übernommenen Bürgschaften auf.

(2) Der Landkreis fordert das Pflegeheim zur Rückzahlung der Überkompensation auf.

(3) Übersteigt die Überkompensation den jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, kann das Pflegeheim diese auf das nächste Kalenderjahr übertragen und von der für dieses Kalenderjahr zu zahlenden Ausgleichsleistung abziehen.

**§ 5**

**Vorhalten von Unterlagen**

(Zu Art. 8 des Freistellungsbeschlusses)

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren und verfügbar zu halten.

(Hinweis auf Gremienentscheidung)

(Ort, Datum)

(Unterschrift der Landrätin / des Landrats)

**Muster des Landkreistags Baden-Württemberg für**

**Öffentlicher Auftrag  
(Betrauungsakt)**

**des Landkreises .....**

auf der Grundlage

des

BESCHLUSSES DER KOMMISSION

vom 20. Dezember 2011

über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind

(bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2011) 9380)

(2012/21/EU, ABl. EU Nr. L 7/3 vom 11. Januar 2012)

- Freistellungsbeschluss -,

der

MITTEILUNG DER KOMMISSION

vom 11. Januar 2012

über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (2012/C 8/02, ABl. EU Nr. C 8/4 vom 11. Januar 2012),

der

MITTEILUNG DER KOMMISSION

vom 11. Januar 2012

Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011) (2012/C 8/03, ABl. EU Nr. C 8/15 vom 11. Januar 2012)

und der  
RICHTLINIE 2006/111/EG DER KOMMISSION  
vom 16. November 2006  
über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und  
den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter  
Unternehmen  
(ABl. EU Nr. L 318/17 vom 17. November 2006)

**§ 1**

**Sicherstellungsauftrag, Feststellungsbescheid**

(1) Nach Maßgabe des § 3 des Landeskrankenhausgesetzes haben die Landkreise die bedarfsge-  
rechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern sicherzustellen. Da-  
bei handelt es sich um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

(2) Die Aufnahme in den Krankenhausplan, seine Einzelfeststellungen sowie Änderungen sind  
durch die Feststellungsbescheide des Regierungspräsidiums .....  
vom ....., ..... und ..... festgestellt.

**§ 2**

**Beauftragtes Unternehmen, Art der Dienstleistungen, Befristung**

(Zu Art. 4 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Der Landkreis ..... (Landkreis) beauftragt das Krankenhaus  
..... (Krankenhaus) mit der Erbringung nachstehender  
Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Gebiet des Landkreises.

**1. Medizinische Versorgungsleistungen:**

- a) .....
- b) .....

- c) .....
- d).....
- e) .....
- f) .....
- g) .....
- h) .....

2. Notfalldienste:

.....  
.....

3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen:

.....  
.....

(2) Daneben erbringt das Krankenhaus folgende Dienstleistungen, die nicht zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zählen:

- 1. ....
- 2. ....

(3) Die Beauftragung nach § 2 Abs. 1 ist befristet auf den .....

### § 3

#### **Berechnung und Änderung der Ausgleichsleistungen**

(Zu Art. 5 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Soweit für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach § 2 Abs. 1 erforderlich, gewährt der Landkreis dem Krankenhaus Ausgleichsleistungen, insbesondere durch den Ausgleich eines Jahresfehlbetrags, die Gewährung von Investitionszuschüssen, sofern die Maßnahmen nicht durch den Bund oder das Land Baden-Württemberg gefördert werden, durch die Einräumung von Kassenkrediten im Rahmen eines Cash-Pools sowie die Übernahme von Bürgschaften\*. Aus diesem Betrauungsakt folgt kein Rechtsanspruch des Krankenhauses auf die Gewährung der Ausgleichsleistung.

\* Die nach dem Wort „insbesondere“ aufgelisteten Arten von Ausgleichsleistungen sind lediglich beispielhaft zu verstehen. In dem konkreten Betrauungsakt sollten nur solche

Arten von Ausgleichsleistungen aufgeführt werden, die der Landkreis auf absehbare Zeit zu gewähren bereit ist. Dies ist auch im Hinblick auf Satz 2 des folgenden Absatzes zu berücksichtigen.

(2) Die Höhe des maximal vom Landkreis auszugleichenden Jahresfehlbetrags ergibt sich aus dem nach den gesetzlichen Regelungen und den dort vorgesehenen Parametern erstellten und beschlossenen Jahres-Wirtschaftsplan des Krankenhauses. Die Höhe der in dem jeweiligen Wirtschaftsjahr höchstens notwendigen Kreditaufnahme und die Höhe der maximal zu übernehmenden Bürgschaften sowie anderer Ausgleichsleistungen ergeben sich ebenfalls aus dem Jahres-Wirtschaftsplan des Krankenhauses.

(3) Führt die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach § 2 Abs. 1 aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse zu einem höheren Fehlbetrag, kann auch dieser ausgeglichen werden.

(4) Die Ausgleichsleistung geht nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Nettokosten unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns abzudecken. Für die Ermittlung der Nettokosten, der zu berücksichtigenden Einnahmen und des angemessenen Gewinns gelten Art. 5 Abs. 2 bis 8 des Freistellungsbeschlusses.

(5) Soweit das Krankenhaus sonstige Tätigkeiten im Sinne von § 2 Abs. 2 ausübt, die keine Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse darstellen, die von diesem Betrauungsakt umfasst werden, muss das Krankenhaus in seiner Buchführung die Kosten und Einnahmen, die sich aus der Erbringung der einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 2 Abs. 1 ergeben, getrennt von allen anderen sonstigen Tätigkeiten ausweisen. Das Krankenhaus erstellt hierfür eine Trennungsrechnung aus der Erfolgsplanung für das Planjahr und der testierten Gewinn- und Verlustrechnung für das abgeschlossene Geschäftsjahr. In dieser Trennungsrechnung sind die den einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zuzurechnenden Aufwendungen und Erträge jeweils gesondert auszuweisen. Art. 5 Abs. 9 des Freistellungsbeschlusses ist zu berücksichtigen. Das Krankenhaus wird die Trennungsrechnung dem Landkreis zur vertraulichen Kenntnisnahme übermitteln.



## **§ 4**

### **Kontrolle hinsichtlich einer möglichen Überkompensation**

(Zu Art. 6 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses für die Gewährung von Ausgleichsleistungen während des gesamten Zeitraums der Betrauung des Krankenhauses erfüllt werden und insbesondere durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 2 Abs. 1 entsteht, führt das Krankenhaus den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht durch den jährlichen Jahresabschluss. Im Hinblick auf einen Investitionszuschuss kontrolliert der Landkreis ergänzend die Schlussrechnung über die Maßnahmen. Im Hinblick auf übernommene Bürgschaften stellt der Landkreis zusätzlich jährlich eine Übersicht über die übernommenen Bürgschaften auf.

(2) Der Landkreis fordert das Krankenhaus zur Rückzahlung der Überkompensation auf.

(3) Übersteigt die Überkompensation den jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, kann das Krankenhaus diese auf das nächste Kalenderjahr übertragen und von der für dieses Kalenderjahr zu zahlenden Ausgleichsleistung abziehen.

## **§ 5**

### **Vorhalten von Unterlagen**

(Zu Art. 8 des Freistellungsbeschlusses)

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren und verfügbar zu halten.

(Hinweis auf Gremienentscheidung)

(Ort, Datum)

(Unterschrift der Landrätin / des Landrats)

## **Freistaat Bayern**

*Der Bericht enthält keine vertraulichen Angaben.*

### **I. Übersicht über die Ausgaben**

Nach den von den bayerischen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden auf Grundlage des DAWI-Beschlusses im Jahr 2018 Beihilfen in Höhe von insg. rund 870 Mio. Euro und im Jahr 2019 in Höhe von insg. rund 827 Mio. Euro in Form von Zuschüssen, Bürgschaften, Kapitaleinlagen, grundstückbezogenen Vergünstigungen und Darlehen gewährt. Vereinzelt wurden insbesondere die Überlassung von Grundstücken gemeldet, deren Wert nicht beziffert werden konnte.

Es gab seit seiner Einführung keine Anmeldungen – und damit keine Ausgaben - auf Grundlage des DAWI-Rahmens in Bayern.

### **II. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012**

#### 1. Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

##### a. Förderungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Es erfolgten Betrauungen in den folgenden Bereichen:

- Medizinische Versorgungsleistungen im Bereich von stationären so wie auch teil-, vor- und nachstationären und ambulanten Krankenhausbehandlungen mit allen zugehörigen Einzelleistungen,
- Notfalldienste,
- unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen (z.B. Unterkunft und Verpflegung, Labor, Radiologie, Physiotherapie, Gebäudereinigung, technischer Dienst, Verwaltung, aber auch Aus-, Fort- und Weiterbildung in Krankenhausberufen, Betriebsfeuerwehr, Zurverfügungstellung von Wohn- und Parkraum für Mitarbeiter, Zurverfügungstellung von Mitarbeiteressen, Betrieb von Kantinen, Krankenhausküchen, Zentralapotheken, Cafeterien und Kiosken, Immobilienverwaltung, Betrieb von Kinderkrippen, medizinische Gutachtenerstellung),
- Altenhilfe in Form von Tages- und Nachtpflege,
- Vorhalteleistungen für Katastrophenschutz und Infektionsschutzmaßnahmen
- Sicherstellung der Hebammen- und Geburtshilfe sowie Wochenbettbetreuung.

### **Formen der Betrauung**

Die Betrauungen erfolgen weit überwiegend mittels Betrauungsakt, aber auch z.B. mittels Beschluss der durch Weisung (des jeweiligen kommunalen Entscheidungsträgers) gebundenen Gesellschafter (oder Verwaltungsakt).

### **Betrauungsdauer**

Die Betrauungsdauer reicht von 1 Jahr bis zu - in den meisten Fällen - 10 Jahren, teilweise gibt es aber auch (erheblich) länger dauernde Betrauungen zwischen 20 und 32 Jahren aufgrund hoher Investitionen und langfristiger Abschreibungen oder die Anlehnung an die Laufzeiten von Darlehen, eine Betrauung erfolgte unbefristet.

### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

Nicht einschlägig

### **Beihilfeinstrumente**

Häufig werden Zuschüsse (in Form von Investitions-, Tilgungs-, Betriebskosten-, Zins-, Liquiditäts- und Baukostenzuschüssen, Übernahme von Vorfinanzierungszinsen) gewährt und Jahresfehlbeträge ausgeglichen (Defizitausgleich, Verlustausgleich). Außerdem kommen zur Anwendung:

- Unentgeltliche Überlassung von Grundstücken/Gebäuden
- Übernahme von Bürgschaften
- Anteilige Erstattungen von Pensionslasten
- Investitionszuweisungen
- Gewährung von zinsverbilligten/zinslosen Darlehen
- Erstattung von Zins-/Tilgungsleistungen
- Schuldendienstübernahmen
- Harte Patronatserklärung
- Kapitaleinlagen
- Führung der Girokonten des Krankenhauses im Zinskompensationsverbund der Kommune ohne Belastung der Zinsen seitens der Kommune gegenüber dem Krankenhaus („Cash-Pooling“)

### **Ausgleichsmechanismus**

Ein Ausgleich erfolgt insbesondere auf der Grundlage des jeweiligen (Jahres-) Wirtschaftsplans.

Außerdem werden folgende Ausgleichsmechanismen angewandt:

- Investitionskostenzuschüsse entsprechend Kostenanfall
- Verlustausgleich entsprechend Leistungsnachweis
- Ausgleich der Nettokosten oder aus der Finanzbuchhaltung ableitbaren Einzelkosten
- Ermittlung der Gemeinkosten auf Basis sachgerechter Schlüssel (z.B. Flächen, Vollzeitkräfte, innerbetriebliche Leistungszahlen, Gebührenkataloge, Umsatzerlöse) bzw. wirklichkeitsnaher Schätzungen
- Zuweisungen zu den Eigenmitteln / Bauunterhalt

Es wird ganz überwiegend die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt; auch die Net-avoided-cost-Methode kommt in Einzelfällen zur Anwendung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Prüfung (durch Kommune, Wirtschaftsprüfer, Prüfungsverband) und über Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch

- Vorlage einer Trennungsrechnung mit Prüfung
- Abschluss eines Nutzungsvertrags für Grundstücke/Gebäude
- Schlussrechnung über Maßnahme

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<b>2018</b>		<b>2019</b>
<b>152.976.829,18 Euro</b>		<b>245.647.675,29 Euro</b>
	2018	2019
Zuschüsse in vielen Formen, z.B. (Investitions-)Zuschuss, Verlustausgleich/Ausgleich von Jahresfehlbeträgen, Erstattungen, Zinszuschuss	143.2992.259,29 Euro	221.752.392,42 Euro

und –erstattung.		
Überlassung Grundstück / Immobilie/ Personal	256.280,68 Euro 1 x unbeziffert	216.308,68 Euro 1 x unbeziffert
Bürgschaften	649.125 Euro  (Nur in drei Fällen wurden Informationen zum Beihilfepreis übermittelt. Insgesamt wurden Bürgschaften in Höhe von <b>227.968.296,31 Euro</b> gewährt.)	591.647 Euro  (Nur in drei Fällen wurden Informationen zum Beihilfepreis übermittelt. Insgesamt wurden Bürgschaften in Höhe von <b>463.428.280,00 Euro</b> gewährt.)
(Liquiditäts)Darlehen	7.872.592 Euro	15.735.118 Euro
Abgabe einer harten Patronatserklärung	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro
Kapitaleinlage	91.306 Euro	7.002.780 Euro

b. Förderungen des Freistaats Bayern im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrauungen mit DAWI erfolgten in folgenden Bereichen:

- Telemedizinische Projekte
- Giftinformationszentrale München / Giftnotruf

***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte durch Zuwendungsbescheid oder Bewilligung.

***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 1 und 3 Jahren.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Es wurden Zuschüsse und Zuweisungen verwendet.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Zuwendungsbescheide einschließlich Auflagen, Bedingungen und Hinweisen legen den Ausgleichsmechanismus sowie die Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen insbesondere auf der Grundlage des Finanzierungsplans fest. Bestandteil der Zuwendungsbescheide sind insbesondere Regelungen zu Finanzierungsart, Fördersatz, Ausgaben- und Finanzierungsplan, Personalausgaben, Anwendung der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P), Prüfungsrechten, Auszahlung und Verwendungsnachweis. Bestandteil der Bewilligungen sind insbesondere Regelungen zu Ausgaben- und Finanzierungsplan, Personalausgaben, Prüfungsrechten, Zuweisung und Kostennachweisen.

Es wurde die Kostenallokationsmethode angewendet.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Zuwendungsbescheide enthalten Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen, insbesondere Regelungen bei Verstoß gegen Nebenbestimmungen, zur Prüfung von Auszahlungsanträgen sowie zur Rückforderung. Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung (Verwendungsnachweis) durch eine Verwendungsbestätigung ist außerdem zwingend vorgeschrieben. Dadurch wird sichergestellt, dass die zweckentsprechende Verwendung geprüft werden kann (Verwendungsnachweisprüfung).

Die Bewilligungen enthalten Regelungen zum Nachweis des Mittelverbrauchs und zu den Konsequenzen bei Nichtverbrauch in einem bestimmten Zeitrahmen sowie Auflagen zum Nachweis der erbrachten Projektleistungen.

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt.

### **Höhe der Beihilfe**

2018	2019
1.189.401 Euro	110.500 Euro

## 2. Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

### a. Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

#### aa. Förderungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Es erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Versorgungsleistungen im Bereich der Pflege, wie die stationäre und teilstationäre Pflege, aber auch Kurzzeit- und Tagespflege von Seniorinnen und Senioren, Dauerpflege für Menschen mit unheilbarer, fortschreitender Erkrankung mit allen dazugehörigen Einzelleistungen zur Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebensendes (Hospiz), Bereitstellung und Betrieb von Senioren- und Pflegeheimen,
- unmittelbar verbundene notwendigen Nebenleistungen, u.a. die psychologische Betreuung, die Verpflegung, die Bereitstellung von Gästegarten, Besinnungs- und Gebetsraum sowie der Zimmerreinigung, Wäschereinigung, Vermietung von Wohnraum für Betriebsangehörige,
- Leistungen auf dem Gebiet der Altenhilfe, wie ambulante Pflege, Hausgemeinschaften, Wohnpflegegemeinschaften, Schwerstpflegewohnbereich der 4. Generation,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für den Betrieb der Seniorenheime notwendigen Berufe.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Betrauungsakt, in Einzelfällen mit Verwaltungsakt oder Vertrag.



### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer in der Regel 10 Jahre; in wenigen Fällen zwischen 1 und 5 Jahren. In einem Fall beträgt die Betrauungsdauer aufgrund der Refinanzierung der notwendigen Investitionen 30 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig

### ***Beihilfeinstrumente***

Häufig erfolgt der Ausgleich durch Übernahme der Jahresfehlbeträge oder Zuschüsse (in Form von Investitions- und Tilgungszuschüssen). Außerdem kommen zur Anwendung:

- Kapitaleinlagen
- (Kredit)Bürgschaften
- Unentgeltliche Nutzung und Überlassung von Grundstücken und Gebäuden
- Gewährung zinsgünstiger Darlehen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es werden insbesondere jährliche Verlustausgleiche vorgenommen, aber auch konkrete Ausgaben erstattet. Ganz überwiegend wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Prüfung (durch Kommune, Wirtschaftsprüfer, Prüfungsverband) und über Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch

- Bereitstellung der Aufwendungen nur gemäß von Kommune für die Einrichtung beschlossenen Wirtschaftsplans,
- Geltendmachung etwaiger Rückforderungen (durch bestehende Weisungsbefugnis der Kommune gegenüber der Einrichtung),
- Vorlage von Trennungsrechnungen und Prüfung (durch Kommune),
- Monatliches Controlling

### **Transparenzanforderungen**

Nicht einschlägig.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018		2019	
5.739.070,16 Euro		5.886.787,91 Euro	
	2018	2019	
Zuschüsse in verschiedenen Formen (Zuschuss bzw. Verlustausgleich/Ausgleich von Jahresfehlbeträgen)	862.265,12 Euro	5.685.589,28 Euro	
Zinsvergünstigtes Darlehen	800 Euro	667 Euro	
Bürgschaft	35.005,04 Euro	200.531,63 Euro	
Unentgeltliche Nutzung von Grundstücken und Gebäuden	unbeziffert	unbeziffert	

In einem Fall war für das Jahr 2019 noch keine Angabe möglich, da noch keine Abschlüsse für das Unternehmen vorlagen.

### **bb. Förderungen des Freistaats Bayern im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege**

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Betrauungen mit DAWI erfolgten in folgenden Bereichen:

- Telemedizinische Projekte und Zentren,
- Maßnahmen und Projekte der Suchtprävention und Suchtberatung zur Vorbeugung von Suchtgefahren durch Aufklärung und Beratung,
- Maßnahmen und Projekte zur HIV/AIDS-Prävention und AIDS-Beratung zur Aufklärung über die Gefahren der Immunschwächekrankheit AIDS, über Ansteckungswege und Vermeidung einer Ansteckung mit dem HI-Virus,
- Errichtung und Betrieb von Gesundheitsregionen sowie besondere Projekte zur Öffentlichkeitsarbeit. Die Bündelung und Weiterentwicklung von bestehen-

den regionalen Netzwerken soll zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und Prävention vor Ort beitragen,

- Bauliche oder gestalterische Maßnahmen der demenzsensiblen Innen- und Außenraumgestaltung von eigenständig betriebenen Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen,
- Qualifizierungsmaßnahmen in Palliative Care,
- MiMi-Gesundheitsprojekt Bayern: Mit Migranten für Migranten (MiMi) - Interkulturelle Gesundheit in Bayern: für einen verbesserten Zugang von Migranten zum deutschen Gesundheitssystem in Bayern einschließlich seiner Angebote für Gesundheitsförderung und Prävention durch mehrsprachige und kultursensible Informationsvermittlung,
- Kurse zum Gesprächsbegleiter nach § 132g SGB V (Advance Care Planning [ACP] bzw. Behandlung im Voraus planen),
- Dauerhafte Umwandlung von Langzeitpflegeplätzen in Kurzzeitpflegeplätze sowie die Schaffung und der Betrieb fester Kurzzeitpflegeplätze in vollstationären Einrichtungen der Pflege,
- Auf- und Ausbau neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen ab Volljährigkeit,
- Errichtung und Betrieb einer Fachstelle für Demenz und Pflege Bayern sowie regionaler Fachstellen für Demenz und Pflege in den bayerischen Regierungsbezirken,
- Maßnahmen zur Förderung der Geburtshilfe im Kreißsaal und Wochenbettbetreuung. Es werden Maßnahmen bezuschusst, die die Arbeit im Kreißsaal und in der Wochenbettbetreuung für Hebammen attraktiver machen soll, damit neue Hebammen und Entbindungshelfer gewonnen werden können.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte durch Zuwendungsbescheid sowie bei MiMi durch zusätzliche nachfolgende privatrechtliche Verträge.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 1 und 5 Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Es wurden Zuschüsse verwendet.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Zuwendungsbescheide einschließlich Auflagen, Bedingungen und Hinweisen legen den Ausgleichsmechanismus sowie die Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen insbesondere auf der Grundlage des Kosten- und Finanzierungsplans fest. Bestandteil der Zuwendungsbescheide sind insbesondere Regelungen zu Finanzierungsart, Bewilligungszeitraum, Förderhöhe/ Fördersatz, Kosten-/Ausgaben- und Finanzierungsplan, Personalausgaben, Anwendung der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (an kommunale Körperschaften) bzw. institutionellen Förderung (ANBest-P, ANBest-K, ANBest-I), Prüfungsrechten, Auszahlung(smodalitäten) und Verwendungsnachweis.

Die Förderung baulicher oder gestalterischer Maßnahmen der demenzsensiblen Innen- und Außenraumgestaltung von eigenständig betriebenen Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen ist objektbezogen angelegt und wird als Anteilfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung gewährt. Zuwendungsempfänger sind Vorhabenträger von eigenständig betriebenen Pflegeeinrichtungen, die eine Zulassung der Pflegekassen durch den Abschluss eines Versorgungsvertrages erhalten haben.

Diese Einrichtungen unterliegen den Regelungen des § 82 SGB XI für die Finanzierung von zugelassenen Pflegeeinrichtungen. Es handelt sich um die Förderung von Investitionsaufwendungen, die den Pflegebedürftigen gesondert berechnet werden dürfen, soweit diese nicht bereits durch die öffentliche Förderung abgedeckt sind.

Ganz überwiegend wurde die Kostenallokationsmethode angewendet.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Zuwendungsbescheide und Nebenbestimmungen enthalten Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen, insbesondere Regelungen bei Verstoß gegen Nebenbestimmungen, zur Prüfung von Auszahlungsanträgen, zum Verwendungsnachweis sowie zur Rückforderung bzw. Unwirk-

samkeit, Rücknahme oder Widerruf der Zuwendung. Dadurch wird u. a. sichergestellt, dass die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung geprüft werden kann (Verwendungsnachweisprüfung).

Engmaschige Begleitung der Zuschussempfänger.

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019
13.624.313,37 Euro	20.631.211,94 Euro

cc. Förderungen im Zuständigkeitsbereich des Finanzressorts (Staatsbäder):

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Kurbetriebsgesellschaften nehmen die operative Durchführung des Kurgeschäfts in dem jeweils in Anlage 1 der Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe bezeichneten Gebiet wahr, u.a. die Abgabe natürlicher ortsgebundener Heilmittel sowie der Betrieb artgemäßer Kureinrichtungen zur Information, Unterhaltung, begleitenden therapeutischen Betreuung und sportlichen Betätigung der Kurgäste.

### ***Formen der Betrauung***

Eine typische Form der Betrauung gibt es nicht. Betrauungen erfolgen mittels Verwaltungsakt, (Gesellschafter-)Vertrag oder konsortialvertraglicher Regelung mit kommunalen Mitgesellschaftern.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer variiert zwischen 8 Jahren und unbefristeten Betrauungen.

Die Betrauungsdauer überschreitet zu 80% den Zeitraum von 10 Jahren, da aufgrund erheblicher Investitionen eine Einbindung kommunaler Mitgesellschafter in die Kurbetriebsgesellschaften bei geringeren Betrauungsdauern nicht erreichbar gewe-

sen wäre. Privatwirtschaftliche Mitgesellschafter konnten in keinem Staatsbad gewonnen werden.

Teilweise trägt der Freistaat die Alleinverantwortung für das operative Kurgeschäft. Eine Einbindung weiterer Mitgesellschafter ist mittelfristig nicht erkennbar. Insoweit erfolgten die Betrauungen typischerweise unbefristet.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Die Unternehmen haben als beliehene Unternehmer das Recht zur Kurtaxerhebung nach der Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Unternehmen erhalten Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wurde die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019
4.555.000 Euro	4.876.000 Euro

## b. Kinderbetreuung (weit verstanden, hier: Betreuung und Verpflegung)

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Es erfolgen folgende Betrauungen:

- Betriebs von Großküchen mit Auslieferung der Speisen, Betrieb von Pausenverkaufsstellen für die gesunde Speiserversorgung von Schülern, Betreuern und Lehrern,
- Betrieb einer Schulmensa mit vorgegebenen Leistungsspektrum,
- Betreuung von Kleinkindern in einer Kinderkrippe sowie von Grundschulern im Rahmen einer Mittags- und Ferienbetreuung.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen mittels Betrauungsakt (einmal im Rahmen einer Konzession).

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 4 und 10 Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig

### ***Beihilfeinstrumente***

Es werden in der Regel Verluste ausgeglichen und nachgewiesene Kosten übernommen bzw. die notwendigen Räumlichkeiten und Versorgungsleistungen (Strom, Wasser, Müll) zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Kinderbetreuung werden Ausgleichszahlungen gewährt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ein Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des geprüften Jahresabschlusses. Es wird die Kostenallokationsmethode und die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt bzw. der Vorteil steht durch die Konzession fest.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt durch Vorlage der Jahresabschlüsse (über Verwendungsnachweise) und Prüfung durch den Bayer. Kommunalen Prüfungsverband.

### **Transparenzanforderungen**

Nicht einschlägig

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
745.198 Euro	706.203 Euro

### c. Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Betrauungen erfolgen in folgenden Bereichen:

- Allgemein Heranführung und Integration von arbeitsmarktpolitisch Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen an und in den Arbeitsmarkt,
- Unterstützung von Asylbewerbern bei der Arbeitssuche, der Eingliederung und der Qualifikation für den deutschen Arbeitsmarkt,
- Förderung der Berufsbildung und der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die infolge des Strukturwandels von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind durch Schaffung und Angebot von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten und Durchführung von Projekten zur Förderung der berufsbezogenen Weiterbildung,
- Entwicklung und Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose,
- Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Orientierung und Qualifizierung, um zusätzliche Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.

#### **Formen der Betrauung**

Die Betrauungen erfolgen durch Betrauungsakt und durch Zuwendungsbescheid.



**Betrauungsdauer**

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen ein und zwei Jahren (In einem Fall erfolgte keine Angabe).

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

Nicht einschlägig

**Beihilfeinstrumente**

Es wurden Zuschüsse gewährt.

**Ausgleichsmechanismus**

Es werden die konkreten Ausgaben nach jährlicher Aufstellung der erhaltenen Mittel und Einnahmen und nach Nachweis über die erbrachten Leistungen erstattet. Es findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise anhand des geprüften Jahresabschlusses, jährlicher Berichterstattung über evtl. Überkompensationen und Rückzahlungsverpflichtungen.

**Transparenzanforderungen**

Nicht einschlägig.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
21.853.157,17 Euro	21.883.146,37 Euro

d. Sozialer Wohnungsbauaa. Projektbezogene Förderung**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Die soziale Wohnraumförderung ist eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

Bei der sozialen Wohnraumförderung handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Markt mit Wohnraum versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind. Hierzu zählen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung sowie sonstige hilfebedürftige Personen. Die Zielgruppen sind im Wesentlichen über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss.

Die Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungsversorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und -qualitäten, z.B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen.

Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung kann auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung, vereinbart werden.

Der Erbringer der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.

Die Zuständigkeit zur Durchführung der sozialen Wohnraumförderung liegt in Deutschland infolge der Föderalismusreform I seit 2007 bei den Ländern. Die gesetzlichen Regelungen finden sich in den Landesfördergesetzen, soweit die Länder von ihrer Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht haben. In Bayern ist dies durch Erlass des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes geschehen.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt auf einer gesetzlichen Grundlage.

Unternehmen, die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung erhalten, werden mit einer klar definierten gemeinwohlorientierten Verpflichtung betraut. Die Förderstellen bewilligen im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs aufgrund des erforderlichen Antrags der Förderempfänger durch eine exekutive Entscheidung, in der Regel einen Verwaltungsakt. Die Betrauung enthält gemäß Artikel 4 Buchst. f) des Freistellungsbeschlusses 2012/21/EU auch einen Verweis auf den Beschluss.

Die Förderentscheidung konkretisiert insbesondere den Förderzweck, die Höhe und Einsatzart der Zuwendungen, im Falle der Darlehensgewährung die Rückzahlungsmodalitäten sowie Art und Dauer der vom Förderempfänger einzuhaltenden/ zu erbringenden Gegenleistungen.

Auf den sozialen Wohnungsbau werden die hier dargestellten spezifischen Sonderregeln bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse angewandt, die sich von denen anderer Sektoren, etwa im Krankenhauswesen, unterscheiden.

### ***Betrauungsdauer***

Im Mietwohnungsbau beträgt die Betrauungsdauer wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer in der Regel 10 bis 40 Jahre.

Im Freistellungsbeschluss 2012/21/EU (Erwägungsgrund 12) wird der soziale Wohnungsbau explizit als Beispiel genannt, wann eine Anwendung des Beschlusses aufgrund der hohen Investitionssumme nicht auf höchstens zehn Jahre beschränkt werden muss.

Die Förderung ist in den Ländern unterschiedlich organisiert, daher kann die Betrauungsdauer in Bayern ggf. abweichen.

Da die Betrauungsdauer für Darlehen und Zuschüsse für den Mietwohnungsbau grundsätzlich nicht unter 10 Jahre beträgt, ist der Anteil der Betrauungen mit einer Dauer von mehr als 10 Jahren sehr hoch. Eine genaue Bezifferung ist nicht möglich, da die Förderung zum Teil durch Städte und Kommunen erfolgt.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Im Vergleich zu anderen Wohnungsunternehmen werden diesen Unternehmen in der Regel keine besonderen oder ausschließlichen Rechte eingeräumt.

Das Fördersystem ist marktwirtschaftlich orientiert. Die Förderung im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung steht grundsätzlich jeder natürlichen und juristischen Person, die ein in dem Förderprogramm beschriebenes Bauvorhaben durchführt und die geforderten Belegungs- und Mietpreisbindungen einhält, zu gleichen Konditionen zu – und zwar unabhängig von ihrem sonstigen Geschäftsfeld. Dabei werden in- und ausländische Unternehmen/Investoren gleichbehandelt. Vorteil ist hierbei u.a. – unbeschadet der Ausrichtung der Förderung am jeweiligen Bedarf – die Möglichkeit einer örtlichen Streuung der Sozialwohnungen, wodurch eine räumliche Konzentration sozial benachteiligter Personengruppen (Ghettoisierung) verhindert wird.

Üblicherweise liegt die Miete dieser Mietwohnungen unterhalb der Marktmiete.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung, die Übernahme von Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, durch die Bereitstellung verbilligten Baulands oder durch eine Kombination dieser Fördermittel gewährt. Die häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die soziale Wohnraumförderung ist nicht unternehmensbezogen, sondern objektbezogen angelegt.

Als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung werden Belegungsbindungen und Mietpreisbindungen eingeräumt, d.h. die Vermietung erfolgt ausschließlich an Haushalte, die die jeweiligen Einkommensgrenzen erfüllen, und zu Mietobergrenzen. Die Mietobergrenze sichert die Bezahlbarkeit der Wohnkosten für die Zielgruppen ab. Sie liegt i.d.R. unterhalb des Marktniveaus.

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird in der Regel die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt.

Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex-ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme werden die Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so festgelegt, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleicht. Ausgeglichen werden die mit der

Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktmietenniveau, der mit den Belegungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mieterbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die eventuell mit einer besonderen Bauausführung (z.B. barrierefreier Wohnraum) verbundenen erhöhten Baukosten. Bei der Festsetzung der Förderhöhe werden die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse berücksichtigt. Grundlage sind hierbei verfügbare Daten und wissenschaftliche Untersuchungen über Bodenpreise, Baukosten und Marktmieten.

Im Ergebnis werden mit dieser Methode für jedes einzelne Förderprojekt die Nettokosten der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung ausgeglichen und eine Überkompensation durch die Förderung ausgeschlossen, da die Förderung marktorientiert ist und die Investition im sozialen Wohnungsbau so gestellt wird, dass sie die gleiche Rentabilität wie eine Investition im freifinanzierten Wohnungsbau ohne Gemeinwohlverpflichtung erzielt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

In den veröffentlichten Förderprogrammen werden allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den (oben beschriebenen) Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen.

Zu den (typischen) Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmietern wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können. Hierzu zählen u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen. Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel.

Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

### ***Transparenzanforderungen***

Es wurden im Berichtszeitraum im Rahmen der Wohnungsbauprogramme keine Förderungen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>503.483.517 Euro</b>	<b>410.047.502 Euro</b>
<u>Land:</u> Zinsgünstige Darlehen: 244.687.000 Euro <u>Zuschüsse:</u> 179.034.000 Euro Insgesamt: 423.721.000 Euro	<u>Land:</u> Zinsgünstige Darlehen: 179.902.000 Euro <u>Zuschüsse:</u> 167.863.000 Euro Insgesamt: 347.765.000 Euro
<u>Kommunen:</u> Zinsgünstige Darlehen: 64.970.426 Euro <u>Zuschüsse:</u> 14.792.091 Euro Insgesamt: 79.762.517 Euro	<u>Kommunen:</u> Zinsgünstige Darlehen: 48.217.667 Euro <u>Zuschüsse:</u> 14.064.835 Euro Insgesamt: 62.282.502 Euro
<b>Gesamt: 503.483.517 Euro</b>	<b>Gesamt: 410.047.502 Euro</b>

### **bb. Unternehmensbezogene Förderung**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft wurde mit der Bereitstellung von Wohnraum für Wohnungssuchende, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können, betraut.

Sofern weitere Tätigkeiten mit diesem Zweck der Gesellschaft derart verknüpft sind, dass sie sich unmöglich von diesem Zweck trennen lassen, kann die Gesellschaft sie ebenfalls vornehmen. Kriterien, dies festzustellen, sind die zeitliche Abfolge dieser

Maßnahmen, ihr Zweck und die Lage des begünstigten Unternehmens zum Zeitpunkt der Maßnahmen. Hierunter fallen z.B. Erschließungsmaßnahmen oder auch Planungen und Gutachten.

Des Weiteren kann die Gesellschaft auch solche Tätigkeiten ausüben, ohne die die Bereitstellung von Wohnraum für Menschen, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können, nicht sinnvoll möglich ist. Darunter können je nach Falllage z.B. die Quartiersinfrastruktur, wie Kindertageseinrichtungen, Nah-versorger oder auch kulturelle Einrichtungen fallen.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt mittels Verwaltungsakt.

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Einlage von sog. Grundstockvermögen des Freistaates Bayern.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der Förderung darf entsprechend Art. 5 des Freistellungsbeschlusses nicht über das hinausgehen was erforderlich ist, um die Nettokosten abzudecken, welche durch die Erfüllung der Aufgaben der Wohnungsbaugesellschaft bedingt sind.

Die Nettokosten sind die Differenz zwischen den Kosten der Erfüllung dieser Aufgaben einerseits und den im Rahmen dieser Aufgabenerfüllung erzielten Einnahmen andererseits.

Die zu berücksichtigenden Kosten umfassen dabei sämtliche in Verbindung mit der Erfüllung der Aufgaben anfallenden Ausgaben. Die Tätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf eine einzige umfassende Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, es können folglich alle Kosten der betrauten Gesellschaft herangezogen werden.

Es findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Es findet eine jährliche Überkompensationsprüfung durch externen Wirtschaftsprüfer statt.

### ***Transparenzanforderungen***

Es werden keine Tätigkeiten außerhalb des sozialen Wohnungsbaus ausgeübt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019
50.000.000 Euro (Stammkapital)	-

#### e. Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betreuungen erfolgen in folgenden Bereichen:

- soziotherapeutische Versorgungsleistungen, wie psychosoziale Betreuung von Behinderten gem. Sozialgesetzbuch XII, u.a. Eingliederungshilfe und tagesstrukturierende Maßnahmen,
- Einrichtungen zur Betreuung, Förderung und Bildung für verschiedene sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen (psychisch Kranke und Behinderte, Jugendliche und alte Menschen).

### ***Formen der Betreuung***

Die Betrauungen erfolgen mittels Betrauungsakt.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer von 10 Jahren wird in einigen Fällen überschritten, da der Pachtvertrag des Betrauten eine entsprechende Dauer aufweist, Nutzung und Abschreibung der Investitionen über die entsprechende Dauer vorgesehen ist oder eine Angleichung an die Laufzeit des Erbbaurechtsvertrags ebenfalls aufgrund erheblicher Investitionen und langer Abschreibungsdauer erfolgt ist (zwischen 12 Jahre und max.



40 Jahren; im Durchschnitt 14 Jahre). In Einzelfällen beträgt die Betrauungsdauer 1 Jahr bzw. 10 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig

### ***Beihilfeinstrumente***

Den Unternehmen werden Zuschüsse (in Form von Investitionskosten-, Baukosten- und Tilgungszuschüssen) und unentgeltlich Grundstücke und Gebäude zur Nutzung überlassen.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Der Ausgleich erfolgt über Baukostenzuschüsse abhängig vom Baufortschritt oder auf Grundlage der kommunalen Haushaltssatzung.

Ein Ausgleich erfolgt jährlich auf Grundlage des Jahreswirtschaftsplans.

Die Kostenallokationsmethode kommt zur Anwendung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Es erfolgt eine Kontrolle über Verwendungsnachweise. Außerdem wurde ein konkreter Nutzungsvertrag für die Grundstücke/Gebäude abgeschlossen, ein jährlicher Bericht über die Umsetzung der übernommenen Aufgaben an die Kommune gefordert.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018		2019	
1.146.400,00 Euro		1.358.032,08 Euro	
	2018		2019
Zuschüsse	1.096.000,00 Euro		1.307.632,08 Euro
Unentgeltliche Nutzung von Grundstücken und Gebäuden	50.400,00 Euro 1 x nicht beziffert		50.400,00 Euro 1 x nicht beziffert

Einmal wurde ein nicht bezifferter Anteil an einem Tilgungskosten- und an einem Betriebskostenzuschuss gewährt.

3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze (keine Angaben)

4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Es erfolgt eine Betrauung für die Errichtung und den Betrieb eines Verkehrslandesplatzes.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt mittels Beschluss des kommunalen Entscheidungsträgers und gesellschaftliche Weisung.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig.

### ***Beihilfeinstrumente***

Es werden Zuschüsse gewährt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es erfolgt ein Ausgleich der Nettokosten durch Investitions- und Betriebskostenzuschüsse gemäß dem Jahreswirtschaftsplan.

Die Kostenallokationsmethode wird dabei zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Eine Überkompensationskontrolle erfolgt durch die Kommune; es besteht ein Rückzahlungsanspruch bei Überkompensation.

### **Transparenzanforderungen**

Nicht einschlägig.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
75.897 Euro	77.334 Euro

5. Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

a. Postdienstleistungen (keine Angaben)

b. Energie

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

- Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Wärme und Fernwärme, sowie alle mit der Erzeugung, dem Bezug, der Lieferung und der Verteilung von Energie und Fernwärme zusammenhängenden Tätigkeiten,
- Förderung des rationellen Energieeinsatzes und der Bereitstellung und Nutzung regenerativer Energien,
- (Kostenlose) Energieberatung (u.a. hinsichtlich Effizienz und Umweltverträglichkeit) für Endabnehmer, sowie Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien und kommunale Klimaschutzarbeit,
- Betrieb von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung,
- Beratungsleistungen und Vorfinanzierung für die Installation von Blockheizkraftwerken und Energiesparmaßnahmen für Immobilien der Kommune,
- Sicherstellung einer für alle Bürger grundsätzlich zugänglichen und bedarfsgerechten Thermalwassernutzung,

- grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Hinblick auf Energieeinsparung und Klimaschutz sowie die Durchführung von EU-Förderprojekten.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen mittels Betrauungsakt, Gesellschaftervertrag, Unternehmenssatzung und öffentlichem Auftrag.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt in den überwiegenden Fällen 10 Jahre, und ist in zwei Fällen unbefristet, da ein Gesellschaftsvertrag abgeschlossen bzw. eine Unternehmenssatzung erlassen wurde.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig.

### ***Beihilfeinstrumente***

Es wurden Zuschüsse (in Form von Betriebskosten-, Mietkosten- und Investitionskostenzuschüsse), Kapitalerhöhungen vorgenommen, Darlehen gewährt und Verlustausgleiche verwendet.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ein Ausgleich erfolgt überwiegend nach dem genehmigten Jahreswirtschaftsplan oder nach den angefallenen Nettokosten. Ausgleichszahlungen werden auch aufgrund der Gewährträgerhaftung gemäß Art. 89 Abs. 4 der Bayerischen Gemeindeordnung geleistet. Die Kostenallokationsmethode findet Anwendung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise und Vorlage des geprüften Jahresabschlusses und den Abschluss von evtl. Rückzahlungsverpflichtungen.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<b>2018</b>		<b>2019</b>
<b>820.342,79 Euro</b>		<b>420.851,35 Euro</b>
	2018	2019
Zuschuss bzw. Verlustausgleich	320.342,79	232.301,35
Kapitalerhöhung mittels		
- Einbringung eines kommunalen Grundstücks		143.550,- Euro
- Einzahlung in Kapitalrücklage	500.000,- Euro	45.000,- Euro
zinsvergünstigtes Darlehen		unbeziffert; der Beihilfewert wurde nicht angegeben  (Darlehenshöhe 1.000.000 Euro)

c. Müllabfuhr (keine Angabe)

d. Wasserversorgung (keine Angabe)

e. Kultur

aa. Angaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Es erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Betrieb von Theatern bzw. Vermietung von Örtlichkeiten für Theater- und sonstige kulturelle Veranstaltungen, wie Schauspiel, Oper, Operette/Musical, Tanz, Kinder- und Jugendtheater, Sinfonieorchester, Literatur, Filmwesen, theaterpädagogische Veranstaltungen, Feste, Bälle, Ausstellungen sowie Versammlungen, Tagungen und Kongresse aller Art und durchführbarer Größe, sowie für Kegelveranstaltungen in der vorhandenen Anlage sowie Führung des Theaterbetriebs, des Saalbetriebs, sowie die zugehörigen Nebenbetriebe,

- Durchführung sowie Organisation von kulturellen Veranstaltungen wie z.B. Veranstaltungen zur Brauchtumspflege, Ausstellungen, Konzerten und Gastspielen,
- Betrieb eines Tierparks und der dazu gehörenden Einrichtungen und Institute

### ***Formen der Betrauung***

Mit Betrauungen in Form von Betrauungsakt, kommunalen Beschluss oder Abschluss eines Gesellschaftsvertrags werden die typischen Betrauungsformen verwendet.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer variiert zwischen ein und zehn Jahren. In zwei Fällen erfolgte eine unbefristete Betrauung mit der Begründung, dass ein (unbefristeter) Gesellschaftsvertrag abgeschlossen worden sei.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig.

### ***Beihilfeinstrumente***

Es werden Kapitaleinlagen, (Betriebskosten-)Zuschüsse und die unentgeltliche Überlassung von Grundstücken und Gebäuden verwendet.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Ausgleichszahlungen erfolgen auf Grundlage des Jahreswirtschaftsplans.

Die Kostenallokationsmethode findet in der Regel Anwendung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt durch die Vorlage und Prüfung des Jahresabschlusses und von Trennungsrechnungen sowie durch evtl. Rückforderungen zu viel bezahlter Beträge.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine Angaben.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019	
19.648.500 Euro	22.667.347,69 Euro	
	2018	2019
Kapitaleinlage lfd. Defizit		1.400.000 Euro
Zuschüsse bzw. Verlustausgleich	19.648.500 Euro	21.267.347,69 Euro
Überlassung von Grundstücken/Gebäuden	-	unbeziffert
Erstellung eines Veranstaltungsprogramms	-	unbeziffert

### **bb. Angaben aus dem Bereich der Staatsverwaltung (Lokal-TV)**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Herstellung und technischen Verbreitung von lokalen und regionalen Fernsehangeboten in Bayern

#### ***Formen der Betrauung***

Betrauungen durch Art. 23 und Art. 41 Abs. 2 Nr. 3 Bayerisches Mediengesetz (BayMG) in Verbindung mit Beschlüssen des Medienrats; Umsetzung durch öffentlich-rechtliche Verträge zwischen der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und den Programmanbietern.

#### ***Betrauungsdauer***

4 Jahre.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Verwendungsnachweisprüfung.

### **Transparenzanforderungen**

Nicht einschlägig.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
11.918.358,25 Euro	10.390.774,46 Euro

#### f. Finanzdienstleistungen (keine Angaben)

### 6. Sonstige Wirtschaftszweige

#### a. Jugendherbergen

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Die geförderte Jugendherberge versteht sich – wie alle Jugendherbergen in Bayern und Deutschland – als zielgruppenspezifisch ausgerichteter, außerschulischer und außerunterrichtlicher Lernort mit entsprechend pädagogischem Programmangebot. Der geförderte Träger ist als gemeinnützig anerkannt und übernimmt Gemeinwohlverpflichtungen im Geltungsbereich des SGB VIII.

#### **Formen der Betrauung**

Es wird der mit der KOM abgestimmte Musterbetrauungsakt für Jugendherbergen verwendet (liegt KOM vor).

#### **Betrauungsdauer**

25 Jahre (entspricht der Abschreibungsdauer für das Gebäude)

#### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

entfällt

#### **Beihilfeinstrumente**

Zuschuss



### **Ausgleichsmechanismus**

Der Zuwendungsnehmer erfasst Kosten und Einnahmen einerseits für die ihm obliegenden DAWI und andererseits für jede weitere Tätigkeit intern auf getrennten Konten (Trennungsrechnung). Alle Kosten und Einnahmen sind den jeweiligen Bereichen nach objektiv gerechtfertigten und einheitlich angewandten Kostenrechnungsgrundsätzen zuzuordnen. Die zugrunde gelegten Kostenrechnungsgrundsätze müssen eindeutig bestimmt sein. Über die Zuordnung der Kosten und Einnahmen zu den jeweiligen Bereichen und über die dabei angewandten Kostenrechnungsgrundsätze, insbesondere über die Maßstäbe für die Schlüsselung solcher Kosten und Einnahmen führt der Zuwendungsnehmer Aufzeichnungen (Kostenallokationsmethode).

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Kontrolle alle drei Jahre durch den Zuwendungsgeber unter Beachtung von Art. 6 DAWI-Freistellungsbeschluss.

### **Transparenzanforderungen**

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
-	258.037 Euro

### **b. Beratungsleistungen in verschiedenen Bereichen, insb. im Bereich der Verbraucherberatung**

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

- Verbraucherbildung, -beratung und –information durch die bayerischen Verbraucherverbände „Verbraucherzentrale Bayern e.V.“ und „Verbraucherservice Bayern im KDFB e.V.“;
- Betrieb von Stützpunkten der Verbraucherbildung mit Verbraucherbildungsveranstaltungen durch Einrichtungen der Erwachsenenbildung;

- Betrieb einer Online-Schlichtungsstelle für Verbraucherstreitigkeiten aus Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr
- Verbraucherbildung für Geflüchtete
- Erbringung von unabhängiger Verbraucherinformation und Verbraucherbildung im Bereich Ernährung
- Patentinformation und -beratung für Erfinder

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt bzw. Vertrag

### ***Betrauungsdauer***

Zwischen 1 und 5 Jahren

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Fehlbedarfsfinanzierung (Net-avoided-cost-Methode) bzw. Kostenallokationsmethode

Verbraucherbildung ab 2019 Anteilfinanzierung

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Verwendungsnachweisprüfung

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019
7.233.000 Euro	7.684.000 Euro

### c. Erwachsenenbildung und Pädagogik (auch in der Natur)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Betrauungen erfolgen in folgenden Bereichen:

- Förderung und Unterhaltung von Volkshochschulen im üblichen ortsbezogenen Leistungsspektrum,
- Förderung der Bildung Erwachsener und Heranwachsender, u.a. Planung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Vorträgen, Kursen, Lehrgängen und Seminaren zur allgemeinen, persönlichen, gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und kulturellen Bildung,
- Errichtung und Betrieb eines Baumwipfelpfads samt integriertem Bildungskonzept.

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen in den Formen von Betrauungsakt, Gesellschaftsvertrag bzw. Verwaltungsakt und Kreis- und Stadtratsbeschlüssen.

#### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt in der Regel 10 Jahre.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Es werden Zuschüsse gewährt.

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Der Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des Jahresabschlusses.

Es wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt durch die Feststellung und Prüfung des Jahresabschlusses durch Wirtschaftsprüfer und Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch die evtl. Rückzahlungsverpflichtung der Betrauten bei Überkompensationen.

#### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019
1.563.103,28 Euro	1.947.370,1 Euro

#### ***d. Verkehr (ohne Landverkehr nach Art. 2 Abs. 5 DAWI-Freistellungsbeschluss)***

##### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Es erfolgt eine Betrauung für das Bereitstellen von eCarsharing Angeboten (Entgeltliche Einräumung von im Regelfall kurzfristigen Nutzungsmöglichkeiten an unterschiedliche Nutzer) an Standorten in unmittelbarer Nähe von ÖPNV-Linien zur Ergänzung eines integrierten Mobilitätsangebots und Reduzierung des verbrennungsmotorangetriebenen Individualverkehrs im Stadtgebiet.

##### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt mittels Betrauungsakt.

##### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 4 Jahre.

##### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig.

##### ***Beihilfeinstrumente***

Es werden Kapitaleinlagen gewährt.

##### ***Ausgleichsmechanismus***

Ein Ausgleich erfolgt als Defizitausgleich über Kapitaleinlagen.

Die Kostenallokationsmethode wird dabei zugrunde gelegt.

##### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Trennungsrechnungen und deren Prüfung (durch Kommune, Wirtschaftsprüfer) und durch die evtl. Rückforderung zu viel bezahlter Beträge.

### **Transparenzanforderungen**

Nicht einschlägig

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>207.000,00 Euro</b>	<b>202.000,00 Euro</b>

#### e. Wirtschafts- und Infrastrukturförderung sowie Tourismus (Kommunale Ebene)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Die Betrauungen erfolgen in folgenden Bereichen:

- Wirtschaftsförderung und Förderung aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, die der Stärkung und Förderung des Wirtschaftsraums dienen (u.a. Schaffung von ausreichender Infrastruktur und Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der Wirtschaft; Standortmarketing; Marktforschung; Beratung und Betreuung von Unternehmen; Errichtung und Betrieb von Gewerbe-, Technologie-, Gründer- und Wissenschaftszentren; Entwicklung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken; unterstützende Maßnahmen für die Innenstadtentwicklung, insbesondere des Einzelhandels; Tätigkeiten zugunsten von Existenzgründern und junge Unternehmen aus dem Bereich IT, u.a. in Form der Vermietung von Büroinfrastruktur, Beratungen, Vernetzung, organisatorische Hilfestellung; Durchführung von Ausstellungen, Tagungen und Messen sowie Errichtung und Betrieb der hierfür geeigneten Gebäude und Freiflächen; Aufbau eines landkreisweiten Informationssystems wirtschaftsstruktureller Art (Flächendatenbank), Ansprechpartner in Fragen der Energiewende),
- Parkraumbewirtschaftung (u.a. Bau, Bereitstellung und Betrieb von Parkraumeinrichtungen, wie Parkplätzen, Parkhäusern und Tiefgargen sowie Fahrradabstellplätzen),
- Errichtung, Betrieb und Unterhalt von Verkehrsinfrastrukturen (Park & Ride, sowie Bike & Ride-Anlagen),

- Aufbau und Betrieb einer öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge,
- Messen und Kongresse (Durchführung von Messen, Stadt- und Volksfesten, Veranstaltungsorganisation, Bereitstellung und Vermietung von Räumlichkeiten),
- Bereitstellung und Betrieb von Versammlungs- und Veranstaltungsräumen,
- Kommunale Tourismusförderung (u.a. Marketing; touristische Regionalentwicklung; Marketingkonzepte; Marktforschung; Betrieb von touristischen Einrichtungen; Vorhalten tourismusfördernder Infrastruktur, Durchführung touristischer Aktivitäten, von (kurbegleitenden) Veranstaltungen, Tagungen und Kongressen; Kulturangebote, Angebot und Vermittlung touristischer Dienstleistungen; Betrieb von Touristeninformationen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Vermittlung von Übernachtungsmöglichkeiten (Inbound-Vermittlungen in die Region); Wahrnehmung aller touristischer Belange für die Kommune und die Vertretung der Kommune in touristischen Verbänden, Aufbau eines Qualitätssicherungsmanagements sowie Qualitätsoffensiven für Vermieter, Gastwirte und Gewerbetreibende der örtlichen Tourismusbranche; Vertrieb von touristischen Produkten aus dem Gemeindegebiet),
- Beratung und Vertretung der Interessen und die Koordinierung der örtlichen und überörtlichen Akteure im Tourismusbereich (Innenmarketing).

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen mittels in der Regel mittels Betrauungsakt.

### ***Betrauungsdauer***

Überwiegend erfolgt die Betrauung zwischen 5 und 10 Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig

### ***Beihilfeinstrumente***

Häufig werden Zuschüsse gewährt und Jahresfehlbeträge ausgeglichen (Defizitausgleich, Verlustausgleich). Außerdem kommen zur Anwendung:

- Kapitaleinlagen
- Ausgleichsleistungen für entstandene Kosten

- Darlehensgewährung
- Kostengünstige Verpachtung von Grundstücken/Immobilien

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ein Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des jeweiligen (Jahres-)Wirtschaftsplans.

Überwiegend wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt, vereinzelt auch die Net-avoided-cost-Methode.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Prüfung (durch Kommune, Wirtschaftsprüfer, Prüfungsverband) und über Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch

- Bericht im zuständigen Gremium sowie im Aufsichtsrat der Gesellschaft
- Vorlage von Schlussabrechnungen
- Nachweis der tatsächlichen Kosten

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<b>2018</b>		<b>2019</b>	
<b>32.442.572,61 Euro</b>		<b>23.349.440,29 Euro</b>	
	2018		2019
Mitgliedsbeiträge	4.590,00 Euro		4.540,00 Euro
Umlagen	34.800,00 Euro		34.800,00 Euro
Darlehen	662.500,00 Euro		522.500,00 Euro
Kapitaleinlagen	1.550.000,00 Euro		335.000,00 Euro
Verlustrückstellungen	6.875.634,50 Euro		7.203.253,07 Euro

Zuschüsse	21.822.072,78 Euro	15.011.347,22 Euro
Verrechnung im steuerlichen Querverbund	856.000,00 Euro	238.000,00 Euro
Unentgeltliche Überlassung von Grundstücken	352.547,00Euro	/
Bürgschaften	unbeziffert  (Informationen zum Beihilfewert der Bürgschaften wurden nicht übermittelt. Insgesamt wurden Bürgschaften in Höhe von <b>717.425,43 Euro</b> gewährt.)	unbeziffert  (Informationen zum Beihilfewert der Bürgschaften wurden nicht übermittelt. Insgesamt wurden Bürgschaften in Höhe von <b>737.423,99 Euro</b> gewährt.)

#### f. Immobilienwirtschaft

##### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Es erfolgt eine Betrauung für Errichtung, Betrieb, Unterhaltung und Verpachtung von Wohn- und Gewerbeeinheiten zum Zwecke der Sicherstellung der örtlichen Nahversorgung sowie der Gestaltung des Ortszentrums.

##### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt mittels Verwaltungsakt.

##### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

##### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig.

##### ***Beihilfeinstrumente***

Es werden Investitionszuschüsse gewährt und Bürgschaften übernommen.

##### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Kostenallokationsmethode findet Anwendung.

##### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Trennungsrechnung sowie jährliche Überprüfung durch Kommune



### **Transparenzanforderungen**

Nicht einschlägig.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

	<b>2018</b>	<b>2019</b>
		<b>155.908,78 Euro</b>
Bürgschaft		Beihilfewert 146.008,78 Euro  (Bürgschaftshöhe 1.500.000,-Euro)
Investitionszuschuss		9.900,-Euro

### g. Tourismus (ohne Kommunen)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Tourismusförderung und allgemeines Destinationsmarketing, z.B. in Form von

- Maßnahmen, die allgemein der Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Herausstellung der Vorzüge als attraktives Reiseziel dienen (z.B. Durchführung von Veranstaltungen, Tagungen, Kongressen und Messen)
- die Entwicklung und Umsetzung von Marketingkonzepten zur allgemeinen Imagewerbung für den Tourismus
- Kooperation mit anderen Tourismusmarketingorganisationen zum Zweck der allgemeinen Förderung des Tourismus im Zuständigkeitsbereich
- Allgemeine Marktforschung zu Themen des Tourismus
- Sensibilisierungskampagnen für einzelne Tourismusthemen und Tourismusbereiche im Interesse der Förderung des Tourismus

sowohl für den Freistaat Bayern insgesamt als auch im Rahmen regionaler Tourismusverbände.

#### **Formen der Betrauung**

Die Betrauung erfolgt durch Verwaltungsakt im Rahmen des Zuwendungsbescheids.

**Betrauungsdauer**

Die Betrauung erfolgt in der Regel für ein Jahr.

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

**Beihilfeinstrumente**

Zuschuss.

**Ausgleichsmechanismus**

Ein Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des Kosten- und Finanzierungsplans des jeweiligen Tourismusverbands/der Tourismusmarketingorganisation. Dabei wird eine Trennungsrechnung vorgenommen. (Kostenallokationsmethode).

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Verwendungsnachweisprüfung.

**Transparenzanforderungen**

Entfällt.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
10.460.054,50 Euro	12.058.992 Euro

**h. Bäder, Heil- und Thermalbäder und sonstige Freizeiteinrichtungen****Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Es erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Ordnungsgemäße Verabreichung von Kurmitteln im Rahmen des Betriebs eines Kurmittelhauses; operative Durchführung des Kurgeschäfts,
- Errichtung und Betrieb einer Therme mit Sport- und Familienbereich,

- Nutzung des erschlossenen Thermalvorkommens zur Förderung der Gesundheit und des Tourismus,
- Unmittelbar mit der Haupttätigkeit verbundene Nebenleistungen, wie Physikalische Therapien, Zurverfügungstellung von Parkraum für PKW und Wohnmobile, Saunen, Wohlfühlbäder, Totes-Meer-Salzgrotte, Kursangebote
- Unterhalt und Betrieb von Freizeiteinrichtungen (u.a. Eisportanlage, Saunen- und Thermenwelt, Frei- und Hallenbäder, Skilift, Campingplatz, Tagungszentren, soweit dort kulturelle Veranstaltungen stattfinden), sowie entsprechende Neben- und Hilfsbetriebe.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Betrauungsakt, in Einzelfällen auch mit (öffentlich-rechtlichen) Vertrag und mittels Unternehmenssatzung.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt in der Regel 10 Jahre, in einem Fall unbefristet.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht einschlägig.

### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse (auch im Rahmen der Verbandsumlagen des Zweckverbandes) gewährt
- Defizitausgleichszahlungen
- Bürgschaften
- Kapitaleinlagen
- Belassung von Beteiligungserträgen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wurde in der Regel die Kostenallokationsmethode und nur ausnahmsweise die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Grundlage sind die jeweiligen (Jahres-) Wirtschaftspläne.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Prüfung (durch Kommune, Beirat der Vertragsparteien), durch Mittelverwendungsnachweise, Rückforderungsvorbehalte und die jährliche Abrechnung im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>30.096.362,96 Euro</b>	<b>36.373.492,86 Euro</b>

# Berlin

## 1. ÜBERSICHT ÜBER DIE AUSGABEN

Es wird auf die Anlage Berlin (2) Gesamtbeträge verwiesen.

## 2. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-BESCHLUSSES VON 2012

### Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)

1 Krankenhäuser, Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses (2012/21/EU)

### Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.**

Als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse wurden die in dem von der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH betriebenen Krankenhaus in dem durch den Landeskrankenhausplan bzw. den diesen Landeskrankenhausplan ersetzenden Landeskrankenhausplan festgelegten Umfang und an den dort aufgeführten Krankenhausstandorten sowie Dienstleistungen der in den nachstehend bezeichneten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften im Versorgungsgebiet des Landes Berlin, einschließlich der dazu erforderlichen Investitionen definiert:

1. Medizinische Versorgungsleistungen gemäß Landeskrankenhausplan, einschließlich einer
  - medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Versorgung der im Krankenhaus stationär behandelten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen,
  - medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Untersuchung und Behandlung der im Krankenhaus ambulant versorgten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen, mit Ausnahme der Fälle in der Notaufnahme, insbesondere in den Fachbereichen: Augenheilkunde, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Geriatrie, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Innere Medizin, Kinder- und Jugendheilkunde, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie, Neurochirurgie, Neurologie, Nuklearmedizin, Psychiatrie und Psychotherapie, Strahlentherapie, Urologie.
2. stationäre Notfallversorgung gemäß Landeskrankenhausplan, insbesondere an den Standorten
  - Standort Klinikum am Urban, Notfallkrankenhaus
  - Standort August-Viktoria-Klinikum, Notfallkrankenhaus
  - Standort Klinikum im Friedrichshain - Landberger Allee, Notfallzentrum
  - Standort Klinikum Hellersdorf - Myslowitzer Straße, Notfallkrankenhaus
  - Standort Klinikum Neukölln, Notfallzentrum
  - Standort Humboldt-Klinikum, Notfallkrankenhaus
  - Standort Klinikum Spandau, Notfallkrankenhaus
  - Standort Wenckebach-Klinikum, Notfallkrankenhaus
3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen, soweit sie für die Erbringung der DAWI erforderlich sind; hierzu zählen u.a.
  - Betrieb von Ausbildungsstätten des Gesundheitswesens
  - Betrieb einer Krankenhausapotheke einschließlich der Versorgung von im Krankenhaus ambulant versorgter Patienten mit den im Krankenhaus verabreichten Arzneimitteln
  - Speisenversorgung für Patienten des Krankenhauses
  - Betrieb eines Instituts für Hygiene und Umweltmedizin.

Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH ist an Unternehmen beteiligt, die teilweise eigene vorgenannte Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gegenüber Patienten nach Maßgabe der Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen erbringen, u.a. Vivantes-Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH, SVL Speiseversorgung und -logistik GmbH, Labor Berlin – Charité Vivantes Service GmbH, Labor Berlin Charité Vivantes GmbH. Teilweise bedient sich das Krankenhaus dieser Tochter- und Beteiligungsgesellschaften zur Erfüllung der ihm obliegenden vorgenannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Verwaltungsakt (Betrauungsakt); Süddeutsches Modell
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
10 Jahre ab Bekanntgabe
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Es werden keine besonderen Rechte gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse / Zuführungen in die Kapitalrücklage
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
Es wird die Kostenallokationsmethode angewandt. Der Betrauungsakt bildet den abstrakten Rahmen für die Höhe der Ausgleichsleistung.
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen</b> .
Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH muss den Nachweis erbringen, dass die Mittel nur in den Einrichtungen verwendet werden, in den die betrauten DAWI erbracht werden. (Trennungsrechnung). Die Investitionskostenzuschüsse und Einzahlungen in die Kapitalrücklage sind aufzulösen. Bei Ausgleich eines Jahresfehlbetrages geht der Ausgleich nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der DAWI verursachten Nettokosten unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns abzudecken. Grundlage bildet eine Trennungsrechnung aus der Erfolgsplanung für das Planjahr und aus der testierten Gewinn- und Verlustrechnung für das abgeschlossene Jahr. Außerdem ist darzulegen, dass die berücksichtigten Kosten erforderlich waren, um die DAWI erbringen zu können. Das Land Berlin kontrolliert die Verwendung der Mittel aufgrund von WP-Testaten (Jahresabschluss und Trennungsrechnung) regelmäßig und zum Ende des Betrauungszeitraumes und bei Investitionszuschüssen bzw. Kapitalmaßnahmen ergänzend die Schlussrechnung. Hat die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH einen höheren Ausgleich als erforderlich erhalten, fordert das Land die Überkompensation zurück. Eine Überkompensation kann auf den nächsten Überprüfungszeitraum übertragen werden, wenn sie zum Zeitpunkt der ersten Zwischenkontrolle (mindestens nach 3 Jahren nach Bekanntgabe der Betrauung) den durchschnittlich jährlichen Ausgleich von maximal drei aufeinanderfolgenden Jahren nicht um mehr als 10 % p.a. übersteigt.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Der Betrauungsakt ist im Amtsblatt von Berlin veröffentlicht. Die Veröffentlichung des Zuschussbetrages auf der Homepage der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung verweist auf die Veröffentlichung des Betrauungsaktes.

#### **Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)**

##### **2 c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt**

#### **Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup>**

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**.

Das Land Berlin gewährt ergänzende Lohnkostenzuschüsse zu den Eingliederungszuschüssen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach §§ 8 ff. SGB III und ergänzende Sachkostenzuschüsse für die Beschäftigungsträger. Die einzustellende Arbeitnehmerin bzw. der einzustellende Arbeitnehmer muss mindestens 50 Jahre alt sein und der Beschäftigungsträger muss von einer Berliner Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter eine Förderung von 50 v.H. des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts nach § 8 ff. SGB III erhalten oder aus Eigenmitteln/Drittmitteln beitragen. Der Zuschuss wird als Fehlbedarfsfinanzierung gewährt. Die Förderung ergänzt den Lohnkostenzuschuss der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters auf 100 v. H. des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts. Der Beschäftigungsträger muss nach gemeinnützigen Grundsätzen tätig sein.  
Im Haushaltsjahr 2018 wurden 148 und 2019 wurden 129 Maßnahmeteilnehmende jahresdurchschnittlich vom Land Berlin mitfinanziert.

Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung**. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Es handelt sich um Zuwendungsbescheide nach § 44 Landeshaushaltsordnung.



<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeit (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>
<p>Die Dauer der Förderung des Landes Berlin erfolgt analog dem Förderzeitraum der Agentur für Arbeit/Jobcenter nach § 88 ff. SGB III. Die Gesamtförderdauer kann bis zu 36 Monate betragen. Bei besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen kann die Förderung von bis zu 60 Monaten sowie ab dem 55. Lebensjahr von bis zu 96 Monaten betragen.</p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>
<p>Es werden keine solchen Rechte gewährt.</p>
<p>Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?</p>
<p>Es handelt sich um nicht rückzahlbare Zuschüsse (Zuwendungen)</p>
<p>Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

<p>Im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung (Beschäftigungsentgelte der Maßnahmeteilnehmenden) und Festbetragsfinanzierung (Sachkostenpauschale für die Beschäftigungsträger) werden die Zuwendungen gewährt.</p>
<p><b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b></p>
<p>Im Rahmen von Anteilsfinanzierungen werden die Kosten der Maßnahmeteilnehmenden bei Antragstellung und Abrechnung von den Jobcentern ermittelt und das Land Berlin zahlt die von Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern und den Beschäftigungsträgern nicht selbst zu deckenden Kosten als Fehlbedarfsfinanzierung. Ergänzende Sachkostenzuschüsse sind so bemessen, dass nur die wichtigsten Ausgaben bei der Umsetzung des Instrumentes durch die Beschäftigungsträger gedeckt sind.</p>

<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<p>Die Anforderungen gelten nur bei Überschreitung einer Wertgrenze von 15 Mio. €. Die Zuwendungen an Unternehmen (Maßnahmeträger) überschreiten nicht den Wert von 15 Mio. €.</p>	
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>	
<p><b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.</b> Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. <b>(A+B+C)</b></p>	
<p><b>2018</b></p>	<p><b>2019</b></p>
<p>2.175.318,51 €</p>	<p>1.649.512,48 €</p>
<p>Rd. 7% davon entfallen auf Sachkostenpauschalen zur Durchführung von Maßnahmen und der Rest entfällt auf TN-Kosten. Dabei handelt es sich um reine Zuschüsse Berlins (Land/Kommune).</p>	<p>Rd. 7% davon entfallen auf Sachkostenpauschalen zur Durchführung von Maßnahmen und der Rest entfällt auf TN-Kosten. Dabei handelt es sich um reine Zuschüsse Berlins (Land/Kommune).</p>

<p><b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b></p>
<p>2 c) <u>Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt</u></p>
<p><b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b></p>
<p>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b></p>

Nach § 16 e SGB II (Förderung von Arbeitsverhältnissen – FAV) kann ein Jobcenter einem Arbeitgeber bis zu 75% des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts zahlen, wenn ein/ eine besonders schwer vermittelbare/r, langzeitarbeitslose/r Leistungsberechtigte/r eingestellt wird, der/die im Zuweisungszeitraum voraussichtlich keine Aussicht auf Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt hat. Die geförderten Tätigkeiten müssen nicht die Kriterien Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse und Wettbewerbsneutralität erfüllen. Das Land Berlin beteiligt sich mit einer Projektpauschale, die in der Höhe an die bis 2016 geltende Förderung von 25% der Personalkosten der Maßnahmeteilnehmenden und Sachkostenzuschüssen für die Beschäftigungsträger anknüpft: Die Projekte müssen gemeinwohlorientiert sein, finden also nicht im ungeforderten ersten Arbeitsmarkt statt.

Im Haushaltsjahr 2018 wurden 1.956 und 2019 wurden 1.242 Maßnahmeteilnehmende jahresdurchschnittlich vom Land Berlin mitfinanziert.

Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung**. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Es handelt sich um Zuwendungsbescheide nach § 44 Landeshaushaltsordnung.

**Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)** und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet**. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Die Bewilligungszeiträume umfassen jeweils ein bis maximal zwei Jahre.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Es werden keine solchen Rechte gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Es handelt sich um nicht rückzahlbare Zuschüsse (Zuwendungen)

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

---

<sup>5</sup> Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Im Wege der Festbetragsfinanzierung (Projektpauschale für die Maßnahmeträger) werden die Zuwendungen gewährt.

**Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

Die Projektpauschale orientiert sich in der Höhe an der bis zum Herbst 2016 gewährten Förderung. Bis dahin wurden im Rahmen von Anteilsfinanzierungen die Kosten der Maßnahmeteilnehmenden bei Antragstellung und Abrechnung von den Jobcentern ermittelt und das Land Berlin zahlte in den Berichtsjahren davon 25%. Ergänzende Sachkostenzuschüsse (rd. 30% der Gesamtfinanzierung des Landes Berlin) sind so bemessen, dass nur die wichtigsten Ausgaben bei der Umsetzung des Instrumentes durch die Beschäftigungsträger gedeckt sind. Zwischenzeitliche Erhöhungen der Pauschale resultieren aus der Erhöhung des Mindestlohns, an dem sich die Bezahlung der Maßnahmeteilnehmenden orientiert.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Die Anforderungen gelten nur bei Überschreitung einer Wertgrenze von 15 Mio. €. Die Zuwendungen an Unternehmen (Maßnahmeträger) überschreiten nicht den Wert von 15 Mio. €.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

**Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.** Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. **(A+B+C)**

2018	2019
12.396.095,85 €	7.513.688,54 €
Im Rahmen der hier gewährten Projektpauschale wird nicht zwischen Sachkosten und TN-Kosten unterschieden. Dabei handelt es sich um reine Zuschüsse Berlins (Land/Kommune).	Im Rahmen der hier gewährten Projektpauschale wird nicht zwischen Sachkosten und TN-Kosten unterschieden. Dabei handelt es sich um reine Zuschüsse Berlins (Land/Kommune).

**Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)**

2 c) <u>Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt</u>
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
Nach § 16 i SGB II (Teilhabe am Arbeitsmarkt) kann ein Jobcenter einem Arbeitgeber für 2 Jahre bis zu 100%, im dritten Jahr 90%, im vierten 80% und im fünften 70% des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts zahlen, wenn ein/ eine, langzeitarbeitslose/r Leistungsberechtigte/r eingestellt wird, der/die mindestens sechs Jahre innerhalb der letzten sieben Jahre Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten hat. Die geförderten Tätigkeiten müssen nicht die Kriterien Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse und Wettbewerbsneutralität erfüllen. Das Land Berlin beteiligt sich mit Sachkostenzuschüssen für die Beschäftigungsträger sowie der Aufstockung der Personalkosten der Maßnahmeteilnehmenden auf 100%. Die Projekte müssen gemeinwohlorientiert sein, finden also nicht im ungeforderten ersten Arbeitsmarkt statt. Das Instrument wurde 2019 eingeführt.
Im Haushaltsjahr 2019 wurden 1.370 Maßnahmeteilnehmende jahresdurchschnittlich vom Land Berlin mitfinanziert.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Es handelt sich um Zuwendungsbescheide nach § 44 Landeshaushaltsordnung.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Bewilligungszeiträume umfassen maximal fünf Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Es werden keine solchen Rechte gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Es handelt sich um nicht rückzahlbare Zuschüsse (Zuwendungen)
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

<sup>5</sup> Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche

Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung (Degressionskompensation bei den TN-Entgelten) und Festbetragsfinanzierung (Sachkostenpauschale für die Maßnahmeträger) werden die Zuwendungen gewährt.

**Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

Es werden die Kosten der Maßnahmeteilnehmenden bei Antragstellung und Abrechnung von den Jobcentern ermittelt und das Land Berlin zahlt die Aufstockung auf 100%. Ergänzende Sachkostenzuschüsse sind so bemessen, dass nur die wichtigsten Ausgaben bei der Umsetzung des Instrumentes durch die Beschäftigungsträger gedeckt sind.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Die Anforderungen gelten nur bei Überschreitung einer Wertgrenze von 15 Mio. €. Die Zuwendungen an Unternehmen (Maßnahmeträger) überschreiten nicht den Wert von 15 Mio. €.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

**Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.** Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. **(A+B+C)**

<b>2018</b>	<b>2019</b>
2018 erfolgte noch keine Förderung.	5.203.502,44 €  Rd. 70% der Fördermittel entfielen in diesem Jahr auf Sachkostenpauschalen zur Durchführung von Maßnahmen und der Rest entfällt auf TN-Kosten.

Der DAWI-Beschluss im Land Berlin		Gesamtbetrag für das Land Berlin	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	€ 0,00	164.500.000,00 €
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege		
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt (Projekt FAV)	12.396.095,85 €	7.513.688,54 €
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt (Projekt EGZ)	2.175.318,51 €	1.649.512,48 €
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt (Projekt 16 i)		5.203.502,44 €
	Sozialer Wohnungsbau		
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen		
	Postdienstleistungen		
	Energie		
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur		
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige		

Der DAWI-Rahmen im Land Berlin	Gesamtbetrag für das Land Berlin	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige		



**BETRAUUNGSAKT**

des Landes Berlin,  
vertreten durch die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung,  
Oranienstraße 106, 10969 Berlin,

gegenüber der

Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH,  
Aroser Allee 72-76, 13407 Berlin,

auf der Grundlage

des

**BESCHLUSSES DER KOMMISSION**

vom 20. Dezember 2011

über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind  
(bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2011) 9380)  
(2012/21/EU, ABl. EU Nr. L 7/3 vom 11. Januar 2012)

- „Freistellungsbeschluss“ -,

der

**MITTEILUNG DER KOMMISSION**

vom 11. Januar 2012

über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse  
(2012/C 8/02, ABl. EU Nr. C 8/4 vom 11. Januar 2012),

der

**MITTEILUNG DER KOMMISSION**

vom 11. Januar 2012

Rahmen der Europäischen Union  
für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen  
für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011)  
(2012/C 8/03, ABl. EU Nr. C 8/15 vom 11. Januar 2012)

und der

**RICHTLINIE 2006/111/EG DER KOMMISSION**

vom 16. November 2006

über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. EU Nr. L 318/17 vom 17. November 2006)

**Präambel**

(1) Das Land Berlin ist gemäß § 6 i.V.m. § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991 (BGBl. I S. 886), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2394 („**Krankenhausfinanzierungsgesetz**“)) verpflichtet, einen Landeskrankenhausplan und Investitionspläne aufzustellen, um eine qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, qualitativ hochwertig und eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten und zu sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen.

(2) In Umsetzung dieser Vorgaben hat der Senat des Landes Berlin in seiner Sitzung am 24. November 2015 auf Grundlage von § 6 Abs. 1 und 4 Krankenhausfinanzierungsgesetz i.V.m. § 6 Landeskrankenhausgesetz des Landes Berlin vom 18. September 2011 (GVBl. 2011 S. 483), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes zur Anpassung der Formanforderungen im Berliner Landesrecht vom 02. Februar 2018 (GVBl. S. 160) („**Landeskrankenhausgesetz**“) den Krankenhausplan 2016 des Landes Berlin („**Landeskrankenhausplan**“) beschlossen.

(3) Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH mit Sitz in Berlin, geschäftsansässig Aroser Allee 72-76, 13407 Berlin („**Gesellschaft**“), gegründet auf der Grundlage des Gesetzes zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Unternehmens der städtischen Krankenhäuser vom 30. November 2000 (GVBl. 2000 S. 503) („**Krankenhausunternehmens-Gesetz**“) und eingetragen im Handelsregister bei dem Amtsgericht Charlottenburg unter HRB 77849, ist gemäß § 3 Kran-

kenhausunternehmensgesetzes bzw. § 5 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft in der Fassung vom 1. September 2017 Vermögensnachfolgerin der wie folgt bezeichneten städtischen Krankenhäuser des Landes Berlin:

gem. Krankenhausunternehmens-Gesetz:	gemäß Landeskrankenhausplan:
Krankenhaus am Urban	Standort Klinikum am Urban [KAU], Dieffenbachstraße 1, 10967 Berlin
Auguste-Viktoria-Krankenhaus	Standort August-Viktoria-Klinikum [AVK], Rubensstraße 125, 12157 Berlin
Krankenhaus im Friedrichshain	Standort Klinikum im Friedrichshain [KFH], Landsberger Allee 49, 10249 Berlin
Krankenhaus Hellersdorf	Standort Klinikum Hellersdorf [KHD], Myslowitzer Straße 45, 12621 Berlin, Brebacher Weg 15, 12683 Berlin
Krankenhaus Neukölln	Standort Klinikum Neukölln [KNK], Rudower Straße 48, 12351 Berlin
Krankenhaus Prenzlauer Berg	Standort Klinikum im Friedrichshain [KFH], Fröbelsstraße 15, 10405 Berlin
Krankenhaus Reinickendorf	Standort Humboldt-Klinikum [HUK], Am Nordgraben 2, 13509 Berlin
Krankenhaus Spandau	Standort Klinikum Spandau [KSP], Neue Bergstraße 6, 13585 Berlin
Wenckebach-Krankenhaus	Standort Wenckebach-Klinikum [WBK], Wenckebachstraße 123, 12099 Berlin

## § 1

### Sicherstellungsauftrag, Krankenhaus und Feststellungsbescheid

(1) Nach Maßgabe von § 1 Abs. 1 des Landeskrankenhausgesetzes stellt das Land Berlin die bedarfsgerechte und humane stationäre Versorgung der Bevölkerung in leistungsfähigen und sparsam wirtschaftenden Krankenhäusern im Land Berlin sicher. Dabei handelt es sich um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

(2) Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH ist gemäß Feststellungsbescheid der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales vom 18. Oktober 2016 und den Änderungen nachfolgender Bescheide mit den in Absatz 3 der Präambel aufgeführten Krankenhausstandorten als ein Plankrankenhaus („Krankenhaus“) in den Landeskrankenhausplan mit den dort verzeichneten Einzelfestsetzungen aufgenommen (vgl. Landeskrankenhausplan, Seite 178 bis 191 [Anlage 1]).

## § 2

### Betrautes Unternehmen, Art der Dienstleistungen, Betrauungszeitraum (Zu Art. 4 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Das Land Berlin betraut das von der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH betriebene Krankenhaus in dem durch den Landeskrankenhausplan bzw. den diesen Landeskrankenhausplan ersetzenden Landeskrankenhausplan festgelegten Umfang und an den dort aufgeführten Krankenhausstandorten sowie die in § 2 Abs. 2 bezeichneten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mit der Erbringung der nachstehenden gewährleisteten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Versorgungsgebiet des Landes Berlin, einschließlich der dazu erforderlichen Investitionen:

1. Medizinische Versorgungsleistungen gemäß Landeskrankenhausplan, einschließlich einer
  - medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Versorgung der im Krankenhaus stationär behandelten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen,
  - medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Untersuchung und Behandlung der im Krankenhaus ambulant versorgten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen, mit Ausnahme der Fälle in der Notaufnahme

insbesondere in den Fachbereichen:

- Augenheilkunde
- Chirurgie
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Geriatrie
- Hals-Nasen-Ohrenheilkunde
- Haut- und Geschlechtskrankheiten
- Innere Medizin
- Kinder- und Jugendheilkunde
- Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie
- Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie
- Neurochirurgie
- Neurologie
- Nuklearmedizin
- Psychiatrie und Psychotherapie
- Strahlentherapie
- Urologie

2. stationäre Notfallversorgung gemäß Landeskrankenhausplan, insbesondere an den Standorten

Standort Klinikum am Urban [KAU]	Notfallkrankenhaus
Standort August-Viktoria-Klinikum [AVK]	Notfallkrankenhaus
Standort Klinikum im Friedrichshain [KFH] - Landberger Allee	Notfallzentrum
Standort Klinikum Hellersdorf [KHD] - Myslowitzer Straße	Notfallkrankenhaus
Standort Klinikum Neukölln [KNK]	Notfallzentrum
Standort Humboldt-Klinikum [HUK]	Notfallkrankenhaus
Standort Klinikum Spandau [KSP]	Notfallkrankenhaus
Standort Wenckebach-Klinikum [WBK]	Notfallkrankenhaus

3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen, soweit sie für die Erbringung der DAWI erforderlich sind; hierzu zählen u.a.

- Betrieb von Ausbildungsstätten des Gesundheitswesens
- Betrieb einer Krankenhausapotheke einschließlich der Versorgung von im Krankenhaus ambulant versorgter Patienten mit den im Krankenhaus verarbeiteten Arzneimitteln
- Speiserversorgung für Patienten des Krankenhauses
- Betrieb eines Instituts für Hygiene und Umweltmedizin

(2) Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH ist u.a. an folgenden Unternehmen beteiligt:

- a) Vivantes Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH (100%)
- b) Vivantes Rehabilitation GmbH (70%)
- c) SVL Speiseversorgung und -logistik GmbH (100%)
- d) VivaClean Nord GmbH (100%)
- e) VivaClean Süd GmbH (100%)
- f) Vivantes Service GmbH (100%)
- g) Vivantes - Forum für Senioren GmbH (100%)

- h) Vivantes - MVZ GmbH (100%)
- i) Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH (100%)
- j) Vivantes Hospiz gGmbH (100%)
- k) Vivantes Therapeutische Dienste GmbH (100%)
- l) Labor Berlin - Charité Vivantes Services GmbH (50%)
- m) Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH (50%)

Diese Tochter- und Beteiligungsgesellschaften erbringen teilweise eigene Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 2 Abs. 1 gegenüber Patienten nach Maßgabe der Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen. Teilweise bedient sich das Krankenhaus dieser Tochter- und Beteiligungsgesellschaften zur Erfüllung der ihm obliegenden Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 2 Abs. 1.

Während der Laufzeit der Betrauung können weitere Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in den Anwendungsbereich dieser Betrauung einbezogen werden, wenn diese eigene bzw. für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen.

(3) Daneben erbringt das Krankenhaus sowie die in § 2 Abs. 2 bezeichneten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften Dienstleistungen, die nicht zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zählen u.a.:

- a) Betrieb einer Apotheke für externe Dritte
- b) Lieferung von Arzneimitteln an Apotheken
- c) Lieferung von Speisen und Getränken an externe Dritte
- d) Telefon- und Fernsehgerätevermietung an externe Dritte
- e) Vermietung von Wohnraum an medizinisch nicht indizierte Begleitpersonen von Patienten und an externe Dritte
- f) Ästhetisch-plastische Leistungen ohne therapeutische Zwecke
- g) Radiologie-, Pathologie- und Laborleistungen für externe Dritte
- h) Gestellung von Personal und Sachmittel an angestellte und niedergelassene Ärzte zum Betrieb von Privatambulanzen
- i) Ärztliche und nichtärztliche Wahlleistungen
- j) Gutachtertätigkeiten für Dritte
- k) Verwaltungsdienstleistungen an Tochterunternehmen und fremde Dritte
- l) Vermietung und Verkauf von Großgeräten, Sachanlagen, sonst. Gegenständen
- m) Vermietung von (Teil-)Grundstücken, Gebäuden, Räumen an Tochtergesellschaften und fremde Dritte
- n) Durchführung klinischer Studien
- o) Planung, Organisation und Durchführung von Fachkongressen

Die Leistungen der Vivantes Komfort Klinik GmbH sind vollumfänglich nicht als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse einzuordnen.

(4) Die Betrauung gemäß vorstehendem § 2 Abs. 1 wird mit Bekanntgabe dieses Betrauungsakts gegenüber der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH und ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften wirksam und ist auf einen Zeitraum von 10 Jahren ab Bekanntgabe befristet („Betrauungszeitraum“).

### § 3

#### Berechnung und Änderung der Ausgleichsleistungen

(Zu Art. 5 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Soweit für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durch das Krankenhaus nach § 2 Abs. 1 bzw. durch die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften nach § 2 Abs. 2 erforderlich, kann das Land Berlin auf schriftlichen Antrag der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH hin und nach näherer Maßgabe der Regelungen dieses Betrauungsakts Ausgleichsleistungen gem. Art. 5 des Freistellungsbeschlusses gewähren, insbesondere durch den Ausgleich eines

Jahresfehlbetrags sowie die Gewährung von Investitionszuschüssen oder von Kapitaleinlagen für Investitionsmaßnahmen und weitere vorteilsgewährende Maßnahmen. Aus diesem Betrauungsakt folgt kein Rechtsanspruch der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH auf die Gewährung der Ausgleichsleistung in Form eines Jahresfehlbetragsausgleichs oder von Investitionszuschüssen. Die Bereitstellung liquider Ausgleichsleistungen erfolgt, auch wenn diese für Maßnahmen der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften bestimmt sind, ausnahmslos an die der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH.

(2) Das Land Berlin gewährt zu Beginn der Laufzeit dieser Betrauung Ausgleichsleistungen nur in Form von Kapitalzuführungen, um den erheblichen Sanierungsbedarf an den Krankenhausstandorten, insbesondere am Klinikum Neukölln, abzubauen. Obwohl die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH zum Zeitpunkt der Betrauung ein positives Konzernergebnis erwirtschaftet, kann sie die für die Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen erforderlichen Mittel nicht allein aufbringen bzw. vollständig am Kapitalmarkt finanzieren. Die Mittelzuführung des Landes Berlin versetzt sie überhaupt erst in die Lage, die Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen durchzuführen. Einen Teil der Kosten dieser Maßnahmen stellt die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH durch eigene Finanzierungsmaßnahmen sicher. Die Höhe der maximal vom Land Berlin zu leistenden Kapitalzuführungen ergibt sich dabei aus der genehmigten und fortgeschriebenen Investitionsplanung der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH. Ergibt sich darüber hinaus aus dem nach den gesetzlichen Regelungen von der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH erstellten und beschlossenen Wirtschaftsplan der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH ein Jahresfehlbetrag so kann dieser vom Land Berlin unter Beachtung der Regelungen zur Trennungsrechnung nach § 3 Abs. 4, soweit er sich auf die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse bezieht, ausgeglichen werden. Führt die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach § 2 Abs. 1 und Abs. 2 aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse zum Zeitpunkt der Investitions- bzw. Wirtschaftsplanung zu einem höheren Jahresfehlbetrag oder Investitionsbetrag, kann auch dieser ausgeglichen werden. Die Höhe der jeweiligen Ausgleichsleistung wird gesondert durch das Land Berlin festgelegt.

(3) Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH ist gegenüber dem Land Berlin verpflichtet, einen Nachweis, der den Grundsätzen der Trennungsrechnung entspricht, darüber zu erbringen, dass die Mittel für Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen in Einrichtungen verwendet wurden, in denen die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH bzw. deren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aus dieser Betrauung erfüllt. Die Verwendung der Mittel für Einrichtungen, in denen Dienstleistungen nach § 2 Abs. 3 erbracht werden, soll vermieden werden. Anderenfalls ist in dem Verwendungsnachweis getrennt darzustellen, welche Einrichtungen und Einrichtungsgegenstände auch für Dienstleistungen nach § 2 Abs. 3 verwendet werden und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Bereitstellung von diesen Einrichtungen und Einrichtungsgegenständen zumindest zu kostendeckenden Entgelten erfolgt. Näheres regelt § 4 Abs. 1. Unabhängig davon, ob die Mittel des Landes Berlin als Investitionskostenzuschuss oder als Einzahlung in die Kapitalrücklage gewährt werden, ist sicherzustellen, dass diese in Höhe der jeweiligen Abschreibungen (Investitionszuschüsse) bzw. in einer virtuellen Nebenrechnung (Kapitaleinlage) in entsprechender Höhe aufgelöst werden. Führt die Investitionsmaßnahme zu Instandhaltungsaufwendungen gilt entsprechendes.

(4) Sollte durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen nach § 2 Abs. 1 und Abs. 2 ein Jahresfehlbetrag entstehen geht die Ausgleichsleistung nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verursachten Nettokosten unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns abzudecken. Für die Ermittlung der Nettokosten, der zu berücksichtigenden Kosten und Einnahmen und des angemessenen Gewinns gelten Art. 5 des Freistellungsbeschlusses.

(5) Sofern und soweit bei der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH und deren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften aus der Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtungen in der Betrauung ein Jahresfehlbetrag entsteht, sind sonstige Tätigkeiten im Sinne von § 2 Abs. 3, die keine Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse darstellen, in der Buchführung der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH hinsichtlich der Kosten und Einnahmen, die sich aus der Erbringung der einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 2 Abs. 1 ergeben, getrennt auszuweisen. Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH erstellt hierfür erstmals in dem Planjahr, in dem ein Jahresfehlbetrag infolge der Übernahme der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, eine Trennungsrechnung aus der Erfolgsplanung für das Planjahr und der

testierten Gewinn- und Verlustrechnung für das abgeschlossene Geschäftsjahr. In dieser Trennungsrechnung sind die den einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zuzurechnenden Aufwendungen und Erträge jeweils gesondert auszuweisen. Hierzu müssen die Kosten und Einnahmen sowie ggf. Beträge aus der Auflösung der Kapitalrücklage einerseits für die einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 2 Abs. 1 und andererseits für jede weitere Tätigkeit intern auf getrennten Konten erfasst werden. Alle Kosten und Einnahmen sind den jeweiligen Bereichen nach objektiv gerechtfertigten und einheitlich angewandten Kostenrechnungsgrundsätzen zuzuordnen. Die zugrunde gelegten Kostenrechnungsgrundsätze müssen eindeutig bestimmt sein. Über die Zuordnung der Kosten und Einnahmen zu den jeweiligen Bereichen und über die dabei angewandten Kostenrechnungsgrundsätze, insbesondere über die Maßstäbe für die Schlüsselung solcher Kosten und Einnahmen, führt die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH Aufzeichnungen. Des Weiteren ist bei der Einstellung von für die Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 2 Abs. 1 berücksichtigungsfähigen Kosten in die Trennungsrechnung, insbesondere für Infrastrukturkosten i.S.d. Art. 5 Abs. 3 lit. d) des Freistellungsbeschlusses, von der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH darzulegen, dass diese Kosten für die Erbringung von Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 2 Abs. 1 erforderlich waren. Des Weiteren ist Art. 5 Abs. 9 des Freistellungsbeschlusses zu berücksichtigen. Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH wird die Trennungsrechnung dem Land Berlin zur vertraulichen Kenntnisnahme übermitteln.

#### § 4

#### Kontrolle hinsichtlich einer möglichen Überkompensation (Zu Art. 6 des Freistellungsbeschlusses)

(1) Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses für die Gewährung von Ausgleichsleistungen während des gesamten Zeitraums der Betrauung des von der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH betriebenen Krankenhauses sowie den Tochter- und Beteiligungsgesellschaften erfüllt werden und insbesondere durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 2 Abs. 1 und Abs. 2 entsteht, führt die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH den Nachweis über die Verwendung der Mittel, die das Land Berlin regelmäßig sowie am Ende des Betrauungszeitraums kontrolliert. Dies geschieht zumindest nach Ablauf von 3 Jahren nach der Bekanntgabe der Betrauung sowie am Ende des Betrauungszeitraums durch einen, durch einen Wirtschaftsprüfer nach Maßgabe der einschlägigen handelsrechtlichen und den Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung zu testierenden Jahresabschluss der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH sowie durch die gemäß § 3 Abs. 5 aufzustellende und unabhängig von der Jahresabschlussprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfende Trennungsrechnung. Im Hinblick auf einen Investitionszuschuss bzw. eine Kapitalmaßnahme zur Finanzierung einer Investition kontrolliert das Land Berlin ergänzend die Schlussrechnung über die von der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH für das Krankenhaus durchgeführten Maßnahmen.

(2) Hat die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH für das Krankenhaus einen höheren Ausgleich oder Investitionszuschuss bzw. eine Kapitalmaßnahme zur Finanzierung einer Investition erhalten, als nach § 3 vorgesehen, fordert das Land Berlin die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH zur Rückzahlung der Überkompensation auf. Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH ist verpflichtet, eine Überkompensation unverzüglich, spätestens nach schriftlicher Aufforderung durch das Land Berlin zurückzuerstatten. Einwendungen und Einreden gegen den Rückerstattungsanspruch begründen kein Zurückbehaltungsrecht der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH und hindern nicht die Geltendmachung des Rückerstattungsanspruchs durch das Land Berlin.

(3) Übersteigt die Überkompensation zum Zeitpunkt der ersten Zwischenkontrolle nach § 4 Abs. 1 den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich von maximal 3 aufeinanderfolgenden Jahren nicht um mehr als 10 % p.a., kann die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH diese auf den nächsten Überprüfungszeitraum übertragen und von der für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleichsleistung abziehen. Eine solche Ermittlung ist auch am Ende des Betrauungszeitraums vorzunehmen. Eine hierbei festgestellte Überkompensation kann unter Berücksichtigung der Regelung in Satz 1 in einen nachfolgenden Betrauungszeitraum übertragen werden, sofern es eine Anschlussregelung gibt (§ 6 Abs. 3). Anderenfalls ist der überkompensierte Betrag an das Land Berlin zu erstatten.

### § 5

#### Vorhalten von Unterlagen

(Zu Art. 8 des Freistellungsbeschlusses)

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von mindestens zehn (10) Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren und verfügbar zu halten.

### § 6

#### Beendigung und Änderung der Betrauung aus wichtigem Grund

(1) Das Land Berlin kann diese Betrauung, auch für einzelne Dienstleistungen, widerrufen, wenn hierfür durch die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH ein wichtiger Grund geschaffen wird, der eine Fortsetzung der Betrauung für das Land Berlin unzumutbar macht. Ein wichtiger Grund im Sinne dieser Bestimmung liegt insbesondere dann vor, wenn die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH die ihr als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zugewiesenen Aufgaben nicht mehr - rechtlich oder tatsächlich - erfüllen kann. Die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH hat gegen das Land Berlin ihrerseits einen Anspruch auf Widerruf der Betrauung durch das Land Berlin, wenn das Land Berlin hierfür einen wichtigen Grund schafft. Die beabsichtigte Erklärung eines Widerrufs bzw. die Geltendmachung des Anspruchs auf Widerruf der Betrauung ist schriftlich unter Anführung von Gründen der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH bzw. dem Land Berlin mitzuteilen und Gelegenheit zur Stellungnahme oder zur Beseitigung des wichtigen Grundes in angemessener Zeit zu geben. Der Widerruf der Betrauung nach diesem Absatz 1 erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen, jedoch mit einer Frist von zwölf Monaten zum Jahresende.

(2) Die Betrauung endet unbeschadet des vorstehenden Absatz 1, wenn das Land Berlin Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die Gegenstand dieser Betrauung sind, aus zwingenden Gründen (Gesetz, Rechtsprechung, sonstige zwingende Rechtsakte) nach anderen, mit dieser Betrauung unvereinbaren Rechtsvorschriften regeln muss oder diese Betrauung gegen höherrangiges Recht verstößt. Gilt dies nur für einzelne Dienstleistungen, Einzelpflichten dieser Betrauung oder Teile von Einzelpflichten dieser Betrauung, so wird die Betrauung im Übrigen fortgesetzt. In dem Fall, in dem eine Beendigung der Betrauung nach diesem Absatz 2 eintritt, ist das Land Berlin zu dem Zweck, die Wirksamkeit der Betrauung aufrechtzuerhalten, berechtigt, diese Betrauung durch schriftliche Erklärung (z.B. durch Neuerlass, Ergänzungsbescheid etc.) gegenüber der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH nachträglich zu ändern.

(3) Das Land Berlin und die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH werden spätestens 2 Jahre vor dem Auslaufen dieser Betrauung Gespräche über eine Anschlussregelung aufnehmen.

### § 7

#### Subsidiarität der Betrauung, Unwirksamkeit, weitere Regelungen

(1) Die Inhalte dieser Betrauung führen nicht zu einer Veränderung bestehender gesetzlicher oder vertraglicher oder sonstiger Weise begründeter Rechte und Pflichten zwischen dem Land Berlin und der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH. Behördliche Genehmigungs- oder Aufsichtsverfahren werden durch diese Betrauung weder ersetzt noch geregelt.

(2) Im Falle der Unwirksamkeit dieser Betrauung wird die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH die in diesem Betrauungsakt niedergelegten Anforderungen gleichwohl erfüllen, bis eine gleichwertige Regelung getroffen oder die Betrauung nach Maßgabe dieses Betrauungsaktes beendet ist.

(3) Das Land Berlin behält sich die nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen oder Nebenbestimmungen zu diesem Betrauungsakt ebenso wie abweichende oder ergänzende Regelungen durch gesonderte rechtsbehelfsfähige Bescheide vor.

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist die Klage vor dem Verwaltungsgericht zulässig. Sie ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten oder in elektronischer Form mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen (vgl. hierzu [www.Berlin.de/erv](http://www.Berlin.de/erv))





# Brandenburg

Potsdam, den 27. April 2020

**Mitteilung**  
**des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie**  
**des Landes Brandenburg**  
**an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Betreff: Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:  
Berichterstattung nach dem DAWI-Beschluss von 2012 und dem DAWI-Rahmen von 2012

Bezug: Schreiben der Europäischen Kommission vom 29.01.2020  
Schreiben des BMWI vom 3.02.2020

**ANLAGE 1**

**Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse: Hinweise für die Berichterstattung nach dem DAWI-Beschluss von 2012 und dem DAWI-Rahmen von 2012**

**1. ÜBERSICHT ÜBER DIE AUSGABEN**

Bitte füllen Sie die nachfolgende Tabelle aus:

<b>Gesamtausgaben im Land für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (in Mio. EUR) nach Rechtsgrundlage</b>		
	2018	2019
<i><b>Gesamtausgleich für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (1+2)</b></i>	89,48021 Mio. EUR	124,145292 Mio. EUR
1) Gesamtausgleich auf der Grundlage des DAWI-Beschlusses	89,48021 Mio. EUR	124,145292 Mio. EUR
2) Gesamtausgleich auf der Grundlage des DAWI-Rahmens		

**2. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-BESCHLUSSES VON 2012**

**Bitte untergliedern Sie diesen Teil Ihres Berichts in folgende Abschnitte:**

- 1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)
- 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)
  - a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege
  - b) Kinderbetreuung
  - c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
  - d) Sozialer Wohnungsbau
  - e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen
  - f) Sonstige soziale Dienstleistungen (sofern zutreffend)
- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze
- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze
- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)
  - a) Postdienstleistungen
  - b) Energie
  - c) Müllabfuhr
  - d) Wasserversorgung
  - e) Kultur
  - f) Finanzdienstleistungen
  - g) Sonstige Wirtschaftszweige (bitte angeben)

Bitte machen Sie zu jedem der obengenannten Punkte Angaben in der nachstehenden Tabelle:

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
2c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betreuung erfolgte.</b>
Die Betrauungen erfolgten in folgenden Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• sozialpädagogische Betreuung und fachliche Anleitung in Sozialbetrieben;</li> <li>• Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt;</li> <li>• Organisation von Betreuungs- und Trainingsmöglichkeiten.</li> </ul>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betreuung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Die Betreuung erfolgt im Rahmen eines Zuwendungsbescheids (Verwaltungsakt) nebst entsprechender Anlage.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt höchstens 36 Monate.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Die Förderungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen <del>und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</del>

Der Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des jeweiligen Wirtschaftsplans. Die Net-avoided-cost-Methode findet Anwendung.

**Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

Die Kontrolle erfolgt durch die Mittelanforderungs-/Verwendungsnachweisprüfung. Soweit die Prüfung der Bewilligungsbehörde über die sachgerechte Verwendung der an den Zuwendungsempfänger in Gestalt der Zuwendung gezahlten Vergütung ergibt, dass die Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus der Erbringung der DAWI die Nettokosten übersteigen (Überkompensation), wird der überschüssige Betrag gleichzeitig mit der Mitteilung des Prüfergebnisses von dem Zuwendungsempfänger zurückgefordert. Dies gilt nicht, soweit sich die Überkompensation maximal auf bis zu 10% des ausgleichsfähigen Betrages beläuft. In diesem Fall wird der überhöhte Betrag, der 10 % nicht übersteigt, auf das nachfolgende Kalenderjahr derart angerechnet, dass die dafür vorgesehene Ausgleichsleistung um 10 % gemindert wird.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für ein Unternehmen werden nicht gewährt.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

Bitte den **Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)**<sup>6</sup> in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.

2018	2019
0,22473 Mio. EUR	0,168434 Mio. EUR
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
2018	2019
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
2018	2019
0,22473 Mio. EUR	0,168434 Mio. EUR
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
2018	2019
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>	
2 d) Sozialer Wohnungsbau	
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b>	
<p>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b></p>	
<p>Es erfolgten Betrauungen mit folgenden Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhalt und Schaffung sanierter, preisgünstigerer Wohnungsangebote, die auf die Entlastung angespannter Wohnungsmärkte abzielen;</li> <li>• Schaffung von Wohnraum durch Neubau, Wiederherstellung oder Modernisierung und Instandsetzung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungsversorgungs Zwecken.</li> </ul> <p>Die Maßnahmen zielen auf die Schaffung und Sicherung bezahlbaren Wohnraums ab. Zudem beinhalten einige Maßnahmen die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse sowie die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser, mit dem Ziel die Wohnnebenkosten zu senken. Zielgruppe sind Personen mit niedrigen Einkommen, die allein erhebliche Schwierigkeiten haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt zu versorgen, sowie ältere Personen, welche durch barrierefreie Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohnqualitäten, z.B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen unterstützt werden können. Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung wird auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung, vereinbart.</p>	
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>	

Die Betrauungen erfolgen zum einen in einem Darlehensvertrag und zum anderen auf gesetzlichen Grundlage in Form von Richtlinien. Bei zweiten Betrauungsform werden die Unternehmen, die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung erhalten, mit einer klar definierten gemeinwohlorientierten Verpflichtung betraut.

**Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)** und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeit (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet**. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Die Betrauungsdauer beträgt 20 Jahre. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus sind erhebliche Investition seitens des Dienstleistungserbringers erforderlich, die nach allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen über einen längeren Zeitraum abgeschrieben werden müssen. Nach Erwägungsgrund 12 des DAWI-Beschlusses wird der soziale Wohnungsbau auch explizit als Beispiel genannt, wann eine Anwendung des Beschlusses aufgrund der hohen Investitionssumme nicht auf höchstens zehn Jahre beschränkt werden muss.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Die Förderungen werden in Form von zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen für anteilige Baufinanzierung oder zu Darlehen sowie die Übernahme von Bürgschaften oder durch eine Kombination dieser Förderinstrumente gewährt.

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Einen typischen Ausgleichsmechanismus gibt es nicht. Es findet sowohl die Kostenallokationsmethode als auch die Net-avoided-cost-Methode Anwendung.

**Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

Die Kontrolle der Förderungen erfolgt zum einen im Wege der Verwendungsnachweisprüfung. Zum anderen wird die Bemessung der Ausgleichszahlungen in den veröffentlichten Förderprogrammen geregelt. In diesem Rahmen werden von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Unternehmen werden nicht gewährt.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
Bitte den <b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
67,545 Mio. EUR	99,461 Mio. EUR
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1,475 Mio. EUR	1,591 Mio. EUR
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
85 % Darlehen, 15 % Zuschüsse	84 % Darlehen, 16 % Zuschüsse
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
2 e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>



Die Betrauung erfolgt in Form der Projektförderung „Familienbildung im Land Brandenburg – Auskommen mit dem Einkommen“ der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. Es werden ein niedrigschwelliges Angebot in Form einer Vortrags-Reihe (Seminare) sowie einer entsprechenden Broschüre („Schlaue Spartipps für Familien“) für Familien und einkommensschwache Haushalte zur Stärkung der Haushalts- und Wirtschaftskompetenz bereitgestellt. Die Teilnahme an den Seminaren sowie die Broschüre sind kostenfrei.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Die Betrauung erfolgt im Rahmen eines Zuwendungsbescheids.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauung erfolgt im Rahmen des Zuwendungsbescheides.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Die Zuwendung wird in Form der Vollfinanzierung als Zuschuss gewährt.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen</b> .
Den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben liegt der Finanzierungsplan zugrunde. Dieser ist verbindlich. Änderungen bedürfen der Zustimmung der Bewilligungsbehörde. Nicht benötigte Haushaltsmittel sind gemäß der Auflage in den Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheids unverzüglich zurückzuzahlen.
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.
Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Unternehmen werden nicht gewährt.
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>

Bitte den <b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,043 Mio. EUR	0,043 Mio. EUR
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,043 Mio. EUR	0,043 Mio. EUR
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>	
4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze	
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b>	
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>	

<p>Es erfolgten Betrauungen in folgenden Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherstellung, Förderung und Verbesserung des zivilen Luftverkehrs zur besseren Erreichbarkeit der Region durch Betrieb eines Flugplatzes;</li> <li>• Erhalt und Ausbau der dafür erforderlichen Infrastruktur;</li> <li>• Allgemeine Beratung von öffentlichen Einrichtungen zu Fragen der Luftverkehrswirtschaft;</li> <li>• Öffentlichkeitsarbeit zu flugplatzrelevanten Themen.</li> </ul>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>
<p>Die Betrauungen erfolgen mittels kommunalem Beschluss und Verwaltungsakt.</p>
<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>
<p>Der Betrauungszeitraum beträgt zehn Jahre.</p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>
<p>Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.</p>
<p>Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?</p>
<p>Die Förderungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.</p>
<p>Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>

<p>Bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.</p>
<p><b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b></p>
<p>Die Kontrolle erfolgt durch die Verwendungsnachweisprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses. Die Angaben des Beihilfenberichtes werden durch den mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragten Wirtschaftsprüfer geprüft.</p>
<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>
<p>Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Unternehmen werden nicht gewährt.</p>
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>

Bitte den <b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)</b> in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0, 565288 Mio. EUR	0, 588117 Mio. EUR
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5 g) sonstige Wirtschaftszweige (Verbraucherschutz)
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>

<p>Es erfolgten Betrauungen mit folgenden Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Verbraucherzentralen;</li> <li>• Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu allen Fragestellungen und Themen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher und ihre Haushalte betreffen;</li> <li>• die Wahrnehmung kollektiver Rechtsschutzinstrumente im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher bei Verstößen gegen verbraucherschützende Vorschriften sowie zur Unterbindung von Geschäftspraktiken, die den Verbraucherinteressen entgegenlaufen;</li> <li>• Wahrnehmung der Rechte der einzelnen Verbraucherinnen und Verbraucher soweit es sich um die Vertretung in gerichtlichen Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung für eine Vielzahl von Verbraucherinnen und Verbraucher handelt;</li> <li>• Durchführung von Maßnahmen und Projekten sowie die Schaffung von Angeboten zur Verbraucherberatung und im Bereich der Verbraucherbildung;</li> <li>• die anbieterunabhängige Vertretung der Interessen der Brandenburger Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber der Gesetzgebung, Verwaltung und gegenüber Wirtschaft und Wirtschaftsverbänden.</li> </ul>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>
<p>Die Betrauung erfolgt im Rahmen des Zuwendungsbescheides.</p>
<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>
<p>Die Betrauung erfolgt für die Dauer eines Jahres.</p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>
<p>Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.</p>
<p>Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?</p>
<p>Die Förderungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.</p>
<p>Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>

<p>Bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.</p>
<p>Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen</b>.</p>
<p>Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise und Trennungsrechnung, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses. Dies wird als Nebenbestimmung zum Zuwendungsbescheid geregelt. Es wird zudem besonders darauf hingewiesen, dass Rücklagen nicht gebildet werden dürfen. Nicht verbrauchte Mittel können somit zurückgefordert werden.</p>

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Unternehmen werden nicht gewährt.

### Höhe der gewährten Beihilfen

Bitte den **Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)** in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.

2018	2019
2,303 Mio. EUR	2,314 Mio. EUR

A: Von nationalen Behörden ausgezahlter **Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)**

2018	2019

B: Von regionalen Behörden ausgezahlter **Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)**

2018	2019

C: Von lokalen Behörden ausgezahlter **Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)**

2018	2019

**Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument** (Zuschuss, Garantie usw.) (falls

verfügbar)

2018	2019
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)	
2018	2019

**Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)**

5 g) sonstige Wirtschaftszweige (Betrieb von Tierparks (Naturerbe))

**Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land**

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**.

Es erfolgten Betrauungen mit folgenden Maßnahmen:

- Bildung des Natur- und Artenschutzes, der Erholung sowie der Forschung;
- Unterhaltung von den dazugehörigen Parkanlagen;
- Sicherung der zoopädagogischen Tätigkeiten der Tierparks.

Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung**. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Die Betrauungen erfolgten mittels Verwaltungsakt, teilweise durch kommunalen Beschluss.

**Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)** und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet**. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Eine typische Betrauungsdauer gibt es nicht. Die Betrauungsdauer liegt zwischen einem und fünf Jahren.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Die Förderungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.

**Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

Die Kontrolle erfolgt im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise und durch Trennungsrechnungen im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses. Sollte im Rahmen dieser Prüfung festgestellt werden, dass überschüssige Beträge ausgezahlt wurden, so werden diese zurückgefordert. Teilweise wird bei Betrauungen auch eine Höchstgrenze der Fördergrenze festgelegt.

<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<p>Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Unternehmen werden nicht gewährt.</p>	
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>	
<p>Bitte den <b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)</b> in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1,982 Mio. EUR	2,02 Mio. EUR
<p>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1,982 Mio. EUR	2,02 Mio. EUR
<p><b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b></p>	
<p>verfügbar)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b></p>	
<p>5 g) sonstige Wirtschaftszweige (Betrieb von Hallen- und Freizeitbädern)</p>	



**Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land**

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**.

Es erfolgten Betrauungen mit folgenden Maßnahmen:

- Errichtung, Unterhaltung (Sanierung) und Betrieb des, den Erholungs-, Therapie-, Sport- und Freizeitzwecken der Bevölkerung dienenden, Hallenbäder einschließlich der Bereitstellung des Bades für Schul- und Vereinsschwimmen zu jeweils sozialverträglichen Eintrittspreisen;
- Bereitstellung von ausreichenden Kapazitäten für Schulschwimmen sowie Breiten- und Vereinssport;
- Anbieten von gesundheitsorientierten Leistungen.

Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung**. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Die Betrauungen erfolgten mittels Verwaltungsakt, teilweise durch kommunalen Beschluss.

**Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)** und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet**. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Die Betrauungsdauer beträgt meistens zehn Jahre, vereinzelt ein Jahr.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Die Förderungen werden in Form von Zuschüssen gewährt, vereinzelt auch in Form von Bürgschaften.

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.

Typische **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**.

Die Kontrolle erfolgt im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise und durch Trennungsrechnungen im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses. Sollte im Rahmen dieser Prüfung festgestellt werden, dass überschüssige Beträge ausgezahlt wurden, so werden diese zurückgefordert. Vermehrt werden bei der Überkompensation von maximal 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichssumme dieser auf den für das nächste Jahr zu gewährenden Ausgleich angerechnet werden.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Unternehmen werden nicht gewährt.

#### Höhe der gewährten Beihilfen

Bitte den **Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)** in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.

2018	2019
4,9814 Mio. EUR	6,0261 Mio. EUR
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
2018	2019
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
2018	2019
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
2018	2019
4,9814 Mio. EUR	6,0261 Mio. EUR
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

verfügbar)

2018	2019
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)	
2018	2019

2,51 Mio. EUR (Ausfallbürgschaften)	2,17 Mio. EUR (Ausfallbürgschaften)
-------------------------------------	-------------------------------------

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5 g) sonstige Wirtschaftszweigen (Wirtschaftsförderung)
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
<p>Es erfolgten Betrauungen mit folgenden Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Errichtung (einschließlich Erwerb vorhandener Gebäude) und/oder den Ausbau und den Betrieb von Biotechnologie-, Life-Science- und Gründerzentren;</li> <li>• Zurverfügungstellung von Infrastruktur- und Gemeinschaftseinrichtungen zur Erweiterung und Stabilisierung der Tätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen der Life Science Branche;</li> <li>• Durchführung vorbereitender planerischer Maßnahmen;</li> <li>• Standortmarketing;</li> <li>• wirtschaftliche Beratung von Unternehmer/innen sowie allgemeine Beratung über die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Förder- und Finanzierungsmitteln;</li> <li>• Mitgestaltung und Moderation der Kommunikation zwischen Unternehmer/innen und den Fachbereichen des Landkreises;</li> <li>• Öffentlichkeitsarbeit für den Wirtschaftsstandort;</li> <li>• Durchführung von Maßnahmen, Aktionen und Projekte, die der Sicherung und Ausweitung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes dienen.</li> </ul>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Eine typische Betrauungsform gibt es nicht. Die Betrauung erfolgt entweder im Rahmen des Zuwendungsbescheides oder mittels Verwaltungsakt durch kommunalen Beschluss.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt zehn Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Die Förderungen werden in Form von Zuschüssen gewährt, vereinzelt auch in Form von Bürgschaften.

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Einen typischen Ausgleichsmechanismus gibt es nicht. In der Regel wird ein jährlicher Verlustausgleich auf der Grundlage der Wirtschaftspläne der Unternehmen und einer Trennungsrechnung durchgeführt. Ganz überwiegend findet die Kostenallokationsmethode Anwendung, vereinzelt die Net-avoided-cost-Methode.

**Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise und Trennungsrechnung, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses. Im Falle einer Überkompensation wird der überschüssige Betrag zurückgefordert. Vereinzelt wird geregelt, soweit sich die Überkompensation maximal auf bis zu 10% des ausgleichsfähigen Betrages beläuft, der überhöhte Betrag, der die 10 % nicht übersteigt, auf das nachfolgende Kalenderjahr derart angerechnet wird, dass die dafür vorgesehene Ausgleichsleistung um 10 % gemindert wird.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Unternehmen werden nicht gewährt.

#### **Höhe der gewährten Beihilfen**

Bitte den **Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)** in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.

<b>2018</b>	<b>2019</b>
1,325743 Mio. EUR	1,633241 Mio. EUR
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	

2018	2019
1,325743 Mio. EUR	1,633241 Mio. EUR
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

verfügbar)

2018	2019
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)	
2018	2019

#### **Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)**

5 g) sonstige Wirtschaftszweigen (Tourismusförderung)

#### **Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land**

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**.

Es erfolgten Betrauungen mit folgenden Maßnahmen:

- Schaffung einheitlicher Tourismusmarketingkonzepte (allgemeine Destinationsmarketing), strategische Marketingplanung und Marktanalyse;
- Ausbau bestehenden Marktangebote im jeweiligen regionalem Umfeld;
- Erhaltung und Weiterentwicklung vorhandener touristischer Infrastruktur;
- Betrieb von Informationseinrichtungen;
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Tourismuswirtschaft der Regionen
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen mit kultureller, sportlicher sozialer und allgemeinwirtschaftlicher Zielsetzung
- Erhalt, Ausbau und Betrieb eines Museums und Industriedenkmals;
- Betrieb einer Jugendherberge;
- Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regional verankerten Akteuren, um diese Region als eine Wirtschafts-, Wissenschafts-, Bildungs- und Tourismusregion weiter zu entwickeln;
- Wahrnehmung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zur Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Region.

Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Eine typische Betrauungsform gibt es nicht. Die Betrauung erfolgt in den meisten Fällen im Rahmen des Zuwendungsbescheides oder mittels Verwaltungsakt, teilweise durch kommunalen Beschluss. Vereinzelt erfolgt die Betrauung auch durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Eine typische durchschnittliche Betrauungsdauer lässt sich nicht feststellen. Die Betrauungsdauer beträgt zwischen einem Jahr bis zu zehn Jahren.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche und besondere Rechte werden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Die Förderungen werden in Form von Zuschüssen, vereinzelt auch in Form von Darlehen oder Bürgschaften gewährt.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

  

Einen typischen Ausgleichsmechanismus gibt es nicht. In der Regel wird ein jährlicher Verlustausgleich auf der Grundlage der Wirtschaftspläne der Unternehmen und einer Trennungsrechnung durchgeführt. Ganz überwiegend findet die Kostenallokationsmethode Anwendung, vereinzelt die Net-avoided-cost-Methode.
<b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>
Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise und Trennungsrechnung, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses. Im Falle einer Überkompensation wird die Überförderung zurückgefordert. Vereinzelt wird dies vertraglich oder als Nebenbestimmung zum Zuwendungsbescheid geregelt. Hierbei wird festgelegt, dass alle Einnahmen, die mit DAWI erzielt werden, anzurechnen sind bzw. Fehlbeträge aus Nicht-DAWI nicht ausgeglichen werden dürfen.
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfengewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro für ein Unternehmen werden nicht gewährt.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
Bitte den <b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfe (in Mio. EUR)</b> in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
10,510049 Mio. EUR	11,8914 Mio. EUR
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
6,276049 Mio. EUR	6,9514 Mio. EUR
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
12,4852 Mio. EUR (Ausfallbürgschaften)	13,8944 Mio. EUR (Ausfallbürgschaften)

### 3. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-RAHMENS VON 2012

**Bitte untergliedern Sie diesen Teil Ihres Berichts in folgende Abschnitte:**

Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR, die nicht unter den DAWI-Beschluss fallen (bitte geben Sie ggf. an, mit welchem Beschluss die Kommission die jeweilige Maßnahme genehmigt hat):

- i) Postdienstleistungen
- ii) Energie

- iii) Müllabfuhr
- iv) Wasserversorgung
- v) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen über der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze
- vi) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen über der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze
- vii) Kultur
- viii) Finanzdienstleistungen
- ix) Sonstige Wirtschaftszweige (bitte angeben)



Bitte machen Sie zu jedem der obengenannten Punkte Angaben in der nachstehenden Tabelle:

<b>Abschnitt (z. B. iii) Müllabfuhr oder viii) Finanzdienstleistungen)</b>
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erläutern Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode

zugrunde gelegt wird.	
Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Randnummer 60 des DAWI-Rahmens von 2012) erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
Bitte den <b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> in die jeweils zutreffende Spalte eintragen.	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
A: Von zentralen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

zutreffend)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

#### 4. BESCHWERDEN DRITTER

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

#### 5. SONSTIGE FRAGEN

a) Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

--

- Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;
- Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;

- Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;
- regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Durchführung einer öffentlichen Konsultation im Einklang mit Randnummer 14 des DAWI-Rahmens;
- – Einhaltung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen im Einklang mit Randnummer 19 des DAWI-Rahmens;
- – Berechnung der Nettokosten nach der Net-avoided-cost-Methode im Einklang mit den Randnummern 25 bis 27 des DAWI-Rahmens;
- – Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit den Randnummern 33 bis 38 des DAWI-Rahmens.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, für den die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

- b) Sollten Sie Anmerkungen zu Aspekten der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens haben, die nicht durch unsere Fragen abgedeckt werden, können Sie nachstehend gerne darauf eingehen.

Im Berichtszeitraum wurden weiterhin – insoweit liegen keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vor – Ausfallbürgschaften insgesamt bis zu einer Höhe von 14,9952 Mio. EUR (2018) bzw. 16,0644 Mio. EUR (2019) gewährt.



Der DAWI-Beschluss in Brandenburg		Gesamtbetrag für Brandenburg	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege		
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	0,22473 Mio. EUR	0,168434 Mio. EUR
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau	67,545 Mio. EUR	99,461 Mio. EUR
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen	0,043 Mio. EUR	0,043 Mio. EUR
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen	0,565288 Mio. EUR	0,588117 Mio. EUR
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen		
	Energie		
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur		
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige	21,102192 Mio. EUR	23,884741 Mio. EUR

# Freie Hansestadt Bremen

## 1. ÜBERSICHT ÜBER DIE AUSGABEN

[s. Excel-Tabelle]

## 2. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-BESCHLUSSES VON 2012

### Abschnitt

#### 1 - Krankenhäuser

#### Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup>

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**.

Die Betrauungen umfassen insbesondere:

- Medizinische Versorgungsleistungen, z.B.
  - Medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der stationär behandelten Patienten und Patientinnen mit allen dazugehörigen Einzelleistungen.
  - Medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchungen und Behandlungen der ambulant versorgten Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen, soweit eine solche ambulante Behandlung zum Leistungsangebot eines Krankenhauses der Maximalversorgung gehört.
  - Notfalldienste, z.B. Gewährleistung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft; Bereitstellung von Notärzten/-ärztinnen.
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundenen Nebenleistungen, z.B.
  - Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Krankenhausberufen.
  - Ausbildung von Medizinstudent/-innen im Praktischen Jahr im Rahmen der Anerkennung als akademisches Lehrkrankenhaus.
  - Betrieb von Krankenhausapotheken.

<p>– Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige, Besucher/-innen und Patient/-innen.</p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>
<p>Beschluss des kommunalen Entscheidungsträgers; Verwaltungsakt.</p>
<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>
<p>Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.</p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>
<p>Ausschließliche oder besondere Rechte wurden nicht gewährt.</p>
<p>Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?</p>
<p>Bürgschaften, Darlehen (Kontokorrentkredit), Kapitalzuführung, Schuldübernahme.</p>
<p>Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>
<p>Die maximale Ausgleichshöhe wird zB auf der Grundlage des Jahreswirtschaftsplans unter Anwendung einer Kostenallokationsmethode ermittelt.</p>
<p>Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen</b>.</p>
<p>Die Begünstigten sind verpflichtet, jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel zu führen. Dies geschieht im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses, wobei eine Trennungsrechnung geführt wird. Ergibt sich eine Überkompensation von mehr als 10% des auszugleichenden Betrags, so ist diese zurückzuerstatten. Eine Überkompensation von bis zu 10% kann auf den nächstfolgenden Zeitraum übertragen werden.</p>



<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<p>Soweit Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt werden, ist die Transparenz insbesondere über die Veröffentlichung der Haushaltspläne sowie die Gremienbeschlüsse der Gebietskörperschaft gewährleistet.</p>	
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>	
<p><b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b><sup>6</sup>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
124,8	100,2
<p><b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)<sup>10</sup></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

<b>Abschnitt</b>
<b>Abschnitt 2c – Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt</b>
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
<p>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b>.</p>
<p>Gegenstand ist der Betrieb eines Ausbildungsrestaurants durch einen Bildungsträger für berufliche Bildung.</p> <p>Benachteiligten Personengruppen wird auf diesem Wege ermöglicht, an hochwertiger Qualifikation im gastronomischen Bereich partizipieren zu können. Die Finanzierung des Betriebs kann über Gästeeinnahmen allein nicht sichergestellt werden.</p> <p>Die Betrauung beinhaltet folgende Dienstleistungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Teilzeitausbildung in der Gastronomie, insbesondere für Alleinerziehende, die ansonsten in der Gastronomie keine Ausbildungsmöglichkeiten finden würden.</li> <li>– Ausbildung von Flüchtlingen und/oder Migranten, die aufgrund sprachlicher und/oder kultureller Hemmnisse nicht für eine so kommunikative Ausbildung in Betracht kämen.</li> <li>– Ausbildung und Qualifizierung von marktbenachteiligten teilnehmenden, die wegen multipler Vermittlungshemmnisse auf den ersten Ausbildungsmarkt nicht zum Zuge gekommen sind.</li> <li>– Ausbildung und Qualifizierung von Teilnehmenden mit Lernbehinderung</li> <li>– Möglichkeit für SchülerInnen, aus prekären familiären Verhältnissen berufliche Einblicke in die Gastronomie zu erhalten.</li> <li>– Möglichkeit des Erwerbs von Teilqualifikationen für ältere Menschen (50+).</li> </ul>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>

Verwaltungsakt
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Darlehen (Kontokorrentkredit).
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
<p>Die Höhe des ausgleichsfähigen Jahresfehlbetrages ergibt sich aus dem jeweiligen Jahres-Wirtschaftsplan.</p> <p>Führen unvorhergesehene Ereignisse zu höheren nicht gedeckten Kosten, können auch diese ausgeglichen werden.</p> <p>Die Ausgleichszahlung darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken („Nettomehrkosten“). Die Berechnung erfolgt nach der Kostenallokationsmethode:</p> <p>Die Nettomehrkosten werden auf Basis der Ist-Daten zur Abgrenzung der ideellen Sphäre und zu dem sonstigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ermittelt. Hierfür werden die insgesamt im Jahresabschluss ausgewiesenen handelsrechtlichen Aufwendungen und Erträge für die Sonstigen Bereiche bereinigt.</p> <p>Bei den Aufwendungen sind die Gemeinkosten zu berücksichtigen, die anteilmäßig auf den Betriebszweig entfallen.</p> <p>Daneben darf der Betrieb eine angemessene Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital erzielen, die nicht zu einem Überschreiten der Nettomehrkosten führt.</p>

Soweit Fehlbeträge aus dem sonstigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb entstehen sollten, erfolgt insoweit kein Ausgleich.	
Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.	
<p>Das betraute Unternehmen führt jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses. Die Behörde ist zudem berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen überprüfen zu lassen.</p> <p>Ergibt die Prüfung eine Überkompensation von maximal 10%, so kann dieser Betrag auf den nächstfolgenden Zahlungszeitraum übertragen und von dem für diesen nächsten Zahlungszeitraum geleisteten Verlustausgleich abgezogen werden. Ergibt die Überprüfung eine Überkompensation von mehr als 10% der für das Prüfungsjahr ausgeglichenen Mittel, wird die Leistungserbringerin zur Rückzahlung des überhöhten Betrages aufgefordert.</p>	
<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
Es wurden keine Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR gewährt.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.</b> Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. <b>(A+B+C)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,5	0,5
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

<b>Abschnitt</b>
2d - Sozialer Wohnungsbau
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
<p>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b>.</p>
<p>Es erfolgen Betrauungen mit Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können (insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung). Die Zielgruppen sind weit überwiegend über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss. Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungsversorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohnqualitäten, z.B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen. Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung kann auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung, vereinbart werden. Der Erbringer der Dienstleistung (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.</p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>

Die Betrauungen erfolgen mittels öffentlich-rechtlicher Verträge.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer 20 Jahre. Da die Laufzeit der Darlehen für den Mietwohnungsbau 20 Jahre grundsätzlich nicht unterschreitet, liegt die Dauer der Betrauungen einheitlich bei 20 Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Es werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Die soziale Wohnraumförderung ist objektbezogen angelegt. Die Förderung wird durch zinsverbilligte Darlehen gewährt.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
Es wird eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex-ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme werden Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so festgelegt, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleichen. Ausgeglichen werden die mit der Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktmietenniveau, der mit den Belegungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mieterbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die eventuell mit einer besonderen Bauausführung (z.B. barrierefreier Wohnraum) verbundenen erhöhten Baukosten. Bei der Festsetzung der Förderhöhe werden die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse berücksichtigt (gestützt auf verfügbare Daten und wissenschaftliche Untersuchungen über Bodenpreise,

Baukosten und Marktmieten).

**Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

In den Förderprogrammen werden allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen. Zu den typischen Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmieter\*innen wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können (u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen). Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderungsvertrages im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Vertragsstrafen oder Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung durch (teilweiser) Kündigung des Fördervertrages verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel. Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Die Förderbeträge liegen in deutlich unter 15 Mio. EUR.



<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.</b> Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
2018	2019
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
2018	2019
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
2018	2019
<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b>	
2018	2019
1,697 (Barwert der Zinsverbilligung)	0,458 (Barwert der Zinsverbilligung)
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)	
2018	2019
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
2018	2019
9 Begünstigte	3 Begünstigte

<b>Abschnitt</b>
<b>5e - Kultur</b>
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
<p>Betrieb und Vorhalten einer Stadthalle nebst Eishalle und aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, die dem Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner in allen wirtschaftlichen und sozialen als auch die kulturellen Belange dienen, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Betrieb und Vorhaltung der Stadthalle nebst Eishalle,</li> <li>– Unterhaltung der eigenen Immobilien,</li> <li>– Organisation und Durchführung von Messen, Kongressen, Ausstellungen und Veranstaltungen gesellschaftlicher, kultureller und sportlicher Art,</li> <li>– Vermietung von Räumen und Einrichtungen, soweit dies zur Erfüllung besonderer Gemeinwohlaufgaben erforderlich ist.</li> </ul>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Verwaltungsakt
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte wurden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Die Ausgleichsleistungen werden als Zuschüsse und als Darlehen (Kontokorrentkredit) gewährt.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
<p>Die Höhe der Ausgleichsleistung wird grundsätzlich auf Basis des Wirtschaftsplans des jeweiligen Jahres festgelegt. Höhere Kosten aufgrund unvorhergesehener Ereignisse können auf Antrag und gegen Nachweis ausgeglichen werden.</p> <p>Die Ausgleichsleistung darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der Dienstleistungen verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken („Nettomehrkosten“). Einnahmen sind neben den Einnahmen auch alle weiteren Zuwendungen und Ausgleichsleistungen Dritter.</p> <p>Die Berechnung erfolgt nach der Kostenallokationsmethode: Die Nettomehrkosten werden auf Basis der Ist-Daten gemäß Wirtschaftsplan und Jahresabschluss ermittelt.</p> <p>Daneben darf das betraute Unternehmen eine angemessene Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital erzielen.</p>
<b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>
<p>Das betraute Unternehmen führt jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres im Rahmen des Jahresabschlusses den Nachweis über die Verwendung der Mittel.</p> <p>Für die „beihilferechtliche Abrechnung“ wird der der auszugleichende Betrag -Nettomehrkosten zuzüglich anteilige Gemeinkosten und angemessene Rendite – den auf das betreffende Jahr entfallenden Ausgleichsleistungen gegenübergestellt.</p> <p>Übersteigen die Ausgleichsleistungen diesen auszugleichenden Betrag, so liegt eine Überkompensation vor. Eine Überkompensierung von mehr als 10% ist zurückzuerstatten.</p> <p>Die beihilfenrechtliche Abrechnung ist zusammen mit dem Jahresabschluss aufzustellen und der Behörde zur Prüfung vorzulegen. Die Prüfung erfolgt im Rahmen der Entgegennahme und Beschlussfassung zum jeweiligen Jahresabschluss</p>

<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<p>Es wurden keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR gewährt.</p>	
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>	
<p><b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b><sup>6</sup>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
7,04	7,04
<p><b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)<sup>10</sup></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

<b>Abschnitt</b>
<b>5g - Sonstige Wirtschaftszweige</b>
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
<p>Gegenstand der Betrauung ist die Wahrnehmung der Aufgabe der Tourismus- und Wirtschaftsförderung. Die Aufgaben umfassen die Durchführung nachstehender DAWI:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Maßnahmen des Destinationsmarketings, beispielsweise Organisation, Management und Durchführung touristischer Marketingmaßnahmen einschließlich Veranstaltungen. Teilnahme an Messen, Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen.</li> <li>– Übernahme gästerelevanter Aufgaben.</li> <li>– Organisation, Management und Durchführung touristischer Veranstaltungen.</li> <li>– Unmittelbar mit diesen Hauptleistungen verbundene Nebenleistungen; insbesondere Ausbildung und Fortbildung der Mitarbeiter*innen.</li> </ul>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Verwaltungsakt auf Basis von Beschlüssen des kommunalen Entscheidungsgremiums
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
<p>Die Höhe der Ausgleichsleistung ergibt sich jeweils aus dem jährlich vor Beginn des Geschäftsjahres erstellten und beschlossenen Jahreswirtschaftsplan.</p> <p>Führen unvorhersehbare Ereignisse zu höheren nicht gedeckten Kosten, können diese nur in begründeten Ausnahmesituationen auf Antrag ausgeglichen werden. Hierfür ist der Nachweis notwendig, dass solche höheren Kosten für die Erbringung von DAWI entstanden sind.</p> <p>Die Ausgleichsleistung darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der DAWI verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken („Nettomehrkosten“). Die Berechnung erfolgt unter Anwendung der Kostenallokationsmethode. Die Nettomehrkosten werden auf Basis aller Ist-Daten gemäß Wirtschaftsplan und Jahresabschluss ermittelt.</p>
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>
<p>Der Nachweis über die Mittelverwendung erfolgt jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses.</p> <p>Die Nettomehrkosten zuzüglich der anteiligen Gemeinkosten (zusammen „Auszugleichender Betrag“) werden den auf das Prüfungsjahr entfallenden Ausgleichsleistungen gegenübergestellt („Beihilferechtliche Abrechnung“). Übersteigen die Ausgleichsleistungen den auszugleichenden Betrag, so liegt eine Überkompensation vor.</p> <p>Das betraute Unternehmen ist zur Rückzahlung der Überkompensation nach Aufforderung durch die Behörde verpflichtet. Übersteigt die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10%, kann sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.</p> <p>Die Behörde ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen überprüfen zu lassen.</p>

<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<p>Es wurden keine Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR gewährt.</p>	
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>	
<p><b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b><sup>6</sup>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0	3,84
<p><b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)<sup>10</sup></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

### **3. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-RAHMENS VON 2012**

Im Berichtszeitraum wurde der DAWI-Rahmen nicht angewendet.

### **4. BESCHWERDEN DRITTER**

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

Beschwerden Dritter sind nicht bekannt.

### **5. SONSTIGE FRAGEN**

a) Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;
- Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;
- Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;
- regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

Häufig fällt es den zuständigen Stellen schwer zu bestimmen, welche Leistungen als DAWI eingestuft werden können und wie diese einerseits von nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten, andererseits von sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten abzugrenzen sind.

Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Durchführung einer öffentlichen Konsultation im Einklang mit Randnummer 14



des DAWI-Rahmens;

- – Einhaltung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen im Einklang mit Randnummer 19 des DAWI-Rahmens;
- – Berechnung der Nettokosten nach der Net-avoided-cost-Methode im Einklang mit den Randnummern 25 bis 27 des DAWI-Rahmens;
- – Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit den Randnummern 33 bis 38 des DAWI-Rahmens.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, für den die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

Der DAWI-Rahmen wurde im Berichtszeitraum nicht angewandt (s.o., 3.)

- b) Sollten Sie Anmerkungen zu Aspekten der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens haben, die nicht durch unsere Fragen abgedeckt werden, können Sie nachstehend gerne darauf eingehen.

Keine.

Der DAWI-Beschluss in Bremen		Gesamtbetrag für Bremen	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	124.800.000 €	€ 100.200.000
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege		
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	500.000	€ 500.000
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau	€ 1.697.000	€ 458.000
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen		
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen		
	Energie		
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur	€ 7.040.000	€ 7.040.000
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige		€ 3.840.000

Der DAWI-Rahmen in Bremen	Gesamtbetrag für Bremen	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige		

## Freie und Hansestadt Hamburg

### 1. Übersicht über die Ausgaben

Bitte füllen Sie die nachfolgende Tabelle aus:

<b>Gesamtausgaben für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (in Mio. EUR) nach Rechtsgrundlage</b>		
	2018	2019
Gesamtausgleich für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (1+2)	rd. 24, 8	rd. 32,1
1) Gesamtausgleich auf der Grundlage des DAWI-Beschlusses	rd. 24, 8	rd. 32,1
2) Gesamtausgleich auf der Grundlage des DAWI-Rahmens	Entfällt.	Entfällt.

### 2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

**Bitte untergliedern Sie diesen Teil Ihres Berichts in folgende Abschnitte:**

- 1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)
- 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)
  - a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege
  - b) Kinderbetreuung
  - c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
  - d) Sozialer Wohnungsbau
  - e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen
  - f) Sonstige soziale Dienstleistungen (sofern zutreffend)
- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze
- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze
- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)
  - a) Postdienstleistungen
  - b) Energie
  - c) Müllabfuhr
  - d) Wasserversorgung
  - e) Kultur
  - f) Finanzdienstleistungen

g) Sonstige Wirtschaftszweige (bitte angeben)

**Bitte machen Sie zu jedem der obengenannten Punkte Angaben in der nachstehenden Tabelle:**

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
2) a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen<sup>1</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
<ul style="list-style-type: none"><li>• Betrieb einer niedrigschwelligen Begegnungsstätte für erwachsene Drogenabhängige in ärztlicher Substitutionsbehandlung.</li><li>• Traumazentrum für die Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen (niedrigschwellige und interdisziplinäre psychiatrische, psychologische und psychosoziale Hilfs- und Therapieangebote).</li></ul>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Die Betrauung erfolgt durch separaten schriftlichen Betrauungsakt oder in Form eines Zuwendungsbescheides.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt 1 und 10 Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Es werden Zuschüsse erteilt.

<sup>1</sup> Sollten in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.	
Die Höhe der Ausgleichsleistungen bemisst sich nach der Kostenallokationsmethode.	
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>	
Die Kontrolle erfolgt über den Verwendungsnachweis.	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Entfällt, da Artikel 7 DAWI-Beschluss nicht erfüllt ist.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
rd. 0,5	rd. 0,7
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>2</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>3</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
rd. 0,5	rd. 0,7
<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>4</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
100 % Zuschuss	100 % Zuschuss

<sup>2</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>3</sup> Siehe Fußnote 1.

<sup>4</sup> Siehe Fußnote 1.

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5) g) Sonstige Wirtschaftszweige
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen<sup>5</sup></b>
<p>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b>.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendherberge, Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte (Bildung für nachhaltige Entwicklung mit dem Fokus auf das Wattenmeer, Ursachen und Folgen des Klimawandels für Mensch und Natur, Vermittlung in Klassen- bzw. Gruppenverbund als auch in klassen- bzw. gruppenübergreifenden Formaten).</li> <li>• Verbraucherzentrale (umfassende Beratung und Durchsetzung von Interessen der Verbraucher u.a. in den Bereichen Handel, Dienstleistung, Telekommunikation, Finanzdienstleistung, Baufinanzierung, Patientenberatung und Patientenschutz, Ernährung und Umwelt- und Energieberatung).</li> <li>• Tourismusförderung, Vermarktung Hamburg als attraktives Reiseziel und Erhöhung des Bekanntheitsgrades Hamburgs (u.a. Entwicklung und Umsetzung von Marketingmaßnahmen, Monitorings nach touristischen Themen, Präsentation der touristischen Attraktionen auf einer mehrsprachigen Webseite, ständiger Dialog mit touristischen Leistungsträgern, Bildung von Kooperationen mit touristischen Partnern, Präsentation auf touristischen Leitmesse, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit).</li> <li>• Standortmarketing der FHH zur Steigerung der nationalen und internationalen Bekanntheit der FHH als Stadt und Metropolregion (effektives, professionelles und profiliertes Standortmarketing auf Grundlage einer Markenstrategie sowie Erhöhung der Wahrnehmung der nationalen und internationalen Standortattraktivität).</li> <li>• Allgemeine und besondere Wirtschaftsförderung und aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, die der Wirtschaftsförderung der FHH dienen (Gewinnung auswärtiger Unternehmen Beratung über relevante Standortbedingungen, Projektbetreuung und -begleitung, Entwicklung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken der FHH, Quartierbezogene Gebietsentwicklung in Gewerbegebieten).</li> </ul>

<sup>5</sup> Sollten in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

<ul style="list-style-type: none"> <li>Studierendenwerk (Betreuung und Förderung der Studierenden. Service- und Beratungsleistungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie Mensenbewirtschaftung, Studierendenwohnheime, Beratungsleistungen für Studierende und Wohnheimträger).</li> <li>Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Bereich Green/Clean und Digital Technologies durch Errichtung eines Innovation Campus for Green Technologies.</li> <li>P + R und B + R Anlagen (Betrieb von Einrichtungen zum Parken von Kraftfahrzeugen und dem Abstellen von Fahrrädern. Vermeidung von Behinderungen des innerstädtischen Verkehrsflusses und Reduzierung von Umweltbelastungen).</li> <li>Vermarktung der FHH und der Metropolregion als Messe-, Tagungs- und Kongressstandort und die Steigerung der Bekanntheit des Standorts für entsprechende Events.</li> </ul>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Die Betrauung erfolgt überwiegend durch separate schriftliche Betrauungsakte oder in Form von Zuwendungsbescheiden und Ziel- und Leistungsvereinbarungen.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt 1 bis 2 Jahre oder 10 Jahre. Eine Betrauung beträgt 25 Jahre aufgrund hoher Investitionen.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Es werden in allen Fällen Zuschüsse erteilt. Als Beihilfeinstrument wird auch die unentgeltliche Überlassung von Grundstücken verwendet.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
Die Höhe der Ausgleichsleistungen bemisst sich nach den für die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verursachten Nettokosten. Kostenallokationsmethode. Die Berechnung erfolgt meist im Voraus meist anhand des jeweiligen Wirtschaftsplanes.
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen</b> .
Die Kontrolle erfolgt regelmäßig über den Verwendungsnachweis, meist auf Grundlage des Jahresabschlusses.



<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<p>Entfällt, da Artikel 7 DAWI-Beschluss nicht erfüllt ist.</p>	
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>	
<p><b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b><sup>6</sup>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
Rd. 24, 3	rd. 31, 4
<p><b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b><sup>6</sup></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b><sup>7</sup></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
rd. 24, 3	rd. 31, 4
<p><b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b><sup>8</sup></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<p><b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
100 % Zuschuss	100 % Zuschuss
<p><b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)<sup>9</sup></p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

### 3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Entfällt. Es liegen keine Maßnahmen nach dem DAWI-Rahmen vor.

<sup>6</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>7</sup> Siehe Fußnote 1.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 1.

#### **4. Beschwerden Dritter**

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

Beschwerden Dritter liegen nicht vor.
---------------------------------------

#### **5. Sonstige Fragen**

a) Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;
- Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;
- Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;
- regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.
- 

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

Entfällt.

Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Durchführung einer öffentlichen Konsultation im Einklang mit Randnummer 14 des DAWI-Rahmens;
- Einhaltung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen im Einklang mit Randnummer 19 des DAWI-Rahmens;
- Berechnung der Nettokosten nach der Net-avoided-cost-Methode im Einklang

mit den Randnummern 25 bis 27 des DAWI-Rahmens;

- Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit den Randnummern 33 bis 38 des DAWI-Rahmens.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, für den die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

Entfällt.
-----------

b) Sollten Sie Anmerkungen zu Aspekten der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens haben, die nicht durch unsere Fragen abgedeckt werden, können Sie nachstehend gerne darauf eingehen.

Es bestehen keine sonstigen Fragen.
-------------------------------------

Der DAWI-Beschluss in Hamburg		Gesamtbetrag für Hamburg	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	rd 0, 5 Mio. EUR	rd. 0,7 Mio. EUR
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau		
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen		
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen		
	Energie		
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur		
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige	rd. 24, 3 Mio. EUR	31, 4 Mio. EUR

Der DAWI-Rahmen in Hamburg	Gesamtbetrag für Hamburg	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige		

## Hessen

### 1. ÜBERSICHT ÜBER DIE AUSGABEN

Gesamtausgaben des Landes für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (in Mio. EUR) nach Rechtsgrundlage		
	2018	2019
<i>Gesamtausgleich für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (1+2)</i>	732,6	744,0
1) Gesamtausgleich auf der Grundlage des DAWI-Beschlusses		
2) Gesamtausgleich auf der Grundlage des DAWI-Rahmens	./.	./.

### 2. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-BESCHLUSSES VON 2012

**Bitte untergliedern Sie diesen Teil Ihres Berichts in folgende Abschnitte:**

- 1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)
- 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)
  - a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege
  - b) Kinderbetreuung
  - c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
  - d) Sozialer Wohnungsbau
  - e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen
  - f) Sonstige soziale Dienstleistungen (sofern zutreffend)
- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze
- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze
- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)
  - a) Postdienstleistungen
  - b) Energie
  - c) Müllabfuhr
  - d) Wasserversorgung
  - e) Kultur
  - f) Finanzdienstleistungen
  - g) Sonstige Wirtschaftszweige (bitte angeben)

**Bitte machen Sie zu jedem der obengenannten Punkte Angaben in der nachstehenden Tabelle:**

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
1. Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedsstaat<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
<p>1. Medizinische Versorgung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• zweckmäßige und ausreichende Versorgung einschließlich Unterkunft und Verpflegung der in den Krankenhäusern der Klinik voll- und teilstationär behandelten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen, u.a. stationäre Leistungen zur Vorsorge oder Rehabilitation oder Anschlussrehabilitation im Sinne von § 40 Abs. 2 SGB V</li> <li>• medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchung und Behandlung der durch die Krankenhäuser der Klinik ambulant versorgten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen, namentlich die medizinisch indizierte ambulante vor- und nachstationäre Behandlung im Sinne von § 115a SGB V sowie die ambulante psychiatrische und psychotherapeutische Behandlung in Institutsambulanzen mit regionaler Versorgungs Verpflichtung im Sinne von § 118 SGB V</li> <li>• Notfalldienste wie die Gewährleistung der stationären und ambulanten Notfallversorgung für den Einzugsbereich des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“ und die Bereitstellung von Notärzten für den Rettungsdienst.</li> </ul> <p>2. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten oder mit DAWI-Haupttätigkeiten der anderen Unternehmen des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“ verbundene DAWI-Nebendienstleistungen, wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für den Klinik- und Pflegebetrieb des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“ notwendigen Berufen</li> <li>• Konsile innerhalb des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Laborleistungen innerhalb des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Waren- und Materialverkäufe innerhalb des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Betrieb einer Zentralsterilisation im Rahmen des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Betrieb einer Radiologie im Rahmen des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Arzneimittelversorgung von Patienten und Bewohnern der Einrichtungen innerhalb des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“, insbesondere im Rahmen des Entlassungsmanagements</li> </ul>



<ul style="list-style-type: none"> <li>• Patientenbefragung im Rahmen des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Empfangsservice im Rahmen des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Technische und sonstige Dienstleistungen jeweils für Zwecke des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“ wie z.B. Leistungen im Zusammenhang mit der kaufmännischen Verwaltung sowie der EDV, Reinigungsleistungen (u.a. Gebäude-Innenreinigung, Bettenaufbereitung, Desinfektionen, Außenbewirtschaftung, Wäscherei), hauswirtschaftliche Dienste (u.a. Müllentsorgung, Werkstatt- und Transport-/Logistikleistungen, Instandhaltung, Gartenpflege) sowie Leistungen im Zusammenhang mit medizinisch-technischen Maßnahmen (u.a. Gerätemanagement)</li> <li>• Telefonüberlassung an Patienten und Bewohner der Einrichtungen des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Überlassung und Vermietung von Räumlichkeiten und Sachmitteln sowie Stellung von Personal an Unternehmen im Rahmen des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“</li> <li>• Überlassung und Vermietung bzw. Verpachtung von Räumlichkeiten, Grundstücken und Sachmitteln im Rahmen der ärztlichen Notfallversorgung durch den Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes</li> <li>• Vermietung von Wohnraum für Besucher, Patientenangehörige, Mitarbeiter und Auszubildende bzw. Schüler des Klinik- und Pflegebereichs des „Gesamtunternehmens Krankenhaus“.</li> </ul>	
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> .	Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauungsakte, z.B. nach dem Muster der kommunalen Spitzenverbände BaWü und Bayern	
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.	
grundsätzlich 10 Jahre; nur im Ausnahmefall bei längeren Abschreibungszeiträumen für Investitionen darüber; im Berichtszeitraum war dies nicht der Fall!	
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.	
Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.	
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?	
Verlustrücklagen, Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse, Bürgschaften, Darlehen	
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.	

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im

Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Keine Angabe: 7 x; Kostenallokationsmethode: 3 x

### Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.

Trennungsrechnung, Überprüfung der Jahresrechnung und Mittelverwendung, ggf. Rückforderung bei Überkompensation

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Keine Angabe: 8 x ggf. Veröffentlichung auf Website, insbesondere bei Bürgschaften

### Höhe der gewährten Beihilfen

**Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.** Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)

2018	2019
406,6	411,0

A: Von nationalen Behörden ausgezahlter **Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>7</sup>**

2018	2019

B: Von regionalen Behörden ausgezahlter **Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>8</sup>**

2018	2019

C: Von lokalen Behörden ausgezahlter **Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>9</sup>**

2018	2019
406,6	411,0

**Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument** (Zuschuss, Garantie usw.) (falls

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrug nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrug für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
2018	2019
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
2016	2017

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
2.) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)
a.) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>

---

<p>1. Pflegerische Versorgungsleistungen wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung einschließlich Unterkunft und Verpflegung der in dem Gesamtunternehmen „Altenpflege“ stationär und teilstationär behandelten pflegebedürftigen Menschen mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen</li> <li>• medizinisch zweckmäßige und ausreichende Pflege einschließlich der hauswirtschaftlichen Versorgung der durch das Gesamtunternehmen „Altenpflege“ häuslich behandelten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen</li> </ul> <p>2. Die Förderung der Hospizarbeit sowie den Aufbau und /oder den Betrieb von Hospizen oder ähnlichen Einrichtungen, in welchen schwerstkranken und sterbenden Menschen ein menschenwürdiger Lebensabend ermöglicht wird.</p> <p>3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Altenpflege</li> <li>• Veranstaltung von Festen und sonstige soziale und kulturelle Betreuung der Patienten</li> <li>• Betrieb von Cafeteria und Kiosk für Bedienstete, Patienten und Besucher</li> <li>• Technische und sonstige Dienstleistungen einschließlich Reinigungsservice im Rahmen des Gesamtunternehmens „Altenpflege“</li> </ul> <p>4. Kurbetrieb und –verwaltung (einschl. insbesondere Gesundheitsdienstleistungen) sowie Unterhaltung der dazugehörigen Infrastrukturen</p> <p>5. Betrieb Medizinischer Versorgungszentren</p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>
<p>Betrauungsakt</p>
<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>
<p>grundsätzlich 10 Jahre</p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>
<p>Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.</p>
<p>Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?</p>
<p>Zuschüsse, Ausgleichsleistungen, Bürgschaften</p>
<p>Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Kostenallokationsmethode	
Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.	
Trennungsrechnung; Prüfung der Jahresrechnung und Mittelverwendung; ggf. Rückzahlungen bei Überkompensation	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Trifft nicht zu	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
14,5	22,5
D: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
E: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
_____	
F: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
14,5	22,5
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrug nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrug für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>
Keine Angabe	Keine Angabe
<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>	
2b, Kinderbetreuung	
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup></b>	
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .	
Unterhaltung von Kinderbetreuungseinrichtungen.	
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.	
Formlose Betrauung durch Beschluss der Vertretungskörperschaft.	
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.	
10 Jahre.	
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.	
Keine Gewährung ausschließlicher oder besonderer Rechte.	
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?	
Vollständiger Verlustausgleich.	

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

5

Kinderbetreuungseinrichtungen sind nicht selbständig und werden über den gemeindlichen Haushalt abgerechnet. Soweit die Ausgaben nicht über Elternbeiträge, Pflegegeld und Landeszuschüsse gedeckt werden können, erfolgt die Veranschlagung des Verlustes im Gemeindehaushalt und wird von der Gemeinde getragen.	
<b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>	
Der Verlustausgleich erfolgt nur in Höhe der festgestellten Mehrausgaben; eine Überkompensation kann nicht erfolgen.	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Keine Anwendung von Art. 7 DAWI-Beschluss 2012.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
142,6	143,0
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>



<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>8</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>9</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
142,6	143,0
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrag, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>	
2c) Soziale Dienstleistungen – Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.	
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b>	
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>	

Gegenstand der Dienstleistungen ist die erfolgreiche Qualifizierung von benachteiligten Menschen für den Arbeitsmarkt. Die Gemeinwohlaufgabe umfasst speziell die

- Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, um hierdurch
- der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen präventiv entgegenzuwirken,
- die Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu fördern,
- die Chancengleichheit von benachteiligten Personen im Erwerbsleben zu verbessern und
- die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt insgesamt zu verbessern,
- den Natur- und Umweltschutz zu fördern,
- die Kriminalprävention zu fördern,
- Ausbildung, Betreuung, Qualifizierung und Orientierungshilfe von jugendlichen und erwachsenen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen,
- Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze im Landkreis Gießen und in der Universitätsstadt Gießen und die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere in Bereichen, die auf dem Arbeitsmarkt besonders gefragt sind,
- Ausbildung Jugendlicher und Erwachsener in eigenen Ausbildungswerkstätten und durch Organisation, Koordination und Förderung von Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen Dritter und mit Dritten unter Ausnutzung dort vorhandener Ausbildungskapazitäten,
- Schaffung von Ausbildungs- und Beschäftigungsgelegenheiten zum Zweck der praktischen Qualifizierung innerhalb der Produktionswerkstatt,
- die begleitende arbeitstherapeutische und sozialpädagogische Betreuung, das Angebot von Stützkursen und individuelle Beratung,
  - Entwicklung und Erprobung neuer und innovativer Arbeits- und Beschäftigungsfelder insbesondere in den Bereichen erneuerbarer Energien, Gesundheitswesen und Natur- und Umweltschutz,
- Initiieren von Projekten zur Erhaltung der ursprünglichen Landschaft als allgemeiner Lebensgrundlage sowie Schaffung und Verbesserung lebensgerechter Umweltbedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzen,
- Initiieren von Präventionsprojekten zur Verhütung von Kriminalität, bspw. durch Suchtvorbeugung und zur Vorbeugung gegen Gewalt,
- Umsetzung von Projekten im Rahmen von öffentlicher Beschäftigung.

<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b>. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>
<p>Die Betrauung erfolgte nach Art. 4 des DAWI-Freistellungsbeschlusses (Beschlusses der Kommission 2012/21/EU vom 20.11.2011; ABI 2012 L7/3).</p>
<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>
<p>Höchstens 10 Jahre</p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>
<div style="height: 200px;"></div>
<p>Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?</p>
<p>Zuschüsse für den laufenden Betrieb (Betriebskostenzuschüsse), Bürgschaften, Darlehen, Grundstücksüberlassungen.</p> <div style="height: 150px;"></div>
<p>Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>

Zuschüsse

Kostenallokationsmethode

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.
<p>Die endgültige Höhe des Zuschusses darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der durch die Dawl verursachten Nettokosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken. Die Gesellschaft ist dazu verpflichtet auf Verlangen Nachweise über die Verwendung der Mittel für die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung und zur Vermeidung von Überkompensationen zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Die Gesellschaft ist darüber hinaus verpflichtet eine Trennungsrechnung aufzustellen. Einnahmen und Aufwendungen für die Dawl und den unmittelbar mit diesen Aufgaben zusammenhängenden Nebenleistungen sind getrennt von den übrigen noch von der Gesellschaft wahrgenommenen Aufgaben in den Büchern und dem Jahresabschluss darzustellen.</p>
<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>

<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1,5	1,8
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
	0,039
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,4397	0,5191
<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1,02607	1,243
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrag, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
2d, sozialer Wohnungsbau
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
Bereitstellung, Entwicklung und Erschließung von sozialem Wohnungsraum sowie Errichtung, Erwerb, Sanierung, Modernisierung, Anmietung und Vermietung von Wohnungen für besondere soziale Bedarfe.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauungsakte
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Grundsätzlich 10 Jahre
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Keine Gewährung ausschließlicher oder besonderer Rechte.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse, Verlustausgleiche, Sacheinlagen (Zurverfügungstellung von Grundstücken), Bürgschaften.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.



5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Kostenallokationsmethode	
Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.	
Trennungsrechnung, Prüfung Mittelverwendung und Jahresabschlüsse. Überkompensationsregelungen zur Rückerstattung.	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Trifft nicht zu.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
31,4	24,7
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<del>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b><sup>9</sup></del>	
<del><b>2018</b></del>	<del><b>2019</b></del>
<del>31,4</del>	<del>24,7</del>
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten p Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup> r o	
<b>2016</b>	<b>2017</b>
Keine Angabe	Keine Angabe

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) f) Sonstige soziale Dienstleistungen“: Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit, Erziehungshilfen
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
Der Eigenbetrieb Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (KJFH) der Stadt Frankfurt am Main erbringt folgende Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse: Die Förderung der Jugendhilfe einschließlich der Förderung der Erziehung durch den Aufbau, das Betreiben und Unterhalten dezentraler städtischer Dienste und Einrichtungen, in denen Leistungen der Jugendhilfe gemäß SGB VIII erbracht werden. Außerdem Leistungen in den Aufgabefeldern Hilfen für Kinder in Tagesbetreuung und <u>offene Kinder- und Jugendarbeit</u>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Beschluss des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main (Gemeindevorstand) vom 08.07.2013, basierend auf vorhergehenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main (Gemeindevertretung), der mit einer inner-dienstlichen Weisung an den/die Betriebsleiter/in des Eigenbetriebes gemäß § 4 Abs. 1 Eigenbetriebsgesetz Hessen umgesetzt wird.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet.</b> Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauung gilt für 10 Jahre.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Es werden Zuschüsse (Einlagen in die Kapitalrücklage) gezahlt.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
Umfang und Qualität der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen werden durch den o.g. Magistratsbeschluss im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung von der Stadt Frankfurt am Main bestimmt und sind alleine maßgeblich für die Höhe der erforderlichen Aufwendungen. Diese bestimmen sich nach den im Wirtschaftsplan der KJFH und dem Produkthaushalt der Stadt Frankfurt am Main berücksichtigten Aufwendungen für die Tätigkeit der KJFH. In den Aufwendungen kann ein angemessener Gewinnzuschlag bis zu 4% berücksichtigt werden. Sollten der KJFH auch andere Aufgaben zugewiesen werden, die nicht in der Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen bestehen, ist die Abgrenzung der auf diese Aufgaben entfallenden Aufwendungen und Einnahmen durch eine Trennungsrechnung
<b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>
Kommt es zu einer Überschreitung des Soll-Ausgleichs durch den Ist-Ausgleich, wird die Stadt Frankfurt am Main die KJFH auffordern, den überschießenden Betrag einschließlich einer Verzinsung für die Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen entsprechend § 49a Abs. 3 S. 1 HVwVfG (Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz) zurückzuzahlen. Ist der überschießende Betrag nicht höher als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen, ist der Betrag abweichend von Satz 1 im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan der KJFH im Rahmen der Festlegung des Soll-Aufwands mindernd zu berücksichtigen. Die durchschnittliche jährliche Ausgleichsleistung ergibt sich dabei einschließlich des Jahres, in dem die Überschreitung erfolgt. In jedem Fall darf der kumulierte Ist-Ausgleich in o.g. Dreijahreszeitraum den kumulierten Soll-Ausgleich in diesem Zeitraum nicht überschreiten. Sollte es zu einer Überschreitung des kumulierten Soll-Ausgleichs im Dreijahreszeitraum kommen, hat die KJFH den eventuellen Eintritt eines beihilferechtlichen Tatbestandes zu vermeiden. Die Stadt stellt als Trägerin der KJFH sicher, dass die KJFH alle Maßnahmen ergreifen kann, die geeignet sind, eine solche Überschreitung zu vermeiden. Stadt und KJFH werden gemeinsam
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Es wurden zwar im Jahr 2019 Beihilfen von knapp mehr als 15 Mio. Euro gewährt. Allerdings übt die KJFH keine andere Tätigkeit jenseits ihrer betrauten DAWI aus, so dass die Transparenzregelung des Art. 7 DAWI-Beschluss von 2012 nicht einschlägig ist.

<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
2018	2019
14,3	23,9
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
2018	2019
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
2018	2019
<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
2018	2019
14,3	23,9
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

6

verfügbar)	
2018	2019
Zuschuss 100%	Zuschuss 100%
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
2018	2019

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5c Müllabfuhr
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
<p>Wahrnehmung der mit der Abfallentsorgung einhergehenden besonderen Verpflichtung für die Umwelt und für die Ordnung des Wohn- und Arbeitsumfeldes die Beseitigung, Verwertung oder sonstige Entsorgung von Abfall aller Art unter Einschluss der Deponienachsorge, insbesondere:</p> <p>a) Beseitigung, Verwertung oder sonstige Entsorgung von Abfall aller Art, insbesondere auf dem Gebiet der Deponie Flörsheim-Wicker und der Deponie Brandholz</p> <p>b) Energiegewinnung im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere durch den Betrieb der Biogasanlage am Standort Flörsheim-Wicker, der Agrogasanlage am Standort Brandholz sowie von Photovoltaikanlagen an den Standorten Brandholz und Grävenwiesbach</p> <p>c) Wahrnehmung sonstiger Maßnahmen, die der Förderung der in den Buchstaben a) und b) genannten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dienen</p> <p>d) Die in den Buchstaben a) bis c) genannten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen werden nicht zuletzt auf der Grundlage der Bestimmungen der Hessischen Landkreisordnung sowie des KrWG in Verbindung mit dem HAKrWG erbracht.</p>
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>
Betrauungsakt
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet.</b> Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
grundsätzlich 10 Jahre
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Ausgleichsleistungen, Bürgschaften
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

<sup>5</sup> Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

<b>Kostenallokationsmethode</b> Die Ausgleichszahlung erfolgt unter Berücksichtigung des Vollkostenansatzes (Differenz zwischen berücksichtigungsfähigen Ist-Kosten und berücksichtigungsfähigen Ist-Einnahmen (Kostenallokationsmethode) gem. Art. 5 Abs. 2 S. 1 des Freistellungsbeschlusses).	
<b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>	
Trennungsrechnung; Prüfung der Jahresrechnung und Mittelverwendung; ggf. Rückzahlungen bei Überkompensation	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Trifft nicht zu	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.</b> Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
4,0 €	3,0 Mio. €
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>7</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
4,0 Mio. €	3,0 Mio. €
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
Zuschüsse, Verlustausgleiche: 4,0 Mio. € Bürgschaften: keine neuen	Zuschüsse, Verlustausgleiche: 3,0 Mio. € Bürgschaften: keine neuen
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>
Keine Angabe	Keine Angabe

Zugunsten des betrauten Unternehmens wurden in Vorjahren folgende Bürgschaften erteilt:

	Verbürgter Betrag, Stand 31.12.2018	Verbürgter Betrag, Stand 31.12.2019
Kreditinstitut		
Deutsche Kreditbank Berlin	1.455.500,00 €	1.373.500,00 €
Helaba	726.552,00 €	678.552,00 €
Helaba	917.631,00 €	847.044,00 €
Helaba	1.970.368,96 €	1.829.628,32 €
Taunus-Sparkasse	1.421.050,45 €	1.179.071,25 €
Taunus-Sparkasse	1.496.414,04 €	1.235.964,80 €
Taunus-Sparkasse	724.731,10 €	597.361,61 €
Taunus-Sparkasse	295.952,09 €	149.133,22 €
Taunus-Sparkasse	589.467,20 €	515.782,40 €
Taunus-Sparkasse	3.318.282,40 €	2.612.500,00 €
Taunus-Sparkasse	2.741.901,41 €	2.593.286,15 €



Taunus-Sparkasse (f.RMN)*	348.593,23 €	292.713,92 €
Taunus-Sparkasse (f.RMN)	319.865,80 €	271.355,75 €
Nassauische Sparkasse	5.802.575,00 €	5.711.900,00 €
Nassauische Sparkasse	754.893,48 €	699.775,14 €

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5d.) Wasserversorgung
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
Gegenstand der Dienstleistung ist die Versorgung mit Wasser einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Anlagen. Zur Erfüllung des Unternehmenszweckes gehören auch die Übernahme, Erweiterung, Betrieb, Wartung, Instandhaltung und Unterhaltung der vorhandenen und zukünftigen Wassergewinnungsanlagen einschließlich der Rohrnetze sowie der Hausanschlüsse. Gleiches gilt für die Speicheranlagen.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauungsakt
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
grundsätzlich 10 Jahre
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse, Ausgleichsleistungen, Bürgschaften

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Kostenallokationsmethode	
Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.	
Trennungsrechnung; Prüfung der Jahresrechnung und Mittelverwendung; ggf. Rückzahlungen bei Überkompensation	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Trifft nicht zu	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
2,7 Mio. €	4,2 Mio. €
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
2018	2019
2,7 Mio. €	4,2 Mio. €
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
2018	2019
Zuschüsse, Verlustausgleiche: 0,3 Mio. € Bürgschaften: 2,4 Mio. €	Zuschüsse, Verlustausgleiche: 0,3 Mio. € Bürgschaften: 3,9 Mio. €
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
2016	2017
Keine Angabe	Keine Angabe

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5e.) Kultur
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
Betrieb und Unterhaltung von Veranstaltungsstätten, Gewährleistung von sozialverträglichen Nutzungsentgelten.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauungsakt

<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeit (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
grundsätzlich 10 Jahre
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse, Ausgleichsleistungen, Bürgschaften, unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Kostenallokationsmethode
<b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>
Trennungsrechnung; Prüfung der Jahresrechnung und Mittelverwendung; ggf. Rückzahlungen bei Überkompensation
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). <del>Andernfalls</del> erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.
Trifft nicht zu
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>

<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
4,4	4,5
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
4,4	4,5
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>
	Keine Angabe

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5g ) Sonstige Ausgleichsleistungen , sonstige Wirtschaftszweige- Bodenbevorratung
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land</b> <sup>5</sup>

<p>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b></p>	
<p>Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke</p>	
<p>Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</p>	
<p>- Vertrag des Landes Hessen mit der Gesellschaft über die Bodenbevorratung vom 24. März 1975</p> <p>- (Bodenbevorratungs-Richtlinie): Richtlinien zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015 (Inkrafttreten am 01. Januar 2016), veröffentlicht im Staatsanzeiger 53/2015, S. 1426: Hierdurch wird die Gesellschaft mit der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen im Sinne des § 1 Reichssiedlungsgesetz (RSG) beauftragt.</p> <p>- Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt vom 14. Dezember 2012</p>	
<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet.</b> Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>	
<p>Die Betrauungsdauer beträgt bis zu 10 Jahre.</p>	
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>	
<p>Vgl. § 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt vom 14. Dezember 2012:</p> <p>- Die Gesellschaft ist beauftragt, für das Land Hessen die Bodenbevorratung für öffentliche , agrarstrukturelle und ökologische Zwecke durchzuführen (Nr. 2 der Richtlinien zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015)</p> <p>- Kommunale Gebietskörperschaften können die Gesellschaft auf Grundlage von Bodenbevorratungsverträgen mit gezielter Bodenbevorratung beauftragen (Nr. 2 und 7 der Richtlinien zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015).</p>	

Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Unentgeltliche Gewährung von Ausfallbürgschaften zur Absicherung von Kapitalmarktdarlehen zur Durchführung und Finanzierung der Grundstücksgeschäfte im Rahmen der Bodenbevorratungsmaßnahmen
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Der Grundmechanismus der Ausgleichsleistung für die unentgeltliche Gewährung der Ausfallbürgschaften ist transparent festgelegt.
Die Aufnahme von Kapitalmarktdarlehen mit Landesbürgschaft darf nach § 4 Abs. 2 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt nur mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung erfolgen. Darüber hinaus dürfen die Grundstücke der Bodenbevorratung höchstens zu 85% des Einstandspreises und zu 90% des Verkehrswertes finanziert werden (§ 4 Abs. 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).
Als Parameter für den Wert der Beihilfe wird unter Bezugnahme auf die Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften (2008/C 155/02; ABl. EU Nr. C 155/10 vom 20. Juni 2008, „Garantie-Mitteilung“) ein marktübliches Entgelt für die Bürgschaftsgewährung in Höhe von 0,5% der Bürgschaftssumme ermittelt (in Anlehnung an Ziffer 3.3 der Garantie-Mitteilung; § 4 Abs. 5 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).
<u>Typische Maßnahmen</u> zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.

Die unentgeltliche Gewährung von Ausfallbürgschaften stellt eine erforderliche Ausgleichsleistung für die Erbringung der DAWI im Sinne des Art. 5 Abs. 1 des Freistellungsbeschlusses dar. Eine mögliche Überkompensation wird durch die Vorschriften des § 5 Abs. 1 bis 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt zwingend ausgeschlossen.

§ 5 Abs. 1 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt statuiert ein grundsätzliches Verbot der Überkompensation, d.h. des Überschreitens der mit der Bodenbevorratung verbundenen Kosten durch die hiemit erzielten Einnahmen zuzüglich der erhaltenen Ausgleichsleistungen unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns.

§ 5 Abs. 2 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt definiert als angemessenen Gewinn die Kapitalrendite, die ein durchschnittliches Unternehmen im Bereich der Bodenbevorratung unter Berücksichtigung seines jeweiligen Risikos als notwendig zur Erbringung der Bodenbevorratungsleistung ansieht. Diese Regelungen entsprechen den Voraussetzungen des Verbots der Überkompensation nach Art. 5 Abs. 1, Abs. 4 und Abs. 5 des Freistellungsbeschlusses.

Zur Vermeidung einer Überkompensation ist zu ermitteln, ob der erwirtschaftete Gewinn im Segment Bodenbevorratung die angemessene Eigenkapitalrendite übersteigt.

Für das Jahr 2018 wurde zuletzt auf Grundlage einer Basisrendite für risikolose festverzinsliche Wertpapiere sowie einer Marktrisikoprämie (Risikozuschlag) unter Berücksichtigung des unternehmensspezifischen Risikos eine angemessene Rendite von 4,75% unterstellt. Um den angemessenen Gewinn zu ermitteln, wird dieser Prozentsatz auf das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft zum Schluss des jeweiligen Geschäftsjahres angewandt.

Sollte eine angemessene Eigenkapitalrendite überschritten werden, wird auf Grundlage eines Indikators von 0,5% (§ 4 Abs. 5 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt) auf die während des Geschäftsjahres valutierenden und verbürgten Darlehen eine angemessene Bürgschaftsprämie (Avalprovision) berechnet. An das Land maximal zurückzuzahlen ist die Höhe der errechneten Avalprovision. Dieser Maximalbetrag mindert sich, soweit durch den Rückzahlungsbetrag ein angemessener Gewinn im Segment Bodenbevorratung unterschritten würde.

Sollte die Gesellschaft im Rahmen ihrer sonstigen Tätigkeiten außerhalb der Bodenbevorratung Gewinne erzielen, die über der angemessenen Rendite liegen, so müssen diese auf die Einnahmen angerechnet werden (§ 5 Abs. 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).

#### **Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)**



5g Sonstige Ausgleichsleistungen – Sonstige Wirtschaftszweige - Regionalentwicklung
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
Zuwendungen an die Gesellschaften zur Förderung der strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Vogelsbergkreises durch Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> <li>○ zur Erstberatung von Existenzgründer*innen,</li> <li>○ zur Sicherung des Bestandes an Unternehmen,</li> <li>○ der Förderung von Wachstumsbranchen,</li> <li>○ zur Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,</li> <li>○ der Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,</li> <li>○ der Fachkräftesicherung im Vogelsbergkreis.</li> </ul>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauungsakt
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
5 Jahre
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Keine
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse Freistellungen von Mitarbeiter für die Geschäftsführung

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

5 Kostenallokationsmethode	
Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Endabrechnung nach Projektschluss</li> <li>• Prüfung durch Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung</li> <li>• Prüfung durch die Betrauungsbehörde Vogelsbergkreis</li> </ul>	
<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
Höhe der gewährten Beihilfen	
Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR) <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
2018	2019
0,43	0,451
G: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR) <sup>7</sup>	
2018	2019
H: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR) <sup>8</sup>	
2018	2019

I: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,43	0,451
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

6

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5g Sonstige Wirtschaftszweige - Tourismusförderung
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
Tourismusförderung, Schaffung einheitlicher Marketingkonzepte, Ausbau bestehender Angebote und Marktanalysen.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Betrauungsakt
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Bis 10 Jahre
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Ausgleichsleistungen im Sinne von Art. 5 des Freistellungsbeschlusses. Zuschüsse und Garantien.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

5

<b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>
Nachweis über die Verwendung der Mittel.

<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup></b> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1,06418	1,097
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>7</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>8</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>9</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1,06418	1,097
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrag, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5g Sonstige Wirtschaftszweige - Wirtschaftsförderung
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
<ul style="list-style-type: none"> <li>a) Bereitstellung von Daten zur Durchführung einer regionspezifischen Wirtschaftsförderung, Standortberatung, Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit,</li> <li>b) Intensive Verfahrensbegleitung von Unternehmen bei Ansiedlung, Umsiedlung und Erweiterungen sowie Koordination zwischen den Genehmigungsbehörden,</li> <li>c) Erarbeitung von Vorschlägen und Stellungnahmen für Kommunen bei der Anweisung von Wohn- und Gewerbeflächen sowie der erforderlichen Infrastruktur,</li> <li>d) Unterstützung von Kommunen und Koordination in Fragen der Regionalplanung,</li> <li>e) Unterstützung der Betriebe bei betriebswirtschaftlichen und technischen Innovationen,</li> <li>f) Vermittlung von technischen und betriebswirtschaftlichen Beratungsleistungen durch die Zusammenführung der vorhandene Potenziale in diesem Bereich (regionaler Ansprechpartner für Technologie- und Wissenstransfer)</li> <li>g) Einrichtung von Arbeitskreisen und Initiierung betrieblicher Kooperationen,</li> <li>h) Unterstützung der regionalen Fort-und Weiterbildung.</li> </ul>

Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauungsakt
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Höchstens 10 Jahre
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausgleich von Verlusten, Bürgschaften und Haftungserklärungen, Leistung von Kapital- und Sacheinlagen.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse/ Verlustausgleich
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Folgenden. Wirtsch. z. Wirtschaftszweig, in dem die Dienstleistungen erbracht werden. Wirtsch. z. Wirtschaftszweig, in dem die Dienstleistungen erbracht werden.
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen</b> .
Die Gesellschaft führt einen Nachweis über die Verwendung der Mittel. Die WFG weist im Rahmen des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer nach, dass es zu keiner Überkompensation gekommen ist. Dies kann anhand der Trennungsrechnung geprüft werden.

<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.</b> Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,161	0,161
<b>J: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>7</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>K: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>8</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>L: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>9</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,161	0,161
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls</b>	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>



--	--

### Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)

5g.) sonstige Wirtschaftszweige

### Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Lande<sup>5</sup>

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**.

- ÖPNV
- Vorhaltung, Betrieb und Unterhaltung von öffentlichen Schwimmbädern, Jugend- und Freizeiteinrichtungen
- Planung, Errichtung, Unterhaltung und Betrieb von Kur-, Erholungs- und Fremdenverkehrszwecken dienenden Einrichtungen einschließlich Stadtmarketing, Standortmarketing und Tourismusmarketing, Wirtschaftsförderung
- Messen
- Steuerung und Koordinierung der Digitalisierung kommunaler Leistungen, Breitbandausbau
- Betrieb Wissenschafts- und Kongresszentrum, Bildungseinrichtungen
- Verwertung und Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten i.S. von § 20 ElektroG sowie Abfall aller Art
- Sportförderung

Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung**. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Betrauungsakt

**Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)** und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet**. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

grundsätzlich 10 Jahre

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Zuschüsse, Ausgleichsleistungen, Bürgschaften
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Kostenallokationsmethode		
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>		
Trennungsrechnung; Prüfung der Jahresrechnung und Mittelverwendung; ggf. Rückzahlungen bei Überkompensation		
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.		
Trifft nicht zu		
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>		
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)		
<b>2018</b>	<b>2019</b>	
36,7 Mio. €	41,8 Mio. €	
M: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>		
<b>2018</b>	<b>2019</b>	
N: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>		
<b>2018</b>	<b>2019</b>	

O: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
36,7 Mio. €	41,8 Mio. €
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
Zuschüsse, Verlustausgleiche: 29,6 Mio. € Bürgschaften: 7,1 Mio. €	Zuschüsse, Verlustausgleiche: 34,9 Mio. € Bürgschaften: 6,9 Mio. €
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>
Keine Angabe	Keine Angabe

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5g, Sonstige Ausgleichsleistungen – Sonstige Wirtschaftszweige – ÖPNV
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
Betrieb des ÖPNV auf städtischem Gebiet (Stadt Fulda)
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Gesellschaftliche Regelung

<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>	
9,5 Jahre	
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>	
ÖPNV Konzession	
<p>Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?</p>	
Tracking-Stock	
<p>Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.</p>	
Verlusttragung, Kostenallokationsmethode	
<p>Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen</b>.</p>	
Spartenrechnung, Testat Wirtschaftsprüfer, Kontrolle über Richtlinie zur Festlegung der Kostenkategorien und wirtschaftlichen Parameter	
<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
Entfällt, keine Beihilfen über 15 Mio. EUR	
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>	
<p><b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup></b>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)</p>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
keine	
<p>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>7</sup></b></p>	

2018	2019
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
2018	2019
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
2018	2019
3,0 Mio. €	3,0 Mio. €
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DA WI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1	1

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5g) Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement (Schaffung und Verbesserung sozioökonomischen Strukturen der Region)
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Land<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Land in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte</b> .
Allgemeine Beratungs- und Servicedienstleistungen im Rahmen der Bestandpflege, Bestandsentwicklung und Ansiedlung von Unternehmen. Immobilienleistungen im Rahmen der (provisionsfreien) Vermittlung von Gewerbeflächen und Gewerbeimmobilien, Standortmarketing-Aktivitäten zur Bewerbung und Vermarktung des Wirtschafts- und Immobilienstandortes
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauungsakt
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
10 Jahre
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
keine
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Bürgschaften, Darlehen, Grundstücksüberlassungen, Personalgestellung und Kapitalzuführungen in Form von Verlustausgleichszahlungen und Investitionszuschüssen	
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.	
Vorlage des Jahresabschlusses / Trennungsrechnung	
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>	
Vorlage des Jahresabschlusses / Trennungsrechnung	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Land veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Vorlage des Jahresabschlusses / Trennungsrechnung	
In der Praxis entfällt dies aber, weil keine Beihilfe für 15 Mio. € gezahlt wird.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.</b> Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,144 Mio. € (Verlustausgleich)	0,156 Mio. € (Verlustausgleich)
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>7</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>8</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>9</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>

0,144 Mio. € (Verlustausgleich)	0,156 Mio. € (Verlustausgleich)
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
1	1

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
Sonstige Ausgleichsleistungen , sonstige Wirtschaftszweige 5g
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
<i>Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke:</i>  <i>Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Tätigkeit des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes (RSG), insbesondere die Durchführung von Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen</i>
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.



<p>- Vertrag des Landes Hessen mit der Gesellschaft über die Bodenbevorratung vom 24. März 1975</p> <p>- (Bodenbevorratungs-Richtlinie): Richtlinien zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015 (Inkrafttreten am 01. Januar 2016), veröffentlicht im Staatsanzeiger 53/2015, S. 1426: Hierdurch wird die Gesellschaft mit der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen im Sinne des § 1 Reichssiedlungsgesetz (RSG) beauftragt.</p> <p>- Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt vom 14. Dezember 2012</p> <p>- Bodenbevorratungsverträge mit kommunalen Gebietskörperschaften (Anlage 2 zu den Richtlinien zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015)</p>
<p><b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b>. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.</p>
<p>Die Betrauungsdauer beträgt bis zu 10 Jahre.</p>
<p>Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.</p>
<p>Vgl. § 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt vom 14. Dezember 2012:</p> <p>- Die Gesellschaft ist beauftragt, für das Land Hessen die Bodenbevorratung für öffentliche , agrarstrukturelle und ökologische Zwecke durchzuführen (Nr. 2 der Richtlinien zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015)</p> <p>- Kommunale Gebietskörperschaften können die Gesellschaft auf Grundlage von Bodenbevorratungsverträgen mit gezielter Bodenbevorratung beauftragen (Nr. 2 und 7 der Richtlinien zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015).</p>
<p>Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?</p>
<p>Unentgeltliche Gewährung von Ausfallbürgschaften zur Absicherung von Kapitalmarktdarlehen zur Durchführung und Finanzierung der Grundstücksgeschäfte im Rahmen der Bodenbevorratungsmaßnahmen</p>

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

5 Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

5

*Der Grundmechanismus der Ausgleichsleistung für die unentgeltliche Gewährung der Ausfallbürgschaften ist transparent festgelegt.*

*Die Aufnahme von Kapitalmarktdarlehen mit Landesbürgschaft darf nach § 4 Abs. 2 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt nur mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung erfolgen. Darüber hinaus dürfen die Grundstücke der Bodenbevorratung höchstens zu 85% des Einstandspreises und zu 90% des Verkehrswertes finanziert werden (§ 4 Abs. 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).*

*Als Parameter für den Wert der Beihilfe wird unter Bezugnahme auf die Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften (2008/C 155/02; ABl. EU Nr. C 155/10 vom 20. Juni 2008, „Garantie-Mitteilung“) ein marktübliches Entgelt für die Bürgschaftsgewährung in Höhe von 0,5% der Bürgschaftssumme ermittelt (in Anlehnung an Ziffer 3.3 der Garantie-Mitteilung; § 4 Abs. 5 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).*

**Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.**

*Die unentgeltliche Gewährung von Ausfallbürgschaften stellt eine erforderliche Ausgleichsleistung für die Erbringung der DAWI im Sinne des Art. 5 Abs. 1 des Freistellungsbeschlusses dar. Eine mögliche Überkompensation wird durch die Vorschriften des § 5 Abs. 1 bis 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt zwingend ausgeschlossen.*

*§ 5 Abs. 1 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt statuiert ein grundsätzliches Verbot der Überkompensation, d.h. des Überschreitens der mit der Bodenbevorratung verbundenen Kosten durch die hiemit erzielten Einnahmen zuzüglich der erhaltenen Ausgleichsleistungen unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns.*

*§ 5 Abs. 2 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt definiert als angemessenen Gewinn die Kapitalrendite, die ein durchschnittliches Unternehmen im Bereich der Bodenbevorratung unter Berücksichtigung seines jeweiligen Risikos als notwendig zur Erbringung der Bodenbevorratungsleistung ansieht. Diese Regelungen entsprechen den Voraussetzungen des Verbots der Überkompensation nach Art. 5 Abs. 1, Abs. 4 und Abs. 5 des Freistellungsbeschlusses.*

*Zur Vermeidung einer Überkompensation ist zu ermitteln, ob der erwirtschaftete Gewinn im Segment Bodenbevorratung die angemessene Eigenkapitalrendite übersteigt.*

*Für das Jahr 2018 wurde zuletzt auf Grundlage einer Basisrendite für risikolose festverzinsliche Wertpapiere sowie einer Marktrisikoprämie (Risikozuschlag) unter Berücksichtigung des unternehmensspezifischen Risikos eine angemessene Rendite von 4,75% unterstellt. Um den angemessenen Gewinn zu ermitteln, wird dieser Prozentsatz auf das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft zum Schluss des jeweiligen Geschäftsjahres angewandt.*

*Sollte eine angemessene Eigenkapitalrendite überschritten werden, wird auf Grundlage eines Indikators von 0,5% (§ 4 Abs. 5 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt) auf die während des Geschäftsjahres valutierenden und verbürgten Darlehen eine angemessene Bürgschaftsprämie (Avalprovision) berechnet. An das Land maximal zurückzuzahlen ist die Höhe der errechneten Avalprovision. Dieser Maximalbetrag mindert sich, soweit durch den Rückzahlungsbetrag ein angemessener Gewinn im Segment Bodenbevorratung unterschritten würde.*

*Sollte die Gesellschaft im Rahmen ihrer sonstigen Tätigkeiten außerhalb der Bodenbevorratung Gewinne erzielen, die über der angemessenen Rendite liegen, so müssen diese auf die Einnahmen angerechnet werden (§ 5 Abs. 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).*

Übrige Felder des Formulars sind nicht einschlägig für HLG, da keine Notifizierungspflicht vorliegt und Beihilfen weniger als EUR 15 Mio. betragen.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser entfällt

### Höhe der gewährten Beihilfen

**Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)**<sup>6</sup>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)

2018	2019
P: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
2018	2019
Q: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
2018	2019
R: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
2018	2019
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
Bürgschaft: EUR 616.250	
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2016</b>	<b>2017</b>

#### 4. BESCHWERDEN DRITTER

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer

Keine Beschwerden

Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

#### 5. SONSTIGE FRAGEN

a) Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;
- Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;

---

<sup>16</sup> Bitte übermitteln Sie eventuell vorliegende Daten zu Beihilfen, die nach dem DAWI-Rahmen von 2012 gewährt wurden, z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Betrag pro Beihilfeinstrument und Größe der Unternehmen. Sollten solche zusätzlichen quantitativen Informationen in Ihrem Mitgliedstaat nicht ohne Weiteres verfügbar sein, können selbstverständlich auch aggregierte Daten

und/oder Schätzungen vorgelegt werden. Geben Sie in diesem Fall bitte an, dass es sich um Schätzungen handelt und/oder auf welche Weise die Daten aggregiert wurden.

- Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;
- regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Durchführung einer öffentlichen Konsultation im Einklang mit Randnummer 14 des DAWI-Rahmens;
- – Einhaltung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen im Einklang mit Randnummer 19 des DAWI-Rahmens;
- – Berechnung der Nettokosten nach der Net-avoided-cost-Methode im Einklang mit den Randnummern 25 bis 27 des DAWI-Rahmens;
- – Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit den Randnummern 33 bis 38 des DAWI-Rahmens.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, für den die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

- b) Sollten Sie Anmerkungen zu Aspekten der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens haben, die nicht durch unsere Fragen abgedeckt werden, können Sie nachstehend gerne darauf eingehe





# Mecklenburg-Vorpommern

## 1. ÜBERSICHT ÜBER DIE AUSGABEN

Es wird auf die Anlagen 2 und 3 verwiesen.

## 2. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-BESCHLUSSES VON 2012

**Bitte untergliedern Sie diesen Teil Ihres Berichts in folgende Abschnitte:**

- 1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)
- 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)
  - a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege
  - b) Kinderbetreuung
  - c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
  - d) Sozialer Wohnungsbau
  - e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen
  - f) Sonstige soziale Dienstleistungen (sofern zutreffend)
- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze
- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze
- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)
  - a) Postdienstleistungen
  - b) Energie
  - c) Müllabfuhr
  - d) Wasserversorgung
  - e) Kultur
  - f) Finanzdienstleistungen
  - g) Sonstige Wirtschaftszweige (bitte angeben):

Anbieterunabhängige Wahrnehmung der Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher des Landes M-V durch die Verbraucherzentrale M-V e.V.

**Bitte machen Sie zu jedem der obengenannten Punkte Angaben in der nachstehenden Tabelle:**

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5g, Sonstige Wirtschaftszweige: Anbieterunabhängige Wahrnehmung der Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher des Landes M-V durch die Verbraucherzentrale M-V e.V.
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>

1) Institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale M-V e.V. für die anbieterunabhängige Wahrnehmung der Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher des Landes.

Gegenstände der Betrauung sind:

- die Stärkung und Förderung der Selbsthilfe der Verbraucherinnen und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommerns sowie die anbieterunabhängige Vertretung ihrer Interessen gegenüber Wirtschaft, Verwaltung, Öffentlichkeit, Politik und Gesetzgebung,
- die landesweite objektive und unabhängige sowohl individuelle als auch kollektive Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu sämtlichen Fragestellungen und Problemlagen, die ihre privaten Haushalte betreffen, einschließlich der hierzu erforderlichen Unterhaltung eigener Beratungsstellen im Land,
- die Nutzung kollektiver Rechtsschutzinstrumente, darunter auch der Verbandsklage, im Interesse der Verbraucherschaft des Landes bei Verstößen gegen verbraucherschützende Vorschriften sowie zur Unterbindung von Geschäftspraktiken, die Verbraucherrechten und Verbraucherinteressen zuwiderlaufen,
- die Unterstützung der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Wahrnehmung ihrer individuellen Verbraucherrechte und die rechtliche Beratung dieser Personen, insbesondere wenn es sich um Verfahren handelt, welche von grundsätzlicher Bedeutung für die Verbraucherschaft im Lande, zumindest aber einer Vielzahl von Verbraucherinnen und Verbrauchern oder bestimmter Verbrauchergruppen ist,
- die Bereitstellung von landesweiten Angeboten zur Verbraucherbildung und Verbraucherforschung sowie die Durchführung einschlägiger Maßnahmen,
- die Zusammenarbeit mit verbraucherorientierten Organisationen, Behörden und kommunalen Einrichtungen im Land sowie die enge Kooperation mit den Verbraucherzentralen anderer Länder und dem Verbraucherzentrale Bundesverband.

2) Projektförderung „Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des Wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“

Gegenstand der Betrauung ist die Durchführung aktionsorientierter Informations- und Präventionsmaßnahmen sowie der zielgruppenspezifischen Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommerns zu folgenden Themen:

- „Verbraucherschutz für junge Leute“,
  - „Pflege: Auswirkungen und Umgang mit den neuen Pflege-Gesetzen“ und
  - „Verbraucherinformationen / Verbraucherrechte / Vertragsrecht“.
- Für den Bereich „Energemarkt und Energierecht“ richtet sich die Betrauung gemäß DAWI-Freistellungsbeschluss der Europäischen Kommission darauf, jene Voraussetzungen zu schaffen, die für eine erfolgreiche Bewerbung der VZ M-V zur Mitwirkung als Schwerpunkt-VZ an dem angekündigten Projekt „Marktwächter Energie“, welches durch den Bund finanziert und vom Verbraucherzentrale Bundesverband und den Verbraucherzentralen der Länder umgesetzt werden soll, erforderlich sind. Gegenstand bzw. Ziele des betrauten Projektes „Energemarkt und Energierecht“ sind:
- Schaffung von Transparenz auf dem Energiemarkt, insbesondere Information über aktuelle Tarifsysteme; Angebot von Orientierungshilfen für Verbraucher auf dem Energiemarkt; Schutz vor Irreführung und Täuschung auf dem Energiemarkt; Vertretung von Verbraucherinteressen gegenüber Politik und Wirtschaft.

Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Die Betrauung mit den jeweiligen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Verbraucherzentrale M-V e.V. erfolgte im jährlichen Zuwendungsbescheid der Bewilligungsbehörde.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer erstreckt sich jeweils auf den Bewilligungszeitraum, der ein Kalenderjahr als Haushaltsjahr nicht überschritten hat.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
-/-
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Verlorene Zuschüsse (nicht zurückzuzahlende Zuwendung)
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
<p>Das Land M-V hat die Zuschüsse für die institutionelle Förderung in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung gewährt. Eine Gewinn- und Rücklagenbildung zu Gunsten der Verbraucherzentrale M-V ist dadurch nicht möglich, da diese den Fehlbedarf und damit die Zuwendung mindernd. Deshalb war weder eine Kostenallokationsmethode noch eine Net-avoided-cost-Methode anzuwenden.</p> <p>Für die Projektförderung „Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des Wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“ erfolgte die Bemessung der Zuschüsse anhand der Projektbeschreibung, des Projektantrages und schließlich zuvörderst anhand des Kofinanzierungsvorbehaltes seitens des Bundes, der dieses Projekt zu 50-Prozent ebenfalls fördert. Eine Überkompensation zu Gunsten der Verbraucherzentrale M-V ist auch hier wegen der Zweckbindung der Mittel und der Beschränkung der Mittelverwendung auf das jeweilige Haushaltsjahr ausgeschlossen, weshalb weder eine Kostenallokationsmethode noch eine Net-avoided-cost-Methode anzuwenden war.</p>

<sup>5</sup> Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.	
Fehlbedarfsfinanzierung; Kontrolle der Erforderlichkeit bei der konkreten Auszahlungsbeantragung; Verwendungsnachweisverfahren mit unter Umständen notwendiger Teilaufhebung der Zuwendungsbescheide und Rückforderung der Zuschüsse.	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Die tatbestandlichen Voraussetzungen der Transparenzanforderungen (Art. 7 DAWI-Beschluss) liegen nicht vor, da die Zuschüsse nicht 15 Mio. Euro und mehr pro Jahr betragen.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Landes gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0,56262036	0,52779572
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls	

<sup>6</sup> Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

<sup>7</sup> Wenn der Beihilfebetrags nicht nach nationalen, regionalen und lokalen Behörden aufgeschlüsselt werden kann, sollte nur der insgesamt gewährte Beihilfebetrags für alle Behörden zusammen angegeben werden.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Siehe Fußnote 7.

verfügbar)	
2018	2019
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
2016	2017
	Gefördert wird allein der Verbraucherzentrale M-V e.V. Der Verein arbeitet gemäß seiner Satzung als nichtwirtschaftlicher Verein und beschränkt sich in seiner Tätigkeit auf das Land M-V.

**Ressort: Mecklenburg-Vorpommern - Sozialer Wohnungsbau**

**Bitte verwenden Sie für jeden Wirtschaftszweig (z.B. Kultur) ein gesondertes Formular. Bitte ankreuzen bzw. angeben:**

- ☐ Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c), nämlich:

- ☐ Gesundheitsdienste und Langzeitpflege
- ☐ Kinderbetreuung
- ☐ Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- ☒ Sozialer Wohnungsbau
- ☐ Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

- ☐ Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d)

- ☐ Flug- und Seeverkehrshäfen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e)

Sonstige Ausgleichsleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a), nämlich:

- ☐ Postdienstleistungen
- ☐ Energie
- ☐ Müllabfuhr
- ☐ Wasserversorgung
- ☐ Kultur
- ☐ Finanzdienstleistungen

☐ Sonstiger Wirtschaftszweig: \_\_\_\_\_ (bitte angeben)

*Anmerkung: Werden zahlreiche DAWI erbracht, ist im Folgenden eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ausreichend (keine Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen erforderlich).*

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen als DAWI definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der DAWI, für die eine Betrauung erfolgte**.

Nach Auffassung der Landesregierung ist die soziale Wohnraumförderung eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Denn es gehört zu den Aufgaben des Staates, die Voraussetzungen für eine verlässliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarem Wohnraum zu schaffen. Bei der sozialen Wohnraumförderung handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind. Hierzu zählen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere und behinderte Menschen sowie sonstige hilfebedürftige Personen. Die Zielgruppen sind weit überwiegend über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss bzw. den Kommunen sind Belegungs- und Benennungsrechte für die Belegung der geförderten Wohnungen eingeräumt.

Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungsverzorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohnqualitäten. Der Erbringer der Dienstleistung (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.

Die Zuständigkeit zur Durchführung der sozialen Wohnraumförderung liegt in Deutschland infolge der Föderalismusreform I seit 2007 bei den Ländern. In Mecklenburg-Vorpommern findet das Wohnraumförderungsgesetz des Bundes grundsätzlich weiter Anwendung.



In den nachfolgenden Antworten wird dargestellt, dass die Förderung von Unternehmen, die mit der sozialen Wohnraumförderung betraut werden, von den Regelungen des Freistellungsbeschlusses 2012/21/EU erfasst wird. Damit ist die Förderung grundsätzlich von der Notifizierungspflicht freigestellt, soweit es sich bei ihr um eine Beihilfe handelt.

Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung**. Wenn standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Die Betrauung erfolgt auf einer gesetzlichen Grundlage.  
Unternehmen, die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung erhalten, werden mit einer klar definierten gemeinwohlorientierten Verpflichtung betraut. Die vom Land M-V bestimmte Förderstelle bewilligt im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs aufgrund des erforderlichen Antrags der Förderempfänger durch eine exekutive Entscheidung, in der Regel durch einen Verwaltungsakt.  
Die Betrauung enthält gemäß Artikel 4 f des DAWI Beschlusses auch einen Verweis auf den Beschluss selber.  
Die Förderentscheidung konkretisiert insbesondere den Förderzweck, die Höhe und Einsatzart der Zuwendungen sowie Art und Dauer der vom Förderempfänger einzuhaltenden/zu erbringenden Gegenleistungen. Auf den sozialen Wohnungsbau werden die hier dargestellten spezifischen Sonderregeln bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse angewandt, die sich von denen anderer Sektoren, etwa im Krankenhauswesen, unterscheiden.

Durchschnittliche **Betrauungsdauer (in Jahren)** und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet**. Bitte erläutern Sie ggf., wie eine Dauer von mehr als 10 Jahren zu rechtfertigen ist.

Im Mietwohnungsneubau beträgt die Betrauungsdauer wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer 20 Jahre.  
Die Betrauung bei Modernisierung und Instandsetzung im Wohnungsbau liegt bei höchstens 15 Jahren.

Der Anteil der Betrauungen mit einer Dauer von mehr als 10 Jahren in Mecklenburg-

Vorpommern kann nicht konkret beziffert werden.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden (*soweit keine Angabe erfolgt, wird davon ausgegangen, dass dies nicht der Fall ist*).

Das Fördersystem ist marktwirtschaftlich orientiert. Die Förderung im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung steht grundsätzlich jeder natürlichen und juristischen Person, die ein in dem Förderprogramm beschriebenes Bauvorhaben durchführt und die geforderten Belegungs- und Mietpreisbindungen einhält, zu gleichen Konditionen zu – und zwar unabhängig von ihrem sonstigem Geschäftsfeld. Dabei werden in- und ausländische Unternehmen/Investoren gleich behandelt. Vorteil ist hierbei u.a. – unbeschadet der Ausrichtung der Förderung am jeweiligen Bedarf – die Möglichkeit einer örtlichen Streuung der Sozialwohnungen, wodurch eine räumliche Konzentration sozial benachteiligter Personengruppen (Ghettoisierung) verhindert wird. Im Vergleich zu anderen Wohnungsunternehmen werden diesen Unternehmen in der Regel keine besonderen oder ausschließlichen Rechte eingeräumt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Die soziale Wohnraumförderung ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht unternehmensbezogen, sondern objektbezogen angelegt. Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung sowie durch die Bereitstellung verbilligten Baulands oder aus einer Kombination der Fördermittel gewährt.

Als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung werden Belegungs- und Mietpreisbindungen eingeräumt, d.h. die Vermietung erfolgt weit überwiegend an Haushalte, die die Einkommensgrenzen erfüllen, und zu Mietobergrenzen. Die Mietobergrenze sichert die Bezahlbarkeit der Wohnkosten für die Zielgruppen ab. Sie liegt in der Regel unterhalb des Marktniveaus.

Angabe zum typischen **Ausgleichsmechanismus** und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird in der Regel die Net-avoided-cost-

Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme legt das Land die Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so fest, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleicht. Ausgeglichen werden die mit der Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktmietenniveau, der mit den Belegungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mieterbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die eventuell mit einer besonderen Bauausführung (z.B. barrierefreier Wohnraum) verbundenen erhöhten Baukosten. Bei der Festsetzung der Förderhöhe berücksichtigt das Land die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse. Sie stützen sich dabei auf verfügbare Daten und wissenschaftliche Untersuchungen über Bodenpreise, Baukosten und Marktmieten. Im Ergebnis werden mit dieser Methode für jedes einzelne Förderprojekt die Nettokosten der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung ausgeglichen. Eine Überkompensation wird durch die Förderung ausgeschlossen. Die Förderung ist marktorientiert und die Investition wird im sozialen Wohnungsbau so gestellt, dass sie die gleiche Rentabilität wie eine Investition im freifinanzierten Wohnungsbau ohne Gemeinwohlverpflichtung erzielt.

- ☐ Kostenallokationsmethode
- ☒ Net-avoided-cost-Methode

#### Typische **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation.**

Das Land regelt in seinen veröffentlichten Förderprogrammen allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den (oben beschriebenen) Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen.

Zu den (typischen) Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmieter wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können. Hierzu zählen u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des

Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen. Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel. Für den Fall einer Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Art. 7) bei Beihilfen von mehr als 15. Mio. Euro für Unternehmen die außerhalb des Anwendungsbereichs der DAWI noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z.B. Link zu Websites oder andere Verweise).

Entfällt, da keine Beihilfen in dieser Größenordnung gewährt wurden.

#### Höhe der insg. gewährten Beihilfen

- Bitte geben Sie (auch) den Beihilfewert (das Bruttosubventionsäquivalent) an (soweit kein anderweitiger Hinweis erfolgt, wird davon ausgegangen, dass die Angaben das Bruttosubventionsäquivalent zum Gegenstand haben).
- Bitte geben Sie – falls verfügbar – den Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Bürgschaft usw.) an.

**2018**

**2019**

Land (Zuschuss):  
7,685 Mio. EUR

Land (Zuschuss):  
20,170 Mio. EUR

Land (Darlehen):  
1,368 Mio. EUR (Barwert: 0,209 Mio. EUR)

Kommunen: 0,063 Mio. EUR  
(Grundstücksverbilligung)

**Zusätzliche** – ggf. geschätzte – **quantitative Informationen** (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrag, Größe der Unternehmen)

### **3. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-RAHMENS VON 2012**

Keine Angaben

### **4. BESCHWERDEN DRITTER**

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

Es sind keine Beschwerden Dritter bekannt.

### **5. SONSTIGE FRAGEN**

Keine Angaben

Der DAWI-Beschluss in Mecklenburg-Vorpommern		Gesamtbetrag für Mecklenburg-Vorpommern	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege		
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau	s. Anlage 3	s. Anlage 3
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen		
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen		
	Energie		
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur		
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige: Verbr. Zentr. MV	€ 562.620,36	€ 527.795,72

Der DAWI-Rahmen in Mecklenburg- Vorpommern	Gesamtbetrag für Mecklenburg-Vorpommern	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige		

Meckelnburg-Vorpommern - DAWI 2018/2019 Freistellungsbeschluss  
inkl. Kommunen

<b>Zuschuss</b>	Nominal	Nominal
	2018	2019
Neubau Sozial	5.847.100,00	20.118.300,00
Lifte-Progr.	1.837.800,00	51.500,00
WEP	-	-
<b>Σ</b>	<b>7.684.900,00</b>	<b>20.169.800,00</b>

<b>Kommunen</b>

<b>Darlehen</b>	Nominal	Nominal
	2018	2019
Mod./Inst.-Darlehen	1.368.000,00	-

<b>Darlehen</b>
Mod./Inst.-Darlehen



Nominal	Nominal
2018	2019
	63.240,00

Barwert	Barwert
2018	2019
209.457,00	-

## **Niedersachsen**

### **1. Übersicht über die Ausgaben**

Gesamtausgaben im Land Niedersachsen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf Grundlage des DAWI-Beschlusses (in €): 176.429.096,90 € (2018) und 133.693.363,37 € (2019). Wegen der Einzelheiten wird auf die beigelegte Excel-Tabelle verwiesen.

### **2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012**

#### **1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)**

##### **a) Landkreis Vechta**

###### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Medizinische Versorgungsleistungen,  
Notfalldienste

###### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

###### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

###### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

###### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

###### ***Ausgleichsmechanismus***

Nettokosten für gemeinwirtschaftliche Verpflichtung

###### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Pflicht zur Vorlage von Beihilfeberichten

###### ***Transparenzanforderungen***

Keine

###### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Vom Landkreis Vechta als lokaler Behörde ausgezahlter Beihilfeantrag (in Mio.€)	
2018	2019
0,35	0,41

## **b) Landkreis Wittmund**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Bereitstellung medizinischer Versorgungsleistungen auf den Gebieten der inneren Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Anästhesiologie und interdisziplinärer Intensivmedizin in einem ländlich strukturierten Landkreis
- Vorhalten von Notfalldiensten in Form der Notaufnahmen und der Übernahme eines Notarztdienstes
- Ausbildungsstätte im Bereich der Krankenpflege nach § 2 Abs. 1a KHG
- Vorhalten ambulanter Versorgungsleistungen

### ***Formen der Betrauung***

Gesellschaftervertrag i. V. m. Freistellungsbeschluss im Rahmen eines Betrauungsaktes (15.12.2008) bzw. dessen Neufassung (13.10.2016)

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine Gewährung ausschließlicher und besonderer Rechte

### ***Beihilfeinstrumente***

Zum Ausgleich von Jahresfehlbeträgen leistet der Landkreis Wittmund eine Zahlung für Verlustabdeckung auf Basis des jeweiligen Jahres-Wirtschaftsplanes. Auch werden gem. Wirtschaftsplan Zuschüsse zur Finanzierung von Investitionen, der Verbundweiterbildung von Ärzten und Spezialprojekte geleistet.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Nach Ablauf eines Geschäftsjahres wird ein Nachweis über die Verwendung der Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses erstellt. Der Jahresabschluss wird durch Wirtschaftsprüfer geprüft und testiert.

### ***Transparenzanforderungen***

keine

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

	<b>2018</b>	<b>2019</b>
Verlustabdeckung	569.665,32 €	850.000,00 €
Zuschüsse Verbundweiterbildung Ärzte	119.103,94 €	122.685,17 €
Zuschuss Sanierung Brandschutz	0,00 €	260.000,00 €
Investitionszuschüsse	430.000,00 €	150.000,00 €
Einzahlungen in Kapitalrücklage	170.856,77 €	0,00 €
<b>Summe</b>	<b>1.289.626,03 €</b>	<b>1.382.685,17 €</b>

### **c) Landkreis Friesland**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

##### Friesland-Kliniken gGmbH:

Zu den Haupttätigkeiten der medizinischen Versorgungsleistungen und Notfalldienste der Northwest-Krankenhaus Sanderbusch gemeinnützige GmbH und der St. Johannes-Hospital gemeinnützige GmbH (siehe deren Betrauungsakte vom 16.07.2015 und vom 28.09.2016) gehörige sowie unmittelbar mit den Haupttätigkeiten der medizinischen Versorgungsleistungen und Notfalldienste der Northwest-Krankenhaus Sanderbusch gemeinnützige GmbH und der St. Johannes-Hospital gemeinnützige GmbH (siehe deren Betrauungsakte vom 16.07.2015 und vom 28.09.2016) verbundene Nebenleistungen:

a) Aus-, Fort- und Weiterbildung in allen Berufen, die im Krankenhaus zugunsten der Erbringung medizinischer Versorgungsleistungen ausgeübt werden, einschließlich der Aus- und Weiterbildung von Fachärzten,

b) Managementdienstleistungen, die unmittelbar zu den Haupttätigkeiten der medizinischen Versorgungsleistungen und Notfalldienste der Northwest-Krankenhaus Sanderbusch gemeinnützige GmbH und der St. Johannes-Hospital gemeinnützige GmbH (Hinweis auf deren Betrauungsakte vom 16.07.2015 und vom 28.09.2016) gehörig oder mit ihnen unmittelbar verbundene Nebenleistungen sind, in den folgenden Bereichen: ...

- Geschäftsführung
- Unternehmensentwicklung
- Qualitätsmanagement
- Marketing
- Bauwesen
- Finanzcontrolling
- Finanzbuchhaltung
- IT
- Personalverwaltung
- Einkauf
- Patientenverwaltung
- Medizincontrolling
- Hygiene

#### Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch gGmbH und St. Johannes Hospital gGmbH

##### 1. Medizinische Versorgungsleistungen:

a) medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der im Klinikum stationär und teilstationär behandelten Patienten und Patientinnen mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen

b) medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der im Klinikum ambulant versorgten Patienten und Patientinnen mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen

##### 2. Notfalldienste:

a) Gewährleistung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft

b) Gestellung von Notärzten für den Rettungsdienst und Flugrettungsdienst

##### 3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen:

- a) Aus- Fort- und Weiterbildung in allen Berufen, die im Krankenhaus zugunsten der Erbringung medizinischer Versorgungsleistungen ausgeübt werden, einschließlich der Aus- und Weiterbildung von Fachärzten,
- b) Betrieb einer Krankenhausapotheke einschließlich der Versorgung von im Krankenhaus ambulant versorgten Patienten mit den im Krankenhaus verabreichten Arzneimitteln,
- c) Speiserversorgung für Patienten und Patientinnen des Krankenhauses,
- d) Speiserversorgung für Betriebsangehörige,
- e) Betrieb als Akademisches Lehrkrankenhaus.

### ***Formen der Betrauung***

Öffentlich-rechtlicher Betrauungsakt durch Beschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung.

### ***Betrauungsdauer***

In der Regel 10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Investitionszuschüsse, Liquiditätskredite, Bürgschaften, Patronatserklärung

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses. Im Hinblick auf Investitionszuschüsse werden vom Landkreis die Schlussrechnungen kontrolliert.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

	2018	2019
--	------	------

Frieslandkliniken gGmbH	Investitionszuschuss 1,5 Mio €	Investitionszuschuss 1,5 Mio € Liquiditätskredit 3,5 Mio € Patronatserklärung 8,5 Mio €
Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch gGmbH	1,2 Mio € Investitionszu- schuss 2,5 Mio € Liquiditätskredit	
St. Johannes Hospital gGmbH	2 Mio € Liquiditätskredit	

#### **d) Landkreis Verden**

##### ***Gegenstand der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse***

Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung obliegt nach § 1 Nds. Krankenhausgesetz in Niedersachsen den Landkreisen und kreisfreien Städten. Daher hat der Landkreis Verden in seinem Gebiet diesen Sicherstellungsauftrag zu gewährleisten. Hierbei handelt es sich im europarechtlichen Sinne um eine Dienstleistung von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Der Landkreis Verden hat die Krankenhausgesellschaft mit der Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung seiner Bevölkerung mit medizinischen Versorgungsleistungen einschließlich einer Notfallversorgung an den Standorten Verden und Achim und hiermit verbundener Nebenleistungen (Vorhaltung je einer inneren, einer chirurgischen und an mindestens einem Standort einer geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung) betraut. Der Umfang der Dienstleistung von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse bestimmt sich maßgeblich anhand der mit der Aufnahme in den Krankenhausplan verbundenen Rechte und Pflichten. Die Anforderungen des Krankenhausplanes sowie der entsprechenden Feststellungsbescheide des Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über die Aufnahme in den Krankenhausplan inklusive der hier eventuell getroffenen Einzelfeststellungen sind stets durch die Aller-Weser-Klinik gGmbH zu erfüllen. Aktuell sind im Niedersächsischen Krankenhausplan für die Krankenhausgesellschaft 255 Betten verzeichnet.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Versorgungsauftrages als Dienstleistung von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse umfasst die Betrauung insbesondere folgende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen:

- Sicherstellung des Versorgungsauftrages des Landkreis Verden
- Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Versorgungsleistungen sowie Wahrnehmung der mit diesen Tätigkeiten verbundenen Nebenleistungen
- Aufrechterhaltung und Sicherung einer bedarfsgerechten Notfallversorgung
- Sicherstellung einer für alle Bürger zugänglichen und bedarfsgerechten Krankenhausversorgung
- Vorhaltung einer bedarfsgerechten Krankenhausinfrastruktur

- Verbesserung und Weiterentwicklung der medizinischen Versorgungsstruktur und Qualitätsstandards sowie Fortentwicklung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten

### ***Form der Betrauung***

Der Kreistag des Landkreises Verden hat einen Betrauungsakt in seiner Sitzung am 18.07.2014 beschlossen. Der Landrat des Landkreises Verden hat den Betrauungsakt am 21.07.2014 ausgefertigt.

### ***Betrauungsdauer***

Der Betrauungszeitraum ist auf einen Zeitraum von maximal 10 Jahren begrenzt. Die Betrauung endet somit, soweit sie nicht geändert oder widerrufen wird, am 21.07.2024.

### ***Ausschließliche und besondere Rechte***

Der Betrauungsakt enthält keine ausschließlichen und besonderen Rechte, die über die unter Ziffer 5 genannten Beihilfeinstrumente hinausgehen.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Krankenhausgesellschaft erhält Ausgleichsleistungen vom Landkreis Verden. Ausgleichsleistungen sind entsprechend der Vorgaben der Freistellungsverordnung alle vom Landkreis Verden oder aus dessen Mitteln gewährten Vorteile. Dabei kann es sich beispielsweise um Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Kostenübernahmen, Kapitaleinlagen oder andere Vorteile handeln.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtung eingesetzten Eigenkapital abzudecken. Eventuelle Fehlbeträge aus Dienstleistungen, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, werden nicht ausgeglichen.

Die Höhe der Ausgleichsleistung wird grundsätzlich anhand der geprüften Jahresabschlüsse der Krankenhausgesellschaft ermittelt. Sofern unterjährige Ereignisse einen weitergehenden Ausgleichsbedarf erfordern, kann der Landkreis diese gewähren. Auch bezüglich dieser Ausgleichsleistungen ist das Ergebnis des geprüften Jahresabschlusses maßgeblich.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen oder andere Begünstigungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen entsteht, führt die Krankenhausgesellschaft jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen. Dies ge-



schieht durch den geprüften Jahresabschluss und unter Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben. Die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung der Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse werden entsprechend der Vorgaben des Freistellungsbeschlusses getrennt zu den sonstigen Bereichen geführt.

Überkompensationen muss die Krankenhausgesellschaft dem Landkreis Verden grundsätzlich erstatten. Beträgt die Überkompensation maximal 10 % der jährlichen Ausgleichsumme, kann dieser Betrag auf die nächstfolgende Ausgleichsperiode angerechnet werden. Ob eine Anrechnung oder eine Erstattung einer solchen Überkompensation erfolgt, entscheidet der Landkreis Verden.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Art und Höhe der Ausgleichsleistungen sind durch die Krankenhausgesellschaft zu dokumentieren und mindestens für einen Zeitraum von 10 Jahren aufzubewahren. Der Beschluss über die Betrauung der Krankenhausgesellschaft wurde in öffentlicher Sitzung des Kreistages beschlossen. Die öffentliche Bekanntmachung des Betrauungsaktes ist im Amtsblatt des Landkreises Verden am 01.08.2014 erfolgt. Über die jährlichen Ausgleichsleistungen entscheidet der Kreistag des Landkreis Verden jährlich in öffentlicher Sitzung.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Ausgleich für die Erbringung für Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse

2018	6.715.000,00 €
2019	7.488.000,00 €

### **e) Stadt Osnabrück**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrauung der Klinikum Osnabrück GmbH mit medizinischen Versorgungsleistungen, Notfalldiensten sowie unmittelbar damit verbundenen Nebenleistungen

### ***Formen der Betrauung***

Ratsbeschluss, Umsetzung durch Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

nein

### ***Beihilfeinstrumente***

Barzuschüsse, Bürgschaften, Gesellschafterdarlehen, Eigenkapitalerhöhung

### **Ausgleichsmechanismus**

Ausgleichsmechanismus: Festlegung der maximalen Höhe im Wirtschaftsplan und im Haushaltsplan; falls dort nicht möglich, erfolgt anderweitige Dokumentation.

Ausgleich der Kosten, die für die Erbringung der Aufgabe nach Abzug der Einnahmen und einer angemessenen Rendite verbleiben.

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

- Jährlicher Mittelverwendungsnachweis im Rahmen des Jahresabschlusses
- Aufstellung einer Trennungsrechnung
- Unterjähriges Prüfungsrecht der Stadt Osnabrück
- Regelmäßiges unterjähriges Berichtswesen im Rahmen der Beteiligungssteuerung.

### **Transparenzanforderungen**

Veröffentlichung der Beihilfen im Online-Ratsinformationssystem, regelmäßiges Reporting im Rahmen der Konzernfinanzierung an das Nds. MI

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
Stadt Osnabrück	Stadt Osnabrück
27.04.2018 Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzierung 2.800.000€	30.10.2019 Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzierung 3.800.000 €
27.04.2018 Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzierung 1.600.000 €	30.10.2019 Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzierung 5.700.000 €
30.11.2018 Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzierung 8.000.000 €	
30.11.2018 Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzierung 3.006.000 €	
*Die Gewährung von Gesellschafterdarlehen erfolgt zu marktgerechten Konditionen, daher kein Beihilfewert (Angabe nur informatorisch)	

### **f) Region Hannover**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Gegenstand ist die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung in der Region Hannover mit medizinischen Versorgungsleistungen einschließlich Notfallversorgung und hiermit verbundenen Nebenleistungen.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Versorgungsauftrags und der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse umfasst die Betrauung insbesondere folgende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen:

- Sicherstellung des Versorgungsauftrags der Region Hannover,
- Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Versorgungsleistungen sowie Wahrnehmung mit diesen Tätigkeiten verbundenen Nebenleistungen,
- Aufrechterhaltung und Sicherung einer bedarfsgerechten Notfallversorgung,
- Sicherstellung einer für alle Bürger zugänglichen, bedarfsgerechten und wohnortnahen Krankenversorgung,
- Ausbau der bedarfsgerechten Krankenhausinfrastruktur,
- Verbesserung und Weiterentwicklung der medizinischen Versorgungsstruktur und Qualitätsstandards sowie Fortentwicklung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten,
- Grundsätzliche Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

25 Jahre.

Grund: Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des DAWI-Beschlusses lässt einen Betrauungszeitraum von über 10 Jahren zu, als eine erhebliche Investition seitens des Dienstleistungserbringers erforderlich ist, die nach allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen über einen längeren Zeitraum abgeschrieben werden muss.

Das Unternehmen hat dargelegt, dass es eine erhebliche Investition tätigt (insbesondere vollständige Krankenhausneubau), die zur Erbringung der DAWI, mit dem das

Unternehmen betraut ist, erforderlich ist, sich dies im Branchenvergleich sowie im Bezug zu dem in eigenen Unternehmen vorhandenen Investitionsvolumen als erheblich darstellt und dies aufgrund der für das Unternehmen (ggf. zwingend anzuwendenden) allgemein anerkannten Grundsätze der Rechnungslegung einer längeren Abschreibungsdauer als 10 Jahre unterliegt.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse
- Bürgschaften

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Darstellung und Berechnung der mit der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse verbundenen Kosten und Erträge sowie der Bereiche der DAWI, für die ein Ausgleich gezahlt wurde, erfolgt unter Bezugnahme auf den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluss (Kostenallokationsmethode).

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, führt das Unternehmen jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses des Unternehmens und unter Beachtung der Anforderungen der Transparenzrichtlinie.

Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichsleistungen erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfenberichts. Der Beihilfenbericht besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. In dem Beihilfenbericht ist zu bestätigen, dass die Ausgleichsleistungen für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von der Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte. Tätigkeits-, Geschäfts-, Abschluss- und Prüfungsberichte sowie etwaige Veröffentlichungen sind dem Beihilfenbericht beizufügen.

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche von nicht mehr als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen, ist ein Vortrag auf das Folgejahr möglich und die ordnungsgemäße Mittelverwendung innerhalb des Folgejahres wiederherzustellen.

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, wird die Region Hannover im Falle einer Überkompensation die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine da nicht über 15 Mio. €.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

#### **2018:**

Zuschüsse: 12.415 T€

Bürgschaften: Eine Ausfallbürgschaft ohne Avalprovision (ausgegeben im Jahr 2018) in Höhe von 42.554 T€.

#### **2019:**

Zuschüsse: 9.052 T€

### **g) Stadt Braunschweig**

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bereitstellung einer öffentlichen Krankenhausinfrastruktur

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

## ***Beihilfeinstrumente***

Finanzielle Ausgleichsleistungen, insbesondere Verlustausgleiche, Bürgschaften etc.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht darüber hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch Erfüllung einer Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapitals abzudecken (Kostenallokationsmethode).

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Jährlicher Nachweis durch einen testierten Beihilfenbericht.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht anwendbar.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

#### **2018:**

Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor.

#### **2019:**

Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor.

## **h) Stadt Delmenhorst**

Versorgungsleistungen: medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der im Stadtkrankenhaus Delmenhorst stationär behandelten Patienten und Patientinnen mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen; medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchung und Behandlung der im Stadtkrankenhaus Delmenhorst ambulant versorgten Patienten und Patientinnen mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen. Notfalldienste: Gewährleistung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft; Gestellung von Notärzten für den Rettungsdienst. Unmittelbar mit den Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen sind: Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für den Betrieb des Stadtkrankenhauses Delmenhorst notwendigen Berufen sowie die Ausbildung von Fachärzten; Speisenversorgung für Patienten und Patientinnen; radiologische Leistungen für Patienten und Patientinnen; Laborleistungen für Patienten und Patientinnen; Leistungen der Physiotherapie und Ergotherapie für Patienten und Patientinnen; medizinische Diagnostik für Patienten und Patientinnen; Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige.

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt

***Betrauungsdauer***

10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichszahlungen: Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Kostenübernahmen und Kapitaleinlagen

***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses; Anwendung der Transparenzrichtlinie 2006/111/EG; Einsichtnahme- und Prüfrechte; Rückzahlungsansprüche

***Transparenzanforderungen***

Entfällt

***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 10,7 Mio. EUR

2019: 3,4 Mio. EUR

**i) Stadt Lingen**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Gem. § 2 Abs. 2 des Betrauungsaktes die Krankenhausversorgung durch das St. Bonifatius Hospital Lingen: sämtliche medizinische Versorgungsleistungen des Krankenhauses (stationäre Krankenhausleistungen einschl. teilstationärer, vor- und nachstationärer Krankenhausleistungen) zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Krankenhausversorgung gemäß dem jeweils gültigen Feststellungsbescheid zur Aufnahme des Krankenhauses in den Krankenhausplan des Landes Nie-

dersachsen; den Ausbau einer bedarfsgerechten Krankenhausinfrastruktur; der Verbesserung und Weiterentwicklung der medizinischen Versorgungsstruktur und Qualitätsstandards sowie Fortentwicklung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten; der Aufrechterhaltung und Sicherung einer bedarfsgerechten umfassenden Notfallversorgung; der Verpflichtung zur Hilfe im Rahmen von Katastrophen, Pandemien und Großschadensereignissen sowie sonstige mit den vorgenannten Tätigkeiten unmittelbar zusammenhängende medizinische und pflegerische Nebenleistungen (insbesondere Forschung und Lehre im Bereich des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens).

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt vom 14.07.2016 (Ratsbeschluss vom 26.05.2016) zugunsten des St. Bonifatius Hospital Gesellschaft Lingen e.V., dem alleinigen Gesellschafter der St. Bonifatius Hospital Lingen gGmbH, welche das St. Bonifatius Hospital Lingen betreibt.

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre (2016 - 2025)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Dem St- Bonifatius Hospital Gesellschaft Lingen e.V. sind nach § 2 Abs. 4 des Betrauungsaktes keine ausschließlichen oder besonderen Rechte eingeräumt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Investitionszuschuss nach Art. 5 Abs. 3 S. 2 lit. d (2012/21/EU) für eine Baumaßnahme („Sanierung Funktionsbereich und Neubau Pflegebereich 3. Bauabschnitt“ mit Erweiterung des Herz- und Gefäßzentrums im Bonifatius Hospital Lingen).

### ***Ausgleichsmechanismus***

Jährliche festgesetzte Investitionsförderung zur Standortsicherung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Jährlicher Nachweis über die Verwendung der Mittel durch die St. Bonifatius Hospital Lingen gGmbH im Rahmen des Jahresabschlusses. Darüber hinaus Anschluss an die Prüfungen des Landkreises Emsland, der dazu berechtigt ist, auch unterjährig Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen überprüfen zu lassen. Sollte die Prüfung eine Überkompensation der für das Prüfungsjahr gewährten Mittel ergeben, fordert die Stadt Lingen (Ems) auf der Grundlage des Prüfungsergebnisses des Landkreises Emsland die St. Bonifatius Hospital Lingen (Ems) gGmbH zur Rückzahlung des überhöhten Betrages auf.

### ***Transparenzanforderungen***

Sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar



sind, werden für zehn Jahre nach Beendigung der Betrauung aufbewahrt.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 350 T€

2019: 350 T€

### **j) Stadt Achim**

- 1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Sie dient der stationären, teilstationären und ambulanten Untersuchung, Behandlung und Pflege von Patienten und der Heilung und Rehabilitation von Kranken und Hilfsbedürftigen unabhängig von deren Staatsangehörigkeit, Konfession, Herkunft, Geschlecht und Wohnsitz. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung im Landkreis Verden durch das Betreiben von Krankenhäusern in den Städten Achim und Verden (Aller). Die Gesellschaft hat im Rahmen der Krankenhausplanung des Landes Niedersachsen gleichwertig an beiden Standorten die Grund- und Notfallversorgung durch je eine innere, eine chirurgische und an mindestens einem Standort eine geburtshilflich-gynäkologische Abteilung sicherzustellen. Sie kann andere kranken- und sozialpflegerische Dienste und Einrichtungen im Rahmen ihres Zwecks betreiben.

#### **Formen der Betrauung**

Betrauung durch den Landkreis Verden

#### **Betrauungsdauer**

10 Jahre

#### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

./.

#### **Beihilfeinstrumente**

Investitionszuschuss

#### **Ausgleichsmechanismus**

./.

#### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Zuwendungsbescheid vom 04.04.2017:

Die Zuwendung wird als Anteilsfinanzierung gewährt und dient der 50%-gigen Mitfinanzierung des auf bis zu 3.250.000 € veranschlagten Gesamtvorhabens

durch die Stadt Achim, dessen Finanzierung nach dem vorliegenden Finanzierungsplan wie folgt vorgesehen ist:

Zuwendung der Stadt Achim	50 %,	höchstens jedoch 1.625.000,00 €
Zuwendung des Landkreises Verden insgesamt	50 %, 100 %,	höchstens jedoch 1.625.000,00 € höchstens jedoch 3.250.000,00 €

#### Zeitliche Bindung und Widerrufsvorbehalt

Die Zuwendung wird unter dem Vorbehalt des Widerrufs und der anteiligen Rückforderung für den Fall gewährt, dass die Aller-Weser-Klinik gGmbH innerhalb eines Zeitraumes von 20 Jahren nach Fertigstellung der geriatrischen Abteilung der Aller-Weser-Klinik am Standort Achim ohne meine vorherige Zustimmung die mit den Zuwendungsmitteln umgebaute Geriatrie-Station einer anderen Nutzung als den in § 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages genannten Zwecke der Gesellschaft zuführt.

#### **Transparenzanforderungen**

./.

#### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 715.000,00 €

#### **k) Stadt Oldenburg**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

##### **1. Medizinische Versorgungsleistungen**

Die medizinische Versorgung der im Klinikum Oldenburg stationär, teilstationär und ambulant behandelten Patientinnen und Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen:

- CHI (Chirurgie, Allgemein- und Viszeralchirurgie, Unfallchirurgie),
- FUG (Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Senologie),
- HNO (Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde),
- HAU (Dermatologie und Allergologie),
- HCH (Herz- und Gefäßchirurgie),
- INN (Innere Medizin, Onkologie, Gastroenterologie, Kardiologie, Nephrologie, Akutgeriatrie und geriatrische Rehabilitation, Palliativmedizin),
- KCH (Kinderchirurgie),

- KIN (Pädiatrie, Kinderonkologie, Neonatologie, Hämatologie, Pädiatrische Pneumologie und Kardiologie),
- MKG (Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie),
- ORT (Orthopädie),
- URO (Urologie),
- KJPP (Kinder- und Jugendpsychiatrie),
- ANA (Anästhesiologie),
- RAD (Radiologie)
- Labore: Mikrobiologie, Klinische Chemie, Pathologie
- Krankenhaushygiene.

## 2. Notfalldienste

- Gewährleistung der ambulanten Notfallversorgung für den jeweiligen Einzugsbereich
- Hilfe im Rahmen von Katastrophen, Pandemien und Großschadensereignissen

## 3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen u. a.

- Gesundheits- und Krankenpflegeschule,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung in anderen Berufen, die im Krankenhaus ausgeübt werden,
- Betrieb einer Krankenhausapotheke einschließlich der Versorgung von im Krankenhaus ambulant versorgten Patientinnen und Patienten mit den im Klinikum verabreichten Medikamenten,
- Physiotherapeutische Dienstleistungen, sofern diese für das Klinikum Oldenburg erbracht werden,
- Teilnahme an Forschung und Lehre für Studierende der Medizin und Gesundheitswissenschaft gem. Satzungszweck § 2 Abs. 2,
- Sicherstellung der baulichen Infrastruktur für das Klinikum Oldenburg ( insbes. Leistungen der Haustechnik und Bauabteilung/Instandhaltung),
- Sonstige Aufgaben, soweit sie mit der Erfüllung der vorgenannten Aufgaben verbunden sind, z. B.
  - die Speiserversorgung für das Klinikum Oldenburg
  - Einkauf und Logistik, Durchführung von Hol- und Bringendiensten
  - Gebäudereinigung sowie OP-Reinigung,
  - Bettenaufbereitung
  - Labore: Mikrobiologie, Klinische Chemie, Pathologie
  - Grün- und Freiflächenpflege,
  - Seelsorge, Gottesdienste, soziale Dienste
  - Aufgaben der öffentlichen Gesundheitsvorsorge

## **Formen der Betrauung**

Die Betrauung erfolgte auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses und Umsetzung durch Verwaltungsakt.

### ***Betrauungsdauer***

01.01.2019 – 31.12.2028

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Dem Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse, Gesellschafterbeiträge/Gesellschaftereinlagen/Kapitalerhöhungen, Garantien/Bürgschaften/Patronatserklärungen, vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung, Kostenübernahme, Forderungs- und Abgabenverzicht, Überlassung von Immobilien, sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwerterem Vorteil; dabei wird in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ausgleichsleistungen im Sinne dieser Betrauung sind alle unmittelbaren oder mittelbar gewährten Vorteile jedweder Art. Diese umfassen insbesondere:

- Zuschüsse
- Trägerbeiträge/-einlagen/Kapitalerhöhungen
- Garantien/Bürgschaften/Patronatserklärungen
- vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung
- Kostenübernahme
- Forderungs- und Abgabenverzicht
- Überlassung von Immobilien unterhalb des Marktpreises
- sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwerterem Vorteil.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über einen Verwendungsnachweis im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses sowie einer Trennungsrechnung und einen Beihilfenbericht.

### ***Transparenzanforderungen***

Es wird eine Trennungsrechnung entsprechend der Anforderungen der Richtlinie 2006/111/EG (Transparenzrichtlinie) geführt.

## ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2019: Auf Grundlage der erfolgten Betrauung und in deren Rahmen zum Zwecke der Verwendung für die Erbringung und Aufrechterhaltung von betrauten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse wurde der bestehende Liquiditätsvertrag zwischen der Stadt Oldenburg und der Klinikum Oldenburg AöR verlängert und um den Verfügungsrahmen in Höhe von 27 Mio. EUR erweitert.

Darüber hinaus wurde für 2019 auf Grundlage der erfolgten Betrauung und in deren Rahmen zum Zwecke der Verwendung für die Erbringung und Aufrechterhaltung von betrauten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse beschlossen, dass die Stadt folgende Ausfallbürgschaften für geplante Kreditaufnahmen zzgl. der jeweils auf diese Anteile entfallenden Zinsen, Nebenleistungen und Kosten sowie Ausfallbürgschaften für Betriebsmitteldarlehen übernimmt.

- |                                                                                  |                  |
|----------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| • Ausfallbürgschaft für Darlehen Erweiterungsbau (GEKO)<br>von maximal           | 5.470.000,00 EUR |
| • Ausfallbürgschaft für Darlehen<br>von maximal                                  | 1.500.000,00 EUR |
| • Ausfallbürgschaft für Betriebsmitteldarlehen<br>iHv 50% der Darlehenssumme von | 4.000.000,00 EUR |
| • Ausfallbürgschaft für Betriebsmitteldarlehen<br>iHv 50% der Darlehenssumme von | 3.000.000,00 EUR |
| • Ausfallbürgschaft für Betriebsmitteldarlehen<br>iHv 50% der Darlehenssumme von | 1.500.000,00 EUR |

## **I. Stadt Wolfsburg**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Krankenhausversorgung der Bevölkerung, insb.

#### **1. Medizinische Versorgungsleistungen**

a) medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der im Klinikum Wolfsburg stationär behandelten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen,

b) medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchung und Behandlung der im Klinikum Wolfsburg ambulant versorgten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen,

c) Vorhaltung des für die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung notwendigen Behandlungsspektrums.

#### **2. Umfassende Notfallversorgung**

- a) Gewährleistung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft,
  - b) Gestellung von Notärzten gemäß § 10 Abs. 1 Rettungsdienstgesetz in Niedersachsen.
  - c) Medizinische Versorgung bei Pandemien, Großschadensereignissen und Katastrophen
3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen sind:
- a) Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für den Betrieb des Krankenhauses notwendigen Berufen, sowie Ausbildung von Fachärzten im Rahmen der Anerkennung als Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Hannover,
  - b) Betrieb einer Krankenhausapothek e einschließlich der Versorgung von im Krankenhaus ambulant versorgten Patienten mit den im Krankenhaus verabreichten Arzneimitteln,
  - c) Betrieb einer Blutbank für Patienten des Klinikums Wolfsburg,
  - d) Speisenversorgung für Patienten des Klinikums Wolfsburg,
  - e) Teilnahme an Studien

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Betriebskosten- und Investitionskostenzuschüsse, Einlage in die Kapitalrücklage

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die maximale Höhe der Ausgleichszahlung ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan, in dem die ausgleichsfähigen und nicht ausgleichsfähigen Leistungen des jeweiligen Jahres getrennt dargestellt werden (Kostenallokationsmethode).

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Jährlicher Verwendungsnachweis seitens des Klinikums der Stadt Wolfsburg im Rahmen des Jahresabschlusses
- Die Verwendung der Mittel ist durch den Abschlussprüfer im Jahresabschluss zu prüfen und zu testieren.
- Trennungsrechnung zwischen DAWI und nicht-DAWI
- Bei Überkompensation Aufforderung seitens der Stadt Wolfsburg zur Rückzahlung. Beträgt die Überkompensation maximal 10 % der jährlichen Ausgleichssumme, darf dieser Betrag auf die nächstfolgende Ausgleichsperiode angerechnet werden.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine Beihilfe über 15 Mio €

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018** 908.250,00 EUR (Betriebskostenzuschuss)  
6.301.800,00 EUR (Investitionskostenzuschuss)

**2019:** 5.115.00,96 EUR (Betriebskostenzuschuss)  
3.300.00,00 EUR (Investitionskostenzuschuss)

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

### **Landkreis Uelzen**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, insbesondere Einrichtung, Unterhaltung und Betrieb eines Bewegungsbades, Kurmittelanlagen und zum Kurbetrieb gewidmete Quellen, Parkanlagen im Gebiet der Stadt Bad Bevensen, Verabreichung von Kurmitteln, Durchführung von Maßnahmen der vorbeugenden Gesundheitshilfe

#### ***Formen der Betrauung***

Beschluss der Vertretungen der in der Betrauung in §1 I genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts

#### ***Betrauungsdauer***

9,25 Jahre

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

nein

#### ***Beihilfeinstrumente***

Einmalzahlungen in die Kapitalrücklage

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Net-avoided-cost - Methode (Trennungsrechnung)

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

bei Überkompensation (bis 10% im Durchschnitt v. drei aufeinander folgenden Jahren) Vortrag der Ausgleichsleistung bzw. mindernde Rückführungsverpflichtung Berücksichtigung im nächsterreichbaren Haushaltsplan)

### ***Transparenzanforderungen***

Einmalzahlungen unter 15 Mio. EUR

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 968.600,00 EUR

2019: 986.000,00 EUR

b) Kinderbetreuung

### ***Gemeinde Sittensen***

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Kinderbetreuung in Krippe und Kindergarten

### ***Formen der Betrauung***

Kinderbetreuung U3 und Ü3

### ***Betrauungsdauer***

Ganztags- und Teilbetreuung

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

-

### ***Beihilfeinstrumente***

Defizitzuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

-

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Wird jährlich abgerechnet



## **Transparenzanforderungen**

Vorlage Rechenschaftsbericht

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018 € 515.989,36 €      2019 461.000,00

#### c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

entfällt...

**Formen der Betrauung**

entfällt...

**Betrauungsdauer**

entfällt...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

entfällt...

**Beihilfeinstrumente**

entfällt ...

**Ausgleichsmechanismus**

entfällt ...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

entfällt ...

**Transparenzanforderungen**

entfällt ...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

entfällt ...

#### d) Sozialer Wohnungsbau

##### **a) Stadt Braunschweig**

Nibelungen-Wohnbau –GmbH

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betätigung im sozialen und öffentlichen Zwecken dienenden Wohnungsbau

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Gewährung von finanziellen Vorteilen, insbesondere Zuschüsse, Bürgschaften, Darlehen etc.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ausgleichszahlungen dürfen die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung der Verpflichtung eingesetzten Eigenkapital nicht übersteigen (Kostenallokationsmethode)

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Jährlicher Beihilfenbericht auf Basis des jeweiligen geprüften Jahresabschlusses

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht anwendbar

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

#### **2018:**

Summe der übernommenen Bürgschaften per 31. Dezember 2018: 48.308 T€

#### **2019:**

Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor

## **b) Stadt Celle**

DAWI-Berichtspflicht der Stadt Celle für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2019

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Schaffung von Wohnraum für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus auf dem durch Kaufvertrag mit Vergünstigung erworbenen Grundstück

***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt in Form eines Verwaltungsakts vom 03.12.2019

***Betrauungsdauer***

für einen Zeitraum von 10 Jahren

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

***Beihilfeinstrumente***

Vergünstigte Abgabe eines Grundstücks, dadurch Bezuschussung pro geschaffener Wohneinheit im sozialen Wohnungsbau auf dem Grundstück

***Ausgleichsmechanismus***

Die Ausgleichsleistung geht insgesamt nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Netto-Kosten abzudecken. Die Netto-Kosten sind die Differenz zwischen den zu berücksichtigten Kosten und den Einnahmen.

Die zu berücksichtigenden Kosten umfassen sämtliche in Verbindung mit der Erbringung der DAWI angefallenen Kosten des Unternehmens.

Die zu berücksichtigenden Einnahmen beinhalten die gesamten Einnahmen, die mit der DAWI erzielt wurden. Dazu zählen auch andere dem Unternehmen über die im Betrauungsakt gewährte Beihilfe hinausgehende, von staatlichen Stellen gewährte Zuschüsse und Vergünstigungen. Als „angemessener Gewinn“ gilt die Kapitalrendite, die ein durchschnittliches Unternehmen zugrunde legt, um unter Berücksichtigung des jeweiligen Risikos zu entscheiden, ob es die betreffende DAWI für die gesamte Dauer der Betrauung erbringt. Der Begriff „Kapitalrendite“ bezeichnet den internen Ertragssatz (Internal Rate of Return – IRR), den das Unternehmen während des Betrauungszeitraums mit seinem investierten Kapital erzielt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von DAWI entsteht, führt das Unternehmen jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel gegenüber der betrauenden Stelle. Dies geschieht im Rahmen des Jahresabschlusses. Die betrauende Stelle kann eine Beschäftigung oder ein Schreiben eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft verlangen, mit der die Angemessenheit der Höhe der geleisteten Aufwendungen festgestellt wird.

Die betrauende Stelle ist jederzeit berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen prüfen zu lassen.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Berechnung der Ausgleichsleistung hat jährlich im Vorhinein anhand des jeweiligen durch das Unternehmen aufgestellten Wirtschaftsplan zu erfolgen. Alle Begünstigungen sind in den Wirtschaftsplan aufzunehmen oder anderweitig nachzuweisen. Der Wirtschaftsplan ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften zur Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Die

Berechnung der Ausgleichszahlung ist zwingend separat für die betraute Gemeinwohlaufgabe nach § 2 Abs. 1 durchzuführen. Es ist im Wirtschaftsplan anzugeben, nach welchen Parameter diese Zuordnung erfolgt. Das Unternehmen stellt die entsprechenden nachweise der Ausgleichsleistenden unaufgefordert zur Verfügung.

Die betrauende Stelle ist jederzeit berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen prüfen zu lassen.

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, mindestens für einen Zeitraum von zehn Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums auf**zubewahren**.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

20190,95 Mio. Euro

...

e. Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

entfällt ...

***Formen der Betrauung***

... entfällt

***Betrauungsdauer***

entfällt ...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt ...

***Beihilfeinstrumente***

entfällt ...

***Ausgleichsmechanismus***

entfällt ...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

entfällt ...

***Transparenzanforderungen***

entfällt ...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

entfällt ...

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

entfällt ...

***Formen der Betrauung***

entfällt ...

***Betrauungsdauer***

... entfällt

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt ...

***Beihilfeinstrumente***

entfällt ...

***Ausgleichsmechanismus***

entfällt ...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

entfällt ...

***Transparenzanforderungen***

entfällt ...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

entfällt ...

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

entfällt ...

***Formen der Betrauung***

entfällt ...

***Betrauungsdauer***

entfällt ...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt ...

***Beihilfeinstrumente***

entfällt ...

***Ausgleichsmechanismus***

entfällt ...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

entfällt ...

***Transparenzanforderungen***

entfällt ...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

entfällt ...

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

- i) Postdienstleistungen

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

entfällt ...

***Betrauungsdauer***

entfällt ...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt ...

***entfällt Beihilfeinstrumente***

entfällt ...

***Ausgleichsmechanismus***

entfällt ...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

entfällt ...

***Transparenzanforderungen***

entfällt ...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

entfällt ...

## ii) Energie

### **a) Stadt Peine – Stadtwerke Peine GmbH**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrauung der Stadtwerke Peine GmbH mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) und mit allen damit im Zusammenhang stehenden Leistungen unter Beachtung der europarechtlichen Vorgaben. Die Betrauung umfasst insbesondere folgende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen:

- Betrieb öffentlicher Schwimmbäder
- Zurverfügungstellen von Parkraum / Betrieb von Parkeinrichtungen
- Versorgung mit Energie, Wärme und Wasser sowie mit Energie-, Wärme-, Versorgungs- und Entsorgungsleistungen

Die Betrauung erfasst grundsätzlich die Betätigung der Stadtwerke Peine GmbH innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Peine und der Region.

#### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt auf Grundlage des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI.

Betrauungsakt aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt Peine vom 23.10.2014, der in Form eines Verwaltungsaktes der Stadtwerke Peine GmbH bekannt gegeben wurde.

#### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

#### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleich der Verluste, die durch die Erfüllung der DAWI entstehen, im Wege des steuerlichen Querverbands durch die Verrechnung der defizitären Sparten mit den Gewinnen aus den Versorgungssparten der Stadtwerke Peine GmbH.



## **Ausgleichsmechanismus**

Auszug aus dem Betrauungsakt:

### **§ 4 – Gewährung von Ausgleichszahlungen**

1. Der Stadtwerke Peine GmbH können zum Ausgleich der mit der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung entstehenden Aufwendungen Ausgleichszahlungen gewährt werden. Ausgleichszahlungen im Sinne dieser Betrauung sind gemäß des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 alle von der Stadt Peine oder aus Mitteln der Stadt Peine gewährten Vorteile, insbesondere Betriebs- und Investitionszuschüsse, Darlehen, Verlustausgleiche, Kostenübernahmen und Kapitalanlagen.
2. Ein Anspruch auf die Gewährung von Ausgleichszahlungen entsteht der Stadtwerke Peine GmbH aus der Betrauung nicht. Über die Gewährung von Ausgleichszahlungen an die Stadtwerke Peine GmbH entscheidet die Stadt Peine nach eigenem freiem Ermessen.
3. Gewährte Ausgleichszahlungen sind grundsätzlich unabhängig von der Ausführung bestimmter Aufgaben. Ausgenommen sind Zahlungen, die ausdrücklich mit einer Zweckbindung gewährt werden. Die Ausgleichszahlungen sollen die Stadtwerke Peine GmbH allgemein in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

- ☐ Kostenallokationsmethode
- ☐ Net-avoided-cost-Methode

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Verwendungsnachweis für gewährte Ausgleichszahlungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen des Transparenzrichtlinie-Gesetzes (Trennungsrechnung) jährlich zu erbringen.

Die Trennungsrechnung wird von einem Wirtschaftsprüfer geprüft.

Verpflichtung zum Nachweis nach Ablauf des Geschäftsjahres, dass die Ausgleichszahlungen in den betrauten Bereichen zu keiner Überkompensation geführt haben.

### **Transparenzanforderungen**

Die Höhe der jährlichen Ausgleichsleistungen im Rahmen dieser Betrauung ist gemäß Artikel 2 Abs. 1 a) des Freistellungsbeschlusses auf einen Betrag von € 15,0 Millionen pro Jahr begrenzt.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
<p>Auszug aus dem Prüfungsbericht (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) – „Angemessenheit der Ausgleichzahlung aufgrund eines Betrauungsaktes für das Geschäftsjahr 2018 der Stadtwerke Peine GmbH“:</p> <p>„III. Prüfungsergebnis</p> <p>Abs. 2:</p> <p>Gemäß Wirtschaftsplan 2018 wurden für die oben genannten Gemeinwohlaufgaben Ausgleichszahlungen in Höhe von 1.399.512,63 € ermittelt. Gemäß der testierten Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich Ausgleichszahlungen in Höhe von 890.696,73 €, die durch Verrechnung mit den Gewinnen aus den Versorgungssparten ausgeglichen werden und damit keine Überkompensation erfolgt ist.“</p>	<p>Der Wert kann noch nicht angegeben werden, da ein geprüfter Jahresabschluss für 2019 der Stadtwerke Peine GmbH noch nicht vorliegt.</p> <p>Nachlieferung: voraussichtlich im Juni 2020.</p>

### iii) Müllabfuhr

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

entfällt ...

#### ***Formen der Betrauung***

entfällt ...

#### ***Betrauungsdauer***

entfällt ...

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt ...

***Beihilfeinstrumente***

entfällt ...

***Ausgleichsmechanismus***

entfällt ...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

entfällt ...

***Transparenzanforderungen***

entfällt ...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

entfällt ...

iv) Wasserversorgung

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

entfällt ...

***Formen der Betrauung***

entfällt ...

***Betrauungsdauer***

entfällt ...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt ...

***Beihilfeinstrumente***

entfällt ...

***Ausgleichsmechanismus***

entfällt ...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

entfällt ...

***Transparenzanforderungen***

entfällt ...

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

entfällt ...

v) Kultur

#### **a) Stadt Osnabrück**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrauung der **Zoo Osnabrück GmbH** zur Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Bereich der Bildung, der Kultur, der Wissenschaft und des Tierschutzes

### ***Formen der Betrauung***

Ratsbeschluss, Umsetzung durch öffentlich-rechtlichen Versorgungsauftrag

### ***Betrauungsdauer***

Unbefristet, aber jährliche Kündigungsmöglichkeit. Aktuell ist eine Neufassung des Betrauungsaktes mit Befristung in Vorbereitung.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

nein

### ***Beihilfeinstrumente***

Verwendete Beihilfeinstrumente: Barzuschuss/Verlustausgleich bzw. Übernahme des Schuldendienstes durch die Ausgleichszahlung; Bürgschaften für Investitionen, künftig auch: Eigenkapitalverstärkung, Gesellschafterdarlehen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ausgleichsmechanismus: Ausgleich der Kosten, die für die Erbringung der Aufgabe nach Abzug der Einnahmen und einer angemessenen Rendite verbleiben.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Jährlicher Mittelverwendungsnachweis im Rahmen des Jahresabschlusses
- Aufstellung einer Trennungsrechnung
- Unterjähriges Prüfungsrecht der Stadt Osnabrück

- Regelmäßiges unterjähriges Berichtswesen im Rahmen der Beteiligungssteuerung

### **Transparenzanforderungen**

...

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
<b>Stadt Osnabrück: 707.513 €</b>	<b>Stadt Osnabrück: 707.513 €</b>

### **b) Stadt Peine – Kulturring für Stadt und Kreis Peine e. V.**

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Betrauung des Kulturrings für Stadt und Kreis Peine e. V. mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) zwecks Bereitstellung und Betrieb von kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen und hiermit verbundenen Nebenleistungen unter Beachtung der europarechtlichen Vorgaben.

Der Kulturring für Stadt und Kreis Peine e. V. soll mit seiner Tätigkeit im Rahmen des Vereinszwecks die Attraktivität der Stadt Peine steigern und ein vielfältiges, allen Bevölkerungsschichten zugängliches, qualitativ hochwertiges sowie verlässliches Veranstaltungsangebot für gesellschaftliche und kulturelle Angelegenheiten bereitstellen.

Die Betrauung erfasst grundsätzlich die Betätigung des Kulturrings für Stadt und Kreis Peine e. V. innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Peine und der Region.

#### **Formen der Betrauung**

Betrauungsakt auf Grundlage des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI.

Betrauungsakt aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt Peine vom 23.10.2014, der in Form eines Verwaltungsaktes dem Kulturring für Stadt und Kreis Peine e. V. bekannt gegeben wurde.

#### **Betrauungsdauer**

10 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

### ***Beihilfeinstrumente***

Laufender jährlicher zweckfreier Zuschuss.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Auszug aus dem Betrauungsakt:

## **§ 4 – Gewährung von Ausgleichszahlungen**

1. Dem Kulturring für Stadt und Kreis Peine e. V. können zum Ausgleich der mit der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung entstehenden Aufwendungen Ausgleichsleistungen gewährt werden. Ausgleichsleistungen im Sinne dieser Betrauung sind gemäß des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 alle von der Stadt Peine oder aus Mitteln der Stadt Peine gewährten Vorteile, insbesondere Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Verlustausgleiche, Kostenübernahmen und Kapitalanlagen.
2. Ein Anspruch auf die Gewährung von Ausgleichszahlungen entsteht dem Kulturring für Stadt und Kreis Peine e. V. aus der Betrauung nicht. Über die Gewährung von Ausgleichszahlungen an den Kulturring für Stadt und Kreis Peine e. V. entscheidet die Stadt Peine nach eigenem freiem Ermessen.
3. Gewährte Ausgleichszahlungen sind grundsätzlich unabhängig von der Ausführung bestimmter Aufgaben. Ausgenommen sind Zahlungen, die ausdrücklich mit einer Zweckbindung gewährt werden. Die Ausgleichszahlungen sollen den Kulturring für Stadt und Kreis Peine e. V. allgemein in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

- ☐ Kostenallokationsmethode
- ☐ Net-avoided-cost-Methode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Buchhalterische Darstellung der Einnahmen und Ausgaben beim Kulturring für Stadt und Kreis Peine e. V. getrennt nach Bereichen.

Verwendungsnachweis für gewährte Ausgleichszahlungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen des Transparenzrichtlinie-Gesetzes (Trennungsrechnung) jährlich zu erbringen.

Die Trennungsrechnung wird von einem Wirtschaftsprüfer geprüft.

Verpflichtung zum Nachweis nach Ablauf des Geschäftsjahres, dass die Ausgleichszahlung in den betrauten Bereichen zu keine Überkompensation geführt hat.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Höhe der jährlichen Ausgleichsleistungen im Rahmen dieser Betrauung ist gemäß Artikel 2 Abs. 1 a) des Freistellungsbeschlusses auf einen Betrag von € 15,0 Millionen pro Jahr begrenzt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019
0,566 Mio. € (Zuschuss Stadt Peine)  Der Zuschuss wurde zu 100% von der Stadt Peine getragen.	0,566 Mio. € (Zuschuss Stadt Peine)  Der Zuschuss wurde zu 100% von der Stadt Peine getragen.

### **c) Region Hannover**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Das Unternehmen betreibt einen Erlebnis-Zoo und übernimmt dabei die Aufgaben und Funktionen als:

- Kultur- und Bildungseinrichtung, die dem Besucher Kenntnisse von der Vielfalt der Tierwelt und Einsichten der biologischen und ökologischen Zusammenhängen vermittelt.
- Einrichtung des Natur- und Artenschutzes, in dem sie vor der Ausrottung bedrohte Tierarten im Rahmen nationaler und internationaler Programmen koordinierte Nachzucht erhält.
- Forschungseinrichtung in den Bereichen Tiergartenbiologie (Zoologie, Ökologie, Physiologie, Ethologie) und Tiermedizin.

- Einrichtung der regional bedeutsamen Naherholung im Sinne des § 160 Abs. 2 Satz 2 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG).

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Investitionskostenzuschüsse

Bürgschaften

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Darstellung und Berechnung der mit der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse verbundenen Kosten und Erträge sowie der Bereiche der DAWI, für die ein Ausgleich gezahlt wurde, erfolgt unter Bezugnahme auf den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluss (Kostenallokationsmethode).

Die Höhe der Ausgleichsleistungen ist im Betrauungsakt auf einen Betrag von 15 Millionen € pro Jahr begrenzt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, führt das Unternehmen jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres im Rahmen eines Beihilfeberichts den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses des Unternehmens und unter Beachtung der Anforderungen der Transparenzrichtlinie..

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche von nicht mehr als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen, ist ein Vortrag auf das Folgejahr



möglich und die ordnungsgemäße Mittelverwendung innerhalb des Folgejahres wiederherzustellen

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, wird die Region Hannover im Falle einer Überkompensation die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

#### **2018:**

Investitionskostenzuschüsse: 1.277 T€

#### **2019:**

Investitionskostenzuschüsse: 2.095 T€

Bürgschaften: Eine Ausfallbürgschaft ohne Avalprovision (ausgegeben im Jahr 2019) in Höhe von 555 T€.

#### **d) Stadt Osterode**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Der Harzer Tourismusverband e. V. wurde von der Stadt Osterode am Harz und weiteren Kommunen als Verbandsmitglieder mit folgenden Dienstleistungen betraut:

Kommunale Wirtschaftsförderung in Form von Tourismusförderung mit -marketing zur Schaffung einer leistungsstarken Wirtschaftsstruktur, Verbesserung der Standortbedingungen und Attraktivitätssteigerung im gesamten Verbandsgebiet im Interesse der Einwohner/-innen und Mitgliedskommunen im Harzer Tourismusverband.

Insbesondere:

- Förderung und Unterstützung der touristischen Einrichtungen und Angebote im Verbandsgebiet.
- Optimale Vermarktung und Darstellung des Wirtschaftsraumes und der Standorte im Verbandsgebiet in den Bereichen Wirtschaft und Kultur ggü. ver-

schiedenster Zielgruppen, wie Touristen, Unternehmen, Einwohnern und anderen Standortinteressierten.

- Zentrale Anlauf-, Vermittlungs- und Beratungsstelle
- Schaffung einer einheitlichen Marketingstrategie und eines Zukunftskonzeptes

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt:

Der Harzer Tourismusverband e. V. wurde nach Ratsbeschluss vom 25.02.2016 per Verwaltungsakt vom 02.03.2016 betraut.

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre bis 31. Dezember 2025

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Ausschließlich die in der Betrauung genannten Tätigkeiten

### ***Beihilfeinstrumente***

*Ausgleichsleistungen nach Maßgabe der Satzung und Beitragsordnung des Harzer Tourismusverbandes e. V.*

Insb: umlagebasierte Mitgliedsbeiträge (nach Einwohnern, Übernachtungen und Bettenzahl), Kostenübernahmen, freiwillige und/oder sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil nach Maßgabe eines Beschlusses der Mitgliederversammlung

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der Ausgleichsleistungen im Geschäftsjahr berechnet sich jährlich im Vorhinein an-hand des Jahres-Wirtschaftsplanes vom HTV, um die dem HTV per Betrauungsakt übertragenen Aufgaben ausüben zu können, sofern die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen.

Eine Erhöhung des Ausgleichsbetrages im lfd. Jahr aufgrund unvorhergesehener Ereignisse bzw. geplanter Ereignisse, dessen angesetzte Kosten sich jedoch erhöhen, ist im geltenden Rahmen des Beschlusses der Kommission v. 20.12.11 mit Zustimmung der Verbandsmitglieder möglich, sofern sie zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen dienen.

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht über das hinausgehen, was für die Erbringung der Gemeinwohlverpflichtung und den daraus verursachten Nettokosten **unter Berücksichtigung** der daraus erzielten Einnahmen und der angemessenen Rendite erforderlich ist.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Der HTV ist verpflichtet, einen Nachweis über die Verwendung der Ausgleichsleistungen auf Basis des gepr. Jahresabschlusses im Rahmen eines zu erstellenden Beihilfeberichtes zu führen.

Dieser wurde für 2018 –sowie für die Jahre 2016 und 2017 als Übersicht der haushalterischen Jahresergebnisse- bereits auf Nachfrage an die Stadt Osterode a. H. übermittelt und eingesehen; der Bericht für 2019 kommt Mitte 2020.

Des Weiteren erfolgt von Seiten des HTV eine Trennungsrechnung für Tätigkeiten, die nicht von der Betrauung erfasst sind.

Aus dem Beihilfebericht, als auch aus den Aufstellungen der Jahresergebnisse, ist ersichtlich, dass keine Überkompensation gegeben ist, da die Ausgaben die Einnahmen im DAWI-Bereich überschreiten.

### ***Transparenzanforderungen***

*Die Nachweise für den Jahresabschluss und auch für die haushaltsrechtlichen Planungen des HTV werden nach Tätigkeitsbereichen getrennt mit Einnahmen und Ausgaben und auch ggf, getrennt nach DAWI-und Nicht-DAWI-Bereich dargestellt.*

*Die Nachweise können durch die Verbandsmitglieder auf Verlangen eingesehen werden.*

Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. € wurden nicht gewährt, so dass keine Transparenzanforderungen des Art. 7 des DAWI-Beschlusses zu beachten sind.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Für 2018: 4.945,66€

Für 2019: 4.805,03€

## **e) Stadt Lingen**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Erbringung von Gemeinwohlaufgaben in Form der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere:

Betrieb von Veranstaltungsstätten für Konzerte, Shows, Messen, Ausstellungen, Märkte, Auktionen, Sport, Betriebsfeiern im Rahmen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohls sowie dem Gemeinschaftswohl der Einwohner der Stadt Lingen (Ems) durch den Eigenbetrieb Emslandhallen.

***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt vom 10.02.2014 (Ratsbeschluss vom 29.01.2014)

***Betrauungsdauer***

10 Jahre (2014-2023)

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichs- und Verrechnungsleistungen

***Ausgleichsmechanismus***

Jährliche Fehlbeträge, die sich trotz wirtschaftlicher Betriebsführung ergeben, werden durch liquiditätswirksame Ausgleichszahlungen und/oder durch Verrechnung der Fehlbeträge gegen die städtische Eigenkapitaleinlage ausgeglichen. Eine angemessene Rendite wird dabei nicht berücksichtigt. Die tatsächliche Höhe der Ausgleichszahlungen erfolgt nach dem tatsächlichem Geschäfts- / Jahresabschluss des Eigenbetriebs.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Der Umfang der Ausgleichsleistungen geht nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlpflichten verursachten Kosten und Aufwendungen unter Abzug der betrieblich erzielten Erträge abzudecken. Dazu führt

der Eigenbetrieb nach Ablauf jedes Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel in Form des jeweiligen von einem Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschlusses.

Sofern diese Prüfung eine Überkompensation von mehr als 10 % der für das Prüfungsjahr gewährten Mittel feststellt, fordert die Stadt Lingen (Ems) den Eigenbetrieb zur Rückzahlung des überhöhten Betrags auf. Bei einer Überkompensation von maximal 10 % darf der überhöhte Betrag auf den nächstfolgenden Zeitraum angerechnet werden.

### ***Transparenzanforderungen***

Die einzelnen Ausgleichszahlungen betragen weniger als 15 Mio. Euro, sodass keine Veröffentlichungspflicht gem. Art. 7 (2012/21/EU) besteht. Allerdings werden sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, für zehn Jahre nach Beendigung der Betrauung aufbewahrt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 1.280 T€ (Verlustausgleichszahlung) + 547.548,90 € (Verrechnung des Defizits mit der Eigenkapitaleinlage) = 1.827.548,90 €

2019: Der Jahresabschluss liegt noch nicht vor. (s. auch § 25 Nds. Eigenbetriebsverordnung).

### vi) Finanzdienstleistungen

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

entfällt ...

#### ***Formen der Betrauung***

entfällt ...

#### ***Betrauungsdauer***

entfällt ...

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt ...

### ***Beihilfeinstrumente***

entfällt ...

### ***Ausgleichsmechanismus***

entfällt ...

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

entfällt ...

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt ...

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

entfällt ...

## **vii) Sonstige Wirtschaftszweige**

### **a) Land Niedersachsen**

#### **1. Tourismusmarketing Gesellschaft Niedersachsen**

##### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die TMN ist gemäß Betrauung mit der Information und Kommunikation über das Reiseland Niedersachsen beauftragt. Die Umsetzung im Bereich Onlinemarketing beinhaltet den Betrieb und die laufende redaktionelle Aktualisierung des Reiseland-Portals. Darüber hinaus wird die Webpräsenz mittels Online-Media-Maßnahmen beworben.

Die Betrauung umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- Marketing für niedersächsischen Tourismus im Ausland
- Information und Kommunikation über das Reiseland Niedersachsen
- Image, Markenphilosophie
- Marketing für das Reiseland Niedersachsen über die Entwicklung folgender Themen:  
Aktiv- und Naturtourismus, Gesundheitstourismus, Kultur- und Städtetourismus, Kulinarik, regionale Esskultur, Qualität im niedersächsischen Tourismus, Tourismus für Alle, Ländlicher Raum
- Entwicklung und Realisierung einer touristischen Nachhaltigkeitsstrategie

- Pressearbeit

### **Formen der Betrauung**

Verwaltungsakt

### **Betrauungsdauer**

10 Jahre, 01.01.2014- 31.12.2023

### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

Keine

### **Beihilfeinstrumente**

Ausgleichszahlungen

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Jährlicher Nachweis über die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses in Form eines Beihilfenberichts.

### **Ausgleichsmechanismus**

Überschussvortrag nur in Höhe von 10 % von nicht verwendeten Mitteln aus dem Vorjahr möglich. Bei einem höheren Überschussvortrag aus dem vorangegangenen Jahr kann das Land Niedersachsen die Rückzahlung verlangen.

### **Transparenzanforderungen**

Keine

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018 Ausgleichsleistungen:	3.000.000,- Euro
2019 Ausgleichsleistungen:	3.200.000,- Euro (einschl. einer Budgetverstärkung von 200.000,- Euro)

## **2. Zuwendungen im wirtschaftlichen Verbraucherschutz**

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**

Die Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V. (VZN) verfolgt nach ihrer Satzung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke durch das Wirken für das wirtschaftliche Allgemeinwohl der Verbraucher und ist hierzu landesweit tätig.

Der Verein ist parteipolitisch und konfessionell neutral. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Diese Aufgaben sollen von der VZN erfüllt werden durch:

- a) Wahrnehmung und Förderung der Verbraucherinteressen gegenüber Wirtschaft und Staat sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit über verbraucherpolitische Fragen.
- b) Unterrichtung und Aufklärung der Verbraucher über marktgerechtes Verhalten und aktive Mitarbeit im Wirtschaftsablauf.
- c) Schaffung geeigneter Einrichtungen, die der objektiven Unterrichtung und Unterstützung der Verbraucher dienen (z.B. örtliche Beratungsstellen).
- d) Wahrnehmung der Rechte der Verbraucher sowie Mitwirkung bei der Vertretung von Verbraucherinteressen.
- e) Sonstige dem Zweck entsprechende Maßnahmen.

### ***Formen der Betrauung***

Die VZN erhält zum einen eine jährliche institutionelle Förderung in Form einer gesetzlichen Finanzhilfe gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 7 und Abs. 4 Nr. 7 und nach Maßgabe des § 15 Niedersächsischen Glücksspielgesetzes (NGLüSpG) vom 17.12.2007 (Nds. GVBl. Nr. 42/2007 S. 756), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. Nr. 26/2014 S. 429).

Hinsichtlich der Verwendung der gesetzlichen Finanzhilfe nach dem NGLüSpG schlossen das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML) und die VZN eine Vereinbarung, um gemeinsam zur Sicherung und Fortentwicklung eines qualitativ hochwertigen Verbraucherschutzes in Niedersachsen beizutragen.

Mit Betrauungsakt vom 19.01.2017 wurde für die VZN diese „institutionelle“ Förderung in Form der o.g. Finanzhilfe beihilferechtlich festgelegt.

Zum anderen unterliegt die VZN im Kernbereich Ihres Tätigkeitfeldes auch diverser Projektförderungen. Die aktuellen Förderungen sind beihilferechtlich im Rahmen eines Betrauungsverhältnisses ebenfalls in Form eines Betrauungsaktes vom 26.01.2017 ausgestaltet worden.

### ***Betrauungsdauer***

Die Dauer der Betrauung der VZN wurde jeweils für die Finanzhilfe und die Projektförderungen auf 4 Jahre begrenzt (Zeitraum: 2017 - 2020).

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Entfällt

### ***Beihilfeinstrumente***

Direkter Zuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

Entfällt

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Hinsichtlich der Verwendung der „institutionellen“ Förderung in Form der o.g. Finanzhilfe ist die VZN aufgrund der Vereinbarung mit dem ML gemäß § 4 Abs. 4 der Ver-



einbarung verpflichtet, jeweils zum 30.06. des Folgejahres einen geprüften Jahresabschluss, Nachweise über die Verwendung der Finanzhilfe und einen qualifizierten Sachbericht über das vorherige Jahr dem ML vorzulegen. Gemäß § 6 der Vereinbarung weist die VZN die Verwendung sowohl des Teils der Finanzhilfe, den sie selbst in Anspruch genommen hat, als auch der weitergeleiteten Teile in den geprüften Jahresabschlüssen nach. Das ML ist berechtigt, von der VZN für konkrete Fragestellungen im Zusammenhang mit der Verwendung der Finanzhilfe Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen. Die VZN hat in diesen Fällen die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Das Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs nach § 21 NGLüSpG gilt sowohl für die VZN als auch für Dritte, an die Teile der Finanzhilfe weitergeleitet werden.

Gemäß § 8 der Vereinbarung besteht für das ML die Möglichkeit, zweckwidrig eingesetzte Mittel für andere förderungsfähige Maßnahmen der Vereinbarung zu verwenden. Wird der gesetzte Rahmen für die Ersatzmaßnahmen nicht ausgeschöpft, fordert das ML die Mittel inkl. Zinserträge durch Leistungsbescheid zurück.

Bezüglich der Projektförderungen der VZN wurden in den Zuwendungsbescheiden ab 2017 beispielsweise folgende Textpassagen aufgenommen:

- a) *„Die Bewilligung erfolgt unter Beachtung des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse beauftragt sind (2012/21/EU; ABl. 2012 Nr. L 7, Satz 3 vom 11.01.2012) - im Folgenden - "DAWI - Freistellungsbeschluss" -.“*
- b) *„Einnahmen, die in Verbindung mit dem Projekt stehen, sind zur Senkung des Landeszuschusses zu verwenden. Entsprechendes gilt für Minderausgaben. Dies dient auch der Umsetzung der Regelungen zur Höhe des Ausgleichs gemäß Art. 5 des DAWI-Freistellungsbeschlusses.“*
- c) *„Abweichend von Nr. 2.1.1 der ANBest-P gibt es keine Bagatellgrenze. Bei Abschluss des Projektes vorhandene Restmittel (sog. Kassenbestand) hat der Zuwendungsempfänger unabhängig von deren Höhe in vollem Umfang zu erstatten und an die Landeskasse zu überweisen. Dies dient auch der Vermeidung einer Überkompensation im Sinne des Art. 6 des DAWI-Freistellungsbeschlusses.“*
- d) *„Abweichend von Nr. 6.9 der ANBest-P hat der Zuwendungsempfänger die Bücher, Belege und alle sonstigen Geschäftsunterlagen zehn Jahre nach Ende des Vertragszeitraumes aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.“*

e)

### **Transparenzanforderungen**

Entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen:

B: Von regionalen Behörden (ML Niedersachsen) ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag

	2018	2019
--	------	------

Finanzhilfe (gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 7 NGLüSpG)	1.500.000,00 €	1.500.000,00 €
Finanzhilfe (gemäß § 14 Abs. 4 Nr. 7 NGLüSpG)	169.924,00 €	207.567,00 €
Projekt „Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung“	400.000,00€	400.000,00 €
Projekt „Wirtschaftlicher Verbraucherschutz“	211.457,00 €	211.457,00 €
Projekt „Marktwächter Energie für Niedersachsen“	250.000,00 €	0 €
Projekt „Verbraucherschutz für Flüchtlinge“	100.000,00 €	0 €
Projekt „Stärkung des Verbraucherschutzes im ländlichen Raum“	395.000,00 €	350.000,00 €
	3.026.381,00 €	2.669.024,00 €

## **b) Landkreis Wittmund - Volkshochschule und Musikschule**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bereich der Volkshochschule: Angebote zur persönlichen Entwicklung und Förderung individueller Fähigkeiten und Fertigkeiten in ländlich strukturiertem Gebiet:

- Grundbildung/Schulabschlüsse
- Gesellschaft/Pädagogik/Psychologie
- Kultur/Gestalten
- Berufliche Bildung
- Gesundheit
- Sprachen
- Junge VHS
- Studienfahrten

Bereich der Musikschule: Vorhalten eines flächendeckenden Kurs- und Unterrichtsangebots in allen Bereichen der musikalischen Bildung

Bereich der Sozialprojekte: Vorbereitung benachteiligter Jugendlicher und langzeitarbeitsloser Erwachsener auf Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie Vermittlung in Arbeit und Ausbildung

### ***Formen der Betrauung***

Gesellschaftervertrag i. V. m. Freistellungsbeschluss des Kreistages im Rahmen eines separaten Betrauungsaktes nach Inkrafttreten des Almunia-Paktes (19.12.2013)

***Betrauungsdauer***

10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine Gewährung ausschließlicher und besonderer Rechte

***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichszahlungen

***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Nach Ablauf eines Geschäftsjahres wird ein Nachweis über die Verwendung der Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses erstellt. Über Jahresabschluss und Verwendung des Jahresergebnisses beschließt die Gesellschafterversammlung. Die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI werden getrennt zu den „sonstigen Dienstleistungen“ geführt.

***Transparenzanforderungen***

...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019	Summe
480.315,83 €	589.551,81 €	1.069.867,64 €

**c) Landkreis Friesland**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Rettungsdienst:

1. Notfallrettung

Der Rettungsdienst hat bei lebensbedrohlich Verletzten oder Erkrankten und bei Personen, bei denen schwere gesundheitliche Schäden zu erwarten sind, wenn sie nicht

unverzüglich medizinische Versorgung erhalten, die erforderlichen medizinischen Maßnahmen am Einsatzort durchzuführen, die Transportfähigkeit dieser Personen herzustellen und sie erforderlichenfalls unter fachgerechter Betreuung mit dafür ausgestatteten Rettungsmitteln in eine für die weitere Versorgung geeignete Behandlungseinrichtung zu befördern (Notfallrettung), wobei dies auch die Bewältigung von Notfallereignissen mit einer größeren Anzahl von Verletzten oder Kranken einschließt (Großschadensereignis), soweit nicht der Eintritt des Katastrophenfalls festgestellt wird,

## 2. Intensivtransport:

Der Rettungsdienst hat lebensbedrohlich Verletzte oder Erkrankte unter intensivmedizinischen Bedingungen in eine andere Behandlungseinrichtung zu verlegen.

## 3. Qualifizierter Krankentransport:

Der Rettungsdienst hat sonstige Kranke, Verletzte oder Hilfsbedürftige zu befördern, die nach ärztlicher Verordnung während der Beförderung einer fachgerechten Betreuung oder der besonderen Einrichtung eines Rettungsmittels bedürfen oder bei denen dies aufgrund ihres Zustandes zu erwarten ist.

4. Der Rettungsdienst kann Arzneimittel, Blutkonserven, Organe und ähnliche Güter befördern, soweit sie zur Versorgung lebensbedrohlich Verletzter oder Erkrankter dienen sollen.

## 5. Einrichtung und Unterhaltung von Einrichtungen:

Der Rettungsdienst stellt sicher, dass die erforderlichen Rettungswachen i.S.d. § 9 NRettdG und Rettungsmittel i.S.d. § 8 NRettdG vorhanden sind und ist zuständig für die Einrichtung und Unterhaltung der Rettungswachen und Rettungsmitteln.

Breitbandfördergesellschaft mbH:

- a) Planung und Errichtung einer passiven Breitbandinfrastruktur
- b) Finanzierung der Investitionskosten und Vorhaltung der erstellten Infrastruktur
- c) Durchführung und Abwicklung des Pachtvertrages/der Konzession über die passive Breitbandinfrastruktur mit dem Netz-Betreiber
- d) Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation mit Unternehmen und Bürgern
- e) Abstimmung mit den vom Netzausbau betroffenen Kommunen im Landkreis
- f) Beantragung von Fördermitteln, Abwicklung der Förderverfahren und Sicherstellung der Erfüllung der Fördervoraussetzungen
- g) Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Ausschreibungsverfahren

## Volkschule und Musikschule der Landkreise Friesland und Wittmund gGmbH:

Bereich Volkshochschule: Aufgaben nach dem Nds. Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (NBEG) sowie Förderung der außerschulischen Erwachsenen-, Kinder- und Jugendbildung durch allgemeine, kulturelle, berufliche, persönliche, soziale und politische Bildung (Grundbildung/Schulabschlüsse, Gesellschaft/Pädagogik/Psychologie, Kultur/Gestalten, Berufliche Bildung, Gesundheit, Sprachen, Junge VHS, Studienfahrten)

Bereich Musikschule: Vorhalten eines flächendeckenden Kurs- und Unterrichtsangebotes in allen Bereichen der musikalischen Bildung

Bereich der Sozialprojekte: Vorbereitung benachteiligter Jugendlicher und langzeitarbeitsloser Erwachsener auf Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie Vermittlung in Arbeit und Ausbildung

### **Formen der Betrauung**

Öffentlich-rechtlicher Betrauungsakt durch Beschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung.

### **Betrauungsdauer**

In der Regel 10 Jahre

### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

Keine

### **Beihilfeinstrumente**

Bürgschaft, Verlustausgleichszahlungen, Einzahlungen in Kapitalrücklage

### **Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses. Im Hinblick auf Investitionszuschüsse werden vom Landkreis die Schlussrechnungen kontrolliert.

### **Transparenzanforderungen**

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

	2018	2019
Rettungsdienst gGmbH	Bürgschaft 1,3 Mio €	Bürgschaft 300.000 €
Breitbandföderungsgesellschaft mbH	Einzahlungen in Kapitalrücklage 1,5 Mio €	Einzahlungen in Kapitalrücklage 1.310.649,34 €
Volkschule und Musikschule der Landkreise Friesland und Wittmund gGmbH	787.108,55 €	749.846,81 €

### **d) Stadt Diepholz**

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**

Besondere Aufgaben der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings für die Stadt Diepholz

### ***Formen der Betrauung***

Übertragung der Aufgaben durch schriftlichen Betrauungsakt v. 29.09.2016

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ausgleich des Fehlbetrages nach der Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

regelmäßige Kostenkontrolle durch die Gesellschafterversammlung und die Verwaltung der Stadt Diepholz

### ***Transparenzanforderungen***

regelmäßige Berichterstattung in den Gremien der Stadt Diepholz

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018 → 0,18 Mio. €

2019 → 0,18 Mio. €.

## **e) Stadt Holzminden – Stadtmarketing Holzminden GmbH**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen der Stadtmarketing Holzminden GmbH im Bereich Kultur und Tourismus sowie der Errichtung der WLAN-Infrastruktur im Stadtgebiet Holzminden. Hierzu zählen folgende Tätigkeiten:

- Organisation und Durchführung verschiedener kultureller Veranstaltungen im Stadtgebiet. Hierbei übernimmt die Stadtmarketing GmbH insbesondere Tätigkeiten wie die Akquise der Stände, Organisation, Durchführung, Marketingmaßnahmen und Abrechnung. Es werden insbesondere folgende kulturelle Veranstaltungen durchgeführt:

- Weiterentwicklung und Durchführung des „Bunten Marktes der Düfte und Aromen“ als Erweiterung des Wochenmarktes (bis zu 8 Veranstaltungen pro Jahr)
- Organisation und Durchführung der Stadtfeste mit verkaufsoffenem Sonntag (4 Veranstaltungen im Jahr) sowie Veranstaltungen an Fronleichnam und Allerheiligen
- Organisation und Durchführung des Weihnachtsmarktes
- Neujahrsempfang
- Marktsommer — Konzert auf dem Marktplatz (Samstags zwischen Juli und August eines jeden Jahres )
- Big Band Festival (alle zwei Jahre)
- Stadtführungen
- Durchführung verschiedener touristischer und kultureller Veranstaltungen einschließlich verschiedener Seminare zu sozialverträglichen Teilnahmegebühren (die Ausstellungen, Veranstaltungen und Seminare finden in den Immobilien Torhaus / Katzensprung statt. Zudem wird zur Erbringung der genannten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen die Immobilie Markt 2 genutzt. Es werden bis zu 30 Seminare / Veranstaltungen pro Jahr durchgeführt. Die übrigen Ausstellungen im Torhaus / Katzensprung finden ganzjährig statt.)
- Instandhaltung und Vermarktung des Stagemobils
- Vorverkaufsstelle für Tickets kultureller Veranstaltungen, einschließlich regelmäßiger Sonderaktionen wie sozialverträgliche und daher zumeist nicht kostendeckende Eintrittspreise zu kulturellen Angeboten
- Das Stadtbild Holzmindens soll auch zu touristischen Zwecken verschönert werden. Hierzu wird beispielsweise ein Stadtkümmerer eingesetzt, der die erforderlichen Maßnahmen zur Pflege des Stadtbildes ermittelt und durchführt
- Gemeinsame Maßnahmen zur Kultur- und Tourismusförderung in Kooperation mit der Sollingtourismus
- Errichtung eines kostenfreien (oder zumindest kostengünstigen) WLAN-Netzes im öffentlichen und allgemein zugänglichen Bereich

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung der Stadtmarketing Holzminden GmbH mit den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Bereich Kultur und Tourismus sowie Errichtung der WLAN-Infrastruktur im Stadtgebiet erfolgte in Form eines Verwaltungsaktes (s. Betrauung in der Anlage). Die Betrauung erfolgte durch den Stadtrat Holzminden am 12.12.2017.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung erfolgte für die Dauer von zehn Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Bei der Durchführung von Veranstaltungen ist die Stadtmarketing Holzminden GmbH von der Entrichtung der Nutzungsgebühren für öffentliche Flächen befreit. Die Stadtmarketing Holzminden GmbH zahlt lediglich eine pauschalierte „Anerkennungsgebühr/Sondernutzungsgebühr“ für die Veranstaltungen in Höhe von 100,00 EUR jährlich.

Des Weiteren wird für die Nutzung der Immobilie Torhaus/Katzensprung durch die

Stadtmarketing Holzminden GmbH eine reduzierte Miete entrichtet.

### **Beihilfeinstrumente**

- Zuschuss
- Vergünstigungen (geldwerte Vorteile)

### **Ausgleichsmechanismus**

§ 4 der Betrauung:

- (1) Die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verursachten Nettokosten der Stadtmarketing kann die Stadt ausgleichen. Ein Ausgleich kann insbesondere erfolgen durch freiwillige Investitions- und Betriebskostenzuschüsse, deren Höhe sich aus dem jeweiligen Jahreswirtschaftsplan der Stadtmarketing ergibt sowie durch vergünstigte Sondernutzungsgebühren oder Mietzinsen. Die Höhe des Ausgleichs wird die Stadt – unter Berücksichtigung der beihilfenrechtlichen Höchstgrenzen – jeweils vor Geschäftsjahresbeginn festlegen. Ein gesonderter Zahlungsanspruch gegenüber der Stadt erwächst der Stadtmarketing aus dieser Betrauung nicht. Bei der Berechnung der Ausgleichsleistung sind zusätzlich alle durch die Stadt an die Stadtmarketing gewährten Mittel zu berücksichtigen, die den Tatbestand der Beihilfe erfüllen. Der Ausgleich erfolgt maximal anhand der nach Absatz 3 geschilderten Parameter, gegebenenfalls aber auch nur in Höhe des von der Stadt festgelegten Höchstbetrags.
- (2) Die voraussichtlichen Nettokosten sind im Vorhinein nach allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aus dem Wirtschaftsplan und unter Berücksichtigung der Trennungsrechnung<sup>1</sup> der Stadtmarketing zu ermitteln. Die dabei zu berücksichtigenden Kosten umfassen:
  - Alle unmittelbaren (variablen und anteilige fixen) Kosten für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen,
  - Angemessene Abschreibung auf das Anlagevermögen der Stadtmarketing, das für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen erforderlich ist,
  - Einen angemessenen Gewinnzuschlag in Höhe von 4 % p.a..

Auf die so ermittelten Kosten sind sämtliche Einnahmen der Stadtmarketing aus der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen anzurechnen. Als Einnahmen in diesem Sinne gelten insbesondere die von den Nutzern / Marktbesckickern erhobenen Gebühren und Entgelte, soweit diese auf die gemeinwirtschaftlichen Leistungen entfallen. Aus der Differenz von Kosten und Einnahmen ergeben sich die Nettokosten. Sie sind ggf. um den Betrag einer Überkompensation aus dem Vorjahen (vgl. § 5 Abs. 2) zu mindern.

- (3) Die nach Absatz 2 ermittelten voraussichtlichen Nettokosten eines Wirtschaftsjahres sind vor Beginn des Wirtschaftsjahres der Stadt mitzuteilen und darzulegen. Der Ausgleich der (ggf. geminderten) Nettokosten erfolgt jährlich nach Ende eines Wirtschaftsjahres im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses durch Beschluss der Stadt nach deren freiem Ermessen.

---

<sup>1</sup> Parameter i.S.v. Art. 4 lit. d) des Beschlusses der EU-Kommission vom 20.12.2011.



- (4) Überträgt die Stadt der Stadtmarketing weitere gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen oder führen unvorhergesehene Ereignisse zu Kostenerhöhungen, können der Wirtschaftsplan und die Trennungsrechnung entsprechend angepasst werden. Dies bedarf eines entsprechenden Beschlusses der zuständigen Gremien der Stadt. Die Ereignisse und ihre Auswirkungen sind im Einzelnen nachzuweisen. Die insoweit erhöhten Nettokosten sind ausgleichsfähig, soweit sie nach den Vorgaben dieses Betrauungsaktes ermittelt wurden.

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

#### **§ 5 der Betrauung:**

- (1) Die Stadtmarketing hat über die gesamte Laufzeit dieses Betrauungsaktes sicherzustellen und mindestens alle drei Jahre zu kontrollieren und der Stadt nachzuweisen, dass die gewährte Ausgleichszahlung für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zu keiner Überkompensation geführt hat. Übersteigt die Ausgleichsleistung die Nettokosten (sogenannte Überkompensation), hat die Stadtmarketing den Betrag der Überkompensation an die Stadt zurück zu gewähren.
- (2) Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichszahlung in einem Betrachtungszeitraum von drei aufeinanderfolgenden Wirtschaftsjahren, kann anstelle einer Rückzahlung die Stadtmarketing alternativ die Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung mindernd berücksichtigen.

### **Transparenzanforderungen**

#### **§ 3 der Betrauung:**

- (1) Die Kosten und Erlöse der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen (§ 2 Abs. 1 - 3) und der weiteren, nicht von dieser Betrauung umfassten Tätigkeiten (§ 2 Abs. 4) sind in der Buchführung der Stadtmarketing getrennt zu erfassen.
- (2) Die Stadtmarketing hat die Trennungsrechnung gemeinsam mit dem Jahresabschluss durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf eigene Kosten prüfen zu lassen und der Stadt nach Ende eines Wirtschaftsjahres zusammen mit dem Jahresabschluss vorzulegen.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

#### **2018:**

1. Zahlungen: 198.600€
2. Geldwerte Vorteile:
  - Vergünstigung bei den Sondernutzungsgebühren für die Marktnutzung: 22.275€
  - Vergünstigung bei der Miete für Torhaus (Katzensprung): 18.900€

#### **2019:**

1. Zahlungen: 225.600€
2. Geldwerte Vorteile:
  - Vergünstigung bei den Sondernutzungsgebühren für die Marktnutzung: 22.275€

- Vergünstigung bei der Miete für Torhaus [Anm. MW: Zahl fehlt, die Zahl von 2018 wurde übernommen]

**f) Stadt Bad Bevensen - Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die eine Betrauung erfolgte***

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Bereich Marketing und weiterer Dienstleistungen im Bereich des regionalen Tourismus.

***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte mittels Betrauungsakt gegenüber der Lüneburger Heide GmbH auf Grundlage des Beschlusses des Rates der Stadt Bad Bevensen.

***Betrauungsdauer***

Der genannte Betrauungsakt hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

***Beihilfeinstrumente***

Es können Ausgleichsleistungen bis zu einer im Gesellschaftsvertrag definierten max. Höhe durch die Gesellschafter gewährt werden, um die nicht gedeckten Kosten für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen auszugleichen.

***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen wird durch Beschluss des Rates der Stadt Bad Bevensen im Rahmen des Haushaltsplanes festgelegt.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation***

Um eine Überkompensation zu vermeiden, wird im Rahmen des Jahresabschlusses ein Soll-/Ist-Vergleich der tatsächlichen Nettokosten und der erhaltenden Abschlagszahlungen durch die Gesellschaft erstellt. Übersteigen die Abschlagszahlungen die Nettokosten, hat die LHG den Betrag der Überkompensation zurückzuführen. Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufei-

nander folgenden Wirtschaftsjahren, kann die LHG alternativ den Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Ausgleichsleistung mindernd berücksichtigen.

### ***Transparenzanforderungen***

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Seitens der Stadt Bad Bevensen:

1. 2018: 50.000 Euro

2019: 50.000 Euro

### **g) Stadt Bad Bevensen - Allgemeine Tourismus- und Wirtschaftsförderung**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die eine Betrauung erfolgte***

Förderung und Entwicklung des Tourismus-, Gewerbe- und Stadtmarketings im Gebiet der Stadt Bad Bevensen und der Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf sowie Sicherstellung des Kurangebotes in der Stadt Bad Bevensen.

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte mittels Betrauungsakt gegenüber der Bad Bevensen Marketing GmbH auf Grundlage des Beschlusses des Rates der Stadt Bad Bevensen.

#### ***Betrauungsdauer***

Der genannte Betrauungsakt hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

#### ***Beihilfeinstrumente***

Es wird eine Ausgleichsleistung in Form eines Betriebskostenzuschusses geleistet.

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen wird durch Beschluss des Rates der Stadt Bad Bevensen im Rahmen des Haushaltsplanes festgelegt. Zugrunde gelegt wird die Kostenallokationsmethode.

## ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation***

Die Bad Bevensen Marketing GmbH ist verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses zu führen. Dies erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfeberichts, worin zu bestätigen ist, dass die Ausgleichsleistungen für die von der Betrauung erfassten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von dieser Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte.

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche, ist ein Vortrag in Höhe von maximal 10% der erhaltenen Ausgleichsleistungen auf das Folgejahr möglich und die ordnungsgemäße Mittelverwendung innerhalb eines Folgejahres wiederherzustellen.

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb eines Folgejahres sichergestellt, wird die Stadt Bad Bevensen im Falle einer Überkompensation die Rückzahlung überhöhter Ausgleichszahlungen verlangen.

## ***Transparenzanforderungen***

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Seitens der Stadt Bad Bevensen:

1. 2018: 1.090.000 Euro

2019: 1.090.000 Euro

### ***h) Stadt Bad Bevensen - Gesundheitsförderung***

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die eine Betrauung erfolgte***

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Bereich der Gesundheitsförderung und hiermit verbundener Nebenleistungen

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte mittels Betrauungsakt gegenüber der Kurgesellschaft Bevensen GmbH auf Grundlage des Beschlusses des Rates der Stadt Bad Bevensen.

#### ***Betrauungsdauer***

Der genannte Betrauungsakt hat eine Laufzeit von max.10 Jahren.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

### ***Beihilfeinstrumente***

Es wird eine Ausgleichsleistung in Form von Einzahlungen in die Kapitalrücklage zum Ausgleich nicht gedeckter Kosten gewährt

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen wird durch Beschluss des Rates der Stadt Bad Bevensen im Rahmen des Haushaltsplanes festgelegt. Zugrunde gelegt wird die Kostenallokationsmethode.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation***

Die Kurgesellschaft Bevensen GmbH ist verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses zu führen. Dies erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfeberichts, worin zu bestätigen ist, dass die Ausgleichsleistungen für die von der Betrauung erfassten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von dieser Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte.

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation, die nicht größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren ist, kann der Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung vorgetragen bzw. mindernd berücksichtigt werden.

Ist der Betrag der Überkompensation größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren und eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb eines Folgejahres sichergestellt, werden die Gesellschafter (jur. Personen des öffentlichen Rechts) anteilmäßig die Rückzahlungen der überhöhten Ausgleichszahlungen verlangen.

### ***Transparenzanforderungen***

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Seitens der Stadt Bad Bevensen:

1. 2018: 710.220 Euro

2019: 714.000 Euro

### ***i) Gemeinde Wangerland – Wangerland Touristik GmbH***

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betreuung erfolgte***

Betrieb und Instandhaltung der Hallenbäder sowie der übrigen Anlagen (Technik- und Lagerräume/Personalräume, Umkleide- und Sanitärräume); Vorhalten der für den ordnungsgemäßen und verkehrssicheren Betrieb der Bäder notwendigen Baulichkeiten; Ermöglichung des diskriminierungsfreien Zugangs zu den Bädern und Erhebung angemessener Entgelte zur Sicherung einer Nutzung unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit sowie der Berücksichtigung sozial adäquater Eintrittspreise; Öffnung der Bäder zur Befriedigung unterschiedlicher Nutzerinteressen (Schwerbehinderte, Senioren, Kinder etc.) zu sozialverträglichen Preisen; Bereitstellung von Beckenzeiten für Vereins- und Schulschwimmen; Bereitstellung von sonstigen Angeboten und Einrichtungen, die in direktem Zusammenhang mit dem Betrieb der Bäder stehen und für diesen unmittelbar förderlich sind.

Pflege und Instandhaltung der Hafenanlage einschließlich der Wasserflächen, Stege und sonstigen Einrichtungen für den Sportbootsbetrieb; Überwachung der Verkehrssicherheit im Hafenbereich.

Pflege und Instandhaltung der Strände und der angrenzenden Grünanlagen; Ermöglichung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu den Stränden unter Berücksichtigung unterschiedlicher Nutzer-Interessen (z. B. Hundehalter, FKK-Nutzer) einschließlich der Durchführung von z. B. Wattwanderung mit naturkundlichen Führungen zu sozialverträglichen Preisen; Überwachung und Sicherheit in den Strandbereichen; Erhebung sozialverträglicher Gebühren für die Nutzung der Strände; Bereitstellung von sonstigen Angeboten und Einrichtungen/ die in direktem Zusammenhang mit dem Betrieb der Strände stehen und für diese unmittelbar förderlich sind.

Wahrnehmung von allgemeinen Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs der Gemeinde Wangerland, insbesondere durch Öffentlichkeitsarbeit und dem Betrieb von Tourismuszentren; Wahrnehmung von allg. Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von Partnerschaften zum Zwecke der Attraktivität von Dienstleistungs- und Tourismusbereichen;

...

Wahrnehmung von allg. Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung der Gemeinde Wangerland als Veranstaltungsort, insbesondere durch Verwaltung, Akquisition und Vermarktung von Veranstaltungen.

Betrieb und Instandhaltung einer öffentlichen Bücherei einschließlich deren Erneuerung; Ermöglichung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu der öffentlichen Bücherei zum Zwecke der Ermöglichung eines flächendeckenden Zugangs zu Wissen, Information/ Forschung und Kultur für alle Bevölkerungsgruppen/ insbesondere auch für Kinder, Jugendliche, Erwachsene aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen zum Zwecke der Verbesserung von Bildungschancen; Ermöglichung eines kostengünstigen und wohnortnahen Zugangs zu aktuellen Wissensquellen in allen medialen Formen; Unterstützung und Ergänzung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und Weiterbildungsstätten als außerschulische Lernorte bei der Erreichung ihres Bildungsauftrags; Förderung des Dialogs zwischen allen Generationen/Kulturen und Religionen, insbesondere auch durch öffentliche Veranstaltungen.

### ***Formen der Betreuung***

Es wurde ein Betrauungsakt geschlossen.

### ***Betrauungsdauer***

Der Betrauungsakt wurde auf 10 Jahre geschlossen.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Entfällt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Es werden Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) von der Gemeinde Wangerland an die Wangerland Touristik GmbH (WTG) gezahlt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Gemeinde Wangerland kann an die WTG den Ausgleich eines Jahresfehlbetrages und freiwillige Investitionskostenzuschüsse, deren Höhe sich aus dem Jahres-Wirtschaftsplan der WTG ergeben und in dem Haushaltsplan der Gemeinde Wangerland veranschlagt sind, leisten. Die maximale Höhe der Ausgleichsleistungen (Begünstigungen)/ die nach Art. 2 Abs. 1 Buchst. A) des Freistellungsbeschlusses während des Betrauungszeitraums durchschnittlich einen Betrag von 15 Mio. € nicht überschreiten darf/ ergibt sich aus dem jeweiligen Haushaltsplan der Gemeinde Wangerland.

Die Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) der Gemeinde Wangerland erfolgen allein zu dem Zweck, die WTG in die Lage zu versetzen/ die ihr nach dem Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Der Ausgleichsbetrag resultiert ausschließlich aus der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nach § 2 Abs. 1. Soweit Kosten auf Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 entfallen, bleiben sie unberücksichtigt. Hierfür ist ein gesonderter Nachweis gemäß § 5 zu erbringen.

Für nicht vorhersehbare Ereignisse aufgrund der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach § 2 Abs. 1 zu einem höheren Ausgleichsbetrag, kann auch dieser berücksichtigt werden. Diese Ereignisse und ihre Auswirkungen sind im Einzelnen nachzuweisen.

Die Höhe der Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) darf unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns nicht über das hinausgehen/ was erforderlich ist/ um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben verursachten Nettokosten abzudecken. Die Gewinne aus den Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 dienen dabei vollständig der Finanzierung der Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 2 Abs. 1 entsteht oder für Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 Vorteile gewährt werden/führt die WTG gegenüber der Gemeinde Wangerland jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dieses geschieht durch den jeweiligen

Jahresabschluss und anderweitige durch die Gemeinde Wangerland auf eine Überkompensierung der zur Verfügung gestellten Mittel hin zu überprüfenden Nachweise entsprechend § 3 Abs. 1, insbesondere durch die zu erstellenden Trennungsrechnung nach § 5. Der geprüfte Jahresabschluss der WTG ist der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.

Ergibt die Prüfung eine Überkompensierung von mehr als 10 % des durchschnittlichen jährlichen Ausgleichs im Betrauungszeitraum/ fordert die Gemeinde Wangerland die WTG zur Rückzahlung des überhöhten Betrages auf. Ergibt die Prüfung eine Unterkompensierung von maximal 10 % darf der überhöhte Betrag auf den nächstfolgenden Ausgleichszeitraum angerechnet werden.

Die Gemeinde Wangerland trägt dafür Sorge, dass im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der WTG ein Wirtschaftsprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder eine andere sachkundige Stelle gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses prüft, ob die Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) an die WTG die in dem Freistellungsbeschluss festgelegten Voraussetzungen erfüllt haben und EU-Beihilfe konform verwendet worden sind. Das Recht der Gemeinde Wangerland zur Ergreifung alternativen Maßnahmen für die regelmäßige Kontrolle, die während des Betrauungszeitraums zumindest alle drei Jahre sowie am Ende des Betrauungszeitraums zu erfolgen hat, bleibt hierdurch unberührt.

### ***Transparenzanforderungen***

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen und Informationen, die notwendig sind, um zu bestimmen, ob die gewährten Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) mit dem Freistellungsbeschluss vereinbar sind, während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums verfügbar zu halten.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

In den Jahren 2018 und 2019 wurden von der Gemeinde Wangerland jeweils Ausgleichsbeträge in Höhe von netto 200.000,00 € geleistet.

## **j) Stadt Osnabrück**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

**a) Betrauung der OMT Osnabrücker Marketing- und Tourismus GmbH** zur Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Bereich der Tourismus- und Kulturförderung

**b) Betrauung der WFO Wirtschaftsförderung Osnabrück GmbH** zur Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Bereich der



Aufgaben der Standortentwicklung, des Standortmarketings und des Fördermittelmanagements

### ***Formen der Betrauung***

- a) Ratsbeschluss, Umsetzung durch Betrauungsakt
- b) Ratsbeschluss, Umsetzung durch Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

- a) Zehn Jahre
- b) Fünf Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

- a) Nein
- b) Nein

### ***Beihilfeinstrumente***

- a) Verwendete Beihilfeinstrumente: Eigenkapitalerhöhung
- b) Verwendete Beihilfeinstrumente: Barzuschüsse, Gesellschafterdarlehen, Einzahlung in die Kapitalrücklage.

### ***Ausgleichsmechanismus***

- a) Ausgleichsmechanismus: Festlegung der maximalen Höhe im Wirtschaftsplan und im Haushaltsplan.  
Ausgleich der Kosten, die für die Erbringung der Aufgabe nach Abzug der Einnahmen und einer angemessenen Rendite verbleiben.

- b) Jährlicher Mittelverwendungsnachweis im Rahmen des Jahresabschlusses Aufstellung einer Trennungsrechnung  
Unterjähriges Prüfungsrecht der Stadt Osnabrück  
Regelmäßiges unterjähriges Berichtswesen im Rahmen der Beteiligungssteuerung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

...

### ***Transparenzanforderungen***

- a) Veröffentlichung der Beihilfen im Online-Ratsinformationssystem.
- b) Veröffentlichung der Beihilfen im Online-Ratsinformationssystem.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

		<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>a)</b>	OMT – Einzahlung Kapitalrücklage	911.000 €	811.000 €
<b>b)</b>	WFO – Barzuschuss	489.227 €	978.639 €

## **k) Stadt Peine – Stadtmarketing**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrauung der Peine Marketing GmbH mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) zwecks der Wahrnehmung aller Aufgaben des Stadtmarketings für die Stadt Peine und den damit im Zusammenhang stehenden Leistungen unter Beachtung der europarechtlichen Vorgaben. Die Peine Marketing GmbH führt zur Erfüllung dieser Aufgaben insbesondere Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung, Imageförderung, positiven Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Stadt Peine aus und sorgt für eine positive Außendarstellung. Die Betrauung umfasst insbesondere folgende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen:

- Betrieb Konzeption, Durchführung und Koordination von Stadtmarketing
- Information und Kommunikation über die Stadt Peine
- Wahrnehmung von allgemeinen Maßnahmen zur Förderung des Tourismus (teilweise)
- Maßnahmen im Bereich City-Management / Citymarketing
- Unterstützung allgemeiner Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung - Teilbereich- (Unterstützung des Einzelhandels in der Kernstadt Peine (z. B. Veranstaltungen des Marketings) und Leerstandsmanagement von Geschäftsräumen in Peine)

Die Betrauung erfasst grundsätzlich die Betätigung der Peine Marketing GmbH innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Peine und der Region.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt auf Grundlage des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI.

Betrauungsakt aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt Peine vom 23.10.2014, der in Form eines Verwaltungsaktes der Peine Marketing GmbH bekannt gegeben wurde.

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

### ***Beihilfeinstrumente***

Laufender jährlicher zweckfreier Zuschuss.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Auszug aus dem Betrauungsakt:

## **§ 4 – Gewährung von Ausgleichszahlungen**

1. Der Peine Marketing GmbH können zum Ausgleich der mit der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung entstehenden Aufwendungen Ausgleichszahlungen gewährt werden. Ausgleichszahlungen im Sinne dieser Betrauung sind gemäß des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 alle von der Stadt Peine oder aus Mitteln der Stadt Peine gewährten Vorteile, insbesondere Betriebs- und Investitionszuschüsse, Darlehen, Verlustausgleiche, Kostenübernahmen und Kapitalanlagen.
2. Ein Anspruch auf die Gewährung von Ausgleichszahlungen entsteht der Peine Marketing GmbH aus der Betrauung nicht. Über die Gewährung von Ausgleichszahlungen an die Peine Marketing GmbH entscheidet die Stadt Peine nach eigenem freiem Ermessen.
3. Gewährte Ausgleichszahlungen sind grundsätzlich unabhängig von der Ausführung bestimmter Aufgaben. Ausgenommen sind Zahlungen, die ausdrücklich mit einer Zweckbindung gewährt werden. Die Ausgleichszahlungen sollen die Peine Marketing GmbH allgemein in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

☐ Kostenallokationsmethode

☐ Net-avoided-cost-Methode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Verwendungsnachweis für gewährte Ausgleichszahlungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen des Transparenzrichtlinie-Gesetzes (Trennungsrechnung) jährlich zu erbringen.

Die Trennungsrechnung wird von einem Wirtschaftsprüfer geprüft.

Verpflichtungen zum Nachweis nach Ablauf des Geschäftsjahres, dass die Ausgleichzahlung in den betrauten Bereichen zu keiner Überkompensation geführt hat.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Höhe der jährlichen Ausgleichsleistungen im Rahmen dieser Betrauung ist gemäß Artikel 2 Abs. 1 a) des Freistellungsbeschlusses auf einen Betrag von € 15,0 Millionen pro Jahr begrenzt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018	2019
0,433 Mio. € (Zuschuss Stadt Peine)  Der Zuschuss wurde zu 100% von der Stadt Peine getragen.	0,433 Mio. € (Zuschuss Stadt Peine)  Der Zuschuss wurde zu 100% von der Stadt Peine getragen.

### **I) Hansestadt Lüneburg – Abwasserbeseitigung und Gewässerunterhaltung**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- a) Durchführung der kommunalen Abwasserbeseitigung gemäß Entsorgungsvertrag vom 31.12.1997
- b) Durchführung der Gewässerunterhaltung und des Betriebshofes bei dem das Stadtgrün, die Straßenunterhaltung – und -reinigung sowie die Verwaltung des Fuhrparks mit der Werkstatt angesiedelt sind gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag vom 23.03.2007

### ***Formen der Betrauung***

Betrauung durch jährliche Ratsbeschlüsse.

### ***Betrauungsdauer***

Grundsatzbeschluss zur Betrauung vom 08.05.2014. Danach jährliche Beschlussfassung über die Finanzierung, die dann für die jährliche Betrauung steht. Jeder Finanzierungsbeschluss enthält nachfolgenden Text:

*„Diese Beschlussvorlage ist Bestandteil des Betrauungsakts im Sinne des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Gewährung von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (2012/21/EU).“*

### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

Sofern ausschließliche Rechte gewährt wurde, sind diese ebenfalls in den bestehenden Verträgen und Vereinbarungen dokumentiert.

### **Beihilfeinstrumente**

Entgeltzahlungen an die Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH (AGL).

### **Ausgleichsmechanismus**

Mit Genehmigung des Wirtschaftsplanes der AGL durch die Gesellschafterversammlung erfolgt die Genehmigung der Zielbeschlüsse, die von der Geschäftsführung umgesetzt werden müssen. In dem Wirtschaftsplan wird konkret und detailliert festgelegt, in welcher Höhe Mittel für welche Vorhaben im Folgejahr – unter dem Vorbehalt der Genehmigung des städtischen Haushaltsplanes durch den Rat der Hansestadt Lüneburg - ausgegeben werden dürfen. In den Entsorgungs- und Geschäftsbesorgungsverträgen der AGL ist geregelt, dass auf Basis der im Wirtschaftsplan enthaltenen Betriebskostenkalkulation jedes Jahr ein festes Entgelt für das jeweils folgende Wirtschaftsjahr schriftlich festzusetzen ist.

Für die Genehmigung des Wirtschaftsplanes erfolgt ein Weisungsbeschluss für die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung durch städtische Gremien (Verwaltungsausschuss bzw. Rat). Eine Überschreitung des Kostenrahmens bzw. Änderungen sind grundsätzlich nur nach erneuter Genehmigung eines geänderten Wirtschaftsplanes möglich. Damit sind einerseits die Ausgleichsleistungen und andererseits die Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen gemäß Art. 4 des Freistellungsbeschlusses ausreichend beschrieben. Die Dauer der Betrauung wird durch die jährliche Entscheidung über die Ausgleichsleistungen durch Genehmigung des Wirtschaftsplanes bestimmt. Die Kontrolle der Berechnung sowie die Überwachung der Entgeltzahlungen werden durch das Beteiligungsmanagement der Hansestadt Lüneburg sichergestellt.

Nach Ablauf eines Geschäftsjahres erfolgt der Nachweis über die tatsächlich angefallenen Betriebskosten in der Regel im Rahmen des Jahresabschlusses. Neben der Genehmigung des Wirtschaftsplanes bedürfen auch die Jahresabschlüsse jeweils eines Weisungsbeschlusses für die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung durch den städtischen Verwaltungsausschuss. Eine Überwachung der Zahlungen ist, wie im Betrauungsakt gefordert, somit sichergestellt.

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Über die Entsorgungs- und Geschäftsbesorgungsverträge hinaus ist eine weitere Regelung in Bezug auf die erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung einer Überkompensation vorgesehen. Um sicherzustellen, dass durch die

Ausgleichszahlungen keine Überkompensation für die Ausführung der übertragenen Aufgaben entsteht, werden die Ausgleichszahlungen nicht in einer Einmalzahlung, sondern in mehreren Abschlagszahlungen geleistet. Vor den jeweiligen Mittelabrufen muss die Geschäftsführung unterjährig den konkreten Bedarf nachweisen. Dies erfolgt in der Regel im Rahmen der Quartalsberichte. Auf diese Weise werden Abweichungen der Entgeltzahlungen vom Wirtschaftsplan vermieden.

### **Transparenzanforderungen**

Keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. EUR.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<b><i>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse</i></b>	<b>2018 in Mio. EUR</b>	<b>2019 in Mio. EUR</b>
a) Durchführung der kommunalen Abwasserbeseitigung gemäß Entsorgungsvertrag vom 31.12.1997	<b>8,078</b>	<b>9,138</b>
b) Durchführung der Gewässerunterhaltung und des Betriebshofes bei dem das Stadtgrün, die Straßenunterhaltung – und -reinigung sowie die Verwaltung des Fuhrparks mit der Werkstatt angesiedelt sind gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag vom 23.03.2007	<b>2,184</b>	<b>2,201</b>

### **m) Hansestadt Lüneburg – Lüneburger Heide GmbH**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

c) Betrauung der Lüneburger Heide GmbH (LHG) mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide auf der Grundlage des Beschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011

#### ***Formen der Betrauung***

Betrauung durch Vertrag und Ratsbeschluss vom 31.08.2017.

#### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung erfolgt für die Dauer von 10 Jahren.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Sofern ausschließliche Rechte gewährt wurden, sind diese ebenfalls in den bestehenden Verträgen und Vereinbarungen dokumentiert.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Die Ausgleichszahlungen dienen dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen nach § 2 Abs. 2 verursachten Nettokosten der LHG kann die Hansestadt Lüneburg ausgleichen (Ausgleichsleistungen). Die Ausgleichszahlungen dienen damit dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die LHG hat sicherzustellen, dass die gewährten Ausgleichsleistungen die nach § 4 berechneten Nettokosten nicht übersteigen. Um eine Überkompensation zu vermeiden, erstellt die LHG im Rahmen des Jahresabschlusses einen Soll-/Ist-Vergleich der tatsächlichen Nettokosten und der erhaltenen Abschlagszahlungen. Übersteigen die erhaltenen Abschlagszahlungen die Nettokosten (Überkompensation), hat die LHG den Betrag der Überkompensation zurückzuführen.

Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren, kann die LHG alternativ den Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung mindernd berücksichtigen.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. EUR.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<b><i>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse</i></b>	<b>2018 in Mio. EUR</b>	<b>2019 in Mio. EUR</b>
c) Betrauung der Lüneburger Heide GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide	<b>0,05</b>	<b>0,05</b>

### **n) Gemeinde Neuenkirchen-Vörden**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Förderung der regionalen Infrastruktur, Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft insbesondere Planung, Entwicklung, Erschließung, Verkauf von Gewerbeflächen

#### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

***Betrauungsdauer***

10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss und Bürgschaften

***Ausgleichsmechanismus***

Ersatz tatsächlicher Kosten (Fehlbedarfsfinanzierung)

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Pflicht zur Vorlage des Wirtschaftsplans sowie sonstiger Abrechnungsbelege

***Transparenzanforderungen***

Keine

***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018 87.455,53 EUR

2019 83.603,07 EUR

**o) Stadt Wunstorf**

**1. Bäderbetriebe Wunstorf GmbH**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine***

***Betrauung erfolgte***

Bereitstellung von Schwimm- und Badeeinrichtungen

a) Betrieb von Freibädern

b) Betrieb von Hallenbädern

c) Betrieb sonstiger Badeeinrichtungen wie Sauna, Massagen, ferner Imbiss- und Erfrischungsstuben im Zusammenhang mit Badeeinrichtungen

d) Wahrnehmung sonstiger Maßnahmen, die der Förderung der in den Buchstaben

a) bis c) genannten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dienen



### ***Formen der Betrauung***

öffentlicher Betrauungsakt in Form eines Bescheides

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre ab 01.10.2016

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Gesellschaftereinlagen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ausgleichsleistungen ergeben sich aus jeweiligem Jahres-Wirtschaftsplan der Bäderbetriebe Wunstorf GmbH und werden im Haushaltsplan der Stadt Wunstorf aufgenommen

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Trennungsrechnung bei der Bäderbetriebe Wunstorf GmbH

Nachweis über Mittelverwendung durch geprüften Jahresabschluss, der der Stadt Wunstorf unaufgefordert zur Verfügung gestellt wird

### ***Transparenzanforderungen***

Unterlagen werden 10 Jahre aufbewahrt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

500 T€ p.a.

## **2. Steinhuder Meer Tourismus GmbH**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Tourismusförderung (durch Schaffung und Verbesserung der Tourismusbedingungen die Attraktivität der Gesamtregion Steinhuder Meer steigern)

### ***Formen der Betrauung***

öffentlicher Betrauungsakt in Form eines Bescheides

***Betrauungsdauer***

10 Jahre ab 01.10.2016

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

***Beihilfeinstrumente***

Betriebskostenzuschüsse, Schuldendiensthilfe

***Ausgleichsmechanismus***

Ausgleichsleistungen ergeben sich aus jeweiligem Jahres-Wirtschaftsplan der Steinhuder Meer Tourismus GmbH und werden im Haushaltsplan der Stadt Wunstorf aufgenommen

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Trennungsrechnung bei der Steinhuder Meer Tourismus GmbH

Nachweis über Mittelverwendung durch geprüften Jahresabschluss, der der Stadt Wunstorf unaufgefordert zur Verfügung gestellt wird

***Transparenzanforderungen***

Unterlagen werden 10 Jahre aufbewahrt

***Höhe der gewährten Beihilfen***

300 T€ p.a.

**p) Gemeinde Dornum – Tourismus GmbH**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrauung der Tourismus GmbH Gemeinde Dornum mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zum Betrieb der Fremdenverkehrs- und Kureinrichtungen im Bereich der Gemeinde Dornum und mit allen damit im Zusammenhang stehenden Leistungen.

***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Vertrag.

***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 3 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Dem Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Sofern notwendig werden Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Verlustausgleiche, Kostenübernahmen und Kapitalanlagen gewährt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Einen typischen Ausgleichsmechanismus gibt es nicht. Evtl. Ausgleiche werden auf der Grundlage einer Trennungsrechnung vorgenommen

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über einen Nachweis der Verwendung auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse.

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt, da Artikel 7 des DAWI-Beschlusses nur gilt, wenn der Ausgleich für ein und dieselbe DAWI über 15 Mio. Euro hinausgeht, was bei sonstigen Ausgleichsleistungen nicht in Betracht kommt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

In 2018 und 2019 wurden keine Beihilfen gewährt.

## **q) Region Hannover**

### **1. Klimaschutz**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Das Unternehmen setzt sich für die Förderung des Klimaschutzes im lokalen und regionalen Bereich ein. Zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zählen folgende Aufgaben:

- Allgemeine Maßnahmen und Projekte zur Förderung des Klimaschutzes in der Region Hannover
- Bereitstellung von Informationen, Organisation und Umsetzung von Informationsveranstaltungen und Klimaschutzaktionen
- Entwicklung von Bildungsangeboten
- Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit im Bereich Klimaschutz

- Unterstützung und Begleitung von Kommunen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und Aktionsprogrammen und Bildungsangeboten
- Entwicklung, Organisation und Durchführung produkt- und herstellerneutralen Info- und Beratungskampagnen mit für den Nutzer in der Regel kostenfreien Angeboten.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Darstellung und Berechnung der mit der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse verbundenen Kosten und Erträge sowie der Bereiche der DAWI, für die ein Ausgleich gezahlt wurde, erfolgt unter Bezugnahme auf den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluss (Kostenallokationsmethode).

Die Höhe der Ausgleichsleistungen ist Betrauungsakt auf einen Betrag von 15 Millionen € pro Jahr begrenzt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, führt das Unternehmen jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres im Rahmen eines Beihilfeberichts den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses des Unternehmens und unter Beachtung der Anforderungen der Transparenzrichtlinie.

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche von nicht mehr als 10 % der

erhaltenen Ausgleichsleistungen, ist ein Vortrag auf das Folgejahr möglich und die ordnungsgemäße Mittelverwendung innerhalb des Folgejahres wiederherzustellen.

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, wird die Region Hannover im Falle einer Überkompensation die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

#### **2018:**

Zuschüsse in Höhe von 704 T€.

#### **2019:**

Zuschüsse in Höhe von 658 T€.

## **2. Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Bündelung, Koordinierung und Förderung kommunaler und regionaler Wirtschaftsförderungs-, Marketing-, Tourismusaktivitäten und aller sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und unternehmerischen Rahmenbedingungen in Stadt und Region Hannover im Wettbewerb mit anderen Kommunen und Regionen. Hierzu zählen insbesondere Gründungs- und Ansiedlungsberatung, Durchführung von Ansiedlungs- und Gründungswettbewerben, Betrieb von Gründungszentren, Aktivitäten im Rahmen der Internationalisierung sowie Unterstützung bei der Anbahnung internationaler Geschäftsbeziehungen und Eintritt in ausländische Märkte, allgemeine Tourismusförderung, Vermarktung und Imageförderung von Landeshauptstadt und Region Hannover.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Unternehmen erhalten jährliche Zuwendungen im Wege der institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Darstellung und Berechnung der mit der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse verbundenen Kosten und Erträge sowie der Bereiche der DAWI, für die ein Ausgleich gezahlt wurde, erfolgt unter Bezugnahme auf den Wirtschaftsplan sowie den Jahresabschluss (Kostenallokationsmethode). Ein Anspruch auf die Gewährung der jährlichen Zuschüsse entsteht den Unternehmen aus der Betrauung nicht. Über die Gewährung von Ausgleichsleistungen entscheidet die Zuwendungsgeberin durch Bereitstellung der Mittel in ihrem Haushalt.

Die Höhe der Ausgleichsleistungen ist im Betrauungsakt auf einen Betrag von 15 Millionen € pro Jahr begrenzt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, führen die Unternehmen jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres im Rahmen eines Beihilfeberichts den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses des Unternehmens.

Die Zuwendungsgeber führen gemäß Betrauungsakt alle drei Jahre und am Ende des Betrauungszeitraumes eine Kontrolle durch, ob eine Überkompensation vorliegt. Übersteigt eine Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich innerhalb des Dreijahreszeitraum nicht um mehr als 10 %, so kann die Überkompensation auf den folgenden Dreijahreszeitraum übertragen und von dem in diesem Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht sichergestellt, wird die Region Hannover im Falle einer Überkompensation die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen.

***Transparenzanforderungen***

Keine

***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:**

Zuschüsse in Höhe von 4.043 T €

**2019:**

Zuschüsse in Höhe von 4.052 T €

**r) Landkreis Uelzen**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Förderung und Entwicklung des Tourismus im Bereich des Landkreises Uelzen, Durchführung wirkungsvoller Werbung in enger Zusammenarbeit mit den Vereinsmitgliedern, Öffentlichkeitsarbeit für das Gebiet, Zusammenarbeit mit den Tourismusverbänden und anderen im Bereich des Tourismus tätigen Organisationen, privaten Unternehmen und Personen, wirksame Koordination der Aktivitäten der Mitglieder im Bereich des Tourismus, Betrieb von Touristeninformationen für die Vereinsmitglieder

***Formen der Betrauung***

Beschluss der Vertretungen der in der Betrauung in §1 I genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts

***Betrauungsdauer***

9,5 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

nein

## ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

## ***Ausgleichsmechanismus***

Net-avoided-cost - Methode (Trennungsrechnung)

## ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

bei Überkompensation (bis 10% im Durchschnitt v. drei aufeinander folgenden Jahren) Vortrag der Ausgleichsleistung bzw. mindernde Rückführungsverpflichtung Berücksichtigung im nächsterreichbaren Haushaltsplan)

## ***Transparenzanforderungen***

Zuschuss unter 15 Mio. EUR

## ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 100.000,00 EUR

2019: 100.000,00 EUR

## **s) Hann. Münden**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Bereich der Tourismusförderung und –entwicklung sowie des Stadtmarketings und hiermit verbundenen Nebenleistungen. Im Einzelnen:

- Allgemeine Aufgaben der Tourismusförderung in der Region
- Allgemeine Aufgaben des Stadtmarketings für die Stadt Hann. Münden
- Mitarbeit in touristischen Organisationen, Kooperationen, Vereinen und Verbänden
- Entwicklung und Umsetzung von Marketingstrategien (u.a. Öffentlichkeitsarbeit, Internet, social Media, Prospekte, Stadtführungen, Veranstaltungsreihen), Projektentwicklung im Tourismus und Stadtmarketingbereich



- Kommunikation und Abstimmung von Aktivitäten im Bereich des Tourismus und Stadtmarketings, Netzwerkarbeit
- Förderung der Zusammenarbeit und des Gedankenaustauschs zwischen Marktteilnehmern
- Flächenmanagement für Veranstaltungen in der Stadt Hann. Münden
- Organisation von Veranstaltungen zur regionalen Identitätsstiftung

### ***Formen der Betrauung***

Betrauung der Hann. Münden Marketing GmbH (HMM) mit gemeinschaftlichen Verpflichtungen auf der Grundlage des Beschlusses der EU-Kommission von 20. Dezember 2011 K (2011) 9380 mittels Betrauungsakt.

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre (2017-2026)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Jährliche Ausgleichsleistung (Zuschuss)

### ***Ausgleichsmechanismus***

Das Unternehmen führt eine Trennungsrechnung

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Kontrolle erfolgt durch Beihilfeberichte und Trennungsrechnung. Überkompensationen sind grundsätzlich zurückzuführen.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018 0,3 Mio Euro

2019 0,3 Mio Euro

### **t) Stadt Braunschweig**

VHS Arbeit und Beruf GmbH

## **1. Erwachsenenbildung und berufliche Weiterbildung**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Kommunale Beschäftigungsförderung

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Finanzielle Vorteile, insbesondere Zuschüsse, Verlustausgleiche, Bürgschaften, Darlehen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Vorlage des Wirtschaftsplans und Nachweis der Einhaltung durch Plan-Ist-Vergleich (Kostenallokationsmethode)

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Jährlicher Nachweis durch geprüften Jahresabschluss sowie zusätzlicher Nachweis (Beihilfenbericht)

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht anwendbar.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

#### **2018:**

Jahresfehlbetrag aus DAWI (durch Kommune ausgeglichen): 2.208 T€

#### **2019:**

Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor.

## **2. Wirtschaftsförderung (Stadtmarketing)**

Braunschweig Stadtmarketing GmbH

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Sämtliche Aufgaben im Rahmen der Wirtschaftsförderung, insbes. Marketingmaßnahmen, touristische Produkte und Conventions

***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt

***Betrauungsdauer***

10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

***Beihilfeinstrumente***

Gewährung von finanziellen Vorteilen, insbesondere Verlustausgleiche, Kapitaleinlagen, Darlehen, Bürgschaften

***Ausgleichsmechanismus***

Die ausgleichsfähigen Aufwendungen bemessen sich nach den im Rahmen der Ausführung der DAWI benötigten Nettokosten (Kostenallokationsmethode).

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen 2***

Jährlicher Nachweis durch geprüften Jahresabschluss sowie zusätzlichen Nachweis (Beihilfenbericht) durch einen Wirtschaftsprüfer

***Transparenzanforderungen***

Nicht anwendbar

***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:**

Jahresfehlbetrag 2018 (durch Stadt Braunschweig ausgeglichen): **1.545 T€** als Differenz aus negativem Ergebnis DAWI (2.283 T€) und positivem wirtschaftlichen Ergebnis (738 T€)

**2019:**

Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor.

Anmerkung:

Die Braunschweig Stadtmarketing GmbH war einbezogen in das abgeschlossene Monitoring-Verfahren der EU-Kommission.

### **3. Infrastrukturentwicklung**

Strukturförderung Braunschweig GmbH

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Initiierung, Entwicklung, Planung und Durchführung von Förderprojekten und Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Technologie und Forschung
- Entwicklung von Konversionsflächen
- Förderung der Stadtentwicklung

#### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt

#### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

#### ***Beihilfeinstrumente***

Wirtschaftliche Vorteile jedweder Art 2

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht darüber hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der mit den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Aufgaben eingesetzten Eigenkapital abzudecken (Kostenallokationsmethode).

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Jährlicher Nachweis auf Basis des geprüften Jahresabschlusses durch Beihilfebericht

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht anwendbar

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

#### **2018:**

Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor.

#### **2019:**

Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor.

### **u) Landkreis Lüneburg**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte:***

#### ***a) Lüneburger Heide GmbH:***

Die Lüneburger Heide GmbH (nachfolgend LHG genannt) hat gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 27. März 2014 den Zweck der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide. Ihr Geschäftsbetrieb soll unmittelbar und mittelbar dem Allgemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger der Region Lüneburger Heide dienen.

Die Tätigkeit der LHG in Ausführung ihres Gesellschaftszwecks umfasst Marketing und weitere Dienstleistungen im Bereich des regionalen Tourismus, die sich in die Segmente Produktmanagement, Marketing, Verwaltung und Buchungsbüro einteilen lassen. Die LHG unterhält außerdem in Gebieten einiger ihrer Gesellschafter sowie mehrerer regionszugehöriger Gemeinden Außenstellen und Tourist-Informationen.

Der Landkreis Lüneburg ist Gesellschafter der LHG.

#### ***b) Flusslandschaft Elbe GmbH:***

Die Flusslandschaft Elbe GmbH (nachfolgend FEG genannt) hat gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 19.12.2008 den Zweck der Förderung des Tourismus in der Region Flusslandschaft Elbe. Ihr Geschäftsbetrieb soll unmittelbar und mittelbar dem Allgemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger der Region Flusslandschaft Elbe dienen.

Die Tätigkeit der FEG in Ausführung ihres Gesellschaftszwecks umfasst Marketing und weitere Dienstleistungen im Bereich des regionalen Tourismus, die sich in die Segmente Produktmanagement, Marketing und Verwaltung einteilen lassen.

Der Landkreis Lüneburg ist Gesellschafter der FEG.

### ***Formen der Betrauung***

#### **a) Lüneburger Heide GmbH:**

Betrauung der Lüneburger Heide GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide auf der Grundlage des Beschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011, K(2011) 9380.

#### **b) Flusslandschaft Elbe GmbH:**

Betrauung der Flusslandschaft Elbe GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Flusslandschaft Elbe und Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Flusslandschaft Elbe auf der Grundlage des Beschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011, K(2011) 9380.

### ***Betrauungsdauer***

#### **a) Lüneburger Heide GmbH:**

10 Jahre (ab 2018) gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 06.06.2017.

#### **b) Flusslandschaft Elbe GmbH:**

10 Jahre (ab 2018) gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 20.11.2017.

## ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

### **a) Lüneburger Heide GmbH:**

Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung unmittelbar und mittelbar dienlich sind. Sie ist insbesondere berechtigt, Betriebe und Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient. Die Gesellschaft trägt zur Qualifizierung und Vernetzung der bestehenden lokalen Einrichtungen bei. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten.

### **b) Flusslandschaft Elbe GmbH:**

Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftervertrages alle Geschäfte und sonstige Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung unmittelbar und mittelbar dienlich sind. Sie ist insbesondere berechtigt, Betriebe und Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

## ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse.

## ***Ausgleichsmechanismus***

### **a) Lüneburger Heide GmbH:**

Die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen durch die gesellschaftsvertragliche Zwecksetzung verursachten Nettokosten kann der Landkreis Lüneburg ausgleichen (Ausgleichsleistungen). Die Ausgleichszahlungen dienen damit dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Ein Anspruch auf Gewährung von Ausgleichsleistungen erwächst der Lüneburger Heide GmbH aus der Betrauung nicht.

### **b) Flusslandschaft Elbe GmbH:**

Die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen durch die gesellschaftsvertragliche Zwecksetzung verursachten Nettokosten der FEG kann der

Landkreis Lüneburg ausgleichen (Ausgleichsleistungen). Die Ausgleichszahlungen dienen damit dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Ein Anspruch auf Gewährung von Ausgleichsleistungen erwächst der Flusslandschaft Elbe GmbH aus der Betrauung nicht.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

#### **a) Lüneburger Heide GmbH:**

Die Lüneburger Heide GmbH hat sicherzustellen, dass die gewährten Ausgleichsleistungen die Nettokosten nicht übersteigen. Um eine Überkompensation zu vermeiden, erstellt die Lüneburger Heide GmbH im Rahmen des Jahresabschlusses einen Soll-/Ist-Vergleich der tatsächlichen Nettokosten und der erhaltenen Abschlagszahlungen. Übersteigen die erhaltenen Abschlagszahlungen die Nettokosten (Überkompensation), hat die Lüneburger Heide GmbH den Betrag der Überkompensation zurückzuführen.

#### **b) Flusslandschaft Elbe GmbH:**

Die Flusslandschaft Elbe GmbH hat sicherzustellen, dass die gewährten Ausgleichsleistungen die Nettokosten nicht übersteigen. Um eine Überkompensation zu vermeiden, erstellt die FEG im Rahmen des Jahresabschlusses einen Soll-/Ist-Vergleich der tatsächlichen Nettokosten und der erhaltenen Abschlagszahlungen. Übersteigen die erhaltenen Abschlagszahlungen die Nettokosten (Überkompensation), hat die FEG den Betrag der Überkompensation zurückzuführen.

### ***Transparenzanforderungen***

- entfällt -

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

#### **a) Lüneburger Heide GmbH:**

Jährlicher Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro.

#### **b) Flusslandschaft Elbe GmbH:**

Jährlicher Zuschuss in Höhe von 75.000 Euro.



## **v) Landkreis Goslar**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgt***

- 1) Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co KG: Förderung und Beratung von Existenzgründern sowie vorhandenen Gewerbe- und Industriebetrieben, die Unterstützung von Gewerbe- und Industrieansiedlung, das Regionalmarketing sowie die Technologie-, Innovations- und Kooperationsförderung.
- 2) Harzer Tourismusverband e.V.: Kommunale Wirtschaftsförderung und Standortmarketing; Durchführung von struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben; Sicherung von Arbeitsplätzen, Förderung der Attraktivität der einzelnen Gebietskörperschaften als Wohn- und Wirtschaftsstandorte und Steigerung der Finanzkraft zum Wohle der Allgemeinheit.
- 3) Kur- Tourismus und Wirtschaftsbetriebe der Stadt Bad Harzburg GmbH (100%ige Beteiligung der Stadt Bad Harzburg): Unterhaltung und Verwaltung der Tourismus- und Kuranlagen, der Sole-Therme und des Silberbornbades und der damit in Verbindung stehende Wärmeverkauf an Dritte in Bad Harzburg, der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken sowie Errichtung, Betrieb und Veräußerung von mit diesem Betrieb im Zusammenhang stehenden Anlagen. Die Betrauung erstreckt sich auch auf aktuelle und künftige Beteiligungen (der KTW).

### ***Formen der Betrauung***

- 1) Betrauungsakt
- 2) Betrauungsakt
- 3) Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

- 1) 10 Jahre
- 2) 10 Jahre
- 3) 10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

- 1) Nein.
- 2) Nein.
- 3) Nein.

### ***Beihilfeinstrumente***

- 1) Verlorener Zuschuss i.S.d. § 23 LHO
- 2) Verlorener Zuschuss i.S.d. § 23 LHO
- 3) Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Verlustausgleiche, Kostenübernahmen und Kapitaleinlagen.

### **Ausgleichsmechanismus**

- 1) Trennungsrechnung mit Verwendungsnachweis
- 2) Trennungsrechnung mit Verwendungsnachweis
- 3) Trennungsrechnung mit Verwendungsnachweis

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

- 1) Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation; übersteigt diese den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich um mehr als 10% so kann die Überzahlung auf das nächste Geschäftsjahr übertragen werden.
- 2) –
- 3) Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation

### **Transparenzanforderungen**

- 1) Keine, da unter 15 Mio. €.
- 2) Keine, da unter 15 Mio. €.
- 3) Keine, da unter 15 Mio. €.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

- 1) WiReGo:

<b>Kommune</b>	<b>2018 in €</b>	<b>2019 in €</b>
Landkreis Goslar	227.725	228.425
Bergstadt Clausthal-Zellerfeld	9.670	9.670
Stadt Seesen	11.550	11.550
Stadt Langelsheim	6.980	6.980
Stadt Bad Harzburg	12.080	12.080
Gemeinde Liebenburg	5.100	5.100
Stadt Braunlage	4.336,13	4.336,13
<b>Summe:</b>	<b>277.441,13</b>	<b>278.141,13</b>

2) Harzer Tourismusverband e.V.

<b>Kommune</b>	<b>2018 in €</b>	<b>2019 in €</b>
Landkreis Goslar	83.721,89	84.119,45
Stadt Bad Harzburg	576,13	576,13
Stadt Seesen	3.230,47	3.386,86
Stadt Braunlage	576,13	576,13
<b>Summe:</b>	<b>88.104,62</b>	<b>88.658,57</b>

3) Kur-, Tourismus und Wirtschaftsbetriebe der Stadt Bad Harzburg GmbH

<b>Kommune</b>	<b>2018 in €</b>	<b>2019 in €</b>
Bad Harzburg	1.001.990,00	1.105.258,10

**w) Spiekeroog**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Aufrechterhaltung, Förderung und Entwicklung des Tourismus im Gebiet der Insel Spiekeroog sowie dem Betrieb der Kur- und Tourismuseinrichtungen einschließlich hiermit verbundener Nebenleistungen

Mit der Nordseebad Spiekeroog GmbH, eine Gesellschaft der Gemeinde Spiekeroog.

Dazu zählen unter anderem:

- der Betrieb des Haus des Gastes „Kogge“
- der Betrieb des Schwimmbades „InselBad& DünenSpa“
- der Betrieb der Mehrzweckhalle
- der Seebadbetrieb
- der Betrieb des Kinderspielhauses „Trockendock“
- Unterhaltung von Park- und Grünanlagen, Spielplätzen, Wanderwegen und Ruhebänken

- Betrieb von öffentlichen Toiletten
- Errichtung, Erneuerung, Erhaltung und Entleerung von Straßenpapierkörben
- das Kurmittelhaus
- die Kurmusik
- die touristischen Veranstaltungen

### ***Formen der Betrauung***

Erbringung der folgenden Dienstleistungen:

- der Betrieb des Haus des Gastes „Kogge“
- der Betrieb des Schwimmbades „InselBad& DünenSpa“
- der Betrieb der Mehrzweckhalle
- der Seebadbetrieb
- der Betrieb des Kinderspielhauses „Trockendock“
- Unterhaltung von Park- und Grünanlagen, Spielplätzen, Wanderwegen und Ruhebänken
- Betrieb von öffentlichen Toiletten
- Errichtung, Erneuerung, Erhaltung und Entleerung von Straßenpapierkörben
- das Kurmittelhaus
- die Kurmusik
- die touristischen Veranstaltungen

### ***Betrauungsdauer***

...vom 01.01.2016 bis 31.12.2025

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...keine

### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse
- Gesellschafterbeiträge / Gesellschaftereinlagen / Kapitalerhöhungen
- Garantien / Bürgschaften / Patronatserklärungen
- Vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung
- Kostenübernahme
- Forderungs- und Abgabenverzicht
- Überlassung von Immobilien
- sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil

### ***Ausgleichsmechanismus***

1. Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen erfolgt auf der Basis des Wirtschaftsplans.
2. Führen unterjährige Ereignisse zu einem höheren oder weiteren Ausgleichsbedarf, so kann auch dieser ausgeglichen werden. Diese Ereignisse und ihre Auswirkungen sind im Einzelnen nachzuweisen.
3. Die Art und Höhe der Ausgleichsleistungen sowie der Zweck sind durch die Gemeinde Spiekeroog zu dokumentieren.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht darüber hinaus gehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der mit den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Aufgaben eingesetzten Eigenkapital abzudecken.

### ***Transparenzanforderungen***

1. Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, ist die Nordseebad Spiekeroog GmbH verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen der Transparenzrichtlinie zu führen.

2. Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichsleistungen erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfenberichts. In dem Beihilfenbericht ist zu bestätigen, dass die Ausgleichsleistungen für die von dieser Betrauung erfassten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von dieser Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte. Auf Verlangen der Gemeinde Spiekeroog hat die Nordseebad Spiekeroog GmbH die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichsleistungen durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<b>2018:</b>	2.044.370,18 €	Weiterleitung	Kur- / Gästebeiträge	(inkl. MwSt)
	3.570,00 €	Anteilig	Straßenmüllentsorgung	(inkl. MwSt)
	25.130,00 €	Weiterleitung	Schuldendiensthilfe	Schwimmbad
	Summe:		2.073.070,18 €	

Kredit-Bürgschaften über: 53.620,00 €

<b>2019:</b>	2.205.118,17 €	Weiterleitung	Kur- / Gästebeiträge	(inkl. MwSt)
	3.570,00 €	Anteilig	Straßenmüllentsorgung	(inkl. MwSt)
	9.058,75 €	Zuschuss	Nachhaltigkeitsstrategieprojekt	
	25.130,00 €	Weiterleitung	Schuldendiensthilfe	Schwimmbad
	Summe:		2.242.876,92 €	

Kredit-Bürgschaften über: 35.904,00 €

#### **u) Landkreis Nienburg**

## **1. Wirtschaftsförderung**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

WIN GmbH Wirtschaftsförderung im Landkreis Nienburg/Weser...

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

1.1.2015 – 31.12.2024      10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Im Fall der Überkompensation ist ein Vortrag von max. 10 % in das Folgejahr möglich, ansonsten Rückforderung.

...

### ***Transparenzanforderungen***

Keine, da unter 15 Mio. €.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018    135.000 €

2019    135.000 €

## **2. Tourismusförderung**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Mittelweser Touristik (MWT) im Landkreis Nienburg/Weser

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

**Betrauungsdauer**

1.1.2015 – 31.12.2024      10 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

keine

**Beihilfeinstrumente**

Ausgleichszahlungen

**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode, Jahresabschluss mit Nachweis über die Verwendung der Mittel, Beihilfebericht

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Im Fall der Überkompensation ist ein Vortrag von max. 10 % in das Folgejahr möglich, ansonsten Rückforderung durch die kommunalen Gesellschafter

**Transparenzanforderungen**

Keine, da unter 15 Mio. €.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018 74.450 €

2019 74.350 €

**v) Stadt Lingen**

Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung und Citymanagement

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**

Kommunale Daseinsvorsorge durch die Lingen Wirtschaft & Tourismus GmbH in

Form der Verbesserung der Standortbedingungen für Wirtschaft und Tourismus im

Gebiet der Stadt mit Hilfe aller zur Verfügung stehenden Marketinginstrumente, insbesondere in den Bereichen Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung und Citymanagement, zu verbessern. Dies umfasst alle erforderlichen Maßnahmen, Geschäfte und Dienstleistungen der LWT GmbH, die für den Betrieb des



Unternehmens im Sinne des Gemeinwohls bzw. nach dem satzungsrechtlichen *Unternehmensgegenstand* erforderlich sind.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt vom 21.12.2016 (Ratsbeschluss vom 24.11.2016 )

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre (2016-2025)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichs- und Verrechnungsleistungen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der Ausgleichs- und Verrechnungsleistungen ergeben sich aus dem jährlichen Wirtschaftsplan der LWT GmbH. Deren tatsächliche Höhe erfolgt nach dem tatsächlichen Geschäfts- / Jahresabschluss der LWT GmbH maximal in Höhe des Defizitausgleichs. Negative Veränderungen gegenüber dem Wirtschaftsplan, die sich aus dem satzungsmäßigen Geschäftsbetrieb ergeben, werden anerkannt und ausgeglichen, soweit sie zur Deckung der Gemeinwohlpflichten erforderlich sind.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Erstellung eines durch einen Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschlusses nach Ablauf des Geschäftsjahres. Sollte eine Überkompensation vorliegen wird der Betrag zurückgefordert bzw. mit den Abschlagszahlungen für den nächstfolgenden Zeitraum verrechnet.

### ***Transparenzanforderungen***

Die einzelnen Ausgleichszahlungen betragen weniger als 15 Mio. Euro, sodass keine Veröffentlichungspflicht gem. Art. 7 (2012/21/EU) besteht. Allerdings werden sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, für zehn Jahre nach Beendigung der Betrauung aufbewahrt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 510.752,74 € als Verlustausgleichszahlung

2019: Der Jahresabschluss liegt noch nicht vor. (s. auch § 264 Abs. 1 S. 4 HGB )

### **w) Landkreis Celle**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

...Am 07.11.2017 wurde die Lüneburger Heide GmbH vom Landkreis Celle mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide für die Dauer von 10 Jahren betraut.

Nicht von der Betrauung erfasst sind sonstige wirtschaftlichen Tätigkeiten der Gesellschaft.

Mit Datum vom 27.04.2018 wurde die Betrauung durch Gesellschaftsvertrag umgesetzt.

Der Landkreis Celle ist Gesellschafter und am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt.

Der Landkreis ist Teil des Aufsichtsrates und übt sein Stimmrecht aus.

Die Ausgleichszahlungen dienen dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Die Nettokosten sind nach den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aus dem Wirtschaftsplan (unter Berücksichtigung der Trennungsrechnung) zu ermitteln.

Die Nettokosten ergeben sich aus der Differenz von Kosten und Einnahmen. Sie sind ggf. um den Betrag einer Überkompensation aus den Vorjahren zu mindern.

Um eine Überkompensation zu vermeiden, wird ein Jahresabschluss Soll-/Ist-Vergleich der tatsächlichen Nettokosten und der erhaltenen Abschlagszahlungen erstellt. Übersteigen die erhaltenen Abschlagszahlungen die Nettokosten (Überkompensation), hat die LHG den Betrag der Überkompensation zurückzuführen. Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren, kann die LHG

alternativ den Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung mindernd berücksichtigen.

### ***Formen der Betrauung***

Am 07.11.2017 wurde die Lüneburger Heide GmbH vom Landkreis Celle mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide für die Dauer von 10 Jahren betraut.

Nicht von der Betrauung erfasst sind sonstige wirtschaftlichen Tätigkeiten der Gesellschaft.

Mit Datum vom 27.04.2018 wurde die Betrauung durch Gesellschaftsvertrag umgesetzt.

Der Landkreis Celle ist Gesellschafter und am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt. Der Landkreis ist Teil des Aufsichtsrates und übt sein Stimmrecht aus.

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Mit Datum vom 27.04.2018 wurde die Betrauung durch Gesellschaftsvertrag umgesetzt.

Der Landkreis Celle ist Gesellschafter und am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt.

Der Landkreis ist Teil des Aufsichtsrates und übt sein Stimmrecht aus.

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichszahlungen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Ausgleichszahlungen dienen dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Die Nettokosten sind nach den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aus dem Wirtschaftsplan (unter Berücksichtigung der Trennungsrechnung) zu ermitteln.

Die Nettokosten ergeben sich aus der Differenz von Kosten und Einnahmen. Sie sind ggf. um den Betrag einer Überkompensation aus den Vorjahren zu mindern.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um eine Überkompensation zu vermeiden, wird ein Jahresabschluss Soll-/Ist-Vergleich der tatsächlichen Nettokosten und der erhalten Abschlagszahlungen erstellt. Übersteigen die erhaltenen Abschlagszahlungen die Nettokosten (Überkompensation), hat die LHG den Betrag der Überkompensation zurückzuführen. Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren, kann die LHG alternativ den Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung mindernd berücksichtigen.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichszahlungen dienen dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Die Nettokosten sind nach den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aus dem Wirtschaftsplan (unter Berücksichtigung der Trennungsrechnung) zu ermitteln.

Die Nettokosten ergeben sich aus der Differenz von Kosten und Einnahmen. Sie sind ggf. um den Betrag einer Überkompensation aus den Vorjahren zu mindern.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Für den Berichtszeitraum 2018 und 2019 wurden folgende Ausgleichszahlungen gezahlt:

Zahlungsgrund	2018	2019
Ausgleichszahlung für Gesellschaft	100.000 EUR	100.000 EUR
Ausgleichszahlung für Außenstelle LHG	159.595,36 EUR	165.000 EUR

		Jahresabschluss steht noch aus!
--	--	---------------------------------

#### **x) LK Grafschaft Bentheim**

Grafschafter TechnologieZentrum GmbH (GTZ GmbH)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

(1) Der Landkreis Grafschaft Bentheim betraut die GTZ GmbH nach Maßgabe des geltenden EU-Beihilferechts und auf Grundlage des Gesellschaftsvertrags vom 17.11.1998 mit der Erbringung nachfolgender Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) in seinem Kreisgebiet:

1. Schaffung und Unterstützung eines positiven Gründerklimas und die Profilierung der Gründerszene
  - a. Maßnahmen zur positiven Förderung des Gründerbildes, z. B. durch Informationsveranstaltungen oder Berichte über durchgeführte Existenzgründungen als Vorbildbeispiel, Darstellung von Erfahrungsberichten erfolgreicher Gründungen;
  - b. Maßnahmen und Projekte zur Förderung von Gründerfähigkeiten (z.B. Vermittlung von unternehmerischem Denken, Verständnis und Handeln) für Existenzgründer und Existenzgründerinnen sowie Klein- und Jungunternehmen;
  - c. Angebot von Informationsveranstaltungen zur Informations-, Wissens- und Know-How- Vermittlung an Gründungen und Innovateure, zur Aktivierung latenter Gründungspotenziale
2. Initiierung, Unterstützung und Förderung von Existenzgründung und die Förderung der Ansiedlung von technologieorientierten und wissensbasierten Unternehmensgründungen sowie jungen innovativen Unternehmen, beispielsweise durch:
  - a. Informationen zur Darstellung der regionalen Standortmöglichkeiten und Startbedingungen für Existenzgründer und Existenzgründerinnen im Landkreis Grafschaft Bentheim

- b. die Bereitstellung einer zentralen Anlaufstelle für die Zielgruppe mit einer Lotsefunktion für passgenaue Vermittlungen innerhalb der wirtschaftsfördernden Akteure im Landkreis Grafschaft Bentheim sowie mit einer Informationsfunktion für die Vorstellung regionaler Standortbedingungen und Standortvorteile;
  - c. Aufschlussgespräche, Informationsunterstützung und individuelle 4-Augen-Gespräche im Rahmen von Existenzgründungen sowie Unterstützungsleistungen zur Anmeldung von gewerblichen Schutzrechten, insb. Patenten.
3. Förderung eines Technologie- und Wissenstransfers und Netzwerktätigkeit, beispielsweise durch:
- a. die Förderung der Kooperation von Start-ups, Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Verbänden, Kammern und Institutionen, Kommunen und anderen kommunalen Einrichtungen zur Unterstützung von Netzwerkkontakten;
  - b. Mitwirkung an Vernetzungsaktivitäten in der Gründerregion des Landkreises Grafschaft Bentheim, z. B. in Arbeitskreisen oder in der Gründungsinitiative TOPstart des Landkreises Grafschaft Bentheim, Teilnahme an Messen und Workshops etc.;
  - c. die Konzeption, Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen und Workshops als Plattform für Gründer und Innovateure zur Kontaktanbahnung und zum Networking
  - d. Gestaltung von Werbemitteln (wie Flyer, Homepage/Social Media-Kanäle oder Publikationen), Imagekampagnen o.ä), die die Zielgruppe über verschiedene Themen zur Existenzgründung informieren
4. Vorhalten, diskriminierungsfreie Bereitstellung und Betriebsführung einer leistungsfähigen Infrastruktur der Grafschafter TechnologieZentrums GmbH
- a. mit zeitlich befristeter Vermietung von Räumen und gemeinschaftlicher Infrastruktur an innovative und technologieorientierte Existenzgründer und Existenzgründerinnen sowie Jungunternehmen
  - b. mit Coaching, Unterstützungs- und Begleitungsmaßnahmen im unternehmerischen und betriebswirtschaftlichen Kontext sowie Entlastung und Unterstützung im organisatorischen Bereich für diese Mietunternehmen

- c. Vorhaltung eines kompetenten Ansprechpartners für vielschichtige Fragen der Mietunternehmen
  - d. Förderung synergetischer Kooperationen zwischen den Mieterunternehmen im Zentrum.
5. unmittelbar mit den in Ziff. 1 bis 4 genannten Tätigkeiten verbundene Nebenleistungen.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt (Kreistagsbeschluss im Jahr 2018; der Kreistagsbeschluss wurde dem Unternehmen daraufhin bekannt gegeben)

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

---

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichszahlungen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

(1) Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 2 entsteht oder für sonstige Tätigkeiten Vorteile gewährt werden, führt die GTZ GmbH jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht durch jeweiligen Jahresabschluss der GTZ GmbH.

(2) Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation von mehr als 10% der jährlichen Ausgleichszahlung bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche, so wird der Landkreis Grafschaft Bentheim von der GTZ GmbH die Rückzahlung überhöhter oder nicht bestimmungsgemäß verwendeter Ausgleichszahlungen verlangen. Ergibt die Prüfung eine Überkompensation von maximal 10% des jährlichen Ausgleichs erfolgt eine Verrechnung mit der Ausgleichszahlung des Folgejahres.

## **Transparenzanforderungen**

---

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 56.250 Euro

2019: 56.250 Euro

### **y) Stadt Hannover**

Sonstige Wirtschaftszweige – Wirtschaftsförderung, Imageförderung und Tourismusförderung

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Bündelung, Koordinierung und Förderung kommunaler und regionaler Wirtschaftsförderungs-, Marketing-, Tourismusaktivitäten und aller sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und unternehmerischen Rahmenbedingungen in Stadt und Region Hannover im Wettbewerb mit anderen Kommunen und Regionen. Hierzu zählen insbesondere Gründungs- und Ansiedlungsberatung, Durchführung von Ansiedlungs- und Gründungswettbewerben, Betrieb von Gründungszentren, Aktivitäten im Rahmen der Internationalisierung sowie Unterstützung bei der Anbahnung internationaler Geschäftsbeziehungen und Eintritt in ausländische Märkte, allgemeine Tourismusförderung, Vermarktung und Imageförderung von Landeshauptstadt und Region Hannover.

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung der Unternehmen mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse („öffentliche Aufgaben“) erfolgt im Sinne des Art. 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („AEUV“) entsprechend der Maßgabe des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AEUV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. EU Nr. L 7 vom 11. Januar 2012, S. 3). Ein entsprechender Zuwendungsbescheid setzt die erforderlichen Vorgaben um



und ist daher zugleich Be-trauungsakt im Sinne des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 („Freistellungsbeschluss“).

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Unternehmen erhalten zur Deckung ihres Jahresfehlbetrags jährliche Zuwendungen im Wege der institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der jährlichen Ausgleichsleistungen für das jeweilige Wirtschaftsjahr erfolgt unter Berücksichtigung der Aufgaben der Unternehmen und ihres Jahreswirtschaftsplans. Ein Anspruch auf die Gewährung der jährlichen Zuschüsse entsteht den Unternehmen aus der Be-trauung nicht. Über die Gewährung von Ausgleichsleistungen ent-scheidet die Zuwendungsgeberin durch Bereitstellung der Mittel in ihrem Haushalt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im jeweiligen Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtaufwendungen für die geförderten öffentlichen Aufgaben oder erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die jährliche Zuwendung für das betreffende Jahr – u. a. zur Vermeidung einer Überkompensation gemäß Art. 4 lit. e), Art. 5 Abs. 1, Art. 6 des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 – um den vollen in Betracht kommenden Betrag. Es besteht ein Rückforderungsanspruch der Zuwendungsgeberin gemäß § 1 NVwVfG i.V.m. § 49a VwVfG. In diesem Zusammenhang sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet, der Zuwendungsgeberin im Halbjahresbericht oder der aktualisierten Planungsrechnung anzuzeigen, wenn sie nach Vorlage des jeweiligen Wirtschaftsplans weitere Zuwendungen beantragen oder erhalten bzw. für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,

insbesondere sich bei den Zuwendungsempfängern höhere Erträge bzw. geringere Aufwendungen einstellen oder die Aufnahme weiterer Tätigkeiten erfolgen soll.

Des Weiteren gilt ein mehrjähriger Ansatz. Die Zuwendungsgeberin führt alle drei Jahre und am Ende des Betrauungszeitraumes eine Kontrolle durch, ob eine Überkompensation vorliegt. Übersteigt eine Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich innerhalb des Dreijahreszeitraums nicht um mehr als 10 %, so kann die Überkompensation auf den folgenden Dreijahreszeitraum übertragen

und von dem in diesem Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden (Art. 6 Abs. 2 des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 i.V.m. Tz. 141 der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zur Anwendung der Vorschriften der Europäischen Union über staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und insbesondere auf Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse vom 29. April 2013).

### ***Transparenzanforderungen***

Es werden keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. € an ein Unternehmen gewährt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 4.690.445 €

2019: 4.699.758 €

### ***z) Winsen/Aller***

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Die Gemeinde Winsen (Aller) hat im Jahr 2008 die Wirtschaftsbetriebe Allertal GmbH gegründet. Die Gemeinde Winsen (Aller) ist Alleingesellschafterin der WBA. Der Gegenstand des Unternehmens wird in § 2 der Satzung der WBA in der Fassung vom 4.05.2011 und im Handelsregister wie folgt definiert:

-Betrieb und/oder Verpachtung des Hallen- und Freibades (Bereich Schwimmbad)

-Übernahme von Aufgaben im Tourismusbereich im Gemeindegebiet (Bereich Tourismus)

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt durch Ratsbeschluss am 06.12.2018 auf der Grundlage des DAWI-Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission

Gegenstand der Betrauung sind gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen der WBA zur Erbringung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse in der Gemeinde Winsen (Aller) in den Bereichen Schwimmbad und Tourismus.

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nicht von der Betrauung erfasst sind Tätigkeiten der WBA außerhalb der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Hierzu gehören insbesondere die entgeltliche Vermittlung von Unterkünften und Eintrittskarten für Veranstaltungen, der Verkauf von Souvenirartikeln und die Vermietung von Fahrzeugen.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die WBA erwirtschaftet in den Bereichen Schwimmbad und Tourismus Verluste. Die Verluste werden dadurch ausgeglichen, dass sie WBA sie mit Gewinnen aus anderen Unternehmensbereichen verrechnet (insbesondere aus ihrer Gesellschafterstellung bei der Energieversorgung Celler Land GmbH) und die Gemeinde Winsen (Aller) der WBA regelmäßig Eigenkapital zuführt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Gemeinde Winsen (Aller) kann die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen gemäß § 1 Abs. 3 dieses Betrauungsaktes verursachten Nettokosten und einen angemessenen Gewinnaufschlag ausgleichen. Die WBA hat auf Grund der Betrauung jedoch keinen Anspruch auf Gewährung von Ausgleichsleistungen.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Gemeinde Winsen (Aller) und WBA haben sicherzustellen, dass die gewährten Ausgleichsleistungen die Nettokosten nicht übersteigen. Um eine Überkompensation zu vermeiden, erstellt die WBA im Rahmen ihres Jahresabschlusses einen Soll-/Ist-

Vergleich der tatsächliche Nettokosten und der erhaltenden Abschlagszahlungen. Übersteigen die erhaltenen Abschlagszahlungen die Nettokosten (Überkompensation), hat die WBA den Betrag der Überkompensation an die Gemeinde Winsen (Aller) zurückzuführen. Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren, kann die WBA alternativ die Überkompensation im nächsten Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen mindernd berücksichtigen.

### ***Transparenzanforderungen***

Erstellung einer Trennungsrechnung und Aufbewahrung der Unterlagen von mindestens 10 Jahren

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 150.000 €

2019: 250.000 €

### ***aa) Sittensen***

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Volkshochschule

#### ***Formen der Betrauung***

Verschiedene Kurse zur Erwachsenenbildung

#### ***Betrauungsdauer***

verschieden

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

-

#### ***Beihilfeinstrumente***

-

#### ***Ausgleichsmechanismus***

-

## ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Prüfung Jahresabschlüsse

### ***Transparenzanforderungen***

Vorlage Jahresabschluss

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018

2019

€ 28.903,00	€ 28.556,00
-------------	-------------

#### **bb) Stadt Achim**

1) Mittelweser-Touristik GmbH, Lange Straße 18, 31582

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

- Förderung und Entwicklung des Tourismus im Bereich des Landkreises Nienburg/Weser und der Mittelweser-Region
- Durchführung wirkungsvoller Werbung für das Gebiet der Mittelweser in enger Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern
- Öffentlichkeitsarbeit für das Gebiet in Presse, Rundfunk und Fernsehen
- Zusammenarbeit mit den Tourismusverbänden und anderen im Bereich des Tourismus tätigen Organisationen und privaten Unternehmen bzw. Personen
- Beratung und Unterstützung der Gesellschafter bei allen Angelegenheiten des Tourismus
- Wirksame Koordination der Aktivitäten der Gesellschafter im Bereich des Tourismus
- Betrieb von Touristinformationen für die Gesellschafter

#### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt durch die Stadt Achim

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

### ***Beihilfeinstrumente***

#### **Nr. 4 Gewährung von Ausgleichsleistungen**

(1) Die kommunalen Gesellschafter können zum Ausgleich der der Mittelweser Touristik GmbH für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem

Interesse entstehende Aufwendungen Ausgleichsleistungen gewähren. Ausgleichsleistungen im Sinne dieser Betrauung sind alle unmittelbar oder mittelbar gewährte Vorteile jedweder Art. Dieses umfasst insbesondere

- Zuschüsse
- Gesellschafterbeiträge / Gesellschaftereinlagen / Kapitalerhöhungen
- Garantien / Bürgschaften / Patronatserklärungen
- Vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung
- Kostenübernahme
- Forderungs- und Abgabenverzicht
- sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil

(2) Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht darüber hinaus gehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der mit den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Aufgaben eingesetzten Eigenkapital abzudecken.

(3) Ein Anspruch auf die Gewährung von Ausgleichsleistungen hat die Mittelweser Touristik GmbH aus der Betrauung nicht. Über die Gewährung von Ausgleichsleis-

tungen entscheiden die kommunalen Gesellschafter. Bereits durch die kommunalen Gesellschafter gewährte Ausgleichsleistungen werden von dieser Betrauung umfasst.

### ***Ausgleichsmechanismus***

#### **Nr. 5 Berechnung von Ausgleichsleistungen**

(1) Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen erfolgt auf der Basis des jeweiligen Jahres-Wirtschaftsplans der kommunalen Gesellschafter.

(2) Führen unterjährige Ereignisse zu einem höheren oder weiteren Ausgleichsbedarf, so kann auch dieser ausgeglichen werden.

(3) Die Art und Höhe der Ausgleichsleistungen sowie der Zweck sind durch die kommunalen Gesellschafter zu dokumentieren.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

#### **Nr. 7 Vermeidung von Überkompensation**

(1) Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche, ist ein Vortrag in Höhe von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichsleistungen auf das Folgejahr möglich und die ordnungsgemäße Mittelverwendung innerhalb des Folgejahres wiederherzustellen.

(2) Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, werden die kommunalen Gesellschafter im Falle einer Überkompensation die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen; dies gilt insbesondere für den Fall, dass die der Mittelweser Touristik

GmbH aufgrund der Ausgleichsleistungen entstandenen Vorteile die der Mittelweser Touristik GmbH aufgrund der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstandenen Nachteile überwogen haben.

### ***Transparenzanforderungen***

./.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 104.750,00 €

2019: 115.050,00 €:

2) Achim-West Entwicklungsgesellschaft

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

§ 1 Betrautes Unternehmen, Gegenstand der Gemeinwohlverpflichtung

(1) Die Stadt Achim betraut die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Dies beinhaltet konkret die im Folgenden aufgeführten Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung in der Stadt Achim. Die Aufgabe der Wirtschaftsförderung sowie Standortentwicklung dient dem Zweck der Vermarktung, Entwicklung und Stärkung der Stadt Achim als Wirtschaftsregion.

Im Rahmen der Erfüllung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH verpflichtet, sämtliche Aufgabenbereiche diskriminierungsfrei gegenüber dem gesamten Nutzerkreis zu erfüllen. Von maßgeblicher Bedeutung sind hierbei nicht Einzelinteressen, sondern das öffentliche Interesse an der Wirtschaftsförderung sowie Standortentwicklung.

(2) Zu den Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung zählen insbesondere:



- a) Bestandsentwicklung und Haltung ortsansässiger Unternehmen in bereits bestehenden Gewerbegebieten, insbesondere durch Maßnahmen der verkehrlichen Entlastung und ortsnahe Anbindung an die BAB;
- b) Unterstützung bei der Gründung von Unternehmen;
- c) Beratung in allen Fragen der Unternehmens- und Standortentwicklung;
- d) Bereitstellung wirtschaftsnaher Infrastruktur, etwa geeigneter neuer Gewerbeflächen und neuer bedarfsorientierter Verkehrsinfrastruktur;
- e) Standortmarketing zur Akquisition ansiedlungsgeneigter Unternehmen.

### ***Formen der Betreuung***

Betrauungsakt durch die Stadt Achim

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

### ***Beihilfeinstrumente***

#### **§ 3 Berechnung und Änderung der Ausgleichsleistungen**

(1) Die Stadt Achim gewährt der Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH Ausgleichszahlungen, die als Ausgleich zur Erfüllung der gemäß § 1 übertragenen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erforderlich sind. Die von der Stadt Achim gewährten Ausgleichsleistungen gleichen die Kosten der Erbringung der in diesem Betrauungsakt aufgeführten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nur anteilig aus.

Die Höhe der Ausgleichsleistungen ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan der Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH des jeweiligen Jahres sowie vorbehaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses. Der Wirtschaftsplan muss die grundsätzliche Erforderlichkeit der Kosten sowie deren Höhe im Vorhinein festlegen.

(2) Führen unvorhersehbare Ereignisse bei der Erbringung der in diesem Betrauungsakt aufgeführten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu höheren, nicht gedeckten Kosten, können auch diese ausgeglichen werden. Die Höhe der Ausgleichsleistungen darf nach Art. 2 Abs. 1a des Freistellungsbeschlusses während des Betrauungszeitraums nicht mehr als € 15 Mio. pro Jahr betragen.

(3) Die Ausgleichsleistungen dürfen in ihrer Summe unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben verursachten Nettokosten (Differenz zwischen den in Verbindung mit der Erbringung der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse angefallenen Kosten und den mit der DAWI erzielten Einnahmen, Art. 5 Abs. 2 S. 1 des Freistellungsbeschlusses) abzudecken. Die Kapitalrendite, die ein durchschnittliches Unternehmen der Entscheidung zugrunde legt, ob es die betreffende Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die gesamte Dauer der Betrauung erbringt, gilt als „angemessener Gewinn“.

Sofern die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH weitere Tätigkeiten erbringt, bei denen es sich nicht um von diesem Betrauungsakt umfasste Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse handelt, so muss sie dies in ihrer Buchführung kenntlich machen. Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der unter § 1 genannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind von allen sonstigen Tätigkeiten getrennt auszuweisen. Die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH erstellt hierfür eine Trennungsrechnung. In dieser Trennungsrechnung sind die den einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zuzurechnenden Kosten und Einnahmen nach Abgrenzung von Rand- und Nebengeschäften, aperiodischen Posten, neutralen Aufwendungen, Saldierungen usw. jeweils gesondert auszuweisen. Darüber hinaus hat die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH anzugeben, nach welchen Parametern in diesem Falle die Zuordnung der Kosten und Einnahmen erfolgt.

Die Trennungsrechnung hat den Anforderungen des Art. 5 Abs. 9 des Freistellungsbeschlusses sowie den Grundsätzen der EU-Transparenzrichtlinie zu genügen.

...

### **Ausgleichsmechanismus**

Vgl. Punkt „Beihilfeinstrumente

.

...

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

#### **§ 4 Kontrolle von Überkompensation**

(1) Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses für die Gewährung von Ausgleichsleistungen während des gesamten Zeitraums der Betrauung von der Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH erfüllt werden und insbesondere durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und keine Quersubventionierung anderer Tätigkeiten entstehen, weist die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH der Stadt Achim jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres auf der Grundlage seines Geschäftsabschlusses die Verwendung der Ausgleichszahlungen nach. Die Stadt Achim ist darüber hinaus berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen, die die Ausgleichszahlungen betreffen, nach angemessener Vorankündigung einzusehen und prüfen zu lassen.

(2) Hat die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH einen höheren Ausgleich erhalten, als ihr nach diesem Betrauungsakt zusteht, so fordert die Stadt Achim die Gesellschaft unverzüglich zur Rückzahlung der Überkompensation auf. Von einer Rückforderung kann abgesehen werden, wenn die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich um nicht mehr als 10 % übersteigt. In diesem Fall wird die Überkompensation auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem zu diesem Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen.

### **Transparenzanforderungen**

./.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 500.000,00 €

2019: 0,00 €

### **cc) Stadt Oldenburg**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

a) Veranstaltungszentrum (infrastrukturelle Bereitstellung und Betrieb von Veranstaltungsräumen und -hallen, Durchführung von Messen, Ausstellungen, Kongresse, Tagungen und Veranstaltungen mit gesellschaftlichen bzw. kulturpolitischen Aufgaben, insbesondere mit den Themen Bildung, Kultur, Unterhaltung und Sport, die Erfüllung von regionalen und oberzentralen Bürgerbedürfnissen, die Förderung der Urbanität und der Qualität weicher Standortfaktoren sowie die Verbesserung von Image und Bekanntheitsgrad der Stadt Oldenburg)

b) Schwimmbad (allgemeine öffentliche Gesundheitsvorsorge, Förderung des Schwimmsportes im Hinblick auf Breiten- und Leistungssport, Förderung und Sicherstellung des Schulsportes)

c) Technologie- und Gründungsförderung (die Ausführung von Dienstleistungen jedwelcher Art im Bereich der Existenzgründungsförderung, insbesondere an die Mieter und Nutzer des TGO Technologie- und Gründerzentrums Oldenburg GmbH & Co.KG)

#### ***Formen der Betrauung***

Alle Betrauungen erfolgten auf der Grundlage eines Rats- bzw. Verwaltungsausschussbeschlusses und Umsetzung durch Verwaltungsakt oder gesellschaftsrechtliche Weisung.

#### ***Betrauungsdauer***

- a) 35 Jahre (verlängerter Zeitraum, aufgrund erheblicher Investitionen)
- b) 10 Jahre
- c) 3 Jahre

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse, Gesellschafterbeiträge/Gesellschaftereinlagen/Kapitalerhöhungen, Garantien/Bürgschaften/Patronatserklärungen, vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung, Kostenübernahme, Forderungs- und Abgabenverzicht, Überlassung von Immobilien, sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil; dabei wird in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt

### ***Ausgleichsmechanismus***

i.d.R. Verlustausgleich auf Basis des Wirtschaftsplans

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über einen Verwendungsnachweis im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses sowie einer Trennungsrechnung und einen Beihilfenbericht.

### ***Transparenzanforderungen***

Fehlanzeige; alle Ausgleichsleistungen liegen unter 15 Mio. EUR

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

- a) 2018: 4.300.222,58 EUR 2019: 4.005.681,87<sup>2</sup> EUR
- b) 2018: 2.457.432,67 EUR 2019: 2.590.321,00<sup>3</sup> EUR
- c) 2018: 176.042,97 EUR 2019: 185.153,59<sup>4</sup> EUR

### ***dd) Westliches Weserbergland***

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte / Formen der Betrauung***

Der Zweckverband Touristikzentrum Westliches Weserbergland (nachfolgend: TWW) ist ein Zusammenschluss mehrerer Gebietskörperschaften. Insgesamt sind folgende Körperschaften des öffentlichen Rechts zu jeweils unterschiedlichen Anteilen als Verbandsmitglieder am Vermögen des TWWs beteiligt:

---

<sup>2</sup> Vorläufiges Jahresergebnis

<sup>3</sup> Vorläufiges Jahresergebnis

<sup>4</sup> Vorläufiges Jahresergebnis

- Gemeinde Auetal (7%),
- Flecken Aerzen (8%),
- Gemeinde Emmerthal (8%),
- Stadt Hessisch Oldendorf (21%)
- Stad Porta Westfalica (20%)
- Stadt Rinteln Anteil (36%).

Der TWW wird gemäß § 1 und § 15 ff. der Zweckverbandssatzung (Fassung vom 27.11.18) als organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich gesonder-tes Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit nach dem Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) geführt.

Gegenstand des TWW ist gemäß § 3 Abs. 1 der Zweckverbandssatzung (Fassung vom 27.11.18) insbesondere: „Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der Regionalplanung die „Tourismusregion Westliches Weserbergland“ unter der touristischen Dachmarke Weserbergland zu entwickeln. Dazu sollen die unterschiedlichen Möglichkeiten des Gesamtraumes erschlossen, gebündelt, aufeinander abgestimmt und so entwickelt werden, dass die Erholungssuchenden schlüssige Gesamtkonzepte vorfinden.“

Das Ergebnis des TWW aus der operativen (Kern-)Tätigkeit ist regelmäßig negativ. Im Jahr 2017 verzeichnete der TWW einen in der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 ausgewiesenen Verlust aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 130.714,81 EUR. Der Jahresfehlbetrag (vor Verlustausgleich) wird im Jahresabschluss zum 31.12.2017 in voller Höhe ausgewiesen. Im Jahr 2017 wurde seitens der Verbandsmitglieder durch Einzahlung in die (Kapital-)Rücklage anteilig ein Verlustausgleich in Höhe von 130.000 EUR vorgenommen.

Zum 01.01.2018 haben die Verbandsmitglieder den TWW jeweils mit der Erbringung von DAWI-Tätigkeiten durch den Beschluss nach Maßgabe eines Betrauungsaktes (siehe Anlage) betraut – Beschlussfassungen Rat der Gemeinde Auetal (14.12.2017); Rat der Gemeinde Flecken Aerzen (21.12.2017); Rat der Gemeinde Emmerthal (14.12.2017); Rat der Stadt Hessisch Oldendorf (30.11.2017); Rat der Stadt Porta Westfalica (27.11.2017), Rat der Stadt Rinteln (30.11.2017).

Die Ausgleichszahlungen dienen demnach ausschließlich dazu, den TWW in die Lage zu versetzen, die mit dem Betrauungsakt benannten Tätigkeiten zu übernehmen und dürfen ausschließlich und vollständig für die beschriebenen Tätigkeiten im Rahmen des Tourismus in der Region Westliches Weserbergland und den Verflechtungsräumen verwendet werden.

Ein Leistungsaustausch findet im Rahmen der Betrauung nicht statt. Zum 01.01.2018 wurde zudem eine 100 %-ige Tochtergesellschaft des Zweckverbandes Touristikzentrum Westliches Weserbergland in der Rechtsform einer GmbH gegründet.

### ***Betrauungsdauer***

01.01.2018 für 10 Jahre (bis zum 31.12.2027).

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

### ***Beihilfeinstrumente***

### ***Ausgleichsmechanismus***

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

### ***Transparenzanforderungen***

☐ Siehe Betrauungsakt / Anlage

Höhe der gewährten Beihilfen / Einzahlung in die (Kapital-)Rücklage

	2018 (in EUR)	2019 (in EUR)
Stadt Rinteln	45.000	50.400
Stadt Hessisch Oldendorf	26.000	29.400
Stadt Porta Westfalica	25.854	28.000
Gemeinde Emmerthal	10.342	11.200
Flecken Aerzen	10.000	11.200
Gemeinde Auetal	9.000	9.800
Gesamt	126.196	140.000
Allgemeine Rücklage / Nicht rückzahlbare Zuschüsse	8.150	
Jahresfehlbetrag	134.346	104.000*

### **ee) Stadt Goslar**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

1. Harzer Tourismusverband e.V. (HTV): Kommunale Wirtschaftsförderung und Standortmarketing; Durchführung von struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben; Sicherung von Arbeitsplätzen, Förderung der Attraktivität der einzelnen Gebietskörperschaften als Wohn- und Wirtschaftsstandorte und Steigerung der Finanzkraft zum Wohle der Allgemeinheit.
2. Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co KG (WiReGo): Förderung und Beratung von Existenzgründern sowie vorhandenen Gewerbe- und Industriebetrieben, die Unterstützung von Gewerbe- und Industrieansiedlung, das Regionalmarketing sowie die Technologie-, Innovations- und Kooperationsförderung.
3. Goslar Marketing GmbH (GMG): Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Rahmen der Tourismusförderung und des Kulturmarketings im Gebiet der Stadt Goslar (ohne Stadtteil Hahnenklee), Vorbereitung und Durchführung von Konzepten und Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität in Goslar unter Würdigung aller innerstädtischen Funktionen, insbesondere der wirtschaftlichen, kulturellen und freizeitgestalterischen; aufgrund der Bedeutung des Tourismus für Goslar erhält dieser Aufgabenbereich eine herausgehobene Bedeutung, wegen des Weltkulturerbestatus ist das Kulturmarketing zudem eine der Kernaufgaben der Gesellschaft
4. Hahnenklee Tourismus Marketing GmbH (HTM): Erhöhung des Bekanntheitsgrades und Herausstellung der Vorzüge des Stadtteils Hahnenklee als attraktives Reiseziel; Erstellung und Umsetzung einer Tourismusstrategie im Stadtteil Hahnenklee; gezieltes Marketing für alle Tourismusformen auf betrieblicher und örtlicher Ebene im Stadtteil Hahnenklee; Konzeptionierung und Umsetzung einer einheitlichen Image- und Stadtteilwerbung sowie des Stadtteilmarketings inklusive der Realisierung aller dafür notwendigen Kommunikationsmaßnahmen (einschließlich Produktentwicklungs- und Produktgestaltungsar-



beiten); Aufbau und Betrieb einer Tourist-Information; Verbesserung und Entwicklung der touristischen Angebote im Stadtteil Hahnenklee, insbesondere durch Beratungs- und Schulungsleistungen und in sonstiger Form; Mitarbeit in Institutionen und Vereinigungen des Fremdenverkehrs; politische Interessenvertretung für den Tourismus im Stadtteil Hahnenklee; Wahrnehmung aller Möglichkeiten zur gezielten Öffentlichkeitsarbeit für den Tourismus nach innen und außen, Aufklärung und Bewusstseinsbildung bei der einheimischen Bevölkerung über die Erfordernisse zeitgemäßer Tourismusentwicklungen, Wahrnehmung der Interessen des Tourismus gegenüber Behörden, Verbänden und Organisationen; die Unterstützung anderer Gesellschaften der Stadt Goslar bei Marketingaufgaben im Bereich Tourismus

### ***Formen der Betrauung***

1. Betraungsakt
2. Betrauungsakt
3. Betrauungsakt
4. Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

1. 10 Jahre
2. 10 Jahre
3. 10 Jahre
4. 10Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

1. nein
2. nein
3. nein
4. nein

### ***Beihilfeinstrumente***

1. Mitgliedsbeiträge und soweit nach den Statuten statthaft Umlagen, Kostenübernahmen, freiw. Investitionszuschüsse, sonstige Zuweisungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil
2. Verlorener Zuschuss i.S. d. § 23 LHO
3. Zuschüsse, Kapitalerhöhungen, Bürgschaften, Forderungsverzicht, vergünstigte Darlehensaufnahmen, sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil
4. Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse, Verlustausgleich, vergünstigte Darlehen, Bürgschaften, Forderungsverzichte, Kapitalerhöhungen, verbilligte Grundstücksüberlassungen

### ***Ausgleichsmechanismus***

1. Trennungsrechnung mit Verwendungsnachweis; Beihilfebericht
2. Trennungsrechnung mit Verwendungsnachweis; Nachweis durch Jahresabschluss
3. Trennungsrechnung mit Verwendungsnachweis; Beihilfebericht
4. Trennungsrechnung mit Verwendungsnachweis; Nachweis durch Jahresabschluss

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

1. Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation; übersteigt die Überkompensation den durchschnittlich jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10%, so kann die Überzahlung auf das nächste Geschäftsjahr übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu leistenden Ausgleich abgezogen werden.
2. Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation; übersteigt die Überkompensation den durchschnittlich jährlichen Ausgleich um nicht mehr als 10%, so kann die Überzahlung auf das nächste Geschäftsjahr übertragen werden und muss dann von dem für diesen Zeitraum zu leistenden Ausgleich abgezogen werden.
3. Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation; kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation ist ein Vortrag in Höhe von maximal 10% der erhaltenen Ausgleichsleistungen auf das Folgejahr möglich.

4. Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation; übersteigt die Überkompensation den durchschnittlich jährlichen Ausgleich um nicht mehr als 10%, darf der überhöhte Betrag auf den nächstfolgenden Ausgleichszeitraum übertragen werden und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich in Abzug gebracht werden.

### **Transparenzanforderungen**

1. Keine, da unter 15 Mio. EUR
2. Keine, da unter 15 Mio. EUR
3. Keine, da unter 15 Mio. EUR
4. Keine, da unter 15 Mio. EUR

<b>Gesellschaften</b>	<b>2018 in €</b>	<b>2019 in €</b>
1/HTV	22.345,85	23.501,58
2/WiReGo 2012: 3.000,00 € Einlage/Stadt Goslar	55.070,88 (=gewährte Ausgleichsleistung durch Stadt Goslar) 10.000,00 (=Erstattung durch Gesellschaft an Stadt Go- slar)	51.798,01 (=gewährte Ausgleichsleistung durch Stadt Goslar) 10.000,00 (=Erstattung durch Gesellschaft an Stadt Go- slar)
3/GMG	548.000,00	591.000,00
4/HTM	170.000,00	170.000,00

### **ff) Stadt Uelzen**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Die Stadtwerke Uelzen GmbH ist mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen bei Planung, Einrichtung, Linienführung, Aufbau und Betrieb öffentlicher Personenbeförderungsleistungen im Gebiet der Hansestadt Uelzen betraut.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte durch Verwaltungsakt und Direktvergabe an die Stadtwerke Uelzen GmbH.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre (2010-2020)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Die Hansestadt Uelzen hat der Stadtwerke Uelzen GmbH gem. § 8 a Abs. 8 BPefG ein ausschließliches Recht i. S. v. Art. 2 lit.f) VO (EG) Nr. 1370/2007

zu Planung, Aufbau, Einrichtung, Linienführung und Betrieb (zusammenfassend auch: „Bedienungsrecht“) der von dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag umfassten Personenbeförderungsleistungen erteilt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Hansestadt Uelzen gewährt jedes Jahr einen Verlustausgleich. Die Höhe wird vor Beginn des Jahres festgelegt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Der Ausgleich erfolgt nach Feststellung der tatsächlich erzielten Aufwendungen und Erträge.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Stadtwerke Uelzen GmbH legt jährlich einen Jahresbericht vor. Der Verlustausgleich wird mit der regelmäßigen Gewinnabführung verrechnet. Für den Verlustausgleich wird eine Höchstgrenze im Vorfeld festgesetzt.

### ***Transparenzanforderungen***

Der Jahresbericht wird auf der Seite der Hansestadt Uelzen ([www.Hansestadt-uelzen.de](http://www.Hansestadt-uelzen.de)) veröffentlicht.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018 209.599,06 EUR (zulässiger Verlustausgleich = 250.000 EUR)

2019 es liegen noch keine Zahlen vor. Prognostizierter Verlustausgleich = 302.019,80 EUR (max. zulässiger Verlustausgleich 250.000 EUR).

## **gg) Rethem, Schwarmstedt und Ahlden**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Förderung des Fremdenverkehrs im Verbandsgebiet, der Tourismusregion Aller-Leine-Tal. Der Zweckverband Aller-Leine-Tal im Landkreis Heidekreis ist ein Zweckverband im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) mit Sitz in Schwarmstedt. Die Verbandsmitglieder sind die Samtgemeinden Ahlden (Aller), Rethem (Aller) und Schwarmstedt.

Die nachfolgenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind Mitglieder des Zweckverbands Aller-Leine-Tal:

- Samtgemeinde Ahlden
- Samtgemeinde Rethem (Aller)
- Samtgemeinde Schwarmstedt

Es handelt sich hierbei um kommunale Gebietskörperschaften.

- Destinationsmarketing
- Förderung des Fremdenverkehrs im Verbandsgebiet,
- Mitgliedschaft in touristischen Vereinigungen und Organisationen,
- das Handlungsprogramm zu ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Verbandsgebietes nach Maßgabe der Ziele und Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung zu entwickeln,
- Entwicklungsprozesse zu organisieren,
- Entwicklungsmaßnahmen vorzubereiten,
- Projektgruppen, Vereine, Gesellschaften und sonstige Zusammenschlüsse von Einwohnerinnen und Einwohnern aus dem Verbandsgebiet zu beraten, planerisch zu unterstützen und deren Aktivitäten, sofern dies der Aufgabe des zweckverbandsförderlich ist, zu koordinieren, dies auch dann, wenn sich das Ziel der Projektgruppentätigkeit nicht in allen im Verbandsgebiet gelegenen Gemeinden verwirklichen soll.
- Förderung und Fortführung des Aller-Leine-Tal-Projekts

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt durch die Samtgemeinderäte der Verbandsmitglieder auf Basis der bestehenden Verbandsordnung

### ***Betrauungsdauer***

Der Betrauungsakt hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichsleistungen durch Verbandsumlage

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Festlegung der Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen gemäß Art. 5 des BESCHLUSSES DER KOMMISSION vom 20.12.2011 (2012/21/EU) erfolgt auf der Basis des jeweiligen Jahres-Haushaltsplans des Zweckverbands im Rahmen der Haushaltsplanung der in § 1 Abs. 1 genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Der Zweckverband hat im Rahmen der Aufstellung des Jahres-Haushaltsplans gemäß Art. 5 Abs. 9 des BESCHLUSSES DER KOMMISSION vom 20.12.2011 (2012/21/EU) die Kosten und Einnahmen der Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 und § 2 Abs. 3 gesondert darzustellen (Trennungsrechnung). Die Trennungsrechnung ist unter Beachtung der Anforderungen gemäß § 3 TranspRLG zu erstellen. Die der Trennungsrechnung zugrunde liegenden Kostenrechnungsgrundsätze müssen bereits bei Aufstellung des Jahres-Haushaltsplans eindeutig bestimmbar sein.

Führen unterjährige Ereignisse zu einem höheren oder weiteren Ausgleichsbedarf, so kann auch dieser unter Beachtung der Vorgaben der in § 1 Abs. 1 genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts ausgeglichen werden.

Übertragen die in § 1 Abs. 1 genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts dem Zweckverband weitere gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen oder führen unterjährige Ereignisse zur Erhöhung der ausgleichsfähigen Kosten, können der Haushaltsplan und die Trennungsrechnung entsprechend angepasst werden. Die Ereignisse und ihre Auswirkungen sind im Einzelnen nachweisen und zu dokumen-

tieren. Die insoweit erhöhten Kosten sind ausgleichsfähig, soweit sie nach den Vorgaben dieses Betrauungsaktes ermittelt wurden.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um gemäß Art. 6 des BESCHLUSSES DER KOMMISSION vom 20.12.2011 (2012/21/EU) sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, ist der Zweckverband verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen gemäß § 3 TranspRLG zu führen.

Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichsleistungen erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfeberichts. In dem Beihilfebericht ist zu bestätigen, dass die Ausgleichsleistungen für die von dieser Betrauung erfassten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von dieser Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte. Auf Verlangen der in § 1 Abs. 1 genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts hat der Zweckverband die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichsleistungen durch weitere geeignete Unterlagen nachzuweisen.

Im Beihilfebericht sind die Kosten und Einnahmen der Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 und § 2 Abs. 3 gesondert darzustellen und mit den Planansätzen des Jahres-Haushaltsplans gegenüberzustellen (Trennungsrechnung). Die rechnungsmäßige Trennung hat die Anforderungen gemäß § 3 TranspRLG zu erfüllen. Die der Trennungsrechnung zugrunde liegenden Kostenrechnungsgrundsätze müssen denen bei der Aufstellung des Jahres-Haushaltsplans entsprechen.

Übersteigen die erhaltenen Ausgleichsleistungen den zulässigen Betrag, hat der Zweckverband den Betrag der Überkompensation zurückzuführen.

Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren kann der Zweckverband den Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Haushaltsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung vortragen bzw. mindernd berücksichtigen.

Ist der Betrag der Überkompensation größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren und ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, werden die in § 1 Abs. 1 genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts jeweils anteilig die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen; dies gilt insbesondere für den Fall, dass die dem Zweckverband aufgrund der Ausgleichsleistungen entstandenen Vorteile die dem Zweckverband aufgrund der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstandenen Nachteile überwogen haben.

### ***Transparenzanforderungen***

./.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

164.700 € jährlich (54.900 € pro Samtgemeinde)

## **hh) Landkreis Cloppenburg**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Den betrauten Unternehmen obliegen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen der **Tourismusförderung** und des **Tourismusmarketings** und umfassen alle Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse und / oder den damit in Verbindung stehenden Tätigkeiten, insbesondere:

- a. Tourismus im und für den Wirtschaftsraum des Verbandsgebietes im Inland und Ausland in den Themen Kultur, Gesundheit und Tradition,
- b. die Konzeption, Durchführung und Koordinierung von Maßnahmen zur Sicherung der Qualität im Tourismus, inklusive der Mitarbeit und Implementierung von Qualitätszertifizierungen durch die verschiedenen touristischen Fachverbände,
- c. die Schaffung und Umsetzung einer einheitlichen Marketingstrategie entsprechend den zuvor entwickelten Profithemen inkl. der Realisierung aller dafür notwendigen Kommunikationsmaßnahmen,
- d. die Schaffung und Pflege von Netzwerken auf lokaler, regionaler, überregionaler und nationaler Ebene,
- e. die Konzeption, Realisierung und Kommunikation der Marke („Hasetaler“ in der Tourismusregion Hasetal); allgemein der Markenphilosophie, auch durch Maßnahmen in den Handlungsfeldern Aktiv- und Naturtourismus, Gesundheitstourismus, Kulinarik,
- f. die Implementierung übergreifender Themen auf regionaler Ebene durch Koordination, Information und Umsetzungsbegleitung (u.a. Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Tourismus für alle, Demografischer Wandel etc.)
- g. die Einbindung der privaten Tourismuswirtschaft in der Tourismusregion Hasetal



- in gemeinschaftlich getragenen Aktivitäten und Initiativen, z.B. einer einheitlichen Werbung,
- h. die Sicherung und Stärkung der Naturlandschaft der Tourismusregion Hasetal, des lokalen und regionalen Kulturgutes und der lokalen und regionalen Identität als Basis der touristischen Angebotsstruktur durch gezielte Informations- und Kommunikationsmaßnahmen,
  - i. die Unterstützung der verbandsweiten touristischen Entwicklung durch Ansprache, Beratung und Koordinierung potenzieller Leistungsträger und Investoren,
  - j. die Interessensvertretung für die Tourismus-Wirtschaft in der Tourismusregion Hasetal auf Verbandsebene und verbandsübergreifender Ebene, sowie die Mitarbeit bei länder- und verbandsgebietsübergreifender tourismusrelevanter Themenbereiche,
  - k. die Vertretung der Mitglieder des Zweckverbandes „Erholungsgebiet Hasetal“ in Interessensverbänden und Institutionen im Rahmen des Verbandszwecks,
  - l. die Sicherung eines unentgeltlichen Informationsservices zur Auskunft im und über den touristischen Wirtschaftsraum Tourismusregion Hasetal für die Allgemeinheit (Einheimische und Gäste),
  - m. die Marktbeobachtung und Marktforschung hinsichtlich tourismusperspektivischer Aspekte.

### ***Formen der Betrauung***

Öffentliche Aufträge (gleichlautende Betrauungsakte) der Stadt Löningen und der Gemeinden Essen, Lastrup und Lindern als kommunale Zweckverbandsmitglieder als Teil einer Gesamtbetrauung für den Zweckverband „Erholungsgebiet Hasetal“ und die Hasetal Touristik GmbH aufgrund entsprechender Ratsbeschlüsse

### ***Betrauungsdauer***

01.04.2016 bis 31.03.2026 (10 Jahre)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den betrauten Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse (Verbandsumlage) der Zweckverbandsmitglieder

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Zweckverbandsmitglieder gewähren den betrauten Unternehmen die zur Deckung ihres Finanzbedarfes erforderlichen Leistungen, soweit die sonstigen Einnahmen der betrauten Unternehmen nicht ausreichen, die ihnen übertragenen Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichen Interesses zu übernehmen.

Dazu ermitteln die betrauten Unternehmen im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes den für das Folgejahr voraussichtlich gegebenen Bedarf an Ausgleichsleistungen. Diese errechnen sich aus der Differenz zwischen den kalkulierten Aufwendungen für die DAWI und den Erträgen unter Berücksichtigung aller gewährten Mittel, die den Tatbestand der staatlichen Beihilfe erfüllen.

Die Ausgleichsleistungen dürfen ausschließlich und vollständig nur für die beschriebenen Aufgaben verwendet werden.

Soweit die betrauten Unternehmen sonstige Tätigkeiten ausüben, bei denen es sich nicht um vom Betrauungsakt erfasste DAWI handelt, müssen die betrauten Unternehmen jeweils die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden DAWI von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausweisen (Trennungsbuchrechnung).

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

#### **1. Beihilfebericht**

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation entsteht, sind die betrauten Unternehmen verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses in Form eines Beihilfeberichtes zu führen. Dieser besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. In dem Beihilfebericht ist zu bestätigen, dass die Ausgleichsleistungen für die von der Betrauung erfassten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden.

#### **2. Ausgleichsbilanz**

Weiter erstellen die betrauten Unternehmen für das zurückliegende Wirtschaftsjahr eine Abrechnung der empfangenen Ausgleichsleistungen als Ausgleichsbilanz wie folgt:

**Schritt 1:** Berechnung des maximalen Soll-Ausgleichs (Differenz im Planjahr zwischen den kalkulierten Aufwendungen für die DAWI und den tatsächlichen öffentlichen Beihilfen)

**Schritt 2:** Berechnung der Nettokosten

Auszugehen ist von den tatsächlichen Nettokosten. Diese bestehen in der Differenz zwischen den nach Schritt 1 anzusetzenden Kosten für die Erbringung von DAWI

und den daraus entstehenden Einnahmen. Anschließend ist ein angemessener Wagniszuschlag hinzurechnen (Art. 5 Abs. 7 Beschluss 2012/21/EU).

**Schritt 3:** Aufstellung aller empfangenen Ausgleichsleistungen

Sämtliche Ausgleichsleistungen sind zu berücksichtigen. Der Differenzbetrag ist als Ausgleichsleistung in Ansatz zu bringen.

**Schritt 4:** Abgleich / Übertrag

Die Summe der Ausgleichsleistungen darf weder den unter Schritt 1 ermittelten Soll-Ausgleich noch die unter Schritt 2 ermittelten Nettokosten (einschließlich eines angemessenen

Gewinns) übersteigen. Maßgeblich ist der jeweils niedrigere der beiden Beträge. Die maximal zulässige Höhe der Ausgleichsleistungen und die empfangenen Ausgleichsleistungen sind gegenüberzustellen.

3. Übertragung/ Rückzahlungsverpflichtung

Übersteigt die Überkompensation bzw. die Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, so können sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. Die ordnungsgemäße Mittelverwendung ist innerhalb des Folgejahres wieder herzustellen.

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird diese nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, werden die Behörden von den betrauten Unternehmen die anteilige Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen.

***Transparenzanforderungen***

Entfällt, da Ausgleichsleistungen geringer als 15 Mio € pro Jahr

***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 47.599,51 €

2019: 45.881,28 €

**ii) Gemeinde Wurster Nordseeküste**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Die Gemeinde Wurster Nordseeküste hat den Eigenbetrieb „Kurverwaltung Wurster Nordseeküste“ mit der Erbringung von DAWI-Tätigkeiten in Form der allgemeinen und besonderen Tourismusförderung und aller damit im Zusammenhang stehenden

Tätigkeiten, die der Tourismusförderung in der Gemeinde Wurster Nordseeküste dienen, betraut:

Allgemeine Tourismusförderung:

- a) allgemeines Tourismusmarketing (Regional und Überregional) \*
- b) die Organisation und Koordination von Maßnahmen der Gästebetreuung um weiteren Sinne
- c) die Schaffung von attraktiven touristischen Angeboten

Besondere Tourismusförderung

- a) Pflege der Internetpräsenz und des Social Media,
- b) der Betrieb der Tourismusinformationszentren,
- c) der Betrieb von Freizeit- und Schwimmbädern,
- d) die Unterhaltung und Betrieb von touristischen Einrichtungen (z.B. der Leuchtturm „Kleiner Preusse“ in Wremen sowie die Verpachtung von Campingplätzen),
- e) Betrieb des Nationalpark-Hauses in Dorum-Neufeld,
- f) Pflege und Unterhaltung der Strände der Gemeinde Wurster Nordseeküste

\* Für Teile des Marketings ist „Die Nordsee GmbH“ betraut worden:

Die Gemeinde Wurster Nordseeküste in Form ihres Eigenbetriebes hat „Die Nordsee GmbH“ mit dem Destinationsmarketing für die Nordseeküste und aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen betraut:

- a) Imagewerbung für die gesamte Destination
- b) Markenbildung und Markenführung
- c) (Interessen-)Vertretung der gesamten Destination/der Gesellschafter in Gremien und Arbeitskreisen
- d) Marktanalysen und Marktforschung
- e) Projektarbeit/Arbeit zum Tourismus im Weltnaturerbe „Wattenmeer“ sowie Mitarbeit in Arbeitskreisen und Gremien

f) Beantragung und Koordination von Förderprojekten mit Bundes-, Landes- und EU-Mitteln

g) Förderung Gesundheitstourismus/Thalasso

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt vom 15.10.2015 (Eigenbetrieb Kurverwaltung)

Betrauungsakt vom 13.12.2016 (Die Nordsee GmbH)

### ***Betrauungsdauer***

Kurverwaltung: 10 Jahre (bis zum 31.12.2025)

Die Nordsee GmbH: 10 Jahre (bis zum 13.12.2026)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

### ***Beihilfeinstrumente***

Kurverwaltung:

Einzahlung in die Kapitalrücklage zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages (Ausgleichzahlung)

Die Nordsee GmbH:

Zuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kurverwaltung:

Die Kurverwaltung stellt durch getrennten Ausweis in der Buchführung sicher, dass die durch die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) entstehenden Kosten von den Kosten für gegebenenfalls andere Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden.

Die Nordsee GmbH:

Berechnungsgrundlage ist die Beitragsordnung vom 01.01.2010.

Die Nordsee GmbH hat durch getrennten Ausweis in der Buchführung sicherzustellen, dass die durch die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

entstehenden Kosten von den Kosten für ggf. andere Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Kurverwaltung:

Die Kurverwaltung führt jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der Mittel auf Grundlage des Jahresabschlusses. Zuviel gezahlte Ausgleichszahlungen sind an die Gemeinde Wurster Nordseeküste zurückzuzahlen.

Die Nordsee GmbH:

Mittelverwendungsnachweis, geprüft durch Wirtschaftsprüfer

Bei Überzahlung erfolgt eine Rückzahlung des zu viel gezahlten Zuschusses.

### ***Transparenzanforderungen***

Kurverwaltung: keine

Die Nordsee GmbH: Transparenzrichtlinie 2006/111/EG

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Jahr 2018: 1.017.592,15 € inkl. 28.687,50 € Zuwendung an die Nordsee GmbH\*

Jahr 2019: 1.168.290,85 € inkl. 28.687,50 € Zuwendung an die Nordsee GmbH\*

\* Auf Grund ausstehender Jahresabschlüsse handelt es sich um vorläufige Zahlen

## **jj. Stadt Rinteln**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Der Zweckverband Touristikzentrum **Westliches Weserbergland** (nachfolgend: TWW) ist ein Zusammenschluss mehrerer Gebietskörperschaften. Insgesamt sind folgende Körperschaften des öffentlichen Rechts zu jeweils unterschiedlichen Anteilen als Verbandsmitglieder am Vermögen des TWWs beteiligt:

- Gemeinde Auetal (7%),
- Flecken Aerzen (8%),
- Gemeinde Emmerthal (8%),

- Stadt Hessisch Oldendorf (21%),
- Stad Porta Westfalica (20%),
- Stadt Rinteln Anteil (36%).

Der TWW wird gemäß § 1 und § 15 ff. der Zweckverbandssatzung (Fassung vom 27.11.18) als organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich gesonder-tes Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit nach dem Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) geführt.

Gegenstand des TWW ist gemäß § 3 Abs. 1 der Zweckverbandssatzung (Fassung vom 27.11.18) insbesondere: „Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der Regionalplanung die „Tourismusregion Westliches Weserbergland“ unter der touristischen Dachmarke Weserbergland zu entwickeln. Dazu sollen die unterschiedlichen Möglichkeiten des Gesamtraumes erschlossen, gebündelt, aufeinander abgestimmt und so entwickelt werden, dass die Erholungssuchenden schlüssige Gesamtkonzepte vorfinden.“

Das Ergebnis des TWW aus der operativen (Kern-)Tätigkeit ist regelmäßig negativ. Im Jahr 2017 verzeichnete der TWW einen in der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 ausgewiesenen Verlust aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 130.714,81 EUR. Der Jahresfehlbetrag (vor Verlustausgleich) wird im Jahresabschluss zum 31.12.2017 in voller Höhe ausgewiesen. Im Jahr 2017 wurde seitens der Verbandsmitglieder durch Einzahlung in die (Kapital-)Rücklage anteilig ein Verlustausgleich in Höhe von 130.000 EUR vorgenommen.

Zum 01.01.2018 haben die Verbandsmitglieder den TWW jeweils mit der Erbringung von DAWI-Tätigkeiten durch den Beschluss nach Maßgabe eines Betrauungsaktes (siehe Anlage) betraut – Beschlussfassungen Rat der Gemeinde Auetal (14.12.2017); Rat der Gemeinde Flecken Aerzen (21.12.2017); Rat der Gemeinde Emmerthal (14.12.2017); Rat der Stadt Hessisch Oldendorf (30.11.2017); Rat der Stadt Porta Westfalica (27.11.2017), Rat der Stadt Rinteln (30.11.2017).

Die Ausgleichszahlungen dienen demnach ausschließlich dazu, den TWW in die Lage zu versetzen, die mit dem Betrauungsakt benannten Tätigkeiten zu übernehmen und dürfen ausschließlich und vollständig für die beschriebenen Tätigkeiten im Rahmen des Tourimus in der Region Westliches Weserbergland und den Verflechtungsräumen verwendet werden.

Ein Leistungsaustausch findet im Rahmen der Betrauung nicht statt. Zum 01.01.2018 wurde zudem eine 100 %-ige Tochtergesellschaft des Zweckverbandes Touristikzentrum Westliches Weserbergland in der Rechtsform einer GmbH gegründet.

### ***Formen der Betrauung***

s.o.

### ***Betrauungsdauer***

01.01.2018 für 10 Jahre (bis zum 31.12.2027)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

-

### ***Beihilfeinstrumente***

-

### ***Ausgleichsmechanismus***

-

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

-

### ***Transparenzanforderungen***

Siehe Betrauungsakt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 45.000 Euro

2019: 50.400 Euro



## **kk. Stadt Wolfenbüttel**

Tourismus

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte***

Tourismus- und Wirtschaftsförderung und hiermit verbundene Nebenleistungen

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte insbesondere mittels Verwaltungsakt, Vertrag und kommunalen Beschluss

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre (ab 01.01.2016)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichsleistungen/ Jahresbeitrag in Abhängigkeit zur touristischen Bedeutung im Verbandsgebiet. Die Bedeutung ergibt sich aus dem Umlageschlüssel in den verschiedenen Parametern (Übernachtungszahl, Bettenkapazität und Einwohnerzahl)

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Mitglieder des HTV können zum Ausgleich der dem HTV für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstehende Aufwendungen Ausgleichsleistungen gewähren. Ausgleichsleistungen im Sinne dieser Betrauung sind alle unmittelbar oder mittelbar gewährte Vorteile jedweder Art, deren Höhe sich aus dem Haushaltsplan-, Wirtschafts- und Marketingplan des HTV ergibt und in den Haushaltsplänen der Verbandsmitglieder veranschlagt sind. Dieses umfasst insbesondere:

- Mitgliedsbeiträge und soweit nach den Statuten des HTV statthaft Umlagen
- Kostenübernahmen
- Freiwillige Investitionszuschüsse
- sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

1. Die Ausgleichszahlungen (Begünstigungen) gehen entsprechend Art. 5 des Freistillungsbeschlusses nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital abzudecken.
2. Übersteigt die Überkompensation bzw. die Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, so können sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. Die ordnungsgemäße Mittelverwendung ist innerhalb des Folgejahres wieder herzustellen (z. B. durch Abzug des für dieses Folgejahr von den Verbandsmitgliedern zu zahlenden Ausgleichs).
3. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, werden die Verbandsmitglieder im Falle einer Überkompensation von dem HTV die anteilige Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen; dies gilt insbesondere für den Fall, dass die dem HTV aufgrund der Ausgleichsleistungen entstandenen Vorteile die dem HTV aufgrund der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen entstandenen Nachteile überwogen haben.

### ***Transparenzanforderungen***

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen und Informationen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des „Beschlusses der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind“ (2012/21/EU) vereinbar sind, von dem HTV während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018 = 957,16€

2019 = 544,70€

## **II. Stadt Göttingen**

### **1. Öffentlicher Nahverkehr**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Stadt hat beschlossen, einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) über die Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsleistungen im Wege der Direktvergabe gemäß Art. 5 Abs. 2 VO 1370/07 an die Göttinger Verkehrsbetriebe GmbH (GöVB) zu vergeben. Die Stadt Göttingen betraut die GöVB im Wege einer Direktvergabe nach Art. 5 Abs. 2 VO 1370/07 mit der Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr auf dem Gebiet der Stadt Göttingen sowie der Gemeinden Rosdorf und Flecken Bovenden (abgehende Linien) auf der Grundlage der der GöVB als einheitlichem Linienbündel erteilten Liniengenehmigungen nach §§ 42, 43 PBefG und dem sich daraus ergebenden Liniennetz unter Beachtung der von der Stadt vorgegebenen Qualitätsstandards für das Leistungsangebot im ÖPNV.

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags

#### ***Betrauungsdauer***

Diese Betrauung erfolgt zunächst für einen Zeitraum von zehn Jahren.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Die Stadt Göttingen gewährt der GöVB zur Sicherung einer verkehrlichen, betrieblichen und wirtschaftlichen Integration der betrauten Verkehrsleistungen mit Wirkung zum 01.01.2015 das ausschließliche Recht, während der Laufzeit dieses öDA auf den durch die definierten Linien Personenbeförderung im Linienverkehr im Zuständigkeitsgebiet der Stadt Göttingen durchzuführen. Die Ausschließlichkeit beinhaltet das Verbot für andere Verkehrsunternehmen, Linienverkehre im ÖPNV als Genehmigungsinhaber oder Betriebsführer durchzuführen.

#### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse

## **Ausgleichsmechanismus**

Net-avoided-cost-Methode

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Die GöVB plant die Erträge im Rahmen ihrer Erfolgsplanung auf der Grundlage der Ist-Erträge früherer Geschäftsjahre und einer Prognose der Erträge für das folgende Geschäftsjahr. Weiterhin plant die Aufwendungen im Rahmen ihrer Erfolgsplanung durch Fortschreibung der Aufwendungen des vorhergehenden Geschäftsjahres. Die Prämissen der Fortschreibung für die wesentlichen Aufwandsarten sind zu erläutern und die Angemessenheit ist auf der Grundlage von geeigneten branchenüblichen Statistiken bzw. regionaler Preisindizes nachvollziehbar darzulegen. Ausgleichsleistungen der Stadt und sonstige von der öffentlichen Hand gewährte wirtschaftlichen Vorteile dürfen auf Basis der Ist-Rechnung zu keiner Überkompensation bei der GöVB führen. Eine Überkompensation liegt vor, wenn die Summe der Ausgleichsleistungen pro Jahr den Betrag überschreitet, der dem finanziellen Nettoeffekt einschließlich eines angemessenen Gewinnzuschlags entspricht. Die GöVB wird anhand der Trennungsbuchrechnung den Nachweis erbringen, dass die gewährten Ausgleichsleistungen zu keiner Überkompensation führen.

### **Transparenzanforderungen**

entfällt ...

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 8.732.207,91€

2019: Der Jahresabschluss 2019/die Angaben für 2019 liegen noch nicht vor.

## **2. Wirtschaftsförderung**

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Die Stadt hat als alleinige Gesellschafterin die GWG zur Wirtschaftsförderung im Interesse der Allgemeinheit gegründet. Gegenstand des Unternehmens der GWG ist laut § 2 der Satzung der GWG die Wirtschaftsförderung der Stadt Göttingen. Die GWG wird mit der Durchführung von struktur- und wirtschaftspolitischen sowie kultur-

und sozialpolitischen Aufgaben betraut. Die Förderung erfolgt im öffentlichen Interesse der Stadt Göttingen und der Einwohner an einer leistungsstarken Wirtschaftsstruktur und Stärkung der Finanzkraft, zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Förderung der Attraktivität der Stadt Göttingen als Lebensraum und zur Förderung des Sportes. Die Aufgaben der GWG stellen daher Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse dar.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauung erfolgt per Betrauungsakt und Zuwendungsbescheid.

### ***Betrauungsdauer***

Dies Betrauung erfolgt zunächst für einen Zeitraum von zehn Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt...

### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse
- Bürgschaften

### ***Ausgleichsmechanismus***

entfällt ...

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Net-avoided-cost-Methode

### ***Transparenzanforderungen***

Die GWG wird jährlich einen Wirtschaftsplan einreichen. Der Wirtschaftsplan weist die Kosten und Einnahmen, getrennt nach den jeweiligen Sparten aus. Auf dieser Grundlage werden die voraussichtlichen Kosten und Einnahmen der GWG für das folgende Wirtschaftsjahr bestimmt. Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt auf Antrag der GWG. Der Antrag wird mit Einreichung des Wirtschaftsplans gestellt. Auf der Grundlage des Wirtschaftsplans für das folgende Wirtschaftsjahr werden die Zuwendungen im Voraus gewährt. Die Gesellschaft erstellt spätestens neun Monate nach Ablauf eines Geschäftsjahres eine prüfbare Aufstellung und Abrechnung der im jeweils abgelaufenen Jahr angefallenen Kosten und Einnahmen für die Sparten.

## ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 3.111.000 Euro      2019: 30.204€ (für 2018, in 2019); Der Jahresabschluss 2019/die Angaben für 2019 liegen noch nicht vor.

## **mm. LK Osnabrück**

### **1. OLEG**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Gemeinwohlverpflichtung der **oleg Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH** bezieht sich auf die Entwicklung von Gewerbeflächen auf dem Gebiet des Landkreises Osnabrück sowie die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landkreises Osnabrück durch Förderung der Wirtschaft.

Zu diesem Zweck wird die oleg die in dem Gesellschaftsvertrag aufgeführten Tätigkeiten verfolgen. Die Aufgabenstruktur ist in zwei Geschäftsbereiche unterteilt. Der Geschäftsbereich „oleg-Projekte“ umfasst die Aufgaben Grundstücke zur Ansiedlung, Erhaltung oder Erweiterung von Unternehmen zu beschaffen und an diese zu veräußern sowie die Geschäfts- und Gewerberäume an Existenzgründer für einen beschränkten Zeitraum von bis zu fünf Jahren zu vermieten oder zu verpachten, einschließlich zugehöriger Nebenleistungen. Die oleg wird weiterhin ansiedlungswillige Unternehmen beraten und für die Entwicklung der Gewerbegebiete erforderliche Analysen etc. anstellen. In örtlicher Hinsicht beschränkt sich die Tätigkeit des Geschäftsbereichs „oleg-Projekte“ auf das Gebiet des Landkreises Osnabrück; Tätigkeiten des (nicht in einem Marktumfeld stehenden) Geschäftsbereichs „oleg-Flächenmanagement“ können im Einzelfall darüber hinausgreifen. In ihrem Geschäftsbereich „oleg-Flächenmanagement“ beschäftigt sich die Gesellschaft in erster Linie damit, Flächen zu erwerben, die für eine landwirtschaftliche Nutzung geeignet sind und die außerhalb von zukünftigen oder bereits ausgewiesenen Gewerbegebieten liegen. Solche Flächen sollen „auf Vorrat“ erworben werden, um sie Grundeigentümern (meist Landwirten) im Tausch gegen die Veräußerung von Flächen anbieten zu können, die in geplanten Gewerbegebieten liegen.

#### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt

#### ***Betrauungsdauer***

Die Dauer der Gemeinwohlverpflichtung und die Laufzeit dieser Betrauung betragen 15 Jahre, gerechnet vom 01.01.2015 an. Die Dauer der Betrauung wurde angesichts der getätigten Investitionen festgesetzt. Gewerbeflächenentwicklungsprojekte können von der Idee bis zu Sicherung der Flächen, der Beplanung der Flächen und der Vermarktung einen entsprechend langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Zusätzlich wird mit dem Flächenmanagement versucht, ausreichend Tauschflächen für potenzielle Projektregionen zukunftsorientiert zu erwerben. Daher können Investitionen in

Grundstücke relativ langfristig sein. Mit einer 15jährigen Betrauung erhalten die Investitionen und Flächenplanungen die erforderlichen Rahmenbedingungen in zeitlicher Hinsicht.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zur Erbringung ihrer gemeinwirtschaftlichen Leistungen wird der oleg von Seiten der Gesellschafter eine Förderung im Sinne einer Verlustabdeckung bzw. eines Zuschusses gewährt. Die Leistungen berechnen sich dabei entsprechend des Gesellschaftsvertrages aus dem Jahresfehlbetrag der Gesellschaft und werden von jedem Gesellschafter entsprechend seines Beteiligungsverhältnisses anteilig getragen. Voraussetzung für die Übernahme der Verluste ist eine Wirtschaftsführung der Gesellschaft auf Basis eines durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschaftsplanes sowie einer mittelfristigen Finanzplanung.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Der Landkreis Osnabrück und die der Gesellschaftergruppe der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden zugeordneten Gebietskörperschaften werden jährlich überprüfen (insbesondere anhand des Jahresabschlusses der oleg), ob die der oleg gewährte Förderung über das hinausgeht, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der ihr auferlegten Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken. Soweit dies der Fall ist, werden sie die überschießenden Fördermittel zurückfordern oder auf das folgende Geschäftsjahr anrechnen, wenn die Überzahlung nicht mehr als 10 % der geleisteten Ausgleichszahlung in dem jeweiligen Jahr beträgt.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Die Höhe der für das Geschäftsjahr 2018 gewährten Beihilfen aller Gesellschafter betrug 284.358,96 € .

Die Höhe der für das Geschäftsjahr 2019 gewährten Beihilfen aller Gesellschafter betrug 438.593,03 € (vorläufiges Ergebnis am 30.03.2019, Prüfung durch Wirtschaftsprüfer ist noch nicht abgeschlossen).

## **2.TOL (Tourismusverband Osnabrücker Land e.V.)**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Zweck des betrauten Unternehmens (**Tourismusverband Osnabrücker Land e.V.**) ist es, auf Basis des bestehenden Angebots und der touristischen Infrastruktur der Tourismusregion Osnabrücker Land in den Gebieten der kommunalen Verbandsmitglieder sowie angrenzenden und benachbarten Tourismusregionen im Zusammenwirken mit den Städten, Samt- und Einheitsgemeinden, ein touristisches Profil für die gesamte Tourismusregion Osnabrücker Land zu definieren und auszubauen. Durch die Vermarktung des touristischen Angebots und der touristischen Infrastruktur der Tourismusregion Osnabrücker Land soll die Attraktivität der Tourismusregion als Tourismusziel erhöht und die Tourismuswirtschaft in der Region insgesamt gestärkt werden. Die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Tourismusförderung und des Tourismusmarketings umfassen alle Dienstleistungen, die mit den oben genannten Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse in Beziehung stehen und / oder aus den damit in Verbindung stehenden Tätigkeiten abzuleiten sind oder diese fördern, insbesondere:

- a. Tourismusmarketing für den Wirtschaftsraum im Verbandsgebiet im Inland und Ausland,
- b. die Konzeption, Durchführung und Koordinierung von Maßnahmen zur Sicherung der Qualität im Tourismus, inklusive der Mitarbeit und Implementierung von Qualitätszertifizierungen durch die verschiedenen touristischen Fachverbände,
- c. die Schaffung und Umsetzung einer einheitlichen Marketingstrategie entsprechend zuvor entwickelter Profiltiteln inkl. der Realisierung aller dafür notwendigen Kommunikationsmaßnahmen,
- d. die Schaffung und Pflege von touristischen und tourismuspolitischen Netzwerken sowie die Interessensvertretung der Tourismus-Wirtschaft im Osnabrücker Land auf Kreis- und Landesebene sowie auf lokaler, regionaler, überregionaler und nationaler Ebene,
- e. die Konzeption, Realisierung und Kommunikation der Dachmarke und der Markenphilosophie, auch durch Maßnahmen in weiteren Handlungsfeldern,
- f. die Implementierung übergreifender Themen auf regionaler Ebene durch Koordination, Information und Umsetzungsbegleitung (u.a. Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, barrierefreier Tourismus etc.)
- g. die Einbindung der privaten Tourismuswirtschaft in der Tourismusregion Osnabrücker Land in gemeinschaftlich getragenen Aktivitäten und Initiativen, z.B. einer einheitlichen Werbung,
- h. die Sicherung und Stärkung der lokalen und regionalen Identität als Basis der touristischen Angebotsstruktur durch gezielte Informations- und Kommunikationsmaßnahmen sowie die Sicherung eines unentgeltlichen Informationsservice zur Auskunft über den touristischen Wirtschaftsraum Tourismusregion Osnabrücker Land für die Allgemeinheit,
- i. die Marktbeobachtung und Marktforschung hinsichtlich tourismusperspektivischer Aspekte.

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt



### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung des Tourismusverbandes Osnabrücker Land e.V. mit Aufgaben der Regional- und Tourismusförderung, des Tourismusmarketings und der sonstigen allgemeinen und besonderen Leistungen und Tätigkeiten erfolgt zunächst bis längstens 30.06.2019.

Die Betrauung verlängert sich automatisch um 30 Monate bis längstens 31.12.2021, wenn die Behörden – stellvertretend für alle Mitgliedskommunen der Landkreis Osnabrück in Abstimmung mit der Stadt Osnabrück – bis zum Ablauf des Erstübertragungszeitraumes geprüft haben, ob die Voraussetzungen für die Betrauung weiterhin gegeben sind. Die Höchstfrist von zehn Jahren wird nicht überschritten.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Behörden gewähren dem Tourismusverband Osnabrücker Land e.V. die zur Deckung seines Finanzbedarfs erforderlichen finanziellen Mittel („Ausgleichsleistungen“), soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, die ihm übertragenen Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu übernehmen. Die Berechnung der Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen erfolgt jährlich im Vorhinein anhand des jeweiligen nach Sparten gegliederten Jahres-Wirtschaftsplans. Bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen sind zusätzlich alle gewährten Mittel zu berücksichtigen, die den Tatbestand der staatlichen Beihilfe erfüllen.

### ***Ausgleichsmechanismus***

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Ausgleichszahlungen gehen nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital abzudecken. Übersteigt die Überkompensation bzw. die Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, so können sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. Die ordnungsgemäße Mittelverwendung ist innerhalb des Folgejahres wiederherzustellen.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Die Höhe der für das Geschäftsjahr 2018 gewährten Beihilfen aller Gesellschafter betrug 1.110.467,48 €. Davon entfielen 542.608,71 € auf den Landkreis Osnabrück.

Die Höhe der für das Geschäftsjahr 2019 gewährten Beihilfen aller Gesellschafter betrug 1.029.069,57 €. Davon entfielen 454.242,66 € auf den Landkreis Osnabrück.

### **3. Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal und Hasetal Touristik GmbH**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Durchführung von struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. Die betrauten Unternehmen (Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal und Hasetal Touristik GmbH) sind im Rahmen der allgemeinen Tourismus- und Wirtschaftsförderung und damit verbundenen Nebenleistungen tätig.

#### ***Formen der Betrauung***

- **Betrauungsakt Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal und Hasetal Touristik GmbH**  
Gemäß Beschlussfassung des Rates der Samtgemeinde Bersenbrück in der öffentlichen Ratssitzung am 16.03.2016

#### ***Betrauungsdauer***

- 01.04.2016 bis 31.03.2026 (Zweckverband Hasetal und Hasetal Touristik)

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

#### ***Beihilfeinstrumente***

...

#### ***Ausgleichsmechanismus***

- Siehe § 5 des Betrauungsaktes (Zweckverband Hasetal und Hasetal Touristik GmbH)

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Siehe § 10 des Betrauungsaktes (Zweckverband Hasetal und Hasetal Touristik GmbH)

#### ***Transparenzanforderungen***

...

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

- 2018: 28.144,62 €
- 2019: 31.841,28 €

### **4. Artland**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgt***

a) Wirtschaftsagentur Artland GmbH (ab 2019 TourismusMarketing Artland GmbH) und Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal

- Durchführung von struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. Die betrauten Unternehmen sind im Rahmen der allgemeinen Tourismus- und Wirtschaftsförderung und damit verbundene Nebenleistungen tätig.

b) Artland Bäderbetriebsgesellschaft GmbH

- Betriebsführung der Frei- und Hallenbäder im Bereich der Samtgemeinde Artland und ihrer Mitgliedsgemeinden sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, wie der Bewirtschaftung, Attraktivitätssteigerung der Frei- und Hallenbäder und der Gesundheitsförderung der Bevölkerung in der Samtgemeinde Artland

### ***Formen der Betrauung***

- Betrauungsakte

### ***Betrauungsdauer***

a. unbefristet

b. 10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichszahlungen (a und b)

### ***Ausgleichsmechanismus***

a. Die Höhe des Ausgleichs ist bei Nichtausschreibung der Dienstleistungen auf der Basis der Analyse der Kosten zu bestimmen, die ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen bei der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung hätte. Zum Ausgleich der im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen nach § 2 Abs. 1 entstehenden Kosten leistet die Samtgemeinde Artland der Wirtschaftsagentur Artland GmbH eine Ausgleichszahlung. Deren maximale Höhe ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres i. V. m. § 3 dieses Betrauungsakts. Auf dieser Grundlage entscheidet die Samtgemeinde Artland auf Antrag der Wirtschaftsagentur Artland GmbH über die Ausgleichshöhe nach § 3 aus diesem Betrauungsakt. Führen unvorhersehbare Ereignisse aufgrund der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach § 2 Abs. 1 zu höheren nicht gedeckten Kosten, können auch diese ausgeglichen werden. Die Ausgleichszahlung geht nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachen Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital abzudecken.

b. Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichszahlung in Form der Einzahlungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen entsteht, führt die ABG jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der Mittel. Dies geschieht auf Grundlage des Jahresabschlusses. Die Samtgemeinde Artland ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen prüfen zu lassen. Im Falle von zu viel geleisteten Ausgleichszahlungen in Form der Kapitaleinzahlungen ist der überschießende Betrag durch die ABG an die Samtgemeinde Artland zurück zu gewähren.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

a. Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichszahlung keine Überkompensierung für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 2 Abs. 1 entsteht, führt die Wirtschaftsagentur Artland GmbH jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht durch den Jahresabschluss. Die Darstellung ist im Wirtschaftsausschuss bzw. Rat in öffentlicher Sitzung vorzunehmen. Die Wirtschaftsagentur Artland GmbH ist insoweit insbesondere verpflichtet,

intern getrennte Konten zur Erfassung der Kosten und Erlöse einerseits für alle Geschäftsbereiche, die die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betreffen, und andererseits für jeden weiteren Geschäftsbereich zu führen. Alle Kosten und Erlöse sind den jeweiligen Bereichen nach objektiv gerechtfertigten und einheitlich angewandten Kostenrechnungsgrundsätzen zuzuordnen. Die zugrunde gelegten Kostenrechnungsgrundsätze müssen eindeutig bestimmt sein. Die Wirtschaftsagentur Artland GmbH dokumentiert die Zuordnung der Kosten und Erlöse zu den jeweiligen Bereichen und die dabei angewandten Kostenrechnungsgrundsätze, insbesondere über die Maßstäbe für die Schlüsselung solcher Kosten und Erlöse, die auf zwei oder mehr Bereiche entfallen. Die Samtgemeinde Artland ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen überprüfen zu lassen. Die Samtgemeinde Artland fordert die Wirtschaftsagentur Artland GmbH bei überhöhten Ausgleichszahlungen zur Rückzahlung des zu hohen (Anteils-) Betrages auf. Beträgt die Überkompensation maximal 10% der jährlichen Ausgleichssumme, darf dieser Betrag auf die nächstfolgende Ausgleichsperiode angerechnet werden.

### ***Transparenzanforderungen***

...

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Zu a) Wirtschaftsagentur Artland GmbH

2018: 271.000 €

2019: 314.840 €

- Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal

2018: 21.255 €

2019: 20.537 €

Zu b) Artland Bäderbetriebsgesellschaft GmbH

2018: 885.209 €

2019: 1.008.280 €

## **5. Wirtschaftsförderung Bad Laer**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen:***

Im Rahmen der Gemeinwohlaufgabe und der Daseinsvorsorge nach NKomVG betreibt die Gemeinde Wirtschaftsförderung. Hierzu zählt insbesondere auch die Förderung des Fremdenverkehrs und des Kurwesens. Die Gemeinde stellt zur Gesundheitsförderung, zur Prävention und zur Rehabilitation ein umfassendes und bezahlbares Erholungs- und Freizeitangebot zur Verfügung und bedient sich dazu der Bad Laer Touristik GmbH. Die Touristik GmbH betreibt die Einrichtungen Sole-Freibad, SoleVital und Kurpark mit Glockensee.

### ***Formen der Betrauung:***

Betrauungsakt.

### ***Betrauungsdauer:***

Die Betrauung erfolgt befristet für eine Dauer von zehn Jahren, d. h. für die Jahre 2014 bis 2023.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte:***

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente:***

Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus:***

Die Basis für den Ausgleichsmechanismus sind die Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne der Bad Laer Touristik GmbH sowie der Haushaltsplan der Gemeinde.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen:***

Vorlage des Jahresabschlusses als Nachweis der Mittelverwendung.

***Transparenzanforderungen:***

Beihilfe von mehr als 15 Mio. € liegen nicht vor.

***Höhe der gewährten Beihilfen:***

2018 = 1.333.899,38 €

2019 = 1.404.225,39 €

**6. Bramsche Bad**

***Gegenstand der Dienstleistungen:***

Die Stadt Bramsche betraut die Stadtwerke GmbH mit der Zurverfügungstellung, Vorhaltung und dem Betrieb von öffentlichen Schwimmbädern als Teil der Gesundheitsvorsorge.

***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt durch den Rat der Stadt Bramsche vom 31.05.2018

***Betrauungsdauer***

01.01.2018 bis 31.12.2027

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nein, es werden keine besonderen Rechte gewährt.

***Beihilfeinstrumente***

Es werden Ausgleichsleistungen von der Stadt Bramsche gewährt.

***Ausgleichsmechanismus***

Es ist jährlich ein Wirtschaftsplan für das folgende Geschäftsjahr aufzustellen. Mit Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres ist ein Nachweis über die Verwendung auf Basis des geprüften Jahresabschlusses einzureichen.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen nach § 4 keine Überkompensation für die Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen entsteht oder für

sonstige Tätigkeiten Vorteile gewährt werden, ist die Stadtwerke GmbH verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichszahlung auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen des Transparenzrichtlinie-Gesetzes und der EU-Transparenzrichtlinie und anderweitiger durch die Stadt auf eine Überkompensation der zur Verfügung gestellten Mittel hin zu überprüfende Nachweise entsprechend § 4 Abs. 1 bis 3, insbesondere durch die zu erstellende Trennungsrechnung nach Art. 5 Abs. 9 des Freistellungsbeschlusses, zu erbringen...

### ***Transparenzanforderungen***

Unter 15 Mio. €

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018 0,00 €

2019 0,00 €

### **nn. Stadt Wolfsburg**

Wirtschaftsförderung

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Im Bereich Wirtschaftsförderung zur Fortentwicklung des Wirtschaftsstandortes Wolfsburg:

- planungsorientierte Gewerbeflächen- und Immobilienvermittlung
- Networking
- Beratung

Im Bereich Stadtmarketing:

- Informationsbündelung und Verteilung
- Werbemaßnahmen
- Veranstaltungen

Zur Fortentwicklung des Tourismusstandortes Wolfsburg:

- standortbezogene Tourismusförderung



- standortbezogener Tourismusvertrieb
- Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Imageprodukten zugunsten des Tourismusstandortes

Wolfsburg

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Betriebs- und Investitionskostenzuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

Auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr und seiner Anlagen werden die Ausgleichszahlungen im Voraus gewährt. Dies erfolgt auf Antrag jeweils aufgrund von Zuwendungsbescheiden zur getrennten Bewilligung von Betriebs- und Investitionskostenzuschüssen. Die Auszahlung des Betriebskostenzuschusses erfolgt jeweils abschlagsweise auf Anforderung unter Vorlage eines Liquiditätsnachweises. Die Zahlung des Investitionskostenzuschusses erfolgt, nur sofern dieser für die Erbringung der DAWI-Leistungen erforderlich ist und im Finanzplan aufgeführt ist, auf Anforderung unter Vorlage der entsprechenden Rechnungen.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der DAWI verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einem – nach den geltenden EU-beihilfenrechtlichen Regeln kalkulierten – angemessenen Gewinn für das eingesetzte Kapital (Kapitalkosten) abzudecken (Nettokostenprinzip). Die Einhaltung dieser Voraussetzungen wird jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres durch den Lagebericht zum Jahresabschluss nachgewiesen. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung prüft und bestätigt der Abschlussprüfer gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses, dass die Aus-

gleichszahlungen für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von der Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte und dass die Ausgleichszahlungen die in dem Freistellungsbeschluss 2012/21/EU festgelegten Voraussetzungen erfüllt haben und EU-beihilfenrechtskonform verwendet worden sind. Hierbei hat der Wirtschaftsprüfer dem Prüfungsstandard 700 („PS 700“) des Institutes der Wirtschaftsprüfer e.V. (IDW), insbesondere hinsichtlich der Vorgaben für die Prüfung von Beihilfen zugunsten öffentlicher Unternehmen, zu entsprechen. Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überschreitung des – nach den geltenden EU-beihilfenrechtlichen Regeln kalkulierten – maximal zulässigen Ausgleichsbetrages und beträgt die Überkompensierung maximal 10 % der zulässigen Ausgleichssumme, wird dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorge tragen und ist dort von dem maximal zulässigen Ausgleichsbetrag abzuziehen. Bei einer Überschreitung von mehr als 10 % ist der Betrag der zusätzlichen Überkom-pensation unverzüglich zurückzuzahlen.

### **Transparenzanforderungen**

keine Beihilfe über 15 Millionen

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

**2018:** 4.211.947,97 EUR (Betriebskostenzuschuss abzügl. Überkompensation)

96.213,48 EUR (Investitionskostenzuschuss)

**2019:** 4.424.100,00 EUR (Betriebskostenzuschuss)

24.124,46 EUR (Investitionskostenzuschuss)

## **3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

## **4. Beschwerden Dritter**

...

## **5. Sonstige Fragen**

...

Der DAWI-Beschluss in Niedersachsen		Gesamtbetrag für Niedersachsen	
		2018	2019
Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	€ 97.704.676,03	€ 68.967.686,07
Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	€ 968.600,00	€ 986.000,00
	Kinderbetreuung	€ 515.989,36	€ 461.000,00
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau	€ 48.308,00	€ 950.000,00
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen		
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d	Flug- oder Schiffsverkehr		
Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e	Flug- und Seeverkehrshäfen		
Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr	Postdienstleistungen		
	Energie	€ 890.696,73	
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur	€ 3.107.284,56	€ 3.928.318,03
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige	€ 73.193.542,22	€ 58.400.359,27
		€ 176.429.096,90	€ 133.693.363,37

Hinweis: In den genannten Zahlen, vor allem bei den Krankenhäusern, sind auch Darlehen und Bürgschaften enthalten, die als Nominalbeträge eingeflossen sind. Einige Kommunen haben nach eigener Auskunft nicht vollständig gemeldet, weil die erforderlichen Zahlen noch nicht zur Verfügung standen.

Der DAWI-Rahmen in Niedersachsen	Gesamtbetrag für Niedersachsen	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige		

## Nordrhein-Westfalen

### 1. Übersicht über die Ausgaben

<b>Wirtschaftszweig</b>	<b>Summe der gewährten Beihilfen in 2018</b>	<b>Summe der gewährten Beihilfen in 2019</b>
<b>Krankenhäuser</b>	61.549.774 € und Bürgschaften i.H.v. 14.690.697,18 €	51 808.720,61 und Bürgschaften i.H.v. 15.637.872,95 €
<b>Gesundheitsdienste und Langzeitpflege</b>	2.808.299,00 €	1.503.300,00 €
<b>Kinderbetreuung</b>	1.229.068 €	2.807.930 €
<b>Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt</b>	34.169.760,06 €	11.192.336,22 €
<b>Sozialer Wohnungsbau</b>	2.000.000 €	60.000 €, Bürgschaften i.H.v. 64.376.865,4 €
<b>Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen</b>	20.104.444,55 €	32.030.699,16 €
<b>Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrs-aufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze</b>	120.000,00 €	20.000,00 €
<b>Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a), hier: Wasserversorgung</b>	22.581.000,- € (zu 100 % verbürgte Darlehen), ca. 112.000,- € (Verzicht auf Avalprovision)	24.849.000,- € (zu 100 % verbürgte Darlehen), ca. 124.000,- € (Verzicht auf Avalprovision)
<b>Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a), hier: Kultur</b>	30.355.687,83,- €	31.695.621,62,- €

<b>Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Tourismus und Stadtmarketing</b>	18.396.554,77,- €	19.346.843,34,- €
<b>Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Straßenreinigung</b>	1.417.155,04,- €	1.622.482,00,- €
<b>Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Verbraucherschutz</b>	14.943.119,88,- €	19.856.425,01,- €
<b>Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Wirtschaftsförderungen</b>	51.412.326,86,- €	66.732.450,84,- €
<b>Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Schwimmbäder</b>	25.147.361,14,- €	35.041.140,31,- €
<b>Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Parkraumbewirtschaftung</b>	654.435,- €	649.754,- €
<b>Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Öffentliche Gesundheitsförderung</b>	24.776.964,- €	23.187.246,- €
<b>Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Sport und Freizeit</b>	22.500.268,08,- €	36.058.536,06,- €

## **2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012**

### **1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Nach § 1 Abs. 2 KHGG NRW ist es eine öffentliche Aufgabe des Landes, eine patienten- und bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung durch Krankenhäuser sicherzustellen. Zu den Leistungen der Krankenhäuser gehören

- Medizinische Versorgungsleistungen (z.B. medizinische Versorgung der in der jeweiligen Klinik stationär oder teilstationär behandelten Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen; medizinische Untersuchungen und Behandlungen der in der jeweiligen Klinik ambulant versorgten Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen; stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgung der Patienten mit Leistungen in der Prävention, Akutmedizin, Rehabilitation und in der Pflege).
- Notfalldienste (z.B. Gewährung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft; Bereitstellung von Notärzten für den Rettungsdienst).
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen, sofern sie selbst als DAWI eingestuft wurden (z.B. Aus-, Fort- und Weiterbildung in Krankenhausberufen; Ausbildung von Fachärzten; Betrieb von Fachschulen zur Ausbildung in anerkannten Gesundheitsfachberufen; Betrieb von Laboren, Krankenhausapotheken und Blutbanken einschließlich der Versorgung der im Krankenhaus versorgten Patienten mit Medikamenten; Speiseversorgung für Patienten; Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige; physiotherapeutische Dienstleistungen, soweit für die Klinik erbracht; Gebäude- und OP-Reinigung sowie Bettenaufbereitung und Hygienesdienste).

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Ratsbeschluss oder Kreistagsbeschluss sowie durch Beschlussfassung der jeweiligen Gesellschaftergremien oder durch Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

#### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung ist in der Regel für die Dauer von 10 Jahren geschlossen, mit Ausnahme einer Betrauung über vier Jahre.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Bürgschaften und Patronatserklärungen, Verlustausgleich, Darlehen, Investitionszuschüsse, unentgeltliche Grundstücksleihe



## ***Ausgleichsmechanismus***

In der Regel wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

## ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Unternehmen sind typischerweise verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichszahlung auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen der Transparenzrichtlinie zu führen. Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichszahlungen erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfenberichts.

Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

## ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichsleistungen liegen unter den Werten der Transparenzanforderung aus Art. 7 des Freistellungsbeschlusses.

## ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 61.549.774 € und Bürgschaften i.H.v. 14.690.697,18 €

**2019:** 51 808.720,61 € und Bürgschaften bzw. Genussrechte i.H.v. 15.637.872,95 €

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Maßnahmen zur Förderung/Weiterentwicklung der sozialen Teilhabe älterer und pflegebedürftiger Menschen, Vorhaltung von Pflegeheimplätzen und Seniorenwohnungen sowie Betrieb der dafür notwendigen Einrichtungen.

***Formen der Betrauung***

Der Betrauungsakt erfolgt durch Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid) oder Ratsbeschluss mit entsprechender Umsetzung.

***Betrauungsdauer***

1,5 bis 10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

***Ausgleichsmechanismus***

Ein jährlicher Ausgleich findet aufgrund des Wirtschaftsplans statt. Die förderfähigen Ausgaben werden nach nationalem Zuwendungsrecht bestimmt und im Finanzierungsplan im Zuwendungsbescheid dargestellt. In der Regel wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Kontrollen finden im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung statt. Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Im Übrigen ist das Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 2.808.299,00 €

**2019:** 1.503.300,00 €

## b) Kinderbetreuung

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Es erfolgen Betrauungen im Bereich der Erziehung, Bildung, Förderung und Betreuung von Kindern (Errichtung einer Kindertagesstätte). Zudem fallen hierunter auch Bildungs-, Begegnungs- und Erholungseinrichtungen für Kinder- und Jugendliche (Jugendherbergen).

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Verwaltungsakt oder Ratsbeschluss mit entsprechender Umsetzung.

### ***Betrauungsdauer***

Maximal 25 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausfallbürgschaft

### ***Ausgleichsmechanismus***

Maßnahmen zur Vermeidung von Überkompensationen finden im Rahmen des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses statt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Prüfung erfolgt anhand eines jährlich vorzulegenden Verwendungsnachweises sowie anhand des von Wirtschaftsprüfern geprüften Jahresabschlusses. Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Im Übrigen ist das Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 1.229.068 €

**2019:** 2.807.930 €

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

- Schaffung von zeitlich befristeten Angeboten von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen von Arbeitsmarktprogrammen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, zur Berufsvorbereitung, beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie Fortbildungen zur Vermeidung oder Beseitigung von Arbeitslosigkeit
- Bereitstellung von Einrichtungen, Diensten und Angeboten in Arbeitsfeldern der Jugendsozialarbeit in Form von Beratung, berufsvorbereitenden Lehrgängen, Ausbildung und beruflicher Qualifizierung und Beschäftigung für benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen
- Verbesserung der Bedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen und Maßnahmen gegen die Auswirkungen des demographischen Wandels für mittelständische Unternehmen durch frauenfördernde Maßnahmen in KMU (Erschließung des externen und internen Arbeitskräftepotenzials von Frauen für KMU, insbesondere auch unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; v.a. Aufschließungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen)
- Beratung und Unterstützungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Maßnahmen zur dauerhaften Eingliederung von Menschen ins Erwerbsleben, zur Anpassung der Arbeitskräfte an den Wandel sowie Maßnahmen zum gleichen Zugang zum lebenslangen Lernen
- Projekt zur Unterstützung von Schulen (Gründung einer auf ein Schuljahr befristeten Schülerfirma), um Schülerinnen und Schülern die Perspektive Unternehmertum und Unternehmensgründung näherzubringen

**Formen der Betrauung**

Die Betrauung erfolgt durch Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und den Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung.

**Betrauungsdauer**

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 1-4 Jahre.

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

**Beihilfeinstrumente**

Es werden Zuschüsse gewährt.

**Ausgleichsmechanismus**

Teilweise werden die Ausgleichszahlungen auf Grundlage der in der EFRE Rahmenrichtlinie genannten Ausgleichsparameter (Nr. 5.1 bis 5.10 der EFRE Rahmenrichtlinie nebst Anlage 1 zu Nr. 5.4 und Anlage 2 zu Nr. 5.5) bestimmt.

Teilweise werden die förderfähigen Ausgaben nach nationalem Zuwendungsrecht bestimmt. In der Regel wird dabei die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die meisten Maßnahmen werden in der EFRE Rahmenrichtlinie geregelt. Die ANBest-EFRE sind Bestandteil des Bescheides. Derartige Maßnahmen erfolgen demnach in Form von Mitteilungspflichten, der Prüfung von Mittelabrufen im Wege des Ausgabenerstattungsprinzips, der Verwendungsnachweisprüfung, weitere Prüfrechte, Festlegung der Betrauungsdauer etc.

Ebenfalls erfolgt eine getrennte Buchführung für DAWI und Nicht-DAWI. Ein Verwendungsnachweis erfolgt durch einen geprüften und bestätigten Jahresabschluss. Übersteigen die Ausgleichszahlungen die durch die Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben verursachten Nettokosten, ist das Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichsleistungen liegen unterhalb von 15 Mio. €, so dass keine Angaben erforderlich sind.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 34.169.760,06 €

**2019:** 11.192.336,22 €

#### d) Sozialer Wohnungsbau

##### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bei der sozialen Wohnraumförderung handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind. Hierzu zählen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere und behinderte Menschen, ausländische Flüchtlinge sowie sonstige hilfebedürftige Personen. Die Zielgruppen sind weit überwiegend über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss.

##### ***Formen der Betrauung***

Der Betrauungsakt erfolgt durch Verwaltungsakt und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung bzw. erfolgt auf gesetzlicher Grundlage.

##### ***Betrauungsdauer***

Aufgrund der hohen Investitionssummen und der langen Refinanzierungsdauer liegt die Betrauungsdauer in der Regel bei 25 Jahren, teilweise aber auch bei 10 Jahren.

##### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

##### ***Beihilfeinstrumente***

Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung, zuschussähnliche Förderungen durch Gewährung von Tilgungsnachlässen auf die Darlehenssummen, die Übernahme von Bürgschaften, Eigenkapitalunterstützung oder durch eine Kombination dieser Fördermittel gewährt. Die häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen.

##### ***Ausgleichsmechanismus***

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird in der Regel die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren.

##### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Eine Überkompensation wird durch die Fördersystematik ausgeschlossen. Trennungsrechnung im jährlichen, geprüften Jahresabschluss. Rückzahlungsverpflichtung bei mehr als 10-prozentiger Überschreitung des durchschnittlichen jährlichen Ausgleichs, ansonsten Übertragung auf das Folgejahr.

***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 2.000.000 €

**2019:** 60.000 € sowie Bürgschaften i.H.v. 64.376.865,4 €

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Förderung der sozialen Struktur in der Stadt
- Förderung der Alten- und Jugendhilfe
- Unterstützung hilfsbedürftiger Personen (z.B. quartiersnahe Unterstützung und Beratungsangebote für Senioren)
- Maßnahmen zur sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung

***Formen der Betreuung***

Der Betrauungsakt erfolgt durch Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid oder Ratsbeschluss bzw. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mit entsprechender Umsetzung.

***Betrauungsdauer***

Die Betreuung erfolgt für die Dauer von 2-10 Jahren.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse, Zinsvorteile

***Ausgleichsmechanismus***

Zuschusshöhe wird mithilfe des Projektplans/Wirtschaftsplans anhand der Kostenallokationsmethode festgestellt.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

In der Regel jährlicher Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichszahlungen auf Grundlage des geprüften Jahresabschlusses durch das betraute Unternehmen. Ein Mittelverwendungsnachweis muss vorgelegt werden.

***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 20.104.444,55 €

**2019:** 32.030.699,16 €



- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

**Keine Meldungen.**

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bereitstellung der Flugplatzinfrastruktur und Betrieb des Flugplatzes mit dem Ziel der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse des zivilen Flugverkehrs sowie des Motor- und Segelflugsports

***Formen der Betrauung***

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Kreistagsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher Umsetzung durch die Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung.

***Betrauungsdauer***

Die Betrauung erfolgt für die Dauer von 10 Jahren.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse oder Zahlungen auf Verlustabdeckung

***Ausgleichsmechanismus***

Zur Berechnung wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle wird durch den Jahresabschluss sichergestellt. Der geprüfte Jahresabschluss ist den Gesellschaftern zur Verfügung zu stellen. Im Fall zu viel gezahlter Ausgleichsleistungen ist der überschießende Betrag durch die Gesellschaft an die Gesellschafter zurückzuzahlen. Die Rückzahlung ist ab dem Tag des Feststehens der Überkompensation angemessen zu einem marktüblichen Zinssatz zu verzinsen.

***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 120.000,00 €

**2019:** 20.000 €

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

i) Postdienstleistungen

**Keine Meldungen.**

iii) Müllabfuhr

**Keine Meldungen.**

iv) Wasserversorgung

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- a) Trink- und Löschwasserversorgung,
- b) Errichtung, Erwerb, Erweiterung und Betrieb der Wasserversorgung dienenden Anlagen, wie z. B. Instandhaltung und Erweiterung der Leitungsnetze, regelmäßige Anpassung der Wassergewinnungs-, Wasseraufbereitungs- und Wasserförderungsanlagen an die allgemein anerkannten Regeln der Technik, Bau neuer Wasserwerke, Außerbetriebnahme nichtwirtschaftlicher Wasserwerke, Überwachung der Wasserqualität,
- c) Wahrnehmung sonstiger Maßnahmen, die der Förderung der in den Buchstaben a) und b) genannten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dienen.

***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch den Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher Umsetzung.

***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Beihilfeinstrumente***

Zu 100 % kommunal verbürgte Darlehen und Verzicht auf Avalprovisionen in Höhe von ca. 0,5 % der verbürgten Darlehen.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Höhe der Ausgleichsleistung geht unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben verursachten Nettokosten abzudecken.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Zu verbürgende Darlehen müssen vorab im Wirtschaftsplan des entsprechenden Jahres aufgeführt und vom Aufsichtsrat (Vertreter der Kommunen) genehmigt werden. Die Verbürgung als solche hat dann für jedes Darlehen einzeln noch einmal durch Ratsbeschluss zu erfolgen. Nach Ablauf des Geschäftsjahres muss die Verwendung nachgewiesen werden. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder übersteigen die Ausgleichszahlungen die Nettokosten, ist das Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 22.581.000,- € (zu 100 % verbürgte Darlehen), ca. 112.000,- € (Verzicht auf Avalprovision)

**2019:** 24.849.000,- € (zu 100 % verbürgte Darlehen), ca. 124.000,- € (Verzicht auf Avalprovision)

## v) Kultur

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrieb kultureller Einrichtungen wie Festhallen, Konzerthäuser, Theater, Kultur- und Kommunikationszentren, Musikschulen für Konzerte und andere Kulturveranstaltungen (wie z.B. Ausstellungen, Shows und Theateraufführungen), Betrieb von historischen, denkmalgeschützten Gebäuden sowie Förderung der Bildung in Kunst und Kultur

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Verwaltungsakt, Beschlüsse auf Ebene der Gesellschafterversammlung oder Ratsbeschluss mit entsprechender Umsetzung.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung erfolgt zwischen 1 und 10 Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse, Ausfallbürgschaften, Einzahlungen in die Kapitalrücklage

### ***Ausgleichsmechanismus***

Der Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des Wirtschaftsplans. Es wird die Kostenallokationsmethode oder die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Es erfolgt eine Trennungsrechnung. Die Mittelverwendung wird durch einen vom Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschluss jährlich nachgewiesen. Übersteigen die Ausgleichszahlungen die durch die Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben verursachten Nettokosten, ist das Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichsleistungen liegen unterhalb des Betrages von 15 Mio. EUR.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 30.355.687,83,- €

**2019:** 31.695.621,62,- €

## vi) Finanzdienstleistungen

**Keine Meldungen.**

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

**Tourismus und Stadtmarketing**

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Allgemeine Tourismusförderung sowie Entwicklung des touristischen Images der Stadt/Region
- Vertretung bei Kooperationen überregionaler Tourismusorganisationen
- Erhalt der touristischen Infrastruktur und deren Weiterentwicklung
- Allgemeines Marketing für die Tourismusregion (Destinationsmarketing) sowie das Management von Veranstaltungen
- Entwicklung touristischer Produkte und Angebote
- Stärkung, Beratung und Unterstützung der Tourismuswirtschaft, Vernetzung der touristischen Akteure
- Maßnahmen zur Verbesserung und Festigung des Images der Stadt/Region und Vermarktung der Stadt/Region durch gezieltes Werben mit ihren Stärken zur Förderung der einheimischen Wirtschaft

***Formen der Betrauung***

Der Betrauungsakt erfolgt durch Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid oder Ratsbeschluss mit Weisungsbeschluss der Gesellschafterversammlung.

***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 10 oder weniger Jahre (teilweise 2 oder 5 Jahre).

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse und Personalgestellung, Ausgleichszahlungen, Verlustfinanzierung durch Einzahlung in die Kapitalrücklage

***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der Ausgleichszahlungen wird typischerweise auf Grundlage von Wirtschaftlichkeitsberechnungen bzw. Wirtschaftsplänen (auch unter Berücksichtigung der geprüften Jahresabschlüsse/Verwendungsnachweise aus den Vorjahren) vorab objektiv und transparent festgelegt. Für den Ausgleich wird üblicherweise die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die begünstigten Unternehmen führen typischerweise jährlich den Nachweis über die Verwendung der Mittel mithilfe eines geprüften Jahresabschlusses sowie entsprechender Verwendungsnachweise. Diese Verfahrensweise schließt eine Überkompensation grundsätzlich aus. Ansonsten werden Überkompensationen zurückgefordert. Soweit

auch Tätigkeiten ausgeübt werden, bei denen es sich nicht um DAWI handelt, müssen in der Buchführung die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden DAWI von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausgewiesen werden.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichsleistungen sind geringer als 15 Mio. Euro, es bestehen daher keine Veröffentlichungserfordernisse.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 18.396.554,77,- €

**2019:** 19.346.843,34,- €

## **Straßenreinigung**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Straßenreinigung im Allgemeininteresse: Entfernung aller Verunreinigungen von der Straße, die die Hygiene oder das Stadtbild nicht unerheblich beeinträchtigen oder eine Gefährdung des Verkehrs darstellen können
- Winterdienst durch Schneeräumen sowie das Bestreuen an den gefährlichen Stellen der verkehrswichtigen Straßen bei Schnee- und Eisglätte (eingeschränkter Winterdienst)

### ***Formen der Betrauung***

Der Betrauungsakt erfolgt durch Ratsbeschluss in Verbindung mit Verwaltungsakt.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Höhe der Ausgleichszahlungen wird vorab objektiv und transparent festgelegt. Die Kalkulation der Kosten erfolgt jährlich zum einen auf Grundlage der bekannten Aufwendungen. Hinzu kommen die Aufwendungen, die aufgrund unterschiedlicher Witterungsverhältnisse starken Schwankungen unterliegen.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Das begünstigte Unternehmen hat mit dem Jahresabschluss nachzuweisen, dass die Ausgleichszahlung zu keiner Überkompensation geführt hat. Durch geeignete buchhalterische Maßnahmen ist sicherzustellen, dass die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse von den übrigen Tätigkeiten und den hierdurch verursachten Aufwendungen abgegrenzt werden. Hierfür ist eine Trennungsrechnung aufzustellen.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichsleistungen sind geringer als 15 Mio. Euro, es bestehen daher keine Veröffentlichungserfordernisse.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 1.417.155,04,- €

**2019:** 1.622.482,00,- €

## **Verbraucherschutz**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Dazu gehören u. a.:

- die anbieterunabhängige Vertretung der Interessen der nordrhein-westfälischen Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber der Gesetzgebung, Verwaltung und gegenüber Wirtschaft und Wirtschaftsverbänden,
- die landesweite Information der nordrhein-westfälischen Verbraucherinnen und Verbraucher zu allen Fragestellungen und Themen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher und ihre Haushalte betreffen,
- die Wahrnehmung kollektiver Rechtsschutzzinstrumente im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher bei Verstößen gegen verbraucherschützende Vorschriften sowie zur Unterbindung von Geschäftspraktiken, die den Verbraucherinteressen entgegenlaufen,
- die Wahrnehmung der Rechte der einzelnen Verbraucherinnen und Verbraucher, soweit es sich um die Vertretung in gerichtlichen Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung für eine Vielzahl von Verbraucherinnen und Verbraucher handelt,
- die landesweite Durchführung von Maßnahmen und die Schaffung von Angeboten zur Verbraucherbildung, Verbraucherbildung sowie im Bereich der Verbraucherberatung,
- Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher zur rationellen Energieverwendung, zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen, Initialberatung zur energetischen Gebäudesanierung,
- Initiative für nachhaltigeren Konsum durch eine klimafreundliche, ressourcenschonende Nutzung von Produkten und Dienstleistungen,
- Beiträge zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen,
- lokale Medien- und Öffentlichkeitsarbeit zu Verbraucherfragen,
- Bereitstellung von Ratgebern und anderen Informationsschriften.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid, Vertrag oder Ratsbeschluss mit entsprechender Umsetzung.

### ***Betrauungsdauer***

1 – 10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse



### ***Ausgleichsmechanismus***

Ein Ausgleich erfolgt insbesondere auf Grundlage des jeweiligen Wirtschaftsplans. Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über die Prüfung des jährlich vorgelegten Verwendungsnachweises. Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Übersteigen diese mehr als 10 % der Förderung die Nettokosten, so ist der Differenzbetrag unverzüglich zu erstatten (Überkompensationsklausel).

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 14.943.119,88 €

**2019:** 19.856.425,01 €

## **Parkraumbewirtschaftung**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Unterhaltung und Betrieb der Tiefgarage Stadthalle, die durch ihre besondere Lage gekennzeichnet ist

### ***Formen der Betrauung***

Ratsbeschluss und Zuwendungsbescheid

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung ist für die Dauer von 10 Jahren angelegt.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die maximale Höhe der Ausgleichszahlungen ergibt sich aus dem Finanz- und Wirtschaftsplan.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Der Beihilfeempfänger führt jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht durch eine Spartenrechnung, die anhand von Rechnungslegungsvorschriften ermittelt wird.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 654.435,- €

**2019:** 649.754,- €

## **Öffentliche Gesundheitsförderung**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Angebot des „Jedermannschwimmens“ in öffentlichen Badbereichen
- Angebot verschiedener Möglichkeiten zur öffentlichen Gesundheitsförderung
- Bereitstellen von öffentlichen Park-, Spiel-, und Wassersportflächen zur Freizeitgestaltung
- Bereitstellen und Betreiben öffentlicher Kultur-, Lehr- und Begegnungsstätten
- Pflege und Bewirtschaftung von unentgeltlich zur Verfügung gestellten Grünflächen, Naturschutzgebieten und Tierbeständen
- kurörtliche Infrastruktur sowie Veranstaltungen zu Heil- und Kurzwecken

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt, Pacht- und Gesellschaftsvertrag oder Ratsbeschluss

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung erfolgt zwischen 1 und 10 Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Ermittlung der Nettokosten erfolgt nach der Kostenallokationsmethode, d.h. als Differenz der Kosten und Einnahmen für die DAWI des betrauten Unternehmens.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über den Verwendungsnachweis im Rahmen der geprüften Jahresabschlüsse (Nebenbestimmung zum Betrauungsakt). Das Unternehmen weist jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres auf der Grundlage seines Jahresabschlusses die Verwendung der Ausgleichszahlungen nach. Der Nachweis wird vom beauftragten Wirtschaftsprüfer testiert.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichsleistung liegt unterhalb des Betrages von 15 Mio. EUR.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 24.776.964,- €

**2019:** 23.187.246,- €

## **Wirtschaftsförderung**

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Förderung des Standortes insbesondere durch Standortentwicklung, -marketing und -koordination zur Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur und zur Entwicklung des Arbeitsmarktes, dazu können zählen

- Ansiedlung, Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel und Handwerk durch Beratungs- und Dienstleistungen auf allen Gebieten,
- Förderung von Innovationen und Existenzgründungen in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor sowie des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Unternehmen
- Bündeln regionaler Interessen und Bereitstellung von Anlauf- und Kontaktstellen für die Wirtschaft,
- Förderung des Fremdenverkehrs und der Fremdenverkehrseinrichtungen, des Verkehrs sowie sozialer, kultureller und sportlicher Einrichtungen, Infrastrukturentwicklung,
- Beitrag zum Abbau vorhandener und Verhinderung weiterer Arbeitslosigkeit (Fachkräftesicherung) und Berücksichtigung des Umweltschutzgedankens,
- Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzepts,
- Förderung von profilbildenden Veranstaltungen und Angeboten, Kommunikation und Werbung (Printmedien, Internet, überregionale Öffentlichkeitsarbeit, Journalistenbetreuung, Messe- und Promotionsauftritte auch im Ausland),
- Betrieb und die an den Interessen aller Bevölkerungskreise orientierte Nutzung von Festhallen und anderen Veranstaltungsstätten.

### **Formen der Betrauung**

Die Betrauung erfolgt durch Rats- oder Kreistagsbeschluss sowie durch Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid), öffentlich-rechtlichen Vertrag oder Gesellschaftsvertrag / Gesellschaftsbeschluss.

### **Betrauungsdauer**

Die Betrauungen wurden typischerweise für die Dauer von 10 oder weniger Jahren geschlossen.

### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### **Beihilfeinstrumente**

Zuschüsse, Zinszuschüsse, Eigenkapitalzuführung, Einzahlung in die Kapitalrücklage, Gesellschafterbeiträge nach Verteilerschlüssel, Bürgschaften, Bereitstellung Mitarbeiter

### **Ausgleichsmechanismus**

Die Höhe des jährlichen Zuschusses (der Ausgleichsleistung) ergibt sich in aller Regel aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres, in dem die grundsätzliche Erforderlich-

keit und die Höhe des jährlichen Zuschusses im Vorhinein ggf. durch eine Trennungsberechnung mithilfe der Net-avoided-cost-Methode oder der Kostenallokationsmethode festgelegt werden.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines durch einen Wirtschaftsprüfer/eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschlusses. Die Gesellschafter sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsdokumente des Unternehmens prüfen zu lassen.

Es erfolgt eine Rückzahlung und Anpassung der zukünftigen Ausgleichszahlungen, wenn die geleistete Ausgleichszahlung den tatsächlichen Zuschussbedarf um mehr als 10 % übersteigt; bei max. 10% Überzahlung erfolgt teilweise der Vortrag in das folgende Wirtschaftsjahr und eine Verrechnung mit der neuen Ausgleichszahlung. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaften müssen in ihrem Rechnungswesen durch getrennten Ausweis in der Buchführung sicherstellen, dass die durch die Tätigkeiten im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse entstehenden Kosten von den Kosten für andere Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden (getrennte Buchführung). Die Höhe von Festbetragseinlagen ist auf Grundlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung vorab objektiv und transparent mit Einlagezeitpunkt festgelegt. Etwaige variable Einlagebeträge werden vom Unternehmen schriftlich angefordert, wobei das Unternehmen anhand einer Ergänzung der Wirtschaftlichkeitsberechnung nachweist, dass ihm kein wirtschaftlicher Vorteil erwächst, der es gegenüber konkurrierenden Unternehmen begünstigt.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichsleistung liegt unterhalb des Betrages von 15 Mio. EUR.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 51.412.326,86,- €

**2019:** 66.732.450,84,- €

## **Schwimmbäder**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung der Bereitstellung von Hallen- und Freibädern umfasst den Betrieb der Schwimmbäder zu familien- und sozialfreundlichen Tarifen einschließlich der im Wasser stattfindenden Fitness- und Unterhaltungsangebote, teilweise einschließlich des Saunabetriebs sowie der schwimmbadinternen Gastronomiebetriebe.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Verwaltungsakt oder Beschlüsse auf Ebene der Gesellschafterversammlung bzw. durch Ratsbeschluss mit entsprechender Umsetzung.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungen wurden in der Regel für die Dauer von 10 Jahren geschlossen.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse, Verlustübernahmen, Einlagen, Erstattung von Steuerersparnissen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Ausgleichszahlung ist nach allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aus dem Wirtschaftsplan und unter Berücksichtigung der Trennungsrechnung zu ermitteln. Mit den Ausgleichszahlungen werden die Jahresfehlbeträge für die Erbringung von DAWI ausgeglichen. Die voraussichtlich auszugleichenden Nettokosten sind jährlich im Voraus im Wirtschaftsplan zu prognostizieren. Für den Ausgleich wird üblicherweise die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Nach Ende des Wirtschaftsjahres findet eine Überprüfung des Ausgleichsbetrages durch den Jahresabschluss über eine Trennungsrechnung bzw. Spartenrechnung statt. Ebenfalls gibt es eine Berechtigung zur Prüfung von Büchern, Belegen und sonstigen Geschäftsunterlagen des Unternehmens. Übersteigen die Ausgleichszahlungen die Nettokosten, ist das Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht einschlägig.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 25.147.361,14,- €

**2019:** 35.041.140,31,- €

## **Sport und Freizeit**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Maßnahmen umfassen die Förderung von Sport und Kultur durch den Betrieb von Sportstätten zur Bereitstellung eines vielseitigen sportlichen Angebots für die Einwohner sowie von anderen Veranstaltungshallen für soziale, kulturelle und (breiten-)sportliche Veranstaltungen, sowie zoologische Angebote zur Förderung des Tier-, Arten- und Naturschutzes, der Kultur und Bildung sowie der Wissenschaft und Forschung.

### ***Formen der Betrauung***

Der Betrauungsakt erfolgt durch Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid, Pacht- und Gesellschaftsvertrag, Gesellschafterbeschluss oder Ratsbeschluss mit entsprechender Umsetzung.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungen wurden für die Dauer von 10 oder weniger Jahren geschlossen.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse, Einlage zur Verlustabdeckung, Bürgschaften

### ***Ausgleichsmechanismus***

Der Umfang der Ausgleichsleistungen darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite abzudecken („Nettokosten“) – ausgewiesen im jährlichen Wirtschaftsplan. Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird in der Regel die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über den Verwendungsnachweis im Rahmen der geprüften Jahresabschlüsse. Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Im Übrigen ist das Unternehmen zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichsleistung liegt unterhalb des Betrages von 15 Mio. EUR.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

**2018:** 22.500.268,08,- €

**2019:** 36.058.536,06,- €

### **3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

Es wurden keine Maßnahmen auf Grundlage des DAWI-Rahmens von 2012 gefördert.

### **4. Beschwerden Dritter**

Keine Meldungen.

### **5. Sonstige Fragen**

Keine Meldungen.



## **A. Bericht des Landes Rheinland-Pfalz nach dem DAWI-Beschluss von 2012 und dem DAWI-Rahmen von 2012**

### **1. Übersicht über die Ausgaben**

Nach den vorliegenden Informationen kann zusammenfassend mitgeteilt werden, dass die Gesamthöhe der im Jahr 2018 gewährten Ausgleichszahlungen für DAWI, die auf der Grundlage des DAWI-Beschlusses in Form von Zuschüssen gewährt wurden bei 41.543.798,95 EUR lag. Im Hinblick auf das Jahr 2019 ergibt sich eine Gesamthöhe von 42.451.911,02 EUR. Daneben wurden in den beiden Jahren öffentliche Bürgschaften zur Absicherung von Darlehen mit einem ursprünglichen Darlehensbetrag von insgesamt 5.400.000 EUR gewährt.

Auf der Grundlage des DAWI-Rahmens wurden keine Maßnahmen seitens der KOM genehmigt.

### **2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012**

#### **1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)**

##### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bereitstellung und Betrieb von öffentlichen Krankenhäusern mit den folgenden medizinischen Leistungen für die Bevölkerung vor Ort:

- Medizinische Grundversorgung mit den dazu gehörenden Untersuchungen und Behandlungen.
- Notfalldienste: Notarztdienst und ambulante und stationäre Aufnahme mit 24-Stunden Bereitschaft.
- Weitere medizinische Leistungen: chirurgische und internistische Ambulanz, ambulante Physiotherapie.
- Krankenpflegeausbildung
- Besondere Verpflichtungen im Rahmen des Katastrophenschutzes

##### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgte meistens mittels Beschluss des zuständigen kommunalen Entscheidungsträgers.

**Betrauungsdauer**

Die regelmäßige Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

Keine

**Beihilfeinstrumente**

Zuschüsse als Ausgleich für Jahresfehlbetrag und für Investitionen; Kommunaldarlehen

**Ausgleichsmechanismus**

Meistens wurde die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt. Fehlbetrag wird durch Vorlage des testierten Jahresabschlusses und auf der Grundlage einer Trennungsrechnung für die betrauten Bereiche ermittelt und ausgeglichen.

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Krankenhaus führt jährlich nach Abschluss des Geschäftsjahres Nachweis über die Mittelverwendung. Dies geschieht durch den testierten Jahresabschluss und eine Trennungsrechnung für die betrauten Bereiche. Sofern sich hieraus ergibt, dass überhöhte Ausgleichszahlungen gewährt wurden, erfolgt entsprechende Rückforderung.

**Transparenzanforderungen**

Keine Maßnahmen von mehr als 15 Mio. EUR pro Unternehmen.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

- 2018: 7.246.019,72 EUR; daneben Gewährung eines Liquiditätsdarlehens (Kontokorrentkredit) des Gesellschafters in Höhe von bis zu 6.500.000 EUR;
- 2019: 7.476.000 EUR; daneben Gewährung eines Liquiditätsdarlehens (Kontokorrentkredit) des Gesellschafters in Höhe von bis zu 6.500.000 EUR;

**2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)****a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege****Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

...

**Formen der Betrauung**

...

**Betreuungsdauer**

...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

...

**Beihilfeinstrumente**

...

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

...

b) Kinderbetreuung

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Sicherstellung eines Kinderbetreuungsangebotes in örtlichen Kindertagesstätten.

**Formen der Betreuung**

Die Betrauungen erfolgten mittels Vertrag.

**Betreuungsdauer**

Die Betreuungsdauer beträgt 3, 5 bzw. 10 Jahre.

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

Keine

**Beihilfeinstrumente**

Die Beihilfen wurden in Form von Zuschüssen gewährt.

**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Es wird eine Prüfung der Verwendungsnachweise vorgenommen.

***Transparenzanforderungen***

Keine Beihilfen über 15 Mio. EUR.

***Höhe der gewährten Beihilfen***

Gesamt: 129.752,73 EUR (in 2018) und 322.118,76 EUR (in 2019)

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

***Betrauungsdauer***

...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

***Beihilfeinstrumente***

...

***Ausgleichsmechanismus***

...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

...

***Transparenzanforderungen***

...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

...

d) Sozialer Wohnungsbau

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Förderung von Mietwohnungen erfolgt in Rheinland-Pfalz zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von DAWI betraut sind als soziale Wohnraumförderung. Es gehört zu den Aufgaben des Staates (Land Rheinland-Pfalz), die Voraussetzungen für eine verlässliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarem Wohnraum zu schaffen.

Es erfolgen Betrauungen mit Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können (insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen). Die Zielgruppen sind weit überwiegend über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss. Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungsversorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternative Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohnqualitäten, z. B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen. Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung kann auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung vereinbart werden. Der Erbringer der Dienstleistung (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Verwaltungsakt.

Die Förderentscheidung konkretisiert insbesondere den Förderzweck, die Höhe und Einsatzart der Zuwendungen, im Falle der Darlehensgewährung die Rückzahlungs-

modalitäten sowie Art und Dauer der vom Förderempfänger einzuhaltenden/zu erbringenden Gegenleistungen

#### ***Betrauungsdauer***

Da im sozialen Wohnungsbau hohe Investitionen notwendig sind, liegt die Betrauungsdauer in der Regel bei 15 bis 25 Jahre.

Im Rahmen der Förderung des Erwerbs von allgemeinen Belegungsrechten an bestehenden Mietwohnungen beträgt die Betrauungsdauer, da hier keine Investitionen gefördert und ausschließlich Zuschüsse gewährt werden, jeweils nur 10 Jahre.

Da die Darlehen für den Mietwohnungsbau 10 Jahre grundsätzlich nicht unterschreiten, ist der Anteil der Betrauungen mit einer Dauer von mehr als 10 Jahren sehr hoch.

Der Anteil der Betrauungen, deren Dauer 10 Jahre überschreitet, beträgt an den in 2018 erteilten Betrauungen 96 % und an den in 2019 erteilten Betrauungen 95 %.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Die soziale Wohnraumförderung ist objektbezogen angelegt. Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen bzw. zinsverbilligte Darlehen, Tilgungszuschüsse, Zuschüsse, die Übernahme von Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, durch die Bereitstellung verbilligten Baulands oder durch eine Kombination dieser Fördermittel gewährt. Die häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen kombiniert mit Tilgungszuschüssen.

#### ***Ausgleichsmechanismus***

In der Regel wird die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex-ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme werden Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so festgelegt, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleichen. Ausgeglichen werden die mit der Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktniveau, der mit den Bele-

gungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mietbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die eventuell mit einer besonderen Bauausführung (z. B. barrierefreier Wohnraum) verbundenen erhöhten Baukosten. Bei der Festsetzung der Förderhöhe werden die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse berücksichtigt (gestützt auf verfügbare Daten und wissenschaftliche Untersuchungen über Bodenpreise, Baukosten und Marktmieten).

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

In den Förderprogrammen werden allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen. Zu den typischen Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmietern wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können (u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen). Zudem ist es möglich, und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks, Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung, verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel. Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

#### ***Transparenzanforderungen***

Es wurden keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR pro Unternehmen gewährt.

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 28,1 Mio. EUR;

2019: 28,16 Mio. EUR

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

***Betrauungsdauer***

...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

***Beihilfeinstrumente***

...

***Ausgleichsmechanismus***

...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

...

***Transparenzanforderungen***

...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

...

3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

***Betrauungsdauer***

...



***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

***Beihilfeinstrumente***

...

***Ausgleichsmechanismus***

...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

...

***Transparenzanforderungen***

...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

...

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

***Betrauungsdauer***

...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

***Beihilfeinstrumente***

...

***Ausgleichsmechanismus***

...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

...

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

...

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

- i) Postdienstleistungen

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

...

**Formen der Betrauung**

...

**Betrauungsdauer**

...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

...

**Beihilfeinstrumente**

...

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

...

- ii) Energie

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

...

**Formen der Betrauung**

...

**Betrauungsdauer**

...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

...

**Beihilfeinstrumente**

...

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

...

iii) Müllabfuhr

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

...

**Formen der Betrauung**

...

**Betrauungsdauer**

...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

...

**Beihilfeinstrumente**

...

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

...

iv) Wasserversorgung

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

...

**Formen der Betrauung**

...

**Betrauungsdauer**

...

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

...

**Beihilfeinstrumente**

...

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

...

v) Kultur

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

***Betrauungsdauer***

...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

***Beihilfeinstrumente***

...

***Ausgleichsmechanismus***

...

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

...

***Transparenzanforderungen***

...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

...

vi) Finanzdienstleistungen

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

...

***Formen der Betrauung***

...

***Betrauungsdauer***

...

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

...

***Beihilfeinstrumente***

...

### **Ausgleichsmechanismus**

...

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

...

### **Transparenzanforderungen**

...

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

...

### **vii) Sonstige Wirtschaftszweige**

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

- Errichtung, Umbau und Modernisierung von Jugendherbergen zu dem Zweck, diese als Bildungs-, Begegnungs- und Erholungseinrichtung für junge Menschen nutzen zu können; da mitunter beträchtliche Investitionen seitens des Zuwendungsempfängers notwendig sind, beträgt der Betrauungszeitraum entsprechend dem Abschreibungszeitraum der Investition bis zu 25 Jahre; Anwendung der Net-avoided-cost-Methode; Vorgesehene Ausgleichszahlungen in einem Fall: insgesamt 3.535.597 EUR; davon Bund 668.897 EUR (davon: 2018: 367.897 EUR; 2019: 301.000 EUR); Land 1.433.350 EUR (davon: (2017: 13.400 EUR; 2018: 774.932 EUR; 2019: 645.018 EUR); Kommune: vorgesehen bis zu 1.433.350 EUR (davon 2018: keine; 2019: 274.844 EUR); in einem weiteren Fall Ausgleichsleistung für 2018: 265.600 EUR und für 2019: 265.600 EUR
- Bereitstellung und Betrieb von diversen örtlichen Hallen- und Freibädern u. a. für (Rettungs-) Schwimmkurse, Schul- und Vereinsschwimmen jeweils zu sozialverträglichen Preisen; Betrauungszeitraum in der Regel nicht mehr als 10 Jahre, in einem Fall 13 Jahre aufgrund anfallender hoher Kosten für Generalsanierung; ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt; Ausgleichszahlungen von jeweils weniger als 15 Mio. EUR (Jahresfehlbedarfsausgleiche in Höhe der durch DAWI verursachten Nettomehrkosten von jeweils i.d.R. ca. 1 Mio. EUR; Trennungsrechnung DAWI/nicht DAWI muss

vorgelegt werden; Vermeidung der Überkompensation erfolgt durch Verwendungsnachweisprüfung)

- Betrauung einer Breitband-Infrastrukturgesellschaft (BIG) durch Landkreis mit Aufgabe der Errichtung eines NGA-Netzes überall dort, wo im Landkreis noch keine NGA-Anbindungen mit Bandbreiten von mindestens 30 Mbit/s erreicht wurden und ein solches Netz in den drei Jahren nach der Betrauung hierzu von privaten Investoren wahrscheinlich nicht errichtet worden wäre; der Betrauungszeitraum beträgt 10 Jahre; ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt; als Ausgleichsleistung werden bis zu maximal 80 %ige Bürgschaften mehrerer öffentlicher Stellen zu marktunüblich niedrigen Avalprovisionen für ein Darlehen in Höhe von ursprünglich 1.948.386 EUR und ein weiteres Darlehen in Höhe von ursprünglich 4.440.000 EUR gewährt. Aufgrund planmäßiger Tilgungen reduzierte sich der Gesamtbürgschaftsbetrag aus beiden Darlehen zum 31.12.2018 auf insgesamt 3.045.957,51 EUR und zum 31.12.2019 auf insgesamt 2.466.065,13 EUR. Zur Vermeidung von Überkompensationen muss BIG jährlich unter Vorlage des Jahresabschlusses nachweisen, dass der gewährte Vorteil aus vergünstigter Avalprovision nicht über das hinausgeht, was erforderlich ist, um die mit der besonderen Aufgabe verbundenen Nettomehrkosten unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns abzudecken; ggfs. erfolgt rückwirkende Erhöhung der Avalprovision bis maximal zur Höhe einer marktüblichen Avalprovision; wenn Avalzins berechnet werden muss, soll Net-avoided-cost-Methode zur Anwendung kommen;
- Förderung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e. V.. Als unabhängige Einrichtung initiiert sie verschiedene verbraucherschutzorientierte Projekte, die in dieser Weise entweder überhaupt nicht oder im Hinblick auf Qualität, Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung oder universalem Zugang nur zu anderen Standards am Markt durchgeführt würden; Betrauung für Einzelprojekte erfolgt jeweils mittels Verwaltungsakt; Ausgleichsleistungen erfolgen als Zuschuss; Betrauungsdauer: Das jeweils angebotene verbraucherschutzorientierte Projekt wird jährlich überprüft und ggfs. fortgeschrieben; es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt; Ausgleichszahlungen für 2018: 2.189.573 EUR; Ausgleichszahlungen für 2019: 2.507.043 EUR

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgten mittels Verwaltungsakt oder durch Beschluss der zuständigen kommunalen Gremien, manchmal auch durch Gesellschaftervertrag.

### ***Betrauungsdauer***

Bei den meisten Betrauungen liegt die Betrauungsdauer bei 10 Jahren oder darunter. Bei manchen Betrauungen, welche mit hohen Investitionen verbunden sind, liegt sie bei bis zu 25 Jahren.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die Förderungen wurden meistens in Form von Zuschüssen zur Verfügung gestellt. Gelegentlich wurden Bürgschaften und Darlehen gewährt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Meistens wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Vermeidung von Überkompensationen erfolgt im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise. Sollte im Rahmen dieser Prüfung festgestellt werden, dass überschüssige Beträge ausgezahlt wurden, so werden diese zurückgefordert.

### ***Transparenzanforderungen***

Die Ausgleichszahlungen pro Unternehmen liegen unter 15 Mio. EUR.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Im Jahr 2018 wurden für DAWI in sonstigen Wirtschaftszweigen Ausgleichszahlungen in Form von Zuschüssen mit einem Gesamtwert von 6.068.026,50 EUR gewährt, daneben wurden öffentliche Bürgschaften für Darlehen mit einer ursprünglichen Darlehensvaluta von insgesamt 5.400.000 EUR gewährt. Im Jahr 2019 lag der Gesamtwert der für DAWI in sonstigen Wirtschaftszweigen gewährten Ausgleichszahlungen in Form von Zuschüssen bei 6.493.792,26 EUR, zuzüglich öffentlicher Bürgschaften zur Absicherung von Darlehen mit einer ursprünglichen Gesamtvaluta von 5.400.000 EUR.



### **3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

Es wurden keine Maßnahmen seitens der EU KOM genehmigt.

### **4. Beschwerden Dritter**

Keine

### **5. Sonstige Fragen**

Keine

Der DAWI-Beschluss in Rheinland-Pfalz		Gesamtbetrag für das Bundesland Rheinland-Pfalz	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	€ 7.246.019,72	€ 7.476.000,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	€ 0,00	€ 0,00
	Kinderbetreuung	€ 129.752,73	€ 322.118,76
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	€ 0,00	€ 0,00
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	€ 0,00	€ 0,00
	Sozialer Wohnungsbau	€ 28.100.000,00	€ 28.160.000,00
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen	€ 0,00	€ 0,00
	Sonstige soziale Dienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr	€ 0,00	€ 0,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen	€ 0,00	€ 0,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
	Energie	€ 0,00	€ 0,00
	Müllabfuhr	€ 0,00	€ 0,00
	Wasserversorgung	€ 0,00	€ 0,00
	Kultur	€ 0,00	€ 0,00
	Finanzdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
	Sonstige Wirtschaftszweige	Ausgleichszahlungen in Form von Zuschüssen insgesamt: 6.068.026,50 EUR; daneben Bürgschaften zur Absicherung von Darlehen in einer Gesamthöhe aller Darlehen von ursprünglich 5.400.000 EUR	Ausgleichszahlungen in Form von Zuschüssen insgesamt: 6.493.792,26 EUR; daneben Bürgschaften zur Absicherung von Darlehen in einer Gesamthöhe aller Darlehen von ursprünglich 5.400.000 EUR

Der DAWI-Rahmen in Rheinland-Pfalz	Gesamtbetrag für das Bundesland Rheinland-Pfalz	
	2018	2019
Postdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
Energie	€ 0,00	€ 0,00
Müllabfuhr	€ 0,00	€ 0,00
Wasserversorgung	€ 0,00	€ 0,00
Flug- oder Schiffsverkehr	€ 0,00	€ 0,00
Flug- und Seeverkehrshäfen	€ 0,00	€ 0,00
Kultur	€ 0,00	€ 0,00
Finanzdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
Sonstige Wirtschaftszweige	€ 0,00	€ 0,00

**Mitteilung des Saarlandes  
an die  
Europäische Kommission**

**HT.2807 – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:**

**Berichterstattung nach dem DAWI-Beschluss von 2012 und dem DAWI-Rahmen von 2012 für die Jahre 2018 und 2019**

Auf Grundlage der ihr von den Saarländischen Behörden und Gemeinden zur Verfügung gestellten Informationen wird hiermit für die Jahre 2018 und 2019 Bericht gem. Artikel 9 des DAWI-Beschlusses von 2012 und nach Randnummer 62 des DAWI-Rahmens von 2012 erstattet.

Dieser Bericht enthält keine vertraulichen Informationen.

# Inhaltsverzeichnis

## Inhalt

Mitteilung des Saarlandes an die Europäische Kommission....	1
1. Übersicht über die Ausgaben .....	3
2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 .	3
1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) .....	3
LHS .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)	3
3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze .....	3
4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze .....	3
5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a).....	3
i) Postdienstleistungen .....	3
ii) Energie .....	4
iii) Müllabfuhr .....	4
iv) Wasserversorgung .....	4
v) Kultur .....	4
vi) Finanzdienstleistungen .....	4
vii) Sonstige Wirtschaftszweige .....	4
MFE - CCS-Förderung....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
MFE - TZS-Förderung....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
MWAEV - Tourismusförderung.....	4
LHS.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012 .....	6
4. Beschwerden Dritter .....	6
5. Sonstige Fragen .....	6

## 1. Übersicht über die Ausgaben

	2018	2019
	in Mio. Euro	
Tourismusförderung, Referat MWAEV E/2 <b>Kapitel</b> - Fehlanzeige - vii) Sonstige Wirtschaftszweige, <b>Seiten 4 und Fehler! Textmarke</b> <b>nicht definiert.</b>	1,654867	1,580589

## 2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

### 1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

- Fehlanzeige -

### 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

- Fehlanzeige -

### 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

- Fehlanzeige -

### 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

- Fehlanzeige -

### 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

#### i) Postdienstleistungen

- Fehlanzeige -

**ii) Energie**

- Fehlanzeige -

**iii) Müllabfuhr**

- Fehlanzeige -

**iv) Wasserversorgung**

- Fehlanzeige -

**v) Kultur**

- Fehlanzeige -

**vi) Finanzdienstleistungen**

- Fehlanzeige -

**vii) Sonstige Wirtschaftszweige**

**MWAEV - Tourismusförderung**

**Tourismusförderung im Ministerium für Wirtschaft,  
Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken (Referat  
E/2)**

**Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen**

Förderung der Tourismus Zentrale Saarland GmbH:

Unternehmensgegenstand sind die Förderung des Tourismus, touristische Dienstleistungen und Produkte für das Saarland sowie die Erhöhung des Bekanntheitsgrades und die Herausstellung der Vorzüge des Saarlandes als attraktives Reiseziel sowie als Tagungs- und Kongressplatz.

**Formen der Betrauung**

Betraungsakt

**Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)**

10 Jahre

**ausschließliche oder besondere Rechte**

Um den Zweck der Gesellschaft zu fördern, kann die Gesellschaft die hierzu geeigneten Maßnahmen und Geschäfte durchführen und damit im Rahmen einer Annex-Tätigkeit auch als Reiseveranstalter und/oder Reisevermittler tätig werden und ein landesweites Reservierungssystem betreiben.

In Erfüllung dieser Zielsetzung führt die TZS eine Reihe von Marketingmaßnahmen (u. a. Messen und Roadshows, Druck von Broschüren und Flyern, Schalten von Anzeigen und Internetmarketing) allgemeiner Natur wie auch themenbezogene Aktivitäten im Bereich Qualitätstourismus und -sicherung, Natur- und Aktivtourismus, Städte- und Kulturtourismus, Kulinarik und Genussregion Saarland, Gesundheitstourismus und Barrierefreies Saarland durch. Daneben betreibt sie Marktforschung und beteiligt sich an Presseaktivitäten und Medienkooperationen in der Region.

#### **Beihilfeinstrumente**

Zuschuss

#### **Ausgleichsmechanismus**

Ausgleichsbedarf ergibt sich aus Prüfung des jährlichen Wirtschaftsplanes sowie aus Verwendungsnachweisprüfung-Prüfung

#### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Verwendungsnachweisprüfung

#### **Transparenzanforderungen**

Fehlanzeige

#### **Höhe der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)**

2018	2019
1,654867	1,580589



### **3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

- Gestrichen -

### **4. Beschwerden Dritter**

- Fehlanzeige -

### **5. Sonstige Fragen**

- Fehlanzeige -

Saarbrücken, den 23.04.2020

Im Auftrag

el. gezeichnet  
Norbert Krewer

Der DAWI-Beschluss im Saarland		Gesamtbetrag für das Saarland	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege		
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau		
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen		
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen		
	Energie		
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur		
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige	€ 1.654.867,91	€ 1.580.589,20

Der DAWI-Rahmen im Saarland	Gesamtbetrag für das Saarland	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige		

## Sachsen

### 1. Übersicht über die Ausgaben

2018	170.354.671,51 €
2019	194.933.987,31 €

### 2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

#### 1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

##### Stadt

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Im Rahmen des öffentlichen Versorgungsauftrages Feststellung, Heilung oder Linderung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung, Geburtshilfe, Unterbringung und Verpflegung zu versorgender Personen, Errichtung und Betreibung der dafür benötigten Gebäude und Anlagen.

#### ***Formen der Betrauung***

Bewirtschaftungsbefugnisse (Eigenbetrieb)

#### ***Betrauungsdauer***

1 bis 2 Jahre

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt

#### ***Beihilfeinstrumente***

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Verzicht auf angemessene Rendite für Kapitaleinlagen zur Finanzierung von investiven Maßnahmen und für Sacheinlagen (Immobilien)

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen oder mit der Bewirtschaftungsbefugnis des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes zu verrechnen.

### **Transparenzanforderungen**

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
<b>Gesamtbetrag gewährte Beihilfen</b>	
80 TEUR	entfällt
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss; Bürgschaft u.s.w.)</b>	
Verzicht auf angemessene Rendite für Kapital- und Sacheinlage  80 TEUR	Verzicht auf angemessene Rendite für Kapital- und Sacheinlage  entfällt
<b>Zusätzliche</b> - ggf. geschätzte – <b>quantitative Informationen</b> (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrags Größe der Unternehmen)	
<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Krankenhaus (Eigenbetrieb) <u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 296.057 TEUR Beschäftigte: 3.318	<u>Anzahl der Begünstigten:</u>  entfällt

## 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

### a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

#### Zweckverband (Landkreis 1)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Gegenstand der im II. Halbjahr 2015 abgeschlossenen Leistungsverträge ist die Betrauung der Leistungserbringer mit der Erbringung von Leistungen im Bereich Rettungsdienst/ Bevölkerungsschutz

#### ***Formen der Betrauung***

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Übertragung von Aufgaben des Rettungsdienstes gemäß § 31 Abs. 1 SächsBRKG

#### ***Betrauungsdauer***

Sieben Jahre

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Nein

#### ***Beihilfeinstrumente***

Der Rettungszweckverband ist Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes gemäß § 3 Nr. 1 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG). Gemäß § 31 Abs. 1 SächsBRKG hat der RettZV die Notfallrettung und den Krankentransport nach einem Vergabeverfahren, das nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen durchgeführt wurde, durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf private Hilfsorganisationen oder andere Unternehmer (Leistungserbringer) übertragen. Grundlage der Beauftragung ist insbesondere das Rettungsdienstrecht des Freistaates Sachsen, insbesondere das SächsBRKG und SächsLRettDPVO. Nach Maßgabe von § 31 Abs. 5 SächsBRKG erging der Zuschlag im Rahmen des zuvor durchgeführten wettbewerblichen Ausschreibungsverfahrens auf das wirtschaftlichste unter den eingegangenen Angeboten. Um den Altmark Trans-Kriterien des EuGH's gerecht zu werden, hat der RettZV beihilferechtliche Regelungen in den Vertrag aufgenommen. Diese sollen zugleich sicherstellen, dass die Anforderungen des Beschlusses 2012/21/EU der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2011 (DAWI-Freistellungsbeschluss) erfüllt werden.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Der Leistungserbringer erhält für die Erbringung der Rettungsdienstleistungen vom RettZV eine Vergütung in Form einer regelmäßigen Vergütungszahlung. Die Vergütung setzt sich zusammen aus einer Vergütung für die Gestellung, d.h. Vorhaltung und Erbringung der Rettungsdienstleistung des Grundbedarfs. Die Parameter für die Berechnung der Vergütung bzw. der einzelnen Verrechnungssätze ergeben sich im Einzelnen aus dem vom Leistungserbringer bei Angebotsabgabe vorgelegten Kalkulationsblatt „Einzelpreise“. Diese Ausgleichsleistung soll nur dasjenige abdecken, was unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns erforderlich ist, um die bei dem Leistungserbringer durch die Erbringung der Rettungsdienstleistungen verursachten Nettokosten auszugleichen. Die Einhaltung dieser Vorgabe wird im Rahmen einer Überkompensationskontrolle nach Maßgabe des Vertrages sichergestellt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicher zu stellen, dass der Leistungserbringer keine höhere Ausgleichsleistung erhält, als im Vertrag vorgesehen, erfolgt- soweit der Anwendungsbereich des DAWI-Freistellungsbeschlusses eröffnet ist- mindestens zum Ende eines jeden Dreijahreszeitraums, beginnend mit der vollständigen Vertragsunterzeichnung, sowie zum Ende der Vertragslaufzeit eine Überkompensationskontrolle durch den RettZV. Der Leistungserbringer ist nach Maßgabe des Vertrages verpflichtet, in seiner Buchführung die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit den nach diesem Vertrag zu erbringenden Rettungsdienstleistungen getrennt von allen anderen Tätigkeiten auszuweisen (getrennte Buchungskreisläufe). Zugleich ist er gehalten, sowohl während der Vertragslaufzeit als auch für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Beendigung des Vertrages alle Unterlagen vorzuhalten, die notwendig sind, um eine Überprüfung des Vertrages unter beihilferechtlichen Gesichtspunkten zu ermöglichen. Insbesondere sind sämtliche Unterlagen im Zusammenhang mit der Vergütungsberechnung und Überkompensationskontrolle aufzubewahren und dem RettZV auf Anfrage unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

## **Höhe der gewährten Beihilfen**

**(für 7 Jahre)**

<b>RWB</b> (Rettungswachbereich)	<b>Gesamt (/Jahre)</b>
1	7.508.135,18 EUR
2	7.583.560,35 EUR
3	4.299.157,49 EUR
4	6.655.587,34 EUR
5	5.422.422,83 EUR
6	4.550.249,94 EUR
7	7.784.598,60 EUR
8	5.528.577,40 EUR
9	5.349.234,78 EUR

## Landkreis 2

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Gegenstand der am 01.08.2017 abgeschlossenen Leistungsverträge ist die Betrauung der Leistungserbringer mit der Erbringung von Leistungen im Bereich Rettungsdienst/ Bevölkerungsschutz.

### **Formen der Betrauung**

Öffentlich- rechtlicher Vertrag zur Übertragung von Aufgaben des Rettungsdienstes gemäß § 31 Abs. 1 SächsBRKG

### **Betrauungsdauer**

Sieben Jahre

### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

Nein



### ***Beihilfeinstrumente***

Der Landkreis ist Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes gemäß § 3 Nr. 1 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG). Gemäß § 31 Abs. 1 SächsBRKG hat der Landkreis die Notfallrettung und den Krankentransport nach einem Vergabeverfahren, das nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen durchgeführt wurde, durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf private Hilfsorganisationen oder andere Unternehmer (Leistungserbringer) übertragen. Grundlage der Beauftragung ist insbesondere das Rettungsdienstrecht des Freistaates Sachsen, insbesondere das SächsBRKG und SächsLRettDPVO. Nach Maßgabe von § 31 Abs. 5 SächsBRKG erging der Zuschlag im Rahmen des zuvor durchgeführten wettbewerblichen Ausschreibungsverfahrens auf das wirtschaftlichste unter den eingegangenen Angeboten. Um den Altmark Trans-Kriterien des EuGH's gerecht zu werden, hat der Landkreis beihilferechtliche Regelungen in den Vertrag aufgenommen. Diese sollen zugleich sicherstellen, dass die Anforderungen des Beschlusses 2012/21/EU der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2011 (DAWI-Freistellungsbeschluss) erfüllt werden.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Der Leistungserbringer erhält für die Erbringung der Rettungsdienstleistungen vom Landkreis eine Ausgleichsleistung in Form einer regelmäßigen Vergütungszahlung. Diese Ausgleichsleistung deckt gemäß Art. 5 Abs. 1 DAWI-Freistellungsbeschluss nur dasjenige ab, was unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns erforderlich ist, um die bei dem Leistungserbringer durch die Erbringung der Rettungsdienstleistungen verursachten Nettokosten auszugleichen. Der vom Leistungserbringer kalkulierte Gewinn ist auf einen angemessenen Gewinn begrenzt. Die Einhaltung dieser Vorgabe wird im Rahmen einer Überkompensationskontrolle nach Maßgabe des Vertrages sichergestellt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicher zu stellen, dass der Leistungserbringer keine höhere Ausgleichsleistung erhält, als im Vertrag vorgesehen, erfolgt- soweit der Anwendungsbereich des DAWI-Freistellungsbeschlusses eröffnet ist- zum Ende eines jeden dritten Vertragsjahres, beginnend mit der vollständigen Vertragsunterzeichnung, sowie zum Ende der Vertragslaufzeit eine Überkompensationskontrolle durch den Landkreis.

## **Transparenzanforderungen**

entfällt.

## **Höhe der gewährten Beihilfen**

**(für 7 Jahre)**

RWB 1:	32.903.000,- EUR
RWB 2:	44.989. 000,- EUR
RWB 3:	43.235. 000,- EUR
RWB 4:	19.096. 000,- EUR
RWB 5:	13.674. 000,- EUR
RWB 6:	18.669. 000,- EUR

## **RL eHealthSAX – nachhaltige Förderung der Digitalisierung im Gesundheitswesen (Land)**

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Zweck der staatlichen Förderung ist es, in Zusammenarbeit mit den Akteuren im sächsischen Gesundheitswesen patientenorientierte Anwendungen und sektorenübergreifende Dienstleistungen zu befördern, welche die medizinische Versorgung mittels digitaler und telemedizinischer Lösungen verbessern sowie den alltagsüblichen elektronischen Kommunikationswegen (via PC, Smartphone, Tablet etc.) anpassen. Gefördert werden Maßnahmen insbesondere in folgenden Förderbereichen:

1. Digitalisierung im Gesundheitswesen und telemedizinische Anwendungen,
2. Digitale Ertüchtigung von Krankenhäusern sowie
3. Modellvorhaben.

### **Formen der Betrauung**

Die Betrauung erfolgt mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

### **Betrauungsdauer**

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wurde für den Ausgleich die Kostenallokationsmethode angewendet.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 3.775.000 EUR (2 Bewilligungen)

2019: 1.215.000 EUR (1 Bewilligung)

## **EFRE RL SMS – Förderung innovativer Ansätze im Bereich der Gesundheits- und Pflegewirtschaft (Land)**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Zweck der Förderung ist es, die Fähigkeit der sächsischen Gesundheits- und Pflegewirtschaft zu Innovationen und deren wirtschaftliche Verwertung auf dem weltweit schnell wachsenden Gesundheitsmarkt zu stärken. Die Förderung zielt auf innovative Maßnahmen ab, die durch die Vernetzung der Angebote und die Entwicklung und Anwendung von neuen Technologien auf die Herausforderungen des demografischen Wandels im Gesundheits- und Pflegesektor mit einem signifikant steigenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen, mit zunehmendem Fachkräftemangel im Bereich der medizinischen und pflegerischen Versorgung sowie steigenden Kosten dieser Versorgung reagieren.

Gefördert werden

1. E-Health-Maßnahmen inklusive Maßnahmen zur telematischen, interdisziplinären Vernetzung: E-Health ist die Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, durch die die Abläufe im Gesundheitswesen verbessert und die Bürger, Patienten, Gesundheits- oder Pflegedienstleister miteinander vernetzt werden.
2. Ambient Assisted Living: Die innovativen Anwendungen des Ambient Assisted Living (Altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben – AAL) aus verschiedenen Technologiefeldern ermöglichen es, unterschiedliche Dienstleistungsbereiche, insbesondere medizinische Dienstleistungen, Pflegeleistungen, Wohnen, Bewirtschaftung, Mobilität, wechselseitig zu vernetzen und interdisziplinäre, innovative Lösungen für die ambulante Versorgung älterer Menschen zu entwickeln.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer ist auf die Dauer des Bewilligungszeitraumes plus die Dauer der Zweckbindungsfrist beschränkt.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wurde für den Ausgleich die Kostenallokationsmethode angewendet.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 2.144.000 EUR (2 Bewilligungen)

2019: 318.000 EUR (2 Bewilligungen)

#### b) Kinderbetreuung

keine

#### c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

keine

#### d) Sozialer Wohnungsbau

##### [Stadt 1](#)

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung vorrangig für Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten am allgemeinen Wohnungsmarkt, insbesondere durch Errichtung, Erwerb und Bewirtschaftung von Wohnungen. Auch die zukünftig zu erwartende Wohnungssituation erfordert dieses Angebot vor allem für sozial benachteiligte einkommensschwache Bevölkerungsgruppen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

## ***Formen der Betrauung***

Betrauung

## ***Betrauungsdauer***

20 Jahre

## ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt

## ***Beihilfeinstrumente***

Gewährung von Ausgleichsleistungen in Form von der Stadt an die Gesellschaft auf der Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum (RL gebundener Mietwohnraum – RL gMW) vom 22. November 2016 weitergereichten Mittel.

## ***Ausgleichsmechanismus***

Methode zur Berechnung der vermeidbaren Nettokosten (Net-avoided-cost-Methode)

## ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Kontrolle über handelsrechtlichen Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Führung einer Trennungsrechnung. Anhand der jeweiligen Jahresabschlüsse wird jeweils nach einem Dreijahreszeitraum und am Ende des Betrauungszeitraums festgestellt, ob eine Überkompensation erfolgte. In diesem Fall ist die Überkompensation auf Anforderung zurückzuzahlen.

## ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
<b>Gesamtbetrag gewährte Beihilfen</b>	
90 TEuro	1.372 TEuro
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Bürgschaft usw.)</b>	
Zuschuss für investive Zwecke 90 TEuro	Zuschuss für investive Zwecke 1.372 TEuro
<b>Zusätzliche – ggf. geschätzte - quantitative Informationen</b> (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)	
Anzahl der Begünstigten: <ul style="list-style-type: none"><li>• 1 Unternehmen (Eigengesellschaft)</li></ul> Größe des Unternehmens: <ul style="list-style-type: none"><li>• Umsatz: 24 TEuro</li><li>• Beschäftigte: 1</li></ul>	Anzahl der Begünstigten: <ul style="list-style-type: none"><li>• 1 Unternehmen (Eigengesellschaft)</li></ul> Größe des Unternehmens: <ul style="list-style-type: none"><li>• Umsatz: 153 TEuro</li><li>• Beschäftigte: 7</li></ul>

### Stadt 2

#### **Gegenstand der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Der Eigentümer von Grundstücken und Gebäuden wird mit der Gemeinwohlaufgabe des Baus von sozialem Wohnraum betraut. Der Freistaat Sachsen gewährt in diesem Sinne Zuwendungen zur Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum im Sinne des § 1 Absatz 1 Halbsatz 1 des Wohnraumförderungsgesetzes. Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum durch Neubau, Änderung, Nutzungsänderung oder Erweiterung von Gebäuden gerichtet. Die Zielgruppen sind einkommensschwache Haushalte, die über Einkommensgrenzen definiert werden und deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss.

#### **Formen der Betrauung**

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Verwaltungsakt.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer beträgt entsprechend der Richtlinie gebundener Mietwohnraum 15 Jahre.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die soziale Wohnraumförderung ist objektbezogen angelegt. Die Förderung erfolgt in Form von Zuschüssen zur Reduzierung der Mieten und wird baubegleitend ausbezahlt.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wird eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex-ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme werden Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so festgelegt, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleichen. Ausgeglichen werden die mit der Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktmietenniveau, der mit den Belegungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mieterbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die erhöhten Aufwendungen durch Beratungen zur sozialen Wohnraumförderung. Dabei werden die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse bezüglich Höhe der Angebotsmieten (gestützt auf verfügbare Daten) berücksichtigt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

In den Förderprogrammen werden allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen. Zu den typischen Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die



Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmieter\*innen wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können (u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen). Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 53.890,00 €

2019: 5.055.925,94 €

#### e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

##### [Altenpflegeheim GmbH \(Stadt\)](#)

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Stadt ist auf Grund § 53 AsylG i. V. m. § 3 Sächs. Flüchtlingsaufnahmegesetz sowie der Richtlinie „Flüchtlingswohnungen“ vom 30.03.2015 zur Unterbringung von Flüchtlingen nach Stellung eines Asylantrages verpflichtet.

Das Unternehmen wurde in Umsetzung von § 3 Sächs. Flüchtlingsaufnahmegesetz mit der Bereitstellung von Wohnraum für Asylbewerber als eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut. Das Unternehmen musste dazu seine Bestandsimmobilie sanieren.

### ***Formen der Betrauung***

Gesonderter förmlicher Betrauungsakt vom 12.10.2016 auf der Grundlage des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 i. V. m. Mitteilung der Kommission vom 11.01.2012

### ***Betrauungsdauer***

zunächst 5 Jahre, bei Bedarf verlängerbar um weitere fünf Jahre, mithin max. 10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zahlung eines über der örtlichen Vergleichsmiete liegenden Mietzinses zur Refinanzierung von Sanierungskosten.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Mietzinszahlung auf der Grundlage der Höhe des von dem Unternehmen zur Refinanzierung für die Sanierung als Darlehen aufgenommenen Betrags geteilt durch die Anzahl der Monate der Betrauung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Zweckbindung, Prüfung jährlich zu erstellender Verwendungsnachweise und Rückzahlungsverpflichtung bei etwaiger Überkompensation.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Im Jahr 2016 einmalig 5,3 Mio. €, in den Jahren 2018 und 2019 keine Zahlungen außerhalb der Mietzinszahlung

2018: keine Zahlungen

2019: keine Zahlungen

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Förderung dient zum einen der kontinuierlichen Beteiligung an berufsbezogener (Weiter-) Bildung im beruflichen Lebenslauf, um neuen Anforderungen, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien, wachsenden Ansprüchen an die Qualifikation der Arbeitskräfte oder die zunehmende Bedeutung des Umwelt- und Ressourcenschutzes gerecht zu werden.

Zum anderen dient die Förderung der beruflichen Weiterbildung der Erhaltung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit. Mit der Förderung werden betriebliche und individuell-berufsbezogene Bildungsaktivitäten zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitskräften und Arbeitgebern an den Wandel unterstützt. Gleichzeitig werden Anreize für eine berufliche Weiterbildung gesetzt.

Der DAWI-Beschluss wird für folgende Fördergegenstände der Richtlinie als Rechtsgrundlage verwendet.

- Duale Berufsausbildung
  - Zusatzqualifikationen
- JobPerspektive Sachsen
  - Berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen und Benachteiligten
  - Qualifizierung von Arbeitslosen zu einem anerkannten Berufsabschluss
  - Individuelle Einstiegsbegleitung
  - Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen
  - Eignungsfeststellung, Begleitung und Koordinierung
- Weitere Vorhaben zur Förderung von beruflicher Bildung, Fachkräfteentwicklung und Beschäftigungschancen
  - Innovative Vorhaben, Modell- und Transfervorhaben, Studien

***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer ist auf den Bewilligungszeitraum beschränkt.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wurde für den Ausgleich die Kostenallokationsmethode angewendet.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Überkompensationskontrolle wird im Rahmen der regulären Antrags-, der Zwischenverwendungsnachweis- und der Endverwendungsnachweisprüfungen vorgenommen. Es werden nur projektbezogen angefallene und tatsächlich getätigte Ausgaben erstattet. Sind Pauschalen umfasst, so entsprechen diese der jeweils zu Grunde liegenden Dokumentation zur Herleitung und Nachweisführung.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

	2018		2019	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Zusatzqualifikationen	119	453.000 EUR	132	583.000 EUR
Innovative Modellvorhaben	7	59.000 EUR	17	10.831.000 EUR
JobPerspektive Sachsen	89	20.963.000 EUR	51	15.293.000 EUR
<b>Gesamt</b>	<b>215</b>	<b>21.475.000 EUR</b>	<b>200</b>	<b>26.707.000 EUR</b>

### **[RL Sozialer Arbeitsmarkt \(Land\)](#)**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Förderung des individuellen Coaching (betrifft diverse Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die i. R. einer Teilnahme an einer Maßnahme zur Eingliederung in die Arbeit vorgenommen werden)

- Förderung von Betriebsakquisiteuren (bezieht sich auf Aufwendungen der Akquisiteure im Zshg. mit Einwerbungs-, Beratungs- und Konzeptionierungsaktivitäten)
- Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (bezieht sich auf zusätzlichen Anleitungs-, Betreuungs- und Verwaltungsaufwand bei der Durchführung von Arbeitsverhältnissen)
- Förderung von Gemeinwohlarbeit 58 plus (bezieht sich auf Mehraufwendungen zur Durchführung von Maßnahmen, die sich an erwerbsfähige Leistungsbezieher im Alter ab 58 Jahren richten, und der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt dienen)
- Förderung innovativer Ansätze (betrifft weitere Maßnahmen sowie Modellprojekte, die zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit beitragen)

### ***Formen der Betreuung***

Die Betreuung erfolgt mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

### ***Betreuungsdauer***

Die Betreuungsdauer ist auf den Projektdurchführungszeitraum beschränkt.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wurde für den Ausgleich die Kostenallokationsmethode angewendet.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 647.000 EUR (4 Bewilligungen)

2019: 0 (keine Bewilligungen)

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

keine

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

keine

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

- i) Postdienstleistungen

keine

## ii) Energie

### Land

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Erfüllung insbesondere folgender Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Rahmen des Gesellschaftszwecks:

- Durchführung unabhängiger Initialberatungen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien
- Entwicklung von Beiträgen zu Strategien im Bereich des Klimaschutzes und einer zukunftsfähigen Energieversorgung und Information durch Erstellung regelmäßiger Berichte, Statistiken und Übersichten zum Stand der Energieeffizienz und des Einsatzes erneuerbarer Energien
- Unterstützung von Antragstellern im Vorfeld der Vergabe von Fördermitteln im Bereich der Energieeffizienz, des Klimaschutzes und des Einsatzes erneuerbarer Energien
- Initiierung, Beförderung und Begleitung des Aufbaus von Netzwerken, durch die die Information und der Erfahrungsaustausch in den Zielgruppen intensiviert und damit ein Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen geleistet werden
- Aufbau geeigneter Weiterbildungsprogramme, sogenannter Impulsprogramme, und Durchführung zielgruppenspezifischer Kampagnen, durch die die rationelle Energieverwendung und der Einsatz erneuerbarer Energien insbesondere in Unternehmen, im Bausektor, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich verstärkt werden sollen

#### ***Formen der Betrauung***

Gesellschafterbeschluss

#### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre ab dem 03.10.2017

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

jährliche Vorlage der Abrechnung des Wirtschaftsplans und deren Prüfung durch den Jahresabschlussprüfer nach Vorliegen der Schlussrechnung, Prüfung der sachgerechten Verwendung der Ausgleichszahlung und gegebenenfalls Rückforderung einer Überkompensation

### ***Transparenzanforderungen***

trifft nicht zu

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 2.380.000,00 €

2019: 2.280.000,00 €

#### iii) Müllabfuhr

keine

#### iv) Wasserversorgung

keine



v) Kultur

## **Theater**

### Stadt

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

##### ***Unternehmen 1)***

Betreibung und Unterhaltung eines Theaters insbesondere zur Wiedergabe von Bühnenwerken aller Kunstgattungen im Bereich des Musik-, Sprech- und Tanztheaters sowie zur Darbietung von einzelnen Musik-, Theater- und Tanzstücken sowie Lesungen und sonstigen Veranstaltungen im kulturellen Bereich jeweils zur Förderung der der Stadt obliegenden kulturellen Aufgaben.

##### ***Unternehmen 2)***

Erwerb, Sanierung, Modernisierung und Instandsetzung sowie Vermietung, Verpachtung und Bewirtschaftung von Immobilien, dadurch die Bereitstellung kultureller Angebote im Bereich der ernsten und unterhaltenden Musik (E- und U-Musik) sowie der Operettenmusik, kommunaler Bibliotheksdienstleistungen, sonstiger kultureller Theater- und Kabarettangebote sowie touristischer Informationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit zu gewährleisten und den Nutzern/Besuchern damit ein breites kulturelles Angebot im Rahmen der Daseinsvorsorge zu bieten.

#### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

#### ***Betrauungsdauer***

1 bis 2 Jahre

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt

#### ***Beihilfeinstrumente***

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten, als Verzicht auf eine kostendeckende Miete, Verzicht auf angemessene Rendite für Kapitaleinlagen zur Finanzierung von investiven Maßnahmen und für Sacheinlagen (Immobilien) sowie auf Bürgschaftsentgelt.

## **Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation von mehr als 10 % der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von max. 10 % wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

### **Transparenzanforderungen**

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

#### Unternehmen 1

<b>2018</b>	<b>2019</b> (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
<b>Gesamtbetrag gewährte Beihilfen</b>	
913 TEuro	991 TEuro
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Bürgschaft usw.)</b>	
Kapitaleinlage zum Verlustausgleich 835 TEuro  Verzicht auf kostendeckende Miete 78 TEuro	Kapitaleinlage zum Verlustausgleich 913 TEuro  Verzicht auf kostendeckende Miete 78 TEuro
<b>Zusätzliche – ggf. geschätzte - quantitative Informationen</b> (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)	
Größe der Unternehmen (Eigengesellschaft): <ul style="list-style-type: none"><li>• Umsatz: 374 TEuro</li></ul> Beschäftigte: 10	Größe der Unternehmen (Eigengesellschaft): <ul style="list-style-type: none"><li>• Umsatz: 366 TEuro</li></ul> Beschäftigte: 11

## Unternehmen 2

<b>2018</b>	<b>2019</b> (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
<b>Gesamtbetrag gewährte Beihilfen</b>	
4.875 TEuro	5.689 TEuro
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Bürgschaft usw.)</b>	
Verzicht auf angemessene Rendite für Kapital- und Sacheinlage 4.478 TEuro	Verzicht auf angemessene Rendite für Kapital- und Sacheinlage 5.292 TEuro
Verzicht auf Bürgschaftsentgelt 397 TEuro	Verzicht auf Bürgschaftsentgelt 397 TEuro
<b>Zusätzliche – ggf. geschätzte - quantitative Informationen</b> (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)	
Größe der Unternehmen (Eigengesellschaft): <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsatz: 9.612 TEuro</li> <li>• Beschäftigte: 29</li> </ul>	Größe der Unternehmen (Eigengesellschaft): <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsatz: 13.639 TEuro</li> <li>• Beschäftigte: 31</li> </ul>

### vi) Finanzdienstleistungen

keine

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

## **Veranstaltungshallen/Veranstaltungen**

### Stadt

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betreibung der Stadthalle, des Konzert- und Ballhauses und einer Freilichtbühne,  
Organisation von Veranstaltungen und Messen

#### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt (Bescheid)

#### ***Betrauungsdauer***

Kalenderjahr

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

#### ***Beihilfeinstrumente***

Verlustausgleichszahlungen

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

#### ***Transparenzanforderungen***

nicht zutreffend

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 954.750,00 EUR

2019: 1.059.170,00 EUR

## Messe GmbH (Stadt)

### 1) Gesellschafter (Land)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Ausrichtung, Leitung und Verwaltung der Messe und weiterer gemeinwohlorientierter Veranstaltungen sowie Erbringung aller sonstigen gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, die nach dem Ermessen der Messe GmbH zur Verwirklichung der ihr gemäß Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben erforderlich sind

Vermietung, Verpachtung, Verwaltung und sonstige Nutzung von Immobilien, insbesondere der im Eigentum oder Besitz der Messe GmbH oder ihrer Tochtergesellschaften stehenden Immobilien, sowie mit der Erbringung von allen sonstigen gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, die nach dem Ermessen der Messe Gastveranstaltungen GmbH zur Verwirklichung der ihr gemäß Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben erforderlich sind

#### **Formen der Betrauung**

Vertrag

#### **Betrauungsdauer**

10 Jahre ab dem 14.12.2017

#### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

keine

#### **Beihilfeinstrumente**

Zuschüsse

#### **Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

#### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Ausgleichszahlung innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des jeweiligen Wirtschaftsjahres, Prüfung des Nachweises durch die betrauenden Stellen und gegebenenfalls Rückzahlung von festgestellten Überkompensationen

## **Transparenzanforderungen**

trifft nicht zu

### **2) Gesellschafter (Stadt)**

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Aufgaben der Wirtschafts- und Strukturförderung durch Ausrichtung, Leitung und Verwaltung von Messen und weiterer gemeinwohlorientierter Veranstaltungen, die zur Verwirklichung der nach Gesellschaftsvertrag übertragenen öffentlichen Aufgaben erforderlich sind.

#### **Formen der Betrauung**

Betrauungsvertrag aus 2017 zur ergänzenden Betrauung der Messe GmbH und der Messe Gastveranstaltungen GmbH mit DAWI.

#### **Betrauungsdauer**

10 Jahre.

#### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

keine

#### **Beihilfeinstrumente**

Jährliche Ausgleichszahlungen auf der Basis von Nettokosten zur Deckung des nachzuweisenden operativen und investiven Finanzbedarfes im Zusammenhang mit der Erbringung von Wirtschafts- und Strukturförderungsleistungen.

#### **Ausgleichsmechanismus**

Ausgleichsfähig sind nur Nettokosten, die dem betrauten Unternehmen aufgrund der Erbringung von DAWI entstehen. Berechnungsmechanismus im Betrauungsakt festgelegt.

#### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Trennungsrechnungen, Höchstbetragsbegrenzung, Zweckbindung der Ausgleichszahlungen, jährliche Verwendungsnachweise, Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation.

### **Transparenzanforderungen**

Die auf die Stadt entfallenden Zahlungen sind im grundsätzlich öffentlich zugänglichen Haushaltsplan des jeweiligen Jahres ausgewiesen.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

1) + 2)

#### Messe GmbH

Die Gesellschafter der Messe GmbH haben an die Gesellschaft für das Geschäftsjahr

2018: insgesamt 8,8 Mio. EUR (davon 2 Mio. EUR für investive Maßnahmen).

2019: insgesamt 7 Mio. EUR (davon 2 Mio. EUR für investive Maßnahmen) gezahlt.

Jeder Gesellschafter leistet Zahlungen aus seinen Haushalten jeweils davon hälftig.

#### Messe Gastveranstaltungen GmbH

2018: --

2019: --

## **Wirtschaftsförderung**

### Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Stadt)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Durch die Zuwendung wird die Zuwendungsempfängerin im öffentlichen Interesse, insbesondere im Interesse der Wirtschaftsförderung sowie der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt und der Attraktivität der Stadt als Wohnort, allgemein in die Lage versetzt, gemäß ihrem Satzungszweck die Förderung der Wirtschaft und die damit zusammenhängende Entwicklung in der Stadt vornehmlich durch Gewerbe- und Industrieansiedlung, Standortmarketing im In- und Ausland, Beratung und Betreuung der ansässigen Wirtschaft sowie Planungen und Maßnahmen zur Verbes-

serung des Wirtschaftsstandortes durchzuführen. Dies betrifft zudem die Förderung des Tourismus in der Stadt, insbesondere die Planung und Durchführung von Veranstaltungen, Tagungen, Kongressen und Events jeder Art und anderen diesen Zwecken dienender Veranstaltungen sowie die Vermittlung touristischer Leistungen zur Förderung des Tourismus in der Stadt. Des Weiteren kann die Gesellschaft alle gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, die zur Verwirklichung dieser satzungsmäßigen Aufgaben erforderlich sind, realisieren.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

### ***Betrauungsdauer***

Jeweils für ein Jahr, keine Betrauung über 10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

- institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form eines echten, nicht rückzahlbaren Zuschusses
- Alle eigenen Mittel und alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Beiträge und Spenden) der Zuwendungsempfängerin sind als Deckungsmittel für alle Aufwendungen einzusetzen. Der Wirtschaftsplan ist verbindlich.
- Die Zuwendungsempfängerin ist verpflichtet, verfügbare öffentliche Zuweisungen, gesetzliche Auszahlungen und Fördermittel rechtzeitig und in größtmöglichem Umfang für sich selbst zu beantragen.
- Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtaufwendungen für die geförderten öffentlichen Aufgaben oder erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung.



### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

- Auszahlung der Zuwendung in Teilbeträgen auf Anforderung der Zuwendungsempfängerin mit Nachweis des Liquiditätsbedarfes
- quartalsweise Berichterstattung in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung über den Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung (Plan-Ist-Vergleich).
- Zuwendung unter Vorbehalt, dass keine Überkompensierung für die Erledigung der Gemeinwohlverpflichtung erfolgt
- Vorlage eines Verwendungsnachweises im Rahmen des Jahresabschlusses der Zuwendungsempfängerin sowie ggf. mit gesonderter Anlage (bei Durchführung von nicht zuwendungsfähige DAWI-Nebengeschäften, zahlenmäßiger Nachweis erfolgt auf Grundlage des testierten Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht) und Trennungsrechnung
- Wird eine Überkompensierung festgestellt, so ist diese grundsätzlich an die Stadt zurückzuzahlen. Die Beträge sind als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt darzustellen. Für den Fall, dass die Überkompensation den durchschnittlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, kann sie auf den nächstfolgenden Bewilligungszeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

### **Transparenzanforderungen**

Trifft nicht zu, da Beihilfen unter 15 Mio. €

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 1.740.000,00 € als institutionelle Förderung

2019: 1.940.000,00 € als institutionelle Förderung

### [Wirtschaftsförderung GmbH – Unternehmen \(Freistaat Sachsen\)](#)

#### a) Gesellschafter

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Erfüllung insbesondere folgender Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Rahmen des Gesellschaftszwecks:

- Durchführung von Absatzförderungsmaßnahmen im In- und Ausland, Vermittlung von Informationen und Kontakten im Zusammenhang mit der Erschließung von In- und Auslandsmärkten,
- Akquisition, Beratung, Betreuung und Vermittlung von Unternehmen, die sich in Sachsen ansiedeln wollen,
- Durchführung von Standortwerbung für den Freistaat Sachsen im In- und Ausland,
- Betreuung von ausländischen Wirtschaftsdelegationen,
- Zusammenarbeit mit anderen ausländischen Gesellschaften und Institutionen ähnlicher Aufgabenstellung

### ***Formen der Betreuung***

Vertrag

### ***Betreuungsdauer***

10 Jahre ab dem 01.01.2016

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

jährliche Vorlage der Abrechnung des Wirtschaftsplans und deren Prüfung durch den Jahresabschlussprüfer nach Vorliegen der Schlussrechnung, Prüfung der sachgerechten Verwendung der Ausgleichszahlung und gegebenenfalls Rückforderung einer Überkompensation

### ***Transparenzanforderungen***

trifft nicht zu

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 5.989.668,83 €

2019: 5.843.148,14 €

### ***b) Einzelprojekte***

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Wirtschaftsförderung (u.a. Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen, internationale Bekanntmachung der Standortvorteile des Freistaates Sachsen)

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Vertrag.

#### ***Betrauungsdauer***

5.10.2016 bis 31.12.2020 bzw. 1.10.2015 bis 31.12.2020

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Dem Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise. Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Ausgleichszahlungen im Rahmen der Jahresabschlussprüfung.

Wird eine Überkompensation der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen.

#### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 544.117 €

2019: 713.832 €

### ***c) Einzelprojekte***

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Unterstützung von Unternehmen, Clusterorganisationen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Bereich Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft insbesondere durch

- a) Absatzförderungsmaßnahmen im In- und Ausland, insbesondere auch die Organisation und Durchführung von bzw. Teilnahme an überregionalen und branchenspezifischen Messen, Ausstellungen und Konferenzen,
- b) Vermittlung von Kontakten und Bereitstellung von Informationen im Zusammenhang mit der Erschließung von In- und Auslandsmärkten,
- c) branchenbezogene Standortwerbung im In- und Ausland,
- d) Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, die auf eine verstärkte Kooperation, den Technologietransfer, die Fachkräftegewinnung und Weiterbildung sowie die Information der Öffentlichkeit zielen,
- e) Vermittlung von Kontakten zur Vorbereitung gemeinsamer FuE- oder Technologietransfermaßnahmen,
- f) Initiierung und Begleitung von überregionalen Projekten im Rahmen von Programmen und Wettbewerben des Bundes sowie zur internationalen Zusammenarbeit im Rahmen von Initiativen der Europäischen Union, z. B. INTER-REG.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt in Form eines Geschäftsbesorgungsvertrags

### ***Betrauungsdauer***

31.12.2018 bis 31.12.2020;

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

Ausgleichszahlung

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

getrennte Buchführung, detaillierte Rechnungslegung, Rückzahlung im Falle von Überkompensation

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 156.000 Euro

2019: 220.000 Euro

## Wirtschaftsförderung Unternehmen (Landkreis)

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Region durch die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung der einheimischen Wirtschaft und zur Ansiedlung neuer Unternehmen sowie der Entwicklung der Infrastruktur.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

Zuschuss – maximal in Höhe des Fehlbetrages bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgabe im jeweiligen Wirtschaftsjahr

Zuwendungsbescheid – institutionelle Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung

Bürgschaft; Liquidationsdarlehen

### ***Betrauungsdauer***

1 Jahr

Bürgschaft auf 2000

Bürgschaft für Aufnahme eines zinsgünstigen Kontokorrentkredites im Bedarfsfall sowie Liquiditätsdarlehen um Liquidität des Unternehmens aufgrund der Vorfinanzierung von überwiegend durch EU-Mittel geförderte regionale Wirtschaftsprojekte zu sichern

Liquiditätsdarlehen 4 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

***keine***

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse , Liquiditätsdarlehen; Bürgschaft

### ***Ausgleichsmechanismus***

Anwendung der Kostenallokationsmethode;

durch Zahlung eines Zuschusses (Ratenzahlung) zur Deckung der Kosten (Aufwendungen die dem Zuwendungszweck dienen), die bei der Erbringung der Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen entstehen

Inanspruchnahme der Bürgschaft für die Aufnahme eines Kontokorrentkredites bei einem vorübergehenden Liquiditätsbedarf

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Festlegungen im Zuwendungsbescheid: zweckgebunden, Rückforderungsanspruch bei nachträglicher Ermäßigung oder Änderung der Finanzierung; Mitteilungspflicht bei Änderung der Umstände, höhere Erträge, niedrigere Aufwendungen, Aufnahme weiterer Tätigkeiten; quartalsweise Berichterstattung über Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung an Zuwendungsgeber; Abgabe Verwendungsnachweis; im Verwendungsnachweis Bestätigung der Erfüllung des Verwendungszweckes und der Ordnungsmäßigkeit der nachgewiesenen Aufwendungen durch einen Wirtschaftsprüfer.

Festgestellte Überkompensationen sind grundsätzlich anteilig zurückzuzahlen. Verzinsung Erstattungsanspruch nach § 1 SächsVwVfZG i.V.m. § 49a VwVfG.

### **Transparenzanforderungen**

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

#### 2018

300.000,00 EUR	institut. Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung
900.000,00 EUR	Liquiditätsdarlehen
153.387,56 EUR	Bürgschaft

#### 2019

300.000,00 EUR	institut. Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung
900.000,00 EUR	Liquiditätsdarlehen
153.387,56 EUR	Bürgschaft

### [Invest Region GmbH](#)

#### Landkreis 1+ Landkreis 2

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Bereitstellung einer gebündelten Wirtschaftsförderung für die Region zur Sicherung und Steigerung des wirtschaftlichen und sozialen Wohls der Einwohner der Region durch Durchführung von Standortmarketing und Investorenwerbung, Anwerbung von Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen sowie Unterstützung und Betreuung regionaler und überregionaler Vernetzung mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern

### **Formen der Betrauung**

Dienstleistungsvertrag zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft

### ***Betrauungsdauer***

- 01.01.2016 bis 31.12.2018 (Fassung vom 17.11.2015)
- 01.01.2019 bis 31.12.2019 (Fassung vom 19.12.2018)
- Option der Verlängerung

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

- Vergütung oder Eigenkapitalzuführungen, Darlehensgewährung, Gewährung von Sicherheiten sowie weiteren Maßnahmen, die den Charakter einer Ausgleichsleistung haben

### ***Ausgleichsmechanismus***

- Gesellschaft erhält grds. Vergütung auf Grundlage jährlich festgelegter Ziele im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzplanung und auf dieser aufbauenden Marketingplanung
- Begrenzung der Höhe des jährlichen Vergütungsbetrages, wobei die Höhe im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung festgelegt wird und sich auf Basis der geschätzten Kosten aus dem laufenden Geschäftsbetrieb ergibt
- ausgeglichen werden insbesondere Sockelbeträge für fixe Sachkosten, wie Personalkosten, und für Kosten allgemeiner Maßnahmen zur Erfüllung des Vertragsgegenstandes (Marketingkosten) sowie ein Betrag für Kosten maßnahmekonkreter Projektleistungen zur Erfüllung des Vertragsgegenstandes (Einzelprojekte)
- Ausgleich kann auch durch Eigenkapitalzuführungen, Darlehensgewährung, Gewährung von Sicherheiten sowie weiteren Maßnahmen, die den Charakter einer Ausgleichsleistung haben, erfolgen, wenn dies in der jährlichen Wirtschaftsplanung festgelegt ist und ein Ausgleichbetrag von max. 15 Mio. Euro im Jahr nicht überschritten wird
- Vergütungsbetrag wird entsprechend der jeweiligen Gesellschafteranteile aufgeteilt und quartalsweise auf der Grundlage entsprechender Rechnungslegung durch die Gesellschafter gezahlt



### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Erstellung einer Trennungsrechnung aus der Erfolgsplanung des Planjahres und der testierten Gewinn- und Verlustrechnung, d.h. Kosten und Einnahmen in Zusammenhang mit der Erbringung der DAWI sind getrennt von allen anderen Aufgaben und Dienstleistungen auszuweisen
- Nachweis der Mittelverwendung durch die Geschäftsführung nach Ende der Vertragslaufzeit im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2018, wobei die Testierung durch die Wirtschaftsprüfer notwendig ist
- bei Nichtaufbrauch der gewährten Mittel der Gesellschafter über die Gesamtvertragslaufzeit besteht eine Rückzahlungsverpflichtung der Gesellschaft ggü. den Gesellschaftern
- Vortragsrecht bei Überschreitung des Gesamtvergütungsbetrages einschließlich eines angemessenen Gewinns in Höhe von maximal 10% des zulässigen Gesamtvergütungsbetrages während der gesamten Vertragslaufzeit unter Anrechnung auf das Folgejahr bei Fortsetzung des Vertrages

### ***Transparenzanforderungen***

- quartalsweise Berichterstattung über Liquiditätsstatus unter Erstellung einer Liquiditätsprognose und Erfüllung der DAWI-Leistungen
- Unterlagen und Mittelverwendungsnachweise sind durch Gesellschaft 10 Jahre aufzubewahren

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 378.065,28 EUR (189.032,64 EUR + 189.032,64 EUR)

2019: 456.451,26 EUR (228.225,63 EUR + 228.225,63 EUR)

### **3) Stadt**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Die Invest Region GmbH ist eine Gesellschaft der Stadt (51%), der Industrie- und Handelskammer (19%) sowie der Landkreise (15%) und (15%). Die Gesellschafter sind zur kommunalen Wirtschaftsförderung berechtigt bzw. verpflichtet und übertragen diese Gemeinwohlverpflichtung auf die GmbH. Gegenstand dieser Gemeinwohl-

verpflichtung ist die Bereitstellung einer gebündelten Wirtschaftsförderung für die Region zur Sicherung und Steigerung des wirtschaftlichen und sozialen Wohls der Einwohner der Region. Dazu soll die Gesellschaft Standortmarketing und Investorenwerbung durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und betreuen sowie die Vernetzung innerhalb der Region und überregional unterstützen.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt über einen Dienstleistungsvertrag und die daraus resultierende Finanzierungsvereinbarung. Hierin sind Leistungsumfang sowie Höhe und Zeitpunkt der Auszahlungen geregelt.

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre werden derzeit nicht überschritten.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Dem Unternehmen werden keine besonderen oder ausschließlichen Rechte eingeräumt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Die GmbH erhält auf Basis des Dienstleistungsvertrages eine Vergütung zum Ausgleich der mit der Erbringung der DAWI entstehenden Aufwendungen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die Zahlung wird auf Grundlage des Finanzierungsplanes geleistet, der gemäß Dienstleistungsvertrag jährlich im Voraus aufgestellt wird (Nettokostenausgleich).

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt zu den im Vertrag festgelegten Terminen quartalsweise nach ordnungsgemäßer Rechnungslegung. Die Vergütung wird auf einen jährlichen Betrag begrenzt. Von der Zahlung ist ein Abschlag von 10% einzuhalten und erst nach Abrechnung der Projektleistungen zu zahlen. Die Verwendung der Mittel ist mit dem Ablauf der Vertragslaufzeit (hier mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2018) nachzuweisen und durch einen Wirtschaftsprüfer zu testieren. Sollten die Mittel nicht aufgebraucht werden, sind diese an die Gesellschafter zurückzuzahlen. Zudem ist quartalsweise Bericht zu erstatten.

### **Transparenzanforderungen**

Trifft hier nicht zu, der Ausgleichsbetrag ist auf unter 15 Mio. € begrenzt.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 728.560,50 EUR

2019: 728.571,43 EUR

### EEN/ Patentinformationszentren (Land)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

##### *1. European Enterprise Network:*

Gefördert werden auf der Grundlage von Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1287/2013 und der jeweiligen EEN-Ausschreibung die Beratung, Unterstützung und Information von KMU im Freistaat Sachsen, die Unterstützung von KMU im Freistaat Sachsen bei der Anbahnung grenzüberschreitender Partnerschaften für Unternehmenskooperation, Technologietransfer, Innovation und Forschung sowie die Bekanntmachung und Weiterentwicklung des Netzwerks und seiner Dienstleistungen.

##### *2. Patentinformationszentren*

Gegenstand der Förderung ist die Unterstützung von einzelnen Angeboten der Patentinformationszentren, die insbesondere KMU zugutekommen sollen. Dazu gehören Informationen zu den Anmeldeverfahren, zum Schutzrechtsdaten- und Schutzrechtsmanagement, zur Schutzrechtsbe- und -verwertung, zu Durchsetzungsmöglichkeiten von Schutzrechten sowie zur Abwehr von Produkt- und Markenpiraterie. Weitere Dienstleistungen sind die Organisation von Erfindererstberatungen durch Patentanwälte, die Durchführung von Auftragsrecherchen, individuelle Rechercheunterstützung in den PIZ oder online sowie die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zum gewerblichen Rechtsschutz und angrenzenden Themen

### **Formen der Betrauung**

Die Betrauung erfolgt mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

### ***Betrauungsdauer***

Der Betrauungszeitraum entspricht dem Projektdurchführungszeitraum (max. 5 Jahre)

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wurde für den Ausgleich die Kostenallokationsmethode angewendet.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise.

Wird eine Überkompensation von mehr als 10% der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von maximal 10% wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

	<b>2018</b>		<b>2019</b>	
	<b>Anzahl</b>	<b>Betrag</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Betrag</b>
Patentinformationszentren	2	148.000 EUR	1	16.000 EUR
European Enterprises Network (EEN)	0	0	1	235.000 EUR
<b>Gesamt</b>	<b>2</b>	<b>148.000 EUR</b>	<b>2</b>	<b>251.000 EUR</b>

## Landkreis

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft des Landkreises

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre und 6 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

keine

### ***Ausgleichsmechanismus***

Anwendung der Kostenallokationsmethode;

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über den Verwendungsnachweis.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018            747.900,00 EUR

2019            751.960,00 EUR

# **Tourismus**

## **Stadt 1**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Tourismusförderung - Leistungen des Tourismusvereins wie bspw. Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätsentwicklung; Lösung touristischer Entwicklungs- und Infrastrukturprobleme

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsvertrag

### ***Betrauungsdauer***

01.01.2019 bis 31.12.23

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Jährlicher detaillierter Verwendungsnachweis, Zahlenmäßiger Kostennachweis

### ***Transparenzanforderungen***

Veröffentlichung in den Medien, Beratung und Beschluss durch den Stadtrat in öffentlicher Sitzung

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 50.000 €

2019: 50.000 €

## Stadt 2

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrieb einer Tourist-Information; Angebot und Vermittlung touristischer Leistungen

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt (Bescheid)

### ***Betrauungsdauer***

Kalenderjahr

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Verlustausgleichszahlung

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

### ***Transparenzanforderungen***

nicht zutreffend

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 308.400,00 EUR

2019: 324.840,00 EUR

## Stadt 3

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Bereitstellung touristischer Einrichtungen

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichszahlungen; Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

jährliche Kontrollen durch Jahresabschluss und Spartenrechnung

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 201.000 EUR  
(davon ca. 40 TEUR Zuschuss p.a.; Rest Ausgleichszahlung)

2019: (noch keine Angaben möglich) EUR

### **[Marketing GmbH \(Stadt 4\)](#)**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Erhöhung der touristischen Anziehungskraft und Profilierung der Stadt als Kunst- und Kulturstadt, Kongress- und Tagungsdestination, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie Metropole im Grünen mit reizvollem Umland bei gleichzeitiger Förderung eines sozial- und umweltverträglichen Tourismus und damit Verbesserung des Images sowie deren Positionierung im Tourismussektor als kommunale Wirtschaftsförderung im öffentlichen Interesse.



### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

### ***Betrauungsdauer***

1 bis 2 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt

### ***Beihilfeinstrumente***

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation von mehr als 10 % der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von max. 10 % wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<b>2018</b>	<b>2019</b> (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
<b>Gesamtbetrag gewährte Beihilfen</b>	
2.852 TEuro	2.852 TEuro
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Bürgschaft usw.)</b>	
Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 2.852 TEuro	Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 2.852 TEuro
<b>Zusätzliche – ggf. geschätzte - quantitative Informationen</b> (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)	
Größe des Unternehmens (Eigengesellschaft): <ul style="list-style-type: none"><li>• Umsatz: 547 TEuro</li><li>• Beschäftigte: 19</li></ul>	Größe des Unternehmens (Eigengesellschaft): <ul style="list-style-type: none"><li>• Umsatz: 612 TEuro</li><li>• Beschäftigte: 20</li></ul>

[Tourismus und Marketing GmbH \(Wirtschafts-, Standort-, und Tourismusmarketing\)](#)  
(Stadt 5)

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Die Mittel sind zweckgebunden zur Förderung des Tourismus-, Standort-, und Wirtschaftsmarketings in der Stadt und der Region zu verwenden.

### **Formen der Betrauung**

Die Betrauung erfolgt über eine Zuwendung.

Der Zuwendungsbescheid ist zugleich Betrauungsakt gemäß Artikel 4 des Beschlusses der Kommission 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (nachfolgend „DAWI-Freistellungsbeschluss“), ABl. EU vom 11. Januar 2012, Nr. L 7, S. 3 ff.).

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre werden nicht überschritten.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

Der Ausgleich erfolgt typischerweise durch Zuschüsse, teilweise auch über Kredite und Bürgschaften. In der Regel wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

### ***Transparenzanforderungen***

Trifft hier nicht zu, der Ausgleichsbetrag ist auf unter 15 Mio. € begrenzt.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Der Finanzierungsanteil der Gesellschafter an der jährlichen Gesamtsumme orientiert sich an der Höhe der Gesellschafteranteile (Stadt 51%).

2019: 4.509.803,92  
(davon 2.300.000,00 EUR von der Stadt)

### **Land**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

touristische Vermarktung des Freistaates Sachsen

### ***Formen der Betrauung***

Rahmenvertrag zwischen Freistaat Sachsen und der Gesellschaft mbH

**Betrauungsdauer**

10 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

keine

**Beihilfeinstrumente**

Zuschuss

**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Auftragnehmerin: Trennungsrechnung (DAWI/ Nicht-DAWI), Nachweis über Verwendung der Vergütung

Auftraggeberin: Prüfung der sachgerechten Verwendung der an die Auftragnehmerin gezahlten Vergütung, in Abhängigkeit des Prüfungsergebnisses ggfs. Rückforderung an Auftragnehmerin

**Transparenzanforderungen**

entfällt

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 5.386.537,00 €

2019: 6.421.617,00 €

[Kurbetriebsgesellschaft GmbH \(Landkreis + Stadt\)](#)**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

- Förderung der Region als Kur- und Erholungsgebiet und aller damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten
- die von der Gesellschaft wahrzunehmenden Aufgaben umfassen dabei

Betrieb einer Therapie- und Kurmittelabteilung der Stadt

Betrieb und Erhaltung des Spa inklusive:

- Badelandschaft
- Saunalandschaft
- Vital Center
- Seminar und Veranstaltungsbereich

Betrieb und Erhaltung eines Seminar- und Veranstaltungsbereiches inklusive Kursaal

Betrieb und Erhaltung der Garten- und Parklandschaft

### ***Formen der Betrauungen***

einseitiger Akt der Gesellschafter

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

- Recht zur Erzielung einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital; Rendite darf dabei aber nicht den relevanten Swap-Satz zuzüglich eines Aufschlags von 100 Basispunkten überschreiten; als relevanter Swap-Satz wird in diesem Zusammenhang nach dem Freistellungsbeschluss eine angemessene Rendite für eine risikofreie Investition für die Laufzeit der Betrauung angesehen

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuwendung, Gesellschafterbeiträge oder andere Begünstigungen, wie Kommunalbürgschaften

### ***Ausgleichsmechanismus***

- zum Ausgleich der im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI entstehenden Kosten und zur Sicherung der Tätigkeit der Gesellschaft können die Gesellschafter Zuwendungen beziehungsweise Gesellschafterbeiträge leisten; die Höhe der jeweiligen Beiträge der Gesellschafter richtet sich dabei nach der Höhe der Beteiligung an der Gesellschaft; abweichend dazu kann sich die Höhe des anteiligen Beitrages auch aus dem im Gesellschafterkreis vereinbarten Verteilerschlüssel ergeben; die Aufteilung nach abweichendem Verteilerschlüssel bedarf eines Gesellschafterbeschlusses; andere Begünstigungen

(z.B. Gewährung einer Kommunalbürgschaft) die diesem Ausgleich dienen sollen, sind im jeweiligen Jahres-Wirtschaftsplan oder anderweitig gesondert nachzuweisen.

- Höhe der Ausgleichsleistung ergibt sich aus einem entsprechenden Gesellschafterbeschluss auf Basis des Wirtschaftsplans des jeweiligen Jahres;
- kein Rechtsanspruch der Gesellschaft auf die Ausgleichsleistung
- Änderungen der Art und Höhe der Ausgleichsleistung bleiben den Gesellschaftern vorbehalten.
- unvorhersehbare Ereignisse aufgrund der Erbringung von DAWI, die zu höheren nicht gedeckten Kosten führen, werden nur in begründeten Ausnahmesituationen auf Antrag der Gesellschaft ausgeglichen; hierfür ist der Nachweis der Gesellschaft notwendig, dass solche höheren Kosten tatsächlich für die Erbringung von DAWI entstanden sind

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Ausgleichsleistungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der DAWI verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken („**Nettomehrkosten**“)
- Nettomehrkosten werden auf Basis aller Ist-Daten gemäß Wirtschaftsplan und Jahresabschluss der Gesellschaft ermittelt; hierfür werden die insgesamt anfallenden handelsrechtlichen Aufwendungen und Erträge erfasst und dann um die Aufwendungen und Erträge für die sonstigen Bereiche, die nicht zu den DAWI zählen, bereinigt
- jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres hat die Gesellschaft den Nachweis über die Verwendung der Mittel im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses zu führen
- Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI werden getrennt zu den sonstigen Bereichen, die nicht zu den DAWI zählen, geführt, wobei die Schlüsselung für die Zuordnung der anteiligen Gemeinkosten ist in dieser Trennungsrechnung durch die Gesellschaft zu erläutern ist
- jährlich erfolgt eine sog. beihilferechtliche Abrechnung, bei welcher die Nettomehrkosten zuzüglich der anteiligen Gemeinkosten und einer angemessenen

Rendite (auszugleichender Betrag) der auf das Prüfungsjahr entfallenden Ausgleichsleistungen gegenüber gestellt werden

- ergibt diese beihilferechtliche Abrechnung eine Überkompensierung von mehr als 10% des im Prüfungsjahr anzusetzenden auszugleichenden Betrages, so ist der Betrag, der 110% des auszugleichenden Betrages überschreitet, an die Gesellschafter (entsprechend der anteilmäßigen Verteilung ihrer Zuwendungen) zurückzuerstatten
- Überprüfung erfolgt durch Gesellschafter im Rahmen der jährlichen Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschluss, da die beihilferechtliche Abrechnung mit dem jeweiligen Jahresabschluss aufzustellen und den Gesellschaftern vorzulegen ist; zudem sind die Gesellschafter berechtigt sämtliche Unterlagen, Belege, etc. überprüfen zu lassen

### **Transparenzanforderungen**

- Nachweisverpflichtung der Gesellschaft über die Erstellung Jahresabschluss und beihilferechtliche Abrechnung

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

01.01.2018 – 31.12.2018	241.865,59 (176.887,96 EUR+64.977,61 EUR)
01.01.2019 - 31.12.2019	184.792,48 (117.805,22 EUR+66.987,26 EUR)
	(vorläufiges Ergebnis)

### Bewilligungen Land (15 Vorgänge)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Gefördert werden folgende Maßnahmen:

##### *Tourismusmarketing:*

- touristische Marketingmaßnahmen aus den Destinationen, die geeignet sind, vorrangig neue Gäste von außerhalb Sachsens zu gewinnen und das Image der Destinationen im In- und Ausland zu stärken;
- innovative Marketingmaßnahmen mit Wirkung außerhalb Sachsens, die der Umsetzung der touristischen Dachmarke Sachsens dienen;

- Maßnahmen der Marktforschung für die Destinationen.

#### *Destinationsentwicklung:*

- Maßnahmen, die geeignet sind, eine wettbewerbsfähige Destination entsprechend der jeweils aktuellen Tourismusstrategie zu entwickeln;
- Maßnahmen, die auf eine stärkere Nutzung von für den Tourismus zweckgebundener Finanzierungsinstrumente zielen;
- Maßnahmen zur Entwicklung grenzübergreifender Destinationen

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt jeweils mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

#### ***Betrauungsdauer***

Die typische Betrauungsdauer beträgt 1 Jahr (max. 14 Monate).

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

#### ***Beihilfeinstrumente***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Es wurde für den Ausgleich die Kostenallokationsmethode angewendet.

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise (entsprechend § 44a SäHO).

#### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 2.008.000 EUR (bei 15 Bewilligungen)

2019: 2.631.000 EUR (bei 14 Bewilligungen)



## **Sport**

### **Stadt 1**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betreibung und Unterhaltung eines Fußballstadions, von zwei Hallenbädern, einem Freibad jeweils einschließlich dazugehöriger Anlagen, Ausstattungen und Einrichtungen

#### ***Formen der Betrauung***

(1) Verwaltungsakt (Bescheid), (2) Betrauungsvertrag

#### ***Betrauungsdauer***

Kalenderjahr (1); 10 Jahre (2)

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

#### ***Beihilfeinstrumente***

Verlustrückzahlung

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

#### ***Transparenzanforderungen***

nicht zutreffend

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 2.721.211,00 EUR

2019: 2.734.667,00 EUR

## Stadt 2

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Gesundheitsvorsorge durch die Zurverfügungstellung öffentlicher Bäder und Naherholungsgebiete

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichszahlungen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

jährliche Kontrolle durch Jahresabschluss und Spartenrechnungen

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 688.000 EUR

2019: (noch keine Angaben möglich) EUR

## Bäder GmbH (Stadt 3)

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Planung, Bau, Betreibung und Unterhaltung der Hallenbäder und Freibäder sowie Durchführung aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte. Dazu gehören insbe-

sondere die Gewährleistung eines sicheren Badbetriebs aller Nutzergruppen – Öffentlichkeit, Schulen, Vereine – sowie die termingerechte Bereitstellung eines möglichst bedarfsgerechten Angebots für den Schul-Gesundheits-, Vereins-, Breiten und Leistungssport in allen Schwimmsportarten im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge

### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt

### ***Beihilfeinstrumente***

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten, zur Finanzierung von Investitionen.

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung), Führung einer Trennungsrechnung. Anhand der jeweiligen Jahresabschlüsse wird jeweils nach einem Dreijahreszeitraum festgestellt, ob eine Überkompensation erfolgte. In diesem Fall kann eine Überkompensation, die den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, auf das darauffolgende Kalenderjahr übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. Eine darüber hinaus verbleibende Überkompensation ist unverzüglich zurückzuzahlen.

### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<b>2018</b>	<b>2019</b> (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
<b>Gesamtbetrag gewährte Beihilfen</b>	
14.000 TEuro	14.500 TEuro
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Bürgschaft usw.)</b>	
Kapitaleinlagen für investive Zwecke 5.091 TEuro	Kapitaleinlagen für investive Zwecke 3.863 TEuro
Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 8.909 TEuro	Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 10.637 TEuro
<b>Zusätzliche – ggf. geschätzte - quantitative Informationen</b> (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen)	
Größe des Unternehmens (Minderheitsgesellschaft): <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsatz: 6.522 TEuro</li> <li>• Beschäftigte: 122</li> </ul>	Größe des Unternehmens (Minderheitsgesellschaft): <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsatz: 6.569 TEuro</li> <li>• Beschäftigte: 126</li> </ul>

### [Eissport und Freizeit GmbH \(Stadt 4\)](#)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Durch die Zuwendung wird die Zuwendungsempfängerin im öffentlichen Interesse, insbesondere im Interesse der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur allgemein in die Lage versetzt, gemäß ihrem Satzungszweck die Sicherung und Entwicklung des Freizeitsportangebotes für die Bürgerinnen und Bürger im Sport- und Kulturbereich sowie die Sportförderung auf den Gebieten des Breitensports, des Leistungssports und der Nachwuchsförderung im Stadtgebiet durchzuführen. Das Unternehmen betreibt die im Eigentum der Stadt befindlichen Grundstücke und aufstehenden Gebäude, einschließlich aller Nebenanlagen. Diese werden im Rahmen von kostenlosen Nutzungsverträgen zur Verfügung gestellt. Des Weiteren kann die Gesellschaft alle gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, die zur Verwirklichung dieser satzungsmäßigen Aufgaben erforderlich sind, realisieren.

## ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

## ***Betrauungsdauer***

Jeweils für ein Jahr, keine Betrauung über 10 Jahre

## ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

## ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse
- Unentgeltliche Leihe von Immobilien (Immobilien sind zur Erbringung der öffentlichen Aufgaben notwendig)

## ***Ausgleichsmechanismus***

- institutionelle Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form eines echten, nicht rückzahlbaren Zuschusses
- Alle eigenen Mittel und alle mit dem Zweckszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Beiträge und Spenden) der Zuwendungsempfängerin sind als Deckungsmittel für alle Aufwendungen einzusetzen. Der Wirtschaftsplan ist verbindlich.
- Die Zuwendungsempfängerin ist verpflichtet, verfügbare öffentliche Zuweisungen, gesetzliche Auszahlungen und Fördermittel rechtzeitig und in größtmöglichem Umfang für sich selbst zu beantragen.
- Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtaufwendungen für die geförderten öffentlichen Aufgaben oder erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung.

## ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Auszahlung der Zuwendung in Teilbeträgen auf Anforderung der Zuwendungsempfängerin mit Nachweis des Liquiditätsbedarfes
- quartalsweise Berichterstattung in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung über den Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung (Plan-Ist-Vergleich).

- Zuwendung unter Vorbehalt, dass keine Überkompensierung für die Erledigung der Gemeinwohlverpflichtung erfolgt
- Vorlage eines Verwendungsnachweises im Rahmen des Jahresabschlusses der Zuwendungsempfängerin sowie ggf. mit gesonderter Anlage (bei Durchführung von nicht zuwendungsfähige DAWI-Nebengeschäften), zahlenmäßiger Nachweis erfolgt auf Grundlage des testierten Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht) und Trennungsrechnung
- Wird eine Überkompensierung festgestellt, so ist diese grundsätzlich an die Stadt zurückzuzahlen. Die Beträge sind als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt darzustellen. Für den Fall, dass die Überkompensation den durchschnittlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, kann sie auf den nächstfolgenden Bewilligungszeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

### **Transparenzanforderungen**

Trifft nicht zu, da Beihilfen unter 15 Mio. €

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<b>2018</b>	<b>2019</b>
1.400.000,00 € als institutionelle Förderung ....38.582,00 € BSÄ für unentgeltliche Überlassung von Immobilien	1.216.000,00 € als institutionelle Förderung ....36.472,00 € BSÄ für unentgeltliche Überlassung von Immobilien
Gesamt: <b>1.438.582,00 €</b>	Gesamt: <b>1.252.472,00 €</b>

## **Zoo**

### Zoo GmbH (Stadt 1)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betreibung des zoologischen Gartens, Tierhaltung und Tierversorgung, Betreuung und Förderung wissenschaftlicher Forschung auf den Gebieten der Zoologie, der Tiermedizin und der Tiergartenbiologie, Förderung des Artenschutzes

#### ***Formen der Betrauung***

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

#### ***Betrauungsdauer***

1 bis 2 Jahre

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

entfällt

#### ***Beihilfeinstrumente***

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten, zur Finanzierung von Investitionen sowie als Verzicht auf eine angemessene Höhe der Erbbaupacht.

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation von mehr als 10 % der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von max. 10 % wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

#### ***Transparenzanforderungen***

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<b>2018</b>	<b>2019</b> (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
<b>Gesamtbetrag gewährte Beihilfen</b>	
4.023 TEuro	3.027 TEuro
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Bürgschaft usw.)</b>	
Kapitaleinlagen für investive Zwecke 1.889 TEuro	Kapitaleinlagen für investive Zwecke 200 TEuro
Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 1.995 TEuro	Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 2.688 TEuro
Verzicht auf Erbbaupacht 137 TEuro	Verzicht auf Erbbaupacht 137 TEuro
Verzicht auf Verzinsung Gesellschafterdarlehen 2 TEuro	Verzicht auf Verzinsung Gesellschafterdarlehen 2 TEuro
<b>Zusätzliche – ggf. geschätzte - quantitative Informationen</b> (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)	
Größe des Unternehmens (Eigengesellschaft): <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsatz: 4.321 TEuro</li> <li>• Beschäftigte: 71</li> </ul>	Größe des Unternehmens (Eigengesellschaft): <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsatz: 4.628 TEuro</li> <li>• Beschäftigte: 69</li> </ul>

### [Zoo GmbH \(Stadt 2\)](#)

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Aufgaben zur Förderung der Tierzucht und des Naturschutzes im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und des Naturschutzgesetzes des Landes, des Tierschutzes sowie zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Bildung, die zur Verwirklichung der ihr nach Gesellschaftsvertrag übertragenen öffentlichen Aufgaben erforderlich sind.



## ***Formen der Betrauung***

Betrauungsvertrag aus dem Jahr 2018 zur Betrauung der Zoo GmbH mit DAWI.

## ***Betrauungsdauer***

15 Jahre

## ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

## ***Beihilfeinstrumente***

Jährliche Ausgleichszahlungen zur Deckung des nachzuweisenden, anfallenden Fehlbetrages bei der Erfüllung der DAWI. Dies sind alle von der Stadt oder aus Mitteln der Stadt jedweder Art gewählten Vorteile (insbesondere Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Kostenübernahmen und Kapitaleinlagen).

## ***Ausgleichsmechanismus***

Ausgleichsfähig sind nur Kosten, die dem betrauten Unternehmen aufgrund der Erbringung von DAWI entstehen. Der Berechnungsmechanismus ist im Betrauungsakt festgelegt.

## ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Trennungsrechnungen, Höchstbetragsbegrenzung, Zweckbindung der Ausgleichszahlungen, jährliche Verwendungsnachweise, Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation.

## ***Transparenzanforderungen***

entfällt

## ***Höhe der gewährten Beihilfen***

Die Höhe der Ausgleichsleistungen im Rahmen der Betrauung ist gemäß Art. 2 Abs. 1 a) Freistellungsbeschluss auf einen Betrag von durchschnittlich 15 Millionen € (brutto)/Jahr im Betrauungszeitraum begrenzt.

2018: durchschnittlich 15 Millionen € (brutto)/Jahr

2019: durchschnittlich 15 Millionen € (brutto)/Jahr

## **Bildungseinrichtungen**

### Musikschule (Stadt)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betreibung einer Musikschule, Erteilung von Instrumental- und Vokalunterricht, musikalischer Frühunterricht, überregionale Begabtenförderung

#### ***Formen der Betrauung***

Weisung an Eigenbetriebsleitung

#### ***Betrauungsdauer***

Kalenderjahr

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

#### ***Beihilfeinstrumente***

Verlustrückstellungen

#### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostanallokationsmethode

#### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

#### ***Transparenzanforderungen***

nicht zutreffend

#### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 1.500.617,00 EUR

2019: 1.525.000,00 EUR

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Das FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) hat im Rahmen seines Gesellschaftszwecks die Aufgabe, audiovisuelle Bildungsmedien herzustellen und deren Verwendung als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung und Wissenschaft zu fördern und damit der Allgemeinheit zu dienen. Dazu gehören auch die Distribution von Bildungsmedien und die Beratung bei der Entwicklung und Beschaffung geeigneter Geräte.

***Formen der Betrauung***

Übertragung einer Aufgabe der Länder mit spezifischem Gemeinwohlbezug (hier: Versorgung des Bildungsbereichs, insbesondere öffentlicher Schulen, mit geeigneten audiovisuellen Medien) als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) an das FWU.

***Betrauungsdauer***

10 Jahre (ab dem 22.09.2016)

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

***Beihilfeinstrumente***

finanzielle Ausgleichsleistungen

***Ausgleichsmechanismus***

Zum Ausgleich für die mit der Erbringung der DAWI durch das FWU verbundenen Gemeinwohlverpflichtungen gewährt das Land im Zusammenwirken mit den anderen Ländern Ausgleichsleistungen.

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen nach keine Überkompensation für die Erbringung von DAWI entsteht, führt das FWU jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsrechnung.

### ***Transparenzanforderungen***

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, mindestens für einen Zeitraum von 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 23.851,00 Euro

2019: 24.610,00 Euro

## **Parkraumbewirtschaftung**

### **Stadt**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Parkraumbewirtschaftung

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Ausgleichszahlungen

### ***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

jährliche Kontrolle durch Jahresabschluss und Spartenrechnung

## **Transparenzanforderungen**

entfällt

## **Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 404.000 EUR

2019: (noch keine Angaben möglich) EUR

## **Jugendherbergen**

### Land

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Die Investitionsförderung einer Jugendherberge dient der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse an der Jugendherberge, hier:

- Übernachtung,
- Verpflegung,
- lehrplanbezogene Projekte der Schulklassen,
- Fortbildung,
- internationale Jugendbegegnung,
- sportliche Betätigung,
- Erholung junger Familien

von Personen bis 27 Jahren einschließlich ihrer Personensorge- bzw. Erziehungsberechtigten sowie aufsichtspflichtiger Betreuungspersonen.

### **Formen der Betrauung**

Zuwendungsbescheid gemäß §§ 23 und 44 Sächsische Haushaltsordnung i.V.m. der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Förderung von Investitionen für Jugendhilfeeinrichtungen (FRL Investitionen) vom 30. Juli 2008

**Betrauungsdauer**

25 Jahre ab Fertigstellung zum 31.03.2020

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

keine

**Beihilfeinstrumente**

Zuwendung auf der Grundlage der §§ 23 und 44 Sächsische Haushaltsordnung

**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**Vermeidung:

Gemäß der dem Zuwendungsbescheid zugrundeliegenden Prognosekalkulation ist eine Ausgleichsleistung in Höhe von 7.009.575 Euro zulässig. Davon abweichend wurde die Zuwendung nur in Höhe von 6.572,990 Euro gewährt. Dieser Puffer erbringt einen zusätzlichen Effekt zur Vermeidung von Überkompensation.

Rückzahlung:

Im Zuwendungsbescheid (Nr. 4.6 und 4.7) wurde festgelegt, dass der Zuwendungsempfänger für jedes Jahr zu belegen hat, dass der anteilige Zuwendungsbetrag durch Nettokosten gedeckt ist. Der Zuwendungsgeber prüft dies alle drei Jahre. Soweit dabei festgestellt wird, dass die (Netto-)Kostendeckung um maximal 10 Prozent unterschritten wird, ist diese Unterdeckung innerhalb des Betrachtungszeitraums ausgleichsfähig. Gelingt dieser Ausgleich nicht, so wird die Zuwendung in Höhe der Überkompensation zurückgefordert.

**Transparenzanforderungen**

entfällt

**Höhe der gewährten Beihilfen**

- Zuwendung gesamt: 6.572,990 Euro

Auszahlungen:

2018: 851.500,00 €

2019: 3.660.990,00 €

## **Verbraucherzentrale**

### Land

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Der Freistaat Sachsen betraute die Verbraucherzentrale e. V. befristet für die Jahre 2015 – 2019 sowie in Fortführung der bisherigen Finanzierungspraxis befristet für die Jahre 2019 bis 2023 mit der Erbringung nachstehender Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die die VZ jeweils im Einklang mit ihrem Vereinszweck und ihrer Satzung diskriminierungsfrei allen Bürgern für das gesamte Gebiet des Freistaates Sachsen dauerhaft anzubieten hat und die in Bezug auf Qualität, Zugang, Umfang, Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit und/oder Dauerhaftigkeit aufgrund ihrer strukturellen Unwirtschaftlichkeit durch andere private Marktteilnehmer nicht oder nicht in der gewünschten Form zur Verfügung gestellt werden (können):

Persönliche, telefonische Beratung und/oder Beratung in Textform von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Erwerb und Konsum von Waren und Dienstleistungen kostenfrei oder zu jeweils sozialverträglichen Beratungsentgelten durch die Verbraucherzentrale e. V.

Themenfelder der Beratung sind:

- Bauberatung (Rechts,-Finanzierungs- und Energieberatung)
- Wohnen (Recht, Energie, Heizkosten)
- Finanzen und Versicherungen
- Markt und Recht, Haushalt und Umwelt, Lebensmittel und Ernährung,
- Telekommunikation, Telemedien und Medien allgemein
- Reise, Freizeit, Mobilität
- Pflege (Pflege von Familienangehörigen, Pflegeverträge)
- Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes im Freistaat Sachsen
- Information und Bildung der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung und Lebensmittel im Freistaat Sachsen
- Verbraucheraufklärung (Vermittlung von marktwirtschaftlichen Daten und Zusammenhängen, die Verbrauchern ein selbstbestimmtes Verhalten am

Markt ermöglichen.)

- Verbraucherbildung (Vermittlung von Alltagskompetenzen, insbesondere Finanzkompetenz)

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt gemäß Art. 4 des DAWI-Freistellungsbeschlusses

### ***Betrauungsdauer***

2015 - 2019

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

2018: Projektförderung mittels Zuwendungsbescheid

2019: Rückführung des Projektes „Verbraucherberatung“ in die institutionelle Förderung

2019: institutionelle Förderung mittels Zuwendungsbescheid sowie Projektförderung mittels Zuwendungsbescheid für die Projekte „Maßnahmen zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes im Freistaat Sachsen“ und „Information und Bildung der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung und Lebensmittel im Freistaat Sachsen“

### ***Ausgleichsmechanismus***

Zur Bemessung der Ausgleichsleistungen dient der eingereichte Finanzierungsplan. Die Zuweisung wird entsprechend dem Finanzierungsplan eingesetzt. Der Finanzierungsplan ist verbindlich und Bestandteil des Bescheides.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Nachweis der Verwendung der Mittel gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses durch Erstellung eines Verwendungsnachweises je Haushaltsjahr und Förderung (getrennt nach institutioneller Förderung und Projektförderung), sowie über alle sonstigen Einnahmen und Ausgaben in Form eines zahlenmäßigen Nachweises und eines Sachberichtes bis zum 30. Juni des darauffolgenden Haushaltsjahres. Ergibt sich im Zuge der Prüfung des Verwendungsnachweises eine Überkompensierung, so ist die Zuwendung um den vollen in Betracht kommenden Betrag zu erstatten.



### **Transparenzanforderungen**

entfällt

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

Zuweisung des Freistaates Sachsen an die Verbraucherzentrale e. V. in Höhe von:

2018: 2.000.000 Euro

2019: 3.594.000 Euro

### **sonstige**

[FVG – Förder- und Verwaltungsgesellschaft für Wirtschaft, Kultur und Sport mbH  
\(Stadt 1\)](#)

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Es erfolgte eine Betrauung der FVG Förder- und Verwaltungsgesellschaft für Wirtschaft, Kultur und Sport mbH. Die Stadt ist als alleinige Gesellschafterin am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt. Der Gegenstand des Unternehmens ist im Gesellschaftsvertrag geregelt. Die FVG geht überwiegend folgenden Betätigungen nach: Bewirtschaftung, Verwaltung und Vermietung in den Unternehmensbereichen Stadtbibliothek, Stadtmuseum, Stadtgalerie, Heimattiergarten, Kloster, Märkte/Catering, und WM-Halle. Die Stadt betraut die FVG mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zwecks Bereitstellung und Betrieb von kulturellen und der sportlichen Betätigung dienenden öffentlichen Einrichtungen im Gebiet der Stadt und mit der Durchführung kultureller, gesellschaftlicher und Sportveranstaltungen sowie hiermit im Zusammenhang stehender Nebenleistungen.

### **Formen der Betrauung**

Betrauungsakt in Form eines Beschlusses des kommunalen Gremiums in Verbindung mit Zuwendungsbescheid und Gesellschaftervertrag.

**Betrauungsdauer**

10 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

keine

**Beihilfeinstrumente**

Ausgleichsleistung als Kapitaleinlage durch Übernahme des durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung entstehenden Defizits des Unternehmens.

**Ausgleichsmechanismus**

Die Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtung eingesetzten Eigenkapital abzudecken.

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Nachweis jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres durch den der Stadt zur Verfügung gestellten Jahresabschluss

**Transparenzanforderungen**

entfällt

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018	2019
1.116.200,00 EUR	1.123.700,00 EUR
(davon:	(davon:
Stadtmuseum 247.200,00 EUR	Stadtmuseum 262.200,00 EUR
Stadtbibliothek: 314.300,00 EUR	Stadtbibliothek: 306.800,00 EUR
Tierpark: 192.300,00 EUR	Tierpark: 192.300,00 EUR
WM-Halle: 159.600,00 EUR	WM-Halle: 159.600,00 EUR
Städt. Veranstaltungen: 202.800,00 EUR	Städt. Veranstaltungen: 202.800,00 EUR

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Durch die Zuwendung wird die Zuwendungsempfängerin im öffentlichen Interesse, insbesondere im Interesse der Wirtschaftsförderung sowie der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt und der Attraktivität der Stadt als Wohnort, allgemein in die Lage versetzt, gemäß ihrem Gesellschaftszweck Veranstaltungen der Unterhaltungs- und der ernsten Kunst einschließlich Theateraufführungen, Festen, Feierstunden, Sport- und sonstigen Veranstaltungen aller Art, Kongresse, Tagungen, Seminare, Präsentationen sowie Messen und Ausstellungen und alle dazugehörigen Dienstleistungen im Stadtgebiet durchzuführen, die dafür geeigneten Gebäude und Freiflächen einschließlich aller Nebenanlagen zu errichten und zu betreiben sowie alle gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, die zur Verwirklichung dieser satzungsmäßigen Aufgaben erforderlich sind, zu realisieren (*Zuwendungszweck*).

***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheids

***Betrauungsdauer***

jeweils für ein Jahr, keine Betrauungen über 10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse;
- Bürgschaften zur Besicherung zweckgebundener Darlehen (Darlehen sind zur Erbringung der öffentlichen Aufgaben notwendig, mit denen das Unternehmen betraut ist),
- unentgeltliche Leihe von Immobilien (Immobilie ist zur Erbringung der öffentlichen Aufgaben notwendig, mit denen das Unternehmen betraut ist),

***Ausgleichsmechanismus***

- Kostenallokationsmethode
- institutionelle Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form eines echten, nicht rückzahlbaren Zuschusses

- Alle eigenen Mittel und alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Beiträge und Spenden) der Zuwendungsempfängerin sind als Deckungsmittel für alle Aufwendungen einzusetzen. Der Wirtschaftsplan ist verbindlich.
- Der Zuwendungsempfängerin ist verpflichtet, verfügbare öffentliche Zuweisungen, gesetzliche Auszahlungen und Fördermittel rechtzeitig und in größtmöglichem Umfang für sich selbst zu beantragen.
- Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtaufwendungen für die geförderten öffentlichen Aufgaben oder erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Auszahlung der Zuwendung in Teilbeträgen auf Anforderung der Zuwendungsempfängerin mit Nachweis des Liquiditätsbedarfes
- quartalsweise Berichterstattung in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung über den Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung (Plan-Ist-Vergleich).
- Zuwendung unter Vorbehalt, dass keine Überkompensierung für die Erledigung der Gemeinwohlverpflichtung erfolgt
- Vorlage eines Verwendungsnachweises im Rahmen des Jahresabschlusses der Zuwendungsempfängerin sowie ggf. mit gesonderter Anlage (bei Durchführung von nicht zuwendungsfähige DAWI-Nebengeschäften), zahlenmäßiger Nachweis erfolgt auf Grundlage des testierten Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht) und Trennungsrechnung
- Wird eine Überkompensierung festgestellt, so ist diese grundsätzlich an die Stadt zurückzuzahlen. Die Beträge sind als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt darzustellen. Für den Fall, dass die Überkompensation den durchschnittlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, kann sie auf den nächstfolgenden Bewilligungszeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

### ***Transparenzanforderungen***

Trifft nicht zu, da Beihilfen unter 15 Mio. €

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<b>2018</b>	<b>2019</b>
- 4.300.000 € ( institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung) - 333.216 € (BSÄ für Bürgschaften) - 37.015 € ( BSÄ für die unentgeltliche Überlassung einer Immobilie) - 1.402.220 € (Projektförderung (anteilige Investitionsfinanzierung))	- 4.100.000 € (institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung) 311.975 € (BSÄ für Bürgschaften) 36.126 € (BSÄ für die unentgeltliche Überlassung einer Immobilie) 10.531.970 € (Projektförderung (anteilige Investitionsfinanzierung))
Gesamt <b>6.072.451 €</b>	Gesamt <b>14.980.071 €</b>

### **3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

### **4. Beschwerden Dritter**

### **5. Sonstige Fragen**

Der Freistaat Sachsen weist darauf hin, dass die Anwendung des DAWI-Freistellungsbeschlusses die Praxis im Berichtszeitraum weiterhin insbesondere vor folgende Herausforderungen gestellt hat:

- Ausschreibung führt nach bisheriger Auffassung der KOM nicht zur Beihilfefreiheit, wenn nur ein Angebot eingeht. Dies ist eine für die Praxis problematische Regelung (insb. im Rettungsdienst), wir bitten um Lockerung mindestens entsprechend NoA
- Zwang zur Istkostenabrechnung ohne die in der AGVO zugelassene Alternative der Verbindlicherklärung einer belastbaren Prognose und Zwang zur Kontrolle bereits jeweils nach drei Jahren, während in der AGVO der Kontrollzeitpunkt nicht geregelt ist, führt zu einer höheren Belastung bei gemeinwohlorientierten im Vergleich zu sektoralen Maßnahmen.
- Anhaltende Unsicherheiten beim angemessenen Gewinn. Für Kleinfälle wäre ein auf den Umsatz bezogener safe harbour hilfreich (statt Kapitalrendite und statt Abzinsung)

Der DAWI-Beschluss in Sachsen		Gesamtbetrag für Sachsen	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	€ 80.000,00	
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	€ 57.413.117,75	€ 54.024.977,58
	Kinderbetreuung		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau	€ 143.890,00	€ 6.427.925,94
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen	€ 22.122.000,00	€ 26.707.000,00
	Sonstige soziale Dienstleistungen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen		
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen		
	Energie	€ 2.380.000,00	€ 2.380.000,00
	Müllabfuhr		
	Wasserversorgung		
	Kultur	€ 5.788.000,00	€ 6.680.000,00
	Finanzdienstleistungen		
	Sonstige Wirtschaftszweige	€ 82.427.663,76	€ 98.714.083,79

Der DAWI-Rahmen in Sachsen	Gesamtbetrag für Sachsen	
	2018	2019
Postdienstleistungen		
Energie		
Müllabfuhr		
Wasserversorgung		
Flug- oder Schiffsverkehr		
Flug- und Seeverkehrshäfen		
Kultur		
Finanzdienstleistungen		
Sonstige Wirtschaftszweige		



# **Sachsen-Anhalt**

## **1. Übersicht über die Ausgaben**

<b><u>2018</u></b>	<b><u>2019</u></b>
498.244.132,04 €	537.739.406,85 €

## **2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012**

### **1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)**

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Medizinische Versorgungsleistungen:

- bedarfsgerechte und patientenorientierte Versorgung der Bevölkerung im stationären, ambulanten, diagnostischen und therapeutischen Bereich
- stationäre Behandlung der Patienten in den Fachgebieten: Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Kinder- und Jugendmedizin inkl. Neonatologie, Anästhesie und Intensivmedizin, Physiotherapie, Interdisziplinäre Schmerztherapie, Innere Medizin mit den Schwerpunkten Kardiologie, Onkologie, Hämatologie, Gastroenterologie und Pulmologie, Neurologie inklusive Schlaganfallversorgung, Geriatrie (Geriatrisches Zentrum), Orthopädie und Unfallchirurgie, Allgemein- und Vizeralchirurgie, Thoraxchirurgie, Palliativmedizin, Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik, Urologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik
- ambulante Versorgung in den Bereichen: Innere Medizin, Allgemein- und Vizeralchirurgie, Gynäkologie, Orthopädie und Unfallchirurgie, Kinder- und Jugendmedizin, Neurologie, Physiotherapie, psychische Erkrankungen, Interdisziplinäre Schmerztherapie, Durchführung ambulanter Operationen
- diagnostische Untersuchungen in der Radiologie, Computertomographie (CT) Magnetresonanztomographie (MRT) in Kooperation, Labor, Innerer und Neurologische Funktionsdiagnostik, Linksherzkatheter, digitale Subtraktionsangiographie

Notfalldienste:

- Umfassende Notfallversorgung in allen ausgewiesenen medizinischen Fachbereichen
- Gewährleistung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft
- Gestellung von Notärzten für das Notarztsystem nach dem Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (RettDG LSA). Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen:
- Ausbildung zum Gesundheits-, Krankenpfleger/-helfer (in eigener Krankenpflegeschule)
- Ausbildung von Fachärzten und Fachärztinnen lt. Weiterbildungsermächtigungen
- Ausbildung zum operationstechnischen und anästhesietechnischen Assistenten (in eigener Krankenpflegeschule)
- Ausbildung von Hebammen und medizinischen Fachangestellten
- Ausbildung im Büromanagement
- Förderung von Medizinstudenten
- Speisenversorgung für Patienten des Krankenhauses

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt mittels Kreistagsbeschluss

### ***Betrauungsdauer***

10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse
- Verlustausgleich
- Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für investive Maßnahmen

### ***Ausgleichsmechanismus***

- Nach den gesetzlichen Regelungen und den dort vorgesehenen Parametern erstellten und beschlossenen Jahreswirtschaftsplan

- Erstellung einer Trennungsrechnung mit Ausweisung der einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und den zurechenbaren Aufwendungen und Erträgen
- Für die Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für investive Maßnahmen ist der Investitionsplan des betreffenden Wirtschaftsjahres zugrunde zu legen
- Kontrolle im Rahmen eines geprüften und testierten Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer
- Weiterführende Kontrollrechte durch externe Prüfbehörden

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Nachweis über die Verwendung der Mittel durch jährlichen Jahresabschluss
- Im Falle einer Überkompensation ist der Betrag zurückzuzahlen
- Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation im Betrauungsakt detailliert geregelt

### ***Transparenzanforderungen***

Keine

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<u>2018</u>	<u>2019</u>
1.326.000,00 €	2.700.000,00 €

## **2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)**

### **A) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege**

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

### **B) Kinderbetreuung**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Förderung, Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen im Rahmen der frühkindlichen Bildung

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauungen erfolgen mittels Verwaltungsakt auf der Basis des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz - KiFöG) vom 5. März 2003, §§ 11 bis 13.

### ***Betrauungsdauer***

Es erfolgt eine jährliche Betrauung.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Das Land gewährt den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe eine Zuweisung für jedes betreute Kind. Der Bemessung und Verteilung der Mittel liegt die Zahl der im Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe betreuten Kinder zugrunde, die sich aus der Statistik „Tageseinrichtungen für Kinder und öffentlich geförderte Tagespflege“ des Statistischen Landesamtes zum 1. März des Vorjahres ergibt. Im Falle eines Doppelhaushalts ist für das zweite Haushaltsjahr die entsprechende Statistik zum 1. März des Vorvorjahres zugrunde zu legen.

Es werden nur die im Rahmen dieser Dienstleistung für den Betrieb notwendigen Kosten erstattet. Durch das Land und die Landkreise und kreisfreien Städte werden Pauschalen gemäß den Regelungen in den §§ 11 bis 12 KiFöG gewährt, die für sich gesehen nicht kostendeckend sind. Die Restfinanzierung erfolgt durch die Gemeinden und Elternbeiträge. In der Regel wird eine Kostenallokationsmethode angewandt.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Eine Überkompensation wird bereits im Verwaltungsakt bei Zuweisung der Mittel ausgeschlossen.

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt, da keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. Euro gewährt wird.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018

454.598.953,26 €

2019

506.478.326,92 €

### C) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Förderung von Projekte zur Verbesserung der Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt von arbeitsmarktfernen Arbeitslosen mit ausgeprägten beschäftigungsrelevanten Defiziten und daraus resultierendem besonderen Unterstützungsbedarf. Die Projekte umfassen ganzheitliche Angebote zur Aktivierung, persönlichen Stabilisierung und Qualifizierung sowie nachhaltigen beruflichen Entwicklung.

- Zielgruppe sind am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen, die mit Hilfe der Förderangebote nach SGB II oder SGB III nicht mehr erreicht werden können und einen besonderen Unterstützungsbedarf bei der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt oder in Ausbildung haben. Hierzu zählen ältere Arbeitslose ab dem vollendeten 50. Lebensjahr, Langzeitarbeitslose, Arbeitslose mit gesundheitlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen oder Behinderungen, Arbeitslose mit Migrationshintergrund sowie Flüchtlinge.
- Die Projekte beinhalten umfassende ganzheitliche Angebote zur Aktivierung, persönlichen Stabilisierung und Qualifizierung sowie nachhaltigen beruflichen Entwicklung.

Durchführung von Projekten für förderungsbedürftige Jugendliche:

- Die Förderung dient der Herstellung der Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit förderungsbedürftiger junger Menschen i.d.R. unter 25 Jahren, in begründeten Fällen unter 30 Jahren, die ihre Schulpflicht erfüllt haben, keinen Berufsabschluss besitzen, arbeitslos sind und mit Hilfe der Förderangebote der Agenturen für Arbeit oder der Träger der Grundsicherung nicht mehr erreicht werden können.
- Zielrichtung ist, die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit förderungsbedürftiger junger Menschen herzustellen, so dass sie in geeignete weiterführende Maßnahmen, in Ausbildung oder Beschäftigung integriert werden können.

#### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Zuwendungsbescheid auf der Grundlage der §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung.

#### ***Betrauungsdauer***

- Betrauungsdauer 24 Monate.
- eine Verlängerung der Projekte um 12 Monate ist möglich
- keine Betrauungen über 10 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Zuwendungsfähig / ausgleichsfähig sind nur die unmittelbar im Zusammenhang mit der Durchführung der übertragenen Maßnahme entstehenden notwendigen Personal- und Sachausgaben des Maßnahmeträgers nach dem Realkostenprinzip. Die indirekten Ausgaben werden gemäß Artikel 67 Abs. 1 Buchst. d) und Abs. 5 Buchst. d) i. V. m. Artikel 68 Abs. 1 Buchst. b) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 mit einem Pauschalsatz von 15 v.H. der direkten Personalausgaben berücksichtigt.

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschuss zu den tatsächlichen Ausgaben des jeweiligen Projektes unter Berücksichtigung von maßnahmebezogenen Einnahmen und Finanzierungsbeiträgen Dritter.

Die vorgesehenen zuwendungsfähigen / ausgleichsfähigen Gesamtausgaben sowie alle Finanzierungsquellen des Vorhabens werden vor der Bewilligung geprüft und in einem maßnahmebezogenen Ausgaben- und Finanzierungsplan, der Bestandteil des Betrauungsaktes / Zuwendungsbescheides ist, verbindlich festgelegt.

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die im Rahmen des vorab bestätigten Ausgaben- und Finanzierungsplanes tatsächlich realisierten zuwendungsfähigen Ausgaben des jeweiligen Vorhabens werden im Rahmen der projektbegleitenden sowie abschließenden Verwendungsnachweisprüfung überprüft.

Ggf. festgestellte Überzahlungen werden gem. § 49 VwVfG widerrufen und nach § 49 a VwVfG in Verbindung mit den Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO und den

allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P) und der besonderen Nebenbestimmungen des jeweiligen Zuwendungsbescheides zurückgefordert und verzinst.

### ***Transparenzanforderungen***

Entfällt, da keine Beihilfen über dem Schwellenwert gewährt wurden.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<u>2018</u>	<u>2019</u>
21.440.000,00 €	8.582.000,00 €

(Sollbetrag gemäß der Zuwendungsbescheide / Betrauungsakte)

#### D) Sozialer Wohnungsbau

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

#### E) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Niedrigschwellige Sprachkursangebote für Ausländerinnen und Ausländer aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds der Förderperiode 2014 – 2020.

Gefördert werden niedrigschwellige Sprachkurse, in denen qualifiziert und zielgruppengerecht Grundkenntnisse der deutschen Sprache bis zum Sprachniveau GER A2 vermittelt werden und die am Ende mit einer deutschlandweit anerkannten Sprachprüfung abschließen.

Die Curricula der niedrigschwelligen Sprachkurse sind an den Integrationskursen orientiert. Die niedrigschwelligen Sprachkurse setzen vor den Integrationskursen im Sinne von §§ 43 ff. AufenthG und den sich daran ggf. anschließenden ESF-BAMF-Sprachkursen mit berufsbezogener Ausrichtung an.

Zielgruppe sind Ausländerinnen und Ausländer, die sich in Sachsen-Anhalt aufhalten, noch keine oder nur geringe Deutschkenntnisse haben, die sich diese auf einem grundständigen Niveau aneignen wollen und die faktisch oder formell über keinen Integrationskurszugang verfügen.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Zuwendungsbescheid auf der Grundlage der §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung.

### ***Betrauungsdauer***

Die im Berichtszeitraum bewilligten Vorhaben haben eine Laufzeit von maximal 6 Monaten.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Zuwendungsfähig / ausgleichsfähig sind nur die unmittelbar im Zusammenhang mit der Durchführung der übertragenen Maßnahme entstehenden notwendigen Personal- und Sachausgaben des Maßnahmeträgers nach dem Realkostenprinzip. Die indirekten Ausgaben werden gemäß Artikel 67 Abs. 1 Buchst. d) und Abs. 5 Buchst. d) i. V. m. Artikel 68 Abs. 1 Buchst. b) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 mit einem Pauschalsatz von 15 v.H. der direkten Personalausgaben berücksichtigt.

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschuss zu den tatsächlichen Ausgaben des jeweiligen Projektes.

Die vorgesehenen zuwendungsfähigen / ausgleichsfähigen Gesamtausgaben sowie alle Finanzierungsquellen des Vorhabens werden vor der Bewilligung geprüft und in einem maßnahmebezogenen Ausgaben- und Finanzierungsplan, der Bestandteil des Betrauungsaktes / Zuwendungsbescheides ist, verbindlich festgelegt.

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die im Rahmen des vorab bestätigten Ausgaben- und Finanzierungsplanes tatsächlich realisierten zuwendungsfähigen Ausgaben des jeweiligen Vorhabens werden im Rahmen der projektbegleitenden sowie abschließenden Verwendungsnachweisprüfung überprüft.

Ggf. festgestellte Überzahlungen werden gem. § 49 VwVfG widerrufen und nach § 49 a VwVfG in Verbindung mit den Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO und den



allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P) und der besonderen Nebenbestimmungen des jeweiligen Zuwendungsbescheides zurückgefordert und verzinst.

### **Transparenzanforderungen**

Entfällt, da keine Beihilfen über dem Schwellenwert gewährt wurden.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<u>2018</u>	<u>2019</u>
232.000 €	32.000 €

Sollbetrag gemäß der Zuwendungsbescheide / Betrauungsakte

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

- i) Postdienstleistungen

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

- ii) Energie

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

iii) Müllabfuhr

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

iv) Wasserversorgung

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

v) Kultur

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

vi) Finanzdienstleistungen

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

A) Wirtschaftsförderung:

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur
- Allgemeine Informationstätigkeiten als Anlaufstelle für technologieorientierte Gründer und Unternehmen, die sich in Stadt und Umgebung ansiedeln wollen
- Förderung der regionalen Entwicklung sowie die Erhöhung der Wirtschaftskraft in der Planungsregion
- Unterhaltung und Verwaltung von Technologiezentren
- Zusammenarbeit mit Hochschulen

- Initiator, Koordinator und Träger von landesweiten und insbesondere von regionalen Projekten der integrierten Regionalentwicklung und der Wirtschaftsförderung
- Übernahme der Funktion als Trägerin des Regionalmanagements
- Steuerung regionaler Prozesse der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung durch Koordinierung und Führung notwendiger Gremien
- Koordinierung des Regionalbudgets und anderer regionaler Förderprogramme sowie Akquise möglicher anderer finanzieller Mittel zur Umsetzung regionaler Projekte
- Initiierung und Umsetzung von Projekten im Rahmen der überregionalen Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung in Abstimmung mit den Regionalen Partnern
- Organisation und Koordination von Fördermittelberatungen für kleine und mittlere Unternehmen bzw. Existenzgründer sowie Bürgerinnen und Bürger
- Vertretung der Wirtschaftsregion in regionalen und überregionalen Gremien
- Planung, Organisation und Durchführung zentraler Veranstaltungen, wie z.B. regionale Wirtschaftstage, Fachtagungen und Regionalkonferenzen
- Unterstützung der Gesellschafter bei wirtschaftsfördernden Maßnahmen im Gesamtinteresse der Wirtschaftsregion
- Standortmarketing, z.B. durch Instrumente wie Unterhaltung Internetplattform mit Vernetzung aller regionalen Akteure, Koordinierung und Umsetzung der Imagewerbung
- Leistung eines Beitrages zum Innenmarketing durch Steuerung von Projekten, die der regionalen Identitätsstiftung dienen
- Übernahme der Trägerschaft für Regionalmarken und Unterstützung von Regionalmarken
- Lotsenfunktion für Existenz- und Unternehmensgründer und Bestandspflege, Beratung und Betreuung von Kommunen bei Unternehmensansiedlungen, Standortberatung von Gewerbeansiedlungen und Mitarbeit in regionalen und landkreisbezogenen Gremien
- Schaffung von positiven Bedingungen für Start Up Unternehmen
- Ausbau und Pflege des Images als attraktiver Ausbildungs- und Forschungsstandort und Anziehungspunkt für Start Up Unternehmen

- Bearbeitung von Ansiedlungsanfragen, d. h. Anfragen von Unternehmen, die auf der Suche nach einem geeigneten Standort sind
- Erstellung von kostenlosen herausgegebenen Publikationen, Teilnahme an Messen oder die Mitwirkung bei der Erstellung von Öffentlichkeitsmaterial
- Unternehmensentwicklung und Bestandspflege
- Durchführung von allgemeinen Informationsgesprächen bzw. Erstberatungen, insbesondere über öffentliche Fördermöglichkeiten über Möglichkeiten, wirtschaftlich tätig zu werden und dabei auftretende Fragen zur Mittelverwendung
- Durchführung von Projekten aus Mitteln des europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt
- Durchführung von Wettbewerben und Preisverleihungen
- Organisation und Beteiligung an Netzwerken von Branchenverbänden und Fachkräfteallianzen
- Übernahme von Projektmanagementleistungen für allgemeine wirtschaftliche Themenstellungen/ Ferientage in Unternehmen
- Beteiligung an Veranstaltungen zur Bündelung der Wirtschaftsförderung
- Akquisition von Investitionen, Kontaktstelle für Investoren,
- Information und Kommunikation der Vorteile des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Sachsen-Anhalt,
- Außendarstellung insbesondere durch Organisation von Landesgemeinschaftsständen auf internationalen Messen sowie Imagemarketing,
- Unterstützung bei der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Landes (Informationskampagnen, Delegationsreisen des Landes) und
- Touristisches Marketing mit den Inhalten nationales und internationales Themen- und Imagemarketing für das Reiseland Sachsen-Anhalt und seine Destinationen, Qualitätsentwicklung im Tourismus, Barrierefreiheit im Tourismus, Marktforschung
- Lotsenfunktion für Ansiedlungsvorhaben

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakte mittels Kreistags- und Stadtratsbeschluss

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungen sind für die Dauer von fünf bis zehn Jahren angelegt. Eine Betrauung erfolgt für ein Jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, sofern nicht zum 30.09. gekündigt wird.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

### ***Beihilfeinstrumente***

- Betriebskostenzuschüsse/Zuschüsse
- Übernahme von Ausfallbürgschaften
- Personalzuweisungen

### ***Ausgleichsmechanismus***

- Jährliche Wirtschaftsplanung mit prognostiziertem Zuschussbedarf
- Einreichung eines geprüften Jahresabschlusses
- Jährlicher Beihilfebericht mit Nachweis der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und Mittelverwendung
- Höhe der Kredite bzw. Darlehen ergibt sich aus der Veranschlagung im betreffenden Wirtschaftsplan des Unternehmens.
- Ausgleichsmechanismen nach der Kostenallokationsmethode
- Ausgleichsmechanismen nach der Net-avoided-cost-Methode
- Aufbewahrungszeitraum für sämtliche Unterlagen für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die verursachten Kosten abzudecken.
- Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses werden Mittel, die über das hinausgehen, was für die Erbringung der DAWI notwendig ist, zurückgefordert.
- Bei Überschreitung des maximalen Ausgleichsbetrages von maximal 10 % der Ausgleichsumme darf dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen.
- Verwendungsnachweisprüfung durch Wirtschaftsprüfer

### ***Transparenzanforderungen***

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<u>2018</u>	<u>2019</u>
7.698.276,18 €	7.984.356,61 €

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

## **B) Erziehung und Unterricht**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Durchführung von Kursen im Rahmen der Erwachsenenbildung
- Instrumentale und musiktheoretische Ausbildung von interessierten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in den Musikschulen sowie Mitwirkung/ Durchführung bei/ von kulturellen Veranstaltungen und Konzerten

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt mittels Kreistagsbeschluss

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung ist für die Dauer von zehn Jahren angelegt.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse
- Entgeltfreie Bereitstellung von Räumlichkeiten

### ***Ausgleichsmechanismus***

- Der voraussichtliche Zuschussbedarf wird im Rahmen der Wirtschaftsplanung prognostiziert.
- Eventuelle Fehlbeträge aus Dienstleistungen des Unternehmens, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, dürfen nicht ausgeglichen werden.
- Soweit Dienstleistungen erbracht werden, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, hat das Unternehmen im Rahmen einer Trennungsrechnung den Nachweis zu erbringen, dass der gewährte Ausgleich nicht zur Finanzierung dieser Dienstleistungen verwendet wurde.
- Die Einhaltung dieser Voraussetzungen wird von dem Unternehmen jährlich nach Ablauf des Wirtschaftsplanes nachgewiesen.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Bei Überschreitung des maximalen Ausgleichsbetrages von maximal 10 % der Ausgleichssumme darf dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR betragen

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<u>2018</u>	<u>2019</u>
2.229.364,05 €	2.446.504,77 €

### ***C) Sonstiges Sozialwesen***

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Schulbezogene Schulsozialarbeit als Leistung der Kinder- und Jugendhilfe in Form von Beratung, Begleitung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt mittels Kreistagsbeschluss

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung ist maximal für die Dauer von 10 Jahren angelegt.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

- Die Ausgleichsleistungen gehen nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verursachten Nettokosten abzudecken (begrenzt auf einen Betrag von jährlich höchstens 1 Mio. Euro (brutto)).
- Die Kosten in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung sind von allen anderen Tätigkeiten getrennt auszuweisen.
- Für Kosten, die nicht im Zusammenhang mit den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen stehen, wird kein Ausgleich gewährt.
- Aufbewahrungszeitraum für sämtliche Unterlagen für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren
- Ausgleichsmechanismus nach der Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Jeweils zum 15. des Folgemonats werden die Mittel des abgelaufenen Monats abgefordert.
- Nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres Erbringung des Nachweises für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Grundlage des Jahresabschlusses unter Beachtung der Anforderungen des Transparenzrichtliniengesetzes.



- Jährlicher Beihilfebericht mit Nachweis der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und Mittelverwendung
- Bei Überschreitung des maximalen Ausgleichsbetrages von maximal 10 % der Ausgleichsumme darf dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen.

### ***Transparenzanforderungen***

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<u>2018</u>	<u>2019</u>
588.997,36 €	444.414,11 €

## **D) Tourismus**

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Durchführung von allgemeinen Maßnahmen des Stadt- und Regionalmarketings und der Tourismus- und Kulturförderung einschließlich: Konzipierung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen.
- Stellungnahmen zu touristischen Vorhaben in der Region
- Politische Unterstützung im Rahmen der Einrichtung und der Instandhaltung der touristischen Infrastruktur durch Gremien- und Pressearbeit
- Erstellung und Betreuung von online-Angeboten, auf denen das gesamte Verbandsgebiet präsentiert oder bestimmte touristisch relevante Themen vorgestellt und beworben werden
- Erstellung von allgemeinen Infobroschüren aller Art
- Informationsaustausch und Schulungsangebote zu Themen aus den Bereichen Barrierefreiheit, Qualitätsoffensive, Mehrsprachigkeit von Angeboten
- Durchführung von allgemeinen Projekten und Maßnahmen des Wirtschaftsmarketings einschließlich der Konzipierung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen.

- Konzeption und Durchführung der ganzheitlichen Image- und Standortwerbung sowie des Standortmarketings
- Unterstützung der Vermarktungsaktivitäten vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen und Unterstützung der Akquisition von Investoren mittels Werbemaßnahmen
- Sicherung und Stärkung der Harzer Naturlandschaft, des regionalen Naturgutes und der regionalen Identität als Basis der touristischen Angebotsstruktur
- Koordination vorhandener Tourismus- und Kulturakteure und Tourismus- und Kulturinstitutionen
- Weiterentwicklung des ganzheitlichen Tourismuskonzeptes und daraus resultierende Projekt- und Maßnahmeumsetzungen
- Mitarbeit in Institutionen, Vereinigungen und Arbeitskreisen zum Zwecke der Wirtschafts-, Tourismus- und Kulturförderung
- Wahrnehmung sonstiger Maßnahmen, die der Förderung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dienen.
- Förderung der regionalen, nachhaltigen Produktion von Lebensmitteln und handwerklichen Erzeugnissen z.B. durch Qualitätsauszeichnungen
- Informationsservice zur Auskunft rund um das Verbandsgebiet für die Allgemeinheit (Einheimische und Gäste)

### ***Formen der Betrauung***

- Betrauungsakt mittels Kreistagsbeschluss
- Zuwendungsbescheid

### ***Betrauungsdauer***

Der Zeitraum der Betrauungen ist auf maximal 10 Jahre beschränkt.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse

- Personalzuweisungen
- Ausgleichszahlungen
- Mitgliedsbeiträge

### ***Ausgleichsmechanismus***

- Erstellung eines Wirtschaftsplans, in dem der Zuschussbedarf prognostiziert wird. Die Verwendung der Mittel ist durch Einreichung eines geprüften Jahresabschlusses sowie eines Beihilfeberichtes bei den kommunalen Gesellschaftern nachzuweisen.
- Ausgleichsleitungen für Dienstleistungen von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind nicht zulässig.
- Soweit Dienstleistungen von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durchgeführt werden, ist durch Trennungsrechnung entsprechend dem Transparenzrichtlinien-Gesetz der Nachweis zu erbringen, dass die Ausgleichsleistungen der Gesellschafterin nicht zur Finanzierung dieser verwendet worden sind. Gewinne sind auf die ausgleichsfähigen Aufwendungen anzurechnen.
- Sämtliche Unterlagen hinsichtlich des Nachweises der Übereinstimmung der Ausgleichszahlungen mit dem Freistellungsbeschlusses sind für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren aufzubewahren.
- Ausgleichsmechanismus nach der Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Ausgleichszahlungen für die zur Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen entstandenen Kosten dürfen diese, unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen sowie einer angemessenen Rendite, nicht überschreiten.
- Es ist zu gewährleisten, dass durch die Ausgleichszahlungen keine Überkompensation für die Erbringung seiner allgemeinwirtschaftlichen Dienstleistungen entsteht (Plan-Ist-Rechnung auf Basis des Haushaltsplanes, nach Ablauf des Geschäftsjahres ist ein Nachweis über die Verwendung vorzulegen).

- Nach Ablauf des Wirtschaftsjahres und im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses werden Mittel, die über das hinausgehen, was für die Erbringung der DAWI notwendig ist, an die kommunale Gesellschafterin zurückgeführt.
- Bei einer Überkompensation von mehr als 10 % anteilige Rückzahlung überhöhter Ausgleichszahlungen
- Lediglich 10% der Ausgleichssumme dürfen auf das nachfolgende Geschäftsjahr übertragen werden.
- Zudem ist die Gesellschaft verpflichtet, jährlich einen Beihilfebericht vorzulegen, in dem die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dargestellt und die Mittelverwendung nachgewiesen wird.

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht gegeben, da die Ausgleichsleistungen nicht mehr als 15 Mio. EUR betragen.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<u>2018</u>	<u>2019</u>
1.616.239,19 €	2.086.892,44 €

### ***E) Breitbandversorgung***

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Planung und Errichtung einer passiven Breitbandinfrastruktur
- Betreibersuche und anschließende Vermietung der Breitbandinfrastruktur im Rahmen weißer Flecken

#### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt als Zuwendungsbescheid

#### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungen sind für die Dauer von zehn Jahren angelegt.

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

#### ***Beihilfeinstrumente***

Betriebskostenzuschuss

### **Ausgleichsmechanismus**

- Die Ausgleichsleistungen decken maximal die Nettokosten für die Erfüllung der Aufgaben ab.
- Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken.

### **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

- Nach Ablauf des Geschäftsjahres erfolgt der Nachweis über die Verwendung der Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses.
- Ergibt sich eine Überkompensierung wird der überhöhte Betrag zurückgefordert.

### **Transparenzanforderungen**

Nicht gegeben, da die Ausgleichsleistungen nicht mehr als 15 Mio. EUR betragen.

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<u>2018</u>	<u>2019</u>
100.000,00 €	190.218,00 €

### F) Öffentlicher Bäderbetrieb

#### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

- Betrieb eines Freibades, Schwimmbades

#### **Formen der Betrauung**

- Betrauung per Stadtratsbeschluss

#### **Betrauungsdauer**

- 10 Jahre

#### **Ausschließliche oder besondere Rechte**

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

- Zuschüsse/Ausgleichszahlung

### ***Ausgleichsmechanismus***

- Es werden nur Kosten berücksichtigt, die unmittelbar mit DAWI-Leistungen im Zusammenhang stehen.
- Ermittlung des Defizits, Rückzahlung, wenn Ausgleichszahlung größer als das Defizit ist

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

- Abrechnung nach Vorlage des geprüften Jahresabschlusses
- Vom Wirtschaftsprüfer geprüfte jährliche betriebswirtschaftliche Auswertung

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht gegeben, da die Ausgleichsleistungen nicht mehr als 15 Mio. EUR betragen.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<u>2018</u>	<u>2019</u>
300.000,00 €	325.000,00 €

G) Verbraucherinformation und Verbraucherberatung – Institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V.

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

- Individuelle Beratung und Hilfeleistung für die Verbraucherinnen und Verbraucher einschließlich der Wahrnehmung der Befugnis zur außergerichtlichen Rechtsdienstleistung, durch Verbraucherinformation und Verbraucherbildung,
- verbraucherpolitische Interessenvertretung der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Politik und Wirtschaft,
- Verfolgung von Verstößen gegen Verbraucherschutzgesetze und Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht soweit Verbraucherinteressen berührt sind, auch durch die Einleitung gerichtlicher Maßnahmen und der Einziehung der Forderungen von Verbrauchern,

- eine aktive Öffentlichkeitsarbeit,
- die Beteiligung an landesübergreifenden Gemeinschaftsvorhaben zum Verbraucherschutz
- Unterhalt einer Geschäftsstelle in Halle sowie von Beratungsstelle
- Beratungshotline mit fachlich qualifiziertem Personal, welches den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen eine niederschwellige, anbieterunabhängige, qualitativ hochwertige und fachlich fundierte, zeitnahe und kostenfreie Beratung zu ihren konkreten pflegerechtsrelevanten Fragen anbietet. Die Beratung vertritt die Interessen der Betroffenen und stärkt deren Rechtsposition gegenüber Kostenträgern und Leistungsanbietern in der außergerichtlichen Rechtsbesorgung

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Vertrag oder mittels Zuwendungsbescheid

### ***Betrauungsdauer***

Zwei Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

werden nicht gewährt.

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

### ***Ausgleichsmechanismus***

Die jährlichen Nettokosten der VZSA gleicht der Zuwendungsgeber mit der institutionellen Förderung, auf Basis des jährlichen Wirtschaftsplanes, für die im Vertrag/ Zuwendungsbescheid beschriebene Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aus.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die Kontrolle erfolgt über den Verwendungsnachweis im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses. Eine Überkompensationsprüfung wird auch durch die Berichts-

pflichten des Zuwendungsempfängers, die Verwendungsnachweisprüfung sowie die Bestimmungen der ANBest-P verwirklicht

### ***Transparenzanforderungen***

Nicht gegeben, da die Ausgleichsleistungen nicht mehr als 15 Mio. EUR betragen.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

<u>2018</u>	<u>2019</u>
1.478.302 €	2.010.694 €

### H) Studentenwerk

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Als gemeinwirtschaftliche Aufgaben im Sinne des Betrauungsaktes ist das Angebot im Bereich der Verpflegung der Studierenden und im Bereich der sozialen, gesundheitlichen, kulturellen und sportlichen Angebote zu sehen. Bei den Zuwendungen werden gemeinnützige Zwecke verfolgt, die nicht oder nur unzureichend am Markt angeboten werden. Es gibt keinen dritten Anbieter mit einem Angebot vergleichbarer Leistungen. Das Studentenwerk bietet die Versorgung je nach Standort von 300 bis über 1.000 Essenteilnehmern in einem Zeitfenster von bis zu drei Stunden an, wobei jeder Teilnehmer ein Zeitbudget von durchschnittlich 20 bis 20 Minuten hat. Die Hochschulen geben diesen Rahmen mit der Gestaltung ihrer Studienangebote vor. Zugleich ergeben sich aus der Studienorganisation mit Vorlesungszeit und vorlesungsfreier Zeit erhebliche Unterschiede an die quantitativen Nutzungsanforderungen, sodass eine Reihe von Einrichtungen während der vorlesungsfreien Zeit ganz oder teilweise geschlossen ist. Die verkauften Essenportionen liegen bis zum Siebenfachen unter der maximalen Inanspruchnahme.

Dabei wird von den Verpflegungseinrichtungen eine gesunde, abwechslungsreiche, ernährungsphysiologisch ausgewogene Versorgung angeboten, die sowohl die rechtlichen Anforderungen an Hygiene und Kennzeichnungspflicht als auch den stark differenzierten kulturellen, ethischen und religiösen Anforderungen der Studierenden gerecht wird. Diese Form der Essenversorgung ist ein Baustein neben anderen, um Studieren unabhängig von der Finanzkraft der Elternhäuser abhängig zu machen.



## ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt mit Zuwendungsbescheid

## ***Betrauungsdauer***

Die Betrauung ist auf die Dauer von 10 Jahren angelegt

## ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

keine

## ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

## ***Ausgleichsmechanismus***

Die Zuwendung geht nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der oben definierten DAWI verursachten Nettokosten abzudecken. Die Nettokosten sind die Differenz zwischen sämtlichen in Verbindung mit der Erbringung der jeweiligen DAWI angefallenen, nach allgemein anerkannten Rechnungslegungsstandards ermittelten Kosten einschließlich der anteiligen Gemeinkosten und eines angemessenen Gewinns einerseits und den mit der DAWI erzielten Einnahmen andererseits.

Maßgeblich für die Abgrenzung zwischen den ausgleichsfähigen Nettokosten und den sonstigen Kosten des Studentenwerkes ist die Trennungsrechnung gemäß diesem Bescheid.

Als branchenüblich wird dabei der Verbraucherpreisindex der Nahrungsmittelindustrie in Höhe von 12,5 % im Januar 2016 zugrunde gelegt. Der Zuwendungsnehmer erfasst Aufwendungen und Erträge einerseits für die ihm obliegenden DAWI und andererseits für jede weitere Tätigkeit intern auf getrennten Kostenstellen (Trennungsrechnung). Alle Aufwendungen und Erträge sind den jeweiligen Bereichen nach objektiv gerechtfertigten und einheitlich angewandten Kostenrechnungsgrundsätzen zuzuordnen. Die zugrunde gelegten Kostenrechnungsgrundsätze müssen eindeutig bestimmt sein. Über die Zuordnung der Aufwendungen und Erträge zu den jeweiligen Bereichen und über die dabei angewandten Kostenrechnungsgrundsätze, insbesondere über die Maßstäbe für die Schlüsselung solcher Aufwendungen und Erträge, Kosten und Einnahmen, führt der Zuwendungsnehmer Aufzeichnungen.

## ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Soweit die Prüfung des Zuwendungsgebers über die sachgerechte Verwendung der an den Zuwendungsnehmer gezahlten Vergütung ergibt, dass die Einnahmen des Zuwendungsnehmers aus der Erbringung der DAWI die Nettokosten zuzüglich eines angemessenen Gewinns übersteigen (Überkompensation), fordert der Zuwendungsgeber den überschüssigen Betrag gleichzeitig mit der Mitteilung des Prüfungsergeb-

nisses von dem Zuwendungsnehmer zurück. Hierzu ergeht ein gesonderter rechtsbehelfsfähiger Bescheid.

Dies gilt nicht, soweit sich die Überkompensation maximal auf bis zu 10 % des ausgleichfähigen Betrages beläuft. In diesem Fall wird nach pflichtgemäßem Ermessen des Zuwendungsgebers der überhöhte Betrag auf das nächstfolgende Haushaltsjahr angerechnet. Hierzu ergeht ein gesonderter Bescheid.

### **Transparenzanforderungen**

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR

### **Höhe der gewährten Beihilfen**

<u>2018:</u>	<u>2019</u>
1.970.000 €	1.970.000 €
unter dem Vorbehalt verfügbarer Haushaltsmittel bis zu 2.150.000 €	unter dem Vorbehalt verfügbarer Haushaltsmittel bis zu 2.150.000 €

#### **l) Projekte zur zukunftsicheren Ausgestaltung des Arbeitsmarktes**

### **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Im Rahmen der Einzelprojektrichtlinie wurden im Berichtszeitraum folgende Vorhaben betraut

- Zentrum Migration und Arbeitsmarkt" (ZeMigra)
  - Arbeitsmarktförderung und Integration bei der Arbeitsmarktintegration geflüchteter und zugewanderter Menschen durch Auskünfte über zuwanderungs-, aufenthalts- und arbeitsrechtliche Voraussetzungen der Arbeitsmarktintegration zugewanderter und geflüchteter Menschen
  - Informationen zu Förderprogrammen und Fördermöglichkeiten zur Verbesserung und Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration
  - Lotsenfunktion zu Projekten und Vorhaben sowie Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten,
  - zügige und passgenaue Vermittlung an zuständige Stellen und relevante Ansprechpartner/innen bei Problemen oder Fragen im Handlungsfeld Arbeitsmarktintegration,
  - Unterstützung des regionalen und überregionalen Erfahrungstransfers und Erfahrungsaustausches.
- Landesinitiative „Fachkraft im Fokus“
  - Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Fachkräfte, Unternehmen sowie weitere Arbeitsmarktakteure und lokale Verantwortungsträger, um die Aktivitäten zur Fachkräftesicherung in Unternehmen und in den Teilregionen des Landes effektiv voranzutreiben.

- Antidiskriminierungsstelle (ADS)
  - schwerpunktmäßig in der Arbeitswelt und beim Arbeitsmarktzugang betroffene Personen, die sich von den in § 1 des AGG genannten Merkmalen benachteiligt sehen, ein qualifiziertes Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Durchsetzung ihrer Rechte nach dem AGG zu ermöglichen und somit die Arbeitsmarktintegration zu fördern.
  - Die möglichst niedrigschwelligen Beratungsleistungen werden für die Nutzenden kostenneutral und auf vorjuristischer Ebene angeboten
  - Die Unterstützungsleistungen sollen neben der eigentlichen Beratung u. a. das Schreiben von Beschwerden, die Mobilisierung von Netzwerkpartnern sowie das Einholen von Stellungnahmen beinhalten.
- Landesnetzwerkstelle für das Regionale Übergangsmanagement in Sachsen-Anhalt RÜMSA
  - Mit dem Landesprogramm RÜMSA werden Arbeitsbündnisse auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte dabei unterstützt, die Übergänge von der Schule über die berufliche Ausbildung in den Beruf dauerhaft so zu gestalten, dass Jugendliche nach der Schule - nach Möglichkeit - ohne Umwege und Brüche eine berufliche Ausbildung beginnen und diese erfolgreich abschließen.
  - Zielstellung ist es, die Leistungen insbesondere nach dem Zweiten, Dritten und Achten Sozialgesetzbuch für unter 25jährige, in Ausnahmefällen für unter 35jährige, aufeinander abgestimmt zu erbringen und dabei weitere Unterstützungsangebote systematisch einzubeziehen. Die Leistungsangebote sollen für alle Jugendlichen und deren Bezugspersonen transparent und zugänglich sein, unabhängig von Leistungsansprüchen. Doppelbetreuungen und Betreuungslücken sollen vermieden werden.
- Kompetenzzentrum Soziale Innovation (KomZ)
  - Das KomZ soll vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und spezifischer Rahmenbedingungen Sachsen-Anhalts Trends erkennen und soziale Problemlagen aufzeigen, diese analysieren und geeignete Lösungsstrategien sowie deren Umsetzungsmöglichkeiten deutlich machen. Das KomZ versteht sich als Entdecker von sozialen und organisatorischen Innovationen in Sachsen-Anhalt und als Ideenschmiede für Innovationsvorhaben.
- Netzwerk und Dialog"
  - Analyse geeigneter Beteiligungsformen, Entwicklung eines passgenauen Dialogforums, Stärkung der interkommunalen und intersektoralen Zusammenarbeit, Gestaltung von Moderations- und Mediationsprozessen, Aufbau von Nachhaltigkeit des Kompetenzzentrums
  - „Analyse/Entwicklung, Forschung, Nachwuchsarbeit" Formulierung und Bearbeitung von Forschungsfragen in Studien u./o. Konzepten, Nachwuchsarbeit „Social Entrepreneurship"

- Aufbau von Kompetenzen Unterstützung dieses Wirtschafts- und Studienzweiges, Unterstützung von unternehmerischen Aktivitäten zur Lösung sozialer Probleme.

### ***Formen der Betrauung***

Die Betrauung erfolgt durch Zuwendungsbescheid auf der Grundlage der §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung.

### ***Betrauungsdauer***

Die Betrauungsdauer der im Berichtszeitraum bewilligten Vorhaben beträgt maximal 60 Monate.

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

Keine

### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschüsse

### ***Ausgleichsmechanismus***

Zuwendungsfähig / ausgleichsfähig sind nur die unmittelbar im Zusammenhang mit der Durchführung der übertragenen Maßnahme entstehenden notwendigen Personal- und Sachausgaben des Maßnahmeträgers nach dem Realkostenprinzip. Die indirekten Ausgaben können gemäß Artikel 67 Abs. 1 Buchst. d) und Abs. 5 Buchst. d) i. V. m. Artikel 68 Abs. 1 Buchst. b) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 mit einem Pauschalsatz von 15 v.H. der direkten Personalausgaben berücksichtigt werden. Der Ausgleich erfolgt durch Zuschuss zu den tatsächlichen Ausgaben des jeweiligen Projektes unter Berücksichtigung von maßnahmebezogenen Einnahmen und Finanzierungsbeiträgen Dritter.

Die vorgesehenen zuwendungsfähigen / ausgleichsfähigen Gesamtausgaben sowie alle Finanzierungsquellen des Vorhabens werden vor der Bewilligung geprüft und in einem maßnahmebezogenen Ausgaben- und Finanzierungsplan, der Bestandteil des Betrauungsaktes / Zuwendungsbescheides ist, verbindlich festgelegt.

Kostenallokationsmethode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Die im Rahmen des vorab bestätigten Ausgaben- und Finanzierungsplanes tatsächlich realisierten zuwendungsfähigen Ausgaben des jeweiligen Vorhabens werden im Rahmen der projektbegleitenden sowie abschließenden Verwendungsnachweisprüfung überprüft.

Ggf. festgestellte Überzahlungen werden gem. § 49 VwVfG widerrufen und nach § 49 a VwVfG in Verbindung mit den Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO und den allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P) und der besonderen Nebenbestimmungen des jeweiligen Zuwendungsbescheides zurückgefordert und verzinst.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da keine Beihilfen über dem Schwellenwert gewährt wurden.

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018

2019

4.666.000 €

2.489.000 €

(Sollbetrag gemäß der Zuwendungsbescheide/ Betrauungsakte)

## **3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

## **4. Beschwerden Dritter**

keine

## **5. Sonstige Fragen**

keine

Der DAWI-Beschluss in Sachsen-Anhalt		Gesamtbetrag für Sachsen-Anhalt	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	€ 1.326.000,00	€ 2.700.000,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	- €	- €
	Kinderbetreuung	€ 454.598.953,26	€ 506.478.326,92
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	€ 21.440.000,00	€ 8.582.000,00
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt		
	Sozialer Wohnungsbau	- €	- €
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen	€ 232.000,00	€ 32.000,00
	Sonstige soziale Dienstleistungen	- €	- €
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr	- €	- €
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen	- €	- €
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen	- €	- €
	Energie	- €	- €
	Müllabfuhr	- €	- €
	Wasserversorgung	- €	- €
	Kultur	- €	- €
	Finanzdienstleistungen	- €	- €
	Sonstige Wirtschaftszweige	€ 20.647.178,78	€ 19.947.079,93

Der DAWI-Rahmen in Sachsen-Anhalt	Gesamtbetrag für Sachsen-Anhalt	
	2018	2019
Postdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
Energie	€ 0,00	€ 0,00
Müllabfuhr	€ 0,00	€ 0,00
Wasserversorgung	€ 0,00	€ 0,00
Flug- oder Schiffsverkehr	€ 0,00	€ 0,00
Flug- und Seeverkehrshäfen	€ 0,00	€ 0,00
Kultur	€ 0,00	€ 0,00
Finanzdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
Sonstige Wirtschaftszweige		

# Schleswig-Holstein

## 1. Übersicht über die Ausgaben

2018: 144 241 628 €

2019: 118 992 325 €

## 2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

### 1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

#### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betrieb eines Schwerpunktkrankenhauses; Notfallversorgung und Grundversorgung. Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner auf der Grundlage der rechtlichen Vorgaben aus dem Gesundheitswesen. Krankenhausleistungen u.a. mit den Abteilungen Chirurgie, Neurologie, innere Medizin, Anästhesie- und Intensivmedizin, Geriatrie, Frauenheilkunde.

Die Krankenhäuser nehmen an der Notfallversorgung teil. Hierzu zählen insbesondere die Aufrechterhaltung einer chirurgischen Ambulanz, einer zentralen Aufnahmestation und die Beteiligung an der Notarztversorgung; zudem unmittelbar mit den Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen wie eine Schule für Krankenpflege und Kinderkrankenpflege, eine Krankenhausapotheke, die Vermietung und Verpachtung von Parkplätzen an Betriebsangehörige, Patienten und Besucher, der Betrieb einer Kantine für Betriebsangehörige

#### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

#### ***Betrauungsdauer***

max. 10 Jahre; unbegrenzt

#### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

#### ***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss; Bürgschaften; Betriebsmittelkredite; Darlehen; Verlustübernahmen



**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Trennungsrechnung; Abschlussprüfung; Wirtschaftsprüfertestat; ggfs. Rückzahlung

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 5 058 037 €

2019: 5 054 868 €

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Bereitstellung von stationären Pflegeplätzen

**Formen der Betrauung**

Betrauungsakt für jährliche Zuweisungen

**Betrauungsdauer**

Zeitlich unbegrenzt

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

/

**Beihilfeinstrumente**

Zuschuss

**Ausgleichsmechanismus**

Ausgleich des wirtschaftlichen Fehlbetrages

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Jahresabschlussprüfung

**Transparenzanforderungen**

/

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 5 530 €

2019: 5 530 €

b) Kinderbetreuung

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen nach Maßgabe des KiTaG im Bereich der Unterdreijährigen als auch der Überdreijährigen.

***Formen der Betrauung***

Einzelvertragliche Regelungen mit dem jeweiligen Träger / Trägerverträge; Betriebskostenfinanzierungsverträge

***Betrauungsdauer***

Verträge auf Dauer oder 25 Jahre oder Verlängerung um 1 Jahr, wenn keine Kündigung; Kündigungsfristen 12 Monate zum 31.07./31.12. e. J.

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

***Beihilfeinstrumente***

Soweit eine Defizitfinanzierung vereinbart ist, wird ein Zuschuss bezogen auf die tatsächlich entstehenden Einnahmen und Ausgaben gewährt.

Soweit das sog. Leistungspunktesystem vereinbart ist, erfolgt eine Garantie über die Ermittlung und Festlegung der Punktwerte

***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Bei Defizitfinanzierung: Kostennachweis (Abrechnung) durch Träger gegenüber Gemeinde; Einrichtung eines paritätisch besetzten Kuratoriums; Beirats

Bei Leistungspunktesystem: Berechnung der Leistungspunkte bzw. des Punktwertes anhand von Durchschnittswerten mehrerer Einrichtungen; Einsichtsrechte der Gemeinden

***Transparenzanforderungen***

...

### ***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 6 110 952 €

2019: 6 284 505 €

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

***entfällt***

d) Sozialer Wohnungsbau

### ***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind. Die Zielgruppen sind weit überwiegend über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss. Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie Modernisierung zu sozialen Wohnversorgungszwecken. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohnqualitäten.

### ***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt

### ***Betrauungsdauer***

In der Regel 25 bis 30 Jahre

### ***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

### ***Beihilfeinstrumente***

Darlehen, Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung, Übernahme von Bürgschaften

### ***Ausgleichsmechanismus***

Net-avoided-cost-Methode

### ***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Auskunftsverpflichtungen, ggf. Rückforderung

### ***Transparenzanforderungen***

./.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018:

Förderbarwert:

91 050 000 (Darlehen), 15 320 000 € (Zuschüsse)

Nominalwert:

137 900 000 € (Darlehen), 15 320 000 € (Zuschüsse)

2019:

Förderbarwert:

65 640 000 € (Darlehen), 15 190 000 € (Zuschüsse)

Nominalwert:

123 520 000 € (Darlehen), 15 190 000€ (Zuschüsse)

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

**entfällt**

f) Sonstige soziale Dienstleistungen (sofern zutreffend)

**entfällt**

3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

**Entfällt**

4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Förderung des Flugwesens, insbesondere des Luftverkehrs und des Luftsports, sowie Sicherstellung der Erreichbarkeit der Region über den Luftweg durch Betrieb eines Flugplatzes

**Formen der Betrauung**

Zuwendungsbescheid

**Betrauungsdauer**

Jahresweise Bewilligung

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

./

**Beihilfeinstrumente**

Zuschuss

**Ausgleichsmechanismus**

Abrechnung nach Jahresabschluss gem. Zuwendungsrichtlinien

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Abrechnung nach Jahresabschluss gem. Zuwendungsrichtlinien

**Transparenzanforderungen**

...

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018 200 000 €

2019 200 000 € (vorläufig)

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

a) Postdienstleistungen

**entfällt**

b) Energie

**entfällt**

c) Müllabfuhr

**entfällt**

d) Wasserversorgung

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Versorgung der Bevölkerung und des Gewerbes mit Frischwasser

**Formen der Betrauung**

Kein Betrauungsakt i.e.S.

**Betrauungsdauer**

Unbegrenzt; Ausfallbürgschaften begrenzt auf eine Dauer von 10/15 Jahren.

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

/

**Beihilfeinstrumente**

Gewährung von Ausfallbürgschaften

**Ausgleichsmechanismus**

...

**Transparenzanforderungen**

Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 355 000 €

2019: 55 000 €

e) Kultur

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Kreismusikschule; mit dem Kurbetrieb verbundene Aufgaben: Betrieb und Aufrechterhaltung des Haus des Kurgastes, Betrieb und Pflege des Kurparkes, Anbieten von Fremdenverkehrswerbung; Kultur- und Kommunikationszentrum; Kulturförderung mehrerer Sparten, insbesondere durch den Betrieb von Theatersparten; Veranstaltungen und Kurse zur Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Bereichen Musik, Literatur, Kulturmanagement sowie deren Präsentation in Form von Lesungen, Konzerten und Ausstellungen

**Formen der Betrauung**

Betrauungsakt; Zuwendungsvertrag; Ratsbeschluss

**Betrauungsdauer**

3 Jahre - unbegrenzt

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

***Beihilfeinstrumente***

Defizitausgleich; Zuschuss

***Ausgleichsmechanismus***

Ratsbeschluss aufgrund Wirtschafts- und Haushaltsplan, Kostenkalkulationsmethode

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Trennungsrechnung; Jahresabschluss; ggfs. Rückzahlungsverpflichtung

***Transparenzanforderungen***

...

***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 17 298 710 €

2019: 18 087 583 €

f) Finanzdienstleistungen

***entfällt***

g) Sonstige Wirtschaftszweige

***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Öffentlicher Badebetrieb: Unterhaltung eines öffentlichen Bäderbetriebs, dazu zählen der Betrieb eines Freizeithallenbades, die Erweiterung und Modernisierung, Sicherstellung des Schulschwimmsports für die in der Stadt ansässigen Schulen, Ermöglichung des Vereinsschwimmens, Bereitstellen des Badebetriebes für andere Gruppen, deren Nutzung des Badebetriebes im öffentlichen Interesse steht.

***Formen der Betrauung***

Betrauungsakt durch Träger-Kommune/Gesellschaftsvertrag

***Betrauungsdauer***

10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

In einem Fall: ausschließliches Recht zum Betrieb eines Hallenbads

**Beihilfeinstrumente**

Defizitausgleich

**Ausgleichsmechanismus**

div.

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses

**Transparenzanforderungen**

./.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 2 056 000 €

2019: 2 000 789 €

g) Sonstige Wirtschaftszweige

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Tourismusförderung/ -marketing und Stadtmarketing: Förderung und Betreuung und das Betreiben von Einrichtungen und Veranstaltungen im Tourismusbereich zur Verbesserung des touristischen Angebotes, Besucher und Gästebetreuung, Vertrieb von touristischen Dienstleistungen und Produkten

**Formen der Betrauung**

Zuwendungsbescheid; Betrauungsakt

**Betrauungsdauer**

Jährlich bis 10 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

./.

**Beihilfeinstrumente**

Fehlbedarfsfinanzierung; Zuschüsse

**Ausgleichsmechanismus**

div., i. d. R. Kostenallokation

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**



Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses

**Transparenzanforderungen**

./.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 4 709 329 €

2019: 4 129 489 €

g) Sonstige Wirtschaftszweige

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Betrieb von Technologie- und Gründerzentren, lokale Netzwerkbildung, Förderberatung; Regionalentwicklung; Planung, Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb eines schwerlastfähigen Hafens einschließlich der erforderlichen Hafen-Suprastruktur.

Es werden gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Bereich der Wirtschaftsförderung, des Betriebes und der Vermietung eines Technologiezentrums sowie der Regionalentwicklung übertragen. Das Technologiezentrum soll technologieorientierten Unternehmen und Dienstleistern den Aufbau eines am Markt erfolgreichen Unternehmens erleichtern durch Bereitstellung oder Vermittlung von Büro- und Serviceräumen, von Werkstätten, von zentralisierten Bürodienstleistungen, Bereitstellen technischer Infrastruktur sowie durch das Angebot von Beratungsdienstleistungen und Kooperationen mit Hochschulen. Es erfolgt die Betreuung und Unterstützung bereits ansässiger, sowie die Ansiedlung neuer junger und innovativer Unternehmen, die Vermittlung von Gewerbegrundstücken zu diesen Zwecken, Innovationsförderung, die Beratung bei der Einbindung von Förderhilfen bzw. der Inanspruchnahme von Fördermitteln, die beratende Unterstützung bei der Existenzgründung, die Vermittlung von Kontakten und der Aufbau von wirtschaftlichen Netzwerken.

**Formen der Betrauung**

Betrauungsakt durch Träger-Kommune/Gesellschaftsvertrag, Kreistagsbeschluss

**Betrauungsdauer**

Regelmäßig bis max. 10 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

./.

**Beihilfeinstrumente**

Defizitausgleich

**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokation

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses

**Transparenzanforderungen**

./.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 481 625 €

2019: 512 313 €

g) Sonstige Wirtschaftszweige

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Unterhaltung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken; Innovationsförderung

**Formen der Betrauung**

Betrauungsakt

**Betrauungsdauer**

10 bis 20 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

./.

**Beihilfeinstrumente**

Zuschuss

**Ausgleichsmechanismus**

Kosten-/Ertrag-Ist-Vergleich

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses, Nachweis zur Verwendung der Mittel

**Transparenzanforderungen**

./.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 890 445 €

2019: 1 152 248 €

g) Sonstige Wirtschaftszweige

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Betrieb eines Wissenschaftszentrums

**Formen der Betrauung**

Bescheid

**Betrauungsdauer**

Jährlich, vorauss. > 10 Jahre

**Ausschließliche oder besondere Rechte**

./.

**Beihilfeinstrumente**

Zuschuss

**Ausgleichsmechanismus**

Kostenallokationsmethode

**Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**

Abrechnung nach Jahresabschluss gem. Zuwendungsrichtlinien

**Transparenzanforderungen**

./.

**Höhe der gewährten Beihilfen**

2018: 26 000 €

2019: 0 €

g) Sonstige Wirtschaftszweige

**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, qualifikatorischen und räumlichen Struktur der Landeshauptstadt Kiel

***Formen der Betrauung***

Bescheid

***Betrauungsdauer***

Jahresweise Bewilligung; Dauer voraussichtlich > 10 Jahre

***Ausschließliche oder besondere Rechte***

./.

***Beihilfeinstrumente***

Zuschuss

***Ausgleichsmechanismus***

Kostenallokationsmethode

***Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen***

Abrechnung nach Jahresabschluss gem. Zuwendungsrichtlinien

***Transparenzanforderungen***

./.

***Höhe der gewährten Beihilfen***

2018: 680 000 €

2019: 680 000 €

**3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012**

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

**4. Beschwerden Dritter**

...

## **5. Sonstige Fragen**

...

# Thüringen

## Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse: Berichterstattung nach dem DAWI-Beschluss von 2012 und dem DAWI-Rahmen von 2012

### 1. ÜBERSICHT ÜBER DIE AUSGABEN

Gesamtausgaben des <b>Freistaates Thüringen</b> für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (in Mio. EUR) nach		
	2018	2019
<i>Gesamtausgleich für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (1+2)</i>	63,266	91,138
1) Gesamtausgleich auf der Grundlage des DAWI-Beschlusses	63,266	91,138
2) Gesamtausgleich auf der Grundlage des DAWI-Rahmens	0	0

## 2. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-BESCHLUSSES VON 2012

### Teile des Berichts:

- 1) ~~Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)~~
- 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)
  - a) ~~Gesundheitsdienste und Langzeitpflege~~
  - b) ~~Kinderbetreuung~~
  - c) ~~Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt~~
  - d) ~~Sozialer Wohnungsbau~~
  - e) ~~Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen~~
  - f) ~~Sonstige soziale Dienstleistungen (sofern zutreffend)~~
- 3) ~~Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze~~
- 4) ~~Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze~~
- 5) ~~Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)~~
  - a) ~~Postdienstleistungen~~
  - b) ~~Energie~~
  - c) ~~Müllabfuhr~~
  - d) ~~Wasserversorgung~~
  - e) ~~Kultur~~
  - f) ~~Finanzdienstleistungen~~
  - g) ~~Sonstige Wirtschaftszweige (Tourismusförderung, Durchführung von Messen und Kulturveranstaltungen)~~

**Teilbericht Nr. 1: Sozialer Wohnungsbau für Studierende an den Hochschulstandorten in Thüringen**

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
2 d) Sozialer Wohnungsbau (für Studierende an den Hochschulstandorten in Thüringen)
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
Bereitstellung, Betrieb und Unterhaltung von Wohnraum für Studierende an den Hochschulstandorten in Thüringen. Das Studierendenwerk Thüringen betreut und fördert die Studierenden an den Hochschulen des Landes u. a. durch die Bereitstellung von auf die zeitlichen und räumlichen Bedürfnisse von Studierenden zugeschnittenen Angeboten im Bereich Wohnen. Die Bereitstellung von Studierendenwohnraum erfolgt dabei zu sozialverträglichen Mieten, die Studierenden mit geringem Einkommen und/oder nicht deutscher Herkunft das Wohnen in angemessenem und bezahlbarem Wohnraum ermöglichen. Insbesondere diese Studierende stoßen auf Schwierigkeiten bei dem Versuch, entsprechenden Wohnraum am freien Wohnungsmarkt anzumieten.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauungsakt. Das Studierendenwerk Thüringen erhält für den Umbau, die Sanierung oder die Errichtung von Studierendenwohnanlagen jeweils vorhabenbezogenen Zuwendungsbescheide, die mit dem beigefügten Betrauungsakt (Anlage A) verbunden sind.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet.</b> Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Dauer der Betrauung (Betrauungszeitraum) entspricht dem Zeitraum der Zweckbindung der jeweiligen Zuwendung. Die geförderten Objekte sind vom Studierendenwerk Thüringen stets für die Dauer von mindestens 30 Jahren für die Unterbringung von Studierenden vorzuhalten.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.



Dem Studierendenwerk Thüringen werden in der Regel keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschuss im Sinne einer Anteilsfinanzierung (d. h. anteilige Förderung der baulichen Investitionen zur Schaffung und Sanierung von Studierendenwohnraum).
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
Vgl. Betrauungsakt (Anlage A).
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>
Regelmäßige Kontrolle, insbes. Prüfung über die sachgerechte Verwendung der an das Studierendenwerk Thüringen geleisteten Ausgleichszahlung/Zuwendung.
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.
Die Beihilfe übersteigt den Betrag in Höhe von 15 Mio. EUR nicht.

Höhe der gewährten Beihilfen			
Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR) <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)			
2018		2019	
4,7 Mio. EUR		4,7 Mio. EUR	
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR) <sup>7</sup>			
2018		2019	
0		0	
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR) <sup>8</sup>			
→ hier: Freistaat Thüringen			
2018		2019	
Gesamt: 4,7 Mio. EUR, im Einzelnen:		Gesamt: 4,7 Mio. EUR, im Einzelnen:	
Merketalstraße 48, Weimar	0,1 Mio. EUR	Ehemaliges Blutspendezentrum, Erfurt	0,25 Mio. EUR
Alte Zahnklinik, Erfurt	1,4 Mio. EUR		
Ehemaliges Blutspendezentrum, Erfurt	0,5 Mio. EUR	Jakobsplan 1, Weimar	4,2 Mio. EUR
Jakobsplan 1, Weimar	2,0 Mio. EUR		
Schlegelstraße 4, Jena	0,7 Mio. EUR	Schlegelstraße 6, Jena	0,25 Mio. EUR
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR) <sup>9</sup>			
2018		2019	
0		0	
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)			
2018		2019	
Zuschuss: 4,7 Mio. EUR		Zuschuss: 4,7 Mio. EUR	
Zusätzliche quantitative Informationen (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrag, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>			
2016		2017	
Begünstigter: 1 Beihilfebetrag/Jahr: 4,7 Mio. EUR		Begünstigter: 1 Beihilfebetrag/Jahr: 4,7 Mio. EUR	

## Teilbericht Nr. 2: Sozialer Wohnungsbau

### **Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)**

2 d) Sozialer Wohnungsbau

### **Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup>**

Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.**

Gegenstand ist die Bereitstellung (Errichtung bzw. Modernisierung und Vermietung) von Wohnraum für benachteiligte Bürger oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, die nicht die Mittel haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine angemessene Unterkunft zu beschaffen.

Nach Auffassung der Landesregierung Thüringen ist die soziale Wohnraumförderung eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Denn es gehört zu den Aufgaben des Staates, die Voraussetzungen für eine verlässliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarem Wohnraum zu schaffen.

Bei der sozialen Wohnraumförderung handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind. Hierzu zählen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere und behinderte Menschen sowie sonstige hilfebedürftige Personen. Die Zielgruppen sind neben den zuvor genannten Spezifika überwiegend über Einkommensgrenzen definiert.

Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen

Wohnungsversorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersgerechter Wohnformen und Wohnqualitäten, z. B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen.

Der Erbringer der Dienstleistung stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem reduzierten Preis an die beschriebenen Zielgruppen vermietet wird.

In den nachfolgenden Antworten wird dargestellt, dass die Förderung von Unternehmen, die mit der sozialen Wohnraumförderung betraut werden, von den Regelungen des Freistellungsbeschlusses 2012/21/EU erfasst wird. Damit ist die Förderung grundsätzlich von der Notifizierungspflicht freigestellt, soweit es sich bei ihr um eine Beihilfe handelt.

Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung</b> . Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Die Beihilfen werden in der Regel einem zweistufigen Verfahren (Bewilligung als Verwaltungsakt und Darlehensvertrag) gewährt.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet</b> . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Im Mietwohnungsbau beträgt die Betrauungsdauer wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer in der Regel 15 bis 20 Jahre. Im Freistellungsbeschluss (Erwägungsgrund 12) wird der soziale Wohnungsbau explizit als Beispiel genannt, wann eine Anwendung des Beschlusses aufgrund der hohen Investitionssumme nicht auf höchstens zehn Jahre beschränkt werden muss.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
---
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Die soziale Wohnraumförderung ist in Thüringen nicht unternehmensbezogen, sondern objektbezogen angelegt. Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen und/oder Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung gewährt. Die häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse. Als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung werden Belegungs- und Mietpreisbindungen eingeräumt, d. h. die Vermietung erfolgt ausschließlich an Haushalte, die die Einkommensgrenzen erfüllen, und zu Mietobergrenzen. Die Mietobergrenze sichert die Bezahlbarkeit der Wohnkosten für die Zielgruppen ab. Sie liegt in der Regel unterhalb des Marktniveaus.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
Die Beihilfen werden als zinsgünstige Darlehen und /oder Zuschüsse ausgereicht, es wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.
Typische <b>Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen</b> .
Entfällt, da bei Bewilligung der Maßnahmen eine Aufwands- und Ertragsberechnung vorgenommen wird.

<p>Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.</p>	
<p>Die einzelnen Beihilfen übersteigen den Betrag in Höhe von 15 Mio. EUR nicht.</p>	
<p><b>Höhe der gewährten Beihilfen</b></p>	
<p><b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b><sup>6</sup>. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)</p>	
<p><b>2018</b></p>	<p><b>2019</b></p>
<p>43,439 Mio. EUR</p>	<p>65,835 Mio. EUR</p>
<p>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b><sup>7</sup></p>	
<p><b>2018</b></p>	<p><b>2019</b></p>
<p>0</p>	<p>0</p>
<p>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b><sup>8</sup></p> <p>→ hier: Freistaat Thüringen</p>	
<p><b>2018</b></p>	<p><b>2019</b></p>
<p>43,439 Mio. EUR</p>	<p>65,835 Mio. EUR</p>
<p>C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b><sup>9</sup></p>	
<p><b>2018</b></p>	<p><b>2019</b></p>
<p>0</p>	<p>0</p>
<p><b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)</b></p>	
<p><b>2018</b></p>	<p><b>2019</b></p>
<p>Zuschuss: 19,584 Darlehen: 23,855</p>	<p>Zuschuss: 21,256 Darlehen: 44,579</p>

<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
Anzahl der begünstigten Unternehmen: 55	Anzahl der begünstigten Unternehmen: 45
Durchschnittlicher Beihilfebetrags: 0,790 Mio. EUR	Durchschnittlicher Beihilfebetrags: 1,463 Mio. EUR

### Teilbericht Nr. 3: Tourismusförderung

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5 g) Sonstige Wirtschaftszweige: Tourismusförderung
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse im Bereich der Tourismuswirtschaftsförderung und hiermit verbundener Nebenleistungen z. B. Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, eigene Marktforschung/Marktanalyse, Markenführung- und -steuerung, strategische Produktentwicklung, Beratung und Servicedienstleistungen für Gäste, Destinationsmanagement.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Betrauung im Rahmen von Zuwendungsbescheiden/-verträgen.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet.</b> Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Die Betrauungsdauer beträgt 1 - 5 Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Ausschließliche oder besondere Rechte wurden nicht gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse

Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.	
Die Zuschüsse erfolgen im Rahmen der institutionellen Förderung bzw. Projektförderung. Grundlage der Förderung ist ein Wirtschafts- bzw. Projektplan, in denen die jeweiligen Maßnahmen beschrieben sind. Die Zuschüsse sind auf einen Maximalbetrag begrenzt. Die Überprüfung der Ausgleichszahlungen erfolgt im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung. Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode wurden nicht zugrunde gelegt.	
<b>Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.</b>	
Unterjährige Verwendungsnachweise bei Laufzeiten von mehr als 1 Jahr, jährliche Verwendungsnachweise bei einjährigen Projekten. Rückforderung/Rückzahlung von Überkompensationen erfolgt im Rahmen des § 49 ThürVwVfG.	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Entfällt, da keine Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR gewährt werden.	
<b>Höhe der gewährten Beihilfen</b>	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)<sup>6</sup>.</b> Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
7,67 Mio. EUR	8,37 Mio. EUR
<b>A: Von nationalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>7</sup></b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
0	0
<b>B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)<sup>8</sup></b> <b>→ hier: Freistaat Thüringen</b>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
7,67 Mio. EUR	8,37 Mio. EUR



C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
2018	2019
0	0
<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)	
2018	2019
Zuschüsse: 7,67 Mio. EUR	Zuschüsse: 8,37 Mio. EUR
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrug, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
2018	2019
Anzahl der begünstigten Unternehmen: 7	Anzahl der begünstigten Unternehmen: 7
Durchschnittlicher Beihilfebetrug: 1,096 Mio. EUR	Durchschnittlicher Beihilfebetrug: 1,196 Mio. EUR

#### Teilbericht Nr. 4: Durchführung von Messen und Kulturveranstaltungen

<b>Abschnitt (z. B. 1, Krankenhäuser oder 2b, Kinderbetreuung)</b>
5 g) Sonstige Wirtschaftszweige: Durchführung von Messen und Kulturveranstaltungen
<b>Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat<sup>5</sup></b>
Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den <b>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</b>
Durchführung von Messen zur Information von Verbrauchern, Kulturveranstaltungen.
Erläutern Sie bitte die (typischen) <b>Formen der Betrauung.</b> Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.
Öffentlicher Betrauungsakt i. V. m. jährlichem Zuwendungsbescheid.
<b>Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren)</b> und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren <b>Dauer 10 Jahre überschreitet.</b> Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Betrauungsdauer: 10 Jahre.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) <b>ausschließliche oder besondere Rechte</b> gewährt werden.
Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.
Welche <b>Beihilfeinstrumente</b> wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Zuschüsse.
Angaben zum typischen <b>Ausgleichsmechanismus</b> für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
Ausgleichsberechnung auf Basis der Kostenallokationsmethode (Differenz zwischen Ist-Kosten und Ist-Einnahmen).

Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.	
Antragstellung nach Wirtschaftsplan und jährliche Verwendungsnachweisprüfung auf Basis eines geprüften Jahresabschlusses.	
Erläutern Sie bitte kurz, wie die <b>Transparenzanforderungen</b> (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.	
Entfällt, da keine Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR gewährt werden.	
Höhe der gewährten Beihilfen	
<b>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)</b> <sup>6</sup> . Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)	
2018	2019
7,457 Mio. EUR	12,233 Mio. EUR*
A: Von nationalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>7</sup>	
2018	2019
0	0
B: Von regionalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>8</sup> → hier: Freistaat Thüringen	
2018	2019
7,457 Mio. EUR	12,233 Mio. EUR*
C: Von lokalen Behörden ausgezahlter <b>Beihilfegesamtbetrag (in Mio. EUR)</b> <sup>9</sup>	
2018	2019
0	0

\* Die genaue Summe ist noch nicht abschließend bezifferbar, da noch kein Verwendungsnachweis vorliegt und damit eventuelle Rückforderungen noch nicht geltend gemacht werden konnten. Der Verwendungsnachweis ist erst nach Jahresabschlussprüfung im September 2020 vorzulegen.

<b>Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument</b> (Zuschuss, Garantie usw.) (falls verfügbar)	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
Zuschuss: 7,457 Mio. EUR	Zuschuss: 12,233 Mio. EUR* (siehe Fußnote Seite 14)
<b>Zusätzliche quantitative Informationen</b> (z. B. Anzahl der Begünstigten pro Wirtschaftszweig, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen) <sup>10</sup>	
<b>2018</b>	<b>2019</b>
Begünstigter: 1 Beihilfebetrags/Jahr: 7,457 Mio. EUR Anzahl Mitarbeiter im Unternehmen: 45	Begünstigter: 1 Beihilfebetrags/Jahr: 12,233 Mio. EUR* (siehe Fußnote Seite 14) Anzahl Mitarbeiter im Unternehmen: 45

### **3. BESCHREIBUNG DER ANWENDUNG DES DAWI-RAHMENS VON 2012**

Im Berichtszeitraum erfolgte keine Anwendung des DAWI-Rahmens in Thüringen.

## Anlage 2

### **4. BESCHWERDEN DRITTER**

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

Es gab keine Beschwerden.

### **5. SONSTIGE FRAGEN**

a) Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;
- Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;
- Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;
- regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

Keine Anmerkungen.

Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Durchführung einer öffentlichen Konsultation im Einklang mit Randnummer 14 des DAWI-Rahmens;
- – Einhaltung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen im Einklang mit Randnummer 19 des DAWI-Rahmens;
- – Berechnung der Nettokosten nach der Net-avoided-cost-Methode im Einklang mit den Randnummern 25 bis 27 des DAWI-Rahmens;
- – Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit den Randnummern 33 bis 38 des DAWI-Rahmens.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, für den die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

Keine Anmerkungen.

- b) Sollten Sie Anmerkungen zu Aspekten der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens haben, die nicht durch unsere Fragen abgedeckt werden, können Sie nachstehend gerne darauf eingehen.

Bitte um Klärung, ob Maßnahmen des touristischen Destinationsmanagements bzw. Tourismusmarketing generell als beihilfefrei betrachtet werden können.

Der DAWI-Beschluss im Freistaat Thüringen		Gesamtbetrag für den den Freistaat Thüringen	
		2018	2019
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b</b>	Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten	€ 0,00	€ 0,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c</b>	Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	€ 0,00	€ 0,00
	Kinderbetreuung	€ 0,00	€ 0,00
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	€ 0,00	€ 0,00
	Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	€ 0,00	€ 0,00
	Sozialer Wohnungsbau	€ 48.439.000,00	€ 70.535.000,00
	Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen	€ 0,00	€ 0,00
	Sonstige soziale Dienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d</b>	Flug- oder Schiffsverkehr	€ 0,00	€ 0,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e</b>	Flug- und Seeverkehrshäfen	€ 0,00	€ 0,00
<b>Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a, nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr</b>	Postdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
	Energie	€ 0,00	€ 0,00
	Müllabfuhr	€ 0,00	€ 0,00
	Wasserversorgung	€ 0,00	€ 0,00
	Kultur	€ 0,00	€ 0,00
	Finanzdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
	Sonstige Wirtschaftszweige	€ 15.127.000,00	€ 20.603.000,00



Der DAWI-Rahmen im Freistaat Thüringen	Gesamtbetrag für den Freistaat Thüringen	
	2018	2019
Postdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
Energie	€ 0,00	€ 0,00
Müllabfuhr	€ 0,00	€ 0,00
Wasserversorgung	€ 0,00	€ 0,00
Flug- oder Schiffsverkehr	€ 0,00	€ 0,00
Flug- und Seeverkehrshäfen	€ 0,00	€ 0,00
Kultur	€ 0,00	€ 0,00
Finanzdienstleistungen	€ 0,00	€ 0,00
Sonstige Wirtschaftszweige	€ 0,00	€ 0,00

Auf der Grundlage des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Abs. 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichszahlungen zu Gunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (2012/21/EU, ABl. EU Nr. L 7/3 vom 11.01.2012) – Freistellungsbeschluss – und der Richtlinie der Kommission vom 28.11.2005 zur Änderung der Richtlinie 80/723/EWG über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. EU Nr. L312/47 vom 29.11.2005) – Transparenzrichtlinie – hat der vorliegende Zuwendungsbescheid die beihilferechtlichen Vorgaben für den Ausgleich der Kosten des Erwerbs, des Neubaus, der Sanierung/Modernisierung und des Umbaus von Studierendenwohnanlagen umzusetzen und ist daher zugleich Betrauungsakt im Sinne des Freistellungsbeschlusses.

Mit der vorstehenden Zuwendung werden die folgenden gemeinnützigen Zwecke verfolgt, die nicht oder nur in unzureichender Weise am Markt angeboten werden und mit denen der Freistaat Thüringen nach Maßgabe der jeweiligen gesetzlichen Grundlagen das Studierendenwerk Thüringen als Zuwendungsnehmer für die Zukunft nach Maßgabe der in diesem Betrauungsakt aufgeführten Vorgaben mit den gemeinwirtschaftlichen Aufgaben des Erwerbs, des Neubaus, der Sanierung/Modernisierung und des Umbaus von Einrichtungen des studentischen Wohnens (Studierendenwohnanlagen) an den Hochschulstandorten in Thüringen betraut.

Das Studierendenwerk Thüringen hat die nach § 3 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 des Thüringer Studierendenwerkgesetzes benannten Aufgaben im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Hierfür betreut und fördert das Studierendenwerk Thüringen die Studierenden u. a. durch die Bereitstellung von auf die zeitlichen und räumlichen Bedürfnisse von Studierenden zugeschnittenen Angeboten im Bereich Wohnen. Die Bereitstellung von Studierendenwohnraum erfolgt dabei zu sozialverträglichen Mieten, die Studierenden mit geringem Einkommen und/oder nicht deutscher Herkunft das Wohnen in angemessenem und bezahlbarem Wohnraum ermöglichen. Insbesondere diese Studierende stoßen auf Schwierigkeiten bei dem Versuch, entsprechenden Wohnraum am freien Wohnungsmarkt anzumieten. Dieses teilweise Marktversagen soll durch die Betrauung aufgefangen werden.

Zur Deckung der Kosten bzw. Aufwendungen (auch Kosten in Verbindung mit Investitionen), die bei und zum Ziele der Erfüllung der vorgenannten Aufgaben anfallen, gewährt der Freistaat Thüringen Ausgleichszahlungen zu Gunsten des Studierendenwerks Thüringen im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms „Wohnheime“ sowie auf der Grundlage der Richtlinie für den Studierendenwohnraumbau in der jeweils gültigen Fassung (Anteilsförderung). Die anteilige Förderung der baulichen Investitionen zur Schaffung und Sanierung von Studierendenwohnraum leistet einen Beitrag für bezahlbares Wohnen für Studierende. Mit den Ausgleichszahlungen werden ausschließlich die durch die Erbringung der oben beschriebenen Aufgaben entstehenden Kosten bzw. Aufwendungen des Studierendenwerks Thüringen anteilig ausgeglichen. Die Zuwendung geht dabei nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der oben definierten Aufgaben verursachten Nettokosten anteilig abzudecken. Maßgeblich für die Abgrenzung zwischen den ausgleichsfähigen Nettokosten und den sonstigen Kosten der Einrichtungen des studentischen Wohnens oder Kosten für Tätigkeiten, die nicht von diesem Betrauungsakt umfasst sind, ist die gemäß diesem Bescheid vom Studierendenwerk Thüringen zu führende Trennungsrechnung.

Das Studierendenwerk Thüringen erfasst Kosten und Einnahmen einerseits für die ihm obliegenden Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und andererseits für jede weitere Tätigkeit intern auf getrennten Konten (Trennungsrechnung). Alle Kosten und Einnahmen sind den jeweiligen Bereichen nach objektiv gerechtfertigten und einheitlichen sowie eindeutig bestimmten Kostenrechnungsgrundsätzen anhand der geltenden Rechnungslegungsvorschriften zuzuordnen. Über die Zuordnung der Kosten und Einnahmen und über die dabei angewandten Kostenrechnungsgrundsätze, insbesondere über die Maßstäbe für die Schlüsselung solcher Kosten und Einnahmen, führt das Studierendenwerk Thüringen Aufzeichnungen.

Soweit die Prüfung des Freistaats Thüringen über die sachgerechte Verwendung der an das Studierendenwerk Thüringen geleisteten Ausgleichszahlung/Zuwendung ergibt, dass die Einnahmen des Zuwendungsnehmers aus der Erbringung der oben definierten Aufgaben die Nettokosten zuzüglich einer eventuell angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung der Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben eingesetzten Eigenkapital übersteigen (Überkompensation), fordert der Zuwendungsgeber den überschüssigen Betrag gleichzeitig mit der Mitteilung des Prüfungsergebnisses von dem Zuwendungsnehmer zurück. Hierzu ergeht ein gesonderter rechtsbehelfsfähiger Bescheid. Dies gilt nicht, soweit sich die Überkompensation maximal auf bis zu zehn Prozent des ausgleichsfähigen Betrages beläuft.

Auf Grund des engen Sachzusammenhangs zwischen der Gewährung der Zuwendung und der Erfüllung von Gemeinwohlverpflichtungen sowie auf Grund des nicht unerheblichen Umfangs der Investition entspricht die Dauer der Betrauung (Betrauungszeitraum) dem Zeitraum der Zweckbindung dieser Zuwendung. Der Betrauungszeitraum entspricht dabei der Abschreibungsdauer für die geplante bauliche Investition. Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, vom Studierendenwerk Thüringen mindestens für einen Zeitraum von zehn Jahren aufzubewahren.